Migration nach 1945 in der regionalen Erinnerungskultur im Siegerland

Matthias Kirchbach

universi
UNIVERSITÄTSVERLAG SIEGEN

Matthias Kirchbach

Migration nach 1945 in der regionalen Erinnerungskultur im Siegerland

universi
UNIVERSITÄTSVERLAG SIEGEN

Matthias Kirchbach

Migration nach 1945 in der regionalen Erinnerungskultur im Siegerland

universi
UNIVERSITÄTSVERLAG SIEGEN

Die vorliegende Arbeit wurde als Dissertation zur Erlangung eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) von der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen angenommen.

Betreuerinnen: Prof. Dr. Bärbel Kuhn, Prof. Dr. Reinhild Kreis
Tag der mündlichen Prüfung: 19. Dezember 2024

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten sind im Internet über **http://dnb.dnb.de** abrufbar.

Impressum

Umschlagbild und -entwurf
Matthias Kirchbach

Druck und Bindung:
UniPrint, Universität Siegen

Gedruckt auf alterungsbeständigem holz- und säurefreiem Papier.

Siegen 2026: univers*i* – Universitätsverlag Siegen
www.uni-siegen.de/universi

ISBN 978-3-96182-236-2

doi.org/10.25819/ubsi/10927

Die Publikation erscheint unter der
Creative Commons Lizenz CC-BY-SA

Meinen Eltern.

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Wintersemester 2024/25 an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen angenommen wurde. Die Möglichkeit, im Rahmen meiner Promotion intensiv zu dem Thema zu forschen, verdanke ich Frau Prof. Dr. Bärbel Kuhn, der Betreuerin dieser Arbeit. Sie hat das Projekt über all seine Phasen hinweg mit großem fachlichen sowie persönlichen Interesse begleitet. Aus den Gesprächen und Diskussionen mit ihr habe ich immer wieder neue Ideen und Motivation geschöpft. Für das Vertrauen in mich, die Förderung und die in jeder Hinsicht bereichernde Zusammenarbeit gilt ihr mein besonderer Dank.
Nachdrücklich danke ich ebenfalls Frau Prof. Dr. Reinhild Kreis für die Übernahme des Zweitgutachtens und ihre kritischen, stets konstruktiven Kommentare, die zu wichtigen Ergänzungen und Präzisierungen geführt haben.
Zahlreiche Anregungen konnte ich auch aus den Diskussionen mit meinen Kolleg*innen an der Universität Siegen und in Frau Kuhns Kolloquium ziehen. Für Fragen, Kritik und die hervorragende Zusammenarbeit danke ich Dr. Uta Fenske, Dr. Martin Großengießer, Dr. Katrin Minner, Petra Schöppner und Dr. Matthias Weipert.
Stellvertretend für die Mitarbeiter*innen aller genutzten Archive und Bibliotheken, die mich mit großer Hilfsbereitschaft und Geduld bei der Beschaffung von Quellen unterstützt haben, danke ich Ludwig Burwitz vom Stadtarchiv Siegen und Dr. Friedrich Weber vom Archiv der Siegener Zeitung.
Wichtige Erkenntnisse konnte ich darüber hinaus durch Oral History-Interviews gewinnen. Für ihre Offenheit und die Bereitschaft zur Teilnahme an den oftmals langen Interviews bin ich allen meinen Gesprächspartner*innen sehr verbunden.
Torsten Büker, dem Integrationsbeauftragten der Stadt Siegen, danke ich für die Fürsprache bei Zeitzeug*innen und in öffentlichen sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen tätigen Menschen. Ohne seine Hilfe wären viele Kontakte nicht zustande gekommen.
Schließlich danke ich Dr. Hans-Ulrich Opitz für sein sorgfältiges Lektorat.

Matthias Kirchbach
Siegen, im Dezember 2025

Inhalt

1.	Einleitung	1

Erster Teil: „Flucht und Vertreibung“ in der regionalen Erinnerungskultur

2.	Erste Zusammenschlüsse und Aktivitäten der Vertriebenen in der Region	23
2.1	Heimatabende als Exklusivveranstaltungen der Zwangsmigrant*innen und Konsolidierung der Vertriebenenorganisationen	49
2.2	Symbolische Repräsentation der Vertriebenen	57
2.3	Beginn der Kulturarbeit nach § 96 BVFG im Siegerland und Wende in der regionalen Erinnerungskultur am Ende der 1950er Jahre	65
2.4	Die „Heimatstube für ostdeutsches Kulturgut“ in Siegen	77
2.5	Die „Gesamtdeutsche Woche im Siegerland“	93
2.6	Die Ausstellung „Leistung und Schicksal – Informationsschau über die Deutschen im Osten“	111
2.7	Die gescheiterte Partnerschaft zwischen dem Kreis Siegen und Aš	131
2.8	„An die Spaltung erinnern“. Das „Ostdeutsche Mahnmal“ im Siegener Schlosspark	135
2.9	Die „Ostverträge“ als Wendepunkt der Erinnerungskultur	153
3.	„Dem Osten zugewandt“. Die Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland	165
3.1	Generationenwechsel in den regionalen Vertriebenenorganisationen und die Feier zum Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“	171
3.2	Die Wiedervereinigung als erinnerungskulturelle Zäsur	181
3.3	„Ein kümmerliches Dasein“. Das Projekt zur Umgestaltung der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube“ und Diskussionen um die Zukunft der Erinnerung	189
3.4	Die Erinnerung an das Hauptdurchgangslager Wellersberg	205
3.5	„Vergesst nicht die Flüchtlinge dieser Welt“. Erinnerungskulturelle Debatten um das „Ostdeutsche Mahnmal“	215
3.6	Erstarren und Ende des „Tags der Heimat“ im Siegerland	223
3.7	„Die Zeit rennt davon.“ Letzte Konsolidierungsversuche und Niedergang der Vertriebenenorganisationen im Siegerland	235
3.8	Zwischenfazit	239

Zweiter Teil: Arbeitsmigration 1955-1973 in der regionalen Erinnerungskultur

4.	Arbeitsmigration ins Siegerland 1960–1973. Regionales Migrationsregime und Betreuungsstrukturen	249
4.1	„Ausländerbetreuung“ in der Region nach dem Anwerbestopp 1973 und gesellschaftliches sowie politisches Engagement der Migrant*innen	271
4.2	Sichtbarwerden der Migrant*innen. Erste „Freundschafts-“ und Kulturveranstaltungen und Ausstellungsprojekte	285
4.3	Die Jubiläumsfeier der „Missione Cattolica Italiana di Siegen-Attendorn“	301
4.4	Impuls von außen. Die Ausstellung „Ausländer im deutschen Bergbau“	311
4.5	Erinnerungskultur im Umbruch. Die Ausstellungen „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!“ und „So fing es an…“	325
4.6	Erinnerungskulturelle Debatten um Migration und Konjunktur regionaler Ausstellungen im neuen Jahrtausend	345
4.7	Ansätze postmigrantischer Erinnerungskultur. Die Ausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.“	361
4.8	Zwischenfazit	371

Dritter Teil: (Spät-)Aussiedlermigration in der regionalen Erinnerungskultur

5.	Ursprünge und Beginn der Aussiedlermigration	381
5.1	Erste Zusammenschlüsse von Aussiedlern in den 1950er und 60er Jahren und Einbeziehung in die Kulturarbeit	389
5.2	Aussiedler als Zielgruppe der Kulturarbeit nach § 96 BVFG	397
5.3	Gründungen und Aktivitäten von Landsmannschaftsgruppen im Siegerland	405
5.4	Regionale Betreuungsmaßnahmen und Integrationshilfen in der zweiten Phase der Aussiedlermigration	413
5.5	Eine „gut gelungene Vorstellung“? Die erste Ausstellung der Aussiedler im Siegerland und der „Tag der Einheit“ 1988	417
5.6	Anstieg der Aussiedlermigration und regionales Präsenzregime ab Ende der 1980er Jahre	423
5.7	Die Ausstellung „Siebenbürgen und Banat“ und die siebenbürgisch-sächsische Präsentation im Museum Wilnsdorf	441
5.8	„Auffällig unauffällig“. Neuausrichtung der LmDR und die Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“	451
5.9	Zwischenfazit	465

6.	Fazit und Ausblick	471

Anhang

Abbildungen 479
Abkürzungen 480
Quellen 482
Forschungsliteratur 494
Internetressourcen 514

1. Einleitung

Thema und Fragestellung

Migration, definiert als „die auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder auch ganzen Bevölkerungen“[1] ist eine historische Konstante und hat auch das Siegerland nachhaltig geprägt. Seit einiger Zeit ist eine neue Dynamik in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit menschlicher Mobilität und ihrer historischen Bedeutung zu beobachten. Der wohl sichtbarste Ausdruck davon ist das derzeit im Bau befindliche erste nationale Migrationsmuseum Deutschlands „Haus der Einwanderungsgesellschaft“, das 2029 in Köln eröffnet werden soll.[2] Gleichzeitig werden Wanderungsbewegungen seit der sogenannten Flüchtlingskrise in Europa ab 2015 und der Fluchtbewegung nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wieder zunehmend als Krisenphänomen wahrgenommen und diskutiert. Der Anspruch von Menschen mit Migrationsgeschichte auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und das über Jahrzehnte gewachsene deutsche Selbstverständnis als Einwanderungsland werden vermehrt infrage gestellt.

Nachdem sich die Geschichtswissenschaft lange vor allem für die Ursachen, Begleitumstände und Verläufe von Mobilität, deren Auswirkungen auf die Herkunfts- und Zielgesellschaften sowie die Ergebnisse, etwa Diaspora- oder Minderheitenbildung oder Formen der Integration und Assimilation, interessiert hat, wird in den vergangenen Jahren verstärkt auch die kollektive Erinnerung an Migration erforscht.[3] Eine systematische Untersuchung ihrer Formen und Funktionen über verschiedene Wanderungsphänomene sowie Migrant*innengruppen hinweg, welche die eingewanderten Menschen als Akteur*innen ins Zentrum stellt, steht jedoch bislang aus. An diesem Forschungsdesiderat setzt die Studie an. Sie nimmt die öffentliche Erinnerung an die Migration im Siegerland seit 1945 in diachroner und vergleichender Perspektive in den Blick und fragt nach den Medien und Praktiken sowie ihrem Stellenwert für das kollektive Gedächtnis der Region. Besonderes Augenmerk liegt auf den Sichtweisen und Deutungen, welche die Migrant*innen in die Erinnerungskultur einbrachten und ihrer Rolle in der Landschaft der regionalen Akteur*innen und Institutionen. Zu diesem Zweck kombiniert die Arbeit unter anderem Theorien und Methoden der Gedächtnisforschung, der Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik sowie der Sozialforschung.

---

[1] Jochen Oltmer: Was ist Migration? Bedingungen, Formen und Folgen räumlicher Bevölkerungsbewegungen in der Geschichte, in: Geschichte für heute 5 (2012), S. 5-19, hier S. 6.

[2] Vgl. DOMiD: Erbbaurecht über 99 Jahre: DOMiD erreicht Meilenstein für bundesweites Migrationsmuseum. Ratsentscheidung ebnet den Weg für die Zukunft, in: Webseite von DOMiD, URL: https://domid.org/news/erbbaurecht-meilenstein-fur-bundesweites-migrationsmuseum/ (Stand: 13.07.2024).

[3] Zu etablierten Forschungsgegenständen der Migrationsgeschichte vgl. Jochen Oltmer: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 86), 3. überarb. u. aktual. Aufl., München 2016, S. 74.

Die wesentlichen Wanderungsbewegungen und -dynamiken verliefen in der Region ähnlich wie auf der übergeordneten Landes- bzw. Bundesebene.[4] „Flucht und Vertreibung" aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, die Migration ausländischer Arbeitskräfte, zeitgenössisch als „Gastarbeiter" bezeichnet, und die Einwanderung von (Spät-)Aussiedlern jedoch haben in der Siegerländer Erinnerungskultur besondere Spuren hinterlassen und stehen dementsprechend im Fokus der Studie.[5] Da es, so ein erster Befund, kaum Überschneidungen in der öffentlichen Erinnerung an diese unterschiedlichen Migrationsphänomene gab, werden diese zunächst getrennt voneinander längsschnittartig untersucht.

Die dabei identifizierten unterschiedlichen (Verlaufs-)Phasen sowie Charakteristika und spezifischen Entwicklungen werden in Zwischenfaziten dargestellt. Abschließend werden als Synthese der auf die jeweiligen Wanderungsereignisse bezogenen Ergebnisse empirisch fundierte Analyseebenen vorgestellt, mit denen Formen der kollektiven Erinnerung an Migration auch außerhalb der Region und über die untersuchten Erscheinungsformen hinweg untersucht werden können. Zunächst gilt es jedoch, die wesentlichen theoretischen sowie methodischen Grundlagen und Quellentypen vorzustellen und die Untersuchung in den Forschungsstand einzubetten.

Theoretische und methodische Grundlagen

Kollektive Erinnerung und kollektives Gedächtnis

Erinnerung und Gedächtnis sind längst zu maßgeblichen Gegenständen der Geschichtswissenschaft geworden. Grundlegend für die Erforschung gemeinschaftlicher Formen der Bezugnahme auf die Vergangenheit war die Arbeit des französischen Soziologen und Philosophen Maurice Halbwachs.[6] Halbwachs, der als „Stammvater der kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung"[7] gilt, beschäftigte sich mit der Frage „inwiefern […] das Gedächtnis von der gesellschaftlichen Umwelt abhängt"[8]. Bis dahin galten Erinnerungen als individuelle, von der Außenwelt unabhängige Wissensbestände Einzelner. Halbwachs hingegen ging von einer Verankerung des individuellen im kollektiven Gedächtnis (*mémoire collective*) aus. So argumentierte er, dass „ganz sicher die meisten unserer Erinnerungen uns dann kommen, wenn unsere Eltern, unsere Freunde oder andere Menschen sie uns ins Gedächtnis rufen"[9]. Soziale Gruppen sind in diesem Verständnis jedoch nicht

[4] Vgl. Dietmar Petzina: Eine Industrieregion im Wandel – Siegerland, Wittgenstein und Südsauerland. Wirtschaftsgeschichte des Kammerbezirks Siegen seit dem Zweiten Weltkrieg, Siegen 1995, S. 46.
[5] Erklärungen zu den verschiedenen Migrant*innengruppen sowie den Bezeichnungen folgen in den jeweiligen Teilen der Arbeit.
[6] Seine in diesem Zusammenhang wichtigsten Werke sind: Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Berlin 1966; ders.: Das kollektive Gedächtnis [La mémoire collective], Frankfurt a. M. 1985 (Paris 1950).
[7] Tilmann Robbe: Historische Forschung und Geschichtsvermittlung. Erinnerungsorte in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft (Formen der Erinnerung, Bd. 39), Göttingen 2009, S. 49.
[8] Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, S. 19.
[9] Ebd., S. 20f.

nur passive Träger von Erinnerungen, sondern (re-)konstruieren diese von der Gegenwart ausgehend. Die Zugehörigkeit eines Individuums zu einer Gemeinschaft bewirkt nach Halbwachs die Übernahme, ein Verlassen der Gruppe oder ihre Auflösung hingegen den Verlust der gemeinsamen Erinnerungen.[10] Angesichts der unüberschaubaren Anzahl sozialer Gruppen innerhalb einer Gesellschaft ist mit Halbwachs von ebenso vielen unterschiedlichen Erinnerungsgemeinschaften auszugehen. Kollektive Erinnerung ist laut Halbwachs jedoch nicht nur sozial, sondern auch regional oder lokal situiert. Ihm zufolge gibt es „kein kollektives Gedächtnis, das sich nicht innerhalb eines räumlichen Rahmens bewegt"[11]. Somit ist Halbwachs' Konzeption der *mémoire collective* anschlussfähig für regional- und migrationsgeschichtliche Fragestellungen.

Intensiv wurde in der Forschung auch das von dem französischen Historiker Pierre Nora entworfene gedächtnistheoretische Konzept der Erinnerungsorte rezipiert. Nora unterscheidet zwischen Gedächtnis als identitätsstiftender sozialer (Re-)Konstruktion von Vergangenheit einerseits und akademischer Geschichtsschreibung andererseits.[12] Der Begriff Erinnerungsorte geht auf das von ihm konzipierte und herausgegebene Werk „Les lieux de mémoire"[13] zurück und beschreibt identitätsstiftende Ankerpunkte, an denen sich kollektive Erinnerungen anlagern, wobei der Begriff „Ort" im übertragenen Sinn zu verstehen ist. Neben materiellen Orten wie Plätzen, Gebäuden, Städten etc. sind auch historische Ereignisse, Persönlichkeiten, Texte, Rituale, Ideen und vieles mehr gemeint – kurz gesagt „alles, was die Präsenz der Vergangenheit in der Gegenwart regelt."[14] Nora konstatiert einen Untergang der traditionellen Erinnerungskollektive wie dem Bauerntum als „Gedächtnisgemeinschaft par excellence" infolge politischer und gesellschaftlicher Veränderungen: „Nur deshalb spricht man so viel vom Gedächtnis, weil es keines mehr gibt."[15] Der Nationalstaat als primärer Rahmen des kollektiven Gedächtnisses tritt laut Nora immer mehr in den Hintergrund. Im Gegenzug gewinnen übernationale und kleinräumige Kontexte an Bedeutung. An die Stelle der in Auflösung begriffenen sozialen Trägergruppen des kollektiven Gedächtnisses (*milieux de mémoire*) treten nun Erinnerungsorte.[16] An ihnen lagern sich kollektive Erinnerungen an. Im Zuge der damit verbundenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse verbinden und überlagern sich verschiedene Diskurse und Diskursebenen, weswegen Nora von den Erinnerungsorten als „russische Puppen der Bedeutung"[17] spricht.

Die gedächtnistheoretischen Konzeptionen von Jan und Aleida Assmann knüpfen an die Betrachtungen von Maurice Halbwachs an und haben vor allem im deutschsprachigen Raum Bedeutung erlangt. Das Assmann'sche Konzept unterscheidet zwei Register des

[10] Vgl. ebd., S. 22.
[11] Ders.: Das kollektive Gedächtnis, S. 142.
[12] Vgl. Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1998, S. 13.
[13] Pierre Nora: Les lieux de mémoire, 7 Bde., Paris 1984-1992.
[14] Ders.: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, S. 35.
[15] Ebd., S. 11.
[16] Die begriffliche Verschiebung von *milieux* zu *lieux* wird in der deutschen Übersetzung nicht deutlich.
[17] Ebd., S. 35.

kollektiven Gedächtnisses. Das kurzlebige kommunikative Gedächtnis wird durch alltägliche Interaktionen hervorgebracht und ist dementsprechend dynamisch. Es beruht auf den Erinnerungen der Zeitgenoss*innen und ist somit auf einen zeitlichen Horizont von rund 80 Jahren begrenzt.[18] Das kulturelle Gedächtnis richtet sich demgegenüber auf „Fixpunkte in der Vergangenheit“[19], die von der Gemeinschaft als identitätsstiftend wahrgenommen werden. Es wird von speziell ausgebildeten „Wissensbevollmächtigten“[20] wie beispielsweise Archivar*innen verwaltet, ist an feste Objektivationen geknüpft, hochgradig institutionalisiert sowie zeremonialisiert und dadurch in seiner Lebensdauer potenziell unbegrenzt.

Weiterentwickelt wurde das Konzept des kulturellen Gedächtnisses von Aleida Assmann durch die Unterscheidung zweier „Modi der Erinnerung“[21]. Für gegenwartsrelevante und mit Sinn ausgestattete Erinnerungen ist demnach das Funktionsgedächtnis oder „bewohnte Gedächtnis“ zuständig. Alles andere, „das unbrauchbar, obsolet und fremd Gewordene, das neutrale, identitäts-abstrakte Sachwissen, aber auch das Repertoire verpaßter Möglichkeiten, alternativer Optionen und ungenutzter Chancen“[22], wird hingegen im Speichergedächtnis oder „unbewohnten Gedächtnis“ abgelegt.

Nicht umsonst werden die Konzepte von Maurice Halbwachs, Pierre Nora sowie Jan und Aleida Assmann von Malte Thießen als „Troika kulturwissenschaftlicher Gedächtnisforschung“[23] bezeichnet. Trotz weiterer theoretischer Beiträge handelt es sich immer noch um die einflussreichsten Ansätze zur Erforschung kollektiver Erinnerung.

Geschichtskultur und Erinnerungskultur

Öffentlich sichtbar und wirksam wird das kollektive Gedächtnis in der Geschichtskultur. Jörn Rüsen versteht darunter die „praktisch wirksame Artikulation von Geschichtsbewusstsein im Leben einer Gesellschaft“[24], beispielsweise in Denkmälern, Jubiläen und historischen Festen oder Museen. Sie bildet die Außenseite des Geschichtsbewusstseins in

[18] Aleida Assmann: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, in: Dies./Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 21-52, hier S. 37.

[19] Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 52.

[20] Ebd., S. 54.

[21] Aleida Assmann: Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis – Zwei Modi der Erinnerung, in: Kristin Platt/Mirahn Dabag (Hg.): Generation und Gedächtnis. Erinnerung und kollektive Identitäten, Opladen 1995, S. 169–185, hier S. 176.

[22] Dies.: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 1999, S. 137.

[23] Malte Thießen: Gedächtnisgeschichte. Neue Forschungen zur Entstehung und Tradierung von Erinnerungen, in: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 607–634, hier S. 609.

[24] Jörn Rüsen: Geschichtskultur, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 46 (1995), S. 513-521, hier S. 513.

der Gesellschaft. Ihr gegenüber steht das individuelle Geschichtsbewusstsein jedes einzelnen Menschen, durch das „die Erfahrung von Zeit im Medium der Erinnerung zu Orientierungen der Lebenspraxis verarbeitet“[25] wird.

Rüsen unterscheidet fünf Bereiche.[26] Bei der kognitiven Dimension von Geschichtskultur geht es um die verstandesmäßige, mit einem Wahrheitsanspruch oder -ideal verbundene Auseinandersetzung mit Vergangenheit, wie sie vor allem in der historischen Forschung stattfindet. Mit der ästhetischen Dimension sind die auf sinnliche und emotionale Wirkung gerichteten Repräsentationen in Denkmälern oder anderen Kunstwerken angesprochen. Unter die politische Dimension fällt die Bedeutung historischen Denkens in politischen Meinungskämpfen sowie zur Legitimierung von Macht und Herrschaft.[27] Mit der moralischen Dimension gerät die normative Bewertung menschlichen Handelns in der Vergangenheit nach gegenwärtigen Maßstäben von „Gut“ und „Böse“ in den Blick. Bei der religiösen Dimension schließlich kommt es auf Formen von Geschichtskultur an, die eine „spirituelle Qualität“[28] besitzen und über das menschliche Dasein hinaus auf einen transzendenten Sinn verweisen. Bernd Schönemann hat darüber hinaus auf die in modernen Konsumgesellschaften latente kommerzielle Dimension von Geschichtskultur hingewiesen.[29]

Schönemann analysiert Geschichtskultur als „soziales System“[30], das im Zusammenspiel vierer Elemente das kulturelle Gedächtnis hervorbringt. Auf der Produzentenseite dieses Systems stehen Institutionen wie Museen, Schulen und Archive sowie die dort tätigen Professionen wie Museumsfachleute, Lehrkräfte und Archivar*innen. Die Akteur*innen der Geschichtskultur bedienen sich drittens unterschiedlichster Medien von schriftlichen Abhandlungen über Ausstellungen, Festen und Denkmälern bis hin zu audiovisuellen Darstellungen, um Zeugnisse und Deutungen der Vergangenheit dauerhaft zu sichern und vermitteln. Deren heterogene und einander überschneidende Publika oder Zielgruppen schließlich bilden das vierte Element des Systems.

Nahezu deckungsgleich mit Geschichtskultur ist die Kategorie Erinnerungskultur, verstanden mit Hans Günter Hockerts als „die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit – mit den verschiedensten Mitteln und für die verschiedensten Zwecke”[31]. Eine ähnlich breite Definition schlägt Christoph

---

[25] Ders.: Historische Orientierung: Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins sich in der Zeit zurechtzufinden, Schwalbach/Ts. 2008, S. 14.

[26] Vgl. ders.: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln/Weimar/Berlin 2013, S. 234-246.

[27] In eine ähnliche Richtung weist der Begriff der „Geschichtspolitik“. Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

[28] Vgl. Rüsen: Historik, S. 240.

[29] Vgl. Bernd Schönemann: Geschichtsdidaktik, Geschichtskultur, Geschichtswissenschaft, in: Hilke Günther-Arndt (Hg.): Geschichtsdidaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II, Berlin 2003, S. 11-22, hier S. 18.

[30] Ebd.

[31] Hans Günter Hockerts: Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M. 2002, S. 39-73, hier S. 41.

Cornelißen vor. Ihm zufolge ist Erinnerungskultur ein Sammelbegriff für „alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse, seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur“[32]. Er betont jedoch „das Moment des funktionalen Gebrauchs der Vergangenheit für gegenwärtige Zwecke“[33]. Durch letzteres passt die Kategorie, wie sich noch zeigen wird, besonders zum Erkenntnisinteresse der vorliegenden Untersuchung. Die terminologischen Bezüge auf die Dimensionen der Geschichtskultur in Cornelißens Begriffsbestimmung verweisen jedoch darauf, dass sich die oben skizzierten Überlegungen Rüsens und Schönemanns auch auf die Erinnerungskultur beziehen und anwenden lassen.

Die Bedeutung von Medien, Praktiken und Symbolen

Die in den Definitionen erwähnten „Formen“ und „Mittel“ können als „Medien und Praktiken der Erinnerung“ beschrieben und so für die Studie operationalisiert werden. Erstere werden bereits von Schönemann als Element der Geschichtskultur angeführt und lassen sich mit Astrid Erll als „materiale Dimension der Erinnerungskultur“[34] verstehen. Praktiken konstituieren hingegen „das ‚Wie‘ kollektiven Erinnerns“[35], also die Arten und Weisen der gemeinschaftlichen Bezugnahme auf die Vergangenheit, beispielsweise in Erzählungen oder durch den Gebrauch von Medien.[36]

Vergangenheitsdeutungen werden nicht nur medial und praktisch, sondern auch symbolisch kodiert und kommuniziert.[37] Bei Symbolen handelt es sich um ein hermeneutisches Phänomen. Sie sind „Zeichen mit Überschußgehalt“[38], stehen also nicht eindeutig für einen Gegenstand oder Sachverhalt (Denotation), sondern bedürfen der Interpretation, um verstanden zu werden (Konnotation). Das geteilte Wissen und die gemeinsamen Wertvorstellungen innerhalb sozialer Gruppen ermöglichen es ihren Mitgliedern, die durch sie hervorgerufenen Assoziationen zu deuten. Indem sie verschiedene Auslegungen ermöglichen, können Symbole sowohl gesellschaftlich integrierend wirken, als auch zur Ab-

[32] Christoph Cornelißen: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10 (2003), S. 548-563, hier S. 555.
[33] Vgl. ders.: Erinnerungskulturen, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte (22.10.2012), DOI: http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.265.v2 (Stand: 13.07.2024).
[34] Astrid Erll: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, 3. aktual. und erw. Aufl., Stuttgart 2017, S. 99.
[35] Ebd., S. 126.
[36] Eine wichtige Rolle spielt die Kategorie Praktiken auch in der sozialwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Vgl. Harald Welzer: Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung, 4. Aufl., München 2017, S. 16; Andreas Langenohl: Erinnerung und Modernisierung. Die öffentliche Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des Neuen Rußland (Formen der Erinnerung, Bd. 7), Göttingen 2000, S. 25.
[37] Vgl. Erll: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, S. 99-101.
[38] Gerhard Göhler: Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: Ders. (Hg.): Institution – Macht – Repräsentation: Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Baden-Baden 1997, S. 11-64, hier S. 30.

und Ausgrenzung genutzt werden.[39] Mit ihrer Hilfe, beispielsweise in Form von Fahnen, Abzeichen, Kleidung usw., stellen Gemeinschaften ein „Bewusstsein der Gleichförmigkeit“[40] her und äußerlich zur Schau. Diese Ebene der symbolischen Repräsentation spielt in der Erinnerungskultur eine besonders wichtige Rolle.

Diskurs und Diskursanalyse

Die Medien, Praktiken und Symbole tragen zur Formierung unterschiedlicher Diskurse bei.[41] Ausgehend von den Überlegungen Michel Foucaults wird unter Diskurs eine „Praxis des Denkens, Schreibens, Sprechens und auch Handelns, die diejenigen Gegenstände, von denen sie handelt, zugleich selbst systematisch hervorbringt“[42] verstanden. Diskurse regeln, was in einer Gesellschaft bzw. einem sozialen Zusammenhang über ein bestimmtes Thema denk- und sagbar ist und als wahr gilt.[43] Bei der (historischen) Diskursanalyse geht es folglich darum, „festzustellen, was faktisch gesagt wurde und dann gleichsam zu stabilen Aussagemustern kristallisierte, die nach einiger Zeit wieder zerfallen“[44], um somit der Konstruktion von Wissen und Wirklichkeit auf die Spur zu kommen. Mit Siegfried Jäger können vier Elemente analytisch unterschieden werden.[45] Diskursebene nennt Jäger die soziale Lage der Teilnehmer*innen bzw. den Ort, von dem aus sie sprechen. Ihre als Diskursfragmente bezeichneten Äußerungen, in denen wiederum spezifische Meinungen und Einstellungen (Diskurspositionen) Ausdruck finden, konstituieren in ihrer Gesamtheit den Diskursstrang.

Vertreter*innen der Methode beanspruchen, grundsätzlich jeden Sachverhalt diskursgeschichtlich untersuchen zu können, doch ist diese für die Gedächtnisforschung aufgrund des Konstruktcharakters von Geschichte und historischer Erinnerung besonders geeignet und wird dort bevorzugt angewendet.[46]

---

[39] Vgl. Martin Lücke: Diversität und Intersektionalität als Konzepte der Geschichtsdidaktik, in: Michele Barricelli/Ders. (Hg.): Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts. Bd. 1, Schwalbach/Ts. 2012, S. 136-146, hier S. 141.

[40] Vgl. Tilmann Habermas: Geliebte Objekte. Symbole und Instrumente der Identitätsbildung, Frankfurt a. M. 1999, S. 244.

[41] Vgl. Achim Landwehr: Historische Diskursanalyse, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2018, S. 98f.

[42] Rolf Parr: Diskurs, in: Clemens Kammler/Ders./Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, 2. Aufl., Stuttgart 2020, S. 274-277, hier S. 274f.

[43] Vgl. Michel Foucault, Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. 1: 1954-1969, hrsg. von Daniel Defert/François Ewald, Frankfurt a. M. 2001, S. 874f.

[44] Philipp Sarasin: Michel Foucault zur Einführung, Hamburg 2005, S. 106.

[45] Vgl. Siegfried Jäger: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, 3. Aufl., Duisburg 2001, S. 159-165.

[46] Vgl. Achim Landwehr: Diskurs und Diskursgeschichte, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte (1.03.2018), DOI: http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1126.v2 (Stand: 3.07.2024); Erll: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, S. 35.

Region und Regionalgeschichte

Die Konjunktur der Gedächtnisforschung seit den 1980er Jahren fiel mit einem *spatial turn* in der Geschichts- und Kulturwissenschaft zusammen.[47] Eine lange währende „Raumabstinenz"[48] deutschsprachiger Historiker*innen, die nicht zuletzt auf eine Abkehr von den nationalistischen Raumvorstellungen des 19. Jahrhunderts und ihren fatalen Folgen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückzuführen war[49], wurde nun abgelöst von einer „Wiederkehr des Raumes"[50] und der Einsicht, dass dieser nicht gegeben, sondern sozial konstruiert ist.[51] Damit veränderte sich auch der Blick auf Regionen. Sie galten nicht mehr länger nur als Container bzw. Schauplatz historischer Vorgänge, sondern wurden als „sozialräumliche[s] Gebilde"[52] und „erkenntnistheoretische Konstrukte"[53] ernstgenommen.[54] Inhaltlich wurde die Kategorie von Bernd Schönemann geschärft, der Regionen „eine der mittleren Positionen im Raumspektrum"[55] zwischen der lokalen auf der einen und der nationalen Ebene auf der anderen Seite zuwies, zugleich jedoch auf mögliche Mischformen oder Wechselbeziehungen aufmerksam machte.

Wie bereits angesprochen, werden Regionen als Konstrukte von Menschen handelnd hervorgebracht.[56] Auf die damit verbundenen Aneignungs- und Identifikationsprozesse verweist das Konzept der „Regionalität". Es macht sichtbar, wie Menschen sich in ihrem jeweiligen Lebensraum verorten, diesen wahrnehmen und gestalten. Dabei spielen alltägliche Interaktionszusammenhänge ebenso eine Rolle, wie Bezüge auf die regionale Vergangenheit und Geschichte.[57] Die so entstehenden individuellen „mental maps" sind dynamisch und verändern sich im Zuge der raumbezogenen Aushandlungsprozesse.

---

[47] Der Begriff wurde von dem Geografen Edward Soja geprägt. Vgl. Edward Soja: Postmodern Geographies: The reassertion of Space in Critical Social Theory, London/New York 1989.

[48] Jürgen Osterhammel: Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie, in: Neue Politische Literatur 43 (1998), S. 374-397, hier S. 374.

[49] Vgl. Detlef Briesen/Rüdiger Gans: Regionale Identifikation als Invention of Tradition, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 66 (1992), S. 61-73.

[50] Vgl. Osterhammel: Die Wiederkehr des Raumes.

[51] Vgl. Hans-Dietrich Schultz: Räume sind nicht, Räume werden gemacht. Zur Genese Mitteleuropas in der deutschen Geographie, in: Europa Regional 5, Heft 1 (1997), S. 2–14.

[52] Peter Knoch: Überlegungen zu einer Didaktik der Regionalgeschichte, in: Ders./Thomas Leeb (Hg.): Heimat oder Region. Grundzüge einer Didaktik der Regionalgeschichte, Frankfurt a. M. u. a. 1984, S. 3-16, hier S. 12.

[53] Ebd., S. 9.

[54] Die Definition von Carl-Hans Hauptmeyer führt beide Aspekte zusammen: „Eine Region ist eine sich wandelnde sozialräumliche Einheit, die modellhaft ähnliches Handeln und Wirken einer menschlichen Gesellschaft abbildet." Carl-Hans Hauptmeyer: Zu Theorien und Anwendungen der Regionalgeschichte, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21 (1997/98), S. 121-130, hier S. 123.

[55] Bernd Schönemann: Lernpotentiale der Regionalgeschichte, in: Geschichte für heute, 2 (2010), S. 5-16, hier S. 9.

[56] Vgl. Hans-Heinrich Blotevogel: Auf dem Wege zu einer ‚Theorie der Regionalität': Die Region als Forschungsobjekt der Geographie, in: Gerhard Brunn (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde (Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, Bd. 1), Baden-Baden 1996, S. 44-68, hier S. 57.

[57] Vgl. Bärbel Kuhn/Matthias Weipert: Region und außerschulische Lernorte. Zur Einführung, in: Dies. (Hg.): Region und außerschulische Lernorte im Geschichtsunterricht (Historica et Didactica, Fortbildung Geschichte, Bd. 11), St. Ingbert 2019, S. 9-14, hier S. 10.

Heimat und Fremdheit

Im Zusammenhang mit der subjektiven Bedeutung von Regionen gewinnt seit einigen Jahren der Begriff „Heimat" wieder an Bedeutung.[58] Auf ein lange währendes Misstrauen, das vor allem mit der Instrumentalisierung von „Heimat" im Nationalsozialismus zu erklären ist, folgte eine breite „Heimatisierung"[59]. Hermann Bausinger betont die Bedeutung von Heimat als begreifliche und verlässliche „Nahwelt"[60], die Handlungssicherheit bietet und bei Veränderungen oder Krisen als „Kompensationsraum"[61] dienen kann. Als Grundlage des Phänomens postuliert Ina-Maria Greverus ein menschliches Grundbedürfnis nach einem (imaginierten) „Satisfaktionsraum"[62], in dem das Individuum sich sicher und sozial sowie emotional eingebunden fühlt. Das deutsche Wort „Heimat" mit seinen historisch wechselnden kulturellen und politischen Konnotationen ist in diesem Verständnis eine Erscheinungsform dieser „Territorialität"[63]. Die anthropologische Grundierung von Heimat ist in der Forschung umstritten. Gemein ist den unterschiedlichen Konzeptionen jedoch die Auffassung von Heimat als dynamische und veränderliche Einheit, die in der alltäglichen Lebenspraxis hergestellt und angeeignet wird. Ein wesentliches Aushandlungsfeld ist dabei die Geschichts- bzw. Erinnerungskultur.[64] In der jeweiligen Art und Weise, wie mit Verunsicherungen und Alteritätserfahrungen umgegangen wird, erweist sich Heimat als inkludierendes oder exkludierendes Konzept. Im letzteren Fall wird das Andere oder Unbekannte als fremd wahrgenommen und ausgeschlossen.
Fremdheit als Kehrseite von bzw. Gegenbegriff zu Heimat ist somit kein objektiver Tatbestand, sondern ein „Beziehungsmodus"[65] im Umgang mit Differenz.[66] In einer systemtheoretisch inspirierten Klassifikation unterscheidet Ortfried Schäffter vier Modi des Fremderlebens. Bei der Deutung von „Fremdheit als Resonanzboden" wird davon ausgegangen, dass das Eigene und das Fremde auf einen geteilten Ursprung zurückgehen und sich im Laufe der Zeit unterschiedlich entwickelt haben.[67] Auf Basis dieser fundamentalen

---

[58] Jürgen Reulecke stuft Heimat mittlerweile als „politisch-kulturellen Kernbegriff" ein. Jürgen Reulecke: Regionale Geschichtskultur und Kulturgeschichte der Region, in: Bärbel Kuhn/Matthias Weipert (Hg.): Region und außerschulische Lernorte im Geschichtsunterricht (Historica et Didactica, Fortbildung Geschichte, Bd. 11), St. Ingbert 2019, S. 15-20, hier S. 18.
[59] Achim Landwehr: Auf der Suche nach dem verlorenen Selbst – Heimat als Geschichtskultur?, in: Public History Weekly 5/43 (2017), DOI: dx.doi.org/10.1515/phw-2017-10715 (Stand: 13.07.2024).
[60] Hermann Bausinger: Heimat und Identität, in: Konrad Köstlin/Hermann Bausinger (Hg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Kiel 1980, S. 9-24, hier S. 20.
[61] Ebd., S. 13.
[62] Ina-Maria Greverus: Auf der Suche nach Heimat, München 1979, S. 35.
[63] Dies.: Der territoriale Mensch. Ein literaturanthropologischer Versuch zum Heimatphänomen, Frankfurt a. M. 1972, S. 23.
[64] So fragt Achim Landwehr: „Heimat als Geschichtskultur?" Landwehr: Auf der Suche nach dem verlorenen Selbst – Heimat als Geschichtskultur?
[65] Ortfried Schäffter: Modi des Fremderlebens. Deutungsmuster im Umgang mit Fremdheit, in: Ders. (Hg.): Das Fremde. Erfahrungsmöglichkeiten zwischen Faszination und Bedrohung, Opladen 1991, S. 11-42, hier S. 12.
[66] Vgl. Bausinger: Heimat und Identität, S. 20.
[67] Vgl. Schäffter: Modi des Fremderlebens, S. 16-18.

Gemeinsamkeiten ist eine Verständigung möglich. Unvereinbar sind beide Seiten hingegen beim zweiten Modus. Hier wird „Fremdheit als Gegenbild" wahrgenommen und scharf vom Eigenen abgegrenzt.[68] Die Begegnung mit Alterität wirkt bedrohlich. Dieses Deutungsmuster erzeugt nach innen Geschlossenheit und Kohärenz, führt jedoch zu Konflikten mit der Außenwelt. Im dritten Modus gilt „Fremdheit als Ergänzung"[69]. Fremdes und Eigenes werden hier als unterschiedlich, aber prinzipiell gleichwertig gesehen. Sie begegnen einander vorbehaltlos, erweitern sich und gleichen sich zunehmend an. Beim vierten Modus schließlich bestimmen und relativieren Fremdes und Eigenes sich gegenseitig. Fremdheit wird als „Komplementarität" gefasst und dadurch zur relationalen Kategorie.[70] Die Unterscheidung zwischen beiden Seiten verschwimmt und wird schließlich aufgehoben.

Bei der Erforschung von Migration ist der Umgang mit Heimat und Fremdheit von besonderem Interesse. Wie Migrant*innen den Herausforderungen der Mobilität begegnen, hängt auch von den jeweiligen Identifikationsbedürfnissen und -angeboten in der unbekannten Umgebung ab. Beheimatung kann dann sowohl auf die gesellschaftliche Teilhabe als auch auf die individuelle und kollektive Selbstbehauptung im neuen Lebensumfeld gerichtet sein. Erkennbar wird dieses „Identitätsmanagement"[71] beispielsweise an der Unterscheidung von „alter" und „neuer Heimat", welche die Vertriebenen in der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Herkunftsgebiete und ihrer Wohnorte im Westen vornahmen.[72]

Das Siegerland als Untersuchungsraum

Regionen werden nicht um ihrer selbst willen untersucht. Entscheidend ist vielmehr die „charakteristische Nahsicht"[73] bei der Erforschung kleinräumiger Zusammenhänge. Der Blick auf die Region lässt sowohl Übereinstimmungen mit etablierten Vergangenheitsdeutungen, sog. Meistererzählungen (*master narratives*), als auch Abweichungen davon zu. Diesen Sachverhalt hat der Geschichtsdidaktiker Jürgen Hannig mit den Begriffen „Individualität" und „Exemplarität" beschrieben.[74]

[68] Vgl. ebd., S. 19-22.
[69] Ebd., S. 22-24.
[70] Vgl. ebd., S. 25-28.
[71] Manfred Seifert: Heimat, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (18.01.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/heimat (Stand: 14.07.2024).
[72] Vgl. Kapitel 2.
[73] Edwin Dillmann: Einführung, in: Ders. (Hg.): Regionales Prisma der Vergangenheit. Perspektiven der modernen Regionalgeschichte (Saarland Bibliothek, Bd. 11), St. Ingbert 1996, S. 7-22, hier S. 7.
[74] Vgl. Jürgen Hannig: Regionalgeschichte und Auswahlproblematik, in: Geschichtsdidaktik. Probleme Projekte Perspektiven Heft 2 (1984), S. 131-138.

Die Studie konzentriert sich auf das Siegerland. Dabei handelt es sich um eine Region im Süden Nordrhein-Westfalens. Seit den 1990er Jahren haben verschiedene Studien versucht, diese räumlich genauer ein- und abzugrenzen und ihre Merkmale zu bestimmen.[75] Als wesentliche historische Entwicklungsfaktoren und Elemente einer spezifischen regionalen Identität wurden dabei eine langandauernde räumliche Abgeschiedenheit, die Bedeutung von Montangewerbe bzw. -industrie, eine genossenschaftliche Wirtschaftsstruktur und der Einfluss des evangelisch-reformierten Glaubens ausgemacht.[76] Im Sinne des oben erläuterten konstruktivistischen Verständnisses von Region wird das Siegerland als Untersuchungsraum hier nicht näher geografisch definiert. Vielmehr werden die Interaktionszusammenhänge, aus denen die Formen der kollektiven Erinnerung hervorgingen und in denen sie sich manifestierten, sowie die Regionalität der Akteur*innen und Institutionen herausgearbeitet. Dadurch ergibt sich für die Erinnerungskultur das Bild einer „Stadt-Umland-Region"[77], in der Siegen als politisches, administratives und gesellschaftliches Zentrum eine besondere Rolle einnimmt. Dabei gab es jedoch sowohl Sonderentwicklungen auf lokaler Ebene als auch Verbindungen auf die Landes- und Bundesebene.

Gedächtnisforschung, Regionalgeschichte und Migrationsgeschichte

Bewährt haben sich regionale Zugriffe auch in der Gedächtnis- und Migrationsforschung. Zahlreiche Untersuchungen stützen Halbwachs' These der räumlichen Verortung kollektiver Erinnerung und deuten auf eine „im Vergleich zur nationalen Erinnerungskultur möglicherweise größere[n] Prägekraft"[78] regionaler Medien und Praktiken hin.[79] Bei der Untersuchung von Mobilität eröffnen sie Perspektiven auf die Lebenswelten und Handlungsspielräume von Migrant*innen und machen die konkreten Funktionsweisen und Auswirkungen von Migrationsregimes sichtbar.[80] Letztere umfassen laut Jochen Oltmer die politischen „Prinzipien, Regeln, Entscheidungsprozeduren und institutionellen Rahmungen"[81], mit denen Mobilität erfasst und reguliert wird. In jüngerer Zeit wurde das Konzept weiter ausdifferenziert. Unter Mobilitätsregime, das erste zweier elementarer Felder, fallen Gesetze und Maßnahmen zur Steuerung von Wanderungsbewegungen zwi-

[75] Vgl. Bernd D. Plaum/Harald Witthöft: Das Siegerland. Ein historisches Profil, in: Rainer Schulze (Hg.): Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich, Essen 1991, S. 318-363; Dietmar Petzina: Siegerland, Wittgenstein und Südsauerland, Siegen 1995.
[76] Vgl. Armin Flender/Sebastian Schmidt: Die Identität des Siegerlandes: Eine Region in den Köpfen ihrer Bewohner, in: Interregiones 8 (1999), S. 59-94, hier S. 62.
[77] Reulecke: Regionale Geschichtskultur und Kulturgeschichte der Region, S. 17.
[78] Robbe: Historische Forschung und Geschichtsvermittlung, S. 152.
[79] Vgl. Harald Schmid: Regionale Erinnerungskulturen – ein einführender Problemaufriss, in: Ders. (Hg.): Erinnerungskultur und Regionalgeschichte, München 2009, S. 7-22, hier S. 7f.
[80] Vgl. Jochen Oltmer: Einführung. Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, in: Ders., (Hg.): Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, Wiesbaden 2018, S. 1 –12.
[81] Ders.: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, S. 8.

schen unterschiedlichen Staats- oder Verwaltungsgebieten. Präsenzregime regeln demgegenüber, ob und wie Migrant*innen in unterschiedliche Gesellschaftsbereiche und -systeme einbezogen oder von ihnen ausgeschlossen werden.[82]

Seit einigen Jahren sind verstärkt Ansätze einer relationalen Migrationsgeschichtsschreibung erkennbar. Anspruch dieses Forschungsprogramms ist es für Anne Friedrichs unter anderem, unterschiedliche Wanderungsphänomene nicht mehr isoliert zu betrachten, sondern Orte und Räume zu untersuchen, „in denen sich unterschiedliche Formen der Mobilität überkreuzten und verdichteten"[83], und dabei die Perspektiven der beteiligten und betroffenen Menschen angemessen zu berücksichtigen. Gängige Unterscheidungen zwischen Sesshaftigkeit und Mobilität, grenzüberschreitender Ein- und Aus- sowie innerstaatlicher Zu- und Abwanderung sowie zwischen Migrant*innen und Alteingesessenen bzw. Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft werden dadurch hinterfragt und verlieren ihre Eindeutigkeit.[84]

Die Begriffe Assimilation und Akkulturation und die damit verbundenen Vorstellungen einer einseitigen Angleichung der eingewanderten an die einheimische Bevölkerung wurden in der Migrationsforschung bereits weitgehend als überholt aufgegeben, leben jedoch im nichtwissenschaftlichen öffentlichen Migrationsdiskurs weiter fort.[85]

Integration hingegen ist auf beiden Feldern nach wie vor ein Kernbegriff. Er kann sich auf verschiedene Bestandteile und Funktionsbereiche eines Gesamtzusammenhangs (Systemintegration) oder auf soziale Systeme beziehen, in welche neue Mitglieder aufgenommen werden (Sozialintegration).[86] Der Soziologe Hartmut Esser postuliert vier Ebenen der Sozialintegration, die sich als „sensibilisierendes Konzept"[87] auch auf die Medien und Praktiken der Erinnerung anwenden lassen, um deren Ziele, Gegenstände und migrationspolitischen Kontexte zu identifizieren. Basierend auf Essers Theorie unterscheidet Friedrich Heckmann zwischen struktureller, kultureller, sozialer und identifikativer Integration.[88] Bei der ersten Dimension geht es um die Teilhabe an gesellschaftlichen Einrichtungen wie dem Bildungssystem, dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt. Die zweite zielt auf den Sprach- und Wissenserwerb als zentrale Voraussetzungen gesellschaftlicher

---

[82] Ders.: Einführung: Migrationsverhältnisse und Migrationsregime nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Ders./Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 104), München 2012, S. 9-21, hier S. 17.

[83] Anne Friedrichs: Placing Migration in Perspective. Neue Wege einer relationalen Geschichtsschreibung, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), H. 2, S. 167– 195, hier S. 183.

[84] Vgl. ebd., S. 194.

[85] Vgl. Friedrich Heckmann: Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung, Wiesbaden 2015, S. 77f.

[86] Diese grundlegende Unterscheidung geht auf David Lockwood zurück. Vgl. David Lockwood: Social Integration and System Integration, in George K. Zollschan/Walter Hirsch (Hg.): Explorations in Social Change, London 1964, S. 244–251.

[87] Als „sensitizing concepts" werden in der Sozialforschung empirisch begründete heuristische Vorannahmen bezeichnet, die Untersuchungsgegenstände identifizieren und interpretieren helfen. Vgl. Herbert Blumer: Symbolic interactionism: Perspective and method, Englewood Cliffs (New Jersery) 1980, S. 147f.

[88] Heckmann: Integration von Migranten, S. 72f.

Teilhabe ab. So müssen Migrant*innen sich nicht nur verständigen können, sondern auch mit den zentralen Werten, Normen und Einstellungen ihres neuen Lebensumfelds vertraut werden. Die Ebene privater zwischenmenschlicher Beziehungen wird mit der dritten Dimensionen angesprochen, während es bei der vierten um die subjektive emotionale Zugehörigkeit zu und Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft geht.[89]

Forschungsstand

Historisierung und Musealisierung von Migration

Mittlerweile ist Migration zu einem wichtigen Thema in der Untersuchung von Erinnerungskultur geworden.[90] Museen als zentrale Institutionen der Geschichtskultur sind dabei von besonderem Forschungsinteresse. Rainer Ohliger, schon früh ein wichtiger Stichwortgeber im Diskurs über die Bedeutung kollektiver Erinnerung in der Einwanderungsgesellschaft[91], geht von zehn „Darstellungs- und Erzählmustern" von Migration aus, die über den musealen Kontext hinaus auch in anderen Medien und Praktiken erkennbar sind.[92] Vorerst genügt eine knappe Zusammenfassung. An den relevanten Stellen der Untersuchung wird noch genauer auf die unterschiedlichen Muster eingegangen. Zunächst unterscheidet Ohliger drei unterschiedliche inhaltliche Zuschnitte. So beziehen Erzählungen von Mobilität sich häufig auf einzelne Bevölkerungsgruppen oder sogar nur wenige Individuen („Migrationsgeschichte als Ethno-Geschichte" bzw. „als biographische Geschichte") oder sind sektoral gegliedert („Migrationsgeschichte als Sozialgeschichte"). In anderen Fällen geht es um eine normative Bewertung. Einwanderung kann entweder „als Geschichte der Benachteiligung" oder als „Erfolgsgeschichte" narrativiert werden. Stehen Widerstand und Emanzipationsstreben im Fokus, liegt ein drittes Darstellungsmuster vor: „Migrationsgeschichte als Gegengeschichte". Die verbleibenden vier Erzählmodi sind auf die Migration selbst als historisches Phänomen gerichtet. Häufig vorzufinden sind Deutungen als historischer Normalfall („Migrationsgeschichte als Universalgeschichte") oder als eine von vielen Entwicklungen in einem größeren Geschehenszusammenhang („Migrationsgeschichte als Querschnittsgeschichte"). Darstellungen, die im Sinne einer relationalen Migrationsgeschichtsschreibung die durch Mobilität entstehenden transnationalen bzw. -regionalen sowie -kulturellen Räume fokussieren („Migrati-

[89] Hartmut Esser beschreibt diese Grundprozesse mit den Begriffen Platzierung, Kulturation, Interaktion und Identifikation. Vgl. Hartmut Esser: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt/New York 2000, S. 272-275.

[90] Im internationalen Vergleich nahm sich die deutschsprachige Geschichtswissenschaft mit einiger Verspätung des Themas an. Vgl. Elisabeth Boesen: Migration und Erinnerung: Einleitung, in: Dies., Fabienne Lentz (Hg.): Migration und Erinnerung. Konzepte der Forschung (Soziologie Forschung und Wissenschaft, Bd. 28), Berlin 2010, S. 1-11.

[91] Vgl. Jan Motte/Rainer Ohliger (Hg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004.

[92] Vgl. Rainer Ohliger: Migration historisieren – Migrationsgeschichte musealisieren: Perspektiven auf Darstellungs- und Erzählmuster, in: neues museum. die österreichische museumszeitschrift (7/2011), S. 12-16.

onsgeschichte als Verflechtungsgeschichte"), sind demgegenüber noch selten. In der letzten Variante schließlich treten Wanderungen dem Publikum als bloße Erscheinungsform des übergreifenden Phänomens Mobilität gegenüber, das beispielsweise auch Waren, Ideen und Dienstleistungen einschließt („Migrationsgeschichte als Mobilität jenseits der räumlich-sozialen Dimension").[93]

„Flucht und Vertreibung", Arbeitsmigration und (Spät-)Aussiedlermigration in der Erinnerungskultur

Mit Blick auf die Erinnerungskultur ist „Flucht und Vertreibung" von den in der Studie thematisierten Wanderungsphänomenen bis jetzt am besten erforscht. Einige jüngere Veröffentlichungen sind hier hervorzuheben. Mit der ästhetischen Dimension von Gestaltungsformen der „alten Heimat" und visuellen Darstellungen der Zwangsmigration befasst sich ein 2010 von Elisabeth Fendl herausgegebener Sammelband.[94] Erstmals systematisch erfasst werden Formen kollektiver Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" jedoch in einem 2015 von Stephan Scholz, Maren Röger und Bill Niven herausgegebenen Handbuch.[95] Aufschlussreich sind auch vergleichende Ansätze. Ebenfalls von Maren Röger stammt beispielsweise eine Studie über „Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989"[96]. Insgesamt konzentriert sich die Forschung bislang stark auf die mediale Dimension. So sind in letzter Zeit diverse Arbeiten zu einzelnen Gattungen wie Film und Literatur erschienen.[97]

Die vielfältigen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Formen der Erinnerung wurden bislang jedoch ebenso wenig erforscht, wie der Einfluss der sich mit den Jahrzehnten verändernden politischen, gesellschaftlichen und diskursiven Rahmenbedingungen. Manfred Kittels Studie über den „historische[n] deutschen Osten in der Erinnerungskultur"[98] von 2007 beispielweise nimmt nur das vergleichsweise kurze Fenster zwischen 1961 und 1982 in den Blick. Durch die Untersuchung über den

[93] Die von dem Historiker und Ausstellungsmacher Joachim Baur, der mit seiner Monografie zur „Musealisierung der Migration" von 2009 wichtige Grundlagenarbeit geleistet hat, beschriebenen fünf unterschiedlichen „Repräsentationsmuster" von Mobilität finden sich in Ohligers Typologie wieder und werden daher nicht näher erläutert. Vgl. Antje Lang-Lendorff: Bitte keine Folklore: Joachim Baur über den musealen Umgang mit Migration, in: Migration. Blog zur Ringvorlesung „Migration. Wanderungsbewegungen vom Altertum bis in die Gegenwart" des Exzellenzclusters Topoi im Sommersemester 2016 an der Freien Universität Berlin (10.05.2016), URL: https://migration.hypotheses.org/199 (Stand: 3.07.2024).

[94] Vgl. Elisabeth Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts. Bilder von Heimat, Flucht und Vertreibung (Schriftenreihe des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Bd. 12), Münster 2010.

[95] Vgl. Stephan Scholz/Maren Röger/Bill Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015.

[96] Vgl. Maren Röger: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989, Marburg 2011.

[97] Alina Laura Tiews: Fluchtpunkt Film. Integrationen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch den deutschen Nachkriegsfilm 1945–1990, Berlin 2017; Frauke Janzen: Flucht und Vertreibung im literarischen Diskurs der BRD. Rhetoriken der Opferkonstruktion, Göttingen 2021.

[98] Vgl. Manfred Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982), München 2007. Die im Titel angesprochene Verdrängungsthese hat sich in der Forschung nicht durchgesetzt.

gesamten Zeitraum seit 1945 hinweg macht die vorliegende Arbeit demgegenüber die wechselhaften Konjunkturen sowie institutionelle und personelle Kontinuitäten oder Brüche sichtbar.

Hinsichtlich der Forschung zur kollektiven Erinnerung an die Arbeitsmigration bietet sich ein ähnliches Bild wie bei „Flucht und Vertreibung". Zahlreiche Beiträge in Publikationen des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück haben dazu beigetragen, das Forschungsfeld zu sondieren. Im Mittelpunkt stehen dabei bislang Fremd- und Selbstkonstruktionen in Bildmedien und Museums- sowie Wanderausstellungen.[99] Eine diachrone Darstellung des Historisierungs- und Musealisierungsdiskurses am Beispiel von DOMiD, dem Verein hinter dem „Haus der Einwanderungsgesellschaft", hat Manuel Gogos vorgelegt.[100] Systematisch untersucht wurden Formen der Erinnerung jedoch noch nicht.

Noch spärlicher ist schließlich die Forschungslage zur Erinnerung an die (Spät-)Aussiedlermigration. Das Wanderungsphänomen selbst ist inzwischen, maßgeblich durch Jannis Panagiotidis, untersucht und mit dem Konzept der postsowjetischen Migration theoretisch neu gefasst worden.[101] Zur privaten Seite der kollektiven Erinnerung liegen einige Studien vor – beispielsweise hat Svetlana Kiel anhand von Interviews und Gruppendiskussionen das Familiengedächtnis und das Selbstverständnis russlanddeutscher Migrant*innen erforscht – vergleichbare Arbeiten zu öffentlichen Medien und Praktiken stehen jedoch noch aus.[102]

Implikationen für die Studie

Für das Siegerland schließlich ist bislang weder die Migration seit 1945 noch die öffentliche Erinnerung daran erforscht. Wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten haben das Thema immer wieder gestreift.[103] Zu den hier behandelten Wanderungsphänomenen liegt jedoch lediglich eine 2004 erschienene Überblicksdarstellung und Quellensammlung über die Aufnahme und Integration der Zwangsmigrant*innen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in Siegen während der unmittelbaren Nachkriegszeit vor.[104]

---

[99] Vgl. Marcel Berlinghoff/Christoph Rass/Melanie Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration. Geschichte. Praxis. Zukunft. IMIS-BEITRÄGE, 51 (2017); Christoph Rass/Melanie Ulz (Hg.): Migration ein Bild geben. Visuelle Aushandlungen von Diversität, Wiesbaden 2018.

[100] Manuel Gogos: Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft. DOMiD – Ein Verein schreibt Geschichte(n), Bielefeld 2021.

[101] Vgl. Jannis Panagiotidis: Postsowjetische Migration in Deutschland: Eine Einführung, Weinheim 2020.

[102] Vgl. Svetlana Kiel: Wie deutsch sind Russlanddeutsche? Eine empirische Studie zur ethnisch-kulturellen Identität in russlanddeutschen Aussiedlerfamilien, Münster 2009. Eine Grundlage bietet Gesine Wallems Monographie über „Performativity and Co-ethnic Belongings" von Russlanddeutschen aus dem Jahr 2020. Vgl. Gesine Wallem: Doing ‚Russian-Germanness'. Performativity and Co-ethnic Belongings in the Context of post-Soviet migration to Germany, Diss. 2020.

[103] Vgl. Cornelius Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung. Die Arbeitgeberverbände in Siegen-Wittgenstein seit 1945, Siegen 2013; Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 46.

[104] Vgl. Dieter Pfau/Heinrich Ulrich Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949. Flüchtlinge und Vertriebene zwischen Integration und Ablehnung. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte (Siegener Beiträge, Sonderband), Siegen 2004.

Da sich die Studie somit kaum auf regionalhistorische Forschungsergebnisse stützen bzw. an diese anknüpfen kann, gilt es, die zu untersuchenden Fallbeispiele sorgfältig auszuwählen. Dass selbst bei einem eng gefassten Untersuchungsraum wie dem Siegerland kaum alle Medien und Praktiken erfasst werden können, mag eine Zahl verdeutlichen. So zählte der Verwaltungsbericht des Kreises Siegen allein für den Zeitraum von 1964 bis 1969 insgesamt 421 durch das Vertriebenenamt veranstaltete oder unterstützte Maßnahmen zur „Kulturellen Betreuung" der Zwangsmigrant*innen.[105] Im Zentrum der Arbeit stehen deshalb Formen der Erinnerung, die breit rezipiert und von den Zeitgenoss*innen als bedeutend wahrgenommen wurden, an denen sich wesentliche Merkmale und Entwicklungen der kollektiven Bezugnahme auf die Migration zu einem bestimmten Zeitpunkt ablesen lassen oder solche, die wesentlichen erinnerungskulturellen Zäsuren und Debatten vorausgingen bzw. sie auslösten oder auf sie reagierten.
Je nach konkretem Untersuchungsgegenstand fällt die Auswahl und Gewichtung der oben erklärten theoretischen und methodischen Ansätze unterschiedlich aus. Anspruch der Arbeit bleibt jedoch stets, die untersuchten Medien und Praktiken im Sinne einer „dichten Beschreibung"[106] möglichst genau zu erfassen und ihre Bedeutung für die unterschiedlichen Akteur*innen und Zielgruppen sowie die regionale Erinnerungskultur offenzulegen.

Quellen

So heterogen wie die Formen der Erinnerung selbst ist das historische Material, anhand dessen sie analysiert werden. Können zur Erforschung historischer Ausstellungen häufig Kataloge oder Bilddokumentationen herangezogen werden, werden im Falle von Straßenbenennungen die Vorlagen sowie Sitzungsprotokolle der zuständigen kommunalen Ausschüsse und Versammlungen benötigt. Drei Arten von Quellen sind jedoch über den gesamten Untersuchungszeitraum und unterschiedlichste Formen der Erinnerung hinweg von zentraler Bedeutung. Zuerst sind hier die regionalen Zeitungen zu nennen, welche zeitgenössische Diskurse abbildeten, über den Umgang mit bzw. die Erinnerung an Migration berichteten und in Artikeln sowie Leserbriefen ein Forum für geschichtskulturelle Debatten boten. Ebenso wichtig ist die Überlieferung aus Behörden und politischen Vertretungen auf unterschiedlichen Ebenen in Form von Richtlinien, Memoranden, Korrespondenzen und Niederschriften. Einen Zugang zu Medien und Praktiken, die zwar öffentlich, jedoch ohne direkte Beteiligung von Politik und Verwaltung stattfanden, bietet drittens das Schriftgut und sonstige Material von Verbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen sowie Migrant*innenorganisationen.

[105] Vgl. Kreis Siegen (Hg.): Geschehen. Geleistet. Geplant. Verwaltungsbericht 1964-1969, Siegen 1969, S. 54.
[106] Vgl. Clifford Geertz: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme (suhrkamp taschenbuch wissenschaft, Bd. 696), Frankfurt a. M. 1987.

Oral History

Mit Oral History kommt in der Studie schließlich eine weitere Methode und Quellengattung zur Anwendung, die derzeit in der Migrationsforschung an Bedeutung gewinnt.[107] Als Oral History wird, so eine Definition von Dorothee Wierling, „ein Vorgehen innerhalb der Geschichtswissenschaft bezeichnet, bei dem Erinnerungsinterviews mit ‚Zeitzeugen' als historische Quelle dienen"[108]. Auf diese Weise kann der Anspruch einer relationalen Migrationsforschung eingelöst werden, die subjektiven Wahrnehmungen eingewanderter Menschen zu berücksichtigen und deren individuelle Verarbeitungsformen von Mobilität ernst zu nehmen.[109]

Wierling unterscheidet drei wesentliche Formate.[110] Bei Experteninterviews geht es um das Insiderwissen besonders qualifizierter Personen über einen bestimmten Sachverhalt. Das Gespräch wird dementsprechend durch einen vorab erarbeiten Fragebogen strukturiert. Biografische Interviews werden demgegenüber offen geführt. Sie sind darauf angelegt, die gesamten Lebensgeschichten der Interviewpartner*innen zu erfassen und beginnen daher mit einem allgemein formulierten Gesprächsanreiz, um eine freie Erzählung aus dem Stegreif hervorzurufen. Eine Mischform stellen thematische Interviews dar. Das Erkenntnisinteresse bezieht sich hier auf einen bestimmten Zusammenhang, der jedoch nicht anhand festgelegter Fragen erschlossen wird. Die in Interviews erhobenen Erinnerungen sind retrospektiv entstandene Konstrukte. Sie beruhen auf subjektiven Eindrücken und sind zudem durch „eine komplexe lebensgeschichtliche Erfahrungsaufschichtung"[111] sowie gegenwärtige Einstellungen, Normen und Werte beeinflusst.[112] Die von Dorothee Wierling entwickelte, in vielen Projekten bewährte und deshalb hier zugrunde gelegte Vorgehensweise bei der Auswertung orientiert sich an der Objektiven Hermeneutik und psychoanalytischen Textinterpretation.[113] Ziel ist es, durch mehrere Schritte von der Transkription des Gesprächs über die Indexierung und Klärung der chronologischen Struktur bis hin zur eigentlichen Interpretation die innere „Gestalt"[114] einer Erzählung, also die ihr zugrunde liegenden Orientierungen und Sinngehalte herauszuarbeiten. Diese sind zwar höchst subjektiv, geben jedoch zugleich Aufschluss über die Erinnerungs- und Erzählgemeinschaft(en), denen das Individuum angehört, und die Diskurse, an denen es

[107] Dafür stehen etwa zwei vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekte: „Interkulturelles Digitales Erinnerungsarchiv. Migrantinnengeschichte als Teilhabe", URL: https://heridea.de (Stand: 13.07.2024) und „Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen", URL: https://lga.isgv.de/projekte/144 (Stand: 13.07.2024).
[108] Dorothee Wierling: Oral History, in: Michael Maurer (Hg.): Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft (Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 7), Stuttgart 2003, S. 81-151, hier S. 81.
[109] Vgl. Friedrichs: Placing Migration in Perspective, S. 173, 189.
[110] Wierling: Oral History, S. 109.
[111] Ebd., S. 96.
[112] Vgl. Stefan Bajohr: Vom bitteren Los der kleinen Leute. Protokolle über den Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeiter 1900-1933, Köln 1984, S. 235.
[113] Vgl. Wierling: Oral History, S. 130,137-139.
[114] Ebd., S. 132.

teilhat. In der Zusammenschau mehrerer Interviews entsteht somit ein „kollektives Erinnerungsbild“[115]. Gleichwohl ist Oral History prinzipiell weniger an Theoriebildung, als an der Untersuchung individueller Fälle und historischer Konstellationen interessiert.[116] Repräsentativität wird demnach nicht angestrebt. Dies gilt es auch bei der Suche nach geeigneten Interviewpartner*innen zu berücksichtigen. Relevante Samplingkriterien sind vor allem „Beziehungsgeflechte, Interessengegensätze, unvereinbare Perspektiven, wechselseitige Wahrnehmung“[117]. Erfolgt die Auswahl hingegen allein aufgrund vermeintlich objektiver äußerer Kriterien wie der Zugehörigkeit zu einer (Migrant*innen-)Gruppe, droht ein „Enttypisierungsschock”[118]. Das von Lutz Niethammer beschriebene Phänomen tritt ein, wenn sich Vorannahmen über die interviewten Personen und ihre Lebenswirklichkeit in der Forschungspraxis als unzutreffend erweisen. Für die Untersuchung wurden 21 Interviews mit Migrantinnen und Migranten, Akteurinnen und Akteuren der Erinnerungskultur sowie politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern geführt und ausgewertet. 13 davon sind konkret in die Studie eingeflossen und werden an gegebener Stelle zitiert.

Vorbemerkungen zum Sprachgebrauch

Auf sprachlicher Ebene liegt eine besondere Herausforderung bei der Erforschung von Mobilität darin, diskriminierende oder gar rassistische Fremdzuschreibungen, die sich in bestimmten Begriffen niedergeschlagen haben, nicht zu reproduzieren. Gleichzeitig sind vereinheitlichende (Fremd-)Bezeichnungen und Etikettierungen unverzichtbar, um Wanderungsphänomene und die daran beteiligten oder von ihnen betroffenen Menschen zu benennen. In der Inklusionsforschung wird dieses Problem als „identification dilemma“ diskutiert.[119] Ausgehend von der eingangs angeführten Definition werden im Folgenden alle Menschen, die im Zuge der hier thematisierten Wanderungsbewegungen ins Siegerland gekommen sind, unabhängig von ihrer Herkunft, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer als Migrant*innen bezeichnet. Davon abweichende Fremd- und Selbstbezeichnungen werden vor der Verwendung stets an gegebener Stelle erklärt und kritisch eingeordnet. Begriffe oder Formeln mit einer festen historischen Konnotation wie „Flucht und Vertreibung“ werden in modalisierende Anführungszeichen gesetzt.

---

[115] Ebd., S. 133.
[116] Vgl. ebd., S. 82.
[117] Ebd., S. 146.
[118] Lutz Niethammer: Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Ders./Alexander von Plato (Hg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten”. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bonn 1985, S. 392-445, hier S. 410.
[119] Der Begriff stammt von Brahm Norwich. Vgl. Brahm Norwich: Dilemmas of Difference, Inclusion and Disability, London/New York 2008. Im Zusammenhang mit der Bezeichnung „People of Color“ wird eine ähnliche Problematik diskutiert. Vgl. Jasmin Dean: „People of Color“, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. Kerben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster 2011, S. 597.

Der zentralen Bedeutung der Kategorie „Geschlecht“ für die Geschichtswissenschaft tragen entsprechende Formulierungen und Schreibweisen Rechnung. Ist bekannt, ob es sich bei den erwähnten Personen um Männer oder Frauen handelte, werden maskuline bzw. feminine Formen genutzt. Die Schreibweise mit Gendersternchen, beispielsweise in „Migrant*innen“, verweist auf Gruppen, deren geschlechtliche Zusammensetzung heterogen oder nicht bekannt ist.

Erster Teil

„Flucht und Vertreibung“ in der regionalen Erinnerungskultur

2. Erste Zusammenschlüsse und Aktivitäten der Vertriebenen in der Region

Das folgende Kapitel behandelt „Flucht und Vertreibung“[1] ab 1945, ihre Auswirkungen auf die Betroffenen und das Siegerland sowie die frühen Selbstorganisationen der Zwangsmigrant*innen. Zunächst werden die Situation bei Kriegsende und der Ablauf der Zwangsumsiedlungen in die Region überblicksartig dargestellt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie dem Umgang der Behörden und der alteingesessenen Bevölkerung mit den Flüchtlingen und Vertriebenen. Vor diesem Hintergrund geht es anschließend um deren erste Selbstorganisationen und ihre frühen Aktivitäten im Siegerland. Kern des Kapitels ist die Analyse einer Ausstellung, eines Heimatabends, einer Feierstunde sowie einer Kundgebung, die im Juni 1949 zeitgleich und aufeinander abgestimmt in Siegen stattfanden. Mit diesen Veranstaltungen traten die regionalen Zusammenschlüsse der Zwangsmigrant*innen erstmals in die breite Öffentlichkeit.

Zwangsmigration ins Siegerland nach Kriegsende

Im Siegerland fanden in der Endphase des Zweiten Weltkrieges heftige Gefechte zwischen alliierten Truppen und der sich zurückziehenden Wehrmacht statt. Am 9. April 1945 endeten die Kampfhandlungen in der Stadt Siegen, tags darauf kontrollierten amerikanische Truppen das gesamte Kreisgebiet. Das Besatzungsregiment wurde der britischen Militärbehörde übertragen. Diese sah sich mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Im von Bombenangriffen und Artilleriebeschuss schwer getroffenen Siegen waren die städtische Infrastruktur sowie zwischen 50 und 80 % des Wohnraums vernichtet. Ebenso wie an Wohnungen mangelte es an Gütern des täglichen Lebens.[2] Doch nicht nur die heimische Zivilbevölkerung litt Not. Tausende sogenannte Displaced Persons und Kriegsgefangene mussten untergebracht, versorgt und in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.[3]

---

[1] Im allgemeinen Sprachgebrauch haben sich für die erzwungene Migration der deutschen Bevölkerung aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Bezeichnungen „Vertreibung“ bzw. „Flucht und Vertreibung“ durchgesetzt. Diese sind tendenziös und werden aufgrund der ihnen inhärenten Zuschreibungen stets in modalisierende Anführungszeichen gesetzt. Die Migrationsforschung nutzt neutralere Begriffe wie „Zwangsumsiedlung“, „Zwangsmigration“ oder „Ausweisung“. Vgl. Stephan Scholz: „Flucht und Vertreibung“ – Ereignis, Historische Kontextualisierung, Erinnerung, in: Manfred Gauber (Hg.): Flucht und Vertreibung (Gautinger Protokolle, Bd. 42), Gauting 2012, S. 7-16, hier S. 10-12. Die vorliegende Untersuchung schließt sich dem an.

[2] Zur Situation in Siegen bei Kriegsende vgl. Dieter Pfau: Kriegsende 1945 in Siegen. Dokumentation der Ausstellung, Bielefeld 2005.

[3] Eine Definition des Begriffs „Displaced Persons“ findet sich bei Frank Castecker: „Der von den amerikanischen Militärbehörden eingeführte Begriff „Displaced Persons“ (DPs) umfaßte alle während des Zweiten Weltkriegs vom nationalsozialistischen Deutschland aus ihren Herkunftsländern vertriebenen oder deportierten Zivilisten nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Hinzu kamen außerdem Zivilisten nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die 1944/45 vor der vorrückenden Roten Armee nach Westen geflohen waren.“ Frank Castecker: Displaced Persons (DPs) in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 2., erw. Aufl., Paderborn/München 2008, S. 529-535.

Bei der Suche nach geeigneten Unterkünften fiel die Wahl auf die nun leerstehenden Kasernengelände im Siegener Stadtgebiet. Die Displaced Persons wurden dort einquartiert und durften eine selbstständige Lagerverwaltung mit einem ausländischen Lagerkommandanten einrichten.[4] Bis zum Spätsommer 1945 konnten die meisten von ihnen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Die Behörden standen jedoch weiterhin vor großen Herausforderungen. Zahlreiche deutsche Zivilisten, die in der Endphase des Krieges ihre Wohnorte hatten verlassen müssen und sich nun in der falschen Besatzungszone wiederfanden, mussten zurückgeführt werden. Dieser sogenannte Interzonenverkehr wurde von den alliierten Behörden in mehreren großen Aktionen organisiert.[5] Um den Andrang zu bewältigen, entstand ein System von Durchgangslagern. Dort wurden die ankommenden Menschen registriert, versorgt und schließlich in die Ziel-Besatzungszone bzw. die aufnehmenden Städte und Gemeinden weiterverteilt. Aufgrund seiner günstigen Lage im Grenzbereich der englischen, französischen und amerikanischen Zonen wurde Siegen zum Standort eines Durchgangslagers für den Interzonenverkehr bestimmt. Bereits am 4. Dezember 1945 trafen die ersten Evakuierten aus der französischen Besatzungszone in Siegen ein.[6]

Wenig später erreichten zudem die ersten Transporte von Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches Siegen. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 hatten die Alliierten die Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse-Line, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn beschlossen. Laut dem Verteilungsschlüssel des Alliierten Kontrollrates vom November 1945 sollten mit der Operation „Swallow" bis zum 1. August 1946 1,5 Millionen Deutsche aus den nun von Polen kontrollierten Gebieten in die britische Besatzungszone verbracht werden. Der Regierungsbezirk Arnsberg sollte zunächst ein Kontingent von 80 000 Personen aufnehmen.[7] Um die Massenumsiedlung zu bewältigen, beschloss die britische Militärregierung, die bereits für den Interzonenaustausch genutzte ehemalige „Herzog-Fer-

[4] Vgl. Dieter Pfau: Die Zusammenbruchgesellschaft der frühen Nachkriegsjahre, in: Ders./Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 16-89, hier S. 46.

[5] „Wasp" war der Name für den Austausch zwischen der englischen und der amerikanischen sowie französischen Besatzungszone, die Bezeichnung „Honeybee" hingegen galt dem Austausch zwischen der englischen und der sowjetischen Zone. Bei „Jericho" schließlich handelte es sich um Transporte zur Rückführung aus Berlin. Zur gleichen Zeit liefen außerdem die Aktionen „Pigeon", welche die Rückkehr deutscher Flüchtlinge aus Dänemark ermöglichen sollte, „Caravan" zum Transfer von Flüchtlingen und Vertriebenen aus der sowjetischen Besatzungszone sowie „Eagle" zur Rückführung polnischer Zwangsarbeiter in ihre Heimat. Vgl. Manfred Wolf: Operation Swallow. Der Weg von Schlesien nach Westfalen im Jahre 1946, in: Westfälische Zeitschrift 34 (1999), S. 117-138, hier S. 123f.

[6] Vgl. Schreiben des Siegener Oberbürgermeisters an die Fahrbereitschaft vom 4.12.1945, in: Jessica Siebeneich/Julia Stäsche: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 90-149, hier S. 108.

[7] Vgl. ebd., S. 102f.

dinand-Kaserne“ auf dem Siegener Wellersberg zum Hauptdurchgangslager auszubauen.[8] Zwischen Februar und September 1946 passierten 164 000 Menschen das Lager. Der Großteil von ihnen wurde nach Ostwestfalen weitergeleitet, wo es ausreichend Wohnraum und Lebensmittel gab.[9] In Siegen selbst wurden zunächst keine Flüchtlinge und Vertriebenen untergebracht. Das Aufnahme-Soll von 1 000 Personen für die Stadt bzw. von 7 500 Personen für den Kreis Siegen konnte aufgrund der starken Zerstörungen in der Stadt nicht erfüllt werden.[10]

Die regionale Industrie war weniger nachhaltig als die Zivilbevölkerung von Kriegsschäden betroffen, wenngleich unmittelbar nach Kriegsende die Arbeit in den großen Siegerländer Betrieben zum Erliegen gekommen und das Transport- und Verkehrswesen zusammengebrochen waren. Mehrere Faktoren trugen jedoch dazu bei, dass sich die Wirtschaft zunächst vergleichsweise schnell erholte. Zum einen waren die Anlagen in der wichtigen Stahlindustrie und im Erzbergbau anders als z. B. im Ruhrgebiet überwiegend nur leicht beschädigt, zum anderen konnten die wichtigsten Hindernisse für Produktion und Handel vergleichsweise rasch beseitigt werden. So wurde die Industrie- und Handelskammer Siegen bereits im Mai 1945 neu gegründet und organisierte mit Erlaubnis der britischen Militärregierung die zentrale Verteilung von Material und Rohstoffen.[11] Bereits am 7. Juni 1945 nahm die wichtige Eisenbahnlinie Hagen-Siegen wieder den Betrieb auf. Um wieder produzieren zu können, benötigten Unternehmen mit über 25 Beschäftigten jedoch eine Erlaubnis (*Permit to Re-Open*) der britischen Besatzungsmacht.

Die britische Militärregierung bemühte sich, die öffentliche Verwaltung so rasch wie möglich in Gang zu bringen.[12] Der seit 1919 amtierende Oberbürgermeister Alfred Fißmer konnte seine Geschäfte zunächst weiterführen, wurde am 24. April jedoch auf Anweisung des britischen Militärkommandanten durch den Sozialdemokraten Carl Friedrich Fries ersetzt, der seit 14. April bereits das Amt des Landrats bekleidete. Fries wiederum wurde allerdings bereits am 1. Juni 1945 zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Arnsberg ernannt. Sein Nachfolger in beiden Ämtern wurde Otto Schwarz (SPD). Im Februar 1946 wählten Stadtverordnetenversammlung und Kreistag ihre Verwaltungsspitzen. Heinrich Otto (KPD) wurde neuer Landrat, während Otto Schwarz auf

[8] Das bestehende Lager auf dem Siegener Wellersberg wurde um Teile der Haig-Kaserne am Fischbacherberg („Kreisauffanglager Siegen-Fischbacherberg“) sowie des ehemaligen Heeresverpflegungsamts auf der Schemscheid erweitert. Vgl. ebd., S. 126.

[9] Vgl. Uwe Kleinert/Falk Wiesemann: Flüchtlinge und Wiederaufbau, in: Walter Euchner/Dietmar Petzina (Hg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, Düsseldorf 1984, S. 297-326; Siebeneich/Stäsche: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, S. 123.

[10] Bis Mitte des Jahres 1946 hatte Siegen aufgrund der starken Kriegszerstörungen den Status einer „Schwarzen Zone“. Diesen Bereichen durften aufgrund der starken Zerstörungen keine Aufnahmeverpflichtungen gestellt werden. Vgl. Dieter Pfau: Flüchtlings- und Vertriebenenaufnahme in Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Hauptdurchgangslager Wellersberg in Siegen, in: Der Reidemeister. Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land. Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e. V. Nr. 176 (2008), S. 1437-1441, hier S. 1438.

[11] Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 24.

[12] Vgl. ebd., S. 21f.

den Posten des Oberkreisdirektors wechselte. Gemeinsam bildeten sie ab dem 1. April die von der britischen Militärregierung vorgeschriebene kommunale Doppelspitze. Am 23. August 1946 errichtete die britische Besatzungsmacht aus der Provinz Westfalen sowie dem Nordteil der ebenfalls preußischen Rheinprovinz das Land Nordrhein-Westfalen. Zu dessen Ministerpräsidenten wurde Rudolf Amelunxen ernannt. Die ersten demokratischen Wahlen zu den Stadt- und Gemeindeparlamenten und zum Kreistag im Siegerland im Oktober 1946 konnte die CDU für sich entscheiden. Sie siegte in der Stadt und im Kreis Siegen mit 44,5 % bzw. 59,9 %. Heinrich Ottos bisheriger Stellvertreter Joseph Büttner wurde Landrat, Ernst Weißelberg Oberbürgermeister.[13]

Parallel dazu wurden die notwendigen Verwaltungsstrukturen geschaffen, um die erwarteten Transporte mit Zwangsumgesiedelten aus dem Osten zu betreuen. In Siegen waren für die pauschal als „Flüchtlinge“[14] bezeichneten Zwangsmigrant*innen zunächst der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor zuständig. Im November 1945 beschloss die britische Militärregierung die Bildung von Flüchtlingsausschüssen, in denen die zuständigen Behörden gemeinsam mit Vertreter*innen der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und nicht zuletzt der Zwangsmigrant*innen selbst über die Flüchtlingspolitik beraten sollten.[15] Einen Monat später erging ein entsprechender Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Rudolf Amelunxen an die Stadt- und Landkreise in seinem Zuständigkeitsbereich. In Siegen wurde er am 15. Januar 1946 mit der Einrichtung des Flüchtlingsamts und des daran angeschlossenen Flüchtlingsausschusses umgesetzt. Hauptsächlich koordinierten diese Stellen Flüchtlingstransporte und bereiteten die Unterbringung der Ankommenden vor. Der Flüchtlingsausschuss tagte zum ersten Mal am 23. Mai. Allerdings waren die Flüchtlinge dort mit nur einem von 14 Mitgliedern unterrepräsentiert.[16]

Aufnahme und Unterbringung der Zwangsmigrant*innen

Die Verteilung der neu angekommenen Menschen in Westfalen war schwierig. Entscheidend war der verfügbare Wohnraum. Die Behörden, vor allem das Amt für Wiederaufbau, führten eine Statistik der Kriegsschäden an Wohnungen im Stadt- und Landkreis

[13] Vgl. Pfau: Die Zusammenbruchgesellschaft der frühen Nachkriegsjahre, S. 47-50.

[14] Die von der Zwangsmigration betroffenen Personen wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit pauschal „Flüchtlinge“ genannt. Rasch jedoch prägte sich eine Vielfalt von (Selbst-)Bezeichnungen für die betroffene Personengruppe wie „Ausgewiesene“, „Ostvertriebene“, „Heimatvertriebene“ oder schlicht „Vertriebene“ aus. Während das Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 noch zwischen „Vertriebenen“ und „Heimatvertriebenen“ unterschied, überlagerten sich die Konnotationen im öffentlichen Sprachgebrauch zunehmend. Daher werden die Begriffe „Vertriebene“, „Zwangsumgesiedelte“ bzw. „zwangsumgesiedelte Deutsche“ und „Ausgewiesene“ bzw. „ausgewiesene Deutsche“ hier synonym gebraucht. Vgl. Frank Liedtke/Karin Böke/Martin Wengeler: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, Bd. 8), Berlin/New York 1996, S. 153-155.

[15] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied. Festschrift zum 60jährigen Bestehen des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Düsseldorf 2009, S. 13.

[16] Vgl. Maren Braedt/Daniel Buck: Aufnahme und beginnende Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 174-241, hier S. 175.

Siegen.[17] Neben Siegen selbst waren auch die benachbarten Gemeinden Weidenau, Geisweid und Ferndorf schwer zerstört, wohingegen die ländlichen Gebiete weniger betroffen waren. Die Flüchtlinge und Vertriebenen wurden den einzelnen Städten und Gemeinden gemäß einem Verteilungsschlüssel zugewiesen. Ein geringer Grad an Zerstörung bedeutete eine erhöhte Aufnahmeverpflichtung. Die wachsenden Flüchtlingsströme in die britische Zone brachten immer mehr Personen auch ins Siegerland. 1946 waren von den 160 000 Menschen im Kreis Siegen ungefähr 15 000 Vertriebene und Flüchtlinge. Dadurch wurden Nahrungsmittel und vor allem Wohnraum noch knapper. Im Spätsommer 1946 standen in der Stadt durchschnittlich 3,7 m², im Kreisgebiet wenig mehr als 4 m² Wohnfläche pro Person zur Verfügung.[18] Die städtischen Wohnungsämter bemühten sich, den knappen Raum möglichst effektiv zu nutzen und verteilten die wohnungslosen Personen und Familien auf verfügbare Privatwohnungen, gewerblich genutzte sowie öffentliche Immobilien, wie etwa die Haig-Kaserne am Siegener Fischbacherberg, oder gar leerstehende Holzbaracken. Die Betroffenen selbst hatten keinen Einfluss auf diesen Prozess. Gruppen von Nachbarn und Bekannten oder ganze Dorfgemeinschaften, die gemeinsam zwangsumgesiedelt worden waren und versuchten, zusammen zu bleiben, wurden häufig in unterschiedlichen Städten und Gemeinden untergebracht und so voneinander getrennt.

Bedürftig waren neben den Flüchtlingen und Vertriebenen auch Einheimische, deren Häuser und Wohnungen bei Bombenangriffen und den Gefechten der letzten Kriegsmonate beschädigt oder völlig zerstört worden waren. Angesichts der knappen Ressourcen und der beengten Lebensverhältnisse kam es sowohl zu Konflikten zwischen Zwangsmigrant*innen und Einheimischen, die sich selbst in großer Not befanden und sich des Ausmaßes und der Hintergründe der Umsiedlungen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße häufig nicht bewusst waren, als auch zu Streitigkeiten innerhalb dieser sehr heterogenen Gruppen. Die Vertriebenen waren häufig schon aufgrund ihrer Sprache als „Fremde“ erkennbar, wenn sie statt des üblichen Siegerländer Platts die Mundart ihrer Herkunftsgebiete oder Hochdeutsch sprachen. Ein weiteres wichtiges Zugehörigkeits- oder Exklusionsmerkmal war die Religionszugehörigkeit. Das Siegerland war mit Ausnahme des nach seinem katholischen Landesherrn Johann VIII. zu Nassau-Siegen benannten „Johannlands“ rund um Netphen protestantisch-pietistisch geprägt. Die traditionell starke Abgrenzung zwischen den Konfessionen war angesichts der massiven Zuwanderung nun kaum mehr möglich.

Hatten Bevölkerung und Verwaltung schon gegen das Durchgangslager auf dem Wellersberg protestiert, so weckte die Einquartierung von fremden und größtenteils mittellosen Personen in privaten Haushalten weiteren Unmut und konnte oft nur unter Zwang

[17] Vgl. Amt für Wiederaufbau der Stadt und des Landkreises Siegen, Übersicht über die Kriegsschäden an Wohnungen im Stadt- und Landkreis Siegen vom 30.04.1946, in: Pfau: Die Zusammenbruchgesellschaft der frühen Nachkriegsjahre, S. 75.

[18] Vgl. Bericht des Leiters des Staatlichen Gesundheitsamtes Siegen, Dr. Gersbach, an den Oberstadtdirektor vom 3.09.1946, in: Ebd., S. 81-83.

durchgesetzt werden. Der Landrat Heinrich Otto warb in seiner Rede auf einer Flüchtlingsversammlung in der Firma Irle am 17. September 1946 für ein friedliches Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen: „Es wird nun alles getan, um den Anordnungen der Behörde Respekt zu verschaffen und die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Nun ergeben sich aus den Unterschieden in Wesen und Art der Eingesessenen und ihrer Gäste oft Schwierigkeiten, die das Zusammenleben erschweren, und wenn nicht beiderseits guter Wille vorhanden ist, oft ganz unerträglich machen. […] so ist es erforderlich, daß beide Teile sich das Zusammenleben durch Verständnis und Rücksichtnahme erleichtern, andernfalls gibt es unerträgliche Zustände. Guter Wille aber vermag alles!“[19] Eine Verordnung der Militärregierung vom März 1946 drohte an, „jede Verletzung oder Nichtbefolgung“ der Maßnahmen zur Wohnraumbewirtschaftung „mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und einer Geldstrafe bis zu RM 10.000,- oder einer dieser Strafen“[20] zu ahnden. Ende 1946 verschärfte sich die Lage weiter, denn nachdem sich die Siegerländer Industrie bis zum Spätsommer leicht erholt hatte, kam es nun zu einer Wirtschaftskrise.[21] Die Nahrungsmittelknappheit erreichte einen Höhepunkt und führte zu einem „Hungerwinter“.[22] Zusätzlich drohten vor allem der Stahl- und Maschinenindustrie Demontagen, welche die erlittenen Kriegsschäden ausgleichen und verhindern sollten, dass Deutschland erneut zur militärischen Bedrohung werden könnte.

Erst 1948 stabilisierte sich die Situation zunehmend. Die Versorgungslage blieb angespannt, insbesondere die Wohnungsnot hielt im Siegerland bis weit in die 1950er Jahre an. Die gravierendsten Versorgungsengpässe waren jedoch nach dem Winter 1947/48 ausgestanden. Die politischen Verhältnisse konsolidierten sich ebenfalls. Am 20. April 1947 hatte die erste Landtagswahl im neu gegründeten Land Nordrhein-Westfalen stattgefunden, dem kurz zuvor das Land Lippe zugeschlagen worden war. Die CDU erhielt die meisten Stimmen und stellte mit Karl Arnold den Ministerpräsidenten. Er führte eine Regierungskoalition aus CDU, SPD, Zentrum und KPD an. Ebenso erfolgreich war die CDU im Stadt- und Landkreis Siegen. Im Oktober 1948 wurde Ernst Bach zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Joseph Büttner wurde im November im Amt bestätigt und blieb bis 1954 Landrat.[23]

Eine Zäsur in der Migrationspolitik war das Landesflüchtlingsgesetz vom 2. Juni 1948. Es regelte die Zuständigkeiten und den Umgang der kommunalen und staatlichen Verwaltungen mit den Zwangsmigrant*innen in insgesamt siebzehn Paragraphen neu. Schon aus der Präambel ging der Anspruch hervor, die Vertriebenen als vollwertige und gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen und sie entsprechend zu behandeln: „Grundlegend für alle Maßnahmen muss die Erkenntnis sein, dass die Kriegsfolgen von

[19] Freiheit vom 17.09.1946, in: Braedt/Buck: Aufnahme und beginnende Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, S. 228f.

[20] Amtliche Bekanntmachungen, Betr.: Widerstand bei Vollzug von Räumungen und Einweisungen vom 10.01.1948, in: Ebd., S. 217.

[21] Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 28-30.

[22] Vgl. Pfau: Die Zusammenbruchgesellschaft der frühen Nachkriegsjahre, S. 66-70.

[23] Vgl. Ebd., S. 65.

der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes gemeinsam zu tragen sind, und dass die Vertriebenen bereits mehr als ihren vollen Anteil zur Wiedergutmachung geleistet haben. In dem Bewusstsein, dass die volle Gleichberechtigung der Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung die Voraussetzung für eine wirksame Vertriebenenhilfe und ein gedeihliches Zusammenleben ist, hat der Landtag dieses Gesetz beschlossen."[24] Es bildete die Grundlage für die „Eingliederung" der Zwangsmigrant*innen in Nordrhein-Westfalen und hatte darüber hinaus große symbolische Wirkung.

Wirtschaftspolitisch war vor allem die Währungsreform vom 21. Juni 1948 bedeutsam. Obwohl sie Mangelwirtschaft und Schwarzmarkthandel nicht schlagartig beendete, wurde sie zum Erinnerungsort für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik.[25] Die drohenden Demontagen konnten mit dem Washingtoner Abkommen vom 14. April 1949 weitgehend abgewendet werden. Wenig später erhielt der westliche Teil Deutschlands seine staatliche Souveränität zurück. Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz beschlossen und am 23. Mai verkündet. Die Bundesrepublik Deutschland war gegründet. Zu den ersten Erfolgen der Regierung unter Kanzler Adenauer gehörte das Petersberger Abkommen vom 22. November, welches den politischen Handlungsspielraum der jungen Bundesrepublik erheblich erweiterte.[26] In der sowjetischen Besatzungszone setzte die Provisorische Volkskammer indes am 7. Oktober die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft und gründete damit einen ostdeutschen Teilstaat. Von dort trafen nun, nachdem die Zwangsumsiedlungen aus den Ostgebieten weitgehend abgeschlossen waren, zahlreiche Flüchtlinge in Westdeutschland ein, die entweder in der Endphase des Krieges dorthin geflohen waren oder dort schon früher gelebt, sich aufgrund der politischen und sozialen Situation aber zur Migration in den Westen Deutschlands entschlossen hatten. Erstere galten in der Bevölkerung als „echte" Flüchtlinge, letztere hingegen wurden als „falsche Flüchtlinge" oder „Illegale" bezeichnet.[27] Hatte man den Flüchtlingen und Vertriebenen zumeist zwar keine Sympathie aber doch Mitleid entgegengebracht, so wurden die „falschen Flüchtlinge" schroff abgelehnt.[28] Das Grundgesetz garantierte ihnen jedoch unterschiedslos die bundesdeutsche Staatsangehörigkeit und damit das Recht, legal in die BRD einzuwandern.

[24] Präambel des Flüchtlingsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 2. Juni 1948, in: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 23. Vgl. Gerhard Brunn/Jürgen Reulecke: Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946-1996 (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Bd. 10,), Köln/Stuttgart/Berlin 1996, S. 74.

[25] Vgl. Harold James: Die D-Mark, in: Etienne Francois/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 2, München 2001, S. 434-449.

[26] Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 32-41.

[27] Vgl. Siebeneich/Stäsche: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, S. 90, 149.

[28] Vgl. Braedt/Buck: Aufnahme und beginnende Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, S. 220-224.

Neue Heimat? Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im Siegerland

Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren im teils schwer vom Krieg betroffenen Siegerland eine besondere Opfergruppe. Gegenüber den Einheimischen waren sie doppelt benachteiligt. Mit der Lebenswelt in der alten Heimat und ihrem persönlichen Besitz hatten sie einen Großteil ihrer persönlichen Bindungen sowie ihren gesellschaftlichen Status verloren und mussten sich nun in einer unbekannten Umgebung zurechtfinden. Ihre Lebensbedingungen waren vor allem in den überfüllten und baufälligen Notwohnungen prekär.[29] Hinzu kamen alltägliche Konflikte und Ausgrenzungen durch die einheimische Bevölkerung. Als Reaktion darauf distanzierten sich viele innerlich und setzten ihre Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr in die alte Heimat.

Eine 1950 als Studienabschlussarbeit an der Berufspädagogischen Akademie Solingen-Ohligs angefertigte soziologische Studie über „Flüchtlinge im Siegerland" sprach von „einer ständig zunehmenden Verärgerung und Abschließung der Einheimischen und einer bitteren Enttäuschung in den Reihen der Flüchtlinge". Somit seien „in der Tiefe menschlicher Herzen ungeheure Gefahrenherde"[30] entstanden, welche den sozialen Frieden bedrohten. Andererseits wurde jedoch zusätzlich zu den materiellen Hilfen und den ansatzweise vorhandenen politischen Mitwirkungsmöglichkeiten versucht, die Zwangsmigrant*innen in das soziale und kulturelle Leben einzubeziehen. Häufig boten christliche Feste hierfür einen Anlass. So richteten etwa der Flüchtlingsausschuss und der Gemeinderat in Salchendorf im Amt Burbach südlich von Siegen am 22. Dezember 1946 eine gemeinsame Weihnachtsfeier aus.[31] Zum Erntedankfest am 5. Oktober 1947 organisierte der Siegener Stadtverband der CDU eine Großveranstaltung in der Siegener Jahnhalle, an der etwa 1 000 Flüchtlinge und Vertriebene teilnahmen.[32]

Der häufigste Veranstaltungstyp jedoch waren gemeinsame Heimatabende, bei welchen den Teilnehmer*innen das Siegerland als neue Heimat nahegebracht werden sollte. Beispielsweise luden die Eiserfelder Gemeindevertretung und der dortige Verkehrs- und Verschönerungsverein im November 1946 gemeinsam zu einem solchen Abend ein, um, so der Vereinsvorsitzende, die Zwangsmigrant*innen „mit ihren Gastgebern in nähere Verbindung zu bringen und ihnen zu zeigen, daß sie, die unter dem schweren Schicksal, unter dem wir alle stehen, mit am schwersten gelitten haben, sich hier nicht als Geduldete, sondern als herzlich aufgenommene Volksgenossen fühlen sollen."[33] Die neue Heimat wurde ihnen durch Vorträge, Musik- und Tanzaufführungen sowie eine Lichtbilderschau vorgestellt. Ein ähnlicher Heimatabend fand am 1. Februar 1948 in einem Saal auf dem

[29] Vgl. ebd., S. 194.

[30] Paul Wagener: Flüchtlinge im Siegerland. Eine soziologische Studie. Als wissenschaftliche Arbeit angefertigt an der Berufspädagogischen Akademie Solingen-Ohligs, Weidenau (Sieg) 1950, S. 114f., Stadtarchiv Siegen.

[31] Vgl. Redemanuskript: 25-jähriges Bestehen des Bundes der Vertriebenen Salchendorf (undatiert), Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

[32] Vgl. Eine Notgemeinschaft von Brüdern. CDU lud die Ostvertriebenen zum Erntedankfest ein, in: Westfalenpost vom 7.10.1947.

[33] Frohe Stunden der Ostvertriebenen in Eiserfeld, in: Westfälische Rundschau vom 6.11.1946.

Gelände der Freien Grunder Eisenwerke in Salchendorf statt. Etwa die Hälfte der über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren Einheimische.[34] In vielen Orten des Siegerlandes organisierten die Heimat-, Kunst- und Kulturvereine ähnliche Veranstaltungen.[35] Es waren aber nicht ausschließlich Verwaltungen, Parteien und Vereine, die sich um die Zwangsmigrant*innen bemühten. Engagierte Einzelpersonen setzten sich ebenso für eine Verständigung ein. So organisierte ein unbekannter Weidenauer Bürger im Mai 1946 einen gemeinsamen „Nachmittag der Erbauung und Unterhaltung", der wegen des hohen Andrangs sogar vom Saal einer Gastwirtschaft in das örtliche Vereinshaus verlegt werden musste.[36]

Zeitgenössische Beobachter bezweifelten jedoch, dass diese Zusammenkünfte ihren Zweck tatsächlich erfüllten, Vertriebene und Siegerländer*innen einander näherzubringen. Erstere waren laut der soziologischen Studie über „Flüchtlinge im Siegerland" noch nicht bereit, sich auf die neue Heimat einzulassen: „Es muß jedoch festgestellt werden, daß über Anfangserfolge hinaus keine weiteren mehr verzeichnet werden konnten. Es wurden besonders schlesische, pommersche, ost-preußische aber auch Siegerländer Heimatabende veranstaltet, wobei immer wieder die Erfahrung gemacht wurde, daß alle Veranstaltungen, die – vor allem in Lichtbildern – die Erinnerung an die alte Heimat wach werden ließen, stark besucht wurden, während die Abende über die neue Heimat nicht das gleiche Interesse fanden. […] Immer wieder war die Bemerkung zu hören: ‚Wir wollen ja nicht hier bleiben, wir wollen ja wieder heim!'"[37]

Auch den Einheimischen, so der Autor, falle es schwer, Beziehungen zu knüpfen. Das ernüchternde Fazit lautete: „Für viele Siegerländer sind die Flüchtlinge die ‚Mäckeser' geworden, jene Leute, von denen eine frühere Statistik einmal schreibt, daß sie außer Landes gejagt wurden; für viele sind sie nichts anderes als ‚Caritasempfänger' und ‚Betreuungsobjekt', wenn auch vielen als notleidenden Brüdern und Schwestern geholfen wurde, für fast alle Siegerländer aber sind es fremde Menschen geblieben, zu denen das Hinfinden schwer war und noch immer ist und vor denen man so oft ‚unbegreiflich' steht."[38]

Die Vertriebenen machten ihre Unzufriedenheit öffentlich. Im November 1947 versammelten sich über 2 000 von ihnen im Siegener Charlotten-Bunker zu einem Auftritt des Flüchtlingsfunktionärs und Politikers Hermann Ehren.[39] Dieser war selbst 1945 aus Oberschlesien zwangsumgesiedelt worden und hatte sich in Westdeutschland der CDU angeschlossen. Er saß für die Partei im nordrhein-westfälischen Landtag und gehörte darüber

[34] Vgl. Redemanuskript: 25-jähriges Bestehen des Bundes der Vertriebenen Salchendorf.
[35] Die Studie von Paul Wagener erwähnt außerdem Veranstaltungen der Kulturgemeinden in Siegen und Weidenau, des Weidenauer Heimatvereins, des Kulturrings Buschhütten und des Hilchenbacher Kunstkreises. Vgl. Wagener: Flüchtlinge im Siegerland, S. 103f.
[36] Vgl. Zusammenkunft der Rückkehrer aus dem Osten, in: Westfalenpost vom 28.05.1946.
[37] Wagener: Flüchtlinge im Siegerland., S. 103f.
[38] Ebd., S. 108f.
[39] Gleiches Recht den Vertriebenen! Hermann Ehren sprach zu Tausenden von Landsleuten, in: Westfalenpost vom 25.11.1947.

hinaus dem westfälischen Flüchtlingsausschuss und dem Zonenbeirat der britischen Besatzungszone an. In seiner Rede verlangte Ehren: „Gleiches Recht den Vertriebenen!“[40] und bekundete deren Anspruch, in ihre „alte Heimat“ zurückzukehren. Da das gesamte deutsche Volk den Krieg verloren habe, müsse es auch die Folgen gemeinsam tragen. Er kündigte an, sich für die Gleichbehandlung der vertriebenen Beamten, Gewerbetreibenden und Angestellten einzusetzen und einen Lastenausgleich durchzusetzen. Zum Abschluss verwies der Siegener CDU-Stadtverbandsvorsitzende Ernst Bach auf den parteieigenen Flüchtlingsausschuss, der sich der Sorgen der Vertriebenen annehme. Die CDU trat hier, wie auch alle anderen politischen Parteien, als Unterstützerin und Sprachrohr der Zwangsmigrant*innen auf. Sie befand sich zwar nicht im unmittelbaren Wahlkampf, versuchte jedoch diese besondere Wählergruppe an sich zu binden, indem sie politische Partizipation und gesellschaftliche Gleichberechtigung sowie Heimkehr versprach. Die große Teilnehmerzahl deutet darauf hin, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen für das Werben der Parteien empfänglich waren, zumal die eigens eingerichteten Flüchtlingsausschüsse ihnen nur geringe Handlungsspielräume boten und von Behörden und Militärregierung kontrolliert wurden. Eigene Interessenvertretungen konnten sie nicht gründen. Da die Militärregierung fürchtete, dass in derartigen Selbstorganisationen rasch revanchistische und nationalistische Tendenzen überhandnehmen könnten, galt für die Zwangsmigrant*innen seit dem 29. Januar 1946 ein Koalitionsverbot.[41]

Die „Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen Siegen-Stadt und -Land“

Am 24. Juni 1948 endete das Koalitionsverbot in Nordrhein-Westfalen. Die in den Flüchtlingsausschüssen unterrepräsentierten Zwangsmigrant*innen schlossen sich in Parallelorganisationen zusammen und füllten damit rasch den neuen Freiraum. Der häufigste Organisationstyp war dabei die lokale Interessengemeinschaft.[42]

Auch im Siegerland entstanden vielerorts solche örtlichen Vereinigungen, die sich wenig später innerhalb der Region vernetzten. Bis zum Herbst wurden in der Stadt und im Landkreis Siegen 64 örtliche Interessengemeinschaften gegründet.[43] Beispielsweise formierte sich im Amt Burbach zusätzlich zu dem seit dem 30. August 1946 bestehenden Flüchtlingsausschuss am 8. September 1948 die „Interessengemeinschaft Salchendorf“.[44] Im Oktober 1948 schlossen sich die vielen Gruppen zur „Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen in Siegen Stadt und Land“ (Kreis-IG) zusammen. Das Protokoll der

[40] Zit. nach: Ebd.

[41] Vgl. Arndt Bauerkämper: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in Deutschland und Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 477-485, hier S. 483.

[42] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 19-21.

[43] Vgl. Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen, in: Westfalenpost vom 6.11.1948.

[44] Vgl. Niederschrift über die Gründung der Interessengemeinschaft und Wahl des Vorstands vom 8.09.1948, Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen; Redemanuskript: 25-jähriges Bestehen des Bundes der Vertriebenen Salchendorf.

Gründungsversammlung nannte „nach fehlgeschlagenen früheren Versuchen“ eine Kundgebung des Geistlichen Rats Georg Goebel im Siegener Charlotten-Bunker als „entscheidenden Anstoß zur Gründung der Interessengemeinschaften“[45]. Goebel, selbst ein Flüchtling aus dem niederschlesischen Glatz, hatte im Juni 1947 in Lippstadt den „Hauptausschuss der Ostvertriebenen für die Britische Zone“ gegründet. Unter dem Wahlspruch „Fern – doch treu“[46] setzte er sich vehement dafür ein, dass die zwangsumgesiedelten Deutschen in ihre alte Heimat zurückzukehren konnten. In der gesamten Besatzungszone bildeten sich Ableger der Organisation, so auch im Siegerland. Ein nach Goebels Kundgebung in Siegen gegründeter sechsköpfiger „vorläufiger Arbeitsstab“[47] trat als provisorischer Vorstand auf und traf die Vorbereitungen. Einstweiliger Vorsitzender wurde Hans Neukirch. Der aus Schlesien stammende Jurist war selbst als „Ostflüchtling“ in die Siegener Nachbargemeinde Eiserfeld gekommen. Im Entnazifizierungsverfahren nach Kriegsende wurde er zunächst als „untragbar, sehr aktiv und als alter Kämpfer“[48] eingestuft und aus dem Justizdienst entlassen, später jedoch wiedereingestellt.[49] Der provisorische Vorstand betonte, „im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Kreisflüchtlingsausschusses“[50] arbeiten zu wollen, denn Goebel verstand seinen Hauptausschuss als Parallelorganisation zu den bestehenden Flüchtlingsvertretungen.[51]

Die Gründungsversammlung der Kreis-IG fand am Nachmittag des 30. Oktober 1948 in Eiserfeld statt. An ihr nahmen 96 Delegierte aus 57 bereits bestehenden oder noch zu gründenden Ortsgemeinschaften teil. Ein Protokoll hielt die wichtigsten Diskussionen und Beschlüsse fest.

Der erste Akt war die formale Gründung, die allerdings nur vorläufig erfolgen konnte, da noch eine Zulassung der Besatzungsbehörden fehlte. Anschließend bestätigte die Versammlung den bisherigen provisorischen „Arbeitsstab“ einstimmig im Amt. Hans Neukirch wurde damit zum Vorsitzenden der ersten selbstständigen Vertriebenenorganisation im Siegerland. Seine NS-Vergangenheit und das gespannte Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht waren dabei offenbar kein Hindernis. Neukirch behielt sein Amt bis 1952 und blieb danach Ehrenvorsitzender.

---

[45] Niederschrift über die Gründungsversammlung der Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen in Siegen Stadt und Land am 30.10.1948, 15 Uhr, im Saale Fischbach, Eiserfeld, BdV-Kreisverband Siegen.

[46] Zit. nach: Geistlicher Rat teuer, in: Der Spiegel vom 12.03.1949.

[47] Niederschrift über die Gründungsversammlung der Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen in Siegen Stadt und Land.

[48] Akten des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 1037, B VI-9.020.

[49] Vgl. Entnazifizierungsakten, Berufungsausschuss Siegen in Kreuztal, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 1127-223; Hans Neukirch, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, URL: http://akteure-und-taeter-im-ns-in-siegen-und-wittgenstein.de/verzeichnis/gesamtverzeichnis-l-z#neukirch (Stand: 15.07.2024).

[50] Niederschrift über die Gründungsversammlung der Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen in Siegen Stadt und Land.

[51] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 19-21.

Sodann galt es zu klären, wie der Kreisverband organisatorisch aufgebaut, finanziert und personell ausgestattet sein und auf welchen Gebieten er tätig werden sollte. So eindeutig wie die Führungsrolle von Georg Goebel und seinem Hauptausschuss, so unklar war das Verhältnis der lokalen Interessengemeinschaften zueinander und zum Kreisverband. Als ein Vertreter der Siegener Gemeinschaft ankündigte, dass diese sich vorbehalte, „außerhalb der Kreis-IG zu bleiben“[52], kam es zum Konflikt. Die übrigen Delegierten verlangten von dem frisch gewählten Vorsitzenden „eine derartige Entwicklung zu verhindern“[53]. Sie wollten vermutlich ausschließen, dass zwei verschiedene Organisationen um das Siegener Klientel und im Verhältnis zum übergeordneten Hauptausschuss konkurrierten. Demgegenüber fühlte sich die austrittswillige Interessengemeinschaft vermutlich nicht auf die Kreis-IG angewiesen. Sie war ohnehin am Verwaltungssitz des Stadt- und Landkreises ansässig und fand dort ein hohes Mitgliederpotenzial. Letzten Endes blieb jedoch eine Spaltung aus. Ungeachtet der organisatorischen Konflikte verständigten die Anwesenden sich darauf, an den Orten in ihrem Einflussbereich weitere lokale Verbände aufzustellen. Die Kreis-IG sollte durch monatlich erhobene Mitgliedsbeiträge finanziert werden. Der Hauptausschuss in Lippstadt beanspruchte die Hälfte der Einnahmen für sich. Von den verbleibenden Mitteln wollte man eine Geschäftsstelle in Siegen als zentralen Anlaufpunkt für die Vertriebenen einrichten und einen hauptamtlichen Geschäftsführer einstellen.

Die Versammlung diskutierte auch ihre künftigen Arbeitsgebiete. Neukirch kündigte gegenüber der Presse an, „auf organisatorischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete“[54] tätig zu werden. Ihrem Namen entsprechend fühlte sich die Interessengemeinschaft für sämtliche Belange der Zwangsmigrant*innen zuständig. Die grundlegenden unmittelbaren Bedürfnisse und Sorgen betrafen die Punkte „Wohnungswesen“, „Berufsständische Vertretung“, „Rechtsberatung“ und „Gemeinnützige Verkaufsstelle der O.V.“[55]. Wie zuvor gegenüber dem Kreisflüchtlingsausschuss bemühte die Kreis-IG sich auch auf diesen Feldern, an bestehende Institutionen und Organisationen anzuknüpfen. Für die „Berufsständische Vertretung“ sollte die „Vereinigung der ostvertriebenen Landwirte, Gewerbetreibenden und Beamten“ in Münster, bezüglich des „Wohnungswesens“ der Mieterschutzverband in Siegen kontaktiert werden. Mit den übrigen Bereichen wurden besonders qualifizierte Mitglieder betraut. Bei „Presse und Information“ ging es vor allem um die Außendarstellung. Die Gemeinschaft sollte durch Berichte in den lokalen Zeitungen und aktuelle Informationen in Aushängekästen „propagandistisch mehr hervortreten“. Darüber hinaus wollte man Georg Goebel für eine erneute Kundgebung in Siegen gewinnen. „Kulturfragen“ schließlich betrafen vor allem Unterhaltung und öffentliche

[52] Niederschrift über die Gründungsversammlung der Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen in Siegen Stadt und Land.
[53] Ebd.
[54] Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen, in: Westfalenpost vom 6.11.1948.
[55] Niederschrift über die Gründungsversammlung der Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen in Siegen Stadt und Land.

Veranstaltungen. Neben Alltäglichem wie der „Kinofrage“ nach billigeren Sondervorstellungen für Vertriebene gehörten dazu vor allem Heimatabende. Zu Ende der Gründungsversammlung wurde „eine betontere Differenzierung der tatsächlich Vertriebenen von den freiwillig Geflüchteten aus der russ. Besatzungszone“[56] beschlossen. Damit schärfte die Interessengemeinschaft das eigene Profil als Opfergruppe und grenzte sich von den gesellschaftlich marginalisierten „falschen Flüchtlingen“ ab.

Die Kreis-IG wurde zum bedeutendsten Zusammenschluss der ca. 17 000 Vertriebenen im Siegerland. Aus ihr ging später der BdV-Kreisverband Siegen hervor, der zur politischen und gesellschaftlichen Vertretung der Vertriebenen vor Ort wurde und die regionale Erinnerungskultur über Jahrzehnte hinweg maßgeblich beeinflusste.[57] Als Unterstützungsnetzwerk und Zweckbündnis trat die Interessengemeinschaft für vielfältige Lebensbereiche und Bedürfnisse ein. Ihre Arbeitsgebiete waren ungefähr deckungsgleich mit denen der Unterausschüsse im Düsseldorfer Landesflüchtlings- bzw. -vertriebenenbeirat.[58] Wie auch dort hatten die „Kulturfragen“ anfangs noch keine hervorgehobene Bedeutung. Auf aktive Traditions- und Identitätspflege, wie sie später § 96 des Bundesvertriebenengesetzes zur „Kulturarbeit“ vorsah, verlegte sie sich erst in den folgenden Jahren. Auf Landesebene war Goebels Organisation ebenfalls erfolgreich. 1949 existierten in Nordrhein-Westfalen bereits 85 Kreisverbände mit insgesamt 650 000 Mitgliedern, die sich in einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten. Parallel dazu wurden überregionale landsmannschaftliche Strukturen aufgebaut.[59]

In ihren ersten Monaten konnte die Kreis-IG viele der auf der Gründungsversammlung gesteckten Ziele erreichen. So wurde in der Nähe des Siegener Bahnhofs eine Geschäftsstelle eingerichtet und vor dem ehemaligen Hotel „Fürst Moritz“ nahe der Siegbrücke im Stadtzentrum entstand ein Schaukasten mit Plakaten und Aushängen sowie aktuellen Ankündigungen.[60] Mitte des Jahres 1949 dann trat sie erstmals in die breite Öffentlichkeit. Zwischen dem 9. und 15. Juni veranstaltete sie in Siegen eine Arbeitstagung von Abgesandten der Interessengemeinschaften aus dem Siegener Stadt- und Kreisgebiet und Wittgenstein, eine Ausstellung im Siegerlandmuseum, einen Heimatabend, eine Feierstunde im Siegener Apollo-Theater sowie eine Großkundgebung. Diese Ereignisse repräsentierten unterschiedliche Facetten und Formen der „Propaganda“ der Kreisinteressengemeinschaft.[61]

---

[56] Ebd.

[57] Vgl. Bund der Vertriebenen feiert 60-jähriges Bestehen. „Fast jeder vierte Bewohner im Siegerland war damals Ostvertriebener“, in: Westfalenpost vom 3.11.2008.

[58] Dort gab es seit 1948 einen Wohnungs-, einen Wirtschafts- und Berufsausschuss, einen Kultur- und einen Landwirtschafts- und Siedlungsausschuss. Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 26-29.

[59] Vgl. Geistlicher Rat teuer, in: Der Spiegel vom 12.03.1949.

[60] Vgl. Siegerländer Rundschau vom 9.06.1949.

[61] Die geschlossene Arbeitstagung ist in den Quellen nicht dokumentiert. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Delegierten hier über interne Belange ihrer Organisation verhandelten. Vgl. Besinnen – Bekennen –

Die Ausstellung „Deutsche Kunst – deutsches Gewerbe im Osten“

Die Veranstaltungsreihe begann mit der Ausstellung „Deutsche Kunst – deutsches Gewerbe im Osten“, die vom 9. Juni bis 15. Juni 1949 im sogenannten Oberen Schloss in Siegen zu sehen war.[62] Die Burg auf der Spitze des Siegberges prägte nicht nur das Stadtbild, sondern beherbergte mit dem Siegerlandmuseum eine der wichtigsten geschichtskulturellen Institutionen der Region. Seit dem alliierten Luftangriff auf Siegen am 16. Dezember 1944, der auch das Obere Schloss schwer getroffen hatte, war ein geregelter Museumsbetrieb jedoch nicht mehr möglich. Es mangelte an Geld, Personal und Platz. Obwohl das Dach des Steinbaus von Bomben schwer beschädigt und noch nicht vollständig wiederhergestellt war, musste das Museum 1946 darüber hinaus Räume an die Webwerkstatt der Mädchenberufsschule sowie die Städtische Bibliothek und das Stadtarchiv abtreten.

Die Exposition der Kreisinteressengemeinschaft wurde im sogenannten Oraniersaal aufgebaut. Der repräsentative Raum beherbergte die nassau-oranische Gemäldesammlung des Museums, bot jedoch genug freie Fläche für Ausstellungsobjekte. Diese zu beschaffen erwies sich jedoch als schwierig, da es bei der Flucht oder Zwangsumsiedlung kaum möglich gewesen war, persönliche oder Kunstgegenstände mitzunehmen. Die Veranstalter ergänzten deshalb die knappen Originale aus der alten Heimat um nach der Zwangsumsiedlung neu geschaffene Stücke.

Die Objekte lassen sich in zwei Gruppen einteilen. Visuelle Medien wie Fotos, Aquarelle und Bildbände sowie „Schrifttum“[63] aus verschiedenen Epochen dokumentierten Landschaft, Kultur und Gewerbe der Ostgebiete. Den Betroffenen von „Flucht und Vertreibung“ sollten sie Trost sowie Selbstbewusstsein spenden und Erinnerungen an die alte Heimat wachrufen, den Einheimischen die dort vollbrachten kulturellen Leistungen vor Augen führen. Handwerkliche Erzeugnisse wie Schnitzereien, metallgetriebene Objekte, Keramik, Leder und Textilien sowie Glasarbeiten verwiesen auf die Fähigkeiten, den Fleiß und das wirtschaftliche Potenzial der Vertriebenen für die Region.

„Zur Ergänzung und zum Vergleich“[64] wurden außerdem Stücke aus der Sammlung des Museums gezeigt. Sie sollten die Ausstellung nicht nur auffüllen, sondern dienten auch als Referenz. Die originalen Museumsstücke und die von den Vertriebenen hergestellten Objekte wurden gemeinsam präsentiert und damit implizit auf eine Stufe gestellt. Zugleich wurden so unterschiedliche künstlerische und handwerkliche Traditionen sichtbar.

Appellieren. Ein Wochenende im Zeichen der Heimattreue / Einheimische in Verbindung mit den Ostvertriebenen / Feierstunde zeigte „das geistige Antlitz des deutschen Ostens“. Geistl. Rat Göbel sprach zu 7000 Vertriebenen, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.

[62] An anderer Stelle wird der Titel „Ostdeutsche Kunst, ostdeutsches Gewerbe“ genannt. Vgl. Was im Osten geschaffen wurde. Ausstellung der Ostvertriebenen im Oraniersaal eröffnet, in: Westfälische Rundschau vom 11.06.1949.

[63] Ebd.

[64] Ebd.

Die Eröffnungsfeier zur Ausstellung fand am Nachmittag des 9. Juni statt. Hans Neukirch bedankte sich als Vorsitzender und im Namen der Kreis-IG für das „Entgegenkommen“[65] der Stadtverwaltung. Er bezog sich damit auf die trotz der Schwierigkeiten und Engpässe bereitgestellten Museumsräume und -objekte, ohne welche die Ausstellung nicht möglich gewesen wäre. Der Bürgermeister der Stadt Siegen Erich Pachnicke (SPD) sah darin einen Weg, „das Los der Ostvertriebenen zu lindern“[66] und kündigte in seiner Ansprache weitere Hilfen an. Sowohl Neukirch als auch Pachnicke konnten jedoch „nur vor einem verhältnismäßig kleinen Kreis sprechen“[67], da zahlreiche Eingeladene nicht erschienen waren. Möglicherweise hing dies mit Inhalt und Gestaltung der Schau sowie den übrigen Veranstaltungen zusammen. Die ausgestellten Objekte besaßen zwar für ihre Besitzerinnen und Besitzer vermutlich einen hohen ideellen Wert, waren jedoch nicht spektakulär genug, um viele Menschen ins Museum zu locken. Den politischen Akteuren wiederum boten die angekündigte Feierstunde und die Kundgebung auf der Eintracht, einem Freizeitgelände am Stadtrand, eine ungleich größere Bühne, um sich als Unterstützer der Vertriebenen zu inszenieren.

Während das Publikum sich kaum für die Eröffnungsfeier interessierte, fiel die Presseberichterstattung zu der Schau wohlwollend aus. Die Westfälische Rundschau bemerkte zwar, diese könne „nicht mehr als eine Andeutung dessen sein, was einmal vorhanden gewesen ist,“, lobte jedoch zugleich, „in welcher Vielfalt es hier gelungen ist, einen Einblick in die schöpferische Tätigkeit des ostdeutschen Menschen zu geben“[68]. Über die Besuchszahlen im weiteren Verlauf der Woche ist nichts bekannt. Das geringe Interesse zur Eröffnung deutet jedoch darauf hin, dass weder die alteingesessene Bevölkerung, noch die Zwangsmigrant*innen sich angesprochen fühlten. Wie die folgenden Veranstaltungen zeigten, fokussierten sich beide Seiten zunächst noch auf die Rückkehr der Vertriebenen in die alte Heimat.

Dennoch war „Deutsche Kunst – deutsches Gewerbe im Osten“ ein Erfolg. Mit der Ausstellung waren die Vertriebenen, wenn auch nur vorübergehend, in einer zentralen geschichtskulturellen Institution des Siegerlandes repräsentiert. Die knüpfte zwar an die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gängigen Kunst- und Gewerbeausstellungen[69] an, adaptierte diese Form jedoch, um den Vertriebenen zu Anerkennung als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft zu verhelfen.

Die Siegener Akteur*innen hatten die Ausstellung ohne finanzielle oder institutionelle Unterstützung durch die Bezirks- oder Landesregierung umgesetzt. Dabei fehlte ein Vorbild, an dem sie sich hätten orientieren können. Die erste große Wanderausstellung über

[65] Ebd.
[66] Ebd.
[67] Ebd.
[68] Ebd.
[69] Vgl. Matthias Weber: Ostdeutschland, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (29.11.2021), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32797 (Stand: 15.07.2024).

die Zwangsmigrant*innen „Deutsche Heimat im Osten“ wurde erst ein Jahr später fertiggestellt und war 1950/51 in Berlin, Düsseldorf, München, Landau, Stuttgart und Hannover zu sehen. Erst nach und nach etablierten Ausstellungen sich als Medien der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“.[70] Es sollte beinahe ein Jahrzehnt vergehen, ehe im Siegerland erneut eine Exposition von und für die Vertriebenen gezeigt wurde.
Innerhalb der Veranstaltungsreihe vom Juni 1949 erfüllte die Schau eine ganz bestimmte Funktion. Sie wurde explizit „im Zusammenhang mit der Großkundgebung am Sonntag“[71] geplant und sollte diese begleiten, ergänzen und unterstützen. Dabei passte sie sich an den musealen Rahmen an und erhob – soweit aus den Quellen zu entnehmen ist – keine expliziten (heimat-)politischen Forderungen. Stattdessen erinnerte sie die Vertriebenen an ihre alte Heimat, bestätigte ihre Leistungen und ihren Verlust und empfahl sie der Siegerländer Bevölkerung als produktive und gleichwertige Mitbürger*innen.

Der Heimatabend in der Siegener Nordhalle

Größere Aufmerksamkeit als der Ausstellung wurde dem Heimatabend am Samstag, dem 11. Juni 1949, in der Siegener Nordhalle zuteil. Über die Veranstaltung sind nur wenige Details bekannt, jedoch lassen die Berichte der Westfälischen Rundschau sowie der Westfalenpost Rückschlüsse über ihren Inhalt, die Intentionen der verantwortlichen Akteur*innen sowie die Wirkung auf das Publikum zu. Kern des Programms war der Auftritt des Pädagogen und Volkskundlers Wilhelm Menzel. Dieser war selbst ein Zwangsmigrant aus Niederschlesien und galt als Experte für die Region. Menzel präsentierte dem Publikum in der Nordhalle unterschiedliche Facetten schlesischen Brauchtums. Er trug aus dem Werk des bekannten Mundartdichters Ernst Schenke vor, rezitierte „köstliche Volksweisheiten in schlesischer Mundart“[72] und sang zuletzt von der Laute begleitet verschiedene Volkslieder. Musikalische Beiträge eines Siegener Chors und der Spielschar der Siegener Interessengemeinschaft vervollständigten das Programm. Im Gegensatz zu der Ausstellung im Siegerlandmuseum standen hier explizit die Alltagskultur und das Brauchtum in der alten Heimat im Mittelpunkt. Dabei ging es um mehr als bloße Unterhaltung. Die Volksweisheiten und -lieder rekurrierten auf die gemeinsamen Erfahrungen und Erinnerungen der Zwangsmigrant*innen. Menzel, der betont leutselig und geradezu als Idealtyp eines Schlesiers auftrat, gelang es laut einem Bericht der Westfälischen Rundschau, die Anwesenden emotional anzusprechen und die „Atmosphäre heimatlichen Alltags des ganz kleinen Mannes“[73] zu erzeugen. Die Zeitung lobte seine Qualitäten als charismatischer und authentischer Redner: „Er plauderte so zwanglos, so bezwingend herzlich und nachempfunden, daß man nur die Augen zu schließen brauchte, um sich an seine

[70] Vgl. Tim Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration. Analysen zur Debatte um einen neuen musealen Gedenkort und zu historischen Ausstellungen seit 1950, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 71-124.
[71] Was im Osten geschaffen wurde, in: Westfälische Rundschau vom 11.06.1949.
[72] Ostdeutsche Kultur – eindrucksvoll dargeboten, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[73] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.

Seite auf die Ofenbank daheim am warmen Kachelofen ‚im Winter, wenn's oft stermt und schneit…' versetzt zu fühlen. […] Mit echt schlesischem, liebevollem Behagen und dem Schalk in den Augenwinkeln bespiegelt er das Volksleben im Osten."[74] Die alte Heimat wurde demnach rückblickend idealisiert und zu einem mentalen Rückzugsraum. Aus Sicht der Westfalenpost bewies der Heimatabend, „das [sic!] der Ostdeutsche von Haus aus ein Mensch voller Gemüt und echtem Humor ist"[75]. Anders als die vorhergegangenen bunten Abende bzw. Heimatabende richtete er sich allerdings hauptsächlich an die Vertriebenen selbst und insbesondere die Schlesier*innen, welche unter ihnen in der Mehrheit waren. Das Programm war ganz darauf ausgerichtet, die verlorene Heimat in Schlesien als Gegenpol zur schwierigen Gegenwart vorübergehend wiederaufleben zu lassen. Vertriebene aus anderen Regionen des „Deutschen Ostens" hingegen konnten sich nur wenig angesprochen fühlen. Sie hatten weder Teil an der regionalen Identität und den sie konstituierenden geteilten Wissensbeständen, noch gehörten sie der schlesischen Sprachgemeinschaft an. Große Teile von Menzels Auftritt, beispielsweise die in Mundart vorgetragenen und auf spezifischen sozialräumlichen Erfahrungen beruhenden Volksweisheiten, waren ihnen damit nicht emotional zugänglich.

Die Feierstunde im Apollo-Theater

Sonntag, der 12. Juni, begann mit „Gottesdiensten mit ostdeutschen Geistlichen"[76] und einer vormittäglichen Feierstunde im Siegener Apollo-Theater. Auch hier war Wilhelm Menzel als Redner geladen, trat allerdings ganz anders auf als am vorhergegangenen Heimatabend. Er präsentierte sich nicht als volkstümlicher Unterhalter, sondern als Intellektueller und Experte für Geschichte und Kultur des „Deutschen Ostens". Passend dazu verzichtete er auf die schlesische Mundart und richtete sich auf Hochdeutsch an das Publikum aus Vertriebenen und Alteingesessenen. Allerdings unterschieden sich nicht nur die Darbietung, sondern auch die Inhalte. Menzel eröffnete die Veranstaltung mit einem Überblicksvortrag über die „Kulturleistungen"[77] der Deutschen, die sich seit dem (Spät-) Mittelalter im Osten angesiedelt hatten. Besonders hob er die wirtschaftlichen und geistigen „Pionierleistungen Ostdeutscher"[78] hervor. Er rief dazu auf, die zwangsumgesiedelte Bevölkerung der Ostgebiete als gleichwertige Deutsche mit einer zwar nicht so weit zurückreichenden aber dennoch ruhmreichen eigenen Geschichte anzuerkennen und bezeichnete sie metaphorisch als Geschwister der Alteingesessenen: „Es ist nicht so, daß heute Fremde zu Deutschen reden, sondern der jüngere Bruder spricht zum älteren."[79]

[74] Ebd.
[75] Ostdeutsche Kultur – eindrucksvoll dargeboten, in: Westfalenpost vom 14. Juni 1949.
[76] Vgl. Fünf Programmpunkte zur Lösung der Ostfrage. Geistl. Rat Goebel sprach in Siegen zu 7000 Ostvertriebenen – Appell an die Welt, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[77] Ostdeutsche Kultur – eindrucksvoll dargeboten, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[78] Ebd.
[79] Ebd.

Im zweiten Teil seines Auftritts demonstrierte Menzel die zuvor beschriebenen kulturellen „Pionierleistungen“ und trug Gedichte von Hermann Stehr, Gerhart Hauptmann und Joseph von Eichendorff vor. Besonders letztere beide galten als bedeutende Vertreter der deutschen Literatur überhaupt und wurden daher von den Vertriebenen als Aushängeschilder genutzt. Im folgenden Programmpunkt spielte Eichendorffs Lyrik ebenfalls eine wichtige Rolle. Begleitet von Klavierstücken verschiedener deutscher Komponisten wie Felix Mendelssohn Bartholdy, Hugo Wolf, Hans Sommer und Hans Pfitzner oder dem Danziger Carl Friedrich Curschmann trug eine Sängerin Verse des oberschlesischen Autors vor. Die Vertonung verwies bereits auf die Möglichkeit einer Integration der Vertriebenen. Lyrik und Musik aus unterschiedlichen Teilen Deutschlands begegneten sich auf Augenhöhe und ergänzten einander.[80] Zum Abschluss interpretierte eine Pianistin Stücke von Günther Bialas und Robert Schumann. Auch hier traf ein Schlesier sinnbildlich als „jüngerer Bruder“ auf einen der bedeutendsten deutschen Komponisten.
Die Feierstunde richtete sich weit stärker als der vorhergegangene Heimatabend an die einheimische Bevölkerung. Ihr sollten die vergangenen und gegenwärtigen Leistungen der „Ostdeutschen“ bewusst gemacht und vorgeführt werden. Das Programm war sorgfältig darauf abgestimmt. Die Westfälische Rundschau urteilte enthusiastisch: „Wohl noch nie diente aber eine Feierstunde so überzeugend der Aufgabe, an tausend aufgeschlossenen Menschen ein Bild des geistigen Antlitzes des Ostens zu zeigen, wie es sich in Dichtung und Musik und in Zeugnissen zahlreicher bedeutender Menschen auf allen Gebieten offenbart.“[81] Wilhelm Menzel sprach von einer „Stunde der Besinnung, der Einkehr und des Trostes“[82]. Im ersten Teil seines Auftritts argumentierte er auf der Verstandesebene, im zweiten Teil sprach er gezielt das ästhetische Empfinden des Publikums an. Die folgenden musikalisch-literarischen Darbietungen betonten das hohe „Niveau“ der „ostdeutschen“ und insbesondere schlesischen Kultur und veranschaulichten Vertriebenen wie Alteingesessenen darüber hinaus „Züge der gemeinsamen abendländischen Kultur“ [83]. Dieses Konzept ging offenbar auf. Laut einem Pressebericht zeigte sich das Publikum „ergriffen“ und reagierte „mit lebhaftem Beifall“[84]. Damit erzeugte die Feierstunde zugleich Aufmerksamkeit und Stimmung für die nachfolgende Kundgebung des Geistlichen Rats Georg Goebel.

[80] Hierin wird die Deutung von Fremdheit als Resonanzboden im Sinne Ortfried Schäffters erkennbar. Vgl. Schäffter: Modi des Fremderlebens, S. 22f.
[81] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.
[82] Ostdeutsche Kultur - eindrucksvoll dargeboten, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[83] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.
[84] Ebd.

Die Kundgebung mit Georg Goebel

Die Kundgebung begann am Sonntagnachmittag auf dem Siegener Eintracht-Platz. Laut den lokalen Zeitungen hatten sich ungefähr 7 000 Menschen, hauptsächlich selbst Vertriebene, eingefunden, um Goebel sprechen zu hören.[85] Daneben traten auch einige Siegerländer Redner auf. Mit dem Oberbürgermeister Ernst Bach, dem Landrat Joseph Büttner (beide CDU) und dem Präsidenten des Regierungsbezirks Arnsberg Carl Friedrich Fries (SPD) waren die Spitzen der regionalen Politik vertreten. Der Auftritt in Siegen bot Goebel eine wichtige Gelegenheit, seine (heimat-)politischen Forderungen zu erneuern und weiter zu verbreiten. Wenige Wochen später, am 14. August 1949, stand in den westlichen Besatzungszonen die Wahl des ersten Deutschen Bundestages an. Goebel selbst gehörte keiner Partei an und kandidierte auch nicht als Abgeordneter, stand jedoch der Christdemokratie nahe. Er war nach der Ankunft in Westdeutschland kurzzeitig Mitglied der CDU, jedoch rasch wieder ausgetreten. Sein Verhältnis zur SPD war gespannt, da der sozialdemokratische Minister für Flüchtlingsangelegenheiten in Niedersachsen, Heinrich Albertz, den Hauptausschuss und andere Vertriebenenorganisationen bekämpfte.[86] Der Kreis-IG-Vorsitzende Hans Neukirch eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Anwesenden. Nach ihm traten Joseph Büttner und Ernst Bach auf. Regierungspräsident Fries sprach ein Schlusswort. Bach galt wie auch Neukirch als politisch vorbelastet. Er wurde von der britischen Besatzungsmacht als „demokratiefremd", „Militarist" und „Monarchist" eingestuft und argwöhnisch beobachtet. Zwischen 1946 und 1948 hatte sie dem ehemaligen Freikorpssoldaten, Politiker der Deutschnationalen Volkspartei und späteren Wehrwirtschaftsführer untersagt, sich politisch zu betätigen und einen Ableger der CDU im Siegerland zu gründen.[87] Die Reden von Büttner, Bach und Fries sind lediglich in kurzen Zusammenfassungen überliefert, die jedoch eine Reihe gemeinsamer Themen und Motive erkennen lassen. Alle drei sahen das deutsche Volk und insbesondere die Zwangsmigrant*innen hauptsächlich als Opfer. Bach bezeichnete die Lage der Vertriebenen als „Schandfleck für Europa", wertete die deutsche Verantwortung dafür jedoch ab und erklärte stattdessen: „Ganz Europa ist schuldig geworden!"[88] Auch Fries stellte das gesamte deutsche Volk als Schicksalsgemeinschaft dar, erkannte allerdings die Vertriebenen als besondere Opfergruppe an: „Wir sind alle miteinander ein armes, geschlagenes Volk, eure Not und Sorgen sind noch größer als diejenigen der hier Bodenständigen"[89]. Die Redner

[85] Vgl. Ebd.
[86] Vgl. Geistlicher Rat teuer, in: Der Spiegel vom 12.03.1949.
[87] Vgl.: Ernst Bach, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, URL: http://akteure-und-taeter-im-ns-in-siegen-und-wittgenstein.de/verzeichnis/gesamtverzeichnis#bach (Stand: 15.07.2024).
[88] „Ganz Europa ist schuldig geworden!", in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[89] Ebd.

versprachen, den Vertriebenen eine „neue“ bzw. „zweite Heimat“[90] oder auch „Ersatzheimat“[91] zu schaffen. Damit war freilich nicht gemeint, dass die Zwangsmigrant*innen dauerhaft im Siegerland bleiben sollten. Vor allem Bach betonte, es gehe lediglich darum, die Zeit zu überbrücken, bis sie in die alte Heimat zurückkehren könnten. Alle drei nutzten den positiv besetzten Heimatbegriff, um ihre Flüchtlingspolitik zu bewerben, deuteten ihn dabei jedoch um. Im Unterschied zu den geografisch fest bestimmten und biografisch angeeigneten verlorenen Herkunftsgebieten der Vertriebenen ging es ihnen um eine neue Lebenswelt, in welche diese eingegliedert bzw. an der sie gleichberechtigt teilhaben sollten. So forderte Landrat Büttner, das „Gefühl des Fremdseins müsse mehr und mehr überwunden werden“[92]. Bach sah dabei auch die hinzugekommene Bevölkerung in der Pflicht und forderte sie auf, „dafür zu sorgen, daß die Verständigung zwischen ihnen und den Einheimischen nicht zu schwer“[93] werde. Die Redner, allen voran der Oberbürgermeister, betonten die Leistungen der ihnen unterstehenden Verwaltungen für die Flüchtlinge und Vertriebenen und kündigten an, sich auch weiterhin für sie einzusetzen. Dies bezog sich sowohl auf die unmittelbar drängenden Probleme wie die Wohnungsnot als auch auf das Fernziel der Heimkehr. Ebenso geschlossen verurteilten sie die Demontagepolitik der Siegermächte. Außen- bzw. ostpolitische Forderungen erhoben sie jedoch kaum. Lediglich Fries verlangte für Deutschland ein allgemeines „Selbst- und Mitbestimmungsrecht im Rat der Völker“[94]. Zum Abschluss richtete er eine verdeckte Botschaft an sein Publikum und zitierte die letzte Zeile des Liedes „Wenn wir marschieren“ von Walter Gättke: „Und allen rufe ich zu: ‚Du Volk aus der Tiefe, du Volk in der Nacht, vergiß nicht das Feuer, bleib auf der Wacht!‘“[95] Das 1922 verfasste Stück war zunächst vor allem in der Bündischen Jugend gesungen worden. Sein Text hatte die Gruppenidentität und ein unbestimmtes Sendungsbewusstsein der Bewegung ausgedrückt: „Und wenn wir marschieren, dann leuchtet ein Licht, das Dunkel und Wolken strahlend durchbricht. / Und wenn wir uns finden, beim Marsch durch das Land, dann glüht in uns allen heiliger Brand. / Und wenn wir im Sturme dem Ziel uns genaht, dann ragt vor uns allen Neuland der Tat. / Du Volk aus der Tiefe, du Volk in der Nacht, vergiß nicht das Feuer, bleib auf der Wacht!“[96] Durch seine vieldeutige Bildersprache konnte das Lied auch von den Nationalsozialisten vereinnahmt werden. Damit wiederum erhielt es eine völkische und militaristische Konnotation, auf die Fries bewusst anspielte. Mit der unverfänglich anmutenden Liedzeile sprach er unterschwellig die revanchistischen Emotionen mancher Anwesenden an. So ließ sich das Zitat auch als indirekter Aufruf an die Vertriebenen verstehen, ihre alte Heimat wiederzugewinnen.

[90] Oberbürgermeister Bach, ebd.
[91] Landrat Büttner, ebd.
[92] Ebd.
[93] Ebd.
[94] Ebd.
[95] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.
[96] Walter Gättke: Von fröhlichen Fahrten - Lieder zur Laute, 4. Aufl., Hamburg 1935.

Höhepunkt des Nachmittags war die etwa zweistündige Rede von Georg Goebel. Dementsprechend gaben die regionalen Zeitungen diese umfangreich in Zitaten und indirekter Rede wieder. Goebel äußerte sich wesentlich konkreter als die übrigen Redner, die weder mit ihren eigenen Parteien und der britischen Besatzungsmacht, noch mit den Vertriebenen in Konflikt geraten wollten. Für die Kundgebung verkündete er drei wesentliche Ziele. Es gehe den Vertriebenen stets darum, sich erstens „auf ihr Schicksal und auf seine positiven Seiten“[97] zu besinnen, sich zweitens zu ihrer alten Heimat und Deutschland zu bekennen und drittens an die deutsche Politik sowie die Siegermächte zu appellieren.

Dieser Programmatik entsprach auch seine Rede. Zunächst ging er auf die Situation und das Selbstverständnis der Vertriebenen ein. Deren „Schicksal“, so Goebel, liege „in der Entwurzelung und dem Nicht-neu-verwurzeln-können“[98]. Dennoch sei es ihnen zwei Jahre nach Kriegsende gelungen, sich zu formieren und als Gemeinschaft ernstgenommen zu werden. Er bezog sich damit indirekt auf das ein Jahr zuvor beschlossene Landesflüchtlingsgesetz. Goebel stellte die deutschen Ostgebiete und deren Bevölkerungsgruppen mit ihren jeweiligen Identitäten als unverzichtbaren Bestandteil Deutschlands dar: „Es würde kein deutsches Volk mehr geben, wenn die ostdeutschen Volksgruppen ihre Eigenarten aufgäben, und es würde kein Deutschland mehr geben, wenn die ostdeutschen Gebiete nicht mehr zum ganzen deutschen Volk und Reich gehörten.“ Zugleich postulierte er damit – anknüpfend an alldeutsche und völkische Vorstellungen – einen untrennbaren Zusammenhang von Bevölkerung, Raum und Herrschaft.

Das Verdienst der Vertriebenen an Europa sah er darin, „über sieben Jahrhunderte lang – nicht nur mit den Waffen, sondern schon durch ihr Dasein und ihren Fleiß – Asien von den westeuropäischen Ländern ferngehalten“[99] zu haben. „Asien“ stand hier metonymisch für die vermeintlich fremden und unzivilisierten Menschen aus dem Osten, von denen Goebel Deutschland und Europa bedroht sah. Er verwendete dieses sprachliche Symbol gleich mehrfach und spielte damit auf rassistische und antisowjetische Stereotype an.[100] So bezeichnete er etwa den sich ausbreitenden Kommunismus als „Asiens Steppenbrand“[101].

Das beschriebene Selbstverständnis war laut Goebel auch nach der Zwangsumsiedlung bestimmend für die Arbeit seines Hauptausschusses, die er als „Gesundungsprozeß“[102] bezeichnete. Er ließ keinen Zweifel daran, dass die Vertriebenen sich als neue politische

[97] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.
[98] Fünf Programmpunkte zur Lösung der Ostfrage, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[99] Ebd.
[100] Derartige Bezugnahmen auf die „Rote Gefahr“ und den sogenannten Mongolensturm Mitte des 13. Jahrhunderts finden sich auch in der zeitgenössischen Parteienwerbung, etwa in dem bekannten Plakat der CDU zur Bundestagswahl 1949. Vgl. „Nein, darum CDU!“. Wahlplakat der CDU zur Bundestagswahl 1949, Landesarchiv Baden-Württemberg Abteilung Staatsarchiv Freiburg, W 110/2, Nr. 0144.
[101] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.
[102] Ebd.

Kraft verstanden, und führte aus, diese seien als „unorganisierte Masse“ gefährlich, könnten aber zugleich eine „aufbauende, fruchtbare Macht“ sein. „Das nach Westen verlagerte Volk der Ostdeutschen“ werde „seine Aufgabe hier und später im Osten wieder erfüllen“[103]. Darin lag eine kaum verhohlene Warnung an die westdeutschen Parteien, den Hauptausschuss anzuerkennen und dessen Forderungen ernst zu nehmen. Letztere erläuterte Goebel im Hauptteil der Rede. Er formulierte fünf an die deutsche und internationale Politik gerichtete „Programmpunkte zur Lösung der Ostfrage“[104]. Die ersten beiden Punkte bezogen sich auf die Staatszugehörigkeit und Administration der Ostgebiete. Goebel verlangte, dass „die Verwaltung der ostdeutschen Länder, wie sie nach dem unglücklichen Abkommen von Potsdam erfolgt, endgültig beseitigt“ würde. Stattdessen sollten die Gebiete „den Charakter selbstständiger Länder der Bundesrepublik und eigene deutsche Verwaltung erhalten“[105]. Die dritte Forderung lautete, dass alle „Landfremden“ die Ostgebiete verlassen sollten, sobald diese wieder unter deutscher Kontrolle stünden. Anschließend könnten die deutschen „legitimen Eigentümer“[106] in ihre alte Heimat zurückkehren. Dabei sollten sie durch einen hohen Kommissar der Vereinten Nationen geschützt werden. Diese Forderung war wenig sinnvoll, da die Heimkehrer unter deutscher Verwaltung ja keine Repressalien zu befürchten gehabt hätten, entsprach jedoch der Selbstwahrnehmung der Flüchtlinge und Vertriebenen als Opfer und sollte verdeutlichen, dass diese unter internationaler Obhut und friedlich zurückkehren wollten. Auch wenn Goebel seine Forderungen in den folgenden beiden letzten Programmpunkten scheinbar einschränkte, hätte sein Plan vor allem für die ihrerseits infolge der Westverschiebung Polens vertriebenen Menschen eine erneute Zwangsumsiedlung bedeutet. So erklärte er viertens, die Vertriebenen seien damit einverstanden, „auch schweren Herzens, aber um der Befriedung Europas willen, einer Revision der Grenzen zuzustimmen“, solange dies „im Einvernehmen mit den vertriebenen Deutschen jener Gebiete […] und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker“[107] erfolge. Nach den vorhergegangenen drei Punkten war klar, dass die Gebiete innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937 davon ausgenommen waren. Die angebotene „Revision“ konnte sich somit höchstens auf Österreich, das Sudetenland, das Protektorat Böhmen und Mähren sowie das Memelgebiet beziehen. Diese Gebiete aber waren für Deutschland ohnehin verloren, da die Alliierten vom Grenzverlauf am 31. Dezember 1937 ausgingen. Goebel gab die Besitzansprüche jedoch nicht auf, sondern wollte eine eventuelle Revision nur im Sinne eines „vorübergehenden Lastenausgleichs“[108] verstanden wissen. Zudem liefen seine Vorschläge auf ein Vetorecht der einzelnen Landsmannschaften bezüglich jedweder Grenzveränderungen hinaus.

[103] Ebd.
[104] Fünf Programmpunkte zur Lösung der Ostfrage, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[105] Ebd.
[106] Ebd.
[107] Ebd.
[108] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.

Goebel griff hierauf nochmals seinen dritten Programmpunkt auf und präzisierte: „Wir sind bereit, ein Stück unserer Heimat mit jenen Polen zu teilen, die auf christlicher Grundlage stehen, aber nicht mit jenen, die weder friedlich noch christlich, sondern Träger des Chaos und Verkörperungen Asiens sind."[109] Er berief sich dabei auf „die Grundsätze des ewigen und gerechten Gottes"[110] und das Selbstverständnis der Vertriebenen als einzig legitime Besitzer der Ostgebiete. An dieser Stelle präsentierte er sich vor allem als Geistlicher und setzte angesichts der fehlenden rechtlichen auf religiöse Argumente. Ihm ging es nicht um einzelne Personen, die sich an den Zwangsumsiedlungen beteiligt hatten, sondern um ganze „Volksgruppen oder einzelne Menschengruppen"[111], die er pauschal als kommunistisch sowie rassisch minderwertig darstellte. Damit knüpfte er an Stereotype aus der Zwischenkriegszeit und der nationalsozialistischen Herrschaft an. Seine Pläne hätten letztlich die polnische Bevölkerung abermals marginalisiert und gezwungen, sich zu assimilieren oder die Ostgebiete zu verlassen.

Abschließend fasste Goebel seine fünf Programmpunkte in dem Aufruf „Gebt uns die Heimat wieder!" zusammen. Zugleich forderte er die Siegermächte auf, die Deutschen nicht länger „als minderwertig oder als Volk von Verbrechern zu betrachten"[112] und ihren Umgang mit den Vertriebenen zu hinterfragen.

Diese stellte er gegenüber den westlichen Besatzungsmächten als natürliche Verbündete gegen den Kommunismus dar und erklärte, sie seien „nicht Fackelträger für Asiens Steppenbrand", sondern die besten „Pioniere eines friedlichen Europas" [113]. Wie eingangs gegenüber der künftigen westdeutschen Regierung verknüpfte er seine Appelle erneut mit unterschwelligen Drohungen. Solange Deutschland als „Herz Europas"[114] nicht gesund, d. h. wiedervereinigt, werde, sei kein Frieden in Europa möglich. Zudem griff er die Kritik seiner Vorredner an der Demontagepolitik auf, welche das Vertrauen der Deutschen in den Westen und eine neue europäische Ordnung gefährde: „Nehmt uns nicht den Glauben an das Europa, das ihr aufbauen wollt, während ihr durch Demontagen uns Existenzmöglichkeiten zerschlagt, und in Paris nicht den Mut aufbringt, uns den deutschen Osten wiederzugeben!"[115]

Gegenüber den westdeutschen Parteien zeigte Goebel sich ebenfalls misstrauisch. Besonders enttäuscht war er darüber, dass die Vertriebenen und ihre Herkunftsgebiete in der neu gegründeten Bundesrepublik keine eigene politische Vertretung erhalten würden.[116] Aus seiner Sicht waren einzig die Opfer von „Flucht und Vertreibung" selbst willens und

[109] Fünf Programmpunkte zur Lösung der Ostfrage, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[110] Ebd.
[111] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.
[112] Ebd.
[113] Ebd.
[114] Fünf Programmpunkte zur Lösung der Ostfrage, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.
[115] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.
[116] Ursprünglich hatte der Hauptausschuss gefordert, eigene Wahlkreise für die Ostgebiete einzurichten und von den Vertriebenen einen sogenannten ostdeutschen Länderrat wählen zu lassen.

fähig, ihre Interessen zu wahren und durchzusetzen. Nun drohte er damit, „politisch einen eigenen Weg zu gehen“ und eine eigene Partei zu gründen, falls es ihnen nicht ermöglicht würde, „aus ihrer politischen Verantwortung heraus an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken“[117]. Diese Bemerkung zielte insbesondere auf die CDU, die sich als Fürsprecherin der Zwangsmigrant*innen gerierte. Darüber hinaus gab Goebel indirekt zu verstehen, dass einzig die Vertriebenen bereit seien, für ihre Heimat zu kämpfen und zu sterben: „Es könne zu Ereignissen kommen, die sie vor schwerste Entscheidungen stellten. Dann würde kein westdeutscher Parlamentarier bereit sein, um der Erschließung einer freien Heimat für Millionen oder nur Hunderttausende willen vielleicht nach Sibirien zu gehen. Das aber müßten die Vertriebenen von ihren Führern verlangen, wenn es gälte, sie heimzuführen; dann seien diese Millionen notfalls auch die Köpfe einiger weniger wert.“[118] Diese kriegerische Rhetorik dürfte bei vielen Kundgebungsteilnehmer*innen und Vertriebenen Anklang gefunden haben, entsprach sie doch dem Bedürfnis nach Anerkennung in der neuen Umgebung, Rückkehr in die verlorene Heimat und Bestrafung der Schuldigen sowie der wachsenden Ungeduld vier Jahre nach Kriegsende. Den Interessen der westdeutschen Parteien und der Siegermächte jedoch lief sie zuwider. Erstere scheuten die Konkurrenz durch Goebel und wollten ihre politische Programmatik selbst bei besten Absichten gegenüber den Vertriebenen nicht zu eng an deren Forderungen ausrichten. Letztere betrachteten das Potsdamer Abkommen als bindend und wollten nationalistische und revanchistische Strömungen verhindern.

Die Rede schloss mit dem Appell, „einig, geschlossen und diszipliniert“[119] zu bleiben. Dabei ging es nicht allein um die anstehende Bundestagswahl. Goebel versuchte, die Vertriebenen um sich zu scharen und dauerhaft an sich zu binden, da er eine landesweite Alleinvertretung aufbauen wollte und dabei mit dem Landesvertriebenenbeirat unter dem Vorsitzenden Oskar Salat konkurrierte.[120]

Für den Hauptausschuss ebenso wie für die Siegerländer Interessengemeinschaften erfüllte die Kundgebung wohl die in sie gesetzten Erwartungen. Sie zeigte, wie effektiv Goebel die Vertriebenen zu mobilisieren vermochte, und drückte deren neues Selbstverständnis und -bewusstsein aus. Die Westfalenpost schrieb von einer „Massenkundgebung, wie man sie in Siegen seit langem nicht mehr erlebt hat“[121]. Mit seinen fünf Programmpunkten übte Goebel Druck auf die künftige Bundesregierung aus, die Vertriebenen zu unterstützen, und ermahnte zugleich die Siegermächte, deren Forderungen ernst zu nehmen. Er vermied jedoch explizite Gewalt- oder Kriegsdrohungen, welche die britische Besatzungsmacht auf den Plan gerufen oder die deutschen Parteien als potenzielle politische

[117] Ebd.
[118] Ebd.
[119] Ebd.
[120] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 19-21.
[121] Fünf Programmpunkte zur Lösung der Ostfrage, in: Westfalenpost vom 14.06.1949.

Partner abgeschreckt hätten. Ernst Bach, Joseph Büttner und Carl Friedrich Fries ihrerseits präsentierten sich als Unterstützer der Zwangsmigrant*innen und versuchten, diese mit weiteren Versprechungen für sich zu gewinnen. Auf der Kundgebung deutete sich allerdings an, dass die Vertriebenen keineswegs die geschlossene Gruppe waren, als die sie angesprochen wurden. Die Redner sahen sich einer „unter Landsmannschaftsschildern versammelten Menschenmenge“[122] gegenüber. Trotz ihres geteilten Schicksals fühlten die Vertriebenen sich weiterhin vor allem als Schlesier*innen, Ostpreuß*innen, Sudetendeutsche usw. Vorläufig gelang es zwar, diese Gruppen unter einem politischen Programm zu vereinigen, längerfristig jedoch bargen die unterschiedlichen landsmannschaftlichen Identitäten und partikularen Interessen Konfliktpotenzial.

Insgesamt verschafften die beschriebenen Veranstaltungen den Vertriebenen eine breite Aufmerksamkeit und bewiesen das organisatorische und politische Potenzial der Siegerländer Interessengemeinschaften. Jede von ihnen verfolgte spezielle Ziele und richtete sich an unterschiedliche Publika. So sollten die Delegiertentagung und der Heimatabend die Gemeinschaft der Vertriebenen stärken und ihre Erinnerungen an die alte Heimat wachhalten. Letzterer fokussierte sich allerdings auf die Schlesier*innen und schloss Vertriebene aus anderen Regionen sogar teils aus. Die Ausstellung, die Feierstunde und die Kundgebung hingegen galten der gesamten Bevölkerung. Sie sollten den Zwangsmigrant*innen zur Anerkennung als gleichwertige und gleichberechtigte Bürger*innen und politische Akteure verhelfen. Wilhelm Menzel und Georg Goebel traten dabei als Schlüsselfiguren hervor. Ersterer bediente sich vor allem ästhetischer und emotionaler Mittel, um die verschiedenen Leistungen der Vertriebenen zu präsentieren, letzterer berief sich als Geistlicher zwar auf Gott und das vermeintlich natürliche Besitzrecht auf die Ostgebiete, argumentierte im Kern jedoch politisch.

Für die regionalen Interessengemeinschaften war die Veranstaltungsreihe ein Achtungserfolg, wurde jedoch nicht wiederholt. Anstatt weiterhin für möglichst große Aufmerksamkeit zu kooperieren, konzentrierten sie sich in den folgenden Jahren stärker auf ihren jeweiligen Einflussbereich. Die Kundgebung in der Eintracht blieb die größte und zugleich letzte ihrer Art im Siegerland. Goebel musste sich Anfang der 1950er Jahre im Machtkampf um das nordrhein-westfälische Vertriebenenwesen geschlagen geben und trat nicht noch einmal in der Region auf.[123] Zwar etablierten sich die regionalen Vertriebenenorganisationen und gewannen jeweils lokal rasch an Einfluss, doch gelang es ihnen kein weiteres Mal, eine vergleichbar große Zahl von Besucher*innen für eine einzelne Veranstaltung zu mobilisieren.

[122] Besinnen – Bekennen – Appellieren, in: Westfälische Rundschau vom 14.06.1949.

[123] Es gelang Goebel nicht, einen eigenen landesweiten Vertriebenenverband aufzubauen. Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 19-21.

2.1 Heimatabende als Exklusivveranstaltungen der Zwangsmigrant*innen und Konsolidierung der Vertriebenenorganisationen

Neben der Siegener Veranstaltungsreihe des Juni 1949 fanden teils unabhängig zahlreiche Feste und Heimatabende für die Zwangsmigrant*innen statt. Als Veranstalter traten sowohl die Interessengemeinschaften als auch die Flüchtlings- bzw. Vertriebenenbeiräte auf, deren Führungspersonal sich mittlerweile jedoch vielfach überschnitt.[1] Die Verantwortlichen hielten dabei anfangs an den etablierten gemeinsamen Formaten fest, begannen jedoch mit Anbruch des neuen Jahrzehnts, ihre Veranstaltungen immer stärker auf die Interessen und Bedürfnisse der eigenen Klientel auszurichten. Diese Entwicklung lässt sich am Beispiel der Gemeinde Salchendorf im Amt Burbach südlich von Siegen besonders gut nachverfolgen.

Veranstaltungen der „Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen" Salchendorf

So fand dort am 19. Februar 1949 unter Regie der örtlichen Interessengemeinschaft ein „Bunter Abend der Ostvertriebenen, Evakuierten und Einheimischen" statt. Das Programm sollte alle im Titel genannten Zielgruppen gleichermaßen ansprechen. Von insgesamt 14 Programmpunkten bezogen sich nur drei („Gem. Lied: O du Heimat lieb und traut", „Gedicht: a) Schlesien" und „Tanzvorführung: Ländler") explizit auf die alte Heimat.[2] Höhepunkt des Abends war eine Theateraufführung mit dem Titel „Der kluge Bauer" – vermutlich eine Adaption der gleichnamigen Geschichte von Wilhelm Busch. Der auf Unterhaltung und Geselligkeit ausgerichtete Abend fand allerdings nicht das erhoffte Publikum. Der lapidare Kommentar in den Aufzeichnungen der Interessengemeinschaft: „Die Beteiligung war mäßig."[3]

Im Dezember des Folgejahres richtete der Vertriebenenbeirat der Gemeinde eine „Weihnachtsfeier der Ostvertriebenen und Evakuierten" aus. Die Nachmittagsveranstaltung im Saal der Freien Grunder Eisenwerke zielte schon dem Titel nach vor allem auf die Zwangsmigrant*innen ab. Diese Ausrichtung spiegelte sich jedoch kaum im Programm wider, das eine Mischung aus festlicher Atmosphäre und Unterhaltung bot. Neben musikalischen Aufführungen und gemeinsamem Singen fehlte auch ein Theaterstück namens „Weihnachten im Märchenwald" nicht. Nur ein einzelner Programmpunkt mit dem Titel

[1] Mit einem Erlass des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums vom 27. April 1950 wurden die Flüchtlingsbeiräte in Vertriebenenbeiräte und die Flüchtlingsämter in Vertriebenenämter umbenannt.

[2] Einige Programmpunkte wie etwa die nicht näher benannten „Musikstücke" sind allerdings zu vage formuliert, als dass Rückschlüsse auf die konkrete Gestaltung möglich wären. Vgl. „Programm für den ‚Bunten Abend' der Ostvertriebenen, Evakuierten und Einheimischen in der Gemeinde Salchendorf" am 19.02.1949, Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

[3] Vermerk „Salchendorf, 19.2.49", Aufzeichnungen der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen Salchendorf, Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

„Weihnachten im Osten“ verwies explizit auf die alte Heimat. Die alteingesessene Bevölkerung war aktiv in die Feier eingebunden. Auf den „Weihnachtsgruß einer Salchendorferin“ folgte eine Ansprache des Pastors einer örtlichen Kirchengemeinde. Überdies enthielt der Programmzettel den Hinweis: „Es wird gewünscht daß die Ostvertriebenen und Evakuierten Hausgenossen persönlich einladen!“[4]. Damit kehrte die Veranstaltung die gesellschaftliche Rollenverteilung vorübergehend um und stellte die Zwangsmigrant*innen als Gastgeber*innen ins Zentrum. Der Vertriebenenbeirat wertete die Feier als Erfolg und vermerkte: „Sehr gut gelaufen!“[5].

Wenige Monate später dann richtete die Interessengemeinschaft erstmals eine Veranstaltung exklusiv auf die eigene Klientel aus und hielt am 28. April 1951 einen „Bunten Heimatabend der Ostvertriebenen“ ab. Zum Ablauf des Abends fehlen Quellen. Ein im Bestand der „Ostdeutschen Heimatstube“ Neunkirchen überlieferter Programmzettel lässt jedoch auf die inhaltliche Ausrichtung und Abfolge schließen.[6] Das Programm unterschied sich deutlich von den bisherigen gemeinsamen Veranstaltungen. Es bestand aus nicht weniger als 16 Punkten. Die Mehrzahl davon verwies auf bzw. erinnerte an die alte Heimat. Das Element der gegenseitigen Verständigung und Annäherung zwischen Zwangsmigrant*innen und Einheimischen entfiel hingegen. Insbesondere Schlesien, von wo die Mehrzahl der Salchendorfer Vertriebenen kam, lebte in Gedichten und gemeinsam vorgetragenen Volks- und Heimatliedern wie dem „Schlesier-“, dem „Rübezahl-“ und dem „Riesengebirgslied“ wieder auf. In „Flüchtlingssprüchen“ wurde das Schicksal der Zwangsmigration thematisiert. An die vorhergegangenen gemeinsamen Kultur- und Heimatabende erinnerte lediglich das Theaterstück, eine „Humoreske“ mit dem Titel „Die Täuschung“.[7]

Fortan fanden derartige „Heimatabende der Ostvertriebenen“ regelmäßig statt. Ein Bericht über eine solche Veranstaltung im Februar 1953 in Salchendorf schildert die Wirkung auf die Teilnehmer*innen: „Die Gedichte und Vorträge – teils in heimischer Mundart – sprachen das Heimatgefühl an und verursachten hier und da Heimwehtränen.“[8] Mit der Zeit trat noch ein weiteres Element hinzu. Die Vertriebenen, die sich mittlerweile schon seit mehreren Jahren im Siegerland aufhielten und noch immer nicht damit rechnen konnten, bald in ihre Herkunftsgebiete zurückzukehren, handelten ihr Heimatverständnis neu aus. Auf dem oben erwähnten „Heimatabend der Ostvertriebenen in Salchendorf“ im Februar 1953 ermutigte ein Redner die Anwesenden, das gesamte Deutschland als neue Heimat anzuerkennen: „Vergeßt die alte Heimat nicht, da wo Dir die Sonne

[4] Programmzettel „Weihnachtsfeier der Ostvertriebenen und Evakuierten der Gemeinde Salchendorf am Samstag, den 23. Dezember 1950, nachm. 17:30 Uhr im Speisesaal der Freien Grunder Eisenwerke“, Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

[5] Ebd.

[6] Programmzettel „Bunter Heimatabend der Ostvertriebenen in Neunkirchen am 28. April 1951 im Saale Moritz in Neunkirchen“, Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

[7] Vgl. ebd.

[8] Bericht „Heimatabend der Ostvertriebenen in Salchendorf“ (undatiert), Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

zuerst schien, da ist nach den Worten von Ernst Moritz Arndt Deine Heimat. Aber ist nicht ‚das ganze Deutschland' unsere Heimat, die Heimat für alle aus Ost und West?"[9] Binnen weniger Jahre waren die Heimatabende in die Hände der Vertriebenenorganisationen übergegangen und von gesamtgesellschaftlichen zu exklusiven Veranstaltungen der Zwangsmigrant*innen geworden. Sie stifteten den „Vertriebenen" eine temporäre „Ersatzheimat"[10], halfen an die vergangenen Gemeinschaftsformen und Lebenskontexte anzuknüpfen und boten einen Raum, um die gemeinsamen Traumata von „Flucht und Vertreibung" und Heimatverlust zu verarbeiten. Dies geht auch aus einer rückblickenden Erklärung des BdV-Vorsitzenden für den Kreis Siegen in einer Festschrift anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Landkreises Siegen 1965 hervor: „Sie [die Vertriebenen] sonderten sich ab und fühlten sich viel wohler im eigenen Kreis; das kam in dem starken Besuch der Heimatabende zum Ausdruck. Hier wurde eine Sprache gesprochen, die sie verstanden, hier sahen sie die Bilder der Heimat, deren Tore verschlossen waren. Hier saßen sie unter Menschen mit gleichen Sorgen, Nöten und Hoffnungen."[11] Zugleich aber prägten die Heimatabende und deren Akteure auch das Verhältnis der „Vertriebenen" zu ihrer neuen Heimat wesentlich mit.

Konsolidierung der Vertriebenenorganisationen

Landsmannschaften

Diese Abgrenzung wurde allerdings erst dadurch ermöglicht, dass die Vertriebenen sich auf regionaler sowie auf Landes- und Bundesebene immer weiter organisierten und vernetzten. Zusätzlich zu den lokalen und der Kreis-IG schlossen sich Zwangsmigrant*innen aus den jeweils gleichen Herkunftsgebieten in landsmannschaftlichen Vereinigungen zusammen. Bis zum Ende der 1950er Jahre waren mit der Pommerschen, der Sudentendeutschen, der Oberschlesischen, der Ostpreußischen und der Siebenbürgisch-Sächsischen Landsmannschaft zahlreiche Regionen des „Deutschen Ostens" mit eigenen Orts- oder Kreisgruppen im Siegerland vertreten. Selbst die Memelländer gründeten 1958 in enger Zusammenarbeit mit der Ostpreußischen Landsmannschaft eine eigene Kreisgruppe Siegen.[12] Im Unterschied zu Vertriebenenorganisationen wie den Interessengemeinschaften beriefen sich die Landsmannschaften weniger auf das gemeinsame Schicksal der Zwangsmigration oder die Lebensumstände in der neuen Umgebung als vielmehr auf ihre Herkunft und vermeintliche gemeinsame Abstammung. Ihre Vorbilder waren die während der Zwischenkriegszeit insbesondere in Polen und der Tschechoslowakei gegründeten

[9] Ebd.
[10] Vgl. Kapitel 2.
[11] Siegerland zwischen gestern und morgen (Festschrift anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Landkreises Siegen), Max Gorski: Die Vertriebenen im Siegerland, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 240f.
[12] Vgl. Bis an die Memel…, in: Siegener Zeitung vom 27./28.09.1958; „Wo des Haffes Welle trecke an den Strand…" ist die Heimat der Memelländer / Kreisgruppe Siegen gegründet, in: Siegerländer Rundschau vom 16.09.1958.

Zusammenschlüsse deutscher Minderheiten. Wie jene versuchten auch sie, ihre „Volksgruppenidentität“[13] zu bewahren, indem sie ihre Gemeinschaft und die regional spezifischen Traditionen ihrer Herkunftsgebiete kultivierten. Beispielsweise veranstalteten sie Heimatabende, die sich ausschließlich auf ihre jeweiligen Herkunftsgebiete bezogen. Darüber hinaus strebten sie nach öffentlicher Anerkennung und symbolischer Repräsentation. Häufig kooperierten sie dabei mit anderen Vertriebenenorganisationen oder den örtlichen Vertriebenenbeiräten und -ausschüssen, denen zugleich auch viele ihrer Mitglieder angehörten. Mitunter verfolgten sie jedoch auch kleinteilige Partikularinteressen. Beispielsweise kündigte die Kreisgruppe Siegen der Memelländer bei ihrem Gründungstreffen im September 1958 an, sie werde „alles tun“, um neben der bereits seit 1950 in Siegen existierenden Memeler Straße „die Zahl der Memeler Straßen im Siegerland zu erhöhen.“[14]

Die Landsmannschaften begingen zudem jeweils spezifische Gedenktage und Feste, welche sich nicht immer unmittelbar auf das Schicksal der Zwangsmigration bezogen. Zumeist erinnerten diese an Ereignisse aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. So begingen die Oberschlesier*innen etwa alljährlich am 20. März den Jahrestag der Volksabstimmung von 1921.[15] Die Sudetendeutschen wiederum gedachten am 4. März der sogenannten „Märzgefallenen“ des Jahres 1919, die bei Zusammenstößen zwischen deutschböhmischen Demonstranten für den Anschluss an Deutschland und tschechoslowakischen Soldaten ums Leben gekommen waren. Darüber hinaus feierten die Kreisverbände der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Siegerland jedes Jahr im September einen „Tag der Begegnung“ zum Gedenken an das Münchner Abkommen.[16] Der Vertrag vom 29. September 1938 hatte die Abtretung des Sudetenlands an das nationalsozialistische Deutschland erzwungen. Ohne Beteiligung der Tschechoslowakei und unter Androhung militärischer Gewalt geschlossen, war er als „Diktat von München“ bekannt geworden. Den Sudetendeutschen hingegen galt es als „Korrektur von St. Germain.“[17] Zum zwanzigsten Jahrestag 1958 trafen sich 500 Sudetendeutsche aus dem Oberbergischen und dem Dillkreis sowie den Kreisen Olpe, Lüdenscheid und Siegen, um „ihren Anspruch auf die alte Heimat und ihre Treue zum Münchner Abkommen“[18] zu demonstrieren.

---

[13] Vgl. Matthias Stickler: Landsmannschaften, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (21.12.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/landsmannschaften (Stand: 16.07.2024).

[14] „Wo des Haffes Welle trecke an den Strand…“, in: Siegerländer Rundschau vom 16. September 1958.

[15] Vgl. Stephan Scholz: Gedenktage, in: Ders./Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 168-179, hier S. 171.

[16] Vgl. Tag der Begegnung – Bekenntnis zur Heimattreue. Sudetendeutsche aus fünf Kreisen trafen sich in Siegen – Zum 20. Jahrestage der Unterzeichnung des Münchner Abkommen, in: Siegener Zeitung vom 22.09.1958.

[17] Siegerländer Rundschau vom 23.09.1958. Der am 10. September 1919 unterzeichnete Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye regelte nach dem Ersten Weltkrieg die Auflösung des österreichischen Teils Österreich-Ungarns. Das Sudetenland wurde gegen den Willen der deutschsprachigen Bevölkerung Teil der Tschechoslowakei.

[18] Sudetendeutscher „Tag der Begegnung“, in: Siegener Zeitung vom 20.09.1958.

Der „Bund der Vertriebenen“

Während der landsmannschaftliche und der herkunftsübergreifende, interessengemeinschaftliche Organisationstyp auf regionaler Ebene koexistierten und häufig auch kooperierten, entstanden auf der nationalen Ebene zunächst zwei konkurrierende Dachverbände. Im 1949 gegründeten Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) waren die auf ihrem Wohnort in der „neuen Heimat“ beruhenden Zusammenschlüsse von Vertriebenen organisiert. Die landsmannschaftlichen Gruppierungen indes schlossen sich im gleichen Jahr in dem Dachverband Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften (VOL) zusammen.[19] Gemeinsam verkündeten ZvD und VOL am 6. August 1950, fünf Jahre nach Unterzeichnung des Protokolls von Potsdam, in Stuttgart die „Charta der Heimatvertriebenen“. Diese bekundete „gegenüber dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit“ den Anspruch der Zwangsmigrant*innen, in ihre Herkunftsgebiete zurückzukehren und diese wieder in Besitz zu nehmen. Die Charta verband diese heimatpolitischen Forderungen jedoch mit dem feierlichen „Verzicht auf Rache und Vergeltung“ zur „Schaffung eines geeinten Europas“. Daneben ging es den Verfassern allerdings auch um gleichberechtigte gesellschaftliche und politische Teilhabe in der Bundesrepublik. Ihre Forderungen umfassten daher auch „gleiches Recht als Staatsbürger nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags“, „Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk“ sowie den „sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes“[20]. Für die Vertriebenenorganisationen und Landsmannschaften war die Charta ein Erfolg. Sie drückte das Selbstverständnis der Zwangsmigrant*innen als „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffene“ aus und gab ihnen eine gemeinsame Programmatik, die auch von der bundesrepublikanischen Politik wahrgenommen und anerkannt wurde.[21]

Zugleich markierte das Datum der Unterzeichnung den ersten „Tag der Heimat“. Dieser Gedenktag der Vertriebenen wurde fortan jährlich begangen. Im Siegerland fand er erstmals 1953 statt. 1957 endete die Rivalität zwischen ZvD und VOL. Die beiden zwischenzeitlich in Bund der vertriebenen Deutschen (BvD) und Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenannten Dachverbände schlossen sich zusammen. Ausschlaggebend waren das nachlassende öffentliche Interesse an der Vertreibungsproblematik und der damit

[19] Vgl. Anna Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957-2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 25), Marburg 2012, S. 30.

[20] Charta der Heimatvertriebenen, zit. nach: Matthias Stickler: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“ – Die Stuttgarter Charta vom 5./6. August 1950 als zeithistorisches Dokument, in: Jörg-Dieter Gauger/Hanns-Jürgen Küsters (Hg.): „Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung“. 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen (Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.), Sankt Augustin 2011, S. 43–74, hier S. 59-61.

[21] Vgl. Matthias Stickler: Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (23.07.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/charta-der-deutschen-heimatvertriebenen (Stand: 15.07.2024).

einhergehende Mitgliederschwund in beiden Organisationen.[22] Aus der Fusion ging der Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) hervor. Er berief sich auf die von Vertretern des ZvD und der VOL gemeinsam unterzeichnete Charta und knüpfte an deren Programmatik an. Nach langen Streitigkeiten und Konkurrenzkämpfen war somit eine effiziente und politisch schlagkräftige Dachorganisation entstanden, die den Alleinvertretungsanspruch für alle Vertriebenen erheben konnte. Neben den ortsgebundenen Zusammenschlüssen und Landsmannschaften gehörten ihm auch berufsständische und sonstige Unterorganisationen wie etwa der Bauernverband der Vertriebenen „Das heimatverdrängte Landvolk" an.[23] Die verschiedenen Evolutionsstufen auf dem Weg zum BdV wurden auch auf der regionalen Ebene nachvollzogen. So nahmen nach der Umbenennung des ZvD in Bund der vertriebenen Deutschen (BvD) 1954 auch die Kreis-IG Siegen und Land sowie die angeschlossenen Ortsverbände, z. B. die gleichermaßen als Interessengemeinschaft gegründete Ortsgruppe in Salchendorf, diese Bezeichnung an. Nach der Fusion der Dachverbände BvD und VdL firmierten sie wiederum ebenfalls als Bund der Vertriebenen.[24]

Zuvor war der BvD-Kreisverband Siegen allerdings zur wichtigsten Vertriebenenorganisation im Siegerland geworden, der sich auch die örtlichen Landsmannschaften angeschlossen hatten. Selbst der Verband der bei Gründung der Kreis-IG noch als „falsche Flüchtlinge" diffamierten und abgelehnten Sowjetzonenflüchtlinge gehörte mittlerweile dazu. So konnte der Kreisvorsitzende Gorski auf einer Delegiertentagung im Februar 1957 bekanntgeben, dass der BvD im Siegerland mittlerweile 4 000 eigene und in den angeschlossenen Landsmannschaften 600 weitere Mitglieder zählte.[25]

Im Verlauf der 1950er Jahre bildete sich im Siegerland ein immer feingliedrigeres Netzwerk von örtlichen Vertriebenenorganisationen und Landsmannschaftsgruppen heraus. Einerseits trugen diese zu einem Rückzug und einer gewissen Abgrenzung der Zwangsmigrant*innen von der neuen Heimat sowie untereinander bei und bekräftigten ihr Anderssein immer wieder aufs Neue, andererseits boten sie ihren Mitgliedern einen willkommenen emotionalen Halt. Möglicherweise waren sie mitverantwortlich dafür, dass sich der als politische Vertretung der Vertriebenen agierende Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) im Land Nordrhein-Westfalen allgemein und im Siegerland

[22] Vgl. ders.: Bund der Vertriebenen (BdV), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Stand 20.07.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/bund-der-vertriebenen-bdv (Stand: 16.07.2024).

[23] Vgl. Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Handbuch des BdV, Bonn 1989, S. 292.

[24] Vgl. Bericht „Bund der Vertriebenen – Ortsgruppe Salchendorf" (undatiert), Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen; Bund der Vertriebenen feiert 60-jähriges Bestehen, in: Westfalenpost vom 3.11.2008.

[25] Vgl. Vertriebenen Korrespondenz – Informationsdienst des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen vom 16.02.1957.

im Speziellen nicht dauerhaft etablieren konnte.[26] Wie in den folgenden Kapiteln zu zeigen ist, wurden der BdV-Kreisverband und die dazugehörigen Orts- und Landsmannschaftsverbände in der Folge Keimzellen und Schnittpunkte unterschiedlichster Institutionen, Medien und Praktiken der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ und spielten auf Jahrzehnte hinaus eine zentrale Rolle in der regionalen Erinnerungskultur.

[26] Die 1950 in Kiel gegründete Partei erzielte zunächst u. a. in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein spektakuläre Wahlergebnisse, verlor nach dem Misserfolg bei der Bundestagswahl 1957, wo sie nur 4,6 % der Stimmen erhielt, jedoch rasch an Bedeutung. Vgl. Matthias Stickler: Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (16.11.2020), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/block-der-heimatvertriebenen-und-entrechteten-bhe (Stand: 16.07.2024).

2.2 Symbolische Repräsentation der Vertriebenen

Nachdem bislang vor allem die frühen Aktivitäten der Vertriebenenorganisationen im Siegerland dargestellt wurden, geht es nun um die regionale Politik und Verwaltungen. Diese unterstützten die Zwangsmigrant*innen nicht nur materiell, sondern auch durch Repräsentation im öffentlichen Raum. Besonders deutlich wird dies anhand der Neu- und Umbenennung von Straßen. Einer raschen Zählung nach gibt es allein auf dem heutigen Siegener Stadtgebiet 35 Straßennamen mit Bezug zu Städten, Regionen oder Persönlichkeiten des „Deutschen Ostens". Das folgende Kapitel untersucht die Benennungspraxis in der Stadt zwischen 1949 und 1955. Quellen hierfür sind die Berichte und Niederschriften der Stadtverordnetenversammlungen, auf denen die Namensvorschläge diskutiert wurden, sowie die dazugehörigen Vorlagen und Ratsbeschlüsse.

Straßenbenennungen in Siegen

Straßennamen zählen zu den wichtigsten Medien der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung", dienten jedoch schon lange vorher als Instrumente öffentlicher Geschichtspolitik. Im 19. Jahrhundert wurden die zuvor oftmals willkürlich durch die Bevölkerung vorgenommenen Benennungen zunehmend reglementiert. Nur so blieb angesichts der Urbanisierung und des stetigen Bevölkerungswachstums ihre räumliche Orientierungsfunktion gewährleistet. Zugleich spiegelten Straßennamen herrschaftliches und politisches Handeln wider. In der symbolischen Ausgestaltung des öffentlichen Raumes manifestierten sich Wissensbestände, Identitätsvorstellungen, Geschichtsbewusstsein und geschichtspolitische Zielsetzungen.[1] Waren die Ehrungen durch Straßennamen anfangs vor allem auf Herrscherfiguren und andere „große Männer" bezogen, so wurde die Benennungspraxis im 20. Jahrhundert zunehmend egalitärer und demokratischer. Dazu trug wesentlich das Mitbestimmungsrecht der Städte und Gemeinden bei. Spätestens mit der deutschen Gemeindeordnung von 1935, welche in Teilen auch nach 1945 in Kraft blieb, waren sie für die Benennung öffentlicher Straßen, Plätze und Brücken verantwortlich.[2]
Durch Straßennamen an verlorene bzw. abgetrennte Gebiete zu erinnern, wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg üblich. Nach der deutschen Niederlage sollte damit symbolisch gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages protestiert und ein nationales Bewusstsein ausgedrückt werden.[3] Die 1934 im Vorfeld der Volksabstimmung im Saarland 1935 geschaffene Saarbrücker Straße in Siegen ist ein regionales Beispiel dieser revisionistischen Praxis. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft dann wurden bei Benennungen von Straßen und Plätzen neben den Führungsspitzen des NS-Regimes vor allem

[1] Vgl. Tobias Weger: Straßennamen, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 409-419, hier S. 409f.
[2] Vgl. Cornelius Gorka: Rechtliche Grundlagen der Straßenbenennung, in: Webseite der Archivschule Marburg (2005), URL: https://archivschule.asprit.de/DE/forschung/kursprojekte/marburger-strassennamen/rechtliche-grundlage-der-strassenbenennung.html (Stand: 16.07.2024).
[3] Vgl. Matthias Martens: Straßennamen – Lesezeichen im kulturellen Gedächtnis, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte - Medien - Institutionen, Göttingen 2009, S. 61-69, hier S. 67.

die „Blutzeugen“ bzw. „Märtyrer der Bewegung“ geehrt. So gab es etwa in Siegen neben einer Adolf-Hitler- auch eine Horst-Wessel-Straße.[4] Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sowie des nationalsozialistischen Regimes begannen die Siegermächte mit der „Entnazifizierung des Stadtplans“[5]. Eine Direktive des Alliierten Kontrollrats verbot alle Namen mit Bezug zum Nationalsozialismus oder zum Ersten Weltkrieg und den darin involvierten zentralen Akteuren.[6] Infolge der Kontrollratsdirektive wurden auch Namen hinterfragt, die nicht unmittelbar von den Vorschriften betroffen waren. So debattierte die Siegener Stadtverordnetenversammlung 1946/47 darüber, die nach dem antisemitischen Hofprediger und Reichstagsabgeordneten Adolf Stoecker benannte Straße umzubenennen. Letztlich scheiterte die Initiative jedoch am Widerstand der CDU-Stadtverordnetenfraktion.[7]

Die ersten „ostdeutschen“ Straßennamen in Siegen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden im Januar 1949 vergeben, als die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschloss, die Straßen an der Haig-Kaserne in Breslauer- und Königsberger Straße umzubenennen. Die Gebäude trugen seit Kurzem den Namen des britischen Feldmarschalls und Oberbefehlshabers der *British Expeditionary Force* im Ersten Weltkrieg Douglas Haig. Die britische Militärregierung hatte am 16. März 1946 verfügt, die Kasernen am Fischbacherberg und dem Heidenberg umzubenennen.[8] Vordergründig hatte der Änderungsantrag rein praktische Gründe und sollte die veränderte Nutzung der zum Durchgangslager umfunktionierten Bauten widerspiegeln. So argumentierte ein Befürworter, „daß es sich doch nicht mehr um eine Kaserne, sondern um Wohnungen“[9] handele. Allerdings boten die neu vorgeschlagenen Straßennamen mangels direkter Bezüge zu Funktion oder topographischen Besonderheiten des bezeichneten Ortes ebenfalls kaum eine räumliche Orientierungshilfe. Tatsächlich standen hinter dem Vorhaben unterschiedliche Interessen. Aus Sicht der Zwangsmigrant*innen diente die Umbenennung wohl der Erinnerung an die verlorene Heimat, der Selbstvergewisserung in einer neuen Umgebung sowie der symbolischen Repräsentation im Stadtbild und Stadtplan Siegens.[10] Breslau und

[4] Christian Bald/Christian Franke/Mark Neumann: Feiern, Denkmäler und Straßennamen – Symbolische Politik im Siegerland in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Armin Flender/Sebastian Schmidt (Hg.): Der Nationalsozialismus im Siegerland. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte (Siegener Beiträge. Jahrbuch für Regionalgeschichte, Sonderband), Siegen 2000, S. 36-73.

[5] Martens: Straßennamen, S. 65.

[6] Vgl. Rainer Pöppinghege: Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen, Münster 2007, S. 81.

[7] Vgl. Ernst Bach: Die Arbeit der CDU-Stadtverordnetenfraktion Siegen 1946/47, in: Pfau: Die Zusammenbruchgesellschaft der frühen Nachkriegsjahre, S. 63f.

[8] Die Heidenberg-Kaserne wurde in Wellington-Kaserne umbenannt, die Kaserne am Fischbacherberg in Haig-Kaserne. Vgl. Amtliche Bekanntmachung, Official Notices Nr. 32. vom 16.03.1946, Stadtarchiv Siegen, Amtliches Siegerländer Mitteilungsblatt (und Nachfolger).

[9] Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung am 12. Januar 1949, Stadtarchiv Siegen, E 2842.

[10] Vgl. Pascal Maeder: Forging a New Heimat. Expellees in Post-War-West Germany and Canada (Transkulturelle Perspektiven, Bd. 10), Göttingen 2011, S. 219; Weger: Straßennamen, S. 409f.

Königsberg wurden nicht zufällig als Namensgeberinnen gewählt. Als Provinzhauptstädte Niederschlesiens und Ostpreußens standen sie für die beiden Regionen des „Deutschen Ostens", aus denen die Mehrzahl der Vertriebenen im Siegerland stammte. Aus Sicht der Stadtverordneten bot das Begehren der Bewohner*innen eine günstige Gelegenheit, ein sichtbares Zeichen der britischen Besatzung und damit der deutschen Niederlage im vergangenen Krieg aus dem Stadtbild zu tilgen. Die neuen „ostdeutschen" Namen mussten demgegenüber als geringer Preis erscheinen und hatten überdies den Vorteil, nicht gegen die Kontrollratsdirektive zu verstoßen.

Mit der Breslauer- und der Königsberger Straße war in mehrfacher Hinsicht ein Präzedenzfall geschaffen. Für ihr öffentlichkeitswirksames Anliegen hatten die Zwangsmigrant*innen bereitwillige Unterstützung seitens der lokalen Politik gefunden. Die beiden in ihrem Sinne benannten Straßen konnten als Zeichen der Anerkennung und Integration in die städtische Gesellschaft gelten und zeigten, dass die Zwangsmigrant*innen nur wenige Jahre nach ihrer Ankunft im Siegerland und trotz der Hoffnung auf ihre baldige Rückkehr einen dauerhaften Platz im kulturellen Gedächtnis der Stadt erringen konnten. Darüber hinaus war das landsmannschaftliche Prinzip, demzufolge die einzelnen Herkunftsregionen der Zwangsmigrant*innen distinkt voneinander zu repräsentieren waren, auf die Straßenbenennungen übertragen worden.

Die geschilderte Benennungsweise wurde im Sommer 1950 fortgesetzt, als fünf neue Straßennamen in einem Stadtteil zu vergeben waren, in dem sich vorwiegend „Besatzungswohnungen"[11] fanden. Die Siegener Stadtverordneten entschieden bei einer Sitzung am 12. Juli darüber. In der Diskussion über die Angelegenheit „Benennung der fünf neuen Straßen am Witschert" standen sich zwei konkurrierende Konzepte von Bürgermeister Erich Pachnicke (SPD) und Oberbürgermeister Ernst Bach (CDU) gegenüber, die sich über die konkreten Straßenbezeichnungen hinaus in ihrer Ausrichtung fundamental unterschieden. Zu Beginn der Beratung schlug Pachnicke „abweichend von der Vorlage"[12] die fünf Namen Yalta-, Potsdam-, Oder-Neiße-, Brüssel-, und Europastraße vor. Jede der fünf Bezeichnungen stand mehr oder weniger eindeutig für einen historischen Zusammenhang. Diese narrativen Abbreviaturen waren auch für die Zeitgenossen verständlich.[13] Einen spezifischen Bedeutungsgehalt besaßen vor allem die ersten drei Bezeichnungen. Yalta verwies auf den Ort der Konferenz, auf der Stalin, Roosevelt und Churchill im Februar 1945 unter anderem über die Aufteilung Deutschlands nach Kriegsende beraten hatten. Die preußische Residenzstadt Potsdam konnte zwar auch mit dem sogenannten Tag von Potsdam am 21. März 1933 assoziiert werden, stand hier jedoch primär für die dort vom 17. Juli bis 2. August 1945 abgehaltene Konferenz, bei der u. a. die

[11] Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten am 12.07.1950, Stadtarchiv Siegen, E 2845.
[12] Ebd.
[13] Als narrative Abbreviaturen bezeichnet Jörn Rüsen Wörter, die für ganze Geschichten stehen. Vgl. Jörn Rüsen/Hubert Horstkötter/Hans-Günter Schmidt: Untersuchungen zum Geschichtsbewusstsein von Abiturienten im Ruhrgebiet, in: Bodo von Borries/Ders./Hans-Jürgen Pandel (Hg.): Geschichtsbewusstsein empirisch. Pfaffenweiler 1991, S. 221–344, hier S. 231.

Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs beschlossen und die von Pachnicke als dritte Namensgeberin vorgeschlagene Oder-Neiße-Linie endgültig als polnische Westgrenze bestätigt wurde. Die Brüsseler- und die Europastraße repräsentierten demgegenüber den veränderten Status quo und eine neue Zukunftsperspektive für Deutschland nach den in den ersten drei Bezeichnungen angedeuteten Umbrüchen. Erstere ließ sich natürlich als ein Verweis auf die seit 1946 in Siegen stationierten belgischen Truppen verstehen, konnte sich jedoch auch auf den am 17. März 1948 zwischen Großbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten als Beistandsbündnis gegen sowjetische militärische Aggressionen geschlossenen Brüsseler Pakt beziehen.[14] Letztere schließlich repräsentierte den Gedanken der Annäherung und Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern. Gemeinsam verwiesen die von Pachnicke vorgeschlagenen Straßennamen als Symbolkomplex auf die Nachkriegsordnung in Europa und gegenwärtige wie zukünftige Handlungsoptionen, ohne dabei die drängenden Probleme der Zwangsmigration und der deutschen Teilung zu verschweigen.

Ernst Bach forderte hingegen, die Straßen „nach Städten des Ostens“[15] zu benennen. Damit folgte er dem Beispiel von 1949 und weitete die symbolische Repräsentation im öffentlichen Raum auf weitere Gebiete aus. Eine Straße sollte an das 1920 zur Freien Stadt unter Kontrolle des Völkerbunds erklärte Danzig, eine andere an den Fluß Memel sowie auf den danach „Memelland“ genannten Teil Preußens erinnern, der infolge des Versailler Vertrages zwischen 1920 und 1939 von Deutschland getrennt war. Mit Stettin wurde die ehemalige Provinzhauptstadt Pommerns gewählt. Liegnitz schließlich repräsentierte als dessen Hauptstadt den alltagssprachlich Niederschlesien genannten Teil der ehemaligen Provinz Schlesien. Neben diesen „ostdeutschen“ Namen plädierte Bach außerdem dafür, die bestehende Flurbezeichnung „Am Witschert“ zu übernehmen. Zunächst stimmten die Stadtverordneten jedoch keinem der beiden vorgelegten Konzepte zu. Wie das Protokoll der Debatte erkennen lässt, war sich die Versammlung uneins über Funktion und Ziel der Straßennamen. Die Forderungen reichten von Änderungen und Ergänzungen, etwa um eine Saarlandstraße, bis hin zu mehr Bürger*innenbeteiligung bei der Namensfindung und schließlich sogar der Streichung aller Vorschläge und Beibehaltung der Flurbezeichnung. Dessen ungeachtet trug der finale Beschluss Ernst Bachs Handschrift. Mit „Am Witschert“, der Stettiner-, der Danziger sowie der Memeler Straße hatten sich

[14] Am 14. November 1946 übernahmen belgische Truppen die Heidenbergkaserne im Stadtgebiet. Vgl. Christian Henrich-Franke: Mediale (Re-)Präsentationen: Die belgische Garnison in Siegen im Spiegel der Lokalpresse (1946-1990), in: Christoph Brüll/Ders./Claudia Hiepel/Guido Thiemeyer (Hg.): Belgisch-deutsche Kontakträume in Rheinland und Westfalen, 1945 – 1995 (Historische Dimensionen Europäischer Integration, Bd. 31), Baden-Baden 2020, S. 79-103, hier S. 83. Zum Brüsseler Pakt vgl. Arnold Kammel: Brüsseler Pakt, in: Martin Große Hüttmann/Hans-Georg Wehling (Hg.): Das Europalexikon, 3.Aufl., Bonn 2020.

[15] Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten am 12.07.1950, Stadtarchiv Siegen, E 2845.

vier seiner fünf Vorschläge durchgesetzt. Eine weitere Straße wurde nach dem letzten Gemeindevorsteher des Siegener Ortsteils Achenbach, Gustav Reh, benannt.[16] Diese Kompromisslösung verfügte weder über eine innere Logik, noch über das mnemonische Potenzial der ursprünglichen Konzepte. Die Zustimmung der Zwangsmigrant*innen in Siegen, die sich damit weiter im öffentlichen Raum repräsentiert sahen, konnte trotzdem als sicher gelten. Inwiefern die „Besatzungswohnungen" im Bereich der fraglichen Straßen die Benennung beeinflussten, lässt sich den Quellen nicht entnehmen. Das Beispiel der Haigkaserne 1949 hatte jedoch gezeigt, wie die Straßennamen auch zur symbolischen Kommunikation gegenüber den Siegermächten genutzt werden konnten. Überdies war Siegen mit den Benennungen der Jahre 1949 und 1950 den Richtlinien des Deutschen Städte- bzw. Landkreistages von 1953 und 1954, die „ostdeutsche Namen" für Straßen, Plätze, Gebäude wie Schulen oder Säle einforderten, zuvorgekommen.[17] Seit 1955 war mit der Gnesener sowie der Posener Straße auch Westpreußen im Siegener Stadtplan repräsentiert.[18] Der Waldenburger Weg in Weidenau hingegen verwies erneut auf Schlesien.[19] Wie das Beispiel der Memelländer Landsmannschaftsgruppe zeigt, begannen die Vertriebenenorganisationen, die Verwendung von Straßennamen als Medium der Erinnerung im öffentlichen Raum zu forcieren.

Indes wurden in den 1950er Jahren Straßennamen auch häufig mit Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus vergeben. Die Benennungen nach dem für seine Beteiligung an der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 hingerichteten Carl Friedrich Goerdeler und dem Bischof von Münster Graf Clemens von Galen im Jahr 1951 lassen sich als Bekenntnis zum konservativen und christlichen Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime verstehen. Im Falle der Goerdelerstraße erhielt die geschichtspolitische Dimension der Straßenbenennung den Vorzug gegenüber der heimatpolitischen. Ursprünglich sollte die Straße den Namen „Lönsstraße" erhalten, letztlich jedoch entschied die Stadtverordnetenversammlung, dass der in Westpreußen geborene und in Pommern aufgewachsene Journalist und Schriftsteller Hermann Löns als Namensgeber hinter den Widerstandskämpfer Goerdeler zurücktreten musste.[20]

Mit den Straßenbenennungen setzte sich die städtische Politik erstmals für eine permanente Repräsentation der Zwangsmigrant*innen im öffentlichen Raum ein. Durch den Wiederaufbau und die Kontrollratsdirektive konnte diese Form der öffentlichen Erinnerung vergleichsweise einfach und günstig umgesetzt werden. Die Namen von Städten und Regionen im „Deutschen Osten" auf Straßenschildern sowie im Stadtplan waren ein Zu-

[16] Ebd.
[17] Vgl. Weger: Straßennamen, S. 413.
[18] Vgl. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung vom 8.09.1955, Betr.: Neu- und Umbenennung von Straßen, Stadtarchiv Siegen, E 2887; Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.09.1955, Stadtarchiv Siegen, E 2852.
[19] Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Amtsvertretung am 29.11.1955, Stadtarchiv Siegen, Best. 151 / Amt Weidenau, Nr. 850.
[20] Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten am 5.09.1951, Stadtarchiv Siegen, E 2845.

geständnis an die Vertriebenen vor Ort und zugleich symbolische Botschaften an die Besatzungsmacht. Sie erinnerten an die verlorenen Gebiete und stützten die heimatpolitischen Forderungen der Zwangsmigrant*innen, ohne jedoch gegen die Vorschriften des Alliierten Kontrollrats zu verstoßen. Der einmal eingeschlagene Weg wurde bis in die 1980er Jahre hinein weiterverfolgt, sodass immer mehr Regionen und Städte des „Deutschen Ostens" im Siegener Stadtplan repräsentiert waren.

Vertriebene als Zielgruppe des Siegerländer Heimatkalenders und der Siegener Zeitung

Mit dem Siegerländer Heimatkalender wandte sich zeitgleich auch eine der wichtigsten bürgerlichen Institutionen der regionalen Heimatindustrie und Erinnerungskultur den Zwangsmigrant*innen zu. Die von dem Direktor des Siegerlandmuseums, Stadtarchivar und -bibliothekar Hans Kruse initiierte Publikation erschien seit 1920 im Jahresrhythmus. Im Gegensatz zu der ebenfalls vom „Siegerländer Heimatverein" herausgegebenen Zeitschrift „Siegerland" war sie nicht explizit historisch ausgerichtet, griff jedoch immer wieder regionalgeschichtliche Themen auf.[21] Bereits die erste vollwertige Ausgabe nach Kriegsende von 1951 enthielt eine eigene Rubrik für die Vertriebenen mit einer Mischung aus Gedichten, Liedtexten, Aufrufen und Stellungnahmen zu deren Situation sowie grafischen Illustrationen. Wie die von dem bekannten Lehrer, Schriftsteller und Heimatdichter Adolf Wurmbach geleitete Redaktion in einem vorangestellten Grußwort erklärte, wurde „der Rahmen des rein Heimatlichen […] durch die Aufnahme von Beiträgen aus der Heimat der aus dem Osten Vertriebenen […] nicht ohne Absicht überschritten"[22]. Sinn und Zweck der neuen Rubrik sei es, „die starken Kräfte, die selbst eine verlorene Heimat noch auszustrahlen vermag" zu wecken und „die schicksalsüberwindende und schicksalsversöhnende Kraft des Heimatgedankens zu beweisen"[23]. Demnach sollte die Erinnerung an die „ostdeutsche" Heimat die Vertriebenen mobilisieren und ihnen helfen, die traumatischen Erfahrungen von „Flucht und Vertreibung" zu verarbeiten. Ein weiteres, weniger idealistisches Motiv lag jedoch sicherlich darin, die zahlreichen Vertriebenen in der Region als Leser*innen zu gewinnen. Die Beiträge stammten, abgesehen von dem zitierten Grußwort der Redaktion, sämtlich aus der Feder von Vertriebenen und boten den Rezipient*innen je nach Herkunft eine ästhetisierte Erinnerung an die alte und eine Orientierung in der neuen Heimat oder aber einen Einblick in die Denkweisen und Traditionen der Hinzugekommenen. Unter der Überschrift „Schlesisch gesehenes Siegerland" schilderte beispielsweise ein Aufsatz des schlesischen Mundartdichters Ernst Schenke die Region aus Sicht der Zwangsmigrant*innen. Der selbst zwangsumgesiedelte und nun in Freudenberg lebende Schenke beschrieb die Landschaft und Natur des Siegerlandes und die dort vorherrschenden Wirtschaftsformen, darunter insbesondere das

[21] Vgl. Helmut Busch: Rückblick auf lebendige Heimatgeschichte. 75 Bände Zeitschrift „Siegerland", in: Siegerland Bd. 75 (1998), S. 67-86.
[22] Zum Geleit, in: Siegerländer Heimatverein e. V., Siegen (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1952.
[23] Ders. (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1951, S. 102.

Haubergswesen, sowie Traditionen und Brauchtum, Mundart und Mentalität der Bevölkerung. Neben den offensichtlichen Unterschieden stellte er dabei vor allem Gemeinsamkeiten und Perspektiven zur Verständigung und Ergänzung heraus. Schenke endete mit einem vordergründig an die Vertriebenen gerichteten Appell, welcher sich jedoch gleichsam als Versprechen an die Aufnahmegesellschaft begreifen lässt: „Schön ist unsere neue Heimat. Ein Blick von der Eisernhardt oder vom Kindelsberg erhebt und begeistert uns. Wir glauben im Waldenburger Bergland, im Eulengebirge oder in der Grafschaft Glatz zu stehen. In den reizvollen alten Städtchen, wie etwa Hilchenbach oder Freudenberg, lebt und weht etwas, das auch unsere Herzen mit Freude zu erfüllen vermag, wenn wir es nur richtig sehen."[24] Der gemeinsamen nationalen Identität kam dabei eine Klammerfunktion zu: „Wenn wir auch keine Heimat mehr haben, so wollen wir doch nicht vergessen, daß wir hier nicht in einem fremden Lande, sondern auf altem deutschem Boden stehen und unsere Arbeitskraft einsetzen für den Wiederaufbau unseres gemeinsamen Vaterlandes"[25]. Damit lag der Beitrag voll auf der im Grußwort formulierten Linie. Der inhaltliche Fokus der ersten Ausgabe auf Schlesien weitete sich bald. Bereits der Siegerländer Heimatkalender 1952 enthielt etwa ein ostpreußisches Gedicht sowie den Beitrag „Jung Stilling in Schlesien", der unter Berufung auf den in Grund bei Hilchenbach nordöstlich von Siegen geborenen Schriftsteller, Augenarzt und Kameralisten Johann Heinrich Jung (1740-1817) historische Bezüge zwischen dem Siegerland und dem „Deutschen Osten" herstellte.[26] Die Vertriebenenrubrik gehörte auf Jahre hinaus fest zum Siegerländer Heimatkalender. In den Artikeln ging es zumeist um das sich wandelnde Verhältnis zur alten und neuen Heimat sowie die unterschiedlichen „ostdeutschen" Regionen und ihre spezifischen Traditionen und Mentalitäten.[27] Damit nahm die Publikation Überlegungen zur Bedeutung von Heimatkalendern in der „Kulturarbeit" vorweg. Ein Jahrzehnt später empfahl auch das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen in einer Publikation, die Vertriebenen in Heimat- bzw. Kreiskalendern zu berücksichtigen: „Einheimische und Vertriebene lernen so gegenseitig den Raum, das Leben, die Schönheit und die Geistigkeit ihrer Heimatwelten kennen. Da gerade die volkstümlichen Kalender in den Familien sehr geschätzt werden, vollzieht sich hier beim Lesen und in den anschließenden Gesprächen der Prozess der Heimatverfestigung und heimatlichen Begegnung"[28]. In ähnlicher Weise widmete sich die Siegener Zeitung den Vertriebenen. Das bereits 1823 gegründete Blatt hatte sich seit den 1920er Jahren zunehmend nationalistisch, konservativ und „vaterländisch", ab 1933 dann nationalsozialistisch ausgerichtet und war zwischen 1933 und 1945 die einzig verbleibende Tageszeitung im Siegerland neben der NSDAP-

[24] Schlesisch gesehenes Siegerland, in: Ebd., S. 104-107, hier S. 106f.
[25] Ebd.
[26] Vgl. Ders. (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1952, S. 106f.
[27] Vgl. Sudetendeutscher Humor, in: Ders (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1959, S. 139f.
[28] Alfons Perlick: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Kulturheft Nr. 38), Troisdorf 1961, S. 143-152, hier S. 149.

eigenen National-Zeitung.[29] Ihre erste Ausgabe nach Kriegsende erschien erst im November 1949, da die Militärregierung ihr zunächst die notwendige Lizenz nicht erteilte. Seit Beginn der 1950er Jahre gehörte zu ihrer Wochenend-Beilage „Sonntag der Heimat" stets auch eine eigens für die Zwangsmigrant*innen gestaltete Seite unter der Überschrift „Stimme der Heimattreuen". Die dort veröffentlichten Artikel behandelten einzelne Bevölkerungsgruppen des „Deutschen Ostens" („Das Schicksal der Sorben. Von den Lausitzer Bergen bis zum Spreewald – Ostdeutsche Streiflichter"[30]), die gegenwärtigen Verhältnisse in deren Herkunftsregionen und ehemaligen Wohnorten („Arbeitslosigkeit jenseits von Oder und Neiße. Zugleich herrscht Mangel an Fachkräften – So sieht es heute aus"[31]), sowie die Beziehungen zu den Nachbarstaaten östlich von Oder und Neiße („Drei Millionen Auslandspakete nach Polen. Sie halfen manche Not lindern – Polnische Alltagssorgen"[32]). Historische, zumeist kulturgeschichtlich ausgerichtete Beiträge fanden sich ebenfalls („Bauernhäuser als Wahrzeichen deutschen Volkstums. So bauten die Siedler im ostpreußischen Raum – Blick in die Vergangenheit"[33]). Ergänzt wurden sie durch Sinnsprüche oder Gedichte („Leid und Glück"[34]). Die Inhalte ähnelten somit stark denen des Siegerländer Heimatkalenders. Anders als dort wurden sie hier jedoch stets in eine eigene Rubrik ausgelagert und konnten damit von einheimischen Leser*innen leicht überblättert werden. Dennoch trugen beide Publikationen zur symbolischen Repräsentation und Eingliederung der Vertriebenen bei. Daneben ging es jedoch auch darum, ein neues Publikum zu erschließen. Dies gilt besonders für die Siegener Zeitung, hinter der mit dem Verlag Vorländer ein gewinnorientiertes privatwirtschaftliches Unternehmen stand.

[29] Vgl. Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 264.
[30] Das Schicksal der Sorben. Von den Lausitzer Bergen bis zum Spreewald – Ostdeutsche Streiflichter, in: Siegener Zeitung vom 31.08.1958.
[31] Arbeitslosigkeit jenseits von Oder und Neiße. Zugleich herrscht Mangel an Fachkräften – So sieht es heute aus, in: Ebd.
[32] Drei Millionen Auslandspakete nach Polen. Sie halfen manche Not lindern – Polnische Alltagssorgen, in: Ebd.
[33] Bauernhäuser als Wahrzeichen deutschen Volkstums. So bauten die Siedler im ostpreußischen Raum – Blick in die Vergangenheit, in: Ebd.
[34] Leid und Glück, in: Ebd.

2.3 Beginn der Kulturarbeit nach § 96 BVFG im Siegerland und Wende in der regionalen Erinnerungskultur am Ende der 1950er Jahre

Während die Vertriebenen und die Politik und Gesellschaft im Siegerland sich bereits um Teilhabe am kulturellen Leben und symbolische Repräsentation im öffentlichen Raum bemühten, konzentrierten sich Bundes- und Landesregierung noch auf unmittelbare finanzielle und materielle Unterstützung. Das Soforthilfegesetz („Gesetz zur Behebung dringender sozialer Notstände") vom 8. August 1949 gewährte den Zwangsmigrant*innen in den westlichen Besatzungszonen Unterhalts-, Hausrats-, Aufbau- und Ausbildungshilfen.[1] Zusätzlich zu diesen Sozialleistungen verabschiedete der Bundestag im Folgejahr ein Wohnungsförderungsgesetz.[2] Das Soforthilfegesetz wurde am 16. Mai 1952 vom Lastenausgleichsgesetz („Gesetz über den Lastenausgleich") abgelöst. Dieses sollte die im Zuge des Zweiten Weltkriegs von Kriegseinwirkungen, Gefangenschaft, Flucht, Zwangsumsiedlung oder Vermögensverlust betroffenen Deutschen entschädigen und ihre Integration erleichtern.[3] Darüber hinaus gewährte es günstige Wohnungsbaudarlehen.[4] Erst das Bundesvertriebenengesetz („Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge", kurz: BVFG) vom 25. März 1953 jedoch regelte endgültig und bundeseinheitlich deren Verteilung, Rechte sowie Ansprüche. Den Zwangsmigrant*innen wurde damit ein rechtlicher, erblich auf ihre Nachkommen übertragbarer Sonderstatus gewährt und mit einem Vertriebenenausweis bescheinigt. Insbesondere die Bestimmungen über die „Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge" in § 96 des Gesetzes erwiesen sich in der Folge als bedeutsam.[5]

Kultur als Teil der Vertriebenenbetreuung

Mit Beginn der 1950er Jahre setzte sich auch in den staatlichen Institutionen und Verwaltungen die Einsicht durch, dass die „Eingliederung" der Vertriebenen auch das kulturelle Leben berücksichtigen müsse. Wesentliche Impulse dazu gingen vom nordrhein-westfälischen Landesvertriebenenbeirat aus. Dessen Vorsitzender Oskar Salat argumentierte bereits im Januar 1950, „mit der fortschreitenden Entwicklung des Vertriebenenproblems, mit der fortschreitenden Eingliederung der Vertriebenen" sei unverkennbar geworden, dass „das Vertriebenenproblem nicht nur ein rein materielles Betreuungsproblem" sei,

---

[1] Vgl. Bauerkämper: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, S. 482; Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 18.

[2] Das Zweite Wohnungsbaugesetz folgte am 1. Juli 1956. Von 1951 bis 1970 gelang es im Kreis Siegen, den Wohnungsbestand von 33 816 auf 76 280 mehr als zu verdoppeln. Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 22f., 88.

[3] Vgl. Bauerkämper: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, S. 482.

[4] Vgl. Michael Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 56, Heft 1 (2008), S. 101-151.

[5] Vgl. Matthias Weber: Kultur- und Wissenschaftsförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz (§ 96 BVFG), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (21.02.2022), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32877 (Stand 16.07.2024).

sondern „die geistigen, kulturellen, sittlichen, politischen und staatlichen Probleme des ganzen nordrhein-westfälischen Raums"[6] berühre. Am 20. November 1950 dann forderte das Düsseldorfer Sozialministerium, dem der Beirat zugeordnet war, in einem Erlass, die Kulturarbeit auf allen Verwaltungsebenen systematisch aufzubauen.[7]
Der Kulturausschuss des Landesvertriebenenbeirats erarbeitete dafür konkrete Vorschläge. Neben Reformen im Bildungssystem mahnte er insbesondere die „Pflege gemeinsamer Kulturwerte" – so der Titel seiner Arbeitstagung im März 1951 – an, um die „ostdeutsche" Identität der Zwangsmigrant*innen zu bewahren und der einheimischen Bevölkerung zu vermitteln.[8] Auch das Bundesministerium für Vertriebene erklärte 1953: „Die Eingliederung der Vertriebenen kann keineswegs mit der Lösung der materiellen Fragen allein als beendet angesehen werden. Es gilt auch, das große ostdeutsche Kulturerbe zu pflegen."[9] Der § 96 BVFG schuf hierfür eine Basis. Als Kernaufgaben legte er fest, das „Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten" sowie die „Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern"[10]. Die Kulturarbeit wurde demnach als dauerhafte, an keinerlei Bedingungen geknüpfte Verpflichtung des Staates im Interesse aller definiert. Somit schuf § 96 die Voraussetzungen, die Kulturarbeit institutionell und finanziell auf eine breite Basis zu stellen. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen leisteten in der Folge zwar einen wesentlichen Beitrag zur Integration der Zwangsmigrant*innen, letztlich blieben diese gegenüber der einheimischen Bevölkerung jedoch bis in die 1960er und 1970er Jahre hinein sozio-ökonomisch benachteiligt.[11]
§ 96 BVFG wurde zugleich ein wesentlicher Faktor für die regionale Erinnerungskultur. Seit Beginn der 1950er Jahre entspannte sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage im Siegerland zusehends. Dazu trug unter anderem die endgültige Schließung des Durchgangslagers auf dem Wellersberg im Oktober 1951 bei.[12] Die finanzielle Förderung der Kulturarbeit setzte allerdings erst langsam ein und blieb zunächst gering. So unterstützten das Land Nordrhein-Westfalen und der Kreis Siegen im Jahr 1957 insgesamt 41 Anträge für Vertriebene mit insgesamt 2650 DM. Der für die Verteilung der Mittel zuständige

[6] Zit. nach: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 26.
[7] Vgl. S. 28f.
[8] Vgl. ebd.
[9] Bericht des Bundesministers für Vertriebene, in: Karin Böke: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat, in: Liedtke/Dies./Wengeler: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära, S. 131-210, hier S. 207.
[10] Zit. nach: Weber: Kultur- und Wissenschaftsförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz (§ 96 BVFG).
[11] Vgl. Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, S. 121f.; Paul Lüttinger: Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 15, Heft 1 (1986), S. 20-36.
Vgl. Bauerkämper: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, S. 482.
[12] Vgl. Siebeneich/Stäsche: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, S. 128.

Kreiskulturausschuss der Ostvertriebenen und Flüchtlinge klagte: „Das ist keine überwältigende Unterstützung: die heimatbewußten und kulturbeflissenen Ostvertriebenen müssen im wesentlichen [sic!] das Ihre selber tun, um erfolgreiche Arbeit zu leisten."[13]
Die Kulturarbeit entsprach zudem nicht den eigentlichen Zielen der wichtigsten regionalen Akteure, die weiterhin die Rückkehr in die alte Heimat forderten. So erklärte der Kreiskulturbeauftrage Robert Ruddies im September 1958 vor dem erwähnten Kreiskulturausschuss: „Wir haben zwar im Siegerland eine zweite Heimat gefunden, wollen aber unsere angestammte Heimat wieder in Besitz nehmen".[14] Angesichts des Ost-West-Konflikts erschien eine möglichst breit aufgestellte Kulturarbeit jedoch als vorerst einziges Mittel, sich diesem Ziel zu nähern. Eine Leserbriefaktion der Westfalenpost im September 1958 deutete auf eine entsprechende Nachfrage in der Bevölkerung hin. Für das Format „Frage der Woche" wollte die Zeitung von ihren Leser*innen wissen: „Glauben Sie, daß Vertriebenentreffen genügen, das Andenken der alten Heimat im Osten wachzuhalten? Und was müßte darüber hinaus getan werden, um dies zu erreichen?"[15] Die neun abgedruckten Einsendungen bildeten ein breites Meinungsspektrum ab. Sie enthielten Appelle an die kulturellen Institutionen und die einheimische Bevölkerung, sich für eine Verständigung zwischen Alteingesessenen und Hinzugekommenen einzusetzen sowie Kultur und Brauchtum zu pflegen. Auch eine stärkere symbolische Repräsentation in der Presse, in Filmen und auf Sonderbriefmarken wurde gewünscht. Eine Reihe von Zuschriften forderten, den „Deutschen Osten" stärker im Schulunterricht zu berücksichtigen. Über diese Appelle und Vorschläge hinaus offenbarten die Einsendungen jedoch auch eine gewisse Ungeduld. Unter den Überschriften „Flüchtlingsnot hindert" und „Endlich verhandeln" wurden energisch weitere materielle Hilfen und diplomatische Initiativen zur Wiedervereinigung Deutschlands gefordert. Der Autor des letzteren Briefs wertete die Kulturarbeit gar als Hindernis für das eigentliche Ziel: „Neben dem regelmäßigen Unterricht in allen Schulen über ganz Deutschland sollte man endlich wieder etwas für den ersten Schritt – die Wiedervereinigung – tun, ehe der zweite Schritt so lautstark proklamiert wird. Es entspricht unserer satten Behaglichkeit, ‚Erinnerungen wachzuhalten', ‚Feiern zu veranstalten', ‚Proteste zu verfassen', ‚Forderungen aufzustellen', welche Verhandlungen vor Beginn schon aussichtslos machen."[16]

Der „Tag der Heimat"

Eine besonders wichtige Rolle in der Kulturarbeit spielten öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Anders als in der Zeit vom Kriegsende bis etwa Mitte der Fünfzigerjahre

[13] Kulturarbeit sammelt die Kräfte eines Volkes. Aus der Arbeit des Kreiskulturausschusses für Ostvertriebene und Flüchtlinge, in: Siegener Zeitung vom 4.06.1958.
[14] „Vertriebene haben ihr Schicksal in der Hand". Feierstunde zum „Tag der Heimat" – Kreiskulturausschuß tagte, in: Siegener Zeitung vom 6.09.1958.
[15] Ostdeutsches Kulturgut noch mehr pflegen, in: Westfalenpost vom 20./21. September 1958.
[16] Leserbrief von Paul Leuschner, in: Westfalenpost vom 20./21.09.1958.

handelte es sich jedoch nicht mehr um vereinzelte „Kundgebungen", sondern um institutionalisierte und jährlich stattfindende Gedenk- und Feiertage. Eine Sonderstellung hatten dabei vor allem der „Tag der Deutschen Einheit" und der „Tag der Heimat". Sie standen exemplarisch für einen Umbruch zum Ende der 1950er Jahre. Immer häufiger kamen Initiativen für die Kulturarbeit bzw. die Erinnerungskultur nun von außerhalb der Region und wurden von den Akteuren im Siegerland lediglich umgesetzt. Dies sicherte ihnen eine beträchtliche finanzielle, materielle und ideelle Unterstützung und sorgte für öffentliche Aufmerksamkeit für die Zwangsmigrant*innen. Passend dazu beschrieb Robert Ruddies den „Tag der Deutschen Einheit" als „Gelegenheit zu deren Sichtbarmachung"[17]. Zu einem Fixpunkt der regionalen Erinnerungskultur wurde jedoch der „Tag der Heimat". Ursprünglich ein auf die Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen" zurückgehender heimatpolitischer Gedenktag, entwickelte er sich in den späten 1950er Jahren zu einer gesamtgesellschaftlichen Veranstaltung und wurde bundesweit gefeiert.[18] 1958 fand er dezentral in den unterschiedlichen Orten des Kreises Siegen statt. Die Gemeinden Salchendorf, Hilchenbach, Ferndorf, Eisern und Wilnsdorf richteten jeweils eigene Gedenk- und Feierstunden aus, während sich die Verwaltungen der Ämter Weidenau, Eiserfeld und Netphen der Großveranstaltung in Siegen anschlossen.[19] Flankiert wurde letztere unter anderem von einem großen „Heimatabend mit Tanz" in der städtischen Nordhalle und der temporären Ausstellung „Heimat im Osten" im Siegerlandmuseum, die weiter unten analysiert wird.[20]

Trotz seines oberflächlich gesehen ähnlichen Programms unterschied sich der „Tag der Heimat" stark von der ersten Veranstaltungsreihe der Kreis-IG im Jahr 1949. Anders als neun Jahre zuvor plante und koordinierte nun eine breit aufgestellte, vom Kreiskulturbeauftragten geleitete Arbeitsgemeinschaft die unterschiedlichen Veranstaltungen. Neben den regionalen Zusammenschlüssen der Zwangsmigrant*innen wirkten auch alteingesessene Organisationen wie der Deutsche Heimatbund sowie Heimat-, Wander- und Naturschutzvereine mit.[21] Das Leitwort „Heimat verpflichtet" richtete sich dementsprechend an die gesamte Bevölkerung. Robert Ruddies sah darin auch eine Aufforderung an die alteingesessenen Siegerländer, sich bewusst zu machen und wertzuschätzen, dass sie im Gegensatz zu den Vertriebenen ihre „angestammte Heimat […] als lebendige Tatsache, als realen Besitz tagtäglich um sich"[22] hatten.

[17] Kulturarbeit sammelt die Kräfte eines Volkes, in: Siegener Zeitung vom 4.06.1958.
[18] Vgl. Stephan Scholz: Gedenktage, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Stand 01.12.2020), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32880 (Stand: 16.07.2024).
[19] Vgl. „Vertriebene haben ihr Schicksal in der Hand", in: Siegener Zeitung vom 6.09.1958.
[20] Vgl. ebd.
[21] Vgl. Tag der Heimat" im Siegerland… das edelste Gut auf Erden, in: Westfälische Rundschau vom 6.09.1958.
[22] Ebd.

Die Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Siegen

Die größte Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ im Siegerland fand am 14. September in der „Bühne der Stadt Siegen“ statt. Für das Programm der Feier war Wilhelm Menzel verantwortlich, der 1949 noch selbst als Redner in der Nordhalle und im Apollo-Theater aufgetreten war. Siegens Oberbürgermeister Erich Pachnicke (SPD) erschien als Ehrengast, verzichtete jedoch ebenfalls auf einen Auftritt. Stattdessen begrüßte Lothar Irle das Publikum. Der ehemalige Lehrer und Dozent für „Volkskunde“ war nach 1945 aufgrund seiner NS-Vergangenheit aus dem Dienst entlassen worden, ungeachtet dessen jedoch als Heimatforscher bekannt und angesehen.[23] Er galt als „Ur-Siegerländer“[24] und war somit dafür prädestiniert, im Namen der alteingesessenen Bevölkerung auf dem „Tag der Heimat“ zu sprechen. Irles wohl dokumentierte völkische und antisemitische Gesinnung trat in seiner Rede nicht zutage. Stattdessen begnügte er sich mit allgemeinen Überlegungen zum „Heimatbegriff“. Er führte aus, dieser sei „einstmals allzu stark von Sattheit und Lokalpatriotismus geprägt“ gewesen, jedoch „inzwischen freier und größer geworden“[25]. Damit sprach er vor allem die Vertriebenen an, die nach allgemeinem Verständnis im Siegerland eine „neue“ oder „zweite Heimat“ gefunden hatten. Irle schloss seine Begrüßung mit einem Zitat Jung-Stillings: „Selig sind, die das Heimweh haben, denn sie sollen nach Hause kommen“. Es stammte aus dem zwischen 1794 und 1796 in vier Bänden erschienen Roman „Das Heimweh“. Der im Siegerland geborene und pietistisch geprägte Jung deutete das irdische Leben eines jeden christlichen Menschen darin als Pilgerreise, die letztlich in die ewige Heimat, nämlich das Jenseits, führe. Als „Heimweh“ begriff er den Wunsch und das Versprechen, durch einen gottgefälligen Lebenswandel letztlich in den Himmel zu kommen.[26] Von Irle anlässlich des „Tags der Heimat“ zitiert, ließ der Sinnspruch zwei gegensätzliche Deutungen zu. Vordergründig konnte er als Aufforderung an die Vertriebenen verstanden werden, die Hoffnung nicht aufzugeben, in die alte Heimat zurückkehren zu können. Diejenigen im Publikum, die mit Jungs Werk vertraut waren, mussten ihn dagegen so verstehen, dass sie sich stattdessen auf ihren Glauben konzentrieren und nach der einzig wahren Heimat bei Gott streben sollten. Hatten die Vertreter der Aufnahmegesellschaft sich bislang, beispielsweise bei der Veranstaltungsreihe 1949, stets zu den heimatpolitischen Zielen der Vertriebenen bekannt, so ging Irle hier auf Distanz und äußerte sich bewusst uneindeutig.

---

[23] Irle wurde spätestens 1931 Mitglied der NSDAP und trat vor 1933 in die SA ein. Er war offen antisemitisch und machte Karriere im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund. Unter anderem veröffentlichte er Broschüren zur Familienkunde, die Kindern die Rassen-Ideologie erklären sollten. Vgl. Ulrich Opfermann: „Wie trefflich ließe sich diese für Erbkranke ausgeworfene Summe gebrauchen“. Aspekte aussondernder Sozialpolitik im Nationalsozialismus am Beispiel Siegerland-Wittgenstein, in: Siegener Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte 7 (2002), S. 105–170.

[24] Vgl. Rainer S. Elkar: Die Memoria des Dr. Lothar Irle. Ein Beitrag zur Geschichte eines „Ur-Siegerländers“; in: Siegener Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte 18 (2013), S. 217–233.

[25] Selig sind, die das Heimweh haben… Besinnliche Feierstunde zum Tag der Heimat in Siegen, in: Siegener Zeitung vom 15.09.1958.

[26] Vgl. Otto W. Hahn: Das „Heimweh“ von Jung-Stilling, in: Michael Frost (Hg.): Blicke auf Jung-Stilling. Festschrift zum 60. Geburtstag von Gerhard Merk, Kreuztal 1991, S. 115-134.

Nach einigen Musik- und Gedichtbeiträgen folgte der Höhepunkt der Veranstaltung, ein Festvortrag des Historikers Richard Breyer vom „Johann Gottfried Herder-Institut“ in Marburg. Breyer ging ebenfalls auf das Heimatverständnis der Vertriebenen ein und ermahnte diese, ihr Verhältnis zur alten Heimat und zu Polen zu überdenken. Er forderte, „sich auch mit den Tatsachen, die in den vergangenen 13 Jahren entstanden sind, […] auseinanderzusetzen“, anstatt „die Heimat nur in der Verklärung der Vergangenheit zu lieben“[27]. Insbesondere beklagte er „die Verwandlung des ostdeutschen Landes“ seit der Zwangsumsiedlung. Unter der polnischen Herrschaft seien „Bolschewismus und seelischer Verfall“ sowie ein „Absturz auf dem Gebiete der Landwirtschaft“ eingetreten. Bei aller Kritik am polnischen Staat trat Breyer jedoch für die neuen Bewohner*innen der ehemals deutschen Provinzen ein und riskierte damit, das Publikum zu brüskieren: „Die Polen, die heute alte deutsche Ostgebiete besiedeln, sind selbst zum großen Teil Flüchtlinge aus Wolhynien und der Gegend um Lemberg; sie sind in gewissem Sinne Leidensgefährten der Deutschen, die ihre ostdeutsche Heimat verlassen mußten.“ Abschließend ging Breyer auf die Situation der von „Flucht und Vertreibung“ verschonten Deutschen in Polen ein, für die mittlerweile die „Heimat zur Hölle“ geworden sei: „Und so widerspruchsvoll das klingt: sie wollen in die deutsche Heimat nach Westdeutschland ‚heimkehren‘, während die Heimatvertriebenen der 40er Jahre sehnsuchtsvoll ihrer ostdeutschen Heimat gedenken.“ Breyer betrachtete die Aussiedlung der Deutschen aus Polen als Zäsur für die deutsche Ost- bzw. Heimatpolitik: „Ein Kapitel deutscher Ostgeschichte geht mit diesen letzten Heimkehrern zu Ende, ob ein neues beginnt, liegt an uns“. Zwar forderte auch er weiterhin, den „Zustand, der zum drei geteilten Deutschland führte […] zu überwinden“[28], seine Rede war jedoch auch als Kritik an den Vertriebenen zu verstehen, die sich ausschließlich auf den eigenen Verlust konzentrierten. Diesem stellte er das Schicksal der polnischen Bevölkerung und der Spätaussiedler gegenüber und setzte sich für ein verändertes Heimatverständnis ein.

Ob der Organisator Wilhelm Menzel von der durchaus brisanten Rede überrascht wurde, bleibt unklar. Über die Reaktion des Publikums ist ebenfalls nichts bekannt. Die Siegener Zeitung betonte lediglich die positive emotionale Wirkung der „gehaltvolle[n] Feierstunde“, die „alles das, was unter dem Motto ‚Heimat verpflichtet‘ zu entfalten war: Erinnerung, Stolz, Wehmut, Dankbarkeit, Anerkennung, Hoffnung“[29] geweckt habe. Insgesamt blieb der „Tag der Heimat“ eine eindeutig politische Veranstaltung, gewann durch den Festvortrag jedoch ein unerwartet kritisches Moment.

[27] Selig sind, die das Heimweh haben…, in: Siegener Zeitung vom 15.09.1958.
[28] Ebd.
[29] Ebd.

Die Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Salchendorf

Die zweite Großveranstaltung zum „Tag der Heimat“ fand in Salchendorf statt. Der als „Festnachmittag und -abend“[30] angekündigten Feier in der dortigen Kulturhalle wohnten laut der Siegener Zeitung „Hunderte von Einheimischen und Vertriebenen“[31] bei. Nach einem Gedichtvortrag begrüßten der Bürgermeister des Amtes Burbach und der Vorsitzende des dortigen Amtsvertriebenenbeirates Vogel die Anwesenden. Die Schirmherrschaft hatte der Landrat des Kreises Siegen Hermann Schmidt (SPD) übernommen. Der Wilnsdorfer Amtsbürgermeister Heinrich Adolf Müller sowie die Amtsdirektoren von Wilnsdorf und Burbach waren als Ehrengäste erschienen. Nach den Grußworten gedachten die Versammelten der Todesopfer von Krieg, „Flucht und Vertreibung“ sowie der „in Mitteldeutschland lebenden Brüder und Schwestern“.

Unter den folgenden Auftritten stach der des Landrats besonders hervor. In seiner Ansprache griff Hermann Schmidt (SPD) zunächst die seit den frühen Vertriebenenkundgebungen im Siegerland etablierten Positionen auf. So bezeichnete er den „Tag der Heimat“ als „Mahnung an die ganze Welt“ und appellierte an alle Anwesenden: „Wir dürfen die Hoffnung nicht sinken lassen, daß wir in friedvoller Zeit eine Wiedervereinigung mit unseren mittel- und ostdeutschen Gebieten erleben“[32]. Den Höhepunkt seines Auftritts bildete die symbolische Weihe einer „Fahne mit den schlesischen Landesfarben“. Schmidt berührte die neue Fahne mit einer Fahne des Männergesangvereins Salchendorf und verkündete dabei: „Ich weihe diese Fahne und hoffe, daß sie bald dort heimisch wird, wo ihre Heimat ist.“ Anschließend schmückten junge Mädchen aus den verschiedenen Landsmannschaftsgruppen die schlesische Fahne mit Schleifen in den Farben der jeweiligen „ostdeutschen“ Provinzen und brachten an der Fahne des Männergesangvereins ein schlesisches Wappen an. Die Salchendorfer Akteure adaptierten hier ein zentrales Ritual der in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts aufkommenden bürgerlichen Fest- und Vereinskultur. Ab der Jahrhundertmitte gründeten sich zahllose Vereine, die häufig auch eine eigene Fahne führten. Deren Farben, Aufschriften und bildliche Darstellungen verwiesen auf den Vereinszweck sowie die gemeinsame Identität der Mitglieder.[33] Die Weihe diente als symbolisches „Geburtsfest“[34] und schwor den Verein auf die gemeinsamen Ziele ein. Die Verzierung der Fahne mit Schleifen sowie dem schlesischen Wappen beispielsweise folgte dem Brauch, zur Weihe Fahnenbänder anzubringen oder Nägel in den Schaft zu schlagen. Diese symbolische Handlung wurde nicht zufällig von jungen

[30] Appelle am Tag der Heimat: Nicht vergessen und tätig sein! Gesamtdeutsche Verpflichtungen erfordern stetes Bemühen / Große Feiern, in: Siegerländer Rundschau vom 15.09.1958.
[31] „Die Liebe zur Heimat muß jetzt Tat werden“, in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.
[32] Ebd.
[33] Vgl. Jutta Zander-Seidel: „In Freud und Leid zum Lied bereit“: Fahnen in der Vereins- und Festkultur des 19. Jahrhunderts, in: Roland Prügel (Hg.): Geburt der Massenkultur: Beiträge der Tagung des WGL-Forschungsprojekts „Wege in die Moderne. Weltausstellungen, Medien und Musik im 19. Jahrhundert“ im Germanischen Nationalmuseum vom 8.-10.11.2012. (Wissenschaftliche Beibände zum Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums, Bd. 35), Nürnberg 2014, S. 143-157, hier S. 146f.
[34] Ebd., S. 146.

Mädchen vollzogen. Schon bei den historischen patriotischen Fahnenweihen hatten die Frauen und Töchter der Vereinsmitglieder eine wichtige Rolle gespielt. Während die erwachsenen Frauen die Fahnen herstellten und bestickten, bezeugten die Mädchen als sogenannte Ehrenjungfrauen die Weihe. Ihre Weiblichkeit wurde mit der Ehre des Vereins und der Nation verknüpft, die dadurch umso schützenswerter erschien.[35] Beim „Tag der Heimat" versinnbildlichten die Mädchen die Unschuld des deutschen Volkes und insbesondere der Vertriebenen. Als Kinder und zukünftige Mütter repräsentierten sie darüber hinaus die Zukunft der „Deutschen Heimat im Osten". Die geweihte Fahne sollte, so Schmidt, durch das Ritual ein „sichtbares Symbol des schicksalhaften Zusammenstehens von einheimischer und heimatvertriebener Bevölkerung im Siegerland"[36] werden. Indem der Landrat die schlesische Fahne weihte und umgekehrt das schlesische Wappen einen Platz auf der Fahne des Männergesangsvereins Salchendorf erhielt, wurden die Zwangsmigrant*innen symbolisch in die regionale Gesellschaft integriert.[37] Beide Seiten gingen jedoch weiterhin von einem vorübergehenden Zustand bis zur Rückkehr der Vertriebenen in ihre „alte Heimat" aus. Wenngleich der „Tag der Heimat" nicht der Geburt eines Vereins und seiner Fahne galt, entsprach die Weihe doch weitgehend dem historischen Vorbild. Sie war sorgfältig inszeniert und hinterließ insbesondere bei den berichterstattenden Zeitungen einen starken Eindruck. Die Fahne selbst als das zentrale Objekt spielte aber für die regionale Erinnerungskultur weiter keine wichtige Rolle.

Die zweite Besonderheit der Feier in Salchendorf war der Auftritt eines Missionars. Dieser mahnte, über das Streben nach der alten Heimat und der Wiedervereinigung nicht den Glauben zu vernachlässigen: „Wir dürfen die Heimat nicht vergessen, aber auch unseren Gott nicht. Wir wollen an ihn glauben in Festigkeit und Treue, und unser Vertrauen in ihn setzen, auch wenn es sich um die Wiedervereinigung handle."[38] In seiner Predigt berief er sich auf Vers 49 aus dem Jesajabuch des Alten Testaments, der von Gottes Auftrag berichtet, das Volk Israel aus Babylon zurück in seine Heimat zu führen[39], und konstruierte eine Parallele zu den Vertriebenen. So wie das verschleppte jüdische Volk, das letztendlich mit Unterstützung des Perserkönigs Kyros nach Jerusalem zurückgekehrt sei und

[35] Vgl. Kathrin Hoffmann-Curtius: Altäre des Vaterlandes – Zur Genese eines neuen Typs von Kriegerdenkmälern in der Weimarer Republik, in: Visible Religion VII (1990), S.142-171, hier S. 149f.

[36] Appelle am Tag der Heimat, in: Siegerländer Rundschau vom 15.09.1958.

[37] Feste, Feiern und Rituale vermögen soziale Rollen und Ungleichheiten vorübergehend aufzuheben oder umzukehren. Vgl. Rüdiger Voigt: Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: Ders. (Hg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989, S. 9-37; Stephan Hotz: Mit Ritualen Grenzen ziehen und überwinden, in: Claus Ambos/Ders./Gerald Schwedler/Stefan Weinfurter (Hg.): Die Welt der Rituale. Von der Antike bis heute, 2. Aufl., Darmstadt 2006, S. 129-132.

[38] „Die Liebe zur Heimat muß jetzt Tat werden", in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.

[39] Die sogenannten „Gottesknechtslieder" aus dem Jesajabuch sind der „Heilsprophetie" zuzurechnen. Darin kündigt ein unbekannter Knecht (*Ebed Jahwe*) an, Israel „wiederaufzurichten und heimzuführen", Vgl. Werner H. Schmidt: Einführung in das Alte Testament, 5. erw. Aufl., Berlin/New York 1995, S. 214, 265, 269; Konrad Schmid: Literaturgeschichte des Alten Testaments: Eine Einführung, Darmstadt 2014, S. 164-166, 194f.

die zerstörte Stadt wiederaufgebaut habe, sollten auch diese darauf vertrauen, dass Gott ihnen die verlorene Heimat wiedergeben werde.
Insgesamt unterschied sich der „Tag der Heimat" in Salchendorf deutlich von den etablierten Feierstunden und Heimatabenden sowie der Veranstaltung in Siegen. Folgte Hermann Schmidts Rede noch den Konventionen der Vertriebenenkundgebungen und -feiern, so wich die Fahnenweihe bewusst davon ab. Sie war der eindeutige Höhepunkt der Feier und machte die Eingliederung der Vertriebenen symbolisch und sinnlich erfahrbar. Ästhetische Elemente spielten auch über die Fahnenweihe hinaus eine wichtige Rolle. Zwischen den einzelnen Redebeiträgen war immer wieder Musik eingestreut. Der Männergesangverein Salchendorf trug verschiedene Stücke vor, doch auch alle Anwesenden sangen gemeinsam. Volkslieder wie das bereits in der Vorkriegszeit unter den deutschen Minderheiten im Ausland beliebte „Im schönsten Wiesengrunde", aber auch das Deutschlandlied stellten ein kollektives Bekenntnis zur alten Heimat sowie zur gemeinsamen nationalen Identität dar. Das religiöse Element trat in besonderer Weise hervor, indem der übliche vorgelagerte Vertriebenengottesdienst entfiel und stattdessen die Predigt des Missionars in das Programm integriert wurde. Unterhaltung und Geselligkeit rückten demgegenüber in den Hintergrund. Zwar gehörten auch ein Theaterstück – eine Schauspieler*innengruppe aus Iserlohn führte die Komödie „Jan der Wunderbare" von Friedrich Kayssler auf – und ein abendliches „gemütliches Beisammensein"[40] zum Programm, waren jedoch nicht mehr Teil des eigentlichen Festaktes. Die regionalen Zeitungen nahmen die Veranstaltung in Salchendorf ebenfalls als eindrucksvoll wahr. So kommentierte die Siegerländer Rundschau, die Feier sei „durch die Weihe einer Schlesierfahne zu einem über den Tag hinaus bemerkenswerten Ereignis"[41] geworden. Die Siegener Zeitung schrieb von einer „überzeugenden Manifestation für den Heimatgedanken" und bewertete sie als „machtvolles Bekenntnis zur deutschen Einheit"[42].
Während Großveranstaltungen zur „Sichtbarmachung" der Vertriebenen wie der „Tag der Heimat" in der öffentlichen Wahrnehmung in den Vordergrund rückten, entwickelten sich die Heimatabende endgültig zu Exklusivveranstaltungen der Vertriebenen. Parallel zur aufkommenden Kulturarbeit in den 1950er Jahren wurden sie dabei zunehmend formalisiert. Der Kreiskulturausschuss für Ostvertriebene und Flüchtlinge entwickelte Hinweise zur einheitlichen Gestaltung.[43]

Die „Ausstellung „Heimat im Osten"

Zeitgleich mit dem „Tag der Heimat" begann die zweite „ostdeutsche" Ausstellung im Siegerland mit dem Titel „Heimat im Osten". Die Voraussetzungen hatten sich seit 1949

[40] „Die Liebe zur Heimat muß jetzt Tat werden", in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.
[41] Appelle am Tag der Heimat, in: Siegerländer Rundschau vom 15.09.1958.
[42] „Die Liebe zur Heimat muß jetzt Tat werden", in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.
[43] Vgl. Tag der Heimat" im Siegerland… das edelste Gut auf Erden, in: Westfälische Rundschau vom 6.09.1958.

entscheidend verbessert. Die junge Bundesrepublik hatte durch ihre Gesetzgebung dauerhafte gesellschaftliche und rechtliche Grundlagen für die Zwangsmigrantinnen und Zwangsmigranten geschaffen. Die regionalen Akteure waren strikter organisiert und vernetzt, hatten die Kooperation untereinander sowie mit Politik und Verwaltung erprobt und konnten mittlerweile auf vielfältige Erfahrungen mit unterschiedlichen Formaten der Kulturarbeit zurückgreifen. Neben der Siegerländer Exposition vom Juni 1949 war vor allem die erste bundesweit rezipierte Wanderausstellung mit dem Titel „Deutsche Heimat im Osten" ein bedeutsamer Schritt in diese Richtung.[44] Im Folgenden werden die Siegener Schau von 1958 und ihre Bedeutung für die regionale Erinnerungskultur vor dem Hintergrund des „Tags der Heimat" untersucht.

Trotz des nahezu identischen Namens unterschied sich „Heimat im Osten" deutlich von der beinahe namensgleichen Berliner Exposition sowie ihrer Siegener Vorgängerin. Sie wurde nicht von der gesamten Kreis-IG, sondern lediglich von drei „Volksgruppen" unter den Vertriebenen, nämlich den Schlesiern sowie den Ost- und Westpreußen, organisiert und war zwei Wochen lang zu sehen. Die Wahl des Ausstellungsortes fiel abermals auf das Siegerlandmuseum. Anders als noch 1949 erhielt die Schau jedoch keinen repräsentativen Standort, sondern wurde in zwei wenig geeigneten Durchgangsräumen im Fachwerkteil des Gebäudes platziert, die sonst als Besprechungszimmer oder zur Pflege der Museumsbestände dienten.[45] „Der Kultur, dem Brauchtum und der Geschichte"[46] dieser drei Landsmannschaften bzw. Regionen war jeweils ein eigener Ausstellungsbereich gewidmet, in dem ausschließlich Objekte mit spezifisch regionalem Bezug oder Herkunft gezeigt wurden. Nachdem man 1949 noch ergänzend auf Stücke aus der Sammlung des Siegerlandmuseums hatte zurückgreifen müssen, stammten die Ausstellungsgegenstände nun sämtlich aus dem Privatbesitz der Vertriebenen.[47] Das Ausstellungskonzept folgte damit dem landsmannschaftlichen Gedanken und der Auffassung unterschiedlicher „Volksgruppenidentitäten". Der ost- und westpreußische Teil sprachen mit ihren Exponaten vor allem das ästhetische Empfinden an. Gemälde und Fotografien stellten Landschaften, Städte und die Tierwelt der Regionen dar. Hinzu kamen Bernsteinschmuck und Majolikaplastiken. „Raritäten ostpreußischer Literatur"[48] – möglicherweise handelte es sich um das bereits 1949 gezeigte „Schriftgut" – und eine Sammlung von Briefmarken vervollständigten den Bereich.

Größere Aufmerksamkeit weckten die Objekte aus Schlesien. Das mit Abstand wertvollste darunter war ein frühneuzeitlicher Abendmahlskelch aus der evangelischen Kirche in Giehren im Isergebirge, den ein Zwangsmigrant „vor der Vertreibung sichergestellt

[44] Vgl. Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, S. 100.
[45] Vgl. Gutachten des Direktors des Siegerlandmuseums Wilhelm Güthling vom 15.10.1958, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[46] Auf der Suche nach der verlorenen Heimat. Ostdeutsche Bestandsaufnahme im Oberen Schloß – Schau des Erinnerns, in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.
[47] Obwohl es den Quellen nicht eindeutig zu entnehmen ist, wurden vermutlich Exponate aus der Schau von 1949 wiederverwendet, jedoch anders inszeniert.
[48] Auf der Suche nach der verlorenen Heimat, in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.

und dann im Fluchtgepäck ins Siegerland gerettet“[49] hatte. Während er bei Vertriebenengottesdiensten nach wie vor als liturgisches Gerät genutzt wurde, diente er in der Ausstellung vor allem als Beweis für den Wohlstand, die Kunstfertigkeit und die jahrhundertelange Geschichte des „Deutschen Ostens“. Die Bedeutung der einfacheren Objekte aus „der kärglich geretteten Habe“[50] der Flüchtlinge und Vertriebenen wie Briefmarken, Bücher und Trachten indes lag nicht primär in ihrem materiellen oder künstlerischen Wert. Sie wurden mit Bedeutung aufgeladen und damit zu Semiophoren, also Zeichenträgern für die verlorenen Lebenszusammenhänge, denen sie entstammten.[51] Besonders deutlich wird dies anhand des Bildes eines ehemaligen Wohnhauses in Bad Warmbrunn im Isergebirge und der dazugehörigen Schlüssel, die dessen ehemalige Bewohner*innen zur Verfügung gestellt hatten. Als einziges Objektpaar mit direktem Bezug zur Zwangsmigration in der ansonsten kunst- und kulturgeschichtlich ausgerichteten „Bestandsaufnahme“ regte es die Vorstellungskraft der Besucher*innen besonders an und wurde als „hilflose Anklage, die unter die Haut und an die Herzen geht“[52] gedeutet. Die Siegerländer Rundschau schloss sich dieser Interpretation an: „Das kleinste und unscheinbarste Stück ist zugleich auch das erschütterndste Andenken […] Hier ist die kalte Willkür spürbar. Hier wird unser nationales Unglück in herzbeklemmender Weise deutlich, und hier steht das internationale Unrecht unter Anklage.“[53] Damit erhielt die Ausstellung, anders als ihre Vorgängerin von 1949, die noch vor allem den Reichtum und die Schönheit des gesamten „Deutschen Ostens“ sowie die Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung dargestellt und sich dabei lose an den traditionellen Kunst- und Gewerbeausstellungen orientiert hatte, eine explizite moralische, (heimat-)politische Dimension.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Schau war es, die alteingesessene Bevölkerung in Kontakt mit ihren „ostdeutschen Landsleuten“[54] zu bringen und Verständnis für deren Schicksal zu wecken. Einerseits war das Siegerlandmuseum dafür als wichtige Institution der regionalen Erinnerungskultur prädestiniert, andererseits war die Ausstellung durch die gewählten Räumlichkeiten denkbar ungeeignet als Begegnungs- und Besinnungsort. Zudem wurde zugunsten der zeitgleich in der Region stattfindenden weiteren Gedenkveranstaltungen auf eine eigenständige Eröffnungsfeier verzichtet, so dass eine Zielsetzung und Einstimmung des Publikums zum Auftakt fehlten. Dennoch wertete die Presse die Ausstellung als Erfolg.[55] Die Siegener Zeitung lobte sie als „Schau des Erinnerns und

[49] Unter dem Krönchen. Kelch mit wechselvollem Schicksal, in: Siegerländer Rundschau vom 17. September 1958.
[50] Auf der Suche nach der verlorenen Heimat, in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.
[51] Der Begriff entstammt Krzysztof Pomians semiotischer Museumstheorie. Vgl. Krzysztof Pomian: Der Ursprung des Museums. Vom Sammeln, Berlin 1988.
[52] Auf der Suche nach der verlorenen Heimat, in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.
[53] Erschütterndes Schicksalsgleichnis. Schlüssel unter Hausbild bewahren Anspruch. Eindrucksvolle Ost-Heimatausstellung im Museum gut besucht, in: Siegerländer Rundschau vom 16.09.1958.
[54] Ebd.
[55] Lediglich die Siegener Zeitung kündigte die Ausstellung tags zuvor auf der Titelseite an. Vgl. Siegener Zeitung vom 13.09.1958.

der Erinnerung, durchweht von stiller Trauer und heimlicher Wehmut, kostbare Reminiszenz der unvergänglichen und unvergessenen Heimat“[56], während die Siegerländer Rundschau eine „starke Anziehungskraft“[57] auf das Siegerländer Publikum hervorhob.

Der „Tag der Heimat“ und die Ausstellung „Heimat im Osten“ als Wendepunkt

Nach der Veranstaltungsreihe 1949 positionierten sich die Vertriebenen im Siegerland mit dem „Tag der Heimat“ und der Ausstellung „Heimat im Osten“ erneut deutlich und unübersehbar in der Öffentlichkeit.

Die Voraussetzungen für diese Veranstaltungen hatten sich jedoch nachhaltig gewandelt. Zum einen war das Netzwerk der Vertriebenenorganisationen in der Region gewachsen und größtenteils konsolidiert, zum anderen wurde die Kulturarbeit der Vertriebenen durch den § 96 BVFG institutionalisiert und staatlich gestützt. Nachdem die „Bunten Abende“ und gemeinsamen „Heimatabende“ der späten 1940er und frühen 1950er Jahre sich zu Exklusivveranstaltungen der Zwangsmigrant*innen gewandelt hatten, gelang es mit dem zentral ausgerichteten „Tag der Heimat“ wieder, breite Teile der Gesellschaft zu mobilisieren. Die meisten Vereine allerdings unterstützten diesen lediglich ideell, wohingegen der MGV Salchendorf sich aktiv beteiligte.

Der Vergleich der Feiern in Siegen und Salchendorf offenbart, wie unterschiedlich die regionalen Akteure den Gedenktag begingen. In Siegen stand das sich wandelnde Verhältnis zur alten Heimat im Zentrum. Lothar Irles Rede signalisierte, dass die bisherigen heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenen nicht mehr rückhaltlos unterstützt wurden. Richard Breyer forderte zudem, sich nüchtern mit der politischen Situation gegenüber Polen auseinanderzusetzen und machte erstmals auf die Lage der „Heimatverbliebenen“ in den ehemaligen deutschen Gebieten aufmerksam. Die Feier in Salchendorf galt vor allem der Eingliederung der Zwangsmigrant*innen. Mit der Fahnenweihe wurde diese symbolisch vollzogen und ästhetisch ausgestaltet. Hinzu kam mit dem Auftritt des Missionars ein explizit religiöses Element.

Die Ausstellung „Heimat im Osten“ und der „Tag der Heimat“ ergänzten und verstärkten einander in ihrer Wirkung. Gegenüber ihrer Vorgängerin von 1949 markierte die Schau einen Fortschritt. Die gemeinschaftsbildenden, ästhetischen und heimatpolitischen Elemente der frühen Vertriebenenkundgebungen gingen damit in eine potenziell dauerhafte Form der kollektiven Erinnerung über, die primär an die „alte Heimat“ erinnern sowie die heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenen untermauern und wachhalten sollten. In der einige Jahre später im Siegerlandmuseum eingerichteten „Heimatstube für ostdeutsches Kulturgut“ wirkte der sich hier gestalterisch wie inhaltlich herausbildende neue Ausstellungstyp fort.

[56] Auf der Suche nach der verlorenen Heimat, in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.
[57] Erschütterndes Schicksalsgleichnis, in: Siegerländer Rundschau vom 16.09.1958.

2.4 Die „Heimatstube für ostdeutsches Kulturgut“ in Siegen

Ende 1959 wurde zunächst in Burbach und rund drei Jahre später auch in Siegen eine „ostdeutsche“ Heimatstube eröffnet. Es handelte sich um die ersten dauerhaften Einrichtungen der Vertriebenen im Siegerland. Während erstere jedoch vor allem vom örtlichen Vertriebenenbeirat und BdV-Ortsverband wahrgenommen und genutzt wurden, war zweitere ein gesamtgesellschaftliches Projekt und stand auf Jahrzehnte im Zentrum der Kulturarbeit in der Region. Aufgrund ihrer ungleich größeren Bedeutung für die regionale Erinnerungskultur sowie der wesentlich besseren Quellenlage beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auf die Siegener Heimatstube. Im Folgenden geht es um ihre Entstehung, Nutzung und Umgestaltung in den ersten Jahren ihres Bestehens bis 1965. Die ergiebigsten Quellen hierzu sind die Akten des zuständigen städtischen Kulturamtes. Hinzu kommen eine 1964 vom Landesarbeits- und Sozialministerium herausgegebene schriftliche Dokumentation sowie die zeitgenössische Presseberichterstattung.

Die Initiative des Vertriebenenbeirates

Die ersten „ostdeutschen“ Heimatstuben entstanden im Kontext von Patenschaften mit Städten oder Gebieten in den Herkunftsgebieten der Vertriebenen.[1] Vorreiter waren Duisburg und Hohenlimburg. Die Patenstädte von Königsberg bzw. dem Riesengebirge richteten 1951 und 1952 als Ausdruck der Fürsorge für die Zwangsmigrant*innen jeweils eine Heimatstube ein. Bald darauf folgten in Neheim-Hüsten (1954) und Gronau (1955) die ersten von Patenschaften unabhängigen Gründungen.[2] Zeitgenössisch wurden sie als Nachfolgerinnen dörflicher Versammlungsorte in der alten Heimat verstanden. Alfons Perlick von der 1952 eingerichteten „Ostdeutschen Forschungsstelle im Lande Nordrhein-Westfalen“ an der Pädagogischen Akademie Dortmund verwies etwa auf die mit Erinnerungsstücken angefüllten Wohn- und Gasträume in Wirtschaften sowie Privathäusern, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas existiert hatten.[3]

Die Heimatstuben im Siegerland entstanden zunächst unabhängig von Patenschaften bzw. der übergeordneten Kulturarbeit nach § 96 BVFG. In beiden Fällen ging die Initiative vom örtlichen Vertriebenenbeirat aus. In Siegen begannen die Planungen für eine „Ostdeutsche Heimatstube“ nur wenige Monate später als in Burbach. Es sollte allerdings über vier Jahre dauern, ehe sie umgesetzt werden konnten. Den „direkten Anstoß“[4] gab

---

[1] Cornelia Eisler: Die „verlorene Heimat im Osten“ in den Heimatstuben der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 125-139, hier S. 127.

[2] Vgl. Alfons Perlick: Ostdeutsche Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen. Geschichte dieser Bestrebungen als Einführung, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die Ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen. Geschichte. Aufgaben. Berichte (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Bd. 48), Troisdorf 1964, S. 9-16, hier S. 11f.

[3] Vgl. ebd., S. 10.

[4] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am Donnerstag, dem 16. März 1972, Stadtarchiv Siegen, E 3239/022.

die kurz zuvor beendete Ausstellung „Heimat im Osten". Anders als in Burbach, wo der Beirat seine Pläne zunächst im Alleingang umsetzte, kooperierten die Siegener Akteure von Beginn an eng mit der städtischen Verwaltung. So bat der Beiratsvorsitzende Erich Braune den Siegener Oberstadtdirektor in einem Brief im Oktober 1958, eine Heimatstube für die Zwangsmigrant*innen der Stadt zu errichten.[5] Als Standort war zunächst das Siegerlandmuseum vorgesehen. Nachdem dort 1949 und 1958 bereits die beiden Ausstellungen „Deutsche Kunst – deutsches Gewerbe im Osten" sowie „Heimat im Osten" zu sehen gewesen waren, schien es als Standort einer permanenten Heimatstube prädestiniert. Der Museumsdirektor Wilhelm Güthling lehnte das Vorhaben jedoch zunächst ab. Als Grund führte er in einem schriftlichen Gutachten den akuten Platzmangel im Museum an. „Unter diesen Umständen", so die unmissverständliche Antwort an Braune, „erscheint bei aller Würdigung des zur Rede stehenden Anliegens […] eine dauernde Überlassung von Museumsräumen, wie sie der Antrag wohl doch im Sinne hat, zur Zeit wenigstens nicht durchführbar." Noch schwerer als diese praktischen wogen für Güthling jedoch „museumstechnische Gründe". Seiner Ansicht nach war die Institution als Standort der Heimatstube grundsätzlich unangemessen: „Mir will zudem scheinen, dass bei der Wichtigkeit des Anliegens die Unterbringung der gedachten Erinnerungsstätte in dem abgelegenen und verhältnismäßig wenig besuchten Museum überhaupt nicht die gegebene Lösung ist. Damit würde das so aktuelle und so schwerwiegende Problem der Vertreibung in gewissem Sinne für museumsreif erklärt werden."[6]

Er argumentierte hier zwar aus Sicht der Vertriebenen, vermutlich stand dahinter jedoch die Sorge, dass eine „Erinnerungsstätte"[7] als Ort des Trostes und der Rückbesinnung auf die „alte Heimat" dem professionellen und wissenschaftlichen Anspruch des Museums, welches sich angesichts niedriger Besuchszahlen ohnehin in einem Umbruch befand, nicht gerecht würde. Um die Bedeutung für die Stadt zu erhalten, planten die Verantwortlichen, die Dauerausstellung publikumsnäher umzugestalten. Große Teile der deutschen Museumslandschaft sahen sich zeitgleich vor ähnliche Herausforderungen gestellt und begannen ebenfalls, sich an Stelle ihrer Sammlungen und Objekte stärker auf die sich verändernden Bedürfnisse des Publikums auszurichten.[8] Darüber hinaus fürchtete Güthling vermutlich, durch die Heimatstube vom Vertriebenenbeirat abhängig zu werden. Um diesen Problemen zu entgehen, regte er an, „den gewünschten Raum in dem Gebäude

[5] Das Schreiben selbst ist nicht erhalten, wird jedoch an anderer Stelle erwähnt. Vgl. Schreiben des Vorsitzenden des Vertriebenenbeirates an den Oberstadtdirektor der Stadt Siegen vom 5.04.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

[6] Gutachten des Direktors des Siegerlandmuseums Wilhelm Güthling vom 15.10.1958, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

[7] Ebd.

[8] Vgl. Mario Schulze: Wie die Dinge sprechen lernten. Eine Geschichte des Museumsobjektes 1968–2000, Bielefeld 2017, S. 16f.; Andreas Urban: Rettung der Vergangenheit – Verlust der Gegenwart?! Museumskultur in der Postmoderne, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 70-79, hier S. 74f.

in einer mehr mit der Gegenwart verbundenen Dienststelle“[9] wie einer Schule, einem Jugendheim oder der nach ihrem anstehenden Umzug neu einzurichtenden Stadtbibliothek vorzusehen.

Planung und Einrichtung der Heimatstube

Der zweite Anlauf des Vertriebenenbeirates 1960

Daraufhin geriet das Vorhaben zunächst ins Stocken, während in Burbach ein gutes Jahr später die erste „Ostdeutsche Heimatstube“ des Siegerlandes eröffnete.[10] Im April 1960 unternahm der Vertriebenenbeirat einen zweiten Anlauf. Erneut wandte Braune sich mit seiner Bitte an den Siegener Oberstadtdirektor. Der Anlass war diesmal ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, im Zentrum der Siegener Oberstadt gleich neben dem Rathaus ein „Stadthaus“[11] zu errichten. Nachdem das Museum als Standort vermeintlich ausgeschieden war – dem Schreiben lag Güthlings Gutachten von 1958 bei – wollte Braune die Heimatstube nun dort untergebracht sehen. Hierfür brachte er zwei wesentliche Argumente vor. Einerseits verwies er auf ein Rundschreiben des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers Konrad Grundmann (CDU) vom 23. Februar 1960, das ausdrücklich empfahl, Heimatstuben zur kulturellen Betreuung der Vertriebenen einzurichten. Andererseits deutete er an, die Stadt könne gegenüber dem Landkreis ins Hintertreffen geraten, wo dies bereits im Vorjahr geschehen war.

Nachdem Wilhelm Güthling im Jahr zuvor eine „Erinnerungsstätte“ eindeutig abgewehrt hatte, war in dem erneuten Antrag von einer „Heimatstube für ostdeutsches Kulturgut“ die Rede. Braune hob damit auf die Bestimmungen des § 96 BVFG zur Kulturarbeit ab. Das Kulturpflegeamt lehnte jedoch auch diese zweite Anfrage ab, da die Flächen im zu errichtenden „Haus Seel“[12] anderweitig benötigt wurden. Der Neubau am Kornmarkt sollte als städtische Galerie dienen und darüber hinaus die Stadtbibliothek aufnehmen.[13] Wie das Kulturpflegeamt zugleich jedoch mitteilte, hatte sich der städtische Kulturausschuss in seiner letzten Sitzung „grundsätzlich mit der Errichtung einer Heimatstube einverstanden erklärt und die Bemühungen hierzu begrüßt“[14]. Trotz der einstweiligen Absage war damit der Weg für die Heimatstube geebnet. Eine gute Woche später deutete sich bereits eine Lösung des Raumproblems an. Das Kulturpflegeamt beschloss, das ebenfalls im Oberen Schloss untergebrachte Archiv nach dem Umzug der Stadtbücherei in deren

[9] Gutachten des Direktors des Siegerlandmuseums Wilhelm Güthling vom 15.10.1958, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[10] Vgl. Ostdeutsche Heimatstube eingeweiht. Vertriebene und Einheimische können sich hier näherkommen – Feierliche Eröffnung, in: Siegener Zeitung vom 30.11.1959.
[11] Schreiben des Vorsitzenden des Vertriebenenbeirates an den Oberstadtdirektor der Stadt Siegen vom 5.04.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[12] Der Name ging auf die Künstlerin Anna Seel zurück, die ihr Haus in Siegen der Stadt vererbt hatte, um darin ein Kunstmuseum einzurichten. Das Gebäude in der Löhrstraße wurde jedoch bei dem schweren Luftangriff auf Siegen am 16. Dezember 1944 zerstört.
[13] Vgl. Schreiben des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen an den Vorsitzenden des Vertriebenenbeirates vom 1.09.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[14] Ebd.

Räumlichkeiten unterzubringen und die freiwerdenden Flächen „dem Museum zur Ausstellung von Sammlungsgegenständen wieder zuzuführen."[15] Daraufhin stellte sich zusätzlich zum Kulturausschuss nun auch der Oberstadtdirektor hinter das Vorhaben und drängte in einer Notiz an das Kulturpflegeamt zur Eile: „Es sollte versucht werden, die Einrichtung einer Heimatstube für den ‚Tag der Heimat' im nächsten Jahr vorzusehen."[16] Der Gedenktag bot einen guten Anlass, die Eröffnung feierlich und öffentlichkeitswirksam zu inszenieren. Nun ging alles sehr schnell. Eine Woche später, am 16. September 1960, beschloss der Kulturausschuss, dem Vertriebenenbeirat das „obere Turmzimmer" als Standort der Heimatstube anzubieten.[17] In den benachbarten Räumen bereits ausgestellte „schlesische Glassachen"[18] boten einen Anknüpfungspunkt an die Dauerausstellung. Das Kulturpflegeamt teilte dem Museum die Entscheidung mit. Wilhelm Güthlings grundsätzliche Einwände wurden somit übergangen, seine Kompetenzen als Museumsdirektor erheblich beschnitten. Aus einer am selben Tag verfassten Nachricht des Kulturpflegeamtes an den Vertriebenenbeirat geht das volle Ausmaß des Beschlusses hervor: „Das Museum ist angewiesen worden, den Raum in Ihrem Einvernehmen auszugestalten."[19]

Ausstattung der Heimatstube

Zwar war nun geklärt, wo die Heimatstube untergebracht und von wem sie eingerichtet werden sollte, doch fehlten sowohl Ausstellungsstücke als auch die dafür notwendigen Vitrinen. Finanzielle und materielle Unterstützung suchend wandte Erich Braune sich an das Kulturpflegeamt. Er erkundigte sich, „wann und wo über die noch vorhandenen Mittel der Stadt […] verfügt werden kann" und bat ferner darum, „daß das Museum der Heimatstube Glaskästen, resp. eine Vitriene [sic!] leihweise überläßt, desgl. die Rubin-Gläser Böhmischer Herkunft" [20]. Die Behörde lehnte es jedoch ab, die Heimatstube derart auf Kosten der Stadt und der Dauerausstellung im Siegerlandmuseum auszustatten. Stattdessen verwies sie auf die „Mittel von Düsseldorf"[21]. Das Landesministerium für Arbeit und Soziales förderte die Kulturarbeit nach § 96 BVFG und übernahm für den Fall, dass die regionalen und lokalen Verwaltungen ihren Aufgaben nicht nachkommen konnten, eine

[15] Schreiben des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen an den Oberstadtdirektor vom 9.09.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[16] Notiz des Oberstadtdirektors zum Schreiben des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen vom 13.09.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[17] Vgl. Kommentierter Auszug aus Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses am 16.09.1960 vom 10.10.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[18] Ebd.
[19] Schreiben des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen an den Vertriebenenbeirat vom 10.10.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[20] Schreiben des Vorsitzenden des Vertriebenenbeirates an das Kulturpflegeamt der Stadt Siegen vom 15.11.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[21] Notiz zum Schreiben des Vorsitzenden des Vertriebenenbeirates an das Kulturpflegeamt der Stadt Siegen vom 15.11.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

sog. „Ausfallgarantie für die kulturelle Betreuung der Vertriebenen".[22] Tatsächlich wurden hiervon wenig später die ersten Ausstellungsstücke angeschafft. Es handelte sich um eine Weihnachtspyramide aus dem Erzgebirge für 80 DM sowie vier Käthe Kruse-Puppen im Wert von 290 DM, die mit eigens angefertigten Miniaturtrachten aus den verlorenen Ostgebieten angezogen werden sollten.[23]

Darüber hinaus wollte der Vertriebenenbeirat eine Landkarte erwerben, auf der Österreich, das Sudetenland sowie das Memelland als deutsche Gebiete dargestellt wurden. Diesen Vorschlag jedoch lehnte das Ministerium ab. In einem scharf formulierten Schreiben an Erich Braune machte es „grundsätzliche Bedenken" geltend. In Düsseldorf fürchtete man insbesondere außenpolitische Folgen: „Es ist ganz ausgeschlossen, daß auf einer Karte Deutschlands andere Grenzen als die von 1937 eingezeichnet werden. Auch die Einzeichnung der Grenzen von 1914 durch gestrichelte Linien muß abgelehnt werden. Der bei Einzeichnung solcher Grenzen zutage tretende Anspruch auf Gebiete, die 1937 nicht zu Deutschland gehörten, erschwert nur das Bemühen der verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik um eine Grenzlegung im Osten."[24] Da der Vertriebenenbeirat ohne die Landesmittel keine Objekte anschaffen konnte, kam die Absage einem Verbot gleich. Bislang war dessen symbolische Heimatpolitik stets von der Politik unterstützt worden, musste nun jedoch erstmals zurückstehen. Darüber hinaus, argumentierte der zuständige Mitarbeiter, stellte der Standort im Museum besonders hohe Anforderungen an die Ausstellungsobjekte: „Selbst wenn man berücksichtigt, daß an ein ostdeutsches Heimatmuseum hinsichtlich der Museumswürdigkeit der darin enthaltenen Stücke kein allzu strenger Maßstab angelegt werden sollte, muß doch gesagt werden, daß eine Landkarte auch hier nicht am Platze ist. […] Hingegen könnte eine ostdeutsche Heimatstube, die den Zwecken der Vertriebenenarbeit dient, mit einer in Form und Inhalt vertretbaren Karte geschmückt werden." Hier trafen die unterschiedlichen Erwartungen der Beteiligten aufeinander. Aus Sicht des Vertriebenenbeirats war es selbstverständlich, das Besitzrecht auf die Ostgebiete darzustellen. Das Ministerium hingegen wollte das Niveau und den wissenschaftlichen Anspruch der Kulturarbeit sichern, was sich auch in der Bezeichnung „Heimatmuseum" niederschlug. Ähnlich streng wurden die Trachtenpuppen beurteilt. Mit diesen war die Landesbehörde nur dann einverstanden, „wenn sie echte ostdeutsche Trachten darstellen", also möglichst authentisch gestaltet waren. Die Weihnachtspyramide sowie anderweitig beschaffte Dinge beurteilte der zuständige Mitarbeiter hingegen als „gute Stücke für das ostdeutsche Heimatmuseum". Er bot an, die dafür benötigten Vitrinen zu bezuschussen und forderte Wilhelm Güthling auf, den Beiratsmitgliedern bei ihrem Vorhaben „zur Seite zu stehen".

---

[22] Vgl. Otto Heike: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben, Heimatarchive und Heimatmuseen, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen. Geschichte. Aufgaben. Berichte, S. 17-30, hier S. 24.

[23] Vgl. Rechnung des Geschäfts Mehr am Markt an das Kulturpflegeamt der Stadt Siegen vom 16.12.1960, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

[24] Schreiben des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen an den Vorsitzenden des Vertriebenenbeirates vom 21.03.1961, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

Zunächst stockte das Vorhaben jedoch. Obwohl sich nun auch das Ministerium hinter den Vertriebenenbeirat gestellt hatte, versuchte Güthling im August 1961 erneut, den Standort im Museum zu beeinflussen. Wissend, dass grundsätzliche Kritik an den Plänen des Vertriebenenbeirats mittlerweile zwecklos war, argumentierte er in einem Schreiben an den Oberstadtdirektor pragmatisch mit dem Platzmangel im Museum und warnte, durch die veränderte Raumaufteilung werde für die Besucher*innen „der so wünschenswerte Rundgang unterbrochen“[25]. Davon offenbar unbeeindruckt lehnte der Oberstadtdirektor Güthlings Vorschlag, die Heimatstube in einen anderen Teil des Hauses zu verlegen, im Dezember 1961 endgültig ab.[26] Erneut ignorierte die Verwaltung damit die Wünsche des Museumsleiters und ordnete die Belange der Einrichtung den Wünschen des Vertriebenenbeirates unter.

Dennoch dauerte es einige Monate, bis die Arbeiten an der Heimatstube tatsächlich aufgenommen wurden. Erst im August 1962 trafen endlich die drei vom Vertriebenenbeirat beantragten Ausstellungsvitrinen ein. Noch am selben Tag ließ das Kulturpflegeamt Wilhelm Güthling wissen, dass der Vertriebenenbeirat unverzüglich mit der Einrichtung beginnen wolle. Es wiederholte zugleich die vorhergegangene Anweisung des Arbeits- und Sozialministeriums, „dem Vertriebenenbeirat bei der Einrichtung mit Rat und Tat zur Seite“[27] zu stehen. Daraufhin wurde die Heimatstube binnen drei Monaten fertiggestellt.

Ordnung und Präsentation der Objekte

Der Mittelpunkt der Präsentation im Turmzimmer war eine Glasvitrine mit den böhmischen Gläsern aus dem Museumsbestand, wertvoller Keramik aus dem niederschlesischen Bunzlau und den vier bereits erwähnten Käthe Kruse-Puppen.[28] Letztere trugen eigens angefertigte Nachbildungen von Trachten aus Mönchgut auf Rügen, Roßberg in Oberschlesien, Thüringen und Ostpreußen. Die gemeinsame Inszenierung machte sie als Hauptobjekte der Heimatstube kenntlich und ließ sie insbesondere für die einheimischen Besucher*innen als gleichwertig erscheinen. Die auf den ersten Blick so unterschiedlichen Objekte zeichneten sich durch ihre ästhetische Wirkung aus. Darüber hinaus hatten sie jedoch lediglich ihre kunsthandwerkliche Bedeutung gemeinsam. Bei den Gläsern und Tonwaren handelte es sich um Originale, die schon durch ihr Alter und ihren materiellen Wert museumswürdig waren. Sie verwiesen exemplarisch auf weithin bekannte historische Herstellungstechniken und wurden deshalb zu allgemein beliebten Ausstellungsstücken in „ostdeutschen“ Heimatstuben und -sammlungen.

---

[25] Schreiben des Direktors des Siegerlandmuseums Wilhelm Güthling an den Oberstadtdirektor vom 28.08.1961, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

[26] Vgl. Notiz des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen vom 21.12.1961, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

[27] Schreiben des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen an den Direktor des Siegerlandmuseums vom 3.08.1962, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

[28] Vgl. Viele liebe Erinnerungen an die alte Heimat. Ost- und Mitteldeutsche Heimatstube im Museum des Siegerlandes eingerichtet, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1962.

Trachten waren zwar bereits vereinzelt in den temporären Ausstellungen 1949 und 1958 gezeigt worden, gehörten nun aber erstmals zu den wichtigsten Objekten. Im Alltagsleben der Vertriebenen hatten sie schon vor dem Zweiten Weltkrieg kaum mehr eine Rolle gespielt. Spätestens zu Beginn des 20. Jahrhundert waren sie weitgehend von industriell gefertigter Kleidung abgelöst und zu Symbolen einer vermeintlich idyllischen und stabilen ländlichen Lebenswelt geworden. Als „Objekte gezielter Volkstumspflege“[29] halfen sie, den raschen gesellschaftlichen und technologischen Wandel zu kompensieren und schienen eine historisch gewachsene kollektive Identität zu verbürgen. Dabei wurden sie an die Bedürfnisse und Vorstellungen der jeweiligen Erinnerungsgemeinschaften angepasst und entfernten sich oft von ihren historischen Vorbildern.[30] Mancherorts wurden sie auch vollständig erfunden. Sie gelten deshalb als klassisches Beispiel für die *invention of tradition*.[31]
In der Siegener Heimatstube fungierten die Miniaturtrachten ebenfalls als Symbole einer idyllischen, unzerstörten Heimat. Warum der Vertriebenenbeirat zu den Reproduktionen griff, geht aus den Quellen nicht hervor. Möglicherweise waren keine Originale verfügbar. Die wenigen aus der alten Heimat mitgebrachten Trachten – die Zwangsmigrant*innen hatten in der Regel nur das Allernötigste mitnehmen können – wurden als wichtige persönliche Erinnerungsstücke häufig in den Familien aufbewahrt und weitergegeben. Sie tauchten erst ab den 1980er Jahren vermehrt in Heimatstuben und -sammlungen auf. Offenbar waren jedoch keine Originale nötig, um ihren Zweck zu erfüllen. Trotz des verkleinerten Maßstabs waren sie eindeutig als regionstypische Trachten erkennbar und konnten ihre symbolhafte Wirkung auf die von dort stammenden Vertriebenen entfalten. Auch die kunsthandwerklichen Fertigkeiten der „Ostdeutschen“ ließen sich an ihnen demonstrieren. Schließlich erlaubten die Miniaturen es, auf kleinem Raum sowie mit vergleichsweise geringem Arbeits- und Materialaufwand die stilistische Vielfalt der Kleidungsstücke aufzuzeigen und unterschiedliche Regionen des „Deutschen Ostens“ zu repräsentieren.
Prominent platziert war außer der Vitrine auch die erwähnte Weihnachtspyramide. Sie verwies auf das nun wie Rügen und Thüringen zur DDR gehörige Sachsen und stand exemplarisch für die im Erzgebirge hergestellten und weit verbreiteten hölzernen Objekte, Figuren und Spielzeuge. Von diesen Leihgaben und Neuanschaffungen abgesehen entsprach der Bestand weitgehend dem der vorherigen temporären Ausstellungen. Bild-

[29] Detlef Haberland/Heinke Kalinke/Matthias Weber/Tobias Weger: Schlesien, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (28.10.2015), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54153.html (Stand: 17.07.2024).
[30] Vgl. Henrike Hampe: „Das schönste Sinnbild unserer Heimat sind die Trachten.“ Die Kleidung donauschwäbischer Flüchtlinge und Vertriebener als Erinnerungsträger, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 141-164, hier S. 159.
[31] Vgl. Eric Hobsbawm: Inventing Traditions, in: Ders./Terence Ranger (Hg.): The Invention of Tradition, Cambridge 1984, S. 1-14; Ders.: Mass-Producing Traditions: Europe, 1870-1914, in: Ders./Ranger (Hg.): The Invention of Tradition, S. 263-307.

liche Darstellungen des „Deutschen Ostens“, hauptsächlich Stadt- und Landschaftsansichten, fanden sich ebenso wie persönliche Erinnerungsstücke an das Leben in der alten Heimat und die Zwangsmigration.
Trotz der Mitwirkung des Museums war kein übergreifendes Sammlungs- oder Ausstellungskonzept erkennbar. Die wenigsten Exponate entsprachen dem Maßstab der Museumswürde, den das Landesarbeits- und Sozialministerium bei der Finanzierung neuer Objekte aus den Mitteln der Ausfallgarantie angelegt hatte. Stattdessen waren ihre Herkunft aus und Bezug zur „alten Heimat“ entscheidend bei der Auswahl. So wurden von einer Schnupftabakdose über Zeitungen und Gesangbücher bis hin zu Notgeld aus der Weimarer Republik unterschiedlichste Stücke nebeneinander präsentiert.[32]

Die Eröffnung im Dezember 1962

Am Dienstag, dem 4. Dezember 1962, konnte die Heimatstube schließlich eröffnet werden. Der ursprünglich vorgesehene „Tag der Heimat“ als Einweihungstermin war durch die zähen Verhandlungen im Vorfeld nicht mehr zu halten gewesen. Zu der Feier im Oraniersaal des Siegerlandmuseums, der 1949 die Ausstellung „Deutsche Kunst – Deutsches Gewerbe im Osten“ beherbergt hatte, waren die Mitglieder der städtischen Verwaltung und des Rats sowie Angehörige des BdV und der Landsmannschaften eingeladen.[33] Als Redner traten der Siegener Oberbürgermeister Karl Eckmann (CDU) und der Vorsitzende des Vertriebenenbeirats Erich Braune auf.[34] Der eigentliche Hausherr des Museums Wilhelm Güthling wurde abermals übergangen und kam nicht zu Wort. In seiner Begrüßungsansprache erläuterte Eckmann die Aufgaben der Heimatstube. Die primäre Zielgruppe der Vertriebenen sollte sie als „wertvolle Erinnerung an die alte Heimat“[35] vor allem emotional und ästhetisch ansprechen. In der einheimischen Bevölkerung sollte sie „das Bewußtsein stärken, daß wir noch in einem geteilten Vaterland leben müssen“[36], sowie „einen Einblick geben in das Kulturerbe jenes Teiles von Deutschland, der durch Stacheldraht und unbarmherzige Grenzen von uns getrennt ist.“[37]

[32] Vgl. Viele liebe Erinnerungen an die alte Heimat, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1962; Alfons Perlick: Die ost- und mitteldeutsche Heimatstube in Siegen, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, Troisdorf 1964, S. 159f; Zwei neue ostdeutsche Heimatstuben, in: Der Wegweiser. Zeitschrift für das Vertriebenenwesen 3/1963, S. 60.
[33] Vgl. Perlick: Die ost- und mitteldeutsche Heimatstube in Siegen, S. 159.
[34] Vgl. Einladung zur Eröffnung der Heimatstube vom 28.11.1962, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[35] Heimatstube bewahrt Kulturgut. Im Oberen Schloß wird Erinnerung an die alte Heimat festgehalten, in: Westfälische Rundschau vom 6.12.1962.
[36] Viele liebe Erinnerungen an die alte Heimat, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1962.
[37] Heimatstube bewahrt Kulturgut, in: Westfälische Rundschau vom 6.12.1962.

Erich Braune ging in seiner Ansprache vor allem auf die Bedeutung der ausgestellten Objekte ein. Zunächst postulierte er für die Vertriebenen grundsätzlich „ein Recht auf Erhaltung ihres Kulturgutes“[38]. Diese Aufgabe, so argumentierte er weiter, lag jedoch zugleich im Interesse der Einheimischen, da „ein Verlust des ost- und mitteldeutschen Kulturerbes […] ein Verlust für das ganze deutsche Volk“[39] sei. Mit Blick auf die überwiegend eher unscheinbaren Ausstellungsstücke der Heimatstube erklärte er beinahe entschuldigend: „Gerade wir Vertriebenen und Flüchtlinge, die wir nicht mehr die Möglichkeit haben, in unsere alte Heimat zu fahren oder die Gräber im Osten zu besuchen, klammern uns an das kleinste Stückchen Heimat, auch wenn es nur eine alte Zeitung ist, ein Bild oder eine alte Tasse. Für uns jedenfalls sind die kleinen Leihgaben unersetzlich!“[40] Demnach wurde die fehlende materielle und historische durch die ideelle Bedeutung der Ausstellungsstücke aufgewogen. Zugleich kündigte er an, „diese zunächst bescheidenen Stücke nach und nach durch wertvollere zu ersetzen“[41] und bat dafür um die Unterstützung der gesamten Bevölkerung. Dies werde auch „eine wechselseitige Belebung für das Museum, wie für die Heimatstube“[42] zur Folge haben. Vereinzelte isolierte Gründungen wie die Siegener Heimatstube konnten ihm zufolge jedoch stets „nur Tupfen sein, nur Schlaglichter auf das kulturelle Schaffen in den Heimatländern der Vertriebenen und Flüchtlinge werfen.“ Um die alte Heimat vollständig und authentisch darzustellen, forderte er somit, zahlreiche weitere Heimatstuben einzurichten.[43] Er sah darin zugleich einen weiteren „Schritt zur endgültigen Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge“[44]. Die Repräsentation der Vertriebenen im öffentlichen Raum sowie den geschichtskulturellen Institutionen erklärte er demnach zur Integrationsressource. Abschließend dankte er dem Museumsdirektor Wilhelm Güthling im Namen des Vertriebenenbeirats für seine Mitarbeit und ließ die Heimatstube so als gemeinsames Werk beider Institutionen erscheinen.[45]

Nach den Begrüßungsreden fand eine erste Besichtigung statt. Ein vom Vertriebenenbeirat als Betreuer der Sammlung eingesetzter Studienrat führte die Gäste durch die Heimatstube.[46] Dazu wurde Bärenfang, ein ostpreussischer Honiglikör, ausgeschenkt. Der gemeinsame Umtrunk verlieh der Feier eine ungezwungene Atmosphäre, knüpfte an aus der alten Heimat und von Heimatabenden gewohnte Formen von Geselligkeit an und wirkte sensorisch als „agent of memory“[47]. Abschließend wurde die Heimatstube offiziell

[38] Heimat „drüben“ bleibt in der Ostdeutschen Stube lebendig. Im Siegerlandmuseum eingerichtet – Alte Dokumente, in: Westfalenpost vom 6.12.1962.
[39] Viele liebe Erinnerungen an die alte Heimat, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1962.
[40] Heimat „drüben“ bleibt in der Ostdeutschen Stube lebendig, in: Westfalenpost vom 6.12.1962.
[41] Heimatstube bewahrt Kulturgut, in: Westfälische Rundschau vom 6.12.1962.
[42] Zit. nach: Perlick: Die ost- und mitteldeutsche Heimatstube in Siegen, S. 159.
[43] Vgl. ebd.
[44] Viele liebe Erinnerungen an die alte Heimat, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1962.
[45] Vgl. Perlick: Die ost- und mitteldeutsche Heimatstube in Siegen, S. 159.
[46] Vgl. Heimat „drüben“ bleibt in der Ostdeutschen Stube lebendig, in: Westfalenpost vom 6.12.1962.
[47] Zur Bedeutung von Essen als „agent of memory“ vgl. Hasia R. Diner: Hungering for America. Italian, Irish, and Jewish Foodways in the Age of Migration, Cambridge/Mass. 2001, S. 8; Maren Möhring: Fremdes

„in die Obhut des Museums des Siegerlandes“[48] übergeben. Dies implizierte die Fürsorge und das Eintreten der Stadt Siegen für die Vertriebenen. Der Vertriebenenbeirat behielt jedoch die volle Verantwortung und bestimmte gemeinsam mit dem Kulturpflege- sowie dem Vertriebenenamt über Neuanschaffungen und Umgestaltungen. Eine Verordnung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers im September 1964 zementierte diesen Status und legte die Zuständigkeit für die „Betreuung der Heimatstuben“ auch offiziell in die Hände der Beiräte.[49] Als weitere Tätigkeitsgebiete wurden darin „Fragen der äußeren Eingliederung in das Wirtschafts- und Arbeitsleben“, die „Versorgung mit ausreichendem Wohnraum und die soziale Betreuung“ festgelegt.

Rezeption

Ausführlich und merklich zufrieden, nunmehr mit der Nachbargemeinde gleichgezogen zu haben, berichtete die regionale Presse über die Eröffnungsfeier. Die Westfälische Rundschau verkündete etwa stolz: „Nach Salchendorf hat nun auch die Stadt Siegen ihre Ost- und Mitteldeutsche Heimatstube.“[50] Die Zeitungen hoben übereinstimmend die ästhetische Wirkung der Trachtenpuppen und der Weihnachtspyramide auf das Publikum hervor: „Besonders bewundert wurden eine alte Weihnachtspyramide aus dem Erzgebirge, die sich im Kerzenschein bewegte, und die farbenfrohen Puppen in den Nationaltrachten der einzelnen Städte und Provinzen.“[51]

Auf den dazu abgedruckten Fotos posierten die Ehrengäste der Veranstaltung mit den erwähnten Objekten.[52] Die Berichterstattung gab Eckmanns und Braunes politisch akzentuierte Ansprachen zwar umfassend wieder, präsentierte die Heimatstube jedoch vor allem als Erinnerungsraum der Vertriebenen. Die Siegener Zeitung bezeichnete sie als „Kabinett der Erinnerungen“[53], während die Westfalenpost titelte: „Heimat ‚drüben‘ bleibt in der Ostdeutschen Stube lebendig“[54]. Lediglich die Westfälische Rundschau würdigte mit ihrer Überschrift „Heimatstube bewahrt Kulturgut. Im Oberen Schloß wird Erinnerung an die alte Heimat festgehalten“[55] auch den von Braune betonten Anspruch, das geistige und materielle Erbe des „deutschen Ostens“ zu bewahren. In Summe rezipierte die Presse die Heimatstube positiv. Einziger Kritikpunkt war die noch karge Ausstattung. Stellvertretend für die insgesamt wohlwollende Berichterstattung sei hier das Fazit der Westfalenpost angeführt, welche die Heimatstube als Ausgangspunkt und Vorbild für weitere

Essen. Die Geschichte ausländischer Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012, S. 35.

[48] Einladung zur Eröffnung der Heimatstube vom 28.11.1962, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

[49] Auf den Erlass bezogen sich die Behörden der Stadt Siegen. Vgl. Entwurf Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadt Siegen, Stand 23.6.1975, Stadtarchiv Siegen Kulturausschuss E 2348.

[50] Heimatstube bewahrt Kulturgut, in: Westfälische Rundschau vom 6.12.1962. In die Gemeinde Salchendorf des Amtes Burbach war die 1959 in Burbach eröffnete „Ostdeutsche“ Heimatstube 1962 umgezogen.

[51] Heimat „drüben“ bleibt in der Ostdeutschen Stube lebendig, in: Westfalenpost vom 6.12.1962.

[52] Vgl. Heimatstube bewahrt Kulturgut, in: Westfälische Rundschau vom 6.12.1962.

[53] Viele liebe Erinnerungen an die alte Heimat, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1962.

[54] Heimat „drüben“ bleibt in der Ostdeutschen Stube lebendig, in: Westfalenpost vom 6.12.1962.

[55] Heimatstube bewahrt Kulturgut, in: Westfälische Rundschau vom 6.12.1962.

Initiativen bewertete: „Anschließend besichtigten die Gäste den kleinen Raum im Turm, dessen Ausstellungsgegenstände zwar noch nicht sehr zahlreich, jedoch bereits ein schöner Anfang sind. […] Wenn auch die kleine Gedächtnisausstellung im Oberen Schloß noch nicht sehr umfangreich ist, so soll sie doch ein Beweis dafür sein, daß altes ost- und mitteldeutsches Kulturgut auch in der neuen Heimat erhalten werden kann."[56]

Kulturgut als „Fundament ostdeutschen Geschichtsbewußtseins". Die Bedeutung von Heimatstuben in der Kulturarbeit

In den folgenden Jahren bemühten sich der Vertriebenenbeirat, die Sammlung und Ausstellung sukzessive zu erweitern und den auch von der Presse bemerkten Mangel an Objekten zu beseitigen. Parallel dazu arbeiteten die Akteure auf Landesebene an einheitlichen Vorgaben und Kriterien für die Kulturarbeit nach § 96 BVFG. Damit rückten auch die immer zahlreicheren „ostdeutschen" Sammlungen und Heimatstuben in den Fokus. Die Überlegungen, die dazu führten, lassen sich einem 1964 erschienenen programmatischen Aufsatz von Otto Heike entnehmen. Dieser argumentierte, die Kulturarbeit sei „bei den gegenwärtigen Verhältnissen das Einzige, was an realer Arbeit für den deutschen Osten getan werden kann"[57] und forderte dementsprechend, die Vertriebenenpolitik noch stärker darauf auszurichten. Dem „Kulturerbe" maß er dabei eine besonders wichtige Rolle zu: „Wir Ostdeutschen können nun einmal unser ostdeutsches Geschichtsbewußtsein nicht durch den Wiederaufbau des Königsberger Doms, des Breslauer Rathauses und anderer baulicher Zeugnisse Ostdeutschlands stärken […] Um so größere Bedeutung sollten wir daher den für uns noch erreichbaren Nachweisen ostdeutscher Geschichte und Leistung beimessen, die manchmal noch in erstaunlich großer Zahl vorhanden sind, um so unser Geschichtsbewußtsein um den deutschen Osten zu untermauern und lebendig zu erhalten."[58] Damit ging es Heike nicht länger vorrangig um die Erinnerungen und die heimatpolitischen Ziele der Vertriebenen sondern vor allem um ihre historische Selbstvergewisserung. Die in den Heimatstuben gesammelten und ausgestellten Objekte sollten fern der „alten Heimat" als Ersatz für das unzugängliche Kulturgut und „Fundament ostdeutschen Geschichtsbewußtseins"[59] dienen.

In mehreren binnen kurzer Zeit erschienenen Artikeln entwickelten und schärften Heike und Alfons Perlick eine Systematik der dafür erforderlichen Instrumente. Das erste und zugleich älteste darunter, die Patenschaften über Städte und Kreise im „Deutschen Osten", war schon 1952 und 1953 durch Richtlinien des Deutschen Städtetages sowie des Verbandes der Landsmannschaften formalisiert und vereinheitlicht worden.[60]

[56] Heimat „drüben" bleibt in der Ostdeutschen Stube lebendig, in: Westfalenpost vom 6.12.1962.
[57] Otto Heike: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben, Heimatarchive und Heimatmuseen, S. 30.
[58] Ebd., S. 29f.
[59] Ebd., S. 29.
[60] Vgl. Cornelia Eisler: Patenschaften, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (13.09.2021), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32787 (Stand: 17.07.2024).

Demgegenüber waren die zahlreichen Sammlungen „ostdeutschen Kulturguts“ im Land weitgehend ungeregelt aus lokalen Initiativen entstanden. Hinzu kamen Heimatmuseen, Heimatarchive und Heimatstuben. Als gemeinsame grundlegende Aufgaben dieser drei Institutionen definierte Heike: „Rettung und Erhaltung dessen, was an Zeugnissen ostdeutscher Kulturleistung noch vorhanden ist, Verbreitung und Vertiefung des Wissens um diese Leistung und Stärkung des Glaubens an den deutschen Osten“[61].
Heimatstuben galten gemeinhin als am wenigsten anspruchsvoll. Perlick maß ihnen jedoch einen besonderen „Bildungs- und Erziehungswert“[62] zu. Ebenso wie die Heimatmuseen und -archive sollten sie, so Heike, „anschaulich einen Eindruck von der verlorenen Heimat im Osten vermitteln“, dabei jedoch ausdrücklich „keinen musealen Charakter haben“[63]. Als Ausstellungsstücke empfahl er Karten, Bilder und Fotos „ostdeutscher“ Landschaften und Menschen, Modelle berühmter Bauwerke „und auch mal eine Vitrine mit heimatkundlichen Stücken“. Darüber hinaus sah er in ihnen Treffpunkte sowie Sitzungs- und Tagungsorte, die dem „Leben der Vertriebenenorganisationen zu dienen“ hatten.
Heimatstuben und -museen unterschieden sich lediglich durch die Art des dort gesammelten „Kulturgutes“. Letztere hatten laut Perlick „geschichtliche Bedeutung“ und sollten dazu dienen, „echte Museumsstücke aus dem Osten“[64] auszustellen. Anders als in Heimatstuben spielten die individuelle Herkunft und der Herkunftskontext der Objekte in Heimatmuseen keine Rolle: „Der individuelle Erinnerungswert der Bestände tritt zu Gunsten des allgemeinen Dokumentationswertes zurück.“[65] Als natürlichen Standort empfahl er die örtlichen Heimat- und Geschichtsmuseen, sodass die Geschichte der alten und der neuen Heimat „von den ostdeutschen und einheimischen Besuchern als Einheit, als Ganzheit empfunden“ werden könne. Dies freilich ließ sich kaum ohne die jeweiligen Museen umsetzen, die in der Regel jedoch ihre eigene Sammlung und Ausstellung gegenüber der Heimatstube priorisierten und außerdem ungleich höhere Ansprüche an deren Exponate stellten. „Da Beweisstücke für die ostdeutsche Sachkultur auf Grund der Verhältnisse bei der Vertreibung nur in geringem Umfang zur Verfügung“ standen, appellierte Perlick hier an „ein gewisses Entgegenkommen“ und schlug den „stärkeren Einsatz von Kopien, Modellen, graphischen Darstellungen, Großphotos usw.“ vor.
Als einfach umsetzbare Alternative zu den oben beschriebenen Einrichtungen empfahl er, „Ostdeutsche Heimatecken mit kleinen wechselnden Ausstellungen“[66] in Schulen und Rathäusern einzurichten. Somit sollten alle nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden an der Kulturarbeit mitwirken können. Der im Siegerlandmuseum eingerichtete Raum wurde letztlich jedoch weder den Anforderungen an eine Heimatstube noch denen

[61] Otto Heike: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben, Heimatarchive und Heimatmuseen, S. 30.
[62] Perlick: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, S. 148.
[63] Otto Heike: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben und Heimatmuseen, in: Der Wegweiser. Zeitschrift für das Vertriebenenwesen 3/1963, S. 58f., hier S. 59.
[64] Perlick: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, S. 149.
[65] Ders.: Ostdeutsche Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, S. 13.
[66] Ders.: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, S. 149.

an ein Heimatmuseum gerecht. Einerseits entsprach die auf Anschaulichkeit ausgerichtete Sammlung eher einer typischen Heimatstube. Andererseits konnte der Raum nicht für Versammlungen, Tagungen o. ä. genutzt werden. Der Vertriebenenbeirat hielt sich mit derartigen Kategorisierungsfragen nicht auf. Ungeachtet der internen Kontroversen darüber, wie die Heimatstube ausgestaltet werden sollte, stellte er diese öffentlich vor allem als „Stätte des Trostes“[67] für die Zwangsmigrant*innen zur Verarbeitung der traumatischen Erfahrungen von „Flucht und Vertreibung“ dar.

Ausbau und Entwicklung der Heimatstube bis 1965

Perlicks und Heikes Überlegungen kamen zu spät, um die Entstehung der Siegener Heimatstube noch zu beeinflussen, wurden bei deren weiterem Ausbau in den Folgejahren jedoch teilweise umgesetzt. Der Vertriebenenbeirat versuchte etwa gezielt, den für Heimatstuben vorgesehenen „Bildungs- und Erziehungswert“[68] zu steigern. Seit April 1964 wurden dort für die Besucher*innen und insbesondere die Teilnehmer*innen des Ost- und Mitteldeutschen Schülerwettbewerbs von den Siegener Schulen „alle ost- und mitteldeutschen Heimatzeitungen zum Ansehen und Mitnehmen ausgelegt“[69].

Darüber hinaus wurden die Einrichtung und Sammlung der Heimatstube beständig erweitert. Bereits im März 1963 wurden für 472 DM eine weitere Vitrine und ein Tisch für zusätzliche Ausstellungsobjekte angeschafft.[70] Im Juni 1963 folgte eine „Landkarte des ehemaligen Königreichs Polen aus dem Jahre 1830“ für 210 DM.[71] Die Kosten von 472 DM übernahm abermals das Land Nordrhein-Westfalen über die Ausfallgarantie für die kulturelle Betreuung der Vertriebenen. Im April 1964 kaufte das Museum für 110 DM ein „altes, gebrauchtes Ostpreußisches Spinnrad“ aus privatem Besitz.[72] Über die Entscheidungsprozesse für oder gegen den Ankauf einzelner Objekte schweigen die Quellen. Eine Ausnahme bildet der an das Kulturpflegeamt gerichtete Vorschlag des Kulturwartes im Vertriebenenbeirat Hermann Sattler, einen Bernstein anzukaufen. Damit sollte „den Besuchern der Heimatstube u. a. Ostpreußen als Bernsteinland in Erinnerung gebracht werden.“[73] Anders als von Alfons Perlick gefordert ging es demnach um den „allgemeinen Dokumentationswert“[74] des Bernsteins als Symbol für eine bestimmte Region im „Deutschen Osten“ und die dort betriebene Bernsteingewinnung. Das Kulturpflegeamt erklärte

[67] So bezeichnete der Kulturwart des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen den Raum in einem Beitrag für die Siegener Zeitung. Vgl. Mahnmal Heimatstube, Stätte des Trostes, in: Siegener Zeitung vom 21.09.1965.
[68] Perlick: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, S. 148.
[69] Mahnmal Heimatstube, Stätte des Trostes, in: Siegener Zeitung vom 21.09.1965.
[70] Vgl. Rechnung der Schreinerei Adolf Wörsdörfer an den Vertriebenenbeirat der Stadt Siegen vom 26.03.1963, Stadtarchiv Siegen, E 1628; Vermerk des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen vom 26.04.1963, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[71] Vgl. Schreiben des Vertriebenenamtes der Stadt Siegen an das Kulturpflegeamt vom 25.06.1963, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[72] Vgl. Rechnung vom 24.04.1964, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[73] Schreiben des Kulturwarts des Vertriebenenbeirates an das Kulturpflegeamt der Stadt Siegen vom 7.04.1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[74] Perlick: Ostdeutsche Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, S. 13.

sich „mit dem Ankauf eines Bernsteines bis zum Werte von 100 DM“[75] einverstanden und beschaffte wenige Wochen später ein Exemplar für 76,50 DM. Offenbar hielten die Verantwortlichen das Ausstellungsstück für so geeignet, dass die Stadt Siegen auf die Ausfallgarantie des Landes verzichtete und die Kosten selbst übernahm.[76] Hinzu kamen weitere Leihgaben aus der Bevölkerung, zumeist einfache Objekte von der Flucht bzw. Zwangsumsiedlung und aus dem Alltagsleben in der „verlorenen Heimat“.
Äußerlich betrachtet schienen diese Neuanschaffungen Perlicks Vorgaben für die Sammlungen ostdeutscher Heimatmuseen zu entsprechen. Zwar handelte es sich um „echte Museumsstücke aus dem Osten“, doch ihr konkreter „Dokumentationswert“ war mitunter fraglich. Vergleichen mit dem Bernstein war etwa das erwähnte Spinnrad wenig geeignet, eine bestimmte Region des „Deutschen Ostens“ und ihre Landsmannschaft zu repräsentieren.

Konflikte um Gestaltung und Ausbau

Insgesamt erfolgte der Ausbau der Heimatstube in den ersten Jahren nach der Eröffnung noch weitgehend ungeregelt und ohne ein kohärentes Konzept. Dies begann sich 1965 unter dem neuen Museumsdirektor Bernd Roedig zu ändern. Er wurde 1965 Nachfolger von Wilhelm Güthling, der stattdessen die Leitung der Stadtbibliothek übernahm. Unter Bernd Roedig gewann das Museum mit der Zeit stärkeren Einfluss auf die Heimatstube, die grundverschiedenen Erwartungen und Anforderungen an die beiden Einrichtungen jedoch sorgten weiterhin für Spannungen. Während Roedig sich dafür einsetzte, die Heimatstube dem Niveau des Siegerlandmuseums anzupassen[77], drängte der Vertriebenenbeirat auf eine möglichst rasche Expansion.[78] Dies wiederum führte zu Konflikten im und mit dem Museumsbeirat. In einer Sitzung am 21. Oktober 1965 diskutierte das Gremium, dem zahlreiche einflussreiche Akteure wie der Oberbürgermeister Karl Eckmann (CDU), der Bürgermeister Karl Althaus (SPD), der Vorsitzende des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins Fritz Schleifenbaum und auch Wilhelm Güthling angehörten, über den weiteren Ausbau. Ein anwesender Stadtverordneter hielt es für „wenig sinnvoll, die Heimatstube auf der gegenwärtigen Basis auszuweiten“, da diese „überladen“ sei. Er schlug stattdessen vor, die Präsentation zu „entzerren“ und durch wechselnde „Ausstellungen, die den jeweiligen Landsmannschaften gewidmet sind“[79] zu ersetzen. Als Vorbild hierfür diente womöglich das 1963 eröffnete Düsseldorfer „Haus des Deutschen Ostens“, in dem sich insgesamt sechs verschiedene Heimatstuben befanden. Neben Siebenbürgen und

[75] Schreiben des Kulturpflegeamtes der Stadt Siegen an den Kulturwart des Vertriebenenbeirates vom 7.04.1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[76] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Museumsbeirates am 21.10.1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[77] Schreiben des Direktors des Siegerlandmuseums an das Kulturpflegeamt der Stadt Siegen vom 14.10.1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[78] Schreiben des Sozialamtes der Stadt Siegen an das Kulturpflegeamt vom 6.10.1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
[79] Niederschrift über die Sitzung des Museumsbeirates am 21.10.1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

Danzig, deren Pate das Land Nordrhein-Westfalen war, hatten dort auch Schlesien, Ostpreußen, Pommern und Berlin jeweils einen eigenen Raum erhalten.[80] Offenbar setzte der Vertriebenen- sich jedoch gegen den Museumsbeirat durch, sodass der Raum in der bisherigen Form bestehen blieb. Erst einige Jahre später, kurz vor Anbruch des neuen Jahrzehnts, wurde die Heimatstube wesentlich verändert.

Wenngleich die Siegener Heimatstube von Anfang an ein gesamtgesellschaftliches Projekt war und breit unterstützt wurde, vergingen aufgrund der unterschiedlichen Erwartungen und Interessen der beteiligten Akteure sowie Institutionen vom ersten Vorschlag bis zur Eröffnung im Dezember 1962 über vier Jahre. Besonders umstritten war das Siegerlandmuseum als Standort für die geplante Heimatstube. Während der Vertriebenenbeirat hierin eine Chance sah, das „ostdeutsche Kulturgut" angemessen zu präsentieren, wollte der Museumsleiter Wilhelm Güthling eine „Erinnerungsstätte" in seinem Haus verhindern. Letztlich konnte ersterer sich jedoch mit Hilfe des Kulturpflegeamtes durchsetzen. Die Heimatstube wurde – freilich nur räumlich, nicht aber organisatorisch und konzeptionell – in das Siegerlandmuseum integriert und damit zur eigenen Institution innerhalb dessen. Wie in den folgenden Kapiteln gezeigt wird, begründete dies einen über Jahrzehnte andauernden Interessenkonflikt zwischen Museumsleitung und Vertriebenen. Der Vertriebenenbeirat war bei der Einrichtung der Heimatstube zwar bestimmend, blieb jedoch für die Finanzierung der Ausstellungsstücke auf das Arbeits- und Sozialministerium sowie das Kulturpflegeamt angewiesen. Konzeptionell wich die Siegener Heimatstube nicht wesentlich von den vorhergegangenen temporären Ausstellungen ab und übertraf diese – gemessen am materiellen und kunsthandwerklichen Wert ihrer Objekte – kaum. Mit der Eröffnung Ende 1962 war die Gestaltung der Heimatstube jedoch keineswegs abgeschlossen. In den folgenden Jahren wurde sie kontinuierlich um- und ausgebaut. Dabei fanden teils auch die Konzepte Otto Heikes und Alfons Perlicks für „ostdeutsche" Heimatstuben und -museen Berücksichtigung, insgesamt blieb jedoch ihr Doppelcharakter aus Heimatstube und -museum bestehen.

[80] Vgl. Ernst Birke: Das Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die Ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, S. 33-39, hier S. 36-39.

2.5 Die „Gesamtdeutsche Woche im Siegerland“

Zu Beginn der 1960er Jahre war die strukturelle Integration der Vertriebenen weitgehend abgeschlossen. Gerade dieser Erfolg jedoch führte dazu, dass die Zwangsmigrant*innen und ihre (heimat-)politischen Anliegen allmählich aus dem Fokus der Politik und Öffentlichkeit gerieten. Sinkende Mitgliederzahlen des BdV sowie der Abstieg des zunächst erfolgreichen Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) deuten darauf hin, dass selbst unter vielen Betroffenen das Interesse an der Vertreibungsproblematik sowie der alten Heimat nachließ.[1]

Auch die Hoffnungen der Vertriebenenorganisation in den Nachwuchs aus der „ostdeutschen“ Jugend erfüllten sich nicht, weil die nach der Zwangsmigration zur Welt gekommenen jungen Menschen keine biographische Bindung an die Herkunftsgebiete ihrer Eltern verspürten. Dadurch schienen das historische Bewusstsein für den „Deutschen Osten“ und damit die nationale Identität an sich gefährdet. Der Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen Landesvertriebenenbeirats Friedrich Herbst warnte schon 1960 vor einem „geschichtlichen Notstand des deutschen Volkes“[2]. Um auch die Alteingesessenen für die Vertreibungsproblematik zu sensibilisieren, sollte die Kulturarbeit daher auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtet werden. Die Verantwortlichen nahmen diesen Paradigmenwechsel deutlich wahr. Otto Heike etwa wähnte die Vertriebenen 1964 in einer neuen, „zweiten Phase der ostdeutschen Tragödie“[3], die nicht länger von wirtschaftlicher und emotionaler Not, sondern dem „Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der verlassenen Heimat im Osten, gegenüber ihrer Geschichte und ihrem Kulturerbe“[4] geprägt sei. Ein Mitte der 1960er Jahre im Landesvertriebenenbeirat gegründeter „Gesamtdeutscher Ausschuss“ sollte hier ansetzen.[5]

Anzeichen für diesen Umbruch sind auch für das Siegerland nachzuweisen. Anlässlich einer Vierteljahrestagung des Kreiskulturausschusses für Ostvertriebene und Flüchtlinge in Kreuztal forderte der Kulturbeauftragte Robert Ruddies etwa, die Kulturarbeit müsse sich an die gesamte Bevölkerung richten und „beweisen, daß wir zusammengehören und Deutsche sind“[6]. Er formulierte dafür folgenden Leitgedanken: „Wir sind Deutsche und wohnen mit Deutschen in Deutschland.“ Die „ostdeutsche“ Identität der Vertriebenen solle zugunsten der „gesamtdeutschen“ zurücktreten. Für den BdV-Kreisverband Siegen hingegen blieben die Vertriebenen die maßgebliche Zielgruppe der Kulturarbeit. Dessen

---

[1] Vgl. Matthias Stickler: Bund der Vertriebenen; ders.: Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (16.11.2020), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55228.html (Stand: 31.07.2024).

[2] Zit. nach: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 46.

[3] Heike: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben, Heimatarchive und Heimatmuseen, S. 17.

[4] Ebd., S. 18.

[5] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 44.

[6] Zit. nach: Ostdeutsche Kulturarbeit sucht das Gemeinsame. Vierteljahrestagung des Kreiskulturausschusses für Vertriebene und Flüchtlinge, in: Siegener Zeitung vom 30.05.1962.

Vorsitzender Max Gorski bilanzierte in einem Artikel für die 1965 erschiene Festschrift zum 150. Jubiläum des Landkreises das bisher Erreichte. Er hob hervor, mit der materiellen Absicherung der Zwangsmigrant*innen seien weder deren Heimatverlust überwunden noch ihre Integration abgeschlossen: „Wohl hat eine starke kulturelle Eingliederung stattgefunden, und auch im kirchlichen Raum und auf anderen Lebensgebieten sind Ostdeutsche und Siegerländer immer mehr zusammengewachsen. […] Die alte Heimat wird deswegen nicht vergessen. Ihr heller Glanz überstrahlt die Schönheiten des Siegerlandes ebenso wie die Schatten der Vertreibung. […] Ihr wahrer Wert wird ihm [dem Menschen] erst bewusst, wenn er sie verloren hat. Er kann wohl in eine neue Umgebung hineinwachsen, aber zur Heimat wird sie ihm nie."[7]

Der Paradigmenwechsel in der Kulturarbeit auf Landesebene wurde durch die „Gesamtdeutsche Woche" 1965 und die Wanderausstellung „Leistung und Schicksal" 1966 auch ins Siegerland getragen. Zwischen den beiden Ereignissen, deren Bedeutung für die regionale Erinnerungskultur in den folgenden Kapiteln untersucht wird, gab es große organisatorische und inhaltliche Schnittmengen. Erstere fand vom 20. bis 26. September 1965 statt und schlug sich in zahlreichen historischen Quellen nieder. Zu Einladungen und Programmheften kommen diverse Zeitungsberichte sowie die Akten des Düsseldorfer Arbeits- und Sozialministeriums.

Ziele und Vorgaben des Arbeits- und Sozialministeriums

Die „Gesamtdeutschen Wochen" waren eine gemeinsame Initiative des Ministeriums und der Vertriebenenorganisationen sowie -beiräte und wurden erstmals 1964 durchgeführt.[8] Der sowohl im Namen wie auch in dieser Beschreibung zentrale Begriff „Gesamtdeutschland" hatte seit den 1950er Jahren an Konjunktur gewonnen und wurde auch in der Kulturarbeit im Siegerland gebraucht. Er war zunächst eine Territorialbezeichnung für das Gebiet innerhalb der deutschen Reichsgrenzen von 1937, avancierte jedoch rasch zur „Programm-" bzw. „Leitvokabel", die den politischen Auftrag implizierte, dieses Gebiet wiederherzustellen.[9] So bekannte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) 1950 zu „Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt"[10]. Gleichbedeutende Bezeichnungen waren „Unteilbares Deutschland" und „Deutschland als Ganzes". Als abwertende Gegenbezeichnungen für das Gebiet der Bundesrepublik wurden demgegenüber

[7] Siegerland zwischen gestern und morgen (Festschrift anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Landkreises Siegen), Max Gorski: Die Vertriebenen im Siegerland, in: Braedt/Buck: Aufnahme und beginnende Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, S. 240f.

[8] Zu den ersten „Gesamtdeutschen Wochen" gehörten die im Landkreis Iserlohn zwischen dem 22. und 28. Juni 1964 und in Bad Godesberg vom 21. bis 29. November 1964. Vgl. Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche in der Stadt und im Landkreis Iserlohn, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/2; Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche Bad Godesberg, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/1.

[9] Vgl. Martin Wengeler: Die Deutschen Fragen. Leitvokabeln der Deutschlandpolitik, in: Liedtke/Böke/Ders.: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära, S. 325-377, hier S. 374f.

[10] Zit. nach: Ossip Kurt Flechtheim: Programmatik der deutschen Parteien (Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 2), Berlin 1963, S. 85.

„Rest-“ bzw. „Rumpfdeutschland“ verwendet. Das Adjektiv „gesamtdeutsch“ artikulierte zumeist den Vertretungsanspruch der Bundesrepublik für die ehemals deutschen Gebiete außerhalb ihrer Grenzen – so z. B. beim 1949 eingerichteten Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.[11]

Der Name „Gesamtdeutsche Woche“ spielte auf diese unterschiedlichen Bedeutungen an. Ihr oberstes Ziel war es laut einem Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums, „eine Haltung zu wecken und zu fördern, die sich des gesamtdeutschen Auftrages bewußt ist und ihn nach außen hin in Übereinstimmung mit der von allen Parteien getragenen deutschen Politik vertritt.“[12] Die „Gesamtdeutschen Wochen“ wurden zwar von Düsseldorf aus koordiniert, fanden jedoch dezentral statt. Nach Vorstellung des Arbeits- und Sozialministeriums sollten alle 95 Landkreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens mindestens alle zwei Jahre eine solche Veranstaltungsreihe durchführen. Der Grundgedanke war es, „konkrete Information im Dienste der politischen Willensbildung“[13] anzubieten. Für die Umsetzung hatte das Ministerium umfangreiche Kriterien formuliert, die es trotz der regional sehr unterschiedlichen Voraussetzungen zu erfüllen galt. Inhaltlich standen erstens die historischen und gegenwärtigen „Verhältnisse in dem mittel- und ostdeutschen Raum sowie in Ostmitteleuropa“, zweitens „die gemeinsame deutsche Kultur und Geschichte“ und drittens „das gesamtdeutsche Bewußtsein besonders unter den jungen Menschen, die die Vergangenheit nicht erlebt haben und die Wiedervereinigung im europäischen Rahmen vorbereiten sollen“ im Zentrum. In diesen Vorgaben spiegelte sich die oben geschilderte Neuausrichtung der Kulturarbeit wider. Sie setzten unmittelbar an den festgestellten Missständen an und sollten diese beheben. Das Programm sollte dazu eine Reihe unterschiedlicher Veranstaltungstypen enthalten, die jeweils spezifische Funktionen erfüllten, um so verschiedene Publika mit den ihnen eigenen Interessen und Rezeptionshaltungen anzusprechen: „a) eine Veranstaltung mit den Trägern der politischen Verantwortung, b) allgemeine Veranstaltungen (Vorträge und Forumsgespräche) für die gesamte Bevölkerung sowie Sonderveranstaltungen für speziell interessierte Kreise, wie z. B. Mitglieder der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände, Angehörige der Kirchen, Frauenorganisationen und andere, c) Veranstaltungen im Rahmen der Erwachsenenbildung, z. B. an Volkshochschulen, d) Veranstaltungen für Lehrer und Erzieher unter Hinweis auf ihre Aufgaben bei der Behandlung Gesamtdeutschlands im Unterricht, e) Veranstaltungen für die Jugend in jugendgemäßer Form, d. h. weniger Referate als Forumgespräche bis zum politischen Kabarett, f) Ausstellungen.“

Die Kooperationen mit örtlichen Vereinen und Organisationen sollten helfen, möglichst viele Teilnehmer*innen zu gewinnen und eine große, langfristige Breitenwirkung zu erzielen. Die „Gesamtdeutschen Wochen“ wurden in dem Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums als Katalysator für eine dauerhafte Zusammenarbeit gedacht: „Eine

[11] Vgl. Wengeler: Die Deutschen Fragen, S. 374f.
[12] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[13] Ebd.

Gesamtdeutsche Woche, die mit der Schlußveranstaltung abschließt und nicht als Impulsgeber empfunden worden ist, muß als nicht vollbefriedigend angesehen werden."
„Empfehlungen und Hinweise"[14] des Ministeriums sollten Kreisen und kreisfreien Städten helfen, die oben genannten Vorgaben umzusetzen. Die Handreichung enthielt konkrete Themenvorschläge, Kontaktadressen potenzieller Referenten, sowie Buchungsoptionen für diverse Angebote.[15] Das „Büro Bonner Berichte" des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen etwa stellte „Lehrschauen" zu unterschiedlichen Themen zur Verfügung.[16] Diese waren kostenfrei ausleihbar und wurden vor Ort durch einen „Mitarbeiter […], der das Thema beherrscht und in der Lage ist, ein Einführungsreferat zu halten, Einzelheiten zu erläutern und Fragen zu beantworten"[17] präsentiert. Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht und ehemalige Schulleiter des Fürst-Johann-Moritz-Gymnasiums in der Siegener Nachbargemeinde Geisweid, Oberstudienrat a. D. Hugo Novak, wiederum war als Ansprechpartner und Organisator von Lehrertagungen angegeben.[18] Darüber hinaus gehörten Film- oder Dia-Vorführungen mit oder ohne Tonbandvorträgen, Schul- und Jugendveranstaltungen sowie Theateraufführungen zum Angebotsspektrum.
Die in den „Empfehlungen und Hinweisen" aufgeführten Veranstaltungen wurden vom Arbeits- und Sozialministerium auch finanziell gefördert. Auf Antrag beim Regierungspräsidium konnten 80 % der Kosten, höchstens jedoch 10 000 DM, aus Landesmitteln getragen werden. Im Durchschnitt betrug die Fördersumme zwischen 6 000 und 8 000 DM.[19] Auch Werbematerialien in Form von Plakaten und Vordrucken für Programmhefte und Einladungen waren kostenfrei zu beziehen.[20] Somit war für die teilnehmenden Land- und Stadtkreise eine umfassende organisatorische und materielle Grundlage geschaffen.

[14] Vgl. Empfehlungen und Hinweise für Gesamtdeutsche Wochen des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[15] Für das Jahr 1966 etwa wurden ganze 44 Themenvorschläge aus den vier „Gruppen" „Deutschland 1966", „Antwort auf die kommunistische Herausforderung", „Gesellschaftspolitische Entwicklungen" und „Das Gespräch mit unseren östlichen Nachbarn" formuliert. Vgl. ebd.
[16] Die Titel geben Aufschluss über die Spannbreite der Themen: „Von der Ostsee bis zum Fichtelgebirge", „Die Wartburg in der deutschen Geschichte", „Planziel: Der neue Mensch", „Berlin - Deutschlands Hauptstadt", „Agitation mit dem Zeichenstift", „Jugend und Erziehung im Machtbereich der SED", „Kirchen in Mitteldeutschland", „Städte in Mitteldeutschland".
[17] Ebd.
[18] Novak stammte aus Ostpreußen, war also selbst Betroffener von „Flucht und Vertreibung". Von 1952 bis 1966 leitete er das Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium.
[19] Vgl. Bestimmungen des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen über Mitfinanzierung der Gesamtdeutschen Wochen aus Landesmitteln, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[20] Vgl. Empfehlungen und Hinweise für Gesamtdeutsche Wochen des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

Die Planung und das Programm der „Gesamtdeutschen Woche im Siegerland“

Wie das Siegerländer Beispiel zeigt, hatten die lokalen Veranstalter dabei einen gewissen Gestaltungsspielraum. Dies begann schon beim organisatorischen Rahmen. Um unnötige Konkurrenz zu vermeiden, hatten sich die kreisfreie Stadt und der Kreis Siegen, die laut den ministeriellen Vorgaben jeweils auch als alleinige Veranstalter hätten auftreten können, zusammengetan. Die Schirmherrschaft übernahmen folgerichtig der Siegener Oberbürgermeister Karl Eckmann (CDU) und der Landrat des Kreises Siegen Hermann Schmidt (SPD) gemeinsam. Die Kooperation war erprobt – zuvor hatten beide Seiten bereits den „Tag der Heimat“ gemeinsam durchgeführt – und entsprach zugleich dem regionalen Bewusstsein der Siegerländer Bevölkerung. Eine weitere Besonderheit der „Gesamtdeutschen Woche im Siegerland“ war, dass sie gemeinsam mit dem Gedenktag an „Flucht und Vertreibung“ stattfand. Waren hierfür in Siegen wohl rein pragmatische Gründe ausschlaggebend, erkannte der Landesflüchtlings- und Vertriebenenausschuss später in einer solchen Koordinierung mit dem „Tag der deutschen Einheit“ oder dem „Tag der Heimat“ einen Weg, um „das immer geringer werdende Interesse an diesen Feiertagen […] wieder zu heben“[21].

Eine Analyse des Programmheftes zeigt, wie eng die „Gesamtdeutsche Woche“ mit dem allgemeinen Umschwung in der Kulturarbeit zusammenhing. In dem Grußwort des zuständigen Gebietsleiters im Westfälischen Heimatbund Wilhelm Zepter spiegelte sich der neue, gesamtgesellschaftliche Anspruch wider. Stellvertretend für alle regionalen Verbände und Organisationen bekräftigte Zepter die Unterstützung für die Gesamtdeutsche Woche sowie die Vertriebenen insgesamt: „Die Heimatvereine und SGV [Sauerländischer Gebirgsverein]-Abteilungen des Siegerlandes haben sich dem Ruf zur Mitgestaltung der „Gesamtdeutschen Woche“ und des „Tages der Heimat“ nicht verschlossen […] Wenn Menschen aus ihrer angestammten Heimat gewaltsam vertrieben werden, so erblicken wir darin ein bitteres Unrecht. Die Heimat- und Wandervereine bejahen deshalb die „Charta der Vertriebenen“ vom 5.8.1950.“[22]

Der BdV-Kreisvorsitzende Max Gorski sah ebenso wie die Verantwortlichen auf Landesebene eine neue Phase in der Arbeit der Vertriebenenorganisationen angebrochen. In seinem Beitrag spitzte er die Formulierungen der Verantwortlichen der Landesregierung in Düsseldorf zu. Indem er das Grundgesetz zitierte, postulierte er die Wiedervereinigung „Gesamtdeutschlands“ als Ziel der Kulturarbeit: „Jeder möge erkennen, daß die materielle Not zum größten Teil behoben ist, daß aber eine andere Not um vieles größer ist: die Trennung deutscher Menschen voneinander, die Verweigerung des Rechtes auf Heimat. Das darf nicht vergessen werden, diese Not verpflichtet jeden Deutschen: Das gesamte

[21] Protokoll über die 16. Sitzung des Flüchtlings- und Vertriebenenausschusses am 14.03.1968, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

[22] Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8.

deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden!“[23]

Eröffnung, Programm und Ablauf der Woche

Die „Gesamtdeutsche Woche“ begann mit einem kleinen Festakt am Montag, dem 20. September.[24] Die Veranstaltung im bereits wiederholt von den Vertriebenenorganisationen genutzten Oraniersaal des Oberen Schlosses bot den Akteur*innen der Kulturarbeit eine Gelegenheit, voreinander und vor ausgewählten Gästen aus Politik und Verwaltung Rechenschaft über Ziele und Gestaltung der Veranstaltung abzulegen. Die breite Bevölkerung als eigentliche Zielgruppe der Woche wurde hingegen nicht angesprochen. Typische Elemente von Vertriebenenversammlungen wie Gottesdienst oder Totengedenken fehlten.

Die Eröffnungsfeier wurde ihrem Zweck, die Geschlossenheit von Politik, regionaler Gesellschaft und Vertriebenenorganisationen zu demonstrieren, nicht gerecht. Zum einen waren wichtige Personen ferngeblieben. Nicht nur einer der beiden Schirmherren, der Landrat Hermann Schmidt (SPD) fehlte, auch der als Festredner geladene Düsseldorfer Ministerialdirigent Ludwig Landsberg, einer der landesweit wichtigsten Akteure der Kulturarbeit, ließ sich von einer Regierungsdirektorin vertreten.

Zum anderen wurden inhaltliche Differenzen deutlich. Nach der Begrüßung durch Max Gorski folgten Ansprachen des Siegener Oberbürgermeisters Karl Eckmann sowie der Regierungsdirektorin Wolf. Beide verstanden die Restitution „Gesamtdeutschlands“ als Fernziel, zu dem die „Gesamtdeutsche Woche“ indirekt beitragen sollte. Eckmann erklärte: „Die heute beginnende Veranstaltungsreihe darf keine Kundgebungswoche werden, sondern eine Arbeitswoche, an deren Ende die Bereitschaft zur Mitarbeit steht. Die Aufgabe lautet: Wiedervereinigung.“[25] Wolf formulierte etwas vorsichtiger aber dennoch übereinstimmend: „Die Gesamtdeutsche Woche ist eine Vorbereitung auf die Wiedervereinigung – ein Appell an jeden einzelnen Bürger, an der Wiedervereinigung mitzuarbeiten!“[26] Ihre weiteren Ausführungen jedoch, insbesondere ihre Forderung, „das Gespräch mit dem Osten aufzunehmen, die Befangenheit auf Grund persönlicher Erlebnisse zu überwinden“[27], bargen großes Konfliktpotenzial. Aus Sicht vieler Zwangsmigrant*innen schien ihre Aussage, dass es „beispielsweise auch auf polnischer Seite ebensoviel [sic!] Grund, wenn nicht mehr, zu Kränkung und Verwundung“[28] gebe, das eigene Leid und

[23] Ebd.
[24] Vgl. Einladung zur Eröffnung der „Gesamtdeutschen Woche“ vom 20.-26. September 1965 in Siegen, LA NRW NW 951, Nr. 155.
[25] Jeder einzelne zur Mitarbeit aufgerufen. Die Aufgabe lautet: Wiedervereinigung. OB Eckmann und Frau Dr. Wolf bei der Eröffnung der Gesamtdeutschen Woche in Siegen, in: Westfalenpost vom 22.09.1965.
[26] An der Wiedervereinigung mitarbeiten! Gesamtdeutsche Woche eröffnet / Feier mit Appell an die Bevölkerung, in: Westfälische Rundschau vom 22.09.1965.
[27] Jeder einzelne zur Mitarbeit aufgerufen, in: Westfalenpost vom 22.09.1965.
[28] An der Wiedervereinigung mitarbeiten!, in: Westfälische Rundschau vom 22.09.1965.

den Heimatverlust zu schmälern und den Status als besonders schützenswerte Opfergruppe in Frage zu stellen. Wolf ging damit weit über die in den Leitlinien für die „Gesamtdeutsche Woche“ niedergelegten Positionen des Arbeits- und Sozialministeriums hinaus und nahm in Kauf, die Siegerländer Vertriebenen vor den Kopf zu stoßen. Die Rede markierte somit eine Zäsur im gegenseitigen Verhältnis. Erstmals sahen sich die Zwangsmigrant*innen durch eine Vertreterin der Landespolitik aufgefordert, ihr Selbstverständnis zu hinterfragen und mit der polnischen Bevölkerung in den Dialog zu treten. Der Ablauf und der Inhalt der restlichen Woche sind gut dokumentiert. Das Programmheft verzeichnet 20 unterschiedliche Veranstaltungen, die durch vereinzelte Wiederholungen an 25 Terminen stattfanden.[29] Formal entsprach das Programm weitgehend den Vorgaben des Arbeits- und Sozialministeriums. Beinahe alle der vorgesehenen Veranstaltungstypen waren enthalten, lediglich eine Ausstellung fehlte. Wie vorgesehen, fanden sie an mehreren Orten im Kreisgebiet, hauptsächlich jedoch in Siegen, statt und wurden von verschiedenen Organisationen und Institutionen ausgerichtet. Ihre Abfolge war offenbar nach rein praktischen Gesichtspunkten festgelegt worden. Es ist weder ein übergreifendes inhaltliches Konzept noch eine Dramaturgie zu erkennen. Eine Ausnahme bildete die Abschlusskundgebung. Sie war eindeutig als Höhepunkt der Woche vorgesehen und wurde dementsprechend bewusst in der Siegerlandhalle in Siegen abgehalten. Als Austragungsorte für die übrigen Veranstaltungen dienten Schulen, Vereins- und Gemeindehäuser, Fest- und Theatersäle sowie Turnhallen.

Vorträge für ein „gesamtdeutsches Bewußtsein“

Einen Großteil des Programms machten (Bild-)Vorträge über die Gebiete jenseits der deutsch-deutschen Grenze und östlich von Oder und Neiße aus. Mit ihrem betont wissenschaftlichen Anspruch sollten sie den ministeriellen Auftrag einlösen, das Publikum über die „Verhältnisse in dem mittel- und ostdeutschen Raum sowie in Ostmitteleuropa“[30] zu unterrichten, und eine Wissensbasis für das „gesamtdeutsche Bewußtsein“ schaffen. Damit entsprachen sie dem Typ c) der Programmvorgaben („Veranstaltungen im Rahmen der Erwachsenenbildung, z. B. an Volkshochschulen“). Insgesamt sechsmal referierte der Stockholmer Historiker Eric Oxenstierna zu den Themen „Als schwedischer Gast in der Zone“, „Arbeiter, Bauern und Funktionäre in der Zone“ sowie „Hinter dem Eisernen Vorhang – Ohne Begleitung in der Zone“. Ein anderer Vortrag behandelte „Ideologie und Wirklichkeit des Sowjetsystems“. Als einziger Redner beschäftigte sich der Leiter der politischen Abteilung des Deutschlandfunks Johannes Gross mit dem eigentlichen Ziel der „Gesamtdeutschen Woche“.

[29] Vgl. Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8.
[30] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

In seinem Vortrag „Der dritte Weg. Aussöhnung statt Restauration und Resignation – Gedanken zur deutschen Ostpolitik" bezeichnete er die auch auf der Eröffnung vorgetragene Forderung, sich mit den östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik zu verständigen als „Zeichen der Resignation nach dem Scheitern der Adenauerschen ‚Politik der Stärke'"[31]. Eine Versöhnung sei angesichts des fehlenden Willens sowie der Überheblichkeit der europäischen Regierungen jedoch nicht in Sicht. Da ein wirklicher Ausgleich so kaum möglich sei, nütze es wenig, „immer nur fasziniert auf Polen zu schauen, das in allen Belangen in schärfstem Gegensatz zu Deutschland steht". Vielmehr gelte es, „unser Land so nach außen hin darzustellen, wie es wirklich ist: friedfertig, leistungsfähig und avantgardistisch in allen Bereichen der Kultur, einer der fortschrittlichsten Sozialstaaten der Welt, der auch seine Vergangenheit aus eigener Initiative bewältigt hat."[32] Groß zog somit einen Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit und entlastete zugleich die Vertriebenen von der Forderung, das eigene Verhältnis zu den sogenannten „Vertreiberstaaten" zu hinterfragen.

Kabarettveranstaltungen

Vielbeachtet waren die Auftritte des „Göttinger Studenten- und Dilettanten-Kabaretts ‚Die Leid-Artikler'" im Katholischen Vereinshaus Freudenberg und der Weidenauer Bismarck-Halle. Sie bildeten einen Gegenpol zu den nüchtern-sachlichen Vorträgen, waren jedoch mehr als bloße Unterhaltungsveranstaltungen. Die Sketche behandelten „die gesamte deutsche Politik unserer Tage, besonders die ‚gesamtdeutsche'"[33]. Unter anderem ging es um die Hallstein-Doktrin, den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 und die Berliner Mauer.[34] Ein Artikel der Siegener Zeitung beschrieb die Wirkung auf das Publikum: „Der einzelne wird durch die Glossen und Persiflagen, dargeboten in herzerfrischender Respektlosigkeit, zur Stellungnahme gezwungen."[35] So erfüllte Humor erstmals eine politische Funktion für die regionale Kulturarbeit. Zwar hatten Kabarett- und Theateraufführungen seit der unmittelbaren Nachkriegszeit zu den Versammlungen und Heimatabenden der Siegerländer Vertriebenen gehört, dort jedoch in erster Linie der Auflockerung gedient. Die „Leid-Artikler" ließen sich jedoch nicht ohne Weiteres vereinnahmen. Eine ihrer Darbietungen gipfelte beispielsweise in der Feststellung „Deutschland wird wohl im Jahre 2285 wiedervereinigt werden!"[36] und stellte damit indirekt den Sinn der „Gesamtdeutschen Woche" infrage.

[31] Aussöhnung als dritter Weg der Ostpolitik, in Siegener Zeitung vom 23.09.1965.
[32] Ebd.
[33] Gesamtdeutsche Woche einmal anders. Gastspiel der „Leid-Artikler" in Freudenberg zündete, in: Westfälische Rundschau vom 25./26.09.1965.
[34] Vgl. ebd.; Dem Wohlstandsdenken viel Unbehagen bereitet. Die „Leid-Artikler" attackieren nicht nur das Zwerchfell – Gezielte Pointen, in: Siegener Zeitung vom 23.09.1965.
[35] Ebd.
[36] Gesamtdeutsche Woche einmal anders, in: Westfälische Rundschau vom 25./26. September 1965.

„In jugendgemäßer Form". Junge Menschen als Zielgruppe der „Gesamtdeutschen Woche" und Kulturarbeit

Derartige kritische Zwischentöne blieben in den „Veranstaltungen für die Jugend in jugendgemäßer Form" aus. Obwohl Heranwachsende zu den wichtigsten Zielgruppen der Kulturarbeit gehörten, wurden ihnen lediglich zwei Termine gewidmet. Diese allerdings fielen in das vom Arbeits- und Sozialministerium definierte Spektrum von „Forumgespräche[n] bis zum politischen Kabarett"[37]. So richtete der Kreisjugendring am 25. September in der Bühne der Stadt Siegen „3 Jugend-Kabaretts"[38] aus.[39] Anders als bei den Auftritten der „Leid-Artikler" fehlte ihnen aber ein explizit politisches Moment. Auch ohne einen direkten inhaltlichen Bezug zu deren Themen schufen sie jedoch Aufmerksamkeit für die „Gesamtdeutsche Woche" und sprachen junge Menschen an, die sich nicht für die Vertreibungsproblematik und die bundesrepublikanische Ostpolitik interessierten.

Als Misserfolg musste hingegen die vorabendliche Veranstaltung in der Aula der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen in Siegen gelten. Ebenfalls von der Arbeitsgemeinschaft regionaler Jugendverbände organisiert und als „Jugendforumsgespräch" deklariert, handelte es sich tatsächlich um eine Podiumsdiskussion von Erwachsenen – darunter der Direktor der Siegener Volkshochschule, ein Dozent der Ingenieurschule und ein Pastor – über „Freiheit und Gerechtigkeit aus östlicher und westlicher Sicht".[40] Offenbar waren jedoch weder das Format noch das Thema für die Zielgruppe der Jugendlichen attraktiv. Laut der Westfälischen Rundschau fanden sich lediglich 56 Teilnehmer*innen ein.[41]

Ein weiterer Weg, junge Menschen zu erreichen, sollte über Lehrkräfte und den schulischen Ostkundeunterricht führen. Hierfür hatte das Arbeits- und Sozialministerium „Veranstaltungen für Lehrer und Erzieher unter Hinweis auf ihre Aufgaben bei der Behandlung Gesamtdeutschlands im Unterricht"[42] vorgesehen. In Siegen wurde diese Vorgabe durch eine von Hugo Novak geleitete Lehrertagung zum Thema „Die Gesamtdeutsche Frage im Unterricht" am 25. September in der Siegerlandhalle aufgegriffen. Ziel war es laut Novak, den Teilnehmer*innen Anregungen zu geben, wie sie „die deutsche Frage

[37] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

[38] Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8.

[39] Vgl. Munterer Kabarett-Nachwuchs tritt zu edlem Wettstreit an. Am Samstag Gäste des Theaters der Jugend Siegen, in: Westfalenpost vom 24. September 1965; „Stelldichein der 10. Muse" in Siegen. Nachwuchskabaretts am Samstag Gast des „Theaters der Jugend", in: Westfälische Rundschau vom 24.09.1965.

[40] Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8; vgl. Wettkampf der Systeme diskutiert. Podiumsdiskussion über „Freiheit" in Ost und West, in: Westfälische Rundschau vom 27.09.1965.

[41] Wettkampf der Systeme diskutiert. Podiumsdiskussion über „Freiheit" in Ost und West, in: Westfälische Rundschau vom 27.09.1965.

[42] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

und darüber hinaus die Ostkunde in den Unterricht aufnehmen und zeitgemäß der Jugend in den höheren Schulen, den Volks- und Berufsschulen nahebringen“[43] konnten. Als Referenten waren ein Professor der Pädagogischen Hochschule Aachen und ein Regierungsdirektor aus Dortmund geladen, die beide der von Novak geleiteten Landesarbeitsgemeinschaft angehörten. Ersterer stellte in seinem Vortrag „Die Gestaltung der Ostkunde im Unterricht“ die „Deutsche Frage“ als „Uranliegen des deutschen Volkes“[44] dar, welches folglich auch in der Schule zu behandeln sei. Er betonte die Rechtsansprüche der Bundesrepublik auf die ehemaligen Ostgebiete und forderte, diese müssten „mit der nötigen Sachkenntnis und inneren Anteilnahme“ vermittelt werden. Zugleich warnte er davor, dies aus einer rein historischen Perspektive zu tun: „Ostkunde darf sich nicht in der Beschäftigung mit der Besiedlung vom Oder-Neiße-Raum erschöpfen.“ Während er sich jedoch aus seiner beruflichen Erfahrung heraus optimistisch zeigte, dass „gerade die jungen Menschen“ durch eine entsprechende Schulbildung „den richtigen Weg finden werden“, sah der zweite Redner das Unterrichtsprinzip in der Krise. Dafür verantwortlich machte er den veränderten öffentlichen und medialen Diskurs über „Flucht und Vertreibung“. „Eine gewisse Richtung in Rundfunk, Fernsehen und Presse“, so argumentierte er, habe dafür gesorgt, dass einige Lehrkräfte „die Ostkunde bereits abgeschrieben haben“[45]. Sich auf Empfehlungen der Kultusminister der Länder von 1956 berufend verteidigte er diese als „wesentlichen Bestandteil der politischen Bildung“ und stellte dabei das „Recht auf Heimat“ in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Über diese grundsätzlichen Erörterungen hinausgehende Ergebnisse der Tagung lassen sich aus den verfügbaren Quellen kaum erkennen. Beide Redner betrachteten die „gesamtdeutsche Frage“ als gegenwärtiges politisches Problem und den Ostkundeunterricht als Teil der Lösung. Historischen Zugängen maßen beide nur insofern Bedeutung bei, als sie dem Ziel der Wiedervereinigung unmittelbar nutzten. Damit waren diese jedoch an den stetig abnehmenden tagespolitischen Stellenwert der „gesamtdeutschen Frage“ geknüpft.

„Sonderveranstaltungen für speziell interessierte Kreise“

Der Typ der „allgemeinen Veranstaltungen […] für die gesamte Bevölkerung“ und „Sonderveranstaltungen für speziell interessierte Kreise“ war gleich mehrfach vertreten. Hierzu zählten eine „Tagung der Frauen der Stadt Siegen und der Landkreise Siegen, Olpe, und Wittgenstein“ in der Bühne der Stadt Siegen sowie ein vom Heimatgebiet Siegerland-Wittgenstein im Westfälischen Heimatbund, dem Siegerländer Heimatverein und der Bezirksgruppe Siegerland des Sauerländischen Gebirgsvereins durchgeführter Kongress. Erstere behandelte „die Verhältnisse in dem mittel- und ostdeutschen Raum

[43] Ostkunde – wesentlicher Teil des Schulunterrichts. Lehrertagung gab Anregungen für sinnvolle Gestaltung des Ostkundeunterrichts, in: Siegener Zeitung vom 27.09.1965.
[44] Ebd.
[45] Ebd.

sowie in Ostmitteleuropa“[46] aus einer geschlechterspezifischen Perspektive. Ein Vortrag über die „Die Stellung der Frau hüben und drüben“[47] war der Kern der Großveranstaltung mit etwa 700 Besucher*innen.[48]

Zweitere setzte unter der plakativen Überschrift „Das Siegerland und der deutsche Osten“[49] die Instruktion des Arbeits- und Sozialministerium um, „die gemeinsame deutsche Kultur und Geschichte zu pflegen und der ganzen Bevölkerung bewußt zu machen“[50]. Dabei wurden vor allem die wechselseitigen historischen Verbindungen zwischen beiden Regionen thematisiert.[51] Als Redner trat der Siegener Stadtarchivar und Heimatforscher Alfred Lück auf. In seinem Vortrag ging er hauptsächlich auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungen ein und spannte dabei den Bogen von der mittelalterlichen Ostsiedlung bis zu Verhandlungen des Fürsten Wilhelm Hyacinth von Nassau-Siegen mit dem russischen Zarenhaus im 18. Jahrhundert. „Wertvolle Impulse aus Mitteldeutschland, Ostdeutschland und Süddeutschland“[52], die das Siegerland geprägt hatten, erwähnte er hingegen nur am Rande. Lück verkehrte somit ein bewährtes Narrativ der Kulturarbeit ins Gegenteil. Hatten die Zwangsmigrant*innen seit der Ausstellung „Deutsche Kunst – deutsches Gewerbe im Osten“ von 1949 immer wieder ihre Leistungen und ihr Potenzial für die westdeutsche Mehrheitsgesellschaft herausgestellt, so betonte der Archivar nun den Anteil der Siegerländer*innen an der „ostdeutschen“ Geschichte. Der augenscheinlich geschichtswissenschaftliche Vortrag verfolgte in erster Linie ein politisches Ziel. Er sollte verdeutlichen, dass der Verlust der Ostgebiete zum Teil auch die Siegerländer Geschichte bedrohte. Das historische Wissen diente somit als Ressource, um die regionalen Vereine für die „gesamtdeutsche“ Sache zu gewinnen.

Die Vertriebenenorganisationen waren mit vier Veranstaltungen im Programm vertreten. Am 24. und 25. September führten die örtlichen Vertriebenenbeiräte, BdV-Ortsver-

[46] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

[47] Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8.

[48] Vgl. Gleichberechtigung ‚drüben‘ heißt mehr Pflichten. Frauentagung in der Gesamtdeutschen Woche – „Die Stellung der Frau in der SBZ“, in: Siegener Zeitung vom 24.09.1965; Bundesrepublik ist ganz anders. Drei Veranstaltungen im Rahmen der gesamtdeutschen Woche, in: Westfälische Rundschau vom 25./26.09.1965; Wiedervereinigung in der Sicht der Frau: Probleme und Ziele. Eindrucksvolle Feierstunde in der Bühne der Stadt Siegen, in: Westfalenpost vom 25.09.1965.

[49] Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8.

[50] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

[51] Vgl. Viele historische Beziehungen des Siegerlandes zum Osten. Archivar Lücks Beitrag zur Gesamtdeutschen Woche, in: Westfalenpost vom 27.09.1965; Fast wäre das Siegerland russisch geworden. „Das Siegerland und seine Beziehungen zum Osten“ – Alfred Lück referierte vor Heimatfreunden und Vertriebenen, in: Siegener Zeitung vom 27.09.1965.

[52] Mannigfache Ostbeziehungen aufgezeigt. Archivar Lück sprach auf Arbeitstagung im Handwerkerhaus, in: Westfälische Rundschau vom 27.09.1965.

bände und Heimatvereine einen Heimatabend in Wilden sowie zwei Feierstunden in Niederschelden und Gosenbach durch.[53] Formal und inhaltlich waren diese stark an den „Tag der Heimat" sowie die regelmäßigen Zusammenkünfte der Ortsgruppen angelehnt. Dadurch erfüllten sie zwar die Erwartungen und Bedürfnisse der Zwangsmigrant*innen, boten jedoch wenig Neues und sprachen die übrige Bevölkerung kaum an.
Gar abschreckend dürfte die Tagung der „heimatverbliebenen und heimatvertriebenen Bauern der Stadt Siegen und der Landkreise Siegen und Wittgenstein" am 25. September gewirkt haben. Die Landwirte aus der Region sollten eigentlich in der Weidenauer Bismarckhalle über die Themen „Agrarstruktur – Problem der Gegenwart" und „Untergang des ostdeutschen Bauerntums"[54] diskutieren, doch die Rede des Mitbegründers und Präsidenten des Bauernverbandes der Vertriebenen Ferdinand Steves führte zum Eklat. Mit seiner scharfen Kritik an der Bundesregierung und dem Deutschen Bauernverband brüskierte er sowohl die einheimischen Gäste als auch den Vertreter der Landesregierung aus dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. An den Beginn seiner Rede stellte er die These: „Die ostdeutschen Bauern können keineswegs als eingegliedert angesprochen werden."[55] Damit bezog Steves sich auf den seiner Meinung nach unzureichenden und diskriminierenden Lastenausgleich, der es nur Wenigen ermöglicht habe, sich in der neuen Heimat eine landwirtschaftliche Existenz aufzubauen. Als Grund machte er mangelnde Hilfsbereitschaft der Berufsgenoss*innen im Bundestag wie auch in den (über-)regionalen Interessenvertretungen aus. Besondere Entrüstung rief seine Aussage „Wären die westdeutschen Bauern als Vertriebene nach Ostdeutschland gekommen, wir hätten für sie mehr Verständnis aufgebracht."[56] hervor. Die Westfalenpost urteilte: „Einen nicht sehr guten Dienst an dem zunehmenden Verstehen zwischen einheimischen und vertriebenen Bauern erwies Präsident Steves mit seiner oft ins Demagogische abgleitenden Rede."[57] Dieser Auftritt machte schlaglichtartig die unter der Oberfläche brodelnde Frustration vieler Zwangsmigrant*innen und die ansonsten stets sorgsam geglätteten Interessenkonflikte mit der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft sichtbar.

Abschluss der „Gesamtdeutschen Woche". „Großkundgebung" und „Tag der Heimat"

Den Höhepunkt der „Gesamtdeutschen Woche" bildete der „Tag der Heimat" in der Siegerlandhalle am Sonntag, dem 26. September.[58] Um die Veranstaltungsreihe wirkungsvoll

[53] Vgl. Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8.
[54] Ebd.
[55] Heimatvertriebene Bauern fordern Gerechtigkeit. Präsident Steves: ‚Es ist bitteres Unrecht geschehen' – Kritik am Lastenausgleich – Erste gemeinsame Bauerntagung, in: Siegener Zeitung vom 27.09.1965.
[56] 900 Mio. DM gab das Land für die vertriebenen Bauern aus. Siegerländer Bauerntagung mit falschen Tönen, in: Westfalenpost vom 28.09.1965.
[57] Ebd.
[58] Vgl. Plakat „Gesamtdeutsche Woche Tag der Heimat", in: Westfälische Rundschau vom 24.09.1965.

abzuschließen, wurde der Gedenktag als politische „Großkundgebung“[59] inszeniert. Termin und Ort waren so gewählt, dass ein möglichst breites Publikum erreicht werden konnte. Den Auftakt bildeten morgendliche Gottesdienste beider Konfessionen in der Martinikirche und der katholischen Pfarrkirche St. Peter und Paul in Siegen. Anschließend versammelten sich die städtischen Gesangsvereine auf dem Rathaus-Vorplatz für ein „Offenes Singen“[60]. Am Nachmittag begann schließlich die Feier in der Siegerlandhalle mit einer Begrüßung durch den BdV-Kreisvorsitzenden Max Gorski.

Zahlreiche Gäste waren der Einladung der Schirmherren und des BdV gefolgt. Als Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft erschienen der Vorsitzende des Siegerländer Heimatvereins Fritz Schleifenbaum und Wilhelm Zepter, welche sich auch aktiv an der „Gesamtdeutschen Woche“ beteiligt hatten. Mit dem Bundestagsabgeordneten Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (CDU) sowie Hans Reinhardt, der für die SPD im nordrhein-westfälischen Landtag saß, nahmen ebenso prominente Repräsentanten der wichtigsten politischen Parteien teil. Für Stadt- und Landkreis Siegen waren der Oberkreisdirektor Heinz Kuhbier und ein Stadtrat anwesend. Hermann Schmidt (SPD) sowie Karl Eckmann (CDU) hingegen waren laut der Siegener Zeitung „verhindert“[61]. Die Abwesenheit der beiden Schirmherren musste auffallen und wirft auch rückblickend Fragen auf. Letztlich bleibt ungewiss, ob hier Unstimmigkeiten bzw. Interessenkonflikte oder praktische Erwägungen ausschlaggebend waren. Selbst ohne Schmidt und Eckmann jedoch löste die Kundgebung – mehr noch als die Eröffnungsfeier – die Forderung des Arbeits- und Sozialministeriums nach einer „Veranstaltung mit den Trägern der politischen Verantwortung“[62] ein.

Auf die Begrüßung folgte ein gemeinsames Totengedenken. Die bei fast sämtlichen Vertriebenenversammlungen obligatorische Andacht wurde hier erstmals „zu Ehren aller Opfer des Krieges, der Vertreibung, Verschleppung und Gefangenschaft“[63] gehalten und schloss damit neben den Beteiligten aller Kriegsparteien auch die Siegerländer Bevölkerung ein, die besonders stark unter den alliierten Luftangriffen und den Kampfhandlungen kurz vor Kriegsende gelitten hatte.

Kern der Veranstaltung war ein Festvortrag von Hugo Novak mit dem Titel „Die deutsche Frage“. Der Ausdruck „deutsche Frage“ – oder auch: „Deutschlandfrage“ – verwies auf die Teilung Deutschlands. Er konnte entweder als bloße Zustandsbeschreibung oder als politische Forderung nach Wiedervereinigung gebraucht werden.[64] Als solcher tauchte er auch in der Resolution des CDU-Parteitages 1956 in Stuttgart auf, welche die „gerechte

[59] Vgl. Programmheft zur Gesamtdeutschen Woche im Siegerland, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, 280/8.
[60] Ebd.
[61] „Sieg des Rechts statt Recht des Siegers“. Großkundgebung beendete Gesamtdeutsche Woche – Oberstudiendirektor Dr. Novak sprach über „Die Deutsche Frage“, in: Siegener Zeitung vom 27.09.1965.
[62] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[63] „Sieg des Rechts statt Recht des Siegers“, in: Siegener Zeitung vom 27.09.1965.
[64] Vgl. Wengeler: Die Deutschen Fragen, S. 331-333.

Ordnung“ der „deutschen Frage“ als „wesentliche Voraussetzung für ein lebensfähiges Europa“[65] postulierte. Ähnlich argumentierte auch Novak. Er verurteilte den territorialen Status quo als „Rechtsbruch“ und forderte, die Grenzen von 1937 wieder herzustellen, um somit „überall das Recht des Siegers dem Sieg des Rechtes weichen“[66] zu lassen. Dieses Ziel allerdings sah er von mehreren Seiten gefährdet. Als wesentliches Hindernis identifizierte er die Stimmung in der Bevölkerung, die sich zunehmend mit der Teilung abfinde, „die Vertriebenen und Flüchtlinge als Störenfriede“ betrachte und mit „hämischen Verunglimpfungen“ überziehe. Des Weiteren sprach er die jüngeren Entwicklungen in der bundesrepublikanischen Außenpolitik an. Die „Politik des Möglichen“ gegenüber den Ostblockstaaten lehnte er rundheraus ab: „Wer auf ein Viertel des deutschen Staatsgebietes verzichtet, der treibt keine deutsche und keine Realpolitik!“ Insgesamt fiel seine Rede weit drastischer aus als die Vorträge bei der Lehrertagung tags zuvor, traf jedoch offensichtlich die Stimmung des Publikums. So fand Novak laut der Siegener Zeitung „starken Beifall“, als er betonte, „daß sich Deutschland nicht alleine am Kriege schuldig gemacht habe und daß der Vorwurf der ‚Kollektivschuld des deutschen Volkes sittlich nicht untermauert und wissenschaftlich nicht haltbar‘ sei“[67]. Sein Standpunkt, dass „nur das ganze deutsche Volk, West-. Mittel- und Ostdeutschland […] den Frieden in Europa garantieren“[68] könne, ließ sich vor diesem Hintergrund durchaus als drohender Fingerzeig an die ehemaligen Kriegsgegner verstehen. Es liegt nahe zu vermuten, dass Novak gegenüber den prominenteren Anwesenden bewusst als Redner ausgewählt wurde, da er kein bedeutendes öffentliches Amt bekleidete und so in geringerem Maß an die Grenzen des politischen Diskurses gebunden war. Zugleich gab er vor, sich „nicht um Nationalismus und Machtpolitik, sondern um die Sicherheit der Rechtsordnung“ zu sorgen und immunisierte sich auf diese Weise gegen Revanchismusvorwürfe. Am Schluss der Kundgebung ergriff noch einmal der BdV-Kreisvorsitzende Gorski das Wort, um sich bei allen Beteiligten zu bedanken und die „Gesamtdeutsche Woche“ im Siegerland zu beschließen. Deren Ziel, so fasste er zusammen, sei es gewesen, „an alle Deutschen die Bitte und den Appell zu richten, das Vaterland wieder erstehen zu lassen.“[69] Nirgendwo war dies deutlicher geschehen als auf der Abschlusskundgebung. Hatten die meisten Veranstaltungen im Verlauf der Woche dazu gedient, einzelne Zielgruppen anzusprechen, zu informieren und sie über ihre jeweiligen Interessen für das gesamtdeutsche Engagement zu gewinnen, so war die Feier eine öffentlichkeitswirksame Affirmation des „gesamtdeutschen Auftrages“[70]. Dem äußeren Ablauf nach folgte sie weitgehend den Konventionen des „Tages der Heimat“, richtete sich inhaltlich jedoch an die gesamte Bevölkerung. Wie bei den meisten

[65] Zit. nach: Hans Edgar Jahn: Die deutsche Frage von 1945 bis heute. Der Weg der Parteien und Regierungen. Mainz 1985, S. 212; Wengeler: Die Deutschen Fragen, S. 332.
[66] „Sieg des Rechts statt Recht des Siegers“, in: Siegener Zeitung vom 27.09.1965.
[67] Ebd.
[68] Ebd.
[69] Ebd.
[70] Strategiepapier des Arbeits- und Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamtdeutsche Wochen, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

öffentlichen Gedenk- und Feiertagen der Zwangsmigrant*innen stand die moralisch-politische Dimension im Vordergrund, die allerdings durch das Rahmenprogramm um eine religiöse und ästhetische erweitert wurde.

Zweifelhafte Bilanz und Ende der „Gesamtdeutschen Wochen"

Die „Gesamtdeutsche Woche im Siegerland" zeigte vor allem das nach wie vor große Mobilisierungspotenzial der Kulturarbeit. Es war den Verantwortlichen gelungen, die wichtigsten regionalen gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Institutionen einzubinden. Das Düsseldorfer Arbeits- und Sozialministerium trug das Format rasch in die Breite. So verdoppelte sich die Zahl der teilnehmenden Kreise und kreisfreien Städte von 15 im Jahr 1965 auf 33 1966, wobei die Landesbehörde über ihre „Empfehlungen und Hinweise" sowie die finanziellen Fördermittel stets auch eine Kontrolle über die Umsetzung behielt.[71] Die Siebenbürgische Zeitung schlussfolgerte 1967, „daß sich die Konzeption der Gesamtdeutschen Wochen in Nordrhein-Westfalen bewährt hat. […] Erfreulicherweise darf festgestellt werden, daß es fast überall gelungen ist, weite Kreise der Bevölkerung nicht nur aufmerksam zu machen, sondern vielmehr interessierte Organisationen, Verbände und Institutionen sowie persönlich interessierte Bürger zur Weiterführung der begonnenen Arbeit anzuregen. Damit ist bereits ein wesentliches Ziel der Gesamtdeutschen Wochen erreicht worden."[72] Vereinzelte Befunde lassen jedoch an dieser positiven Bilanz zweifeln. Die Siegerländer Ausgabe der „Gesamtdeutschen Woche" jedenfalls musste, gemessen an den vom Arbeits- und Sozialministerium sowie der Siebenbürgischen Zeitung formulierten Kriterien, als Misserfolg gelten. Zwar sorgten die intensive Öffentlichkeitsarbeit und die zahlreichen Veranstaltungen vorübergehend für große Aufmerksamkeit in der Bevölkerung, als „Impulsgeber" wirkte sie jedoch nicht. Weder nahm das Engagement für „Gesamtdeutschland" in der Region merklich zu, noch beteiligten sich die alteingesessenen Vereine und Institutionen dauerhaft an der Kulturarbeit. Darüber hinaus wurden nicht alle Veranstaltungen dem vom Arbeits- und Sozialministerium formulierten gesamtgesellschaftlichen Anspruch gerecht. Insbesondere die Vertriebenenorganisationen hatten sich stark auf ihre eigene Klientel ausgerichtet und ihre etablierten Formate weitgehend beibehalten.

Kreativer gingen die einheimischen Beteiligten vor. Der Vortrag des Siegener Stadtarchivars Lück über „Das Siegerland und seine Beziehungen zum Osten" nutzte die gemeinsame Geschichte, der Auftritt der „Leid-Artikler" hingegen Satire und Humor, um Einheimische und Vertriebene für den „gesamtdeutschen Auftrag" zu gewinnen.

Die bei der Kabarettaufführung angedeuteten Unstimmigkeiten über die richtige Ostpolitik und die Chancen einer Wiedervereinigung wurden im Verlauf der Woche unübersehbar. Während die Regierungsdirektorin Wolf auf der Eröffnungsveranstaltung zum

[71] Vgl. Vorlage zur 15. Sitzung des Flüchtlings- und Vertriebenenausschusses vom 22.01.1968, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[72] Siebenbürgische Zeitung vom 15.03.1967.

„Gespräch mit dem Osten“[73] aufforderte, erklärte Johannes Gross die Verständigung mit Polen für aussichtslos. Auf der Weidenauer Bauerntagung indessen wurden die innenpolitischen Bruchlinien vollends sichtbar. Das Hauptproblem der „Gesamtdeutschen Woche“ aber war, dass sie ihre wichtigste Zielgruppe nicht erreichte. Von 20 waren nur drei Veranstaltungen auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet.

Deutlicher noch als im Siegerland scheiterte die „Gesamtdeutsche Woche“ im folgenden Jahr in Krefeld endgültig. Anders als in Siegen, wo zumindest einige Veranstaltungen ein großes Publikum gefunden hatten, war das Desinteresse der Bürger*innen hier offenkundig. Die Westdeutsche Zeitung vermerkte nüchtern: „Es wird wohl in Zukunft in Krefeld keine ‚Gesamtdeutsche Woche‘ mehr geben. Die rund zehn Veranstaltungen, die in diesem Jahr durchgeführt wurden, hatten eine so schwache Resonanz in der Bürgerschaft, daß der Einsatz der Mittel – es waren rund 6600 DM – nicht mehr vertretbar ist.“[74] Ein Beobachter erklärte dazu: „Die Jüngeren haben die Ostgebiete abgeschrieben, die Aelteren [sic!] sind müde geworden.“[75]

1967 sank die Zahl der „Gesamtdeutschen Wochen“ in Nordrhein-Westfalen auf 24.[76] Als das Interesse von Zwangsmigrant*innen wie Einheimischen über alle Altersgruppen hinweg schwand, waren auch die regionalen Vereine und Organisationen ohne Bezug zu „Flucht und Vertreibung“ immer schwerer für eine Mitarbeit zu gewinnen. Ihr Beitrag war jedoch für den Erfolg der „Gesamtdeutschen Wochen“ entscheidend, da eine zu starke Beteiligung der Vertriebenenverbände abschreckend wirken konnte. Auf einer Sitzung des Landesflüchtlings- und -vertriebenenausschusses im März 1968 argumentierte der Ministerialrat Dieter Graeven: „Würden die Vertriebenenverbände zu sehr nach außen gekehrt, rufe das sogar bei der übrigen Bevölkerung eine gewisse Aversion hervor.“[77] Fortan sollten daher nicht länger das jeweilige Vertriebenenamt, „sondern jene Organisation, die den größten Widerhall finde“ tonangebend bei den „Gesamtdeutschen Wochen“ sein. Der Ausschussvorsitzende Paul Scholz (CDU) stellte gar das Konzept an sich infrage und bezweifelte, „ob die Kreise zur Durchführung der Gesamtdeutschen Wochen gerne oder nur unter gelindem Druck bereit seien“[78].

Als weiteres Hindernis erwies sich in der Folgezeit die Neuausrichtung der Ostpolitik. Mit dem durch die „Große Koalition“ (1966-1969) eingeschlagenen und von der sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) konsequent fortgeführten Entspannungskurs gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten war das Beharren auf

[73] Jeder einzelne zur Mitarbeit aufgerufen, in: Westfalenpost vom 22.09.1965.
[74] Jugend desinteressiert, die Alten müde geworden. In Zukunft wohl keine Gesamtdeutsche Woche mehr, in: Westdeutsche Zeitung vom 15.10.1966.
[75] Ebd.
[76] Vorlage zur 15. Sitzung des Flüchtlings- und Vertriebenenausschusses vom 22.01.1968, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[77] Protokoll über die 16. Sitzung des Flüchtlings- und Vertriebenenausschusses am 14.03.1968, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[78] Ebd.

„Gesamtdeutschland“ in den Grenzen von 1937 nicht mehr vereinbar.[79] Dieser Paradigmenwechsel betraf auch die Kulturarbeit und insbesondere die Gesamtdeutsche Woche. Im September 1968 erklärte Werner Figgen (SPD), seit Ende 1966 Konrad Grundmanns Nachfolger als nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister, die Verständigung mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten zu einem ihrer wesentlichen Ziele: „Außerdem gilt es, Interesse für unsere östlichen Nachbarn zu wecken. So wie manche Unverbesserlichen heute noch über die Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn sprechen, kann nur sprechen, wer nichts vom Gestern und Heute dieser Völker weiß.“[80] Zusammengenommen führten das geringe Interesse in der Bevölkerung und der Streit um das Konzept dazu, dass die „Gesamtdeutschen Wochen“ Anfang der 1970er Jahre eingestellt wurden. Wie in Krefeld blieben sie auch im Siegerland ein einmaliges Ereignis.

[79] Vgl. Matthias Stickler: Bundesrepublik Deutschland, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (28.01.2022), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/laender/bundesrepublik-deutschland (Stand: 18.07.2024).
[80] Siebenbürgische Zeitung vom 15.09.1968.

2.6 Die Ausstellung „Leistung und Schicksal – Informationsschau über die Deutschen im Osten“

Zu den Veranstaltungen, die häufig mit der „Gesamtdeutschen Woche“ kombiniert wurden, gehörte außer dem „Tag der Heimat“ und dem „Tag der deutschen Einheit“ auch die Ausstellung „Leistung und Schicksal – Informationsschau über die Deutschen im Osten“.[1] Die vom „Haus des Deutschen Ostens“ in Düsseldorf konzipierte Exposition wurde über annähernd zwei Jahrzehnte hinweg in zahlreichen Orten im Bundesgebiet gezeigt und zog etwa 700 000 Besucher*innen an.[2] In Siegen gastierte sie unter Trägerschaft der Stadt und des Kreises vom 3. November bis zum 11. Dezember 1965 und wurde von über 5 000 Menschen besucht.[3] Die Wanderausstellung war ein wichtiges Ereignis in der neuen Phase der Kulturarbeit wie auch für die Siegerländer Erinnerungskultur.

Zwar wurde das Original der Informationsschau nach Auskunft der Stiftung Gerhard-Hauptmann-Haus mittlerweile entsorgt, jedoch sind die von der Stiftung Haus des Deutschen Ostens herausgegebenen Kataloge erhalten.[4] Ferner liegt eine nicht datierte und unvollständige fotografische Dokumentation auf Dias vor, welche die Ausstellung sowohl im aufgebauten Zustand an verschiedenen Orten als auch einzelne Tafeln, Vitrinen und Objekte zeigt.[5] Über den Verleih der Ausstellung nach Siegen existieren keine Quellen, jedoch wurde sie von ihrer Eröffnung an umfassend von der lokalen Presse begleitet und dokumentiert.

Entstehungsgeschichte und Ziele der Ausstellung

Die Arbeiten an „Leistung und Schicksal“ begannen 1964 im Düsseldorfer „Haus des Deutschen Ostens“.[6] Dieses war eine von zwei gleichnamigen Stiftungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Düsseldorfer Haus und sein Aachener Pendant waren als „Ausstrahlungszentren für die kulturellen Fragen des Deutschen Ostens und als Stätten der Begegnung von Vertriebenen, Flüchtlingen und Einheimischen“ gedacht und standen

[1] So etwa 1968 in Köln. Auch im niederrheinischen Wesel gab es entsprechende Planungen. Vgl. Protokoll über die Sitzung des Flüchtlings- und Vertriebenenausschusses am 14.03.1968, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.

[2] Vgl. Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, S. 101f.

[3] Vgl. Informationsschau registrierte 5000. Besucher. Die Ausstellung „Leistung und Schicksal“ schließt Sonntagabend ihre Tore, in: Siegener Zeitung vom 9.12.1966.

[4] Zu „Leistung und Schicksal“ wurden zeitversetzt zwei verschiedene Kataloge herausgegeben. Da Siegen der zweite Halt der Informationsschau überhaupt war, ist davon auszugehen, dass sie dort gemäß der ersten Katalogausgabe von 1966 umgesetzt wurde. Folglich wird diese für die Analyse in dieser Arbeit zugrunde gelegt. Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, Informationsschau über die Deutschen im Osten, Troisdorf 1966. 1969 erschien der zweite Katalog. Vgl. dies. (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969.

[5] Ort und Zeitpunkt der Aufnahmen sind unbekannt. Die Dias sind nummeriert, der Bestand ist jedoch nicht vollständig, die Bibliothek verzeichnet zehn Nummern als fehlend. Vgl. Dias zur Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.

[6] Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 3.

als solche „allen Kreisen der Bevölkerung“[7] offen. Grundlage der Stiftungsarbeit war der § 96 BVFG. Als konkreten Auftrag der Institution legte die Gründungsurkunde von 1957 die „Behandlung der Vertriebenenprobleme“, die Pflege „des Heimatbewusstseins der Vertriebenen“ und „der Kenntnis des deutschen Ostens und die Erhaltung seiner kulturellen Werte“[8] fest. Die offiziell als „Informationsschau“ bezeichnete Ausstellung entsprach vor allem der letzten Aufgabe. Ihr Ziel war es laut Ausstellungskatalog, „einheimischen und vertriebenen, alten und jungen Bürgern des Landes Gelegenheit zu geben, sich über die deutsche Ostsiedlung, über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des deutschen Ostens und über das Schicksal der Deutschen im Osten nach dem letzten Weltkriege sachlich zu informieren“[9]. Dahinter standen grundsätzliche Befürchtungen, die schon den Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen Landesvertriebenenbeirats Friedrich Herbst dazu bewegt hatten, einen „geschichtlichen Notstand“ zu proklamieren.[10] Konrad Grundmann, nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister, argumentierte in seinem Geleitwort im Ausstellungskatalog: „Je weiter wir uns vom Kriegsende und den nachfolgenden schweren Schicksalsschlägen der Vertreibung entfernen, um so größer wird die Gefahr, daß die Erinnerung an die kulturelle Leistung Ostdeutschlands verblaßt und daß wir uns mit dem heutigen Zustand des geteilten Deutschlands abfinden. Aufgabe dieser Ausstellung ist es, das kulturelle Erbe Ostdeutschlands für das ganze Volk fruchtbar zu machen, ein Erbe, von dem – bewußt oder auch unbewußt – ganz Deutschland lebt.“[11]

Damit ähnelte das Konzept stark dem der „Gesamtdeutschen Woche“, bezog sich jedoch nicht konkret auf die „Deutsche Frage“ bzw. die Wiedervereinigung. Vielmehr legte es den inhaltlichen Schwerpunkt auf „die enge Verknüpfung West-, Mittel- und Ostdeutschlands und besonders die Beziehungen zwischen Ostdeutschland und dem Gebiet des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen“[12]. In seinem Geleitwort rückte Grundmann darüber hinaus ein zweites Ziel in den Vordergrund. Für ihn sollte die Informationsschau „zu einem freundnachbarlichen Verhältnis zu unseren osteuropäischen und südosteuropäischen Nachbarn“ beitragen. Um dies zu erreichen, war seiner Ansicht nach eine rein deutsche Perspektive nicht mehr ausreichend: „Dann bedarf es Kenntnis der Geschichte, der kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen unseres Volkes in den deutschen Ostpro-

[7] Otto Heike: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben und Heimatmuseen, in: Der Wegweiser. Zeitschrift für das Vertriebenenwesen 3/1963, S. 58f., hier S. 59.
[8] Zit. nach: Wir auch in Nordrhein-Westfalen. 60 Jahre Stiftung Haus des deutschen Ostens / Gerhart-Hauptmann-Haus 1957–2017, in: Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus Deutsch-osteuropäisches Forum (Hg.): 60 Jahre Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, S. 21-40, hier S. 26.
[9] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 4.
[10] Vgl. Kapitel 2.5.
[11] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 3.
[12] Ebd., S. 5.

vinzen. Dann bedarf es aber auch der Kenntnis der Kultur, der Sprache und der Mentalität unserer Nachbarvölker."[13] Diesem ausdrücklich „wissenschaftlichen und pädagogischen Informationszweck"[14] entsprach auch die Beschreibung als „Informationsschau". Nach Art einer thematischen Gesamtschau sollte sie ihren Gegenstand möglichst vollständig darstellen.[15]

Der Titel „Leistung und Schicksal" war eine im Diskurs über „Flucht und Vertreibung" gebräuchliche, für die unterschiedlichen Besucher*innengruppen unmittelbar verständliche und ansprechende Formel.[16] Sie stellte den Errungenschaften der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die Erfahrung von Flucht, Zwangsumsiedlung und Heimatverlust gegenüber. Dennoch drückte der Titel keinen Fatalismus aus. Er ließ sich auch als Hinweis auf eine positive Vorbestimmung und das Potenzial der Vertriebenen in ihrer neuen Umgebung deuten. Daneben schlug der Begriff auch eine Brücke zur Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Bevölkerung für die Zwangsmigrant*innen.

Der Zusatz „Informationsschau über die Deutschen im Osten" war politisch neutral formuliert und bezog auch die Bevölkerungsteile außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 ein. Im Katalog und auf den Ausstellungstafeln selbst dagegen wurde die Bezeichnung „Ostdeutschland", bzw. das daraus abgeleitete Adjektiv „ostdeutsch" genutzt, welche auf die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches verwies und einen anhaltenden Anspruch auf deren Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik implizierte.[17]

Gestaltung, Struktur und Inhalte

Die Arbeiten an der Ausstellung dauerten ungefähr zwei Jahre. Der Etat war mit 500 000 DM nicht nur für zeitgenössische Verhältnisse großzügig.[18] Zuständig für die „Wissenschaftliche Vorbereitung und Gestaltung"[19] war der Historiker Eberhard Günther Schulz. Ihm zur Seite standen insgesamt 67 aufgrund ihrer Expertise für bestimmte Themengebiete ausgewählte externe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die „künstlerische und technische Gestaltung und Ausführung"[20] übernahm der Grafiker Fritz Rübbert. Um die Schau an möglichst vielen verschiedenen Orten zeigen zu können, wurde sie als Wanderausstellung konzipiert. Dementsprechend wurde größtenteils auf originale Ausstellungsobjekte verzichtet. Sie wurde außerdem modular aufgebaut und ließ sich somit an unterschiedliche Räumlichkeiten anpassen. Beides ging jedoch nicht zulasten von Umfang und

[13] Ebd., S. 3.
[14] Ebd., S. 5.
[15] Zu dem Ausstellungstyp vgl. Urban: Rettung der Vergangenheit – Verlust der Gegenwart?!, S. 76.
[16] Vgl. Fritz Gause (Hg.): Ostpreussen. Leistung und Schicksal, Essen 1958; Eberhard Günter Schulz (Hg.): Leistung und Schicksal: Abhandlungen und Berichte über die Deutschen im Osten, Köln 1967.
[17] Vgl. Wengeler: Die Deutschen Fragen, S. 364.
[18] Vgl. Protokoll über die Sitzung des Flüchtlings- und Vertriebenenausschusses am 14.03.1968, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[19] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969, S. 46.
[20] Ebd.

Platzbedarf. In Dortmund, wo die Schau am 10. September erstmalig eröffnet wurde, nahm „Leistung und Schicksal“ eine Fläche von 800 m² ein.[21] Der Aufbau der Ausstellung ist anhand der fotografischen Dokumentation im Besitz der Stiftung Gerhard-Hauptmann-Haus erkennbar. Sie bestand im Wesentlichen aus rechteckigen, ungefähr 2m hohen, in gerader Reihenfolge oder im rechten Winkel zueinander angeordneten Stellwänden. Lampen an der Oberseite beleuchteten die etwa ab Kniehöhe mit Informationstexten, Fotos, Bildern oder Illustrationen bedruckten Ausstellungstafeln.[22] Hinzu kamen von zwei Seiten aus zugängliche schräge Tischvitrinen mit weiteren Informationstexten und Reproduktionen historischer Quellen. Einzelne Themenbereiche wurden zudem durch dreidimensionale Objekte, beispielsweise eine Büste Joseph Freiherr von Eichendorffs, und technische Installationen ergänzt. Beschriftungen und Pfeile wiesen den Weg durch die Ausstellung.[23]

Die Exposition umfasste drei Teile, die wiederum in verschiedene Themenbereiche gegliedert waren. Gemeinsam stellten diese die „800-jährige Pionierarbeit, die in Ostdeutschland geleistet wurde“[24], dar. Dabei behandelte sie auch „die deutschen Ostgebiete und die deutschen Siedlungsgebiete in Osteuropa außerhalb der deutschen Reichsgrenzen von 1937“[25]. Gemäß dem Titel lag „das besondere Gewicht auf der Leistung der Menschen aus diesen Gebieten und weniger auf dem natürlichen Reichtum und der Schönheit der Landschaften“[26].

Erster Ausstellungsteil: „Deutsche Siedlung in Ost- und Südosteuropa“

Der erste Ausstellungsteil bestand aus fünf chronologisch gegliederten Themenbereichen. Er begann mit einem „siedlungsgeschichtliche[n] Einleitungsteil“, der „die grundlegende Umgestaltung der von der deutschen Ostsiedlung erfassten Gebiete sichtbar machen“[27] sollte. Zu Beginn wurde die „Lage der Siedlungsgebiete im Osten vor der mittelalterlichen Ostsiedlung“ dargestellt. Ein Informationstext erklärte dazu: „Nicht als ob die deutschen Siedler in einen menschenleeren Raum vorgestoßen wären, aber die Besiedlung dieser Gebiete war dünn und die Wirtschaftsmethoden gegenüber dem westlichen Abendland zurückgeblieben.“[28] Als Beispiel für dieses Entwicklungsgefälle wurden unterschiedliche landwirtschaftliche Arbeitsweisen gegenübergestellt. So konstruierte die Ausstellung von Anbeginn an einen Gegensatz zwischen der vermeintlich rückständigen einheimischen baltischen und slawischen Bevölkerung und den deutschen Siedlern. Er bildete die Grundlage für das folgende Fortschrittsnarrativ.

---

[21] Vgl. Siebenbürgische Zeitung vom 31.07.1966.
[22] Viele der Informationstexte und Bilder auf den Tafeln waren auch im Ausstellungskatalog abgedruckt.
[23] Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 6.
[24] Ebd., S. 3.
[25] Ebd., S. 4.
[26] Ebd.
[27] Ebd., S. 7.
[28] Ebd. Einige der Informationstexte von den Ausstellungstafeln wurden auch im Katalog abgedruckt.

Die nächsten beiden Themenbereiche behandelten „Rechtsgrundlage und Ablauf der mittelalterlichen Ostsiedlung“ und die „Formen der Siedlung“ und sollten deren „friedlichen, rechtlichen und kulturfördernden Charakter“[29] beweisen. Eine großformatige Karte zeigte, wie diese Migration vom 12. bis 14. Jahrhundert vorangeschritten war. Weitere wichtige Darstellungsmittel waren Reproduktionen historischer Urkunden, die gesammelt auf einem Pult präsentiert wurden. Unter der großformatigen Überschrift „RECHTSGRUNDLAGE“ war etwa das Privileg von 1233 abgebildet, in dem der Landmeister des Deutschen Ritterordens Hermann von Balk dem Kaplan Ägidius von Namslau ein Gebiet zur Ansiedlung von Romanen, Deutschen und anderen Gruppen übergeben hatte.[30] Ein Faksimile der Ordensregel des Deutschen Ordens und eine Fotografie der Grabstätte von dessen Hochmeister Luther von Braunschweig im Königsberger Dom dienten als Belege für die vermeintliche zivilisatorische Überlegenheit und die christlichen Motive der Siedler.[31] Die Eroberungen und gewaltsame Missionierung im Verlauf der Ostsiedlung, vor allem auf dem Gebiet zwischen den Flüssen Elbe und Oder, unterschlug die Ausstellung hingegen.[32]

Im dritten Themenbereich wurden anhand von Karten und Luftbildern die verschiedenen Siedlungsplätze und -formen dargestellt. Auch hier ging es um technischen und gesellschaftlichen Fortschritt, welcher die „alten regellosen Weiler“ in „Großdörfer“[33] verwandelt habe. Als Höhepunkt dieser Entwicklung zu immer größeren Niederlassungen wurde schließlich „die abendländische Stadt im Rechtssinne“ präsentiert. Fotografien berühmter Bauwerke wie dem Rigaer Schwarzhäupterhaus, dem Rathaus von Breslau oder der Marienburg sollten dieses Narrativ belegen.

Mit dem vierten Bereich „Ergebnisse der mittelalterlichen Ostsiedlung“ rückten die im Ausstellungstitel erwähnten „Leistungen“ durch den Landesausbau ins Zentrum. Das wichtigste Ergebnis der Siedlungstätigkeit bestand laut dem Ausstellungskatalog darin, „für das deutsche Volk […] die Vergrößerung seines Siedlungsbodens auf etwa das Doppelte und die Entstehung einer Reihe ostdeutscher Neustämme“[34] erreicht zu haben. Hierin klang deutlich der völkische Topos eines expansiven „Drangs nach Osten“[35] und die nationalsozialistische „Lebensraum“-Ideologie nach. Als Grundlage postulierte die Ausstellung eine nationale Identität, welche rasch auch auf die erwähnten „Neustämme“ übergegriffen habe: „Unbeschadet der mannigfachen Herkunft gewannen die deutschen

[29] Ebd., S. 43.
[30] Vgl. Dia 9 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[31] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 8.
[32] Zum Verlauf der Ostsiedlung vgl. Winfried Irgang: Mittelalterlicher Landesausbau/Ostsiedlung, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (6.12.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/mittelalterlicher-landesausbau-ostsiedlung (Stand: 18.07.2024).
[33] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 7.
[34] Ebd., S. 9.
[35] Vgl. Berit Pleitner: ‚Drang nach Osten‘, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, (05.01.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/drang-nach-osten (Stand: 18.07.2024).

Neustämme auf der Grundlage ihrer Territorien schnell eine neue Einheit und ein Gesamtbewußtsein. Nach einigen Generationen des Einwurzelns und Reifens nahmen sie an der Gesamtentwicklung der deutschen Kultur kräftig und mit eigenen Noten teil."[36] Tatsächlich lag den mittelalterlichen Migrationsbewegungen jedoch weder ein modernes nationales Selbstverständnis zugrunde, noch gingen Landnahme und -erschließung ausschließlich vom deutschen Raum aus. Vielmehr wirkten daran unter anderem Flamen, Dänen, sogenannte wallonische und nordfranzösische Reichsromanen und nicht zuletzt die alteingesessenen Bevölkerungen der neu besiedelten Gebiete mit.[37] Letztere wurden jedoch lediglich als passive Nutznießer der Ostsiedlung dargestellt. Indirekt beanspruchte die Ausstellung sogar den Aufstieg Polens als deutsches Verdienst: „Der innere Landesausbau und die Durchdringung mit westlichen Kulturwerten wurden die Grundlage für Polens Machtstellung im 15. und 16. Jahrhundert, seinem ‚Goldenen Zeitalter'"[38]. Mit einer knappen Darstellung der „neuzeitlichen deutschen Ostsiedlung in a) den deutschen Ostgebieten und Polen b) den Sudetenländern c) dem Karpaten- und Donauraum d) Rußland" schloss der erste Ausstellungsteil. Dieser fünfte Themenbereich folgte zwar der chronologischen Ordnung, war in sich jedoch regional „nach den wichtigsten Räumen"[39] gegliedert, zu denen auch die Gebiete außerhalb der deutschen Grenzen von 1937 gezählt wurden. Trotz seines geringen Umfangs – auch der Katalog widmete ihm nur wenige Zeilen – erfüllte der Bereich zwei wichtige Funktionen. Zum einen sprach er die unterschiedlichen deutschen „Volksgruppen" und insbesondere die Aussiedler an und bezog sie in das Ausstellungsnarrativ ein, zum anderen konstruierte er eine Kontinuität zwischen der mittelalterlichen Ostsiedlung und der deutschen bzw. preußischen Außenpolitik im 19. Jahrhundert.[40]

Zweiter Ausstellungsteil: „Wirtschaftliche und kulturelle Leistung der Deutschen im Osten"

Im zweiten Teil der Ausstellung ging es zunächst um die natürlichen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung im „deutschen Osten". Die klimatischen Verhältnisse wurden anhand von Karten dargestellt.[41] Unter den Bodenschätzen spielte Bernstein eine herausgehobene Rolle. Bilder zeigten die Gewinnung im Tagebau oder durch Bernsteinfischerei. Eine Vitrine mit daraus gefertigten Schmuckstücken und Kunstobjekten ergänzte die Präsentation.[42] Im folgenden Abschnitt über „Handel und Wirtschaft in vor-

[36] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 9.
[37] Vgl. Pleitner: ‚Drang nach Osten'.
[38] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 10.
[39] Ebd.
[40] Dieses Kontinuitätsnarrativ hat die Forschung widerlegt. Vgl. Pleitner: ‚Drang nach Osten'.
[41] Vgl. Dia 23 der Ausstellung „Leistung und Schicksal", Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[42] Vgl. Dia 36 der Ausstellung „Leistung und Schicksal", Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.

industrieller Zeit“ standen weniger spezielle Güter oder Gewerbe als vielmehr die Bedeutung des „deutschen Ostens“ insgesamt als Wirtschaftsraum im Fokus. Eine Karte der „Hansestädte im Raum der Oder und der Weichsel“ verwies auf die Entwicklung und Verbreitung des Handelsbündnisses.[43] Wie im Katalog angekündigt, wurden auch die Beziehungen zu den Gebieten und Menschen außerhalb des deutschen Raums thematisiert. Beispielsweise zeigte eine weitere großformatige Karte der durch die Ostgebiete führenden mittelalterlichen Handelsrouten, „wie sehr die ostdeutschen und die polnischen Gebiete wirtschaftlich verknüpft waren.“[44]

„Wirtschaftliche Leistung“

Weit ausführlicher wurde dagegen im folgenden Themenbereich „Die wirtschaftliche Leistung in den deutschen Ostgebieten“ im 19. und 20. Jahrhundert behandelt. Die Ausstellung hob insbesondere die landwirtschaftliche und industrielle Produktionsleistung hervor. Wichtigstes Darstellungsmittel waren hier Statistiken und Visualisierungen wirtschaftlicher Daten. Ihnen maßen die Verantwortlichen „den größten Vergleichswert für den Betrachter“[45] bei. Als Referenz dienten dabei stets westdeutsche Gebiete. Die Größe agrarischer Betriebe in Ost und West wurden in Linien-, der industrielle Ausstoß in Säulendiagrammen gegenübergestellt. Diese Grafiken wiesen die „Ostgebiete“ als vorwiegend landwirtschaftlich geprägten aber zugleich industriell hochentwickelten und damit dem Westen gleichwertigen Teil Deutschlands aus. Karten des Eisenbahnnetzes und der Schifffahrtswege unterstrichen dieses Narrativ. Der technische Fortschritt im „deutschen Osten“ wurde anhand des oberschlesischen Industriereviers und des Danziger Hafens dargestellt. Letzterer war in seinem Zustand im Jahr 1936 abgebildet. Eine Karte im Maßstab 1:10 000 zeigte die für damalige Verhältnisse modernen Kaianlagen, Becken, Verladeeinrichtungen und Speicherstätten. Ergänzend zur Wirtschaftsgeschichte wurden die wechselseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Regionen Deutschlands thematisiert. Schematische Darstellungen wie „Die Herkunft der Berliner Bevölkerung 1907“ und „Die Herkunft der Einwanderer Westfalens und des Rheinlandes 1907“ verwiesen auf den innerdeutschen Bevölkerungs- und Wissenstransfer.

Ein wichtiges Ziel des Abschnitts war es, „die Vielfalt der ostdeutschen Wirtschaft anzudeuten“. Neben den „Leistungen“ der „Ostdeutschen“ sollten dem Publikum auch deren nahezu universelle ökonomische Fähigkeiten und Potenziale bewusst werden. Dementsprechend waren neben Weinbau, Jagd, Fischerei, Fortwirtschaft und Tierzucht auch Handwerk und Kunst berücksichtigt worden. In Vitrinen waren schlesische Eisenguß- und böhmische Glasarbeiten zu sehen. Selbst „Bäder und Quellen, Luftkurorte und andere Erholungsstätten“ in den Ostgebieten wurden auf mehreren Tafeln dargestellt. In ähnlicher Weise wurde am Schluss des Abschnitts und gegliedert nach Regionen „die

[43] Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal. Informationsschau, Troisdorf 1966, S. 12.
[44] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 12.
[45] Ebd., S. 15; folgende Zitate ebd., S.12-15.

wirtschaftliche Vielfalt der osteuropäischen Auslandsdeutschen“ aufgezeigt. Allerdings beschränkte sich die Darstellung hier auf die jeweils bedeutendsten Sektoren und erschien dadurch nur mehr als Nachtrag zur eigentlichen „ostdeutschen“ Geschichte.

„Kulturelle Leistungen“

Der folgende Themenbereich „Kulturelle Leistungen der Deutschen im Osten“ war laut Katalog das „Kernstück der ganzen Ausstellung“[46] und nahm ca. zwei Drittel der gesamten Schau ein.[47] Die zugehörigen Erläuterungen beanspruchten 26 von insgesamt 47 Katalogseiten. Eine chronologische Ordnung war hier wenig sinnvoll und wurde daher durch eine rein sektorale abgelöst. Der Hauptfokus lag auf den Themen „Wissenschaften“, „Künste“ und „Politik“. Die beiden ersteren galten den Verantwortlichen als wichtigster Beitrag der „Ostdeutschen“: „Im Bereich der Wissenschaften, Künste und Literatur mutet die Ausstellung wie eine Kulturgeschichte des ganzen deutschen Volkes an […] Hier wird klar, daß wir in Ostdeutschland vom 17. bis zum 20. Jahrhundert ein Kernland der abendländischen Kultur vor uns haben.“[48] Übergreifendes Darstellungs- und Vermittlungsprinzip war die Personalisierung.[49] Die kulturellen Leistungen wurden hauptsächlich anhand von berühmten Einzelpersonen dargestellt, die im „Deutschen Osten“ geboren worden waren oder dort gewirkt hatten.

Am Anfang der Abschnitte über „Wissenschaften“ und „Künste“ waren jeweils auf Listen „die bedeutendsten Fachvertreter“[50] der unterschiedlichen Disziplinen bzw. Gattungen verzeichnet. Außer den Namen der Männer –Frauen wurden schlicht nicht berücksichtigt – war stets auch ihre Herkunft angegeben, „um den relativen Anteil der Ostdeutschen an den bedeutendsten Persönlichkeiten ganz Deutschlands im Bereich der einzelnen Wissenschaften und Künste durchgehend sichtbar zu machen“[51]. Möglicher Kritik an dieser willkürlichen Auswahl von Personen begegnete der Ausstellungskatalog vorauseilend: „Diese Listen sollen keine Leistungsstatistik im Sinne einer meßbaren Qualität liefern, sondern lediglich einen Anhaltspunkt für einen Vergleich auf überprüfbar objektiver Grundlage.“ Worin aber genau die Leistungen bestanden hatten, wurde lediglich durch wenige Vitrinen etwa mit Erstausgaben berühmter Autoren angedeutet.

In ähnlicher Weise verwies auch der Abschnitt über die „wichtigsten Stätten zur Pflege der Wissenschaften“[52] eher auf die Vielfalt und das Renommee der Einrichtungen als auf

[46] Ebd., S. 18.
[47] Vgl. Im Blickpunkt: die ostdeutsche Kultur, in: Siegener Zeitung vom 3.11.1966.
[48] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 19.
[49] Vgl. Klaus Bergmann: Personalisierung, Personifizierung, in: Ders./Klaus Fröhlich/Annette Kuhn/Jörn Rüsen/Gerhard Schneider (Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber 1997, S. 298-300, hier S. 299.
[50] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 31.
[51] Ebd.
[52] Ebd., S. 16.

deren konkrete Verdienste. Die Stellwände zeigten hauptsächlich Bilder der wissenschaftlichen Institutionen. Besonders prominent war Breslau mit seiner Universität, Kunstakademie, Technischen Hochschule sowie dem Jüdisch-Theologischen Seminar vertreten.
Der Abschnitt über die „Künste" war nach verschiedenen Gattungen gegliedert. Literatur und Theater wurden anhand ausgewählter-Schriftsteller, Dichter und Dramatiker dargestellt. Eine Alternative zu den bereits erwähnten Namenslisten bot hier die grafische Darstellung der „Lebenskreise schlesischer Barockdichter", darunter Martin Opitz, Angelus Silesius, Andreas Gryphius und Quirinus Kuhlmann. In der Mitte konzentrischer Kreise waren die Worte „Schlesien Breslau" notiert. Von dort in alle Himmelsrichtungen ausstrebende Linien verbanden dieses Zentrum mit den verschiedenen Wirkungsstätten der Genannten. Anhand farbiger Markierungen wurde dabei erkennbar, wo sich ihre Wege gekreuzt hatten.[53]
Die musikalischen Leistungen wurden „vor allem zu Gehör gebracht"[54]. An speziellen Stationen konnten Besucher*innen beispielsweise Werke des in Königsberg geborenen Johann Friedrich Reichardt und weiterer Komponisten anhören. Diese für damalige Verhältnisse fortschrittliche technische Lösung erlaubte es einerseits, Musik besonders leicht zugänglich zu präsentieren. Andererseits mussten die teils wenig bekannten Musiker dem Publikum erst anhand ihrer Werke vorgestellt werden. Eine „Komponistenstatistik nach Wirkungsorten für ausgewählte Städte" unterstrich zusätzlich den Rang und Einfluss „ostdeutscher" Musiker.
Die Präsentation der Bildenden Kunst wie der Baukunst schließlich bereitete die größten Schwierigkeiten, obwohl es auch auf diesen Gebieten zahlreiche berühmte Persönlichkeiten aus dem „deutschen Osten" gab. Da „Leistung und Schicksal" als Wanderausstellung „auf den Reiz von Originalen verzichten"[55] musste, konnten etwa die Werke berühmter Maler wie Lovis Corinth oder Adolph von Menzel nur als Reproduktionen auf den Stellwänden gezeigt werden. Die „ostdeutsche" Architekturgeschichte wurde anhand von Fotografien bekannter Gebäude aus unterschiedlichen Epochen dargestellt. So diente etwa die Wallfahrtskirche des Benediktinerklosters in Grüssau als Beispiel für die barocke Baukunst, während die Breslauer Jahrhunderthalle auf die architektonische Moderne verwies. Zusätzlich visualisierten sogenannte „Bildbiographien" die „Lebenswege berühmter Baumeister"[56] aus verschiedenen Epochen, darunter Andreas Schlüter, Carl Gottfried Langhans, Benedikt Ried und Blasius Berwart. Mit Knotenpunkten und Beschriftungen versehene Linien, ergänzt durch Informationstexte und Fotografien ihrer wichtigsten Werke, verbanden ihre Geburtsorte und verschiedenen Wirkungsstätten miteinander, um auch die internationale Vernetzung der Architekten zu unterstreichen.[57]

[53] Vgl. Ebd., S. 28.
[54] Ebd., S. 35.
[55] Ebd.
[56] Dia 115 der Ausstellung „Leistung und Schicksal", Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[57] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 37.

Politik

Der politikgeschichtliche Teil umfasste hauptsächlich den Zeitraum vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. „Von ganz besonderer Bedeutung“ waren hier nach Einschätzung der Verantwortlichen „der Anteil Ostdeutscher an den wichtigsten politischen Parteien des 19. und 20. Jahrhunderts, die Festlegung der deutschen Ostgrenze nach dem I. Weltkrieg und die Beteiligung Ostdeutscher am Widerstand gegen das NS-Regime Hitlers“[58]

Mit Fotos und Informationstexten versehene Kurzportraits stellten wichtige politische Akteure wie Ferdinand Lassalle, Rudolf Virchow, Elard von Oldenburg-Januschau und Otto Braun sowie ihre Rolle in den jeweiligen Parteien vor. Anhand einer Übersicht der Reichstagswahlergebnisse wurden „Die Entwicklung der wichtigsten Parteien in den deutschen Ostprovinzen und Nordrhein-Westfalen 1919-1933“[59] verglichen. Somit stellte die Ausstellung erneut eine Verbindung zwischen den Entwicklungen in der alten und der neuen Heimat der Vertriebenen her. Ein gesonderter Bereich informierte außerdem über das politische Engagement der deutschen Bevölkerung während der Zwischenkriegszeit in Polen, der Tschechoslowakei sowie der Freien Stadt Danzig.

Von zentraler Bedeutung für das Ausstellungsnarrativ waren die Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Rund um eine Landkarte, welche die deutschen Gebietsverluste darstellte, waren großformatige Portraits der wichtigsten Akteure angeordnet. Kurze Texte erläuterten den Ablauf der Verhandlungen sowie die jeweiligen Intentionen der beteiligten Mächte. Waren die Pariser Vorortverträge zunächst scharf abgelehnt worden, so betonte die Ausstellung nun ihre juristische Geltung, um die territorialen Ansprüche im Osten zu stützen. Die Kuratoren brachten sie als gewichtiges Argument für die heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenen in Stellung: „Die Grenzziehung im Osten nach dem I. Weltkrieg macht auf die plausibelste Weise deutlich, daß die Berufung des deutschen Volkes auf die Ostgrenze gemäß dem Versailler Friedensvertrag (Grenze von 1937) keineswegs als Revanchismus bezeichnet werden kann.“[60]

Die „Beteiligung Ostdeutscher im Widerstand gegen Hitler“[61] wurde auf drei Tafeln visualisiert. Rund um ein mittig platziertes großes Hakenkreuz waren Fotos bekannter „ostdeutscher“ Widerstandskämpfer angeordnet. Von den Seitenrändern aus gegen das Symbol der NS-Herrschaft gerichtete Pfeile symbolisierten ihre Opposition gegen das Regime. Die Richtungen der Pfeile symbolisierten die unterschiedlichen Lager und Gruppierungen, denen die Männer angehörten. Als Vertreter des religiös motivierten bzw. kirchlichen Widerstands wurden der Breslauer Kardinal Adolf Bertram, der evangelische Geist-

[58] Ebd., S. 39.

[59] Dia 132 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.

[60] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 41f.

[61] Vgl. Dia 143 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.

liche und Mitglied des Pfarrernotbundes Hermann Maas sowie der Rabbiner und Holocaust-Überlebende Leo Baeck gewürdigt. Für die militärische Opposition und insbesondere das Attentat des 20. Juli 1944 standen die Mitverschwörer Helmuth Stieff und Carl Friedrich Goerdeler. Der Begründer des Kreisauer Kreises Helmuth James Graf von Moltke sowie der konservative Politiker Ewald von Kleist-Schmenzin wiederum repräsentierten den zivilen bzw. bürgerlichen Widerstand.
Die vielfältigen Verstrickungen „ostdeutscher" Persönlichkeiten in die nationalsozialistische Diktatur blendete die Ausstellung dagegen aus. In anderen Bereichen der Ausstellung wurden Wegbereiter der NS-Herrschaft wie Elard von Oldenburg-Januschau oder der Industrielle und Rüstungsproduzent Ferdinand Porsche kritiklos für ihre vielfältigen „Leistungen" geehrt. Zusammengenommen zielten alle drei Themenbereiche darauf ab, die politischen Verdienste der „Ostdeutschen" aufzuzeigen und sie zugleich von der Mitverantwortung für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und den Zweiten Weltkrieg zu entlasten. Dadurch stärkten sie zugleich den kollektiven Opferstatus der Vertriebenen.

Volkskunde

Der Abschnitt „Volkskunde" begann mit einer Landkarte Nordrhein-Westfalens, auf der viel besuchte Wallfahrtsorte der Vertriebenen, bestehende Trachten- und Volkstanzgruppen sowie die Austragungsorte diverser Traditionen wie Barbarafeiern, Sommersingen, Osterbrauchtum, Maibaumsetzen und Johannisfeuer verzeichnet waren. Sie vermittelte einen Eindruck von der Vielfalt des „ostdeutschen" Brauchtums in der neuen Heimat.
Der Schwerpunkt lag auf den „ostdeutschen" Trachten sowie den Mundarten und der Mundartdichtung. Erstere waren in einer Vitrine mit Hauben aus verschiedenen Gebieten als Ausstellungsobjekte inszeniert.[62] Als solche eigneten sie sich aufgrund ihrer Größe und ästhetischen Wirkung besonders und waren zudem leicht verfügbar, da Trachten in der Kulturarbeit und Traditionspflege der Vertriebenen nach wie vor verwendet und auch produziert wurden. Zugleich verwischte dadurch die Unterscheidung zwischen Original und Reproduktion. Eine Landkarte zeigte die geografische Verteilung der jeweiligen Trachtentypen und die Herkunft der jeweiligen Stücke.[63] Deren weiterreichende soziokulturelle Bedeutung erschloss sich jedoch nur einem Teil des Publikums wie etwa den Mitgliedern der Trachtengemeinschaften.
Die „ostdeutschen" Mundarten ließen sich als kulturelle „Leistungen" zwar nicht in Form von Objekten ausstellen, dafür jedoch erfahrbar machen. So waren auch in diesem Abschnitt Tonbandgeräte aufgebaut, an denen die Besucher*innen sich unterschiedliche Sprachproben anhören konnten. Zudem ermöglichten Tafeln mit den Texten bekannter Volksballaden einen Vergleich der Dialekte aus allen Teilen Deutschlands. „Vergebliche

[62] Vgl. Dia 153 der Ausstellung „Leistung und Schicksal", Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[63] Vgl. Dia 152 der Ausstellung „Leistung und Schicksal", Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.

Warnung“ war auf Schlesisch, Westfälisch, Fränkisch, Thüringisch und Siebenbürgisch abgedruckt, „Die dienende Schwester“ in Mundarten des Rhein- und Sudetenlandes sowie der Siedlungsgebiete in Galizien und an der Wolga. Die Vermittlung in diesem Themenbereich unterschied sich nicht zufällig vom Rest der Ausstellung. Vielmehr waren die Verantwortlichen der Meinung, dass die erwähnte „enge Verbundenheit aller deutschen Stämme“ sich hier „am allerdeutlichsten“[64] herausstellen ließ.
Die Themen „Religiöses Leben“, „Schulwesen“, „Sport“ und „Deutsches Jugendherbergswerk und Wandern in Ostdeutschland“ wurden in der Schau nur vergleichsweise knapp behandelt, da sich auf diesen Gebieten verglichen mit den vorherigen Abschnitten nur wenige herausragende „Leistungen“ „Ostdeutscher“ feststellen ließen. Die Ausstellung kehrte hier zur personalisierenden Darstellung zurück und verwies etwa auf berühmte Pädagogen und Sportler. Daneben waren Bilder und Informationstexte die wichtigsten Darstellungsmittel.

Dritter Ausstellungsteil: „Flucht und Vertreibung“ und Integration der Vertriebenen

Im dritten und letzten Teil der Schau ging es um das „Schicksal, an dem das ganze deutsche Volk seit mehr als 20 Jahren hart zu tragen hat“ sowie „die Bemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen und der Vertriebenen und Flüchtlinge selber, die Notlage zu lindern und in positive Aufbauarbeit einmünden zu lassen.“[65] Er war inhaltlich klar in die Zeit vor bzw. während und nach der Zwangsmigration unterteilt.
Der erste Abschnitt stellte deren „Hintergrund einschließlich seiner Vorgeschichte“ dar und war in die drei Themenbereiche „Judenverfolgung“, „Deportationen“ und „Grenzvorstellungen der Siegermächte“[66] gegliedert. Diese für die Zwangsmigration wesentlichen historischen Vorgänge wurden jedoch nicht in der ihnen angemessenen Tiefe behandelt, sondern dienten – „bei aller Gedrängtheit“[67] – lediglich der Kontextualisierung. Das grundlegende Narrativ des Ausstellungsteils lässt sich bereits an der knappen Einleitung des Katalogs ablesen: „Er macht die Lage deutlich, in die das NS-Regime und der II. Weltkrieg vor allem den deutschen Osten und seine Menschen gestürzt haben.“[68]
Die Darstellung der Menschheitsverbrechen an der jüdischen Bevölkerung Europas wurde dieser Ausrichtung untergeordnet. So erklärte die zweite Ausgabe des Katalogs von 1969: „Die Darstellung von Vertreibung und Flucht der Ostdeutschen wird eingeleitet mit einem Bericht über die Judenverfolgung unter dem nationalsozialistischen Regime Hitlers, da sie der erste Fall von Vertreibung in unserem Raume gewesen ist.“[69] Diese historisch unhaltbare Parallele zwischen der „Judenverfolgung“ und „Flucht und Vertreibung“

[64] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 43.
[65] Ebd., S. 4.
[66] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 44.
[67] Ebd.
[68] Ebd., S. 4.
[69] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969, S. 34.

wertete den Holocaust ab und instrumentalisierte ihn zugleich, um eine verzerrte Opferhierarchie festzuschreiben.

Die Zwangsmigration selbst stellte die Schau anhand einer mehrere Tafeln umfassenden Aufnahme eines Flüchtlingstrecks sowie einer Karte der wichtigsten Migrationsrouten dar.[70] „Dokumente zur Vertreibung“[71], hauptsächlich sogenannte Sonderbefehle bzw. amtliche Bekanntmachungen, in denen die deutsche Bevölkerung aufgefordert wurde, ihre Wohnorte zu verlassen, sowie ein Balkendiagramm der „Verluste an Menschen bei den Vertriebenen“[72] ergänzten den kurzen Abschnitt. Die Erfahrungen und Erinnerungen der Opfer hingegen ließen sich nach Auffassung der Verantwortlichen mangels objektiver und offizieller Zeugnisse aus deutscher Perspektive kaum darstellen.[73] Eine plausiblere Erklärung ist jedoch die Erfahrung der „Gesamtdeutschen Wochen“, dass ein deutlicher inhaltlicher Schwerpunkt auf der Zwangsmigration das alteingesessene Publikum eher stören oder gar abschrecken konnte.[74]

Das Ende des Abschnitts zu „Hintergrund und Vorgeschichte“ der Zwangsmigration thematisierte neben der menschlichen auch die politische und juristische Ebene. Der entsprechende dritte Themenbereich über die „Grenzvorstellungen der Siegermächte“ wandte sich gegen die Westverschiebung Polens und die dadurch bedingten deutschen Gebietsverluste. Wie schon im politikgeschichtlichen Teil der Ausstellung ging es darum, die als willkürlich empfundene Grenzziehung zu delegitimieren. Anstelle von historischen Argumenten rückten nun die Intentionen und Entscheidungen der Siegermächte in den Fokus. Zwei Tafeln stellten die zwischen 1943 und 1945 diskutierten „Pläne und Vorschläge zur Deutsch-Polnischen Grenze“ gegenüber. Die Ausstellung verwies auf Winston Churchills und Harry S. Trumans Widerstand gegen eine Übertragung der Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen und ließ die letztlich von den „Kommunisten“ unter Stalin durchgesetzte Regelung nicht nur aus deutscher Sicht als rechtswidrig erscheinen.

Die letzten beiden Abschnitte spannten den Bogen von der jüngsten Vergangenheit in die Gegenwart. Zunächst ging es um „Leistungen“ der Aufnahmegesellschaft. Tabellen und Balkendiagramme über die „Leistungen nach dem Soforthilfe- und Ausgleichsgesetz“[75],

[70] Dia 163 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[71] Dia 164 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[72] Ebd.
[73] Die Ausstellungstafel erläuterte: „Kaum ein Aktenstück gibt der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des 2. Weltkrieges authentische Kunde; die Opfer dieser Katastrophe haben keine amtlichen Berichte verfaßt und keinen Dienstweg einhalten können.“ Ebd.
[74] Vgl. Kapitel 2.5
[75] Dia 176 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.

die „Existenzgründungs- und -aufbaukredite für Vertriebene und SBZ-Flüchtlinge“[76] sowie den Wohnungsbau verwiesen auf die vielfältigen bereitgestellten materiellen Hilfen. Statistische Daten, darunter eine Übersicht der „Änderungen der Sozialstruktur der Vertriebenen und SBZ-Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen“, sollten auch die erfolgreiche „Eingliederung“ der Zwangsmigrant*innen belegen.[77] Der Schwerpunkt lag jedoch auf der Landeskulturarbeit für die Vertriebenen. Drei Tafeln verwiesen auf die „ostdeutschen“ Patenschaften und Heimatstuben.[78] Ausführlicher wurden die „Vertriebenensiedlungen“ im niederrheinischen Reichswalde, Espelkamp nahe Minden sowie dem oberbergischen Drabenderhöhe dargestellt. Zusätzlich zu den Ausstellungstafeln mit schriftlichen und Bildinformationen waren auf Tischen hölzerne Modelle aufgestellt, anhand derer die Besucher*innen die Lage und den Aufbau dieser Plansiedlungen nachvollziehen konnten.[79]

Dass auch die „Ostdeutschen“ ihrerseits „Leistungen“ für Nordrhein-Westfalen erbrachten, zeigte der letzte Abschnitt der Ausstellung. Das ließ sich besonders gut am Engagement junger Menschen aufzeigen. Als Ausstellungsobjekte dienten Arbeitsergebnisse des vom Land Nordrhein-Westfalen ausgerichteten „Ost- und Mitteldeutschen Schülerwettbewerbs“. Besonders prominent platziert war eine abstrakte Skulptur mit dem Titel „Die Mauer“. Das Kunstwerk eines Düsseldorfer Schülers zeigte zwei Figuren, welche die durch die Grenze zur DDR geteilten Teile Deutschlands trugen. Auf der einen der beiden getrennten Hälften waren intakte Gebäude und lebendige Menschen zu sehen, auf der anderen hingegen Grenzanlagen und zu Tode gekommene Flüchtlinge. Damit verwies die Skulptur sowohl auf die weiterhin zentrale „Gesamtdeutsche Frage“ als auch auf das kreative Potenzial, welches die Kulturarbeit und insbesondere der Schülerwettbewerb freisetzten. Nach der Umgestaltung der Ausstellung 1969 wurde ein Bild des Kunstwerks auf der Rückseite des neu aufgelegten Katalogs abgedruckt.[80] Mit der Vergewisserung, dass „Leistung und Schicksal“ der „Ostdeutschen“ auch zwei Jahrzehnte nach der Zwangsmigration noch fortbestanden, endete die Schau.

Gesamtbetrachtung

Nach der „Gesamtdeutschen Woche“ war „Leistung und Schicksal“ die zweite großangelegte erinnerungskulturelle Initiative auf Landesebene im Siegerland. Verglichen mit den bisherigen Ausstellungen von 1949 und 1958 sowie den Heimatstuben in Salchendorf und

[76] Dia 174 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[77] Dia 177 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[78] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 24-25; Dia 172 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[79] Dias 181-184, 186 der Ausstellung „Leistung und Schicksal”, Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.
[80] Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969.

Siegen war die Schau ein Quantensprung. Mit ihrem professionellen, wissenschaftlichen Anspruch sowie ihrer finanziellen, personellen und materiellen Ausstattung entsprach sie eher einem historischen Museum als den regionalen Eigeninitiativen der Zwangsmigrant*innen. Wie sich bereits im Namen „Informationsschau" ausdrückte, verfolgte sie jedoch ein anderes Ziel. Ihr ging es um eine möglichst objektiv und wissenschaftlich erscheinende Vermittlung von Informationen. Dies zeigte sich u. a. an den Darstellungsmitteln. Wo immer möglich, wurden Zahlen, Statistiken und Landkarten eingesetzt. Dieser quantifizierende Ansatz erstreckte sich selbst auf den dafür wenig geeigneten kulturgeschichtlichen Teil. So ging es bei den ausgelegten Listen berühmter „ostdeutscher" Persönlichkeiten explizit um einen zahlenmäßigen Vergleich mit anderen deutschen Regionen. Der weitgehende Verzicht auf Ausstellungsobjekte sollte zudem durch eine möglichst moderne und technisch aufwändige Präsentation ausgeglichen werden. Im Umgang mit den wenigen Objekten brach „Leistung und Schicksal" mit den hergebrachten musealen Konventionen. War es bislang üblich gewesen, jedes Objekt einzeln zu präsentieren und in der Ausstellung die gesamte Spannbreite der Sammlung abzubilden, die Kontextualisierung hingegen dem Publikum zu überlassen, dienten die Exponate hier ausdrücklich als „Ergänzung", mit deren Hilfe die eigentliche Schau „aufgelockert"[81] wurde. Vielfach handelte es sich überdies um Reproduktionen, denen die Authentizität und „Autorität"[82] der Originale fehlte. Die Verfasser des Ausstellungskatalogs räumten zunächst freimütig ein, dass dadurch „viel von dem Reiz einer Ausstellung verloren" gehe, nur um den Verzicht auf originale Exponate im nächsten Satz als „großen Vorteil" umzudeuten: „Damit wird eine systematisch umfassende Übersicht über das Thema ermöglicht und die Abhängigkeit vom zufällig Beschaffbaren beseitigt."[83] Ähnlich positiv urteilte die Siegener Zeitung. Sie zog Parallelen zu anderen erfolgreichen Expositionen und argumentierte, die zahlen- und faktenorientierte Darstellung sei zeitgemäß und der Thematik besonders angemessen: „Die Schau ist einer ausgiebigen Information gewidmet. […] So konnte auf Originale verzichtet werden, die einer Informationsschau wie dieser nicht zu genügen vermögen. An diese Mittel hat man sich bei großen Ausstellungen der jüngsten Zeit zunehmend gewöhnt."[84] Aus Sicht der Besucher*innen entfiel damit die Begegnung und Auseinandersetzung mit den musealen Zeugnissen zugunsten der passiven Rezeption möglichst vollständig aufbereiteter historischer Sachinformationen. Die bereitgestellten Objekte und Medien dienten lediglich dazu, die auf den Tafeln präsentierte Narration zu bestätigen. Insgesamt betrachtet war die inhaltlich erschöpfende Darstellung jedoch wenig zielführend. Mit ihren 250 Schautafeln überwältigte sie das Publikum

[81] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 5.
[82] Andreas Urban spricht von der „Autorität des im historischen Prozess mit Bedeutungen aufgeladenen Originals". Urban: Rettung der Vergangenheit – Verlust der Gegenwart?!, S. 73.
[83] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 5.
[84] Sehenswerte Schau auf dem Häusling. Ausstellung „Leistung und Schicksal" bis 11. Dezember in Siegen, in: Siegener Zeitung vom 22.11.1966.

geradezu.[85] Allein das Inhaltsverzeichnis des Kernbereichs über die „Kulturellen Leistungen der Deutschen im Osten“ beanspruchte eine ganze Katalogseite.
Inhaltlich reproduzierte die Ausstellung, angefangen bei ihrem Titel, vor allem bekannte Deutungsmuster und Narrative und half, diese weiter festzuschreiben. Im Kern ging es auch ihr um „Gesamtdeutschland“. Die Argumentation führte jedoch nicht über das Unrecht von „Flucht und Vertreibung“. Vielmehr wurden die Ansprüche auf die Ostgebiete kultur- und kunstgeschichtlich gerechtfertigt. „Leistung und Schicksal“ leitete aus den historischen Ursprüngen des „Deutschen Ostens“ eine Verpflichtung für die Gegenwart ab. „Kulturleistungen“ wie die Siedlungsgeschichte sollten die Ansprüche auf die verlorenen Ostgebiete und darüber hinaus stützen und implizierten sogar ein Anrecht auf die deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der Grenzen von 1937. Dabei postulierte die Schau ein monolithisches Deutschtum, welches vor allem in der Frühphase der sogenannten Ostsiedlung in solcher Einheit und Geschlossenheit nie existiert hatte.
Gleichzeitig diente die Ausstellung dem Ansehen der Vertriebenen, indem sie demonstrierte, welche Verdienste sich diese um Deutschland erworben hatten und künftig noch würden erwerben können. Die strenge geographische Aufteilung der Schau nach Siedlungs- und Wirtschaftsregionen gewährleistete, dass die Zwangsmigrant*innen aller Herkunftsgebiete sich berücksichtigt und repräsentiert fühlen konnten. Neu war dabei die gleichberechtigte Darstellung der deutschen Bevölkerung in den Gebieten außerhalb der Grenzen von 1937 in allen drei Ausstellungsteilen. Aspekte der Vergangenheit, die nicht in das Schema von „Leistung und Schicksal“ passten, blendete die Ausstellung hingegen aus oder funktionalisierte sie um als Hintergrundnarration von „Flucht und Vertreibung“.
Zu der von Konrad Grundmann in seinem Geleitwort als notwendig postulierten „Kenntnis der Kultur, der Sprache und der Mentalität unserer Nachbarvölker“[86] oder einem gegenseitigen „freundschaftlichen Verhältnis“ schließlich trug die Ausstellung nicht bei. Anstatt auch deren Perspektiven zu berücksichtigen, stellte sie die osteuropäischen Staaten und deren Bevölkerung vor allem als Nutznießer deutscher „Leistungen“ dar.

Die Ausstellung in Siegen

Im Siegerland gastierte „Leistung und Schicksal“ über einen Monat lang. Ursprünglich für den 3. November bis zum 27. November 1966 angekündigt, wurde sie aus unbekannten Gründen bis zum 11. Dezember verlängert. Siegen war, noch vor dem Sitz der „Stiftung Haus des deutschen Ostens“, gleich der zweite Halt der Ausstellung.[87] Ausschlaggebend dafür waren vermutlich weniger inhaltliche bzw. konzeptionelle als vielmehr orga-

[85] Diese Angabe stammt aus dem Katalog zur überarbeiteten Fassung der Ausstellung, dürfte aber auch für die erste Fassung ungefähr zutreffen. Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969, S. 34.
[86] Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, S. 3.
[87] Vgl. Im Blickpunkt: die ostdeutsche Kultur, in: Siegener Zeitung vom 3.11.1966.

nisatorische Gründe. Die nordrhein-westfälische Landesregierung verfügte über geeignete Räumlichkeiten im Stadtgebiet. 1962 hatte sie vom Kreis Siegen die Trägerschaft der Ingenieurschule für Bauwesen übernommen.[88] Das leerstehende Gebäude war aufgrund seiner Größe und günstigen Lage ein geradezu idealer Ausstellungsort. Für die Planung und den Aufbau der Schau in Siegen wurde eigens ein Architekt engagiert, die Arbeiten erledigten indes großenteils Abiturienten des Siegener Fürst-Johann-Moritz-Gymnasiums, die vermutlich deren ehemaliger Schulleiter Hugo Novak, nunmehr Mitglied der Gesellschaft für Ostkunde im Unterricht, vermittelt hatte.[89] Zusätzlich reiste der Kurator Eberhard Schulz nach Siegen, um die Ausstellung zu betreuen.

Die neuartige Exposition weckte großes öffentliches Interesse. Anfangs betonten die regionalen Medien deren Neuigkeitswert sowie das Prestige für die Region. Beispielsweise verkündete die Siegener Zeitung stolz: „Mit der Ausstellung ‚Leistung und Schicksal' hat die Stadt Siegen eine bedeutsame Schau in ihren Mauern."[90] Auch die Vertriebenenzeitungen berichteten über „Leistung und Schicksal". Für einen Pressetermin am 2. Dezember reisten zwanzig Journalist*innen aus dem gesamten Bundesgebiet an.[91] Die Anziehungskraft auf die Besucher*innen war ähnlich groß. Ihre vielfältigen Vergleiche mit und Bezüge zu Nordrhein-Westfalen machten die Ausstellung auch für Siegerländer Besucher*innen potenziell interessant und relevant. Der Kurator Eberhard Schulz nutzte die ansehnlichen Publikumszahlen wiederholt für öffentliche Auftritte. Der jungen Siegenerin beispielsweise, welche die Ausstellung als 2 000. Besucherin betrat, überreichte er einen Bildband als Geschenk und organisierte dafür eigens einen Pressetermin.[92] Mit den jungen Menschen erreichte die Schau auch die wichtigste Zielgruppe der Kulturarbeit. So empfing Schulz am 8. Dezember in Siegen eine Gruppe von 95 Schüler*innen und 6 Lehrkräften eines Marburger Gymnasiums.[93]

Die regionale Presse lobte in ihrer Berichterstattung den Umfang und Bildungswert der Schau: „Der Besucher erhält einen bis ins Detail gehenden, umfassenden Überblick, den wohl kaum eine Schullektion in diesem Ausmaß zu geben vermag."[94] Die öffentliche Anerkennung hierfür beanspruchten das Land Nordrhein-Westfalen und das „Haus des Deutschen Ostens" sowie der Kurator und Hausherr Eberhard Schulz. Zwar konnte auch die Stadt Siegen die Schau als Erfolg betrachten, letztlich war sie jedoch lediglich deren Gastgeberin und Schauplatz. Die regionalen Institutionen und Akteur*innen sowie die Vertriebenen vor Ort waren mit Ausnahme des über die „Gesellschaft für Ostkunde im Unterricht" vernetzten Hugo Novak nicht aktiv beteiligt.

[88] Vgl. Kreis Siegen (Hg.): Geschehen. Geleistet. Geplant. Verwaltungsbericht 1964-1969, S. 26.
[89] Vgl. Im Blickpunkt: die ostdeutsche Kultur, in: Siegener Zeitung vom 3.11.1966.
[90] Sehenswerte Schau auf dem Häusling, in: Siegener Zeitung vom 22.11.1966.
[91] Vgl. 2000. Besucher in „Leistung und Schicksal", in: Siegener Zeitung vom 19.11.1966.
[92] Vgl. ebd.
[93] Vgl. Informationsschau registrierte 5000. Besucher, in: Siegener Zeitung vom 9.12.1966.
[94] Im Blickpunkt: die ostdeutsche Kultur, in: Siegener Zeitung vom 3.11.1966.

Trotz der allgemein positiven Rückmeldung blieb „Leistung und Schicksal“ – wie schon die vorhergegangene „Gesamtdeutsche Woche“ – letztlich ein vorübergehendes Großereignis und hatte kaum eine nachhaltige Wirkung auf die regionale Erinnerungskultur.

„Beitrag zur Bildung eines objektiv richtigen Geschichtsbildes“? Die weitere Geschichte der Ausstellung

Mit „Leistung und Schicksal“ hatte das Siegerland Teil an einem extrem breitenwirksamen Medium der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“. In den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung rückte die Ausstellung allerdings erst, als sie im September 1967 im geschichtsträchtigen Berliner Reichstagsgebäude gezeigt und dort von 20 000 Personen besichtigt wurde. Zwischen Oktober 1966 und Dezember 1969 war sie allein in 31 Orten in Nordrhein-Westfalen zu sehen und gastierte darüber hinaus in drei baden-württembergischen Städten und Berlin. Laut der Neuauflage des Ausstellungskatalogs wurde sie in diesem Zeitraum von 361 750 Personen besucht.[95] Bis 1975 konnten diese Zahlen mit 60 Stationen und beinahe 700 000 Besucher*innen noch einmal annähernd verdoppelt werden. Ihr Ende fand die Schau erst Mitte der 1980er Jahre nach weiteren öffentlichkeitswirksamen Aufenthalten, unter anderem in Amsterdam.[96]

In diesen ungefähr zwanzig Jahren blieb „Leistung und Schicksal“ beinahe unverändert. Lediglich zwischen 1966 und 1969 erfolgten leichte Anpassungen. Ein Vergleich der beiden Kataloge von 1966 und 1969 offenbart zugleich weitgehende inhaltliche Übereinstimmungen wie strukturelle Unterschiede. Wichtigste Veränderung war der Übergang von einer drei- zu einer fünfteiligen Gliederung, im Zuge derer die Themen Politik, Zwangsmigration und Integration in Nordrhein-Westfalen aus dem Schlussteil herausgelöst und zu eigenständigen Ausstellungsbereichen mit den Überschriften „Politik, Vertreibung und Flucht“ und „Das Land NRW und die Vertriebenen und Flüchtlinge“ aufgewertet wurden.[97]

Diese Modifikationen entsprachen den Verschiebungen in der Ostpolitik und der Kulturarbeit. Werner Figgen (SPD), seit Ende 1966 Nachfolger von Konrad Grundmann als nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister, forderte in seinem Beitrag zur zweiten Fassung des Ausstellungskatalogs, die nationale Sicht auf die Vergangenheit zu überwinden und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen Mittel- und Osteuropas stärker zu beachten. Die Schau sollte fortan „auch deutlich machen, wie wertvoll die vielfältigen engen Beziehungen auf allen Gebieten des Lebens zwischen Deutschen und ihren Nachbarn für alle Völker in jenem Raum waren.“[98] Demnach wurde das

[95] Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969, S. 2.
[96] Vgl. Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, S. 102.
[97] Vgl. Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969, S. 34.
[98] Ebd., S. 5.

Verhältnis der Deutschen zu ihren „Nachbarn“ nun nicht mehr nur als gegenwärtiges Problem, sondern auch in historischer Perspektive behandelt.

Anlässlich der Eröffnungsfeier der Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin im September 1967 untermauerte Figgen diesen neuen verflechtungsgeschichtlichen Ansatz und erklärte, dass „die deutsche Kulturleistung im Osten […] auf dem Nährboden der Gemeinschaft unserer Landsleute mit den Völkern Ost- und Mitteleuropas entstanden“[99] sei. Umso energischer hob er den wissenschaftlichen Anspruch von „Leistung und Schicksal“ hervor und betonte, die Ausstellung habe „bewußt auf tendenziöse oder schiefe Interpretationen verzichtet“ und enthalte „nur wissenschaftlich fundiertes Material“[100].

Dennoch klafften das Ausstellungsnarrativ und der bundesrepublikanische Vertreibungsdiskurs im Laufe der Zeit immer weiter auseinander. Die zum Zeitpunkt der Konzeption und Eröffnung noch aktuelle und allgemein positiv rezipierte Schau schien ein knappes Jahrzehnt später schon manchen verdächtig. So wurde 1973 im baden-württembergischen Landtag diskutiert, ob „Leistung und Schicksal“ „einen Beitrag zur Bildung eines objektiv richtigen Geschichtsbildes“ vermitteln könne. In seiner entsprechenden Anfrage an die CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Hans Filbinger kritisierte der FDP-Abgeordnete Johann Peter Brandenburg: „daß diese Ausstellung in der Tendenz alldeutsche Gedanken vertritt und durch Auslassungen und Unrichtigkeiten das geschichtliche Verhältnis der Deutschen zum Osten und ihre geschichtliche Stellung im Osten verfälscht“[101]. Diese jedoch sah dafür in ihrer Stellungnahme „keine konkreten Anhaltspunkte“[102] – eine Auffassung, der sich das BdV-nahe Ostpreußenblatt anschloss: „Wir finden, daß es hier keines weiteren Kommentars bedarf!“[103]

[99] Siebenbürgische Zeitung vom 30.09.1966.
[100] Ebd.
[101] Abgeordneter sieht weiße Mäuse. Es geht um Leistung und Schicksal der Deutschen im Osten, in: Das Ostpreußenblatt vom 26.05.1973.
[102] Ebd.
[103] Ebd.

2.7 Die gescheiterte Partnerschaft zwischen dem Kreis Siegen und Aš

Wie bisher gezeigt wurde, hielt die kollektive Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" im Siegerland in den ersten beiden Jahrzehnten nach Kriegsende mit den überregionalen Entwicklungen Schritt oder war diesen sogar voraus. Federführend waren dabei zunächst hauptsächlich die örtlichen Vertriebenenorganisationen. Während die nordrhein-westfälische Landesregierung ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre immer stärker eingriff und auch eigene Initiativen auf den Weg brachte, beschränkten sich die kommunale Politik sowie die Verwaltungen auf eine unterstützende bzw. ausführende Rolle. Vor diesem Hintergrund markierte der Beschluss des Siegener Kreistages vom 14. Juli 1967, eine Partnerschaft zwischen dem Kreis Siegen und dem tschechoslowakischen Aš, ehemals Asch, zu etablieren, eine Zäsur.

Die Stadt im Westen des Sudetenlandes gehörte zwischen 1938 und 1945 zum Deutschen Reich. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die überwiegend deutschböhmische Bevölkerung zwangsumgesiedelt. Nennenswerte Beziehungen ins Siegerland oder kulturelle bzw. historische Gemeinsamkeiten gab es nicht. Das von der SPD-Fraktion angestoßene Vorhaben berührte unmittelbar die heimat- sowie geschichtspolitischen Interessen der Vertriebenen und insbesondere der Landsmannschaft der Sudetendeutschen. Die kommunale Politik setzte sich jedoch erstmals explizit über deren Einwände hinweg und verfolgte eine eigenständige Agenda.

Als Ursprung des Vorhabens nannte der Antrag den „kürzlichen Besuch des tschechischen Werkschores und Orchesters in Holzhausen", einer Gemeinde im Amt Burbach, bei dem „seitens der Gäste entsprechende Anregungen laut"[1], geworden seien. Das Vorhaben war somit nicht den „west-ostdeutschen" Patenschaften im Kontext der Kulturarbeit für die Vertriebenen zuzurechnen, die in den 1950er und 1960er Jahren mit zwischen 380 und 400 Gründungen einen Boom erfahren hatten.[2] Es orientierte sich vielmehr an der in den 1960er Jahren neu aufkommenden europäischen Partnerschafts- bzw. Kommunalbewegung.[3] Die Stadt Siegen unterhielt zu diesem Zeitpunkt bereits drei internationale bilaterale Partnerschaften. Der unmittelbare Vorläufer und möglicherweise auch ein Vorbild war die am 21. Mai 1967 gegründete Beziehung zum flämischen Ypern, die sich aus den Kontakten zwischen der Siegener Bevölkerung und den in ihren Mauern stationierten belgischen Besatzungs- bzw. Nato-Truppen entwickelt hatte.[4] Weiters bestanden Partnerschaften mit dem niederländischen Rijnsburg (1963) sowie mit Morley in

---

[1] Vorlage Nr 54/ö an die Mitglieder des Kreistages des Landkreises Siegen zur Kreistagssitzung am 14. Juli 1967 vom 6.07.1967, Kreisarchiv Siegen-Wittgenstein, SI/101/42/306.

[2] Vgl. Andrew Demshuk: Godfather Cities: West German Patenschaften and the Lost German East, in: German History 32/2 (2014), S., 224-255, hier S. 225. Ingo Bautz zählt 380, Cornelia Eisler 400 Patenschaften. Vgl. Ingo Bautz: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 60er Jahren. Städtepartnerschaften – Integration – OstWest-Konflikt, Dissertation, Univ. Siegen 2002, S. 41f.; Eisler: Patenschaften.

[3] Zu der Bewegung vgl. Bautz: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen, S. 41f.

[4] Vgl. Henrich-Franke: Mediale (Re-)Präsentationen: Die belgische Garnison in Siegen im Spiegel der Lokalpresse, S. 86.

Großbritannien (1966). Seit 1952 pflegte die Stadt außerdem enge Kontakte mit dem Berliner Bezirk Spandau. Ungeachtet heftiger Proteste der Sudetendeutschen Landsmannschaft[5] und eines ehemaligen Bundestagskandidaten der rechtsnationalistischen „Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher“[6] (AUD) aus dem Amt Ferndorf nördlich von Siegen[7] passierte der Antrag den Kreistag ohne Gegenstimmen und bei lediglich drei Enthaltungen.[8] Dennoch kam die Partnerschaft nicht über diesen Grundsatzbeschluss hinaus. Die gewaltsame Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 und die daraus erwachsenden politischen und diplomatischen Spannungen erschwerten den Reiseverkehr erheblich und machten eine bilaterale kommunale Beziehung unmöglich.[9] Der Kreis Siegen gab das Vorhaben jedoch nicht auf. So erwähnte der Verwaltungsbericht von 1969 „gute Bemühungen […] in Richtung Jugoslawien“[10], die letztlich allerdings ebenfalls ergebnislos blieben.

Die erste offizielle Partnerschaft einer Siegerländer Kommune mit einer ehemals deutschen Stadt in den Herkunftsgebieten der Vertriebenen ging die Siegener Nachbargemeinde Netphen 1995 mit dem polnischen Żagań, dem ehemaligen Sagan, ein. Der Initiator Ulf Stötzel, CDU-Kommunalpolitiker und von 1999 bis 2007 Siegens erster hauptamtlicher Bürgermeister, war im Kindesalter mit seiner Mutter aus dem niederschlesischen Grünberg, dem heutigen Zielona Góra, vor der herannahenden Front nach Netphen geflohen. Aufgrund seiner lebensgeschichtlichen Verbindung mit Schlesien sowie der eigenen Fluchterfahrung empfand er eine „Verpflichtung“[11], sich für den Frieden und ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen einzusetzen. Der anfänglich entscheidende Bezug zu Krieg und Zwangsmigration und das Motiv der Versöhnung verloren jedoch bald an Bedeutung. Im Vordergrund standen vielmehr der pragmatische Er-

[5] Vgl. Stellungnahme der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Ortsgruppe Siegen zur Vorlage Nr. 54/ö für die Kreistagssitzung des Landkreises Siegen am 14. Juli 1967 vom 10.07.1967, Kreisarchiv Siegen-Wittgenstein SI/101/45/219.

[6] Als neutralistisch-nationalistische Sammlungsbewegung gegründet, trat die AUD erstmals bei der Bundestagswahl 1965 an. Zwar gingen in ihr mehrere rechtsextreme Splittergruppierungen auf, anders als die im Jahr zuvor gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) distanzierte sie sich jedoch vom Nationalsozialismus. Zur Geschichte der Partei vgl. Richard Stöss: Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, in: Ders. (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 38), Wiesbaden 1986, S. 310-335.

[7] Vgl. Eingabe zur Kreistagssitzung am 14. Juli 1967 vom 8.07.1967, Kreisarchiv Siegen-Wittgenstein, SI/101/45/215-218.

[8] Vgl. Niederschrift über die öffentliche Kreistagssitzung des Landkreises Siegen am 14. Juli 1967, Kreisarchiv Siegen-Wittgenstein SI/101/45/235-236.

[9] Dementsprechend begründete auch der Verwaltungsbericht von 1969 die Stagnation des Vorhabens damit, dass „die Hoffnung auf weitere Aus- und Einreiseerlaubnisse sehr vage geworden“ sei. Kreis Siegen (Hg.): Geschehen. Geleistet. Geplant. Verwaltungsbericht 1964-1969, S. 93.

[10] Ebd.

[11] Interview mit Ulf Stötzel am 19.03.2018.

fahrungsaustausch zwischen beiden städtischen Verwaltungen und gegenseitige Besuche.[12] Nur sporadisch berührte die Patenschaft noch die Erinnerungskultur. Beispielsweise wurde 2002 mit Hilfe von Spenden Siegerländer Bürger*innen auf dem Żagańer Soldatenfriedhof ein Denkmal für Gefallene des Ersten Weltkrieges wiedererrichtet.[13] Die Partnerschaft dauert fort bis zum heutigen Tag und steht im Zeichen der europäischen Freundschaft und Integration.

[12] Vgl. Öffentliche Mitteilungsvorlage des Rates Netphen 205/2013 vom 21.11.2013, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.netphen.de (Stand: 21.07.2024).
[13] Vgl. »Dzien dobre« im Rathaus, in Siegener Zeitung vom 1.06.2004.

2.8 „An die Spaltung erinnern“. Das „Ostdeutsche Mahnmal“ im Siegener Schlosspark

Das sogenannte „Ostdeutsche Mahnmal“ im Siegener Schlosspark ist eines der markantesten Denkmäler der Stadt. 1968 auf Anregung des BdV-Kreisverbandes errichtet, wurde es rasch zum Fixpunkt der kollektiven Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ im Siegerland. Bis in die Gegenwart war es aber auch wiederholt Gegenstand heftiger Debatten. Stephan Scholz etwa hat an seinem Beispiel „Deutungskonflikte um Vertriebenendenkmäler in Westfalen“[1] untersucht. Im folgenden Kapitel geht es um seine Planung und Errichtung sowie seine frühe Rezeptionsgeschichte. Ausgehend von theoretischen und definitorischen Überlegungen werden zunächst der historische Kontext als auch die Initiative zur Denkmalsetzung untersucht. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den beteiligten Akteur*innen bzw. Interessengruppen und ihren jeweiligen Intentionen. Anschließend wird nach der Umsetzung dieser Pläne und den damit verbundenen Aushandlungsprozessen gefragt. Dies betrifft sowohl organisatorische, finanzielle und bauliche Aspekte wie Finanzierung und Standortsuche als auch die Gestaltung. Wichtige Quellen hierfür sind die Sitzungsniederschriften der Siegener Stadtverordneten und des städtischen Vertriebenenbeirates. Schließlich geht es um die Wahrnehmung und Nutzung des Denkmals nach der Fertigstellung und Übergabe am 8. September 1968. Diese frühe Rezeptionsgeschichte ist hauptsächlich in den regionalen Zeitungen dokumentiert. Im Zentrum steht die Frage, wie die unterschiedlichen Akteur*innen und Publika sich diesen Ort aneigneten und ihn für ihre erinnerungskulturellen Praktiken nutzten. Hilfreich ist dabei die analytische Unterscheidung zwischen der „Feiertags-“ und der „Alltagsrolle“[2] von Denkmälern.

Denkmäler in der Erinnerungskultur

Denkmäler zählen zu den meist verbreiteten Erscheinungsformen kollektiver Erinnerung. Zu ihren wichtigsten Merkmalen gehören die mit einer historischen Sinnstiftung verbundene künstlerische Gestaltung sowie die Platzierung im öffentlichen Raum. Dabei können die Übergänge zu anderen plastischen oder architektonischen Objekten und Zeichen fließend sein. Als Manifestationen geteilter Vorstellungen und Interpretationen der Vergangenheit verweisen sie auf kollektiv relevante Erinnerungsobjekte, zumeist Personen oder Ereignisse. Abhängig von den jeweiligen Machtverhältnissen können sie entweder Repräsentation und Legitimation der Herrschenden oder Ausdruck demokratischer

[1] Stephan Scholz: Gesten der Anerkennung oder Instrumente der Geschichtspolitik? Gesellschaftliche Deutungskonflikte um Vertriebenendenkmäler in Westfalen, in: Matthias Frese/Marcus Weidner (Hg.): Verhandelte Erinnerungen. Der Umgang mit Ehrungen, Denkmälern und Gedenkorten nach 1945 (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 82), Paderborn 2018, S. 115-136.

[2] Marco Dräger: Denkmäler im Geschichtsunterricht, Frankfurt a. M. 2021, S. 46.

Aushandlungsprozesse in pluralistischen Gesellschaften sein. Ihre öffentliche Präsenz signalisiert jedoch stets einen Anspruch auf Deutungshoheit.[3] Zentral für die Wirkung eines Denkmals ist seine ästhetische Dimension. Die Formgebung, das Material und zumeist auch eine Inschrift bilden einen „Symbolkomplex"[4] und vermitteln die beabsichtigte Aussage. Allerdings stiften Denkmäler in der Regel nicht selbst historische Erzählungen, sondern verweisen in erster Linie auf bereits vorhandene Deutungsmuster. Sind diese jedoch nicht bekannt bzw. können die Betrachter*innen die jeweiligen Codes nicht entschlüsseln, wird auch die Botschaft nicht oder aber falsch verstanden.[5] Hinzu kommt der rasch sinkende Aufmerksamkeitswert von Denkmälern. Obwohl es ihre Aufgabe ist, bestimmte Narrative festzuschreiben und im kollektiven Gedächtnis zu verankern, bieten sie keine Garantie gegen das Vergessen. Häufig fallen sie bereits nach kurzer Zeit kaum mehr auf und erscheinen als selbstverständlicher Teil ihrer Umgebung.[6]

Eine Hochphase der Denkmalsetzungen fiel in das 19. Jahrhundert. Orte wie die Walhalla nahe Regensburg oder das Hermannsdenkmal bei Detmold sollten ein deutsches Nationalbewusstsein und eine kollektive Identität symbolisieren bzw. bestätigen. Hinzu kamen Gefallenendenkmäler für die in den Einigungskriegen ums Leben gekommenen Soldaten. Nach der Reichsgründung wurden Standbilder des Kaisers Wilhelm I. und des Reichskanzlers Otto von Bismarck zum dominierenden Typ, der mit einem großen Reiterstandbild auch auf dem Siegener Marktplatz vertreten war. Der Erste Weltkrieg mit seinen bislang ungekannten Opferzahlen führte schließlich zur Errichtung weiterer Kriegerdenkmäler in praktisch allen deutschen Ortschaften. Nach dem Zweiten Weltkrieg traten mit „Flucht und Vertreibung" sowie dem Holocaust weitere Erinnerungsobjekte hinzu. Letzterer ließ sich mit den bislang bekannten Gestaltungsformen kaum angemessen darstellen, weshalb sich vor allem in der Bundesrepublik ein neuer eigener Denkmalstyp herausbildete.[7]

Als erste Wissenschaftsdisziplin beschäftigte sich die kunsthistorische Forschung intensiv mit Denkmälern. Die Historikerzunft beachtete sie demgegenüber zunächst eher wenig, obgleich beispielsweise schon Johann Gustav Droysen ihre grundlegende Funktion und Wirkungsweise beschrieben hatte.[8] Dies änderte sich in den 1960er und 1970er Jahren. Zunächst konzentrierte die Geschichtswissenschaft sich vor allem auf das 19. Jahrhun-

[3] Vgl. Hans-Dieter Schmid: Denkmäler als Zeugnisse der Geschichtskultur, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 51-60, hier S. 52-57.

[4] Hans-Ernst Mittig: Die Sprache der Denkmäler, in: Katrin Heller/Hans-Dieter Schmid (Hg.): Vom Kult zur Kulisse. Das Völkerschlachtdenkmal als Gegenstand der Geschichtskultur, Leipzig 1995, S. 20-41.

[5] Vgl. Stephan Scholz: Denkmäler, in: Ders./Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 77-88, hier S. 77.

[6] Vgl. Hans-Ulrich Reck: Inszenierung der Todesparadoxie zwischen Magie und Historie. Zur Sprache der Denkmäler im 20. Jahrhundert, in: Kunstforum International 127 (1994), S. 184-215, hier S. 199.

[7] Vgl. Schmid: Denkmäler als Zeugnisse der Geschichtskultur, S. 54.

[8] Vgl. Johann Gustav Droysen: Historik, hrsg. Rudolf Hübner, 3. Aufl., Darmstadt 1958, S. 61.

dert. Wegweisend dafür waren Thomas Nipperdeys Aufsatz über „Nationalidee und Nationaldenkmal“[9] sowie Reinhart Kosellecks Untersuchung über „Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden“[10].

Neue Impulse erhielt die Forschung durch die kulturgeschichtliche Wende seit den 1990er Jahren sowie die Konzepte von kollektivem Gedächtnis und Erinnerungsorten. Denkmäler wurden nun primär als Quellen für geschichtskulturelle Fragestellungen herangezogen, die Auskunft über das Geschichtsbewusstsein historischer und gegenwärtiger Gesellschaften gaben. Dementsprechend verlagerte sich der Fokus von der Errichtung auf die Nutzung durch die jeweiligen Erinnerungsgemeinschaften sowie gesellschaftliche Debatten um Erhaltung, Umgestaltung oder Abriss. Neben der oben angedeuteten Einteilung nach Entstehungszeitpunkt und Erinnerungsobjekt lassen Denkmäler sich auch nach ihrem Wirkungsbereich und ihrer Bekanntheit differenzieren. Hans-Dieter Schmid etwa schlägt vor, zwischen gesamtnationaler, regionaler und lokaler Bedeutung zu unterscheiden.[11]

Auch die Denkmalaussage und -funktion sind relevante Kriterien. Ein darauf ausgerichtetes Kategorisierungsschema für Vertriebenendenkmäler wird im folgenden Abschnitt vorgestellt und in der weiteren Analyse aufgegriffen. Da sich in den meisten größeren deutschen Städten oft mehrere der oben genannten Typen finden, kann es auch sinnvoll sein, diese nicht nur isoliert, sondern als Teil einer urbanen „Denkmalslandschaft“[12] zu untersuchen.

Vertriebenendenkmäler

Angesichts der Verbreitung von Denkmälern wundert es nicht, dass sie auch in der Erinnerung an die Zwangsmigration nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle spielten. Bis in die Gegenwart hinein entstanden in ganz Deutschland über 1 500 dieser öffentlichen Erinnerungszeichen. Da die Auseinandersetzung mit „Flucht und Vertreibung“ in der DDR staatlich unerwünscht war, befindet sich die Mehrzahl von ihnen auf dem Gebiet der sogenannten „alten Bundesländer“. Hinsichtlich ihrer Gestaltung und Aussage sind diese Vertriebenendenkmäler insgesamt recht einheitlich.

Zu den häufigsten Formen zählen Kreuze, schlichte Gedenksteine, Wegweiser und figurale Darstellungen.[13] Letztere greifen in der Regel auf etablierte Darstellungsweisen und

[9] Thomas Nipperdey: Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 206 (1968), S. 529-585.

[10] Reinhart Koselleck: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Odo Marquard/Karlheinz Stierle (Hg.): Identität, München 1979, S. 255-276.

[11] Schmid, Hans-Dieter: Denkmäler als Zeugnisse der Geschichtskultur, S. 58-59.

[12] Ebd.

[13] Vgl. Stephan Scholz: Denkmäler, S. 87; ders.: Vertriebenendenkmäler, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (2014), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/62398.html (Stand: 01.12.2020).

stereotype Körperhaltungen, sogenannte „Pathosformeln", zurück.[14] Für die jeweilige örtliche Bevölkerung erfüllten und erfüllen sie weiterhin jedoch unterschiedliche Funktionen.

Der Historiker Stephan Scholz unterscheidet vier Typen.[15] Charakteristisch für die unmittelbare Nachkriegszeit waren „Orte der Verlustbewältigung". Diese Vertriebenendenkmäler drückten die Trauer über Todesopfer durch Zwangsmigration und Krieg – jedoch nicht um die alte Heimat, deren Verlust noch nicht als endgültig akzeptiert wurde – aus. „Orte der Integration" verwiesen demgegenüber auf die Verdienste der Zwangsmigrant*innen und stellten diese als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft dar. Integrierend konnten auch Bekenntnisse zu (heimat-)politischen Zielen, insbesondere der Einheit Deutschlands, wirken. Denkmäler, bei denen solche Aussagen im Vordergrund standen, bezeichnet Scholz als „Orte der Deutschlandpolitik". Sie dienten weniger dazu, die Vertriebenen einzugliedern, sondern zielten auf eine gesellschaftliche und politische Mobilisierung ab. Zu den „Orten der Geschichtsdeutung" schließlich zählen nach Scholz Denkmäler, die errichtet wurden, um eine spezifische historische Sichtweise auf die Zwangsmigration zu transportieren und im kollektiven Gedächtnis zu verankern. Dabei lag der Fokus zumeist auf den Vertriebenen als Opfergruppe und ihren leidvollen Erfahrungen, welche allerdings häufig von ihrem ursächlichen Zusammenhang mit der NS-Herrschaft und dem von Deutschland begonnenen Krieg entkoppelt wurden. 2014 hat Scholz sich in einem Aufsatz auch mit dem hier untersuchten Denkmal im Siegener Schlosspark befasst. Er ordnet es zwar keinem seiner vorab definierten Typen zu, betont jedoch dessen politische Dimension. Es sei als Reaktion auf die zunehmende Bereitschaft in der bundesrepublikanischen Politik und Bevölkerung verstanden worden, auf die Ostgebiete zu verzichten und die Oder-Neiße-Linie endgültig als deutsche Ostgrenze anzuerkennen.[16]

Die Initiative für ein „Ostdeutsches Mahnmal"

Die Planungen für das „Ostdeutsche Mahnmal" im Siegener Schlosspark begannen bereits 1967. Es sollte den sogenannten „Ostdeutschen Wegweiser" ersetzen. Dieses vom Siegener BdV-Kreisverband errichtete provisorische Denkmal befand sich zwischen 1961 und 1967 im Bereich der Berliner Straße in Bahnhofsnähe.[17] Auf der rechten Seite des hölzernen Wegweisers befand sich ein in östliche Richtung zeigender Pfeil. Er trug die Inschrift:

[14] Der Begriff wurde von Aby Warburg geprägt. Vgl. Martin Schulz: Ordnungen der Bilder. Eine Einführung in die Bildwissenschaft, München 2005, S. 35. Zur Bedeutung von Pathosformeln für die Geschichtswissenschaft und insbesondere Visual History vgl. Gerhard Paul: Bilder, die Geschichte schrieben. Medienikonen des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts. Einleitung, in: Ders. (Hg.): Bilder, die Geschichte schrieben. 1900 bis heute, Göttingen 2011, S. 7-16, hier S. 11f.

[15] Vgl. Stephan Scholz: Vertriebenendenkmäler: Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft, Paderborn 2015. Für eine Kurzfassung vgl. ders.: Denkmäler, S. 83-85.

[16] Ders.: Gesten der Anerkennung oder Instrumente der Geschichtspolitik?, S. 115.

[17] Ebd., S. 115-117.

„Von Siegen sind es
bis nach Berlin 455 Km
bis an die Oder 540 Km
bis an die Weichsel 820 Km
bis nach Memel 1140 Km“[18]

Auf der linken Seite war, umrahmt von den Wappen der ehemaligen Ostprovinzen, eine Mahnung gegen das Vergessen zu lesen.[19] Die eigentliche Botschaft ging jedoch weit darüber hinaus und war, obwohl nicht explizit formuliert, für alle Betrachter*innen eindeutig verständlich. Indem es den Weg in die ehemaligen Ostgebiete wies, suggerierte das Denkmal, dass diese weiterhin zu Deutschland gehörten. Die implizite Forderung nach territorialer Revision indes war nicht der Grund für den drohenden Abriss. Vielmehr befand sich das Denkmal in einem sehr schlechten Zustand und war, so die regionale Presse, „zerfallen“[20] bzw. „mit der Zeit unansehnlich geworden“[21]. Anstatt es jedoch wiederherzustellen oder neu anzufertigen, sollte am gleichen Ort nun ein gänzlich neues „Ostdeutsches Mahnmal“[22] entstehen. Offenbar wollte keine der beteiligten Interessentengruppen an der bisherigen Form festhalten. Ohnehin war die Botschaft des Wegweisers zum Ende der 1960er Jahre vom ostpolitischen Diskurs bereits überholt oder doch zumindest infrage gestellt, ein wichtigeres Motiv könnte es aber gewesen sein, sich von der konventionellen Gestaltung abzuheben. Wie bereits erwähnt, zählten Wegweiser zu den gebräuchlichsten Denkmalformen und wurden von der frühen Bundesrepublik an bis in die 1980er Jahre hinein, mit stets leicht unterschiedlicher Akzentuierung, im gesamten Bundesgebiet aufgestellt. Ein frühes Beispiel ist der 1953 in Elmshorn nahe Hamburg errichtete „Wegweiser nach Osten“, ein spätes das 1987 im hessischen Bad Vilbel aufgestellte Wegeschild mit der Inschrift „Königsberg 1110 km, Troppau 620 km, Eger 250 km.“[23]

Wenngleich das Vorhaben sich noch in einer Frühphase befand und es zu diesem Zeitpunkt noch keine konkreten inhaltlichen und gestalterischen Vorschläge gab, deutete sich bereits in der Bezeichnung „Ostdeutsches Mahnmal“ ein Perspektivwechsel an. Hatte der Wegweiser noch symbolisch aus der Mitte einer geschlossenen Erinnerungsgemeinschaft gesprochen, so verwies der neue Name auf ein schwindendes gesellschaftliches Bewusstsein, welches es dringend wachzuhalten galt.

---

[18] Ost-Mahnmal steht im Modell. An der Berliner Straße, in: Westfalenpost vom 8.05.1968.

[19] Die einzig verfügbare Fotografie zeigt den Wegweiser bereits im beschädigten Zustand. Während die oben zitierte Inschrift auf der rechten Seite vollständig lesbar ist, sind auf der linken nur noch die ersten beiden Worte „Vergiß nie“ zu erkennen. Vgl. ebd.

[20] Ostdeutsches Mahnmal an der Berliner Straße. Zum Tag der Heimat 1968 soll es eingeweiht werden – Entwurf vorgelegt, in: Siegener Zeitung vom 30.12.1967.

[21] Ost-Mahnmal steht im Modell, in: Westfalenpost vom 8.05.1968.

[22] Diese Bezeichnung wurde etabliert, noch ehe der Entwurf feststand. Vgl. hierzu den Artikel über die Arbeitstagung der Delegierten des Bundes der Vertriebenen, Kreisverband Siegen im Dezember 1967: Ostdeutsches Mahnmal an der Berliner Straße, in: Siegener Zeitung vom 30.12.1967.

[23] Weitere Beispiele finden sich in: Scholz: Vertriebenendenkmäler: Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft, S. 39-90; Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Mahn- und Gedenkstätten der deutschen Heimatvertriebenen, Bonn 2008.

Planung und Gestaltung des Denkmals

Der BdV konnte das gewünschte Mahnmal nicht aus eigener Kraft errichten. Wie sehr die Siegerländer Vertriebenen auf finanzielle Unterstützung angewiesen waren, verdeutlichen die in einem Verwaltungsbericht des Kreises Siegen genannten Zahlen. Zwischen 1964 und 1969 investierte das dortige Vertriebenenamt insgesamt 87 153 DM in die „Kulturelle Betreuung" der Zwangsmigrant*innen, davon 18 000 DM für die „Mahnmalerrichtung"[24]. Als Finanziers trugen neben dem Kreis außerdem die Stadt Siegen, die regionalen Vertriebenen- und Heimatverbände, der Arbeitgeberverband sowie die im Siegerland wichtigsten politischen Parteien CDU, SPD und FDP bei.[25] Damit wurde das Denkmal, ursprünglich eine Initiative des BdV, zu einem gesamtgesellschaftlichen Vorhaben. Die Stadt Siegen übernahm schon bald eine Führungsrolle. Deren Hochbauamt verantwortete die Planung und Gestaltung.[26] Der städtische Vertriebenenbeirat wirkte von Anfang an begleitend und beratend mit.[27] Auch der BdV blieb über seinen Kreisvorsitzenden und Siegener Stadtoberbaurat Max Gorski beteiligt.

Das vom Hochbauamt konzipierte Denkmal fiel verglichen mit seinem Vorgänger deutlich größer, zugleich jedoch schlichter und abstrakter aus. Der Entwurf sah zwei durch waagerechte Balken verbundene Stelen mit einer noch zu bestimmenden Inschrift vor. Als Werkstoff war, passend zum zeitgenössischen Architekturgeschmack und wohl auch der beabsichtigten überzeitlichen Denkmalsaussage und -wirkung Beton gewählt worden. Die Mitglieder des BdV bekamen den Entwurf erstmals bei einer ihrer regelmäßigen Arbeitstagungen im Dezember 1967 zu sehen. Offenbar entsprach er jedoch nicht den Vorstellungen der Delegierten. Sie reagierten zurückhaltend auf den durch einen Stadtoberamtmann präsentierten Vorschlag des Hochbauamtes und schlugen stattdessen „die Errichtung eines größeren Gedenksteines"[28] vor. Dafür mögen nicht nur geschmackliche, sondern auch handfeste politische Vorbehalte ausschlaggebend gewesen sein. Darauf lässt zumindest der Vortrag des Gastreferenten Horst Rudolf Übelacker auf der oben erwähnten BdV-Arbeitstagung schließen. Der Jurist aus Reichenberg bei Würzburg war 1945 als Kind mit seiner Familie aus der Tschechoslowakei zwangsumgesiedelt worden und engagierte sich in der bayerischen Landespolitik sowie im Verbandswesen der Sudetendeutschen. Später war er prominentes Mitglied des rechtsextremen Witikobundes.[29] Übelacker sprach über „Die Problematik des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 in der Gegenwart" und argumentierte – laut der Siegener Zeitung unter „reichem

[24] Kreis Siegen (Hg.): Geschehen. Geleistet. Geplant. Kreis Siegen. Verwaltungsbericht 1964-1969, S. 54.
[25] Die Gesamtkosten des Denkmals und die jeweiligen Förderanteile sind jedoch nicht bekannt. Vgl. Ostdeutsches Mahnmal an der Berliner Straße, in: Siegener Zeitung vom 30.12.1967.
[26] Vgl. Ost-Mahnmal steht im Modell, in: Westfalenpost vom 8.05.1968.
[27] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 30.10.1969, Stadtarchiv Siegen, E 3239/003.
[28] Ostdeutsches Mahnmal an der Berliner Straße, in: Siegener Zeitung vom 30.12.1967.
[29] Vgl. Sudetenpost vom 7.10.1993.

Beifall“[30] der Anwesenden – die erzwungene sogenannte „Abtretung des sudetendeutschen Gebiets“ an das Deutsche Reich sei rechtmäßig gewesen und daher noch immer gültig. Diese revisionistische Grundhaltung wollten die BdV-Mitglieder möglicherweise auch im „Ostdeutschen Mahnmal“ ausgedrückt sehen. Ungeachtet ihrer Kritik am vorgelegten Entwurf hielten die Delegierten jedoch an dem Vorhaben fest, ein „Ostdeutsches Mahnmal“ zu errichten, und sprachen sich am Schluss der Arbeitstagung dafür aus, die Einweihung mit dem nächsten „Tag der Heimat“ zusammenzulegen.[31] Offenbar konnte sich der BdV in der Folgezeit mit seinem Gegenvorschlag jedoch nicht durchsetzen, denn im Mai 1968 wurde der Entwurf des Hochbauamtes in Form eines sechs Meter hohen Modells der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die Westfalenpost veröffentlichte begleitend einen Bericht mit einem Foto des neuen „Ost-Mahnmals“.[32]
Anhand der Attrappe ließ sich nun überprüfen, ob das Denkmal tatsächlich am vorgesehenen Standort realisiert werden konnte und die gewünschte ästhetische Wirkung entfaltete. Zu diesem Zweck besichtigten die Mitglieder der Stadtverwaltung, des städtischen Vertriebenenbeirates und des BdV am 7. Mai 1968 das Modell. Zugleich konnte dieser Test zeigen, wie das „Mahnmal“ von der Stadtbevölkerung aufgenommen wurde. Allerdings war das provisorische Denkmal nicht vollständig. Die Westfalenpost kündigte zwar an: „Die Säule wird noch eine Inschrift mit den Worten ‚Vergiß nicht den deutschen Osten’ erhalten.“[33], auf der Attrappe indes war diese noch nicht zu lesen. Offenbar hatten sich die Verantwortlichen bisher nicht auf den genauen Wortlaut geeinigt, denn der Appell wurde bis zur tatsächlichen Errichtung geringfügig aber entscheidend verändert. Trotz der Kritik des BdV und der noch fehlenden Inschrift setzte sich der Entwurf des Hochbauamtes durch. Mit der Errichtung wurde das regional ansässige Bauunternehmen Drössler betraut. Es verfügte nicht nur über ein dafür notwendiges Fertigteilbetonwerk – damals das einzige seiner Art im Siegerland – sondern wurde von Zwangsmigrant*innen geführt und erschien dadurch besonders prädestiniert für den Auftrag.[34]

Standortsuche

Damit schien dem „Ostdeutschen Mahnmal“ nichts mehr im Wege zu stehen, doch als der „Tag der Heimat“ und damit der geplante Einweihungstermin näher rückten, tat sich überraschend ein neues Problem auf. Anstehende Bauarbeiten an der Berliner Straße durchkreuzten den Plan, es „an die Stelle des derzeitigen, durch Verwitterung unansehnlichen hölzernen Wegweisers treten“[35] zu lassen. Offenbar gingen verkehrspolitische Erwägungen vor, denn statt eines Denkmals sollte dort nun ein Wendeplatz für Omnibusse

[30] Ostdeutsches Mahnmal an der Berliner Straße, in: Siegener Zeitung vom 30.12.1967.
[31] Vgl. ebd.
[32] Vgl. Ost-Mahnmal steht im Modell, in: Westfalenpost vom 8.05.1968.
[33] Ebd.
[34] Interview mit Hans Heinrich Thomas am 17.02.2017; gegenüber dem Verfasser bestätigt durch das Unternehmen Drössler.
[35] Ost-Mahnmal steht im Modell, in: Westfalenpost vom 8.05.1968.

entstehen. Damit jedoch war der vorherige Versuch mit der Attrappe an der Berliner Straße hinfällig und es musste ein neuer geeigneter und möglichst gleichwertiger Platz gefunden werden. Es galt, die repräsentative Funktion des Denkmals und praktische Erwägungen miteinander zu vereinbaren. Der neue Platz sollte zum einen dessen gesellschaftliche Relevanz und ästhetische Wirkung unterstreichen und zum anderen, wie zuvor der Wegweiser, zentral gelegen und für möglichst viele Menschen sichtbar sein.
Die Entscheidung fiel am 24. Juli 1968 im Siegener Stadtrat. Die Versammlung hatte „zwei Plätze in Aussicht genommen: Eiserner Straße – Ecke Hermann-Klaas-Straße oder hinteres Ende der großen Wiese des Oberen Schlosses vor der Jugendherberge."[36] Ersterer ähnelte insofern dem ursprünglich geplanten Standort, als es sich um die Kreuzung einer großen und vielbefahrenen Straße handelte, lag jedoch eher dezentral im Norden der Stadt an der heutigen Leimbachstraße.[37] Letzterer hingegen befand sich im Schlosspark auf der Spitze des Siegberges und damit einem der regional beliebtesten Ausflugsziele und Veranstaltungsorte. Der Siegener Zeitung beispielsweise galt er als „gute Stube der Stadt" und „beliebter Aufenthaltsort für alle […], die Naturschönheit, Ruhe und Entspannung suchen"[38].
Somit garantierte er viele Besucher*innen und die gewünschte Aufmerksamkeit. Gleichzeitig konnte das Denkmal dort in eine bestehende Erinnerungslandschaft eingebettet und dadurch aufgewertet werden. Die nassauische Burg aus dem 13. Jahrhundert und die umgebenden Grünanlagen waren nicht nur selbst Fixpunkte des kollektiven Gedächtnisses, sie beherbergten mit dem Siegerlandmuseum, dem 1935 von dem Siegener Künstler Hermann Kuhmichel (1898–1965) geschaffenen Rubensbrunnen und nicht zuletzt der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube" weitere Erinnerungsorte sowohl von Alteingesessenen wie Zwangsmigrant*innen. Anders als die Kreuzung an der Eiserner Straße ermöglichte es der Schlosspark darüber hinaus, unmittelbar am Denkmal Versammlungen, Feiern und Kundgebungen abzuhalten. Damit erfüllte er die Standortkriterien nicht nur besser als der Alternativvorschlag, sondern übertraf auch den ursprünglich vorgesehenen Platz an der Berliner Straße. Darin war sich offenbar auch der Vertriebenenbeirat einig und sprach sich als erster geschlossen für den Schlosspark aus. Die Stadtverordneten folgten diesem Wunsch und beschlossen „einstimmig und ohne Aussprache, das ‚Ostdeutsche Mahnmal' am Oberen Schloß zu errichten."[39] Am 21. August 1968 wurden der Kreisvertriebenenbeirat und der dazugehörige Kulturausschuss offiziell verständigt.[40]

[36] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Siegen am 24.07.1968, Stadtarchiv Siegen, E 2979.
[37] Die „Eiserner Straße" wurde 1975 im Zuge der kommunalen Neuordnung in „Leimbachstraße" umbenannt.
[38] Schloßgarten, die „gute Stube" der Stadt Siegen, in: Siegener Zeitung vom 8.08.1953.
[39] Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Siegen am 24.07.1968, Stadtarchiv Siegen, E 2979.
[40] Vgl. Ostdeutsches Mahnmal soll im Siegener Schloßgarten stehen. Am „Tag der Heimat" Feierstunde in der Stadtbühne, in: Westfalenpost vom 24.08.1968.

Ästhetischer Minimalismus und das Denkmal als Symbolkomplex

Trotz der knappen Frist von wenigen Wochen bis zur geplanten Übergabe am 8. September wurde das „Ostdeutsche Mahnmal“ rechtzeitig fertiggestellt. Im Laufe der monatelangen Beratungen und Vorbereitungen war der Entwurf des Hochbauamtes nur geringfügig abgewandelt worden. Die beiden Stelen waren mit knapp 7 bzw. 4 m Höhe größer als im Modell ausgeführt.[41] Zudem trugen die als Verbindung zwischen den Betonsegmenten eingefügten Balken nun die Inschrift:

„VERGESST NICHT
DEN DEUTSCHEN
OSTEN“

und wich damit entscheidend von der noch im Mai angekündigten, vermutlich von dem alten Wegweiser übernommenen Fassung ab.

Abb. 1: Das „Ostdeutsche Mahnmal“ im Schlosspark, aufgenommen im Juni 2024[42]

Stilistisch handelte es sich um eine Mischung aus architektonischer Stele und radikal abstrakter Form. Die schlichte unsymmetrische Gestalt war tektonisch aufgebaut und wies, bis auf die Inschrift, keinerlei runde oder gar organische Elemente auf. Hatte der „Ostdeutsche Wegweiser“, die Blicke noch in Richtung der ehemaligen deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße gelenkt, so war das neue „Mahnmal“ nach Süden ausgerichtet. Der Standort am Ende des Areals erlaubte nur die frontale Ansicht. Die geringe Tiefe der

[41] Eine von der Stadt Siegen herausgegebene Dokumentation gibt die Maße wie folgt an: „Gesamtbreite zirka 1,65 m, Höhe links zirka 6,80 m, rechts zirka 4 m, Tiefe 0,25 bis 0,42 m“. Universitätsstadt Siegen (Hg): Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau in Siegen. Broschüre No. 4 Kunst im Schlosspark. Eine Auswahl (Stand: Oktober 2021), Siegen 2021, S. 12.

[42] Bild: Matthias Kirchbach.

Stelen von weniger als einem halben Meter ließ das Denkmal zweidimensional erscheinen. Ermöglicht wurde diese Bauweise durch das gewählte Material. Beton war für eine solche Form und Größe geeigneter und wohl auch günstiger als die gebräuchlicheren Werkstoffe Bronze oder Stein, signalisierte jedoch gleichermaßen Dauerhaftigkeit und Festigkeit der Aussage.
Eine Inspirationsquelle für das Siegener „Ost-Mahnmal" mag die durch den Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands errichtete und im Oktober 1967 fertiggestellte „Friedland-Gedächtnisstätte" gewesen sein.[43] Unweit des 1945 von der britischen Besatzungsmacht eingerichteten gleichnamigen Durchgangslagers für Zwangsmigrant*innen aus den ehemaligen Ostgebieten und Kriegsheimkehrer gelegen, sollte es als zentrales „Mahnmal für die Zeit der Teilung Deutschlands und in Erinnerung an die Katastrophe von 1945"[44] dienen.

Abb. 2: Die „Friedland-Gedächtnisstätte", aufgenommen im Februar 2014[45]

Zwar gab es mit dem Weimarer Denkmal für die Märzgefallenen von Walter Gropius von 1922 oder dem Hamburger Denkmal für die Gefallenen beider Weltkriege aus 1932 bereits frühe und bekannte Beispiele abstrakter Denkmalsarchitektur; die von Martin Bauer und Hans Wachter entworfene „Friedland-Gedächtnisstätte" adaptierte diese jedoch für die genannten Opfergruppen in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft. Möglicherweise orientierten sich die Verantwortlichen im Siegener Hochbauamt an diesem Entwurf. So ähnelt die Form der beiden aufstrebenden, als angedeutete Dreiecke ausgeführten Betonsegmente im Schlosspark auffallend den von Bauer und Wachter geschaffenen Stelen.

[43] Zur Geschichte des Denkmals vgl. Birgit Schwelling: Gedenken im Nachkrieg. Die Friedland-Gedächtnisstätte, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Jg. 5, Nr. 2 (2008), S. 189-210.
[44] So ein Aktenvermerk des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte aus der Konzeptionssphase des Denkmals. Zit. nach: Ebd., S. 192.
[45] Bild: Axel Hindemith (2014), Lizenz: Creative Commons by-sa-3.0.

Die genannten abstrakten Denkmäler brachen nicht nur mit stilistischen Konventionen, sondern auch mit den Sehgewohnheiten und Rezeptionshaltungen der Betrachter*innen. Formsprachlich enthielten sie sich einer klaren Deutung und erschwerten eine einseitige Identifikation. Augenfällig wird dies im Vergleich mit der von dem Siegerländer Künstler Hermann Kuhmichel (1898-1965) geschaffenen Eisenplastik „Die Ausschauende" am sogenannten „Unteren Schloss", nur einen kurzen Fußweg vom „Ostdeutschen Mahnmal" entfernt. Am 16. Dezember 1959, dem 15. Jahrestag des schwersten alliierten Luftangriffs auf Siegen, eingeweiht, erinnerte sie an die Rückkehr deutscher Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft.[46] Die in ein Tuch gehüllte und abwartend in die Ferne blickende Frauengestalt – ebenfalls eine Pathosformel – stand unverkennbar für das menschliche Leiden und die Opfer der deutschen Bevölkerung. Von dieser figürlichen Plastik hob sich das Denkmal im Schlosspark mit seinem „ästhetischen Minimalismus"[47] deutlich ab, eröffnete so jedoch neue Zugänge und Deutungsspielräume.

Wie unterschiedlich es schon zeitgenössisch wahrgenommen und verstanden werden konnte, zeigt eine nähere Betrachtung des „Ostdeutschen Mahnmals" als „Symbolkomplex"[48]. Sein markantestes Gestaltungsmerkmal waren die beiden Betonstelen. Die gemeinhin akzeptierte und häufig zitierte Interpretation als Darstellung des damaligen territorialen und politischen Status quo wirkt aus heutiger Sicht naheliegend, zumal die asymmetrische Anordnung der Betonsegmente sowohl die geografischen Verhältnisse als auch die Beziehung der Bundesrepublik zu den verlorenen Ostgebieten widerzuspiegeln schien. Diese Deutung wurde jedoch erst bei der Übergabe des Denkmals durch den Siegener Oberbürgermeister Karl Althaus (SPD) und den BdV-Kreisvorsitzenden Max Gorski offiziell vorgegeben. Beide erklärten übereinstimmend: „die ungleich hohen Streben stellen das geteilte Deutschland dar."[49] Ersterer ging sogar darüber hinaus und erläuterte, diese sollten „die Teilung Deutschlands vor Augen halten und an die Vertreibung von Millionen Deutscher erinnern."[50] Noch bei der ersten Vorstellung des Entwurfs wenige Monate zuvor hingegen hatte die Westfalenpost das Denkmal ohne inhaltliche Deutung lediglich als „abgebrochene Säule"[51] bezeichnet.

Ähnlich verhielt es sich mit den drei Querbalken auf der Vorderseite der Stelen. Ein erster Erklärungsansatz in dem bereits erwähnten Zeitungsartikel richtete sich auf ihre Funktion als verbindendes Element: „Die abgebrochene Säule wird durch drei Querbalken zusammengehalten, die wie Klammern wirken. Darin wird symbolisch das Festhalten der

[46] Vgl. Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e. V. (Hg.): Broschüre zur Werkstatt „Kunst am Bau" im Rahmen des Geschichtsforums Wiederaufbau Siegen, Siegen 2012, S. 17.

[47] Habbo Knoch benutzt diesen Begriff, um die Gestaltung von Gedenkstätten an den Nationalsozialismus zu beschreiben. Er passt jedoch auch hier. Vgl. Habbo Knoch: Geschichte in Gedenkstätten: Theorie Praxis Berufsfelder, Tübingen 2020, S. 14.

[48] Schmid: Denkmäler als Zeugnisse der Geschichtskultur, S. 59f.

[49] Ein Appell zum „Tag der Heimat". Laßt Gefühle nicht mißbrauchen. Landrat H. Schmidt: Bestürzende Töne, die in den Abgrund führen, in: Westfälische Rundschau vom 9.09.1968.

[50] Feierliche Mahnmal-Weihe im Schloß-Garten. Althaus: Es soll an die Spaltung erinnern!, in: Westfalenpost vom 10.09.1968.

[51] Ost-Mahnmal steht im Modell, in: Westfalenpost vom 8.05.1968.

Deutschen an ihrem dreifach geteilten Vaterland ausgedrückt."[52] Abermals waren es Althaus und Gorski, die eine offizielle Lesart vorgaben. Sie sahen in den Stelen und Querbalken den Buchstaben „E" und interpretierten diesen wahlweise als Mahnung zur „Einheit" oder „Einigkeit".[53] Letztere Interpretation setzte sich schließlich durch und wird bis heute vielfach wiedergegeben.[54]

Die Inschrift „Vergesst nicht / den deutschen / Osten"

Angesichts dieser unterschiedlichen Deutungen war die Inschrift besonders wichtig. Sie musste das Objekt der Erinnerung und die Aussage des Denkmals verbindlich, allgemein verständlich und präzise zusammenfassen. Die abschließend gewählte Formulierung „Vergesst nicht / den deutschen / Osten" blieb jedoch auffallend vage. Der Gegenstand der Erinnerung war nicht eindeutig definiert.[55] Der Begriff „deutscher Osten" war ein mit unterschiedlichen Konnotationen versehenes sprachliches Symbol, dessen Bedeutung sich seit dem 19. Jahrhundert mehrfach verschoben hatte.[56] Einerseits bezeichnete er schlicht den östlichen Teil des deutschen Staatsgebietes, andererseits einen überstaatlichen kulturellen Raum bzw. Siedlungs- und Wirkungsbereich, der weit darüber hinausging und beispielsweise auch die von Deutschen bewohnten Gebiete in der Habsburgermonarchie sowie den Staaten im östlichen Europa mit einschloss. Im 20. Jahrhundert avancierte er zum politischen Kampfbegriff. In den 1920er Jahren wurde er für den Protest gegen die Gebietsabtretungen an die neugegründeten Staaten Tschechoslowakei und Polen instrumentalisiert. Die Nationalsozialisten wiederum rechtfertigten damit zunächst den sogenannten „Anschluss" Österreichs und später die Eroberung vermeintlich deutschen „Volks- und Kulturbodens" im gesamten östlichen Europa. Nach 1945 verschob sich die Bedeutung der Begriffe „deutscher Osten" bzw. „Ostdeutschland" erneut. Geografisch bezeichneten sie in erster Linie die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße, drückten jedoch zugleich die Nichtanerkennung des territorialen Status quo aus. Zunehmend war damit jedoch auch das zuvor „Mitteldeutschland" genannte Gebiet der DDR gemeint.

Welche konkreten politischen Forderungen hinter dem Appell standen, den „deutschen Osten" nicht zu vergessen, war ebenfalls unklar. Die abgeänderte Formulierung – aus dem

[52] Ebd.

[53] Beide Interpretationen von Gorski und Althaus sind überliefert. Vgl. Ein Appell zum „Tag der Heimat", in: Westfälische Rundschau vom 9.09.1968; Feierliche Mahnmal-Weihe im Schloß-Garten, in: Westfalenpost vom 10.09.1968.

[54] So z. B. in einer Dokumentation zur politischen Erinnerungskultur in Siegen oder einer von der Stadt herausgegebenen Broschüre über Kunst im öffentlichen Raum und am Bau. Vgl. Klaus Merklein: Denkmäler in Siegen. Eine Dokumentation zur politischen Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, Siegen 2014, S. 37; Universitätsstadt Siegen (Hg): Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau in Siegen, S. 12.

[55] Darauf hat Stephan Scholz bereits hingewiesen. Vgl. Scholz: Denkmäler, S. 79.

[56] Vgl. Dieter Langewiesche: Wo der deutsche Osten lag, in: Annette Großbongardt/Uwe Klußmann/Norbert F. Pötzl (Hg.): Die Deutschen im Osten Europas. Eroberer, Siedler, Vertriebene, München 2011, S. 136-145.

Singular „Vergiß“ war der Plural „Vergesst“ geworden – richtete sich jedoch an die gesamte Gesellschaft und implizierte damit auch kollektives politisches Handeln. Sie war als Protest gegen die Grenzveränderungen infolge des Zweiten Weltkriegs und das schwindende gesellschaftliche Bewusstsein dafür zu verstehen, bot darüber hinaus jedoch großen Deutungsspielraum. Dies zeigte sich auch anlässlich der offiziellen Einweihung. Der Siegener Oberbürgermeister Althaus erklärte, die Inschrift wolle über die Erinnerung an den „deutschen Osten“ hinaus „zugleich auch erinnern an die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer angestammten Heimat in aller Welt.“[57] Diese Interpretation war aus dem reinen Wortlaut nicht erklärbar, machte das ästhetisch und inhaltlich vage Denkmal jedoch offiziell zu einem Ort der Siegener Vertriebenen und trug damit entscheidend zu seiner Funktion und Akzeptanz bei.

Das Denkmal als „Ort der Integration“

Mit der offiziellen Einweihung am 8. September 1968 endete der Aushandlungsprozess vorerst. Das Denkmal wurde nicht nur der Öffentlichkeit übergeben, sondern darüber hinaus mit einer verbindlichen Deutung versehen. Wie vom BdV angedacht, fand die Veranstaltung am selben Datum wie der „Tag der Heimat“ statt. Dies war ein bewährtes und effektives Vorgehen, um die eigene Klientel zu mobilisieren und möglichst große öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Zugleich verband es die lokale Denkmalerrichtung mit dem nationalen Gedenktag sowie den dabei erhobenen übergreifenden Forderungen. Die von den Vertriebenen erwünschte Außenwirkung wurde aber teils konterkariert, da die Feierstunde zum „Tag der Heimat“ und die Übergabe räumlich wie organisatorisch getrennt voneinander stattfanden.

Die Gedenkveranstaltung in der Bühne der Stadt Siegen folgte weitgehend einem bereits in den vergangenen Jahren etablierten Ablauf. So steuerten die Siegener CDU-Landtagsabgeordneten Edith Langner und der Heimatgebietsleiter im Westfälischen Heimatbund Wilhelm Zepter Grußworte bei. Als Redner traten Langners Fraktionskollege Christoph Schulze-Stapen sowie der Landrat Hermann Schmidt (SPD) auf. Eine ästhetische Dimension erhielt die Feier durch Auftritte des Männergesangvereins Wilnsdorf und einer Trachtengruppe.[58] Formal entsprach die Veranstaltung damit dem bekannten Schema, inhaltlich jedoch zeichneten sich deutliche Bruchlinien ab. Schulze-Stapen, der selbst aus dem oberschlesischen Ratibor stammte und 1952 aus der DDR nach Westdeutschland geflohen war, betonte die anhaltende Bindung der Zwangsmigrant*innen an ihre „alte Heimat“ und mahnte die Anwesenden, die Ansprüche auf die Ostgebiete nicht aufzugeben: „Wer die Heimat abschreibt, der verleugnet Recht, Freiheit und Humanität.“[59] Schmidt hingegen distanzierte sich von jedweder radikalen heimatpolitischen Rhetorik in Teilen der Vertriebenenorganisationen und stellte infrage, ob eine Wiedervereinigung

[57] Heimat, ein Zusammenklang von Geist und Gefühl, in: Siegener Zeitung vom 9.09.1968.
[58] Vgl. Feierliche Mahnmal-Weihe im Schloß-Garten, in: Westfalenpost vom 10.09.1968.
[59] Ebd.

in den Grenzen von 1937 möglich sei: „Zur Zeit ist niemand in der Lage zu sagen, ob alles das, was verloren gegangen ist, zu irgendeiner Zeit wieder zusammengeführt werden kann."[60] In den beiden Reden spiegelten sich so die ostpolitischen Konflikte innerhalb der seit 1966 regierenden „Großen Koalition" unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger wider. Während die CDU an dem 1952 zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Besatzungsmächten geschlossenen Deutschlandvertrag festhielt, demzufolge die deutsche Ostgrenze erst im Rahmen eines neuen Friedensvertrages verhandelt und festgelegt werden sollte, hatte der Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt kurz zuvor im März 1968 auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg erstmalig die vorläufige „Anerkennung bzw. Respektierung"[61] der Oder-Neiße-Linie gefordert.

Bei der anschließenden Übergabe des Denkmals im Schlosspark wurden diese Streitfragen jedoch ausgeklammert. Im Gegensatz zu dem als öffentlichkeitswirksame Kundgebung angelegten „Tag der Heimat" richtete sie sich eher nach innen, an die Mitglieder der betroffenen regionalen Erinnerungsgemeinschaft. Dementsprechend traten als Hauptredner mit dem Siegener Oberbürgermeister Karl Althaus (SPD) und dem BdV-Kreisvorsitzenden Max Gorski Repräsentanten der Siegerländer Bürgerschaft auf. Trotz des regionalen Charakters und der auf den ersten Blick weniger hochkarätigen Besetzung hatte der Festakt am Schloss laut Presseberichten ein großes Publikum angezogen.[62] Sowohl Althaus als auch Gorski würdigten das „Ostdeutsche Mahnmal" als gesamtgesellschaftliches Werk und wiesen auf die breite Unterstützung der verschiedenen Interessengruppen, Parteien sowie der Wirtschaft hin. Zudem schrieben sie ihm eine über die oben bereits zitierten Deutungen hinausreichende verbindliche Gesamtaussage und Funktion zu. Diese richtete sich nach Auffassung beider Redner primär und eindeutig auf die deutsche Teilung. So erklärte Althaus, das Denkmal solle „an die Spaltung erinnern" und „die Menschen wachrütteln, daß sie der Vergangenheit verpflichtet sind, die Gegenwart tatkräftig gestalten, um so die Zukunft meistern zu können."[63] Das Schicksal der Vertriebenen erwähnte er dagegen nur kurz. Auch Gorski als Vertreter der Zwangsmigrant*innen assoziierte es eher mit der deutschen Teilung als mit „Flucht und Vertreibung". Seine Erklärung, es solle „nicht nur an das geteilte Deutschland erinnern, sondern aussagen, daß wir alle vor Gott gleich sind und das Recht auf Glück und persönliche Freiheit besitzen"[64] richtete sich ausdrücklich an die gesamte Bevölkerung. Die regionalen Zeitungen nahmen diese Interpretation mehrheitlich auf. Beispielsweise übertitelte die Westfalenpost ihren

[60] Ebd.

[61] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen, Bonn o. J., S. 11, 996 zit. nach: Bernd Faulenbach: Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52 (2002), S. 44-54, hier S. 50.

[62] Vgl. Heimat, ein Zusammenklang von Geist und Gefühl, in: Siegener Zeitung vom 9.09.1968.

[63] Feierliche Mahnmal-Weihe im Schloß-Garten, in: Westfalenpost vom 10.09.1968.

[64] Heimat, ein Zusammenklang von Geist und Gefühl, in: Siegener Zeitung vom 9.09.1968.

Bericht über die Einweihungsfeier mit Althaus' Ausspruch: „Es soll an die Spaltung erinnern."[65] Lediglich die Westfälische Rundschau bezeichnete es als „Gedenkstätte"[66] und betonte damit seinen besonderen Stellenwert für die Vertriebenen.

Trotz der durch Althaus und Gorski vorgegebenen Deutung ist das „Ostdeutsche Mahnmal" nicht als „Ort der Deutschlandpolitik" im Sinne von Stephan Scholz zu verstehen. Zwar wandte sich die Inschrift gegen den Bedeutungsverlust des „deutschen Ostens" in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, dieser war jedoch weder der Grund für die Denkmalsetzung, noch wurden daraus konkrete politische Forderungen abgeleitet. Vielmehr wurde es vor allem als „Ort der Integration" geschaffen. Die Erinnerung an die Teilung Deutschlands und den Verlust der Gebiete jenseits von Oder und Neiße half, die ohnehin geplante Errichtung gesellschaftlich integrierend umzusetzen. Das „Ostdeutsche Mahnmal" richtete sich an die gesamte Bevölkerung und war nicht ausschließlich für die Vertriebenen bestimmt. Obwohl ihnen nach dem Verlust des Wegweisers kein neues Vertreibungsdenkmal zugestanden worden war, konnten sich die Vertriebenen dennoch angesprochen und mitgemeint fühlen. Zugleich wurden sie dadurch jedoch geschichtspolitisch assimiliert.

In der erinnerungskulturellen Praxis überschritt das Denkmal rasch seine Bestimmung als „Ort der Integration". Vor allem in seiner Feiertagsrolle kamen weitere Funktionen hinzu. Nachdem die Stadt- und Kreisverwaltung den Gestaltungsprozess, die Errichtung und Einweihung wesentlich mitbestimmt hatten, überließen sie das fertige Denkmal weitgehend den Vertriebenen. Diese nutzten es für unterschiedlichste Anlässe. Der „Tag der Heimat" hatte bereits für die Übergabe des „Ostdeutschen Mahnmals" hohe symbolische Bedeutung gehabt und blieb auch weiterhin eng mit ihm verbunden. Häufig ergänzte eine Kranzniederlegung im Schlosspark die eigentlichen Feierlichkeiten, welche weiterhin an wechselnden Orten, zumeist jedoch in der Bühne der Stadt Siegen oder der Siegerlandhalle stattfanden. Die Zwangsmigrant*innen erinnerten damit an die durch Krieg, „Flucht und Vertreibung" ums Leben gekommenen und verschollenen Menschen sowie die gemeinsamen Verlust- und Leidenserfahrungen und funktionierten das Denkmal so zu einem „Ort der Verlustbewältigung" um. Als Ort der Geschichtsdeutung und Deutschlandpolitik hingegen wurde es nur selten genutzt. Beispielsweise richtete das Kreiskuratorium „Unteilbares Deutschland" dort 1985 eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Volksaufstands in der DDR aus.[67]

Die „Alltagsrolle" des Denkmals ist hingegen schwerer zu bestimmen. Sicherlich fielen die auffälligen Stelen zahlreichen Besucher*innen des Schlossparks auf. Ob bzw. wie das prominent platzierte aber vage Bekenntnis zum „deutschen Osten" im öffentlichen Raum abseits besonderer Anlässe und Gedenkveranstaltungen wahrgenommen und interpretiert wurde, bleibt letztlich unklar. Den Siegerländer Zwangsmigrant*innen diente es

[65] Feierliche Mahnmal-Weihe im Schloß-Garten, in: Westfalenpost vom 10.09.1968.
[66] Ein Appell zum „Tag der Heimat", in: Westfälische Rundschau vom 9.09.1968.
[67] Vgl. Gedenkstunde zum 17. Juni. Idee der Freiheit wird stärker sein. Kranzniederlegung am Mahnmal – „Last der Teilung erträglicher machen", in: Siegener Zeitung vom 18.06.1985.

möglicherweise in Verbindung mit der nahegelegenen „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube“ im Oberen Schloss als individueller Gedenkort. Zeitungsartikel, Broschüren für Tourist*innen und Faltblätter im Siegerlandmuseum luden dazu ein, Mahnmal und Heimatstube gemeinsam zu besuchen.[68] Das Ensemble wurde somit fester Teil der städtischen Erinnerungslandschaft.

Insgesamt war das „Ostdeutsche Mahnmal“, anders als sein Vorgänger, kein typisches Vertriebenendenkmal. Dies wird schon anhand des Zeitpunkts und der Umstände seiner Errichtung deutlich. Seit etwa Mitte der 1960er Jahre befand sich die kollektive Erinnerung an die ehemaligen Ostgebiete sowie an „Flucht und Vertreibung“ im Umbruch. Lange nach der Denkmalflut der frühen Nachkriegszeit errichtet, übertraf das Mahnmal den Wegweiser, welchen es ersetzen sollte, in mehrfacher Hinsicht. Es war nicht nur größer, teurer und erkennbar prominenter platziert, sondern stach zudem in der städtischen Erinnerungstopographie deutlich hervor. Sein „ästhetischer Minimalismus“ war ein Novum, gerade die abstrakte Gestaltung machte es jedoch anschlussfähig für ein breites Publikum. Insbesondere der Appell „Vergesst nicht / den deutschen / Osten“ weckte unterschiedliche Assoziationen. Obwohl Althaus und Gorski die Inschrift und mit ihr das gesamte Denkmal öffentlichkeitswirksam als Verweis auf die deutsche Teilung interpretierten, wurde es nicht als „Ort der Deutschlandpolitik“, sondern hauptsächlich als „Ort der Integration“ errichtet und gesehen. Stephan Scholz‘ eingangs erwähnte These, es sei als Mahnung gegen den drohenden Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete verstanden worden, lässt sich somit zumindest für den Zeitraum der Denkmalsetzung nicht bestätigen. Die Konflikte innerhalb der Großen Koalition um die Ostpolitik waren zwar – insbesondere am „Tag der Heimat“ – auch im Siegerland präsent, wurden jedoch bei der Übergabe bewusst ausgeklammert. Für die Phase der Konzeption und Errichtung lässt sich anhand der Quellen ebenfalls kein direkter Einfluss feststellen.

In den Jahren nach seiner Errichtung wurde das „Ostdeutsche Mahnmal“ von diversen Organisationen und Gruppen aus unterschiedlichsten Anlässen und mit verschiedensten Intentionen genutzt und gerade dadurch seiner integrativen Funktion gerecht. Aus Sicht der Siegerländer Vertriebenen war es allerdings ambivalent zu bewerten. Einerseits hatten der Kreis und die Stadt Siegen die Initiative des BdV bereitwillig aufgenommen, andererseits bestimmten sie den gesamten Prozess maßgeblich und setzten sich hinsichtlich der Gestaltung über die Einwände des Vertriebenenbeirates hinweg. Das fertige Denkmal schließlich würdigte die Zwangsmigrant*innen auch nicht als besondere Opfergruppe. Nur beiläufig stellte der Siegener OB Althaus bei der Übergabe einen Zusammenhang zu „Flucht und Vertreibung“ her. Dessen ungeachtet bezogen die Vertriebenenorganisationen und insbesondere der BdV das „Ostdeutsche Mahnmal“ dauerhaft in ihre Erinne-

[68] Vgl. z. B. Westfälischer Heimatbund – Heimatgebiet Siegen-Wittgenstein, Arbeitsgemeinschaft der Siegerländer und Wittgensteiner Museen und Heimatstuben (Hg.): Museen und Heimatstuben. Siegerland Wittgenstein. Ein Führer zu Museen, Heimatstuben, Sammlungen, technischen Kulturdenkmalen, 2. erw. u. überarb. Aufl., Siegen 1991, S. 114.

rungspraktiken mit ein. Im Laufe der Zeit erweiterten so insbesondere Verlustbewältigung und Geschichtsdeutung seine ursprünglich zugedachte Funktion als „Ort der Integration".

Der Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur infolge der ab 1970 geschlossenen Ostverträge und selbst die spätere Wiedervereinigung schienen seine Rezeption zunächst nicht zu beeinflussen. Erst über vier Jahrzehnte nach der Errichtung führte die mittlerweile von den politischen Entwicklungen überholte Inschrift zu einer Kontroverse. Die heftig geführte öffentliche Debatte um die Frage, ob das Denkmal neu kontextualisiert oder gar verändert werden sollte, wird im weiteren Verlauf der Studie aufgegriffen.

2.9 Die „Ostverträge“ als Wendepunkt der Erinnerungskultur

In den späten 1960er Jahren befand sich die Kulturarbeit im Siegerland auf einem Höhepunkt. Das „Ostdeutsche Mahnmal“ im Siegener Schlosspark hatte eine weitere Nische in der öffentlichen Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ besetzt. Die Bundestagswahl 1969 erwies sich jedoch als Zäsur im Umgang mit „Flucht und Vertreibung“. Mit der bundesrepublikanischen Ostpolitik änderten sich unter der von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Vizekanzler Walter Scheel (FDP) geführten sozialliberalen Regierungskoalition auch die Rahmenbedingungen für die Kulturarbeit tiefgreifend. Daraufhin konzentrierten die regionalen Akteur*innen sich zunehmend auf die etablierten Medien und Praktiken und versuchten, diese an die veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Dieser Transformationsprozess wird im Folgenden anhand ausgewählter Beispiele untersucht. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Frage, inwiefern die Medien und Praktiken der Erinnerung durch die „neue Ostpolitik“ beeinflusst wurden.

„Standortwechsel“. Implikationen der „Neuen Ostpolitik“ für die Kulturarbeit

Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 erlitt die bis dahin regierende CDU/CSU trotz eines Wahlergebnisses von 46,1 % eine Niederlage. Die mit Stimmenanteilen von 42,7 % bzw. 5,8 % zweit- und drittplatzierte SPD und FDP bildeten eine sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt. Zu deren ersten Amtshandlungen gehörte der Organisationserlass vom 11. November 1969, mit dem u. a. das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte aufgelöst und dessen Zuständigkeiten auf andere Behörden verteilt wurden. Bedeutsamer für die Vertriebenen als politische Interessengruppe sowie die zugehörige Kulturarbeit wurde jedoch der Paradigmenwechsel in der Außenpolitik. Die neue Regierung beendete den Konfrontationskurs ihrer Vorgängerinnen gegenüber der Sowjetunion sowie den östlichen Nachbarstaaten und strebte stattdessen einen „Wandel durch Annäherung“ an – ein Konzept, das Brandt zu Beginn der 1960er Jahre entwickelt und bereits als Außenminister der „Großen Koalition“ (1966-1969) verfolgt hatte.[1] Im Rahmen dieser Entspannungspolitik schloss die Bundesrepublik bis 1973 eine Reihe bi- und multilateraler Abkommen.

Drei dieser sogenannten „Ostverträge“ wirkten sich besonders nachhaltig auf die Kulturarbeit und die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ insgesamt aus.[2] Mit dem am 12. August 1970 unterzeichneten Vertrag von Moskau verpflichteten sich die Bundesrepublik Deutschland und die UdSSR, ihre Konflikte künftig gewaltfrei zu lösen und die innerdeutsche Grenze sowie die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Ähnliche Bestimmungen enthielt der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“

[1] Vgl. Stickler: Bundesrepublik Deutschland.

[2] Vgl. Kerstin Hinrichsen: Oder-Neiße-Grenze. Bis auf Widerruf?, in: Hans Henning Hahn/Robert Traba (Hg.): Deutsch-polnische Erinnerungsorte. Bd. 1. Paderborn 2015, S. 497–517.

vom 7. Dezember 1970, kurz „Warschauer Vertrag“, mit dem beide Seiten ihre Grenzen für unverletzlich erklärten und auf wechselseitige Gebietsansprüche verzichteten. Fast genau zwei Jahre später, am 21. Dezember 1972, regelten auch die beiden deutschen Staaten ihr Verhältnis mit dem sogenannten Grundlagenvertrag („Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik”) neu und vereinbarten, „normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“[3] anzustreben. Den letzten ihrer „Ostverträge“ schloss die sozialliberale Bundesregierung am 11. Dezember 1973 mit der Tschechoslowakei. Im „Prager Vertrag“ („Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“) erklärten beide Staaten das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 über die Abtretung des Sudetenlandes für ungültig und erkannten ihre gemeinsame Grenze an.

Die „neue Ostpolitik“ stellte den bisherigen Umgang mit „Flucht und Vertreibung“ und damit auch die Ziele und Inhalte der Kulturarbeit grundsätzlich infrage. Mit den erwähnten Abkommen hatte die sozialliberale Koalition de facto den Alleinvertretungsanspruch für Deutschland sowie die Besitzansprüche auf die Ostgebiete aufgegeben. Durch den erneuten Sieg bei der Bundestagswahl im November 1972 sah sie sich in ihrem Kurs bestätigt. Obwohl ihre heimatpolitischen Ziele somit praktisch unhaltbar geworden oder doch zumindest in weite Ferne gerückt waren, hofften die Vertriebenenorganisationen weiterhin auf eine Revision der im Potsdamer Abkommen gezogenen Grenzen.[4] Sie beriefen sich auf die inhaltlichen Bestimmungen der jeweiligen Vertragswerke – beispielsweise klammerte das Abkommen mit der CSSR die Frage nach der Entschädigung der deutschen Zwangsmigrant*innen explizit aus – sowie zwei wegweisende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Die Karlsruher Richter erklärten 1973 und 1975 den Grundlagenvertrag mit der DDR zwar für grundgesetzkonform, verpflichteten die Bundesregierung aber zugleich, weiterhin eine friedliche Wiedervereinigung ganz Deutschlands anzustreben. Darüber hinaus urteilte das Gericht, dass das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 völkerrechtlich fortbestehe und dass Deutschlands Ostgrenzen erst in einem Friedensvertrag endgültig festgelegt werden könnten.[5]

Die Verantwortlichen für die Kulturarbeit betrachteten die „Ostverträge“ dennoch als Paradigmenwechsel. Besonders deutlich wird dies anhand der Überlegungen eines der wichtigsten Akteure auf Landesebene. Ludwig Landsberg, selbst ein Zwangsmigrant aus Schlesien und hoher Beamter im von Werner Figgen (SPD) geführten nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, stellte anlässlich einer Arbeitstagung

[3] Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 1 vom 21.12.1972, Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, Rechtsstelle, Nr. 121, Bl. 1-7.

[4] Vgl. Stickler: Bund der Vertriebenen.

[5] Vgl. Burkhard Olschowsky: Oder-Neiße-Grenze, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (27.10.2020), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/oder-neisse-grenze (Stand: 19.07.2024.)

im Düsseldorfer „Haus des Deutschen Ostens“ am 16. Juni 1972 fest: „Es ist nun notwendig, den Hintergrund abzuleuchten, vor dem wir hinfort unsere Arbeit tun werden, denn – daran kann man nicht zweifeln – die Szenerie hat sich durch die Verträge grundlegend verändert.“[6] Die bisherige Kulturarbeit beurteilte Landsberg äußerst kritisch, obwohl er sich schon früh nach seiner Ankunft in Westdeutschland stark in der Vertriebenenpolitik engagiert und auch am § 96 des BVFG mitgearbeitet hatte.[7] Diese habe sich ausschließlich auf die Vertriebenen selbst konzentriert und deren Herkunftsregionen sowie die kulturellen Kontakte zu anderen Bevölkerungsgruppen ignoriert: „Die deutschen Kulturleistungen in jenen Gebieten wurden aus ihrem Zusammenhang mit der Kultur der Gastvölker herausgelöst und präsentiert als eine Art Monolith, als Kristalle, die, gewissermaßen in sonst kultureller Wüstenlandschaft, allein Kraft deutscher Kulturbefähigung erwachsen waren.“[8] In seinem ausführlichen Referat forderte Landsberg daher einen „Standortwechsel“. Oberstes Ziel war es seiner Ansicht nach, ein neues Verhältnis zu den Herkunftsregionen der Vertriebenen und der dort lebenden Bevölkerung zu entwickeln und diese bei der eigenen Arbeit stärker zu berücksichtigen: „Wir werden uns nicht auf isolierte Selbstdarstellung ostdeutscher Kulturleistungen beschränken lassen. Wir werden neben sie die Darstellung der kulturellen Wechselbeziehungen zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn stellen. Wir werden der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn (unter Einbeziehung ihrer eigenständigen Kultur) besonderen Nachdruck verleihen“. Auf diese Weise, so argumentierte Landsberg, könnten die Vertriebenen und die Institutionen der Kulturarbeit „eine Drehscheiben- und Brückenfunktion wahrnehmen und Vermittler sein mit Verantwortung nach beiden Seiten“.

Landsbergs Ausführungen sind repräsentativ für die zeitgenössische Kritik an der „mittel- und ostdeutschen Kulturarbeit“ und die Reformvorschläge aus dem Umfeld des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Kritik und Widerspruch vorwegnehmend, präsentierte er diese Programmatik an anderer Stelle als alternativlos: „Die Ostverträge sind Realität. Wir müssen mit diesen Verträgen leben! Damit ist alles gesagt, was wir nicht wahr haben [sic!], was wir vertuschen wollen. Doch daran gibt es kein Vorbei, davor gibt es kein Zurück.“[9]

Wie die „Bewirtschaftungsbestimmungen“ für die finanzielle Unterstützung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG von 1975 zeigen, wurde diese tatsächlich jedoch nur zögerlich und in Teilen reformiert. Zwar wurde festgelegt, dass sämtliche Maßnahmen fortan „das Kul-

[6] Referat „Mittel- und ostdeutsche Kulturarbeit heute - Pflege und Begegnung“ von Ministerialdirigent Dr. Ludwig Landsberg anlässlich einer Arbeitstagung im „Haus des deutschen Ostens“ am 16.06.1972, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 149.

[7] Vgl. Schöpfer des Paragraphen 96, in: Siebenbürgische Zeitung vom 25.08.2003.

[8] Referat „Mittel- und ostdeutsche Kulturarbeit heute – Pflege und Begegnung“ von Ministerialdirigent Dr. Ludwig Landsberg am 16.06.1972, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 149.

[9] Vortrag von Ministerialdirigent Ludwig Landsberg: Mittel- und Ostdeutsche Kulturarbeit heute – „Pflege und Begegnung“ (undatiert), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343.

turschaffen weiterentwickeln“ sollten, andererseits waren die dafür vorgesehenen Formate und Praktiken wenig innovativ. Als „förderungswürdig“ wurden die etablierten wissenschaftlichen, pädagogischen oder „heimatkulturellen“ Veranstaltungen sowie Heimatstuben oder -archive ausgewiesen. Hinzu kam, dass Zuschüsse grundsätzlich „nur für Einzelmaßnahmen gewährt“[10] wurden. Somit fehlte es an einer Basis, um neuartige Ansätze systematisch zu erproben oder als bewährt erachtete Formate langfristig zu etablieren.

Auch die im Mai 1978 im Kulturausschuss des Landesvertriebenenbeirats entwickelten Vorschläge zur Neuausrichtung der Kulturarbeit boten wenig Neues, betonten jedoch insgesamt den Bedarf an neuen Ideen und Konzepten. Als besondere Herausforderung wurde die Aufnahme von Aussiedlern aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa wahrgenommen: „Die auf Förderung von Aussiedlern gerichteten Aktivitäten und Maßnahmen sind bisher fast ausschließlich auf die soziale, sprachliche und berufliche Eingliederung in die Bundesrepublik gerichtet; die Einbeziehung der Aussiedler in die aktive Rolle im Sinne des § 96 BVFG steht bisher noch aus.“[11]

Der „Tag der Heimat“ in der Krise

Parallel zu den durch die „Ostverträge“ ausgelösten Debatten zeichneten sich in den 1970er Jahren weitere Herausforderungen für die Kulturarbeit ab, welche in den folgenden Kapiteln eingehender behandelt werden. Neben der „Einbeziehung der Aussiedler“[12] war dies v. a. der demographische Wandel. Das Bundesinnenministerium warnte 1977 vor „Leistungseinbußen“ durch das „allmähliche Zurücktreten der Erlebnisgeneration“[13]. Eine Folge der zunehmenden Überalterung waren ein allgemein nachlassendes öffentliches Interesse an der Vertreibungsproblematik sowie sinkende Teilnehmerzahlen bei Heimattreffen, Kundgebungen und selbst beim „Tag der Heimat“.[14] Diese Entwicklung betraf auch das Siegerland. Bereits Anfang der 1970er Jahre experimentierten die Stadt und der Landkreis Siegen daher mit neuen Konzepten für die gemeinsamen Veranstaltungen anlässlich des Gedenktags. Ein erster Ansatz der Kreisverwaltung war es, die ästhetische Dimension stärker zu betonen. 1970 schlug sie vor, die Feier „in einer völlig

[10] Bewirtschaftungsbestimmungen für die Zuweisung und Verwendung von Landesmitteln für Kulturarbeit nach § 96 BVFG vom 10.01.1975, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343.

[11] Vorschläge des Kulturausschusses des Landesvertriebenenbeirats zur Arbeit nach § 96 BVFG. Vorlage für die Sitzung des kleinen Arbeitskreises in Münster am 11. Mai 1978, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343.

[12] Ebd.

[13] Bericht der Bundesregierung über die von ihr in den Rechnungsjahren 1973, 1977 und 1975 gemäß § 96 BVFG getroffenen Maßnahmen vom 9.06.1977, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343.

[14] Vgl. dazu auch Kittel: Vertreibung der Vertriebenen?, S. 101-109.

anderen, volkstümlichen Form unter Beteiligung von Trachtengruppen durchzuführen“[15]. Dieser Vorschlag brach zwar mit der bisherigen Ausrichtung als vorrangig politischer Gedenktag, andererseits waren Tanz- und Musikdarbietungen seit den frühen 1950er Jahren ohnehin selbstverständlicher Teil des „Tags der Heimat“ und ähnlicher Zusammenkünfte.

Gemessen an den Publikumszahlen erschien die Veranstaltung 1970 in der mit 800 Personen vollbesetzten Hüttentaler Bismarckhalle als Erfolg. Der städtische Vertriebenenbeirat, der das Format mit dem Titel: „Tag der Heimat – einmal anders“ zuvor ausdrücklich befürwortet hatte, zeigte sich insgesamt „mit dem Verlauf und der Durchführung recht zufrieden“[16].

Trotz der positiven Bilanz wurde das Konzept nicht wiederholt. Stattdessen plante die Kreisverwaltung im Jahr 1971 einen erneuten „Versuch“ mit einer abermals abgewandelten Programmfolge, welche „einen allgemeinen Teil, einen west-östlichen Heimatabend und Tanz“[17] vorsah. Aus nicht näher dokumentierten, vermutlich organisatorischen, Gründen sah sie „keine Möglichkeit für eine Durchführung zum bundeseinheitlichen Termin“ und plante, den Gedenktag stattdessen am 25. September in der Siegerlandhalle auszurichten. Diesmal jedoch äußerten sich viele Beiratsmitglieder nachträglich negativ über den Ablauf der Feier und brachten zahlreiche „kritische Anmerkungen“[18] vor. Als wesentliches Monitum vermerkt die Niederschrift, dass „entgegen der Abmachung“ einzelne Gäste namentlich begrüßt worden waren, nicht aber die NRW-Landtagsabgeordnete und ehemalige Beiratsvorsitzende Edith Langner (CDU). Die Beiratsmitglieder sahen sich dadurch öffentlich zurückgesetzt. Hinzu kamen Unzufriedenheit über Form und Inhalt der Veranstaltung sowie die vorhergegangene Terminverschiebung, welche die symbolische Wirkung als Kundgebung des gesamten deutschen Volkes konterkarierte. So wird an den Vorgängen des Jahres 1971 ein grundlegendes Problem erkennbar, das über den äußeren Ablauf des „Tags der Heimat“ hinausging: Die Kreisverwaltung war nicht willens oder fähig, die Feierlichkeiten nach den Vorstellungen der Vertriebenen auszurichten und hatte diese im Gegenteil mehrfach brüskiert. In der Folge zogen Stadt und Kreis Siegen sich zurück und überließen die Veranstaltung dem BdV. Damit wurde der „Tag der Heimat“ praktisch wie symbolisch von einer gesamtgesellschaftlichen wieder zu einer alleinigen Angelegenheit der Zwangsmigrant*innen.

Wie sich rasch herausstellte, waren diese sich jedoch ebenfalls uneins, wie der Gedenktag begangen werden sollte. Bereits 1973 kam es zu einem Eklat, als der zuständige BdV-Kreisverband Siegen sowie die Ortsverbände Weidenau und Salchendorf entschieden,

[15] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 20. Februar 1970, Stadtarchiv Siegen, E 3239/008.

[16] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 6. November 1970, Stadtarchiv Siegen, E 3239/009.

[17] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirats der Stadt Siegen am 13. Mai 1971, Stadtarchiv Siegen, E 3239/016.

[18] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 25. Oktober 1971, Stadtarchiv Siegen, E 3239/20.

statt einer gemeinsamen zwei parallele Veranstaltungen auszurichten. Eine solche Aufspaltung war zwar nicht gänzlich neu, bedrohte nun jedoch das ohnehin schwindende Mobilisierungspotenzial des Gedenktags. Der Vertriebenenbeirat der Stadt Siegen kritisierte die drohende „Verzettelung" und „Zersplitterung"[19] des Gedenktages und intervenierte daraufhin mit einem Schreiben beim BdV-Kreisverband: „Wenn der Tag der Heimat überhaupt noch eine Resonanz im Siegerland finden soll, dann kann dies nur auf einer gemeinsamen Großveranstaltung erfolgen."[20] Nach den vorangegangenen Spannungen mit der Kreisverwaltung zeigte sich hier, dass der BdV trotz seines selbstbewusst vorgetragenen Alleinvertretungsanspruchs nicht immer im Interesse aller Zwangsmigrant*innen handelte und dass einzelne Ortsverbände bereit waren, ihre Belange über das Verbandsinteresse und die öffentliche Wirkung des „Tags der Heimat" zu stellen. Wohl auch infolge des Protests aus dem Siegener Vertriebenenbeirat wurde für das Jahr 1974 wieder eine gemeinsame Großveranstaltung aller Ortsverbände zum bundeseinheitlichen Termin geplant.[21] Nach dem Generationswechsel in den Vertriebenenorganisationen in den 1980er Jahren, von dem noch zu sprechen sein wird, gewann der Gedenktag eine neue feste Form, die auf Jahrzehnte hinaus weitgehend erhalten blieb.

Umgestaltung der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube"

An der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube" im Oberen Schloss in Siegen dagegen ging die erinnerungskulturelle Zäsur in Form der „neuen Ostpolitik" zunächst beinahe spurlos vorüber. Nach den ergebnislosen Diskussionen um eine Neugestaltung Ende des Jahres 1965 schien sie zunächst endgültig fertiggestellt. Bereits zu Ende des Jahrzehnts unternahm der städtische Vertriebenenbeirat jedoch einen erneuten Vorstoß zur Umgestaltung, um sie für die jährlich rund 23 000 Museumsbesucher*innen attraktiver zu machen.[22] Der zuständige Kulturwart Sattler erarbeitete daraufhin ein Konzept, welches neben einer „Verbesserung des Raumes" durch Umbauten an Wänden, Boden und Beleuchtung eine „bessere und übersichtlichere Gliederung nach den einzelnen Landsmannschaften"[23] vorsah. Der Museumsleiter Bernd Roedig schloss sich dem an und schlug vor, dass die unterschiedlichen Vertriebenengruppen jeweils „ihre Schwerpunkte bekommen und die Wahrzeichen ihrer Landschaften enthalten"[24] sollten. Sattler und Roedig nahmen damit eine bereits 1965 vom Museumsbeirat eingebrachte Idee auf, den Landsmannschaften durch wechselnde Ausstellungen ein stärkeres Profil zu verleihen.[25]

[19] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 8. Juni 1973, Stadtarchiv Siegen, E 3239/028.
[20] Schreiben des Vorsitzenden des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen an den Bund der Vertriebenen Kreisverband Siegen, Stadtarchiv Siegen vom 15.06.1973, E 3239/030.
[21] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 16. Mai 1974, Stadtarchiv Siegen, E 3239/036.
[22] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 30. Oktober 1969, Stadtarchiv Siegen, E 3239/003.
[23] Ebd.
[24] Ebd.
[25] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Museumsbeirates am 21.10.1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.

Die bestehende Präsentation wurde inhaltlich reorganisiert und baulich optimiert. Nach einem Spendenaufruf des Beirates an die landsmannschaftlichen Gruppen vor Ort erhielt die Heimatstube zahlreiche Ausstellungsstücke als Geschenke oder Leihgaben, insbesondere Bilder (etwa ein Bild des Schlosses in Gotha und eine Fotokopie der Gründungsurkunde der Universität Jena), Heimatsymbole (z. B. ein Stück Bernstein sowie eine Schnitzarbeit aus oberschlesischer Kohle) oder Beispiele „ostdeutscher" Handwerkskunst wie ein perlenverziertes schlesisches Kaffeegedeck. Diese entsprachen jedoch weitgehend den bereits vorhandenen Objektarten. Eines der wenigen herausragenden Stücke war ein als Beitrag zum „Ost- und Mitteldeutschen Schülerwettbewerb" angefertigtes Batik-Tuch mit einer symbolischen Vertreibungsdarstellung.[26] Einerseits war es als neuartiges Objekt aus der kreativen Auseinandersetzung mit der Zwangsmigration entstanden, andererseits wurde es vermutlich nicht aufgrund seines künstlerischen Wertes, sondern als Zeugnis des Engagements der „ostdeutschen" Jugend für ihre alte Heimat ausgestellt. Insgesamt wurden so die Ausstellungsstücke zwar immer zahlreicher, werteten die Heimatstube qualitativ jedoch nicht auf. Für den Ankauf neuer seltener oder wertvoller und damit prestigeträchtiger Objekte fehlten – anders als im vorhergegangenen Jahrzehnt – vermutlich die Mittel. Dennoch zeigten sich die Beiratsmitglieder bei einer Besichtigung nach Abschluss der Arbeiten im Juni 1970 mit dem Ergebnis sehr zufrieden.[27]

1972 jährte sich die Einrichtung der Heimatstube im Museum zum zehnten Mal. Anlässlich des Jahrestages blickte Herrmann Sattler zurück und bestätigte den versammelten Mitgliedern, dass die Arbeiten seit 1969 sich positiv auf die Besucherzahlen ausgewirkt und ein „lebhaftes Interesse"[28] hervorgerufen hatten. Die Erfolgsstimmung wurde allerdings rasch getrübt. Der als Gast zur Sitzung des Siegener Vertriebenenbeirates geladene Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Guido Zurhausen, sprach in seinem Referat über „Die Bedeutung der Ost- und Mitteldeutschen Heimatstuben in unserer Zeit"[29] die zunehmend kritische Wahrnehmung der „Kulturarbeit" insgesamt und damit auch der Heimatstuben in der Öffentlichkeit an. Nicht nur unter jungen Leuten, so der Ministerialrat, gälten diese als wenig zeitgemäß, mitunter sogar revanchistisch oder schlicht uninteressant, kurz: „Die Sache hat ein schlechtes Image."[30] Angesichts dessen mahnte Zurhausen, die unterschiedlichen Zielgruppen der Kulturarbeit, insbesondere in Schulen und Volkshochschulen, zielgenau anzusprechen. Nur so könne Verständnis für die Anliegen der Vertriebenen geweckt werden. Abschließend ging er auf die Implikationen der „Ostverträge" für die Heimatstuben ein und warb für eine veränderte Funktion als Orte der Verständigung mit

[26] Vgl. Siebenbürgische Zeitung vom 30.09.1972.
[27] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 5. Juni 1970, Stadtarchiv Siegen E 3239/007.
[28] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 16. März 1972, Stadtarchiv Siegen, E 3239/022.
[29] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 8.12.1972, Stadtarchiv Siegen, E 3239/026.
[30] Ebd.

den Staaten und Bevölkerungen östlich der Oder-Neiße-Linie. Von ihnen sollte nicht weniger als eine grundlegende historische Neubewertung und Umorientierung nach Vorbild der deutsch-französischen Beziehungen ausgehen: „Das bisherige Feindbild kann nicht mehr gültig sein. Wie wollen wir schließlich den historischen Tatbestand des Deutschtums im Osten sehen? [...] Ähnlich wie bei dem deutsch-französischen Verhältnis sollten wir erkennen, daß nicht soviel zwischen den Völkern lag, als immer gemacht worden ist. Auf diesem Wege ist den Heimatstuben ein besonderer Rang einzuräumen." Der Appell verhallte jedoch ungehört. Der Vertriebenenbeirat und das Museum ignorierten Zurhausens Empfehlungen und hielten am bestehenden Konzept der Heimatstube fest.
In der Folgezeit geriet über das inhaltliche Konzept hinaus jedoch die gesamte Ausstellungspraxis der Heimatstuben in die Kritik. Insbesondere die gedrängte Präsentation zahlreicher Objekte auf engem Raum wurde zunehmend als fachlich unangemessen und für die Besucher*innen wenig attraktiv empfunden. Stellvertretend für diese vordergründig gegen die Siegerländer Heimatstuben der alteingesessenen Orts- oder Dorfgemeinschaften gerichtete Kritik steht ein programmatischer Artikel über „die mögliche Funktion von Heimatmuseen und -stuben im Siegerland" von Jürgen Schawacht und Beate Kill aus dem Jahr 1978. Dieser monierte insbesondere die durch die Objektfülle entstehende „‚anheimelnde' Rumpelkammeratmosphäre" und forderte stattdessen „Ordnung und Übersichtlichkeit", „die Einbettung des Gebotenen in übergeordnete Zusammenhänge" sowie die „Veranschaulichung der ursprünglichen Funktionen der Objekte"[31]. Diesen Ansprüchen genügte auch die „Mittel- und Ostdeutsche Heimatstube" trotz der erreichten Fortschritte nicht. Weitere Konflikte mit dem Museum, dessen Leiter Jürgen Schawacht 1980 wurde, schienen somit vorprogrammiert.
Im Falle der anderen Heimatstube der Vertriebenen im Siegerland blieben derartige Spannungen aus. Wenige Jahre nach der kommunalen Neugliederung von 1968, bei der das Amt Burbach der Gemeinde Neunkirchen zugeschlagen worden war, zog diese in den Nachbarort Neunkirchen um.[32] Dort bestand sie unter der Regie des Vertriebenenbeirates sowie des aus mehreren zuvor eigenständigen Ortsgruppen hervorgegangenen BdV-Ortsverbandes „Freier Grund" über vier Jahrzehnte lang bis zu ihrer Schließung im Jahr 2022.[33]

[31] Beate Kill/Jürgen Schawacht: Einige Gedanken über die mögliche Funktion von Heimatmuseen und -stuben im Siegerland, in: Siegerland. Blätter des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins e. V. 55 (1978), S. 70f.
[32] Ostdeutsche Heimatstube jetzt im Neunkirchener Leyhof. In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste eröffnet – Mitglieder des Bundes der Vertriebenen leisteten 800 Stunden Eigenarbeit, in: Siegener Zeitung vom 22.03.1976.
[33] Vgl. Kapitel 3.7.

Weitere Straßenbenennungen in Siegen

Ebenso wenig wie auf die beiden Heimatstuben wirkte sich die erinnerungskulturelle Zäsur auf die Straßennamen aus. Bis Mitte der 1960er Jahre waren nur vereinzelte, allerdings deutlich von der zeitgenössische Neuausrichtung der Kulturarbeit beeinflusste Benennungen mit Bezug zum „deutschen Osten" zu verzeichnen gewesen. 1959 beispielsweise hatten die Verantwortlichen mit Joseph von Eichendorff erstmals auch eine berühmte Persönlichkeit berücksichtigt. Die Mehrzahl der „ostdeutschen" Straßen wurden jedoch weiterhin nach Städten benannt.[34] Schlesien war dabei die mit Abstand am häufigsten vertretene Region, wobei durch den Görlitzer Platz auch das Gebiet der DDR berücksichtigt worden war.[35]

Zwischen 1972 und 1983 wurde die symbolische Repräsentation der Vertriebenen im Siegener Stadtplan weiter ausgebaut. Die Voraussetzungen dafür waren in diesem Zeitraum besonders günstig. Erstens führte der Bau neuer Straßen für Wohn- und Gewerbegebiete zu zahlreichen Neubenennungen. Im Dezember 1972 etwa erhielten gleich neun Siegener Straßen die Namen von Städten im „Deutschen Osten". Mit Ost- und Westpreußen (Tilsit, Allenstein, Graudenz), Nieder- und Oberschlesien (Breslau, Grünberg, Liegnitz, Gleiwitz), Ostbrandenburg (Sorau) und Pommern (Kolberg) waren dabei unterschiedliche Herkunftsregionen der Vertriebenen berücksichtigt.[36] Die Maßnahme knüpfte in doppelter Hinsicht an die frühen Straßenbenennungen der Jahre 1949-1950 an. Zum einen war die Benennung einer Breslauer- und einer Liegnitzer Straße schon damals umgesetzt bzw. vorgeschlagen worden[37], zum anderen wurde das seinerzeit eingeführte Prinzip der Trennung nach Landsmannschaften und Herkunftsregionen fortgeführt. Dies galt ebenso für die Küstriner- und die Landsberger Straße, die zwei Jahre später nach den an Oder und Warthe gelegenen Städten in Ostbrandenburg benannt wurden.[38]

Der zweite Anlass für weitere Benennungen mit Bezug zum „Deutschen Osten" war die kommunale Neugliederung, insbesondere der Zusammenschluss der Städte Eiserfeld und Hüttental mit Siegen im Jahr 1975. Neue Bezeichnungen wurden überall dort nötig, wo Namen doppelt oder gleich mehrmals vorkamen, zu große klangliche Ähnlichkeiten Orientierungsschwierigkeiten sowie Probleme im Postverkehr erwarten ließen oder neue Straßen angelegt wurden. Beispielsweise musste die erst seit 1968 in der Stadt Eiserfeld bestehende Königsberger Straße umbenannt werden, um eine Dopplung zu vermeiden.[39] Der Bezug zur historischen Provinz Ostpreußen bzw. deren südlichem Teil blieb jedoch

[34] Der Eichendorffweg wurde 1959 in Siegen benannt. Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.01.1959, Stadtarchiv Siegen, E 2855.
[35] Vgl. Siegener Zeitung vom 8.10.1969.
[36] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 13.12.1972, Stadtarchiv Siegen, E 2871.
[37] Vgl. Kapitel 2.3. Die 1972 nach Breslau benannte Straße war eine an die bereits seit 1949 existierende, gleichnamige Straße anschließende Stichstraße. Es handelte sich folglich eher um eine Fortführung als um eine Neubenennung.
[38] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 30.01.1974, Stadtarchiv Siegen, E 2873.
[39] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Eiserfeld vom 2.10.1968, Stadtarchiv Siegen, Best. 159.

auch mit dem neuen Namen Masurenweg erhalten.[40] Bei der Namensfindung ging die Verwaltung in erster Linie „nach historischen Gesichtspunkten (Flurbezeichnungen, alte Grubenfelder usw.)" vor, allerdings mussten die Vorschläge „in das Gebiet passen und im Einklang stehen mit den in der Nähe ausgewiesenen Straßenbezeichnungen"[41]. Zudem konnten die betroffene Bevölkerung und Personen aus „der Mitte des Rates"[42] Ideen einbringen. Anhand dieser Kriterien sowie der eingegangenen Vorschläge sah die Verwaltungsvorlage vom Juni 1975 ganze 199 Um- und 22 Neubenennungen auf dem Gebiet der ehemaligen Städte Siegen (69), Hüttental (73) und Eiserfeld (57) vor. Auch die regionalen Vertriebenenorganisationen hatten sich an dem Prozess beteiligt. Statt sich jedoch auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen, hatten die unterschiedlichen Ortsverbände jeweils separate Eingaben gemacht. Die verschiedenen Landsmannschaften beschränkten sich dabei, wie schon 1958 die Kreisgruppe Siegen der Memelländer, auf Namen mit Bezug zu ihren jeweiligen Herkunftsgebieten, und selbst der BdV als Dachorganisation ging nach dem Herkunftsprinzip vor. Während die Sudetendeutsche Landsmannschaftsgruppe jedoch nur drei Vorschläge eingereicht hatte, waren es beim BdV-Ortsverband Siegen-Stadt ganze 27. Die Mehrzahl davon war Persönlichkeiten aus den verschiedenen Regionen des „Deutschen Ostens" gewidmet, es fanden sich jedoch auch solche mit Bezug auf Städte und historische Schauplätze („Potzdammer [sic!] Platz", „Leipziger Straße", „Königgrätzer Straße") sowie Regionen bzw. „Volksgruppen" („Pommersche Straße", „Schlesische Straße", „Sudetenstraße").[43] Der BdV-Ortsverband Weidenau und der Kreisverband Siegerland der Pommerschen Landsmannschaft wiederum verzichteten auf konkrete Namen und empfahlen stattdessen die Benennung nach „Städtenamen, Persönlichkeiten, Wasserläufe[n], Seen, Landschaften, Berge[n] und Gebirge[n] aus den Gebieten Pommern, Ostpreußen, Schlesien und Ostbrandenburg"[44].

Die fehlende Abstimmung untereinander führte zu Dopplungen. Sowohl die Sudetendeutsche Landsmannschaft als auch der BdV-Ortsverband Siegen-Stadt wählten Agnes Miegel, Adalbert Stifter und Ferdinand Porsche als potentielle Namensgeber. Die Wahl von Kunst- und Kulturschaffenden zu Namenspatronen für Straßen und Orte im öffentlichen Raum ging auf das späte 19. Jahrhundert zurück. Vorwiegend das gehobene Bürgertum brachte auf diesem Wege sein National- und neu gewonnenes Selbstbewusstsein

[40] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 9.07.1975, Stadtarchiv Siegen, Best. F, Nr. 6547.
[41] Schreiben des Beauftragten für die Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Siegen an die Mitglieder des Hauptausschusses des Rates der Stadt betr. Kommunale Neugliederung – Umbenennung von Straßen vom 16.06.1975, Stadtarchiv Siegen, E 2348.
[42] Ebd.
[43] Vgl. Anlage zum Schreiben des Beauftragten für die Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Siegen an die Mitglieder des Hauptausschusses des Rates der Stadt betr. Kommunale Neugliederung – Umbenennung von Straßen vom 16.06.1975, Stadtarchiv Siegen, E 2348.
[44] Ebd.

zum Ausdruck.[45] Im Kontext der Kulturarbeit war sie eine Folge der verstärkten Ausrichtung auf die Bewahrung „ostdeutscher Kulturwerte“[46]. Schlussendlich wurden alle drei Vorschläge der Sudetendeutschen Landsmannschaft, von denen zwei (Porschestraße und Stifterstraße) zugleich vom BdV-Ortsverband Siegen-Stadt eingereicht worden waren, umgesetzt. Die Wielandstraße im Ortsteil Klafeld der ehemaligen Stadt Hüttental erhielt den neuen Namen „Suttnerweg“. Auch zögerte der Rat offenbar nicht, eine Straße nach dem in den Nationalsozialismus verstrickten Automobilkonstrukteur Ferdinand Porsche zu benennen.[47] Darüber hinaus jedoch hatten die Eingaben der Vertriebenenorganisationen kaum Erfolg. Lediglich die Kantstraße lässt sich unmittelbar auf die Vorschlagsliste des BdV-Ortsverbands Siegen-Stadt zurückführen.

Dagegen wurde das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus durch Straßennamen umso wichtiger. Die Siegener Stadtverordneten berücksichtigten insbesondere Opfer der NS-Gewaltherrschaft im Siegerland und prominente christliche Widerstandskämpfer. Zur ersteren Gruppe zählten der evangelische Pfarrer der Siegener Nikolaikirche, Theodor Paulus Walter Noa, und der 1878 in Weidenau geborene Samuel Frank. Noa gehörte dem Pfarrernotbund sowie der Bekennenden Kirche an und hatte sich bis zu seinem Tod gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung der evangelischen Kirche eingesetzt. Samuel Frank dagegen war Mitglied der jüdischen Gemeinde und wurde 1942 nach Zamość deportiert.[48] Die zweite Gruppe repräsentierten Alfred Delp, Dietrich Bonhoeffer und Karl Barth.[49] Mit Delp war die Wahl auf einen Vertreter des katholischen Widerstands gefallen. Der Jesuit war Mitglied des Kreisauer Kreises und wurde 1945 wegen seiner Mitgliedschaft in der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus hingerichtet. Dietrich Bonhoeffer und Karl Barth dagegen waren Repräsentanten des evangelischen Widerstands. Ersterer wurde 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet, letzterer verließ das nationalsozialistische Deutschland und überlebte in der Schweiz. Die Benennungspraxis war jedoch sehr selektiv und beschränkte sich, wie etwa

[45] Vgl. Martens: Straßennamen, S. 68.

[46] So formulierte es die Richtlinie des Deutschen Städtetages von 1953, welche unter anderem die Benennung von Straßen und öffentlichen Plätzen und Gebäuden regelte. Zit. nach: Ute Reichert-Flögel: Ostdeutsche Patenschaften heute, hg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1988, S. 75, 80.; vgl. Weger: Straßennamen, S. 413.

[47] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 9.07.1975, Stadtarchiv Siegen, Best. F, Nr. 6547.

[48] Die Theodor-Noa-Straße entstand durch Umbenennung der Bodelschwinghstraße, die Samuel-Frank-Straße hieß zuvor Giersbergstraße. Vgl. ebd. Die genauen Umstände von Noas Tod sind unbekannt. Er wurde 1938 tot in einem Kanal in Berlin aufgefunden. Vgl. Ursula Hörsch/Andrea Stötzel: Theodor Noa 1891-1938 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Siegen und des Siegerlandes, Bd. 4), Siegen 1991.

[49] In allen drei Fällen handelte es sich um Umbenennungen. Die Meisenstraße wurde zur Alfred-Delp-Straße, die Finkenstraße zur Bonhoefferstraße und In der Dreisbach zur Karl-Barth-Straße. Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 9.07.1975, Stadtarchiv Siegen, Best. F, Nr. 6547.

die jahrzehntelange Debatte um die Ehrung des KPD-Politikers und „Arztes von Buchenwald", Walter Krämer, zeigt, auf die „erwünschten Opfer".[50] Zudem wurde mit dem Siegerländer Historiker und Heimatforscher Lothar Irle auch eine Persönlichkeit mit engen Verstrickungen in den Nationalsozialismus durch eine Straße geehrt.[51] Die bereits 1927 nach dem antisemitischen Theologen und Politiker Adolf Stöcker benannte Straße blieb unangetastet.[52]

Dem Grundsatz folgend, Straßen möglichst einheitlich zu benennen, wurden zu Beginn der 1980er Jahre noch vereinzelt „ostdeutsche" Namen vergeben. Dies war besonders anhand des Baugebiets „Am Witschert" im Siegener Stadtteil Achenbach zu beobachten. Dort vervollständigten zwischen 1980 und 1983 die Elbinger-, Kösliner- und Laubaner Straße das bestehende Netz „ostdeutscher" Straßennamen.[53] Seit Mitte der 1980er Jahre allerdings wich die Erinnerung an den „Deutschen Osten" bei Neu- und Umbenennungen endgültig dem Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus.

[50] Vgl. David Schäfer: Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Regionale Erinnerungskultur an biografischen Beispielen, in: Kuhn/Weipert (Hg.): Region und außerschulische Lernorte im Geschichtsunterricht, S. 143-163.

[51] Die Talstraße wurde zur Lothar-Irle-Straße. Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 9.07.1975, Stadtarchiv Siegen, Best. F, Nr. 6547.

[52] Vgl. Siegener Zeitung vom 11.08.1927.

[53] Die Straßen repräsentierten Ostpreußen (Elbing), Pommern (Köslin) und Schlesien (Lauban). Bei der Laubaner Straße handelte es sich zugleich um die letzte Benennung mit einem Bezug zu „Ostdeutschland". Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 5.03.1980, Stadtarchiv Siegen, Best. F.; Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 29.06.1983, Stadtarchiv Siegen, Best. F., Nr. 6607.

3. „Dem Osten zugewandt“. Die Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland

Waren die bislang analysierten Beispiele der Kulturarbeit nur mittelbar von der „neuen Ostpolitik“ beeinflusst, so war die Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (kurz: J.-G.-Herder-Bibliothek; Herder-Bibliothek) eine direkte Reaktion darauf. Sie gehörte lange Zeit zu den aktivsten und am stärksten wahrgenommenen Institutionen im Umfeld der Vertriebenen im Siegerland und ist bis in die Gegenwart tätig.

Sie begann ihre Arbeit 1972. Den Ausschlag für die Vereinsgründung gab laut einer 1989 veröffentlichten Festschrift das „Jahr 1969 mit seinen Folgen“[1]. Die Wahl der neuen sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt und ihre Bemühungen um eine „neue Ostpolitik“ allein vermögen diese jedoch nicht hinreichend zu erklären.

Verständlich wird sie erst in ihrem spezifischen zeitlichen und regionalen Kontext. Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt, hatten die Zwangsmigrant*innen im Siegerland bis zu Beginn der 1970er Jahre fast alle Felder der Erinnerungskultur besetzt. Der Spielraum für neue Initiativen und Akteur*innen war somit begrenzt. Der Initiator der J.-G.-Herder-Bibliothek, Karl-Heinz Weber, allerdings identifizierte eine Nische und plante, diese mit seinem Verein zu besetzen. Als langjähriger Vorsitzender bzw. „spiritus rector“[2] prägte er die J.-G.-Herder-Bibliothek entscheidend.

Zuvor war er hauptsächlich bei der „Gesamtdeutschen Woche“ im Siegerland in Erscheinung getreten. Seit 1965 gehörte er der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht an.[3] Zwischen 1965 und 1986 war er außerdem Mitglied der Bewertungskommission für den unter wechselnden Namen stattfindenden „ostdeutschen“ Schülerwettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen. Sein Engagement beruhte nicht auf eigener unmittelbarer Betroffenheit, sondern persönlichem und wissenschaftlichem Interesse. Der 1919 in Siegen geborene Weber war selbst kein Flüchtling oder Vertriebener, besaß jedoch eine familiäre Bindung an die deutschen Ostgebiete. Seine Mutter kam aus dem westpreußischen Elbing. Nach dem Abitur wurde er zunächst zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur Wehrmacht eingezogen und geriet während seines Fronteinsatzes in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Jahr 1949 zurückkehrte. Von 1963 bis 1983 arbeitete er als Gymnasiallehrer, zunächst am Jung-Stilling-Gymnasium in Hilchenbach, ab 1968 dann am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium in Siegen.

Der persönliche Hintergrund und die berufliche Karriere ihres Initiators erklären die wissenschaftliche und politische Ausrichtung der J.-G.-Herder-Bibliothek sowie die Wahl Johann Gottfried Herders (1744-1803) als Namensgeber. Als prominente Vorbilder dienten wahrscheinlich der 1950 gegründete Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und das im selben Jahr gegründete Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung

---

[1] Peter Wörster: Zueignung, in: Ders. (Hg.); Festschrift für Karl-Heinz Weber, den ersten Vorsitzenden der J.-G.-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. zum 70. Geburtstag (Schriften der J.-G.-Herder-Bibliothek Siegerland e. V., Bd. 21), Siegen 1989, S. 1-5, hier S. 5.

[2] Ebd., S. 1.

[3] Ebd., S. 4f.

in Marburg. Beide Institutionen standen in der Tradition der Ostforschung, wie sie sich in Deutschland seit den 1920er Jahren etabliert hatte.[4] Führende Köpfe waren auch vormalige NS-Wissenschaftler wie Hermann Aubin und Josef Hanika, deren völkische Auffassungen bis in die 1970er Jahre hinein die Arbeit des Forschungsrates und seines Instituts prägten. Der Name Herders stand damit, über dessen Bedeutung als bekanntester „ostdeutscher" Dichter, Philosoph und Theologe hinaus, für eine bestimmte wissenschaftliche und politische Ausrichtung. Mit der Benennung knüpften die Gründer der J.-G.-Herder-Bibliothek daran an. Der Funktion und ihrem Anspruch nach war diese durchaus mit den genannten Vorbildern vergleichbar. Das Marburger Herder-Institut verstand sich als „Sammelstätte wissenschaftlicher Arbeiten und Arbeitsmittel" mit der Aufgabe, „die Hilfsmittel für die neue deutsche Ostforschung zu sammeln und bereitzustellen"[5]. Die Siegener Bibliothek war zwar keine Forschungseinrichtung, sollte jedoch mit Vorträgen, Ausstellungen und eigenen Buchpublikationen ebenfalls Wissen über den „Deutschen Osten" zusammentragen und der Bevölkerung zugänglich machen. Die inhaltliche sowie politische Ausrichtung spiegelte sich auch in dem Motto „Dem Osten zugewandt"[6] wider, das auch als Komplement oder Gegenpol zum zeitgenössischen Schlagwort der „Westbindung" verstanden werden konnte.

Zentral für die Arbeit der Bibliothek war ihre Verfasstheit als privater Verein. Die Räumlichkeiten für den Bibliotheksbetrieb wurden von der Stadt Siegen kostenlos zur Verfügung gestellt.[7] Dieses Konstrukt war zum beiderseitigen Vorteil. Die J.-G.-Herder-Bibliothek blieb dadurch organisatorisch selbstständig und konnte ihre Agenda weitestgehend eigenständig verfolgen. Aus Sicht der Stadt schloss die Gründung eine Lücke bzw. schuf ein kulturelles Angebot, das es so bislang in der Region noch nicht gab.

Noch ehe er den eigentlichen Bibliotheksbetrieb aufnahm, trat der Verein bereits mit Vortragsabenden in die Öffentlichkeit. Dabei kooperierte er von Beginn an mit einheimischen Akteuren. So hielt Lothar Irle im Februar 1973 ein genealogisches Referat über Wanderungsbewegungen zwischen dem „Deutschen Osten" und dem Siegerland. Die Anregung für die Zusammenarbeit stammte von Irle selbst. Bereits im Januar desselben Jahres hatte er einen ähnlichen Vortrag vor der „familienkundlichen Arbeitsgemeinschaft des Siegerländer Heimatvereins" gehalten und fand hier ein weiteres Forum, auf dem er seine Arbeitsergebnisse vorstellen konnte.[8] Die Herder-Bibliothek ihrerseits konnte sich

[4] Vgl. Christoph Schutte: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz Gemeinschaft, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (2.06.2015), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/herder-institut (Stand: 19.04.2024).

[5] Erich Keyser: Der Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und das Johann Gottfried Herder-Institut, in: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 101-106, hier S. 104, zit. nach: Schutte: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung.

[6] Vgl. Wörster: Zueignung, S. 5; zur Westbindung vgl. Stickler: Bundesrepublik Deutschland.

[7] Vgl. Peter Wörster: Vorwort, in: J.-G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): J.-G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. 1972-2007. 35 Jahre Arbeit für die Geschichte und die Kultur des Deutschen und Europäischen Ostens, Siegen 2007, S. 1-3.

[8] Vgl. Karl Heinz Weber: Vorwort, in: Lothar Irle: Wechselseitige Beziehungen zwischen dem Siegerland und den Gebieten östlich der Elbe, Siegen 1977, S. I.

anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung mit dem Namen des bekannten und populären „Ur-Siegerländers“[9] profilieren und sich erstmals in der regionalen Kulturszene positionieren.

Der Büchereibetrieb bildete jedoch den Kern der Vereinsaktivitäten. Nach einer knapp zweijährigen Gründungs- und Konsolidierungsphase eröffnete die Bibliothek am 11. Februar 1974 im Torbogen des Oberen Schlosses. Ihren Buchbestand hatte sie zum Großteil von der vormaligen, nun zum städtischen Vertriebenenamt gehörigen „Ostdeutschen Bücherei“ übernommen.[10] Dieser wuchs jedoch rasch an, sodass ein geeigneter neuer Standort gefunden wurde. 1976 zog die Bibliothek in das Gebäude der ehemaligen Bismarckschule im Stadtteil Weidenau um. Im Januar 1977 eröffnete darüber hinaus eine Ausleihstelle in den Räumlichkeiten der Siegener Volkshochschule.[11]

Über die Klientel der Bücherei ist wenig bekannt. (Spezial-)Bibliotheken spielten in der Kulturarbeit jedoch eine wichtige Rolle und galten im Kontext der „west-ostdeutschen Patenschaften“ als essenziell. Alfons Perlick erklärte dazu: „Die ostdeutschen Landsleute haben gerade jetzt in der Ferne das Bedürfnis, die Literatur ihrer näheren und ferneren Heimat vertieft kennen zu lernen.“[12] Hierfür bot die J.-G.-Herder-Bibliothek einen breiten Bestand an Werken „ostdeutscher“ Schriftsteller. Ihren Bildungsanspruch löste sie jedoch vor allem mit ihrer eigenen „wissenschaftlichen Reihe“[13] ein.

Die von dem Verein organisierten Vorträge mündeten häufig in Buchveröffentlichungen. 1977 erschien der erste Band in der Schriftenreihe der J.-G.-Herder-Bibliothek, die letztendlich auf über 40 Bände anwuchs. Die ersten beiden Veröffentlichungen spiegeln die Programmatik und die politischen Positionen des Vereins wider und sind deshalb von besonderem Interesse. Das erste von der J.-G.-Herder-Bibliothek herausgegebene Buch war eine überarbeitete und erweiterte Fassung des 1973 von Lothar Irle gehaltenen Vortrags mit dem Titel „Wechselseitige Beziehungen zwischen dem Siegerland und den Gebieten östlich der Elbe“[14]. Es handelte sich offensichtlich um nach geografischen Gesichtspunkten neu sortierte und mit Anmerkungen versehene Ergebnisse der Recherchen für Irles 1974 erschienenes „Siegerländer Persönlichkeiten- und Geschlechter- Lexikon“[15]. Das Werk umfasste zehn Kapitel, die jeweils eine oder mehrere Regionen der im Titel

[9] Elkar, Rainer S.: Die Memoria des Dr. Lothar Irle. Ein Beitrag zur Geschichte eines „Ur-Siegerländers“.

[10] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 16.05.1974, Stadtarchiv Siegen, E 3239/036.

[11] Vgl. Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): „Wer nicht gedenken kann, der kann auch nicht hoffen“ Eine Dankesgabe der Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek an den „Vater der Humboldtforschung“ Prof. Dr. Hanno Beck, Bonn - Bad Godesberg (Schriften der J.-G.-Herder-Bibliothek Siegerland e. V., Bd. 30), Siegen 1997, S. 49.

[12] Perlick: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, S. 149.

[13] So bezeichnete Karl Heinz Weber sie im Vorwort der ersten Ausgabe. Lothar Irle: Wechselseitige Beziehungen zwischen dem Siegerland und den Gebieten östlich der Elbe, Siegen 1977, S. I.

[14] Lothar Irle: Wechselseitige Beziehungen zwischen dem Siegerland und den Gebieten östlich der Elbe, Siegen 1977.

[15] Ders.: Siegerländer Persönlichkeiten- und Geschlechter-Lexikon, Siegen 1974.

genannten „Gebiete östlich der Elbe“ behandelten. Dabei wurden stets zuerst die Wanderungen aus dem Siegerland in den „Osten“ und anschließend die Migration in umgekehrter Richtung dargestellt. Zeitlich ging es um unterschiedlichste Epochen vom späten Mittelalter bis in die Gegenwart. Diese Struktur ergab sich aus der Entstehungsgeschichte des Textes. Über die große Zahl von Einzelbeispielen hinaus bot das Buch keine tieferen wissenschaftliche Erkenntnisse. Zudem bediente Irle sich längst überholter völkischer Argumentationsmuster. So erklärte er im Fazit, der „stete Wechsel“ zwischen beiden Regionen sei „gut zur Blutauffrischung, zur kulturellen und wirtschaftlichen Bereicherung, zu Kontakten zwischen Stämmen und Völkern“[16] gewesen.

Mit ihrer zweiten Publikation schaltete sich die Herder-Bibliothek 1980 auch aktiv in den „gesamtdeutschen“ Diskurs ein. Erneut handelte es sich um die geringfügig überarbeitete und erweiterte Druckfassung eines im September desselben Jahres in Siegen gehaltenen Vortrags.[17] Der Autor Frans du Buy war ein niederländischer Jurist am Institut für Rechtsgeschichte der niederländischen Rijksuniversiteit Utrecht. Er hatte sich seit den späten 1950er Jahren mit verschiedenen Publikationen in die Debatte um „Flucht und Vertreibung” und die deutsche Teilung eingebracht.[18] Politisch stand er den Vertriebenenorganisationen nahe.[19] Seine Positionen zur Zwangsmigration der deutschen Bevölkerung sowie dem Verlust der Ostgebiete waren aber ungleich radikaler als die vieler anderer Zeitgenossen wie beispielsweise dem US-amerikanischen Historiker und Völkerrechtler Alfred de Zayas, der besonders in der Bundesrepublik stark rezipiert wurde.[20] Du Buy verlor u.a. aufgrund dessen 1988 seine Stellung in Utrecht.[21]

Sein Vortrag bzw. die gleichnamige Schrift „Die Aussichten auf eine Wiedervereinigung Deutschlands“ beruhten wesentlich auf der Leugnung der deutschen Kriegsschuld sowie der Zurückweisung jeglicher polnischer, russischer und tschechischer Gebietsansprüche. Vor diesem Hintergrund lehnte du Buy die Ostverträge als „Pfuscherei mit verheerenden Folgen für Deutschland und Europa“ und „Beleidigung für das Rechtsempfinden“[22] ab. Dauerhafter Frieden in Europa und Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands sei ausschließlich durch eine Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der Grenzen vom 31. August 1939 zu erreichen. Mit ihren Veröffentlichungen machte sich die J.-G.-Herder-Bibliothek Irles und du Buys völkische und revisionistische Ideen zu

[16] Lothar Irle: Wechselseitige Beziehungen zwischen dem Siegerland und den Gebieten östlich der Elbe, S. 38.
[17] Vgl. Frans du Buy: Die Aussichten auf eine Wiedervereinigung Deutschlands, Siegen 1980, S. 3.
[18] Vgl. ebd; ders.: Wider eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Leverkusen 1990.
[19] 1982 verlieh ihm die Landsmannschaft Ostpreußen ihr Goldenes Ehrenzeichen, 1986 erhielt er darüber hinaus den Sudetendeutschen Kulturpreis für Wissenschaft. Vgl. Das Ostpreußenblatt vom 17.06.2000.
[20] Vgl. Alfred de Zayas: Massenumsiedlungen und das Völkerrecht, in: Theodor Veiter (Hg.): 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung. (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen, Bd. 10), Wien, Stuttgart 1975. S. 55-96; Ders.: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1977.
[21] Vgl. Das Ostpreußenblatt vom 17.06.2000.
[22] du Buy: Die Aussichten auf eine Wiedervereinigung Deutschlands, S. 20.

eigen und positionierte sich als Sprachrohr für radikale Positionen innerhalb des Vertriebenenspektrums. Sie schuf damit zugleich ein Ventil für Ansichten und Haltungen, die in anderen Bereichen nicht mehr sagbar waren und zu Konflikten oder gar dem Entzug von finanziellen Hilfen geführt hätten.
Zu einem weiteren Fixpunkt in der Vereinsarbeit wurde Jung-Stilling. Zum einen ließen sich auch hier historische Verbindungen konstruieren.[23] Zum anderen nutzte die Bibliothek Jung-Stilling, um das öffentliche Interesse der Bevölkerung am eigenen Namensgeber zu wecken – Herder und Jung-Stilling waren Zeitgenossen – und das Siegerland und den „deutschen Osten" als gleichwertige, historisch bedeutende Regionen darzustellen. Diese Strategie ist auch deutlich aus einem in mehreren Veröffentlichungen der J.-G.-Herder-Bibliothek abgebildeten Logo erkennbar.

Abb. 3: Das Logo der J.-G.-Herder-Bibliothek im Einband einer Publikation[24]

Unter der Überschrift „J.-G.-Herder-Bibliothek Siegerland e. V." rahmten die Portraits von Herder und Jung-Stilling eine mittig angeordnete Darstellung der Martini- und Nikolaikirche als Wahrzeichen Siegens ein. Beide Männer, so die Botschaft, hatten die Stadt gemeinsam geprägt und waren ihr sowie einander durch ihren Glauben verbunden.
Der Verein entwickelte sich zu einer wichtigen Institution der regionalen Erinnerungskultur. Er verfügte schließlich über einen Bestand von etwa 35 000 Büchern und Zeitschriften und baute sein Angebot durch Vorträge, Ausstellungen, Kulturabende mit Literatur- und Musikaufführungen weiter aus.

[23] 1984 widmete der Verein diesem Thema sogar eine Veröffentlichung in seiner Schriftenreihe. Vgl. Tatjana Högy: Jung-Stilling und Rußland. Untersuchungen über Jung-Stillings Verhältnis zu Rußland und zum „Osten" in der Regierungszeit Kaiser Alexanders I., Siegen 1984.
[24] Vgl. Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): „Wer nicht gedenken kann, der kann auch nicht hoffen".

Knapp vier Jahrzehnte nach ihrer Gründung musste die J.-G.-Herder-Bibliothek ihren Büchereibetrieb 2011/12 allerdings aus Mangel an Mitgliedern einstellen und wurde zu einem reinen Kulturverein.[25]

[25] Vgl. Kapitel 3.2.

3.1 Generationenwechsel in den regionalen Vertriebenenorganisationen und die Feier zum Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“

Die 1980er Jahre erwiesen sich für die regionale Erinnerungskultur als Umbruchphase. Dabei kamen unterschiedliche Dynamiken zusammen. Vor allem infolge der „neuen Ostpolitik“ hatten sich die Rahmenbedingungen entscheidend verändert. Die Unionsparteien, welche sich in den Jahren der Opposition als Unterstützer der Vertriebenenverbände geriert hatten, führten nach 1982 unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl die Ausgleichs- und Verständigungspolitik der Vorgängerregierungen fort.[1] Zum anderen schied das Spitzenpersonal der regionalen Vertriebenenorganisationen, das die Expansion der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ vor Ort wesentlich geprägt hatte, seit Ende der 1970er Jahre altersbedingt nach und nach aus. Ihre Nachfolger hatten die Zwangsmigration zwar noch als Kinder oder Jugendliche selbst erlebt, waren danach jedoch im Siegerland aufgewachsen und sozialisiert worden. Vielfach waren sie bereits in jungen Jahren mit dem BdV in Kontakt gekommen und somit gleichsam in die Verbandsarbeit hineingewachsen. Angesichts des Bedeutungsverlusts auf der nationalen Ebene intensivierten die neuen Akteur*innen und Vertriebenenorganisationen im Siegerland ihr Engagement zunächst, hielten dabei jedoch an den etablierten Medien und Praktiken der Erinnerung fest. Exemplarisch hierfür steht der langjährige BdV-Kreisvorsitzende Hans Heinrich Thomas. Er wurde 1929 im oberschlesischen Beuthen, dem heutigen Bytom, geboren. Ende 1945 wurde er mit seiner Familie von dort zwangsumgesiedelt und gelangte ins Siegerland. Durch seinen Vater, der kurz nach deren Gründung Mitglied der Kreis-IG wurde, kam er schon früh in Berührung mit den regionalen Vertriebenenorganisationen. Später engagierte er sich zunächst als einfaches Mitglied im BdV. 1968 wurde er in den Vorstand und 1978 schließlich zum Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt. In dieser Funktion nahm er auch an Veranstaltungen des BdV-Landesverbands Nordrhein-Westfalen teil und amtierte ab April 1987 vorübergehend als dessen Schatzmeister.[2] Bis zu seinem altersbedingten Rücktritt im Jahr 2018 stand Thomas an der Spitze des BdV im Siegerland und bestimmte dessen Arbeit und Programmatik entscheidend, beharrte jedoch stets auf den heimatpolitischen Positionen aus der Frühphase der Vertriebenenorganisationen.

In den 1980er Jahren versuchte Thomas gezielt, auch seinen politischen Einfluss in der Region auszubauen. So initiierte er 1985/86 gemeinsam mit dem Siegener Bundestagsabgeordneten und späteren Landrat Paul Breuer einen Ableger der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung“ (OMV) im CDU-Kreisverband Siegen-Wittgenstein. Die organisatorischen Ursprünge der OMV liegen in dem 1950 als Vertretung der aus den Ostgebieten geflohenen und zwangsumgesiedelten Parteimitglieder gegründeten „Landesverband Oder/Neiße“ der CDU. 1968 ging daraus die „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge –

[1] Vgl. Stickler: Bundesrepublik Deutschland.
[2] Vgl. Deutscher Ostdienst vom 2.04.1987.

Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU und CSU“ hervor, welche sich 1981 wiederum in „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“ umbenannte. Erklärtes Ziel der von Thomas mitbegründeten Siegerländer Vereinigung war es, „die deutschlandpolitische Diskussion auch 40 Jahre nach der Teilung Deutschlands inner- und außerhalb der Union durch eigene Beiträge zu fördern“[3]. Allerdings agierte sie hauptsächlich parteiintern und trat in der regionalen Erinnerungskultur nicht als eigenständige Organisation in Erscheinung.

Ostkundeunterricht und Schülerwettbewerb als Formate der Kulturarbeit

Parallel zum Generationenwechsel in den Vertriebenenorganisationen schwand deren Einfluss auf die Kulturarbeit im Siegerland. Dies lässt sich besonders deutlich anhand der Feierstunde zum Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“ aufzeigen. Die Veranstaltung markiert für die regionale Erinnerungskultur eine zweifache Zäsur. Einerseits fand die zentrale Siegerehrung des Wettbewerbs 1981 erstmals im südlichen Westfalen statt, andererseits war sie das vorerst letzte Großereignis im Kontext der staatlich geförderten „Kulturarbeit“ in der Region.

Seit den 1950er und 1960er Jahren hatten die Vertriebenen und ihre Organisationen ihre Aktivitäten auf die Bildungspolitik ausgeweitet. Wichtiger Bestandteil ihrer Programmatik war dabei der schulische Ostkundeunterricht. Die Vertreter*innen dieses „Unterrichtsanliegens“[4], häufig selbst Zwangsmigrant*innen und aktive Lehrkräfte, verbanden damit das Ziel, den Schüler*innen Kenntnisse über den „deutschen Osten“ und die dort vollbrachten „Kulturleistungen“ zu vermitteln sowie ihr politisches Bewusstsein und Engagement für „Gesamtdeutschland“ zu stärken. Um die zentrale Bedeutung der Ostkunde für die Schulbildung zu unterstreichen und sie nicht als bloßes Beiwerk zum bestehenden Lehrplan erscheinen zu lassen, sollte sie nicht als eigenständiges Fach, sondern als Querschnittsthema und Vermittlungsprinzip Eingang in den Schulunterricht finden.[5]

Über die konkrete Umsetzung waren sich die unterschiedlichen Akteur*innen jedoch nicht einig. Sie tauschten sich zwar in Organisationen wie der „Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht“ und diversen Publikationen regelmäßig über Unterrichtsziele und -methoden aus, jedoch fehlten eine einheitliche Definition und verbindliche Richtlinien. Auch die breite Unterstützung durch die Sozial-, Vertriebenen- und sukzessive die Kultusministerien der Bundesländer sowie die 1956 durch die Kultusministerkonferenz herausgegebenen „Ostkundeempfehlungen“ verhinderten nicht, dass das

[3] Hans-Georg Schiemer: 40 Jahre CDU für Siegerland und Wittgenstein. Gestaltend heimatverbunden in christlicher Verantwortung (Schriftenreihe des CDU-Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein e. V., Bd. 6), Siegen 1986, S. 91.

[4] So bezeichnete der Didaktiker Wolfgang Protzner die Ostkunde 1974 in einer kritischen Analyse. Vgl. Wolfgang Protzner: „Ostkunde” Geschichte eines politisch umstrittenen Unterrichtsanliegens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46 (1974), S. 3-15.

[5] Vgl. Britta Weichers: Ostkundeunterricht, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 317-328, hier S. 317f.; Protzner: „Ostkunde”, S. 3.

Fach regional sehr unterschiedliche Erscheinungsformen annahm. Während die Verantwortlichen andernorts stärker auf Aktionswochen oder Bildungsreisen setzten, war ein zentraler Pfeiler in Nordrhein-Westfalen der 1953 eingeführte „Mittel- und Ostdeutsche Schülerwettbewerb".[6] Nur wenige Jahre nachdem die Kultusministerkonferenz diesen für verpflichtend erklärt hatte, geriet der Ostkundeunterricht selbst jedoch in die Krise. Das lag einerseits am schwindenden Interesse an „Gesamtdeutschland" sowie „Flucht und Vertreibung" in der Schüler*innen- und Lehrer*innenschaft, andererseits an der zunehmenden Skepsis gegenüber der Ostkunde. Kritisiert wurden vor allem die häufig einseitige Geschichtsdarstellung und die uneinheitliche didaktische und pädagogische Implementierung.[7]

Während das Unterrichtsprinzip an Bedeutung verlor und im schulischen Alltag kaum noch gemäß den Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft umgesetzt wurde, spielte der dazugehörige Schülerwettbewerb weiterhin eine wichtige Rolle. Erstmals 1953 als „Mittel- und Ostdeutscher Schülerwettbewerb" durchgeführt, fand die Veranstaltung unter wechselnden Namen jährlich statt. Das Düsseldorfer Arbeits- und Sozialministerium gab stets die Rahmenbedingungen sowie ein verbindliches Motto vor, welche anschließend auf der lokalen Ebene „über die Schulräte und Schulkollegien an die Schulen herangetragen"[8] wurden. Die Landesflüchtlingsverwaltung setzte sich ebenfalls für den Wettbewerb ein, den sie, zusammen mit den „Gesamtdeutschen Wochen", mit Jugendseminaren und Begegnungsveranstaltungen, für ihr Anliegen als wichtig erachtete.[9] Zur Koordination wurde eigens eine Geschäftsstelle in Unna-Massen eingerichtet.[10]

Die Schüler*innen konnten sich einzeln oder in Gruppen mit Aufsätzen, Foto-, Film- und Tonbeiträgen oder auch künstlerischen Arbeiten beteiligen. Abschließend beurteilte eine Bewertungskommission die Einsendungen. Herausragende Beiträge wurden durch einen „Prüfungsausschuß von ca. 80 Pädagogen und Politikern"[11] prämiert und mitunter als Beweis für das ungebrochene Engagement der Jugend für den „deutschen Osten" ausgestellt. Die Wanderausstellung „Leistung und Schicksal" etwa beinhaltete die von einem Düsseldorfer Schüler hergestellte Skulptur „Die Mauer".[12] Andere Arbeiten gingen als Ausstellungsobjekte an die „ost- und mitteldeutschen Heimatstuben".[13] Wesentliche regionale Exponenten des Schülerwettbewerbs waren der Oberstudienrat a. D. Dr. Hugo Novak aus Geisweid und der Vorsitzende des „J.-G.-Herder-Bibliothek Siegerland e. V.",

[6] Vgl. Weichers: Ostkundeunterricht, S. 317f.
[7] Vgl. auch hier die Kritik von Wolfgang Protzner. Protzner: „Ostkunde".
[8] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 30. Oktober 1969, Stadtarchiv Siegen, E 3239/004.
[9] Grundlagen und Grundsätze der gesamtdeutschen Arbeit der Landesflüchtlingsverwaltung (undatiert), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 155.
[10] Vgl. Redeentwurf des Staatssekretärs beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (undatiert), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.
[11] So sahen es die Planungen für den Durchgang 1980/81 vor. Vgl. Protokoll des Vorgesprächs in Düsseldorf vom 17.02.1981, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 102.
[12] Vgl. Kapitel 2.7.
[13] Vgl. Kapitel 2.5.

Karl-Heinz Weber. Ersterer saß der Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht vor und war schon bei der „Gesamtdeutschen Woche im Siegerland" in Erscheinung getreten. Letzterer war im Gegensatz zu vielen anderen sogenannten Ostkundlern selbst kein „Vertriebener", gehörte jedoch der Arbeitsgemeinschaft an und wirkte am Schülerwettbewerb u. a. in der Bewertungskommission mit. Hierin sah er, so eine ihm gewidmete Festschrift, „die einzige Möglichkeit, den Folgen der allzu einseitigen, auch geistig betriebenen ‚Westorientierung' heranwachsender Generationen entgegenzuwirken."[14]

Der Schülerwettbewerb im Siegerland

Siegener Schulen hatten sich seit Einführung des Schülerwettbewerbs regelmäßig beteiligt. Die Preisverleihungen fanden zunächst dezentral statt. 1971 etwa wurden bei einer Feier in der Kaffeestube des Siegerlandmuseums im Beisein eines Stadtratsmitglieds insgesamt 15 Schülerinnen und Schüler ausgezeichnet.[15] Die Beteiligung und der Erfolg schwankten jedoch. 1969 beispielsweise wurde lediglich eine Schülerin zur Siegerehrung nach Bielefeld eingeladen, während eine Wanderausstellung mit Arbeiten des Schülerwettbewerbs zwei Kunstwerke übernahm.[16] Der städtische Vertriebenenbeirat machte hierfür organisatorische Probleme verantwortlich und kritisierte die „unklare Regelung der Zuständigkeiten in der Durchführung"[17].

Insgesamt jedoch bewährte sich der Wettbewerb und verzeichnete bis in die 1980er Jahre hinein regelmäßig eine hohe Zahl von Teilnehmer*innen. Das grundlegende Konzept erwies sich dabei als äußerst anpassungsfähig. Die Umbenennung in „Schülerwettbewerb ‚Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn'" rechtzeitig zum Durchgang 1969/70 etwa spiegelte den beginnenden Paradigmenwechsel in der Ostpolitik wider, lässt sich jedoch auch als Reaktion auf die zunehmenden öffentlichen Debatten um die Ostkunde interpretieren. Sie nahm die wenige Jahre später von Ludwig Landsberg skizzierte Neukonzeption der Kulturarbeit vorweg und trug damit vermutlich zum Fortbestehen und langfristigen Erfolg des Wettbewerbs bei. Als die Kulturförderung nach § 96 BVFG im Frühjahr 1978 überprüft wurde, empfahl der zuständige Ausschuss des Landesvertriebenenbeirats, am Konzept festzuhalten: „Der seit 25 Jahren bewährte Schülerwettbewerb ‚Die

[14] Die Aussage stammt damit nicht von Weber selbst, ist jedoch als zutreffend einzuschätzen. Vgl. Wörster: Zueignung S. 5.

[15] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 25. Oktober 1971, Stadtarchiv Siegen, E 3239/018.

[16] Vgl. Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Vertriebenenbeirates und des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 9. Mai 1969, Stadtarchiv Siegen, E 3239/001. Zwei Jahre später gastierte diese Wanderausstellung auch im Siegerland im Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium in Hüttental und wurde dort von rund 1 000 Personen, hauptsächlich Schüler*innen des Gymnasiums, besucht. Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 25. Oktober 1971, Stadtarchiv Siegen, E 3239/018.

[17] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 20. Februar 1970, Stadtarchiv Siegen, E 3239/005.

Deutschen und ihre östlichen Nachbarn' sollte auch künftig weitergeführt werden."[18] Auf der regionalen Ebene allerdings wurde die Umbenennung kontrovers diskutiert. Der Siegener Vertriebenenbeirat empfand den neuen Titel als „gegenüber den bisherigen Zielsetzungen etwas entfremdet" und befürchtete, infolgedessen werde „zuviel [sic!] von den östlichen Nachbarn und zu wenig von unseren deutschen Ostgebieten gesprochen"[19].

Die Feier in Siegen am 23. Mai 1981

Trotz dieser Kritik nahmen Siegerländer Schüler*innen und Lehrkräfte weiterhin regelmäßig am Wettbewerb teil. Für neue größere öffentliche Aufmerksamkeit sorgte allerdings erst die Preisverleihung in Siegen 1981. Die Planungen begannen schon im Mai 1980 mit einer schriftlichen Anfrage des Siegener Bürgermeisters Hans Reinhardt an den Landesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Friedhelm Farthmann (beide SPD), ob „im nächsten Jahr (1981) die zentrale Siegerehrung des Schülerwettbewerbs ‚Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn' in Siegen stattfinden"[20] könne. Um Farthmann von seinem Vorschlag zu überzeugen, verfolgte Reinhardt eine Doppelstrategie. Einerseits präsentierte er Siegen als idealen Austragungsort und hob günstige Standortfaktoren wie die große und modern ausgestattete Siegerlandhalle oder die zahlreichen ansässigen Chöre und Orchester hervor, welche die Veranstaltung begleiten könnten. Wichtiger aber schien ihm, „daß die zentrale Siegerehrung des nun zum 28. Male ausgeschriebenen Wettbewerbs bislang nie im südlichen Westfalen stattgefunden" und in den vergangenen Jahren „unverkennbar […] die Bereitschaft der Siegerländer Schulen zur Teilnahme nachgelassen"[21] habe. Nur wenige Wochen später, am 18. Juni, traf die positive Antwort des Ministers ein.[22] Inwiefern die Argumente des Bürgermeisters hierfür ausschlaggebend waren, bleibt unklar. Möglicherweise spielten auch persönliche Beziehungen zu seinem „alten Freund"[23] und Staatssekretär in Farthmanns Ministerium, Paul Arnold Nelles, eine Rolle. Der Minister selbst befasste sich nach der Zusage nicht weiter persönlich mit dem Schülerwettbewerb, sondern überließ die Planung seinem Referenten Ministerialrat Dieter Graeven. Dieser wiederum hatte bereits an der „Gesamtdeutschen Woche" im Siegerland 1965 mitgewirkt und war dadurch mit wichtigen regionalen Akteur*innen, darunter

[18] Vgl. Vorschläge des Kulturausschusses des Landesvertriebenenbeirats zur Arbeit nach § 96 BVFG. Vorlage für die Sitzung des kleinen Arbeitskreises in Münster am 11. Mai 1978, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343. Tatsächlich trug der Wettbewerb diesen Titel erst seit dem Durchgang 1969/70.

[19] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am 6. November 1970, Stadtarchiv Siegen, E 3239/009.

[20] Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Siegen an den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 27.05.1980, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.

[21] Ebd.

[22] Vgl. Schreiben des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales an den Bürgermeister der Stadt Siegen vom 26.06.1980, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.

[23] So bezeichnete Reinhardt Nelles in seinem Grußwort, als die Abschlussfeier ein knappes Jahr später in Siegen stattfand. Zit. nach: „Der deutsche Partner" – Staatssekretär Nelles zeichnete in Siegen Preisträger aus. Fünf Weidenauer gewannen Reisen, in: Westfälische Rundschau vom 25.05.1981.

auch Novak, bekannt. Das Motto im Jahr 1981 lautete: „Der deutsche Partner". Unter diesem wenig aussagekräftigen Titel sollte der Wettbewerb laut Paul Arnold Nelles „die Situation der Bundesrepublik Deutschland darstellen"[24].

Nach dem positiven Entscheid für Siegen ruhten die Planungen. Erst am 17. Februar 1981 fanden sich die Verantwortlichen zu einem Abstimmungsgespräch in Düsseldorf zusammen. Da der Wettbewerb zentral geplant wurde und das grundlegende Konzept stets gleichblieb, galt es, lediglich das Rahmenprogramm sowie den Ablauf der Siegerehrung festzulegen. Diese sollten sich allerdings ebenfalls nach „den bisherigen Gepflogenheiten"[25] richten. Als Vorbild diente die Feier des Vorjahres in Neuss. Insgesamt rechnete man mit 400 bis 500 Anwesenden, darunter etwa 120 bis 160 Landessieger*innen. Da schon feststand, dass Friedhelm Farthmann den Termin nicht wahrnehmen konnte, sollte Paul Arnold Nelles die Festrede halten.[26] Für das Grußwort war als Bürgermeister der Gastgeberstadt Hans Reinhardt vorgesehen, für die musikalische Begleitung ein Siegener Schulorchester.

Offenbar verbreitete sich die Nachricht über die geplante Siegerehrung rasch, denn wenige Wochen später kontaktierte der Vorsitzende des „Landeskuratoriums Unteilbares Deutschland für Westfalen-Lippe" und ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete Jürgen Hinrichs Staatssekretär Nelles und bat für den Vorstand und die Geschäftsführung seiner Organisation um eine Einladung zur geplanten Feier sowie um die „Gelegenheit […], ein paar Worte an die Preisträger zu richten". Hinrichs erklärte, die Idee für das Wettbewerbsmotto sei „aus der Mitte unseres Landeskuratoriums gekommen", in dessen Arbeit „die Einbeziehung der jungen Generation eine ganz besonders wichtige Rolle"[27] spiele. Nelles versprach zwar, die Kuratoriumsmitglieder einzuladen, lehnte Hinrichs Wunsch, als Redner aufzutreten, jedoch ab. Er begründete dies mit grundsätzlichen Erwägungen und wies darauf hin, dass bei den bisherigen 27 Veranstaltungen „nur der Vertreter der gastgebenden Gemeinde und der Landesregierung gesprochen"[28] hatten. Dennoch verdeutlicht diese Begebenheit den schwindenden Einfluss der Vertriebenenorganisationen, in diesem Fall des „Landeskuratoriums", auf die nordrhein-westfälische Politik. Während Jürgen Hinrichs in seinem sorgfältig und freundlich formulierten Schreiben als Bittsteller auftrat, fiel die Antwort des Ministeriums äußerst knapp aus und traf darüber hinaus erst einige Wochen später ein.

---

[24] Vgl. Redeentwurf des Staatssekretärs beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (undatiert), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.

[25] Protokoll des Vorgesprächs in Düsseldorf am 17.02.1981, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 102.

[26] Ebd.

[27] Schreiben des Vorsitzenden des Landeskuratoriums Unteilbares Deutschland für Westfalen-Lippe an den Staatssekretär Paul Nelles beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 3.03.1981, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.

[28] Schreiben des Staatssekretärs Paul Nelles beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen an den Vorsitzenden des Landeskuratoriums Unteilbares Deutschland für Westfalen-Lippe Jürgen Hinrichs vom 30.03.1981, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.

Am 23. Mai 1981, einem Samstag, fand die Siegerehrung wie vorgesehen statt. Die Bewertungskommission hatte 125 561 Einsendungen von 746 Schulen im gesamten Landesgebiet gesichtet und 170 Preisträger*innen zur Siegerehrung eingeladen, darunter fünf aus einem Weidenauer Gymnasium.[29] Der Ablauf der Feier entsprach weitgehend den Planungen. Nach der Begrüßung durch Hans Reinhardt wurde zunächst ein knappes Glückwunschtelegramm des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers und stellvertretenden Landtagsvorsitzenden Konrad Grundmann (CDU) verlesen.[30] In seiner Festrede beschränkte sich Paul Arnold Nelles nicht darauf, den beteiligten Akteur*innen zu danken und den Gewinner*innen zu gratulieren, sondern nahm die Veranstaltung zum Anlass, den Sinn des Wettbewerbs in einem „Spannungsfeld zwischen Gestern und Heute“[31] grundsätzlich zu erörtern. Dabei lobte er die Potenziale der historischen Perspektive, mahnte jedoch zugleich, die Auseinandersetzung mit der „ostdeutschen“ Geschichte habe sich an den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu orientieren und sei kein Selbstzweck: „Es ist eine allgemein anerkannte Erfahrung, daß das Studium der Vergangenheit die Bewältigung der Gegenwart erleichtert. Aber ich füge hinzu: Die Beschäftigung mit der Vergangenheit darf die Gegenwart nicht verdrängen.“[32] Durch die in diesem Jahr außergewöhnlich hohe Beteiligung sah Nelles den mit dem Durchgang 1969/70 eingeschlagenen Kurs bestätigt. Er argumentierte, es gelte das ungebrochene Interesse und Engagement junger Menschen weiterhin zu nutzen, „sie über Land und Leute zu informieren und vielleicht zur Begegnung mit unseren östlichen Nachbarn zu ermutigen. Nur so wird es auf Dauer gelingen, manch falsche Vorstellung abzubauen, die nicht auf persönliche [sic!] Erfahrung beruhen, sondern in der Geschichte gewachsen sind und oft ungeprüft übernommen werden.“[33] Für die Zukunft kündigte er an, den Wettbewerb noch stärker auf eine Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten auszurichten und nicht mehr den „deutschen Osten“ selbst, sondern die wechselseitigen kulturellen Beziehungen in den Mittelpunkt zu stellen. Das Motto „Gemeinsame tausendjährige Geschichte“, welches Nelles für den nächsten Durchgang des Wettbewerbs vorstellte, spiegelte das wider.

Nelles griff damit die für die Reform der „Kulturarbeit“ infolge der „neuen Ostpolitik“ zentralen Überlegungen auf und entwickelte diese konsequent fort. Die Vertreter*innen der Vertriebenenorganisationen jedoch mussten seine Rede als Affront empfinden. Die Würdigung als besonders betroffene Opfergruppe konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die neue Programmatik nicht mit den traditionellen heimat- und geschichtspoliti-

[29] Vgl. Positiver Dialog mit den östlichen Nachbarn. 170 Preisträger aus ganz Nordrhein-Westfalen geehrt, in: Siegener Zeitung vom 25.05.1981.

[30] Vgl. Telegramm des Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags Konrad Grundmann vom 23.05.1981, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.

[31] Redeentwurf des Staatssekretärs beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (undatiert), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 103.

[32] Ebd.

[33] Ebd.

schen Positionen vereinbar war. Stellvertretend für die Reaktion der Vertriebenenorganisationen sei hier ein Artikel des von der Landsmannschaft Ostpreußen herausgegebenen „Ostpreußenblatts" aus dem Mai 1984 angeführt. Anlässlich der geplanten Eröffnung des „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" sowie der 30. Ausgabe des nordrhein-westfälischen Schülerwettbewerbs warnte der Autor, diese neue Politik liefe auf ein „verstümmeltes Deutschlandbild" hinaus. Ferner diagnostizierte er eine „Verwässerung des Wettbewerbs" und fragte: „Soll Ostdeutschland vergessen werden?"[34]

Bei der durch den Staatssekretär vorgenommenen Preisverleihung erhielten die fünf Siegener Preisträger*innen Urkunden und Einladungen zu Studienfahrten, vermutlich an die innerdeutsche Grenze.[35] Solche Reisen gehörten zu den gängigen Formaten des Ostkundeunterrichts. Nicht alle Gewinne jedoch entsprachen dem Bildungsziel des Wettbewerbs. Unter den verliehenen Sachpreisen fanden sich u. a. ein Schlauchboot, ein Radio, eine Laubsäge, ein Fußball, ein Zelt sowie ein Dia-Gerät. Überreicht wurden diese, so ein Zeitungsbericht, „mit gebührend ausgedehntem Small-Talk, um den mitgebrachten Fotografen das Motiv für's Familienalbum zu bieten"[36]. Demnach gehörten auch die Eltern und die breite Öffentlichkeit zur Zielgruppe des Wettbewerbs; über das Engagement ihrer Kinder sollte die „Kulturarbeit" für sie ebenfalls wieder attraktiver werden. Die Veranstaltung endete mit einer Präsentation ausgewählter Beiträge in zwei kleineren Nebenräumen der Bismarckhalle.[37]

Der Schülerwettbewerb war das letzte breitenwirksame Überbleibsel der schulischen Ostkunde. Seine anhaltende Konjunktur lässt sich darauf zurückzuführen, dass die Veranstalter über Jahrzehnte hinweg – mitunter gegen den Widerspruch der Vertriebenenorganisationen – dem Wandel in der Kulturarbeit sowie der gesamten Erinnerungskultur folgten. Die Rekordbeteiligung bestätigte in den Augen Nelles' sowie des Ministeriums die Neuausrichtung auf eine Verständigung mit den osteuropäischen Nachbarstaaten, war jedoch vermutlich nicht zuletzt auf die Preise und Preisausschreiben als besonders niedrigschwellige Teilnahmeoption zurückzuführen. Während der Schülerwettbewerb trotz der zunehmenden Kritik weiterhin stattfand und in dem „Schülerwettbewerb Begegnung mit Osteuropa" des Landes Nordrhein-Westfalen eine Fortsetzung fand, war die Siegerehrung von 1981 die letzte Großveranstaltung im Rahmen der Kulturarbeit nach § 96 BVFG im Siegerland.

Die Vertriebenenorganisationen in der Region hielten weiterhin an ihren tradierten Aktivitäten fest und wichen dabei nicht von den etablierten Positionen und Formaten ab. Erwähnenswert sind an dieser Stelle lediglich die Ausstellungen „Ost- und Westpreußen

[34] Bewußtsein: Soll Ostdeutschland vergessen werden? Tendenzen in Politik und Kultur laufen auf verstümmeltes Deutschlandbild hinaus, in: Ostpreußenblatt vom 26.05.1984.

[35] Aus den Quellen geht nicht hervor, worum es sich bei den prämierten Beiträgen handelte. Vgl. „Der deutsche Partner", in: Westfälische Rundschau vom 25.05.1981.

[36] „Der deutsche Partner", in: Westfälische Rundschau vom 25.05.1981.

[37] Vgl. Protokoll des Vorgesprächs in Düsseldorf vom 17.02.1981, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646, Nr. 102. Es ist nicht überliefert, um welche Beiträge es sich handelte.

– Land an Memel, Pregel und Weichsel“ sowie „Flucht und Vertreibung vor 40 Jahren“[38]. Erstere war ein Projekt der Kreisgruppe Siegen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen und gastierte vom 18. Januar bis zum 17. Februar 1985 im Siegerlandmuseum im Oberen Schloss.[39] Letztere wurde vom J.-G.-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. geplant und umgesetzt und im Mai desselben Jahres in seinen eigenen Räumlichkeiten gezeigt.[40] Ungeachtet der bereits an den Titeln erkennbaren inhaltlich-konzeptionellen Unterschiede griffen beide Ausstellungen auf bekannte Narrative und Darstellungsformen zurück. Sie erreichten damit jedoch weder die breite Öffentlichkeit noch die Mehrheit der Vertriebenen und hatten letztlich keinen spürbaren Einfluss auf die regionale Erinnerungskultur.

[38] Flucht und Vertreibung vor 40 Jahren, in: Siegener Zeitung vom 7.05.1985.
[39] Vgl. West- und Ostpreußen lebendig ins Bild gerückt. Landsmannschaft zeigt Geschichte ihrer Heimat im Oberen Schloß – Deutliche Worte von Bürgermeister Hans Reinhardt, in: Siegener Zeitung vom 21.01.1985.
[40] Flucht und Vertreibung vor 40 Jahren, in: Siegener Zeitung vom 7.05.1985.

3.2 Die Wiedervereinigung als erinnerungskulturelle Zäsur

Kaum zwei Jahrzehnte nach den „Ostverträgen“ folgte mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten eine zweite, noch tiefgreifendere Zäsur. Die endgültige Regelung der Grenzfragen und die folgenden Verträge mit den östlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik bedeuteten einen Paradigmenwechsel für die deutsche Erinnerungspolitik und -kultur und zwangen den BdV sowie die übrigen Vertriebenenorganisationen, sich neu auszurichten. In der Debatte um das vom BdV initiierte „Zentrum gegen Vertreibungen“ kulminierten die dadurch ausgelösten Diskurse und politischen Vorgänge. Ihre Auswirkungen auf die regionale Erinnerungskultur im Siegerland werden anhand der Kontroverse um den „Tag der Heimat“ 2001 in Siegen und die Neuorientierung der J.-G.-Herder-Bibliothek im neuen Jahrtausend greifbar.

Die Folgen der Wiedervereinigung für die Kulturarbeit und für die Vertriebenenverbände

Nach der friedlichen Revolution in der DDR endete am 3. Oktober 1990 die deutsche Teilung. Im Zuge der Wiedervereinigung erkannte die Bundesrepublik mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 und dem deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November desselben Jahres die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze an. Mit der Tschechoslowakei gelang durch den am 27. Februar 1992 unterzeichneten „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ ebenfalls eine entsprechende Einigung. Vermögens- und Entschädigungsfragen blieben darin allerdings, ebenso wie auch später in der „Deutsch-Tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung“ vom 21. Januar 1997, ausgeklammert. Diese völkerrechtlichen Vereinbarungen besiegelten das Ende aller territorialen Ansprüche auf die Ostgebiete des Deutschen Reichs. Zugleich war die Vertriebenenpolitik dadurch faktisch auf die Kulturarbeit reduziert, die jedoch sukzessive auf die Integration der (Spät-)Aussiedler sowie eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere mit Polen ausgerichtet wurde. Die Mittel für Formate, die nicht zu der neuen Leitlinie mit dem Titel „Begegnung mit Osteuropa“ passten, wurden sukzessive gekürzt. Infolge einer Reform des nordrhein-westfälischen Landesaufnahmegesetzes (LAG) im Juni 1994 erodierte auch die kommunale Basis der Kulturarbeit zunehmend. Die bislang dazu verpflichteten Städte und Gemeinden konnten fortan selbst darüber entscheiden, ob sie Vertriebenenbeiräte einrichten wollten.[1] In der Folge wurden diese Gremien, welche stets als Sprachrohr der Zwangsmigrant*innen gedient hatten, vielerorts abgeschafft, nicht so allerdings im Kreis Siegen-Wittgenstein, wo der Vertriebenenbeirat bis 2014 bestehen blieb.

Die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) beschnitt den Einfluss der Vertriebenen auf die Kulturarbeit durch eine Reform des § 96 BVFG

[1] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 64.

weiter. Mit der „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“[2] vom 20. September 2000 gingen die Planung und Durchführung der Kulturarbeit in die Hände wissenschaftlicher und kultureller Institutionen über.[3]

Für den BdV war die Wiedervereinigung eine politische Niederlage. Es war ihm nicht gelungen, die Verhandlungen zu beeinflussen, mitzugestalten oder gar die Anerkennung der bestehenden Ostgrenzen zu verhindern. Als besonders schmerzlich empfanden es viele Zwangsmigrant*innen, dass sich gerade eine unionsgeführte Regierung realpolitisch über ihre Forderungen hinweggesetzt hatte.[4] Ebenfalls enttäuscht zeigten sich die Vertriebenenorganisationen von den folgenden Abkommen mit Polen und der Tschechoslowakei bzw. Tschechien. Die regionalen Vertriebenenorganisationen im Siegerland gaben sich zwar nach außen zurückhaltend, lehnten die Wiedervereinigung ohne territoriale Revision oder zumindest Entschädigungsleistungen jedoch ab. Der als CDU-Bundestagsabgeordneter am Zwei-Plus-Vier-Vertrag und dem deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag beteiligte Paul Breuer bekam den Unmut darüber bei seinen Auftritten als Schirmherr und Redner des „Tags der Heimat“ in Siegen persönlich zu spüren: „Bei ‚Tagen der Heimat‘ habe ich alles erlebt. Ich bin als Abgeordneter beschimpft worden, als wir den deutsch-polnischen Vertrag gemacht haben und ich habe aber auf der anderen Seite auch die Silbermedaille des Bundes der Vertriebenen bekommen.“[5]

Trotz ihrer Niederlage im Streit um die Wiedervereinigung sahen die Vertriebenenverbände auch eine Chance, zu expandieren. Durch den Aufbau von Verbandsstrukturen in den neuen Bundesländern hofften sie, die dort als unerwünschte Opfer nahezu unsichtbar gebliebenen Zwangsmigrant*innen als Mitglieder zu gewinnen und sich somit langfristig politischen Einfluss zu sichern.[6] Dies ließ zwar vorübergehend die Beitrittszahlen ansteigen, ersetzte jedoch nicht eine inhaltliche Neuorientierung. Um im wiedervereinigten Deutschland fortzubestehen und weiterhin relevant zu bleiben, brauchte der BdV eine neue Position und eine neue Aufgabe.

Richtungsstreit im BdV und Neuorientierung unter Erika Steinbach

Unter seinen Präsidenten Herbert Czaja (1970-1994) und Fritz Wittmann (1994-1998) widmete der Verband sich zunächst den Entschädigungsfragen, welche in den 1991 und 1992 unterzeichneten Freundschaftsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei nicht behandelt waren und zum Ärger der Vertriebenenorganisationen auch in der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 nicht geregelt wurden.

---

[2] Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Bundestagsdrucksache 14/4586, 26. Oktober 2000, S. 3.

[3] Vgl. Simon Lange: Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90 Vertriebenenverbände, Öffentlichkeit und die Suche nach einer ‚normalen‘ Identität für die ‚Berliner Republik’, Heidelberg 2015, S. 77-79.

[4] Vgl. Stickler: Bund der Vertriebenen.

[5] Interview mit Paul Breuer am 5.02.2018.

[6] Vgl. Lange: Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90, S. 51.

Ein zweites Aufgabenfeld war die öffentliche Erinnerung an Krieg und Zwangsmigration. So schaltete sich der BdV in die anlässlich des fünfzigsten Jahrestags des Kriegsendes 1995 aufkommende Debatte ein, ob der 8. Mai 1945 als „Tag der Niederlage" oder als „Tag der Befreiung" begangen werden sollte. Diese wurde im Siegerland zwar nicht öffentlich ausgetragen, von den Akteur*innen aber sehr wohl wahrgenommen. Hans Heinrich Thomas lehnte letztere Deutung scharf ab und verwies auf die Entrechtungs- und Verlusterfahrungen der Zwangsmigrant*innen: „Also das ging ja soweit […] soweit, dass man sagte, es wäre eine Befreiung gewesen. Vielleicht von den Idealen, in Anführungsstrichen, der damaligen Regierung war's eine Befreiung, das ist richtig. Aber alles andere doch nicht! Von unserem Land sind wir ja auch befreit worden, von unserem Eigentum sind wir befreit worden."[7] Er nahm damit eine gängige Argumentation der Vertriebenenorganisationen auf. Bereits 1948 hatte der Hauptausschuß der Ostvertriebenen in Lippstadt eine Sammlung von Berichten aus den unter polnischer bzw. russischer Verwaltung stehenden Ostgebieten mit dem Titel „Die ostdeutsche Tragödie – eine Frage an das Weltgewissen. I. Folge: Die ‚Befreiung'" veröffentlicht.[8]

Eine wesentliche Richtungsentscheidung für die Arbeit des BdV und die nationalen wie internationalen Debatten über „Flucht und Vertreibung" fiel 1998 mit der Wahl der CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach zur neuen Präsidentin des BdV. In Polen sorgte die Personalie, da sie im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gestimmt hatte und deswegen als Hardlinerin galt, für Unruhe und Angst vor einem neuen deutschen Revanchismus.[9] Tatsächlich jedoch distanzierte sich der BdV unter Steinbach von den Strömungen, die immer noch Entschädigungsleistungen für die Zwangsmigrant*innen forderten. Dazu gehörte auch die im Jahr 2000 gegründete „Preußische Treuhand", die auf rechtlichem Wege vom polnischen Staat Entschädigungsleistungen für die durch „Flucht und Vertreibung" erlittenen Verluste erreichen wollte.[10] Zudem verhinderte die neue Präsidentin ein Abdriften des Verbands nach rechts, indem sie sich beispielsweise scharf von der wegen ihrer rechtsextremen Kontakte ins Visier des Verfassungsschutzes Sachsen geratenen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" abgrenzte.[11] Inhaltlich führte sie die nationalkonservative Linie ihrer Vorgänger weitgehend fort. Nachdem der BdV sich traditionell eng an die CDU/CSU gebunden hatte, schlug sie zunächst auch gegenüber der SPD einen Verständigungskurs ein.

Das künftige Hauptaufgabengebiet des BdV sah Steinbach jedoch in der historischen Erinnerung an „Flucht und Vertreibung". Ihr wichtigstes Vorhaben war das von der „Stif-

[7] Interview mit Hans Heinrich Thomas am 17.02.2017.
[8] Hauptausschuß der Ostvertriebenen (Hg.): Die ostdeutsche Tragödie – eine Frage an das Weltgewissen. I. Folge: Die „Befreiung", Lippstadt 1948.
[9] Vgl. Egbert Jahn: Vertreiber und Vertriebene. Über eine angemessene Form des Gedenkens an Vertreibungsopfer, in: Frankfurter Montagsvorlesungen. Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive. Dritte Folge 54 (2020), S. 14.
[10] Vgl. Stickler: Bund der Vertriebenen.
[11] Vgl. Lange: Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90, S. 77-79.

tung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ inspirierte „Zentrum gegen Vertreibungen“. Das Projekt wurde 1999 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es sollte die Leiden der deutschen Zwangsmigrant*innen dokumentieren und zugleich als zentraler Veranstaltungs- und Gedenkort dienen. Eine kritische historische Kontextualisierung von „Flucht und Vertreibung“ sah das Konzept jedoch ebenso wenig vor, wie eine Auseinandersetzung mit der langwierigen und vielfach problematischen Integration der Vertriebenen im Westen Deutschlands.[12]

Im osteuropäischen Ausland wurde Steinbachs Vorstoß aus Sorge vor einer einseitigen, auf das Leiden der deutschen Opfer verengten Darstellung scharf abgelehnt. Der Historiker und ehemalige polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski kritisierte ihn in einem vielbeachteten Zeitungsartikel als Ausdruck einer „gegen Polen gerichteten selektiven Erinnerungskultur“[13]. Besonders umstritten war ferner der künftige Standort des Zentrums. Während der BdV für einen Sitz in Berlin plädierte, forderten Kritiker*innen, es an einem der historischen Schauplätze der Zwangsmigration oder zumindest an der deutsch-polnischen Grenze anzusiedeln. Nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder schon im Jahr 2000 auf Distanz gegangen war, wandte sich die ihm nachfolgende schwarz-rote Koalition endgültig von dem Vorhaben ab und beschloss stattdessen im März 2008 die Errichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.[14] Zwar war auch hier ein Sitz im Beirat für die BdV-Präsidentin vorgesehen, doch hatten die vorangegangenen Debatten um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ das Klima so belastet, dass Steinbach nach Protesten polnischer Vertreter*innen sowie der SPD 2009 auf ihren Posten verzichten musste. Da sie die Anliegen und Ziele des BdV durch die neue Bundesstiftung nicht hinreichend vertreten sah, setzte sie sich daraufhin umso energischer für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ein. Eine Verständigung oder gar Kooperation mit Polen, wo sie mittlerweile als regelrechte „Hassfigur“[15] galt, war nun allerdings ausgeschlossen.

Die Neuorientierung des BdV mit Steinbach profitierte von einem wachsenden öffentlichen Interesse an „Flucht und Vertreibung“ zu Beginn des neuen Jahrtausends und trug zugleich selbst dazu bei. Einerseits war der Umgang mit der Vertreibungsproblematik von den Grenz- und Entschädigungsfragen entkoppelt, andererseits hatte sich der gesellschaftliche Blick darauf verändert. Die Erlebnisgeneration verstarb nach und nach. Die Perspektiven und Einstellungen ihrer Nachkommen waren nicht mehr von einer unmittelbaren persönlichen Betroffenheit geprägt.

---

[12] Vgl. Wolfgang Benz: Flucht, Vertreibung, Versöhnung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Geschichte und Erinnerung (12.11.2008), URL: https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39826/flucht-vertreibung-versoehnung?p=all&rl=0.08548373874888826 (Stand 19.07.2024).

[13] Wladyslaw Bartoszewski: Wider das selektive Erinnern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.08.2003.

[14] Vgl. Benz: Flucht, Vertreibung, Versöhnung.

[15] Lange: Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90, S. 78.

Für die Geschichtswissenschaft eröffneten sich zur gleichen Zeit neue Perspektiven und Möglichkeiten, „Flucht und Vertreibung" anhand neu zugänglicher Quellen und mitunter auch in grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu erforschen. Zugleich ließen die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien Zwangsmigration wieder zunehmend als aktuelles und gesellschaftlich relevantes Thema erscheinen. Diese Entwicklungen schufen neue erinnerungskulturelle Spiel- und Diskursräume und führten zu einem Erinnerungsboom.[16]

Bedeutungsverlust der Vertriebenenorganisationen im Siegerland

Auch im Siegerland rückte „Flucht und Vertreibung" wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Erinnerung, die regionalen Vertriebenenorganisationen allerdings partizipierten kaum daran. Die Wiedervereinigung traf sie in einer Phase der Stagnation. Sie hielten zwar an ihren etablierten Praktiken und Medien, insbesondere dem „Tag der Heimat", fest, waren darüber hinaus jedoch kaum aktiv und gerieten zunehmend aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit.

Im Vorfeld des „Tags der Heimat" 2001 in Siegen wurde der Bedeutungsverlust des BdV und seiner Anliegen in der Region offensichtlich. Als Festredner für die Feier am 30. September hatte der Kreisverband den Vizepräsidenten des BdV und langjährigen Thüringer Landesvorsitzenden Paul Latussek eingeladen. Dieser war ein Vertreter des reaktionären und rechtskonservativen Spektrums innerhalb des Verbands und bereits mehrfach wegen kontroverser Äußerungen und Publikationen sowie seiner Kontakte zu rechtsextremen Organisationen in die Kritik geraten. Wenige Wochen vor der Veranstaltung protestierte der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion und Landtagsabgeordnete Hans-Dieter Moritz in einem offenen Brief an den BdV-Kreisvorsitzenden Hans Heinrich Thomas gegen den geplanten Auftritt. Er bezog sich in einem Schreiben auf eine nur wenige Tage zurückliegende Kontroverse in Düren. Dort hatte der Landrat Wolfgang Spelthan (CDU) nach öffentlichen Protesten gegen den angekündigten Auftritt Latusseks seine Schirmherrschaft über den „Tag der Heimat" niedergelegt, woraufhin der dortige BdV-Kreisverband sich gezwungen sah, Latussek wieder auszuladen.[17] Moritz zitierte die zuvor in Düren vorgebrachten Argumente und kündigte an, den Landrat Elmar Schneider (CDU) bzw. dessen Stellvertreter Jürgen Althaus ebenfalls zum Rückzug von der Veranstaltung aufzufordern, sollte der BdV auf seinem Festredner bestehen. Nachdem jedoch auch Althaus, der für den erkrankten Schneider die Schirmherrschaft übernehmen sollte, „Bedenken gegen den Gast aus Thüringen"[18] anmeldete, nahm der BdV-Kreisverband Abstand von seinen Plänen und lud statt Latussek Paul Breuer ein. Der BdV gab freilich weder nach, weil er seine inhaltlichen oder politischen Standpunkte verändert hatte, noch um,

[16] Für einen Überblick vgl. Stephan Scholz/Maren Röger/Bill Niven: Einleitung, in: Dies. (Hg.) Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 9-14.

[17] Vgl. Vertriebenen-Festredner im Fadenkreuz der SPD. Landrat soll Schirmherrschaft notfalls niederlegen, in: Siegener Zeitung vom 7.09.2001.

[18] Zit. nach: Breuer statt Latussek. Schnelle Entscheidung des BdV im Festrednerstreit, in: Siegener Zeitung vom 8.09.2001.

wie Hans Heinrich Thomas in der Siegener Zeitung behauptete, einen „Parteienzwist“[19] zu vermeiden. Vielmehr war er auf die Teilnahme und symbolische Unterstützung der politischen Parteien und Akteure, ohne die sich der „Tag der Heimat“ kaum als gesamtgesellschaftliche Gedenkveranstaltung inszenieren ließ, angewiesen. Die Kritik an Latussek endete nicht mit den Kontroversen in Düren und Siegen. Wenig später geriet er innerhalb des BdV unter Druck. Im November 2001 zwang die Bundesversammlung des Verbandes unter Steinbach ihn zum Rücktritt als Vizepräsident, weil gegen ihn wegen Verharmlosung des Holocaust ermittelt wurde.[20]

Für die J.-G.-Herder-Bibliothek war der Büchereibetrieb bis ins neue Jahrtausend hinein der Schwerpunkt der Vereinsarbeit. Der kontinuierlich ausgebaute Bestand wuchs mit der Zeit auf über 30 000 Bände an.[21] Parallel dazu führte sie die Vortragsveranstaltungen sowie ihre Schriftenreihe fort und engagierte sich vereinzelt sogar überregional. So organisierte sie etwa anlässlich des 250. Geburtstags ihres Namensgebers gemeinsam mit der dortigen Herderschule eine „Gedenkveranstaltung“ im Weimarer Wittumspalais.[22] Mit einiger Verzögerung wirkte sich die erinnerungskulturelle Zäsur in Form der Wiedervereinigung jedoch auch auf die J.-G.-Herder-Bibliothek aus. Im programmatischen Vorwort der zum 35-jährigen Bestehen des Vereins im Jahr 2007 herausgegebenen Jubiläumsbroschüre erörterte der Nachfolger des 1999 zurückgetretenen und mittlerweile als Ehrenvorsitzender amtierenden Karl-Heinz Weber, Peter Wörster, die Konsequenzen der Wiedervereinigung für den Verein und formulierte dessen Auftrag und Zielsetzung neu. Analog zur Neuausrichtung des BdV unter Erika Steinbach erklärte er nun die „Erinnerung an die Heimat von über 13 Millionen deutscher Vertriebener und ihr in Jahrhunderten gewachsenes Kulturerbe“[23] zur Hauptaufgabe. Seine Hoffnung, die Arbeit der Bibliothek dadurch „auch unter sich ändernden geistigen und politischen Voraussetzungen weiterhin aktuell“ halten zu können, erfüllte sich jedoch nicht. Kurz nach dem 35. Jubiläum geriet die J.-G.-Herder-Bibliothek in eine schwere Krise. 2008 wurden Pläne der Stadt Siegen bekannt, das ehemalige Schulgebäude in der Bismarckstraße an das Deutsche Rote Kreuz (DRK) zu verkaufen.[24] Trotz der Unterstützung durch prominente Akteure wie Paul Breuer oder den CDU-Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Siegen-Witt-

[19] Vertriebenen-Festredner im Fadenkreuz der SPD, in: Siegener Zeitung vom 7.09.2001.
[20] Vgl. Lange: Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90, S. 68-76. 2005 wurde Latussek für Äußerungen auf einer Tagung des BdV-Landesverbands Thüringen wegen Volksverhetzung verurteilt.
[21] Vgl. auch: 32.000 Bände mit ungewisser Zukunft. Herder-Bücherei droht Umzug, in: Westfälische Rundschau vom 3.03.2009.
[22] Vgl. Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): „Wer nicht gedenken kann, der kann auch nicht hoffen“, S. 19.
[23] Wörster: Vorwort, S. 1-3.
[24] Vgl. 32.000 Bände mit ungewisser Zukunft, in: Westfälische Rundschau vom 3.03.2009.

genstein, Volkmar Klein, gelang es nicht, einen neuen Standort für die Bibliothek zu finden.[25] Mit seinen schwindenden Ressourcen war der Verein nicht in der Lage, die notwendigen Umzugs- und Betriebskosten selbst zu tragen. Seit Mitte der 1990er Jahren war die Mitgliederzahl von über 600 auf nur noch rund 350 zurückgegangen und sank stetig weiter.[26] Angesichts dessen kündigte Peter Wörster auf einer Mitgliederversammlung im Juni 2011 schließlich an, die bibliothekarische Tätigkeit ganz einzustellen. Der Buchbestand wurde daraufhin aufgeteilt. Das Gros übernahm die Bibliothek der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).[27] Ein weiterer Teil wurde an einen aus einem Lesekreis innerhalb der Bücherei hervorgegangen Verein, das „Russisch-Deutsche Kulturzentrum Litera e. V." in Siegen, abgegeben. Der Rest des Bestands, für den keine Abnehmer gefunden wurden, musste hingegen entsorgt werden. Einige wenige Bücher schließlich blieben im Besitz der J.-G.-Herder-Bibliothek, die aus ihrer Geschäftsstelle heraus einen provisorischen Leihbetrieb organisierte. Sie existierte in der Folge zwar als Kulturverein fort und richtete weiterhin verschiedene Vortragsveranstaltungen aus, das Verhältnis zur städtischen Politik und Verwaltung war durch den Verkauf des Standorts in der Bismarckstraße jedoch nachhaltig beschädigt. Im Zuge dieses Wandlungsprozesses formierte sich 2011 ein neuer Vereinsvorstand rund um Hans Heinrich Thomas als Vorsitzenden.[28] Die J.-G.-Herder-Bibliothek rückte dadurch noch näher an den BdV-Kreisverband.

[25] Hilferuf an Volkmar Klein. Bundestagsabgeordneter besuchte von der Schließung bedrohte Herder-Bibliothek, in: Siegener Zeitung vom September 2011.
[26] Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): „Wer nicht gedenken kann, der kann auch nicht hoffen", S. 51.
[27] Vgl. Henning Klauß: Die Sammlung der Herder-Bibliothek Siegerland, in: Webseite der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) (15.02.2017), URL: https://www.ub.europa-uni.de/de/benutzung/bestand/medienaufstellung/sonderstandorte/Gelehrtenbibliotheken/Herder-Bibliothek-Siegerland/index.html (Stand: 19.07.2024).
[28] Vgl. Interview mit Hans Heinrich Thomas am 17.02.2017.

3.3 „Ein kümmerliches Dasein". Das Projekt zur Umgestaltung der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube" und Diskussionen um die Zukunft der Erinnerung

Der Erinnerungsboom um „Flucht und Vertreibung" zu Beginn der 2000er Jahre erfasste auch das Siegerland. Deutlichster Ausdruck dafür waren, ausgehend von einer Initiative des Kreisvertriebenenbeirates zur Neugestaltung der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube" im Oberen Schloss, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit und die schrittweise Musealisierung von „Flucht und Vertreibung". Der BdV versuchte Anschluss an die neue Dynamik zu halten und diese mit der Ausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert" in seinem Sinne zu nutzen.

Das Projekt „Die Integration der Vertriebenen im Siegerland und in Wittgenstein"

Ende des Jahres 2001 begann eine Diskussion um eine Neukonzeption des Siegerlandmuseums im Oberen Schloss, die rasch auch die dort untergebrachte „Ost- und Mitteldeutsche Heimatstube" erfasste. Die Sorge des Kreisvertriebenenbeirats, der mittlerweile beinahe ausschließlich von Zwangsmigrant*innen selbst genutzte und wahrgenommene Raum könne der geplanten Umgestaltung zum Opfer fallen, erhärtete sich weiter, als eine schriftliche Anfrage im Januar 2002 ergab, dass die Ausstellung „ostdeutschen" Kulturguts nicht zum Museum gehörte, sondern dort lediglich ein „Gastrecht"[1] genoss. Entgegen der Befürchtungen setzten sich der städtische Kulturdezernent Werner Rohr sowie sein Amtskollege auf Kreisebene, Wolfgang Suttner, jedoch dafür ein, die Heimatstube zu erhalten. Entscheidend dafür war neben dem politischen Einfluss des Beiratsvorsitzenden und CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer sicherlich auch ihr familiärer Hintergrund.[2] Die drei Männer waren, wie die Siegener Zeitung feststellte, „allesamt selbst Vertriebenen-Söhne"[3]. Bei einem Gespräch Anfang März 2002 formulierten sie eine gemeinsame Zukunftsvision. Sie wollten die Heimatstube nicht bloß erhalten, sondern in einen zentralen Ort der Auseinandersetzung mit „Flucht und Vertreibung" in der Stadt und Region transformieren. Hierfür schlugen sie einen neuen institutionellen und organisatorischen Rahmen vor. Der BdV sollte die Verantwortung für die Sammlung und Ausstellung fortan mit der Stadt Siegen und dem Kreis Siegen-Wittgenstein teilen. Für den Kreisvertriebenenbeirat war in diesem Konstrukt eine Rolle als Schnittstelle und Mode-

[1] Schattendasein soll ein Ende haben. Beirat plädiert für eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Vertriebenen, in: Siegener Zeitung vom 8.03.2002.

[2] Rückblickend erklärte Paul Breuer seine Motivation, sich für das Projekt einzusetzen, biografisch: „Als erstes Kind eines Wittgensteiner Vaters und einer vertriebenen Mutter habe ich dabei das ‚Dazwischen' erlebt. Die Existenz ‚zwischen' der angestammten Familie meines Vaters väterlicherseits und der vertriebenen Familie mütterlicherseits bedeutete für mich eine besondere Lebenserfahrung." Paul Breuer: Vorwort, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 4.

[3] Schattendasein soll ein Ende haben, in: Siegener Zeitung vom 8.03.2002.

rator zwischen den Beteiligten vorgesehen. Um nicht länger als „geduldetes, loses Fragment“[4] innerhalb des Museums zu erscheinen, sollte die Heimatstube zudem inhaltlich stärker mit der stadtgeschichtlichen Dauerausstellung verzahnt werden. Auf diese Weise ließ sich zum einen ihr Platz im Oberen Schloss legitimieren und langfristig sichern und zum anderen das Besucher*innenaufkommen steigern. Inhaltlich sollte die Präsentation neben der „alten Heimat“ sowie „Flucht und Vertreibung“ vor allem auf das Leben und die Leistungen der Zwangsmigrant*innen in der „neuen Heimat“ fokussieren und, so Paul Breuer, eine „erfolgreiche Geschichte von Integration“ und „Bereicherung für den heimischen Raum“[5] erzählen. Um die dafür notwendige wissenschaftliche Basis sicherzustellen, planten die drei Akteure, die Universität Siegen sowie regionale Geschichtswerkstätten einzubinden. Beim BdV vor Ort stieß die Idee laut einem Pressebericht auf „besonderes Lob“[6]. An der Universität Siegen fanden sich mit dem Professor für Neuere und Neueste Geschichte Jürgen Reulecke, einem Experten für regionalgeschichtliche und erinnerungskulturelle Fragestellungen, sowie den Historikern Dieter Pfau und Heinrich Ulrich Seidel ebenfalls Kooperationspartner. Bei einem Pressetermin am 11. Dezember 2002 stellten die Partner ihr gemeinsames, auf drei Jahre angelegtes Projekt der Öffentlichkeit vor. Es verfolgte offiziell drei Ziele: „Die Integration der Vertriebenen im Siegerland und in Wittgenstein“ – so zugleich der Titel des Projekts – zu erforschen und in einer Publikation zu dokumentieren, historische Quellen und Objekte aus dem Besitz der Siegerländer Zwangsmigrant*innen zu sammeln und schließlich ein neues Konzept für die Heimatstube im Oberen Schloss zu entwickeln.[7]

Dabei verfolgten die am Projekt beteiligten Institutionen und Akteure jedoch unterschiedliche Prioritäten. Traten der Vertriebenenbeirat und der BdV an, das laut Paul Breuer „kümmerliche Dasein“[8] der Heimatstube zu beenden, so ging es Reulecke, Pfau und Seidel vor allem um den geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisgewinn. Die Historiker wollten über die Ankunft und Aufnahme der Zwangsmigrant*innen hinaus deren sozio-ökonomische Lage im Siegerland, das Verhältnis zur alteingesessenen Bevölkerung sowie konfessionelle Konflikte untersuchen und somit, wie sie gegenüber der Westfälischen Rundschau erklärten, „eine Forschungslücke schließen“[9]. Hierfür planten sie eine breit angelegte „Oral History“-Studie. Kontakte zu potenziellen Gesprächspartner*innen

[4] Ebd.
[5] Ebd.
[6] „Heimat: ein Stück Identität“. Siegener Bund der Vertriebenen feierte „Tag der Heimat“, in: Siegener Zeitung vom 30.09.2002.
[7] Regionales Ausstellungs-Projekt des Fachs Geschichte der Universität Siegen. Historiker erforschen die Integration der Vertriebenen: Sponsoren gesucht, in: Westfälische Rundschau vom 12.12.2002; Buch, Ausstellung und Materialsicherung geplant. Vertriebene: Integration erforschen. Gemeinschaftsprojekt von Uni, Stadt, Kreis und Verbänden / Hoffen auf Sponsoren, in: Siegener Zeitung vom 12.12.2002.
[8] Prägend für den Kreis und doch am Rande. Historiker wollen Geschichte der Vertriebenen in Region aufarbeiten, in: Westfalenpost vom 12.12.2002.
[9] Regionales Ausstellungs-Projekt des Fachs Geschichte der Universität Siegen, in: Westfälische Rundschau vom 12.12.2002.

sollte der BdV vermitteln. Um diesen Zugang zu erproben, war mit Beginn des Wintersemesters im Oktober 2002 ein Projektseminar angelaufen, in dem zehn Studierende Vertriebene aus der Region interviewten.[10] Im weiteren Verlauf sollten eine eigens angestellte wissenschaftliche Kraft sowie studentische Mitarbeiter*innen zudem die Perspektiven alteingesessener Siegerländer*innen erheben, die nach Kriegsende Vertriebene bei sich aufgenommen hatten. Durch die neuartige Verbindung von Fragestellung und Methodik sah Reulecke das Potenzial, „ein exemplarisches Projekt für Deutschland"[11] umzusetzen. Eine wesentliche Hürde für das Vorhaben waren jedoch die Kosten, die Werner Rohr auf etwa 50 000 Euro schätzte.[12] Da eine Förderung aus Bundes- oder Landesmitteln aufgrund der außergewöhnlichen Projektkonstellation mit ihren unterschiedlichen Beteiligten und Zielen unwahrscheinlich schien, hofften die Akteure auf private Zuwendungen. Trotz öffentlicher Appelle der Akteure konnten die notwendigen Spenden jedoch nicht aufgebracht werden. Als Jürgen Reulecke kurz darauf den Lehrstuhl in Siegen verließ, war der Plan eines großangelegten Gemeinschaftsprojekts endgültig gescheitert. Ohne seinen wichtigsten Exponenten aufseiten der Universität Siegen zerfiel das Vorhaben wieder in seine einzelnen Bestandteile.

Dessen ungeachtet veröffentlichten Dieter Pfau und Rainer Seidel im Folgejahr die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten. Bereits ihr Titel „Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949. Flüchtlinge und Vertriebene zwischen Integration und Ablehnung. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte"[13] positionierte die Publikation als eigenständiges Vorhaben. Wenngleich die Beteiligten in dem Projekt nur ein „erstes Ergebnis"[14] bzw. einen „Schneisenschlag"[15] in ein bislang wenig erforschtes Thema sahen, handelte es sich doch um die bislang umfangreichste und bestfundierte wissenschaftliche Darstellung der Ankunft und Aufnahme der Zwangsmigrant*innen im Siegerland. Sie thematisierte erstmals öffentlich die Fremdheits- und Ausgrenzungserfahrungen der Vertriebenen sowie die vielfachen Konflikte um deren Unterbringung und Versorgung und differenzierte somit die vorherrschenden Narrative einer erfolgreichen Integration. Ein weiteres Verdienst war es, mit dem Durchgangslager auf dem Siegener Wellersberg einen aufs engste mit der Zwangsmigration verbundenen, jedoch beinahe vergessenen historischen Ort zu erforschen und wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Die beiden zentralen Forschungsergebnisse flossen auch in die weitere Entwicklung der Heimatstube ein.

[10] Vgl. ebd.; Buch, Ausstellung und Materialsicherung geplant, in: Siegener Zeitung vom 12.12.2002.
[11] Prägend für den Kreis und doch am Rande, in: Westfalenpost vom 12.12.2002.
[12] Vgl. Schattendasein soll ein Ende haben, in: Siegener Zeitung vom 8.03.2002.
[13] Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949.
[14] Dieter Pfau/Heinrich Ulrich Seidel: Einleitung, in: Ebd., S. 11-15, hier S. 11.
[15] Jürgen Reulecke: Vorwort, in: Ebd., S. 8. Schon bezüglich der Interviews, auf denen das Buch z. T. basierte, hatte Reulecke festgestellt: „Das kann aber nur ein Anfang sein" Prägend für den Kreis und doch am Rande, in: Westfalenpost vom 12.12.2002.

Von der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube“ zum „Themenraum Integration der Vertriebenen”

Während Dieter Pfau und Heinrich Ulrich Seidel ihre Publikation vorantrieben, stagnierten die Planungen zur Neugestaltung der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube“ zunächst. Im März 2004 musste diese über vier Jahrzehnte nach der Eröffnung im Jahr 1962 sogar wegen Renovierungsarbeiten am alten Schlossgebäude geschlossen werden.[16] Der BdV lagerte daraufhin die Ausstellungsobjekte, welche nicht zur Sammlung des Siegerlandmuseums gehörten, ein und hoffte auf eine baldige Wiedereröffnung mit neuem Konzept.[17] Die Schließung war für die Vertriebenen in mehrfacher Hinsicht ein Verlust. Die Heimatstube hatte in den Jahren seit der Eröffnung zwar als temporäre Ersatzheimat sowie als Gesellschafts- und Aufenthaltsort an Bedeutung verloren, war als Ausstellungs- und Aufbewahrungsraum für das gesammelte Kulturgut, als Ort der Erinnerung an die verlorenen Lebenswelten im „Deutschen Osten“ und insbesondere zur symbolischen Repräsentation gegenüber der Mehrheitsgesellschaft jedoch unersetzbar.

Vorläufig schien sich die Befürchtung der Zwangsmigrant*innen, ihren Platz in der wichtigsten stadtgeschichtlichen Institution zu verlieren, zu bewahrheiten. Die Arbeiten an einem neuen Ausstellungskonzept begannen erst 2006 unter Leitung der Stadt Siegen bzw. des Siegerlandmuseums. Passend zu dessen neuer regionalgeschichtlicher Präsentation „Siegen – Stadt im Wandel”[18] sollte ein „Themenraum Integration der Vertriebenen” entstehen. Der Titel war nicht die einzige Verbindung zum einige Jahre zuvor initiierten Gemeinschaftsprojekt. Vermittelt durch Dieter Pfau und Heinrich Ulrich Seidel wurden Julia Stäsche und Jessica Siebeneich, die bereits zuvor an der Publikation „Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949. Flüchtlinge und Vertriebene zwischen Integration und Ablehnung. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte“ mitgewirkt hatten, beauftragt, ein Konzept zu entwickeln.

Das Ergebnis stellten sie am 20. November 2006 bei einer Sitzung des Vertriebenenbeirates vor.[19] Ihr Vorschlag sah drei thematische Schwerpunkte vor, die anhand von drei exemplarischen Lebensgeschichten dargestellt werden sollten. In chronologischer Reihenfolge sollte es zunächst um den Weg der Zwangsmigrant*innen ins Siegerland, anschließend um die Aufnahme im Durchgangslager auf dem Wellersberg und schließlich um die Integration in der Stadt und Region gehen.[20] Inhaltlich orientierte sich das Konzept somit stark an der Publikation von Dieter Pfau und Heinrich Ulrich Seidel, war jedoch etwas weiter gefasst. Bei der Auswahl der Ausstellungsobjekte wollten Julia Stäsche

[16] Vgl. Das Ostpreußenblatt vom 7.04.2007; Ausstellung über die Vertriebenen bald wieder im Siegerlandmuseum?, in: Westfalenpost vom 17.11.2006.
[17] Vgl. Das Ostpreußenblatt vom 7.04.2007.
[18] Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen am 18.11.2008, abrufbar über das Kreistagsinformationssystem, URL: https://kreissiwi.de/kreistag-info/ (Stand: 20.07.2024).
[19] Vgl. Ausstellung über die Vertriebenen bald wieder im Siegerlandmuseum?, in: Westfalenpost vom 17.11.2006.
[20] Vgl. Vertriebene kommen in die Stadthistorie, in: Westfälische Rundschau vom 22.11.2006.

und Jessica Siebeneich dem von dem Schweizer Künstler Daniel Spoerri entwickelten Ansatz des *musée sentimentale* folgen. In den späten 1970er Jahren hatte Spoerri sein bekanntes Konzept der „Fallenbilder" (*tableaux pièges*), in denen zufällige und alltägliche Situationen und Objektkonstellationen wie beispielsweise ein gedeckter Esstisch fixiert wurden, auf größere Räume und ganze Landschaften wie Städte und Regionen ausgeweitet und vermeintlich unbedeutende Gegenstände des täglichen Lebens ins Zentrum der musealen Sammlungs- und Ausstellungspraxis gestellt.[21] Entscheidend war demnach weniger der materielle oder künstlerische Wert der Objekte als vielmehr ihr Bezug zu den vergangenen Lebenswirklichkeiten und die daran geknüpften Erinnerungen. Da sich durch die Umstände der Zwangsmigration auch im Bestand der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube" zahlreiche Alltagsgegenstände aus der „alten Heimat" fanden, bot sich eine Neugestaltung in Form eines *musée sentimentale* an. Weitere Exponate, anhand derer sich auch die Aufnahme im Lager auf dem Siegener Wellersberg sowie die gesellschaftliche Integration der Zwangsmigrant*innen darstellen ließen, sollten mithilfe der regionalen Vertriebenenorganisationen von der Bevölkerung gesammelt werden. Mögliche Anknüpfungspunkte zur neuen Dauerausstellung des Museums erläuterte bei dieser Gelegenheit die Museumleiterin Ursula Blanchebarbe.[22] Sie betrachte den Themenraum als „Schnittstelle zwischen Vergangenheit und Gegenwart"[23] und wollte ihn deshalb prominent im großen Saal inmitten der neuen stadtgeschichtlichen Abteilung platzieren.[24] In einem Interview mit der Westfälischen Rundschau zeigte Blanchebarbe sich von dem Ausstellungskonzept überzeugt und zuversichtlich, damit künftig „auch jüngere Menschen interessieren" zu können, räumte zugleich jedoch ein, dass es bis zur geplanten Eröffnung im Frühjahr 2007 „nicht ganz"[25] bzw. nur unvollständig umgesetzt werden könne. Als konkretes Hindernis erwiesen sich auch hier die Kosten.[26]

Unter dem Druck, einen neuen Ausstellungsort für die eingelagerte Sammlung der Heimatstube zu finden, stimmten auch die Vertriebenenvertreter den Plänen zu. In einem noch zu bildenden Arbeitskreis sollten sie Ergänzungs- und Änderungsvorschläge einbringen können.[27] Eine zweite Möglichkeit, die künftige Ausstellung zu beeinflussen, bot der Sammlungsaufruf für neue Objekte. Die Kreisgruppe der ost- und westpreußischen Landsmannschaft beispielsweise wollte an der auf die „alte Heimat" fokussierten Darstellung festhalten, aber darin zugleich das eigene Profil schärfen. Auf ihrer Jahreshauptversammlung im April 2007 diskutierte sie dementsprechend die „Beschaffung aussagekräftiger Exponate, die das alte Ost- und Westpreußen sowie Danzig in ihrer einzigartigen

[21] Vgl. Anne Caplan: Sentimentale Urbanität. Die gestalterische Produktion von Heimat, Bielefeld 2016, S. 179-194.
[22] Vgl. Ausstellung über die Vertriebenen bald wieder im Siegerlandmuseum?, in: Westfalenpost vom 17.11.2006.
[23] Vertriebene kommen in die Stadthistorie, in: Westfälische Rundschau vom 22.11.2006.
[24] Vgl. An Vertreibung wird im Museum erinnert, in: Siegener Zeitung vom 22.11.2006.
[25] Vertriebene kommen in die Stadthistorie, in: Westfälische Rundschau vom 22.11.2006.
[26] Vgl. Ebd.
[27] Vgl. An Vertreibung wird im Museum erinnert, in: Siegener Zeitung vom 22.11.2006.

Landschaft, in der bodenständigen Lebensweise der Menschen, ihrer wirtschaftlichen Vielfalt und Kapazität sowie ihre kultur- und geistesgeschichtliche Bedeutung dokumentieren"[28] sollten. Dieser Ansatz knüpfte an die ursprüngliche Gestaltung der „Heimatstube für ostdeutsches Kulturgut" an und zielte darauf ab, die partikulare „Volkgruppenidentität" unter dem neuen Konzept weiterhin nach außen zu repräsentieren.

Die Doppelausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert"

Der Fertigstellung der neuen Präsentation kam der BdV im August 2008 mit einer eigenen Ausstellung zuvor. Während die Vertriebenenbeiräte und die regionalen Landsmannschaftsgruppen bei der Neugestaltung des Themenraumes auf die Kooperation mit den Kuratorinnen sowie dem Museum bzw. der städtischen Politik und Verwaltung angewiesen waren, verfolgte der BdV im Siegerland weiterhin eigene Projekte, darunter auch die Doppelausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert". Diese fand in Zusammenarbeit mit der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) statt und war vom 9. bis zum 23. August 2008 im städtischen Kulturkaufhaus „KrönchenCenter" zu sehen.[29] Hinter dem Titel verbargen sich eigentlich zwei separate Expositionen. Die namensgebende und deutlich umfangreichere der beiden trug den Titel „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte". Es handelte sich um ein gemeinsames Projekt des BdV und des Bundesinnenministeriums „anlässlich des Gedenkjahres an ‚50 Jahre Flucht und Vertreibung'"[30] 1995. BdV-Orts- und -Kreisgruppen oder andere interessierte Institutionen konnten die aus rund 40 Plakaten bestehende Schau für 150 DM erwerben und anschließend in eigener Regie zeigen.[31] Inhaltlich reproduzierte sie, wenngleich ohne daraus irgendwelche Gebietsansprüche abzuleiten, den etablierten Kanon von Themen und Narrativen rund um die „zivilisatorischen Leistungen"[32] der „Ostdeutschen". Nur punktuell ergänzte sie neue Aspekte wie beispielsweise die gesellschaftlichen Probleme zwischen Zwangsmigrant*innen und Alteingesessenen in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Die von der LmDR beigesteuerte Schau „Volk auf dem Weg. Schicksalsweg der Deutschen in Russland" stammte aus dem gleichen Jahr und war die erste Wanderausstellung von und über die „Volksgruppe". Sie sollte die Mehrheitsgesellschaft über deren Herkunft und Kulturgeschichte informieren und so für die Aufnahme sowie Integration der (Spät-)Aussiedler werben.[33] Darüber hinaus verbanden beide Seiten mit der Kooperation besondere Ziele. Nicht zuletzt, um am Ausbau der Kulturarbeit nach § 96 BVFG für die

[28] Das Ostpreußenblatt vom 7.04.2007.
[29] Deutscher Ostdienst vom 1.08.2008.
[30] Alfred Theisen/Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte. Eine Ausstellung des Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1995, S. 2.
[31] Vgl. ebd.
[32] Ebd., S. 10.
[33] Vgl. hierzu Kapitel 5.8.

(Spät-)Aussiedler teilzuhaben, wollte der BdV die Russlanddeutschen als potenzielle Mitglieder und neue Klientel enger an sich binden. Die LmDR ihrerseits inszenierte die eigene „Volksgruppe“ auf diese Weise gezielt als Schicksalsgefährtin der Vertriebenen.
Der Titel sowie die Eröffnungsfeier am 9. August 2008, bei der Hans Heinrich Thomas als einziger Redner auftrat und beide Gruppen deutlich voneinander abgrenzte, ließen „Die Vertreibung der Deutschen“ vielen als alleiniges Projekt des BdV erscheinen.[34] Dazu trugen auch die regionalen Zeitungen bei, die nur knapp über die Schau berichtete, ohne die Umstände und das Ziel der Kooperation näher zu erklären. Die LmDR bzw. die Russlanddeutschen blieben weitgehend unsichtbar. Größere Aufmerksamkeit wurde ihnen erst zuteil, als die Nachfolgeausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart.“ ein knappes Jahrzehnt später (2017) alleinstehend in der Region gezeigt wurde.
Für den BdV hingegen erwies sich die Schau trotz des verhaltenen Interesses der Presse und der mutmaßlich niedrigen Besuchszahlen nachträglich als wichtig. Kaum zwei Jahre später griff er zur Ergänzung des neuen Themenraums im Siegerlandmuseum sowie einer Präsentation „ostdeutschen Kulturguts“ im Rathaus in Siegen-Weidenau auf Teile davon zurück.

Der neue „Themenraum“ im Siegerlandmuseum

Kurz nach Ende der Doppelausstellung im „Krönchen-Center“ wurde auch die neue Präsentation im Siegerlandmuseum fertig. Sie bestand aus insgesamt vier Ausstellungsplakaten, großformatigen, mit kleinen Texttafeln versehenen Fotos und einer Landkarte an den Wänden sowie einer großen Vitrine in der Mitte des annähernd quadratischen Raumes.[35] Inhaltlich zerfiel sie in zwei Teile.
Der erste von beiden gab anhand des Hauptdurchgangslagers auf dem Wellersberg einen Überblick über die Ankunft und Aufnahme der Vertriebenen in Siegen. Eine kleine Texttafel erklärte zunächst knapp die historischen Hintergründe der Zwangsmigration und stimmte die Besucher*innen auf das Ausstellungsnarrativ ein: „Seit der Endphase des 2. Weltkrieges befinden sich Millionen von Menschen in Europa auf der Flucht. Darunter befinden sich ca. 14 Millionen Deutsche, die ihre Heimat im Osten verlassen müssen. [...] In Siegen entsteht in der Kaserne am Wellersberg ein Hauptdurchgangslager. Bis zur Schließung 1951 passieren über 300.000 Menschen das Lager. Tausende bleiben im Siegerland und in Wittgenstein und beteiligen sich an der Gestaltung des gesellschaftlichen Neuanfangs und am Wiederaufbau. Der langwierige Prozess der Integration nimmt seinen Anfang.“ Eine Landkarte visualisierte ergänzend die „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa 1939-1950“.

[34] Vgl. 5 000 Kilometer nach Osten. Viele mussten Heimat verlassen. Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert: Ausstellung von BdV und LDR im Krönchen-Center, in: Westfälische Rundschau vom 11.08.2008.
[35] Zu der Ausstellung gibt es keine offizielle Dokumentation. Die nachfolgende Analyse und Zitate von Ausstellungstafeln bzw. -elementen beruhen daher auf Beobachtungen und Aufzeichnungen des Verfassers aus dem August 2020.

Als Blickfang und Überleitung zur Geschichte und Bedeutung des Lagers diente das großformatige Bild eines „Flüchtlingskindes“[36] mit seinem Gepäck. Es stand sinnbildlich für die schutzbedürftigen und erschöpften Menschen, die nun in dem schwer vom Krieg beschädigten Gebäudekomplex eintrafen. Ein Plakat daneben stellte anhand von Bildern und Reproduktionen historischer Quellen unterschiedliche Schritte des Aufnahmeprozesses von der „Registrierung in der Verwaltung des Lagers“ über die „Die ärztliche Versorgung“ bis hin zum „Zustand der Gebäude“ und der „Flüchtlingszimmer“ sowie dem „Alltag auf dem Lagergelände“ dar. Für diesen Teil der Ausstellung hatten Julia Stäsche und Jessica Siebeneich offenbar auf ihre Arbeiten für die 2004 erschienene Publikation von Pfau und Seidel zurückgegriffen, in der ein Großteil des Materials bereits erschienen war.[37]

Anders als das Bild des Flüchtlingskindes vermuten lassen könnte, wurden die Zwangsmigrant*innen in der Ausstellung jedoch als aktive historische Akteur*innen dargestellt, die Zwangsmigration und Heimatverlust nicht bloß passiv ertrugen, sondern sich in der neuen Umgebung rasch organisierten, einander unterstützten und öffentlich für ihre Interessen eintraten. Die großformatige Aufnahme einer Vertriebenenkundgebung auf dem Siegener Eintrachtgelände – möglicherweise handelte es sich dabei um den erwähnten Auftritt Georg Goebels im Jahr 1949 – sowie ein kurzer Informationstext über die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950 verwiesen auf die Ziele sowie den politischen Einfluss der Interessengemeinschaften und landsmannschaftlichen Organisationen.

Der zweite Ausstellungsteil konkretisierte und vertiefte den ersten Teil anhand von Bildern und kurzen Lebensgeschichten dreier Einzelpersonen bzw. Familien sowie dazugehörigen Ausstellungsobjekten.[38] Rudolf Stähler aus dem mecklenburgischen Wittenburg, Familie Bittner aus dem niederschlesischen Gloschkau (Głoska) und Herta Fiebig aus Slaup (Sloup) im heutigen Tschechien standen exemplarisch für die vielfältigen Umstände und Wege der Zwangsmigration ins Siegerland. Ersterer und seine Familie gehörten zu den Deutschen, die nach der Flucht vor der herannahenden sowjetischen Armee nicht mehr in ihre Herkunftsorte zurückkehren konnten. Sie zogen daher zu Verwandten in Langenholdinghausen im Amt Freudenberg. Zweitere indessen gelangte im Juni 1946 infolge einer organisierten Zwangsumsiedlung mit einem Massentransport ins Siegerland. Nach einem mehrtägigen Eisenbahntransport traf sie im Hauptdurchgangslager auf dem Wellersberg ein, wo ihr anschließend eine Unterkunft zugewiesen wurde. Letztere schließlich floh 1946 mit ihrer Mutter und Großmutter aus ihrem Heimatort und wurde nach mehreren Aufenthalten in tschechoslowakischen Lagern erst 1948 nach Siegen entlassen.

[36] Die Bildunterschrift lautete: „Flüchtlingskind im Durchgangslager am Wellersberg“.
[37] Vgl. Stäsche/Siebeneich: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg.
[38] Vgl. In der Vitrine: Ein Kinderkoffer voller Erinnerungen. Im Siegerlandmuseum ist wieder ein Raum dem Schicksal der Flüchtlinge aus dem Osten gewidmet – Uni-Historiker konzipieren Ausstellung, in: Westfälische Rundschau vom 4.06.2009.

Darüber hinaus verwiesen die ausgewählten Lebensgeschichten auf unterschiedlichste Integrationsfaktoren und -hemmnisse wie Freundschaften und Kontakte mit Alteingesessenen, soziale Herkunft und Konfession sowie berufliche Qualifikationen und Leistungen in der neuen Umgebung.
Die biografischen Texte auf den Plakaten kontextualisierten und erklärten auch die Exponate in der Vitrine, darunter der von Helga Fiebig auf ihrer Flucht aus Slaup getragene Rucksack, das Namensschild des Pferdewagens, mit dem Familie Stähler nach Langenholdinghausen gekommen war sowie die versteckt in einem Schuh aus Gloschkau herausgebrachten Dokumente der Familie Bittner. Dem Konzept des *musée sentimentale* folgend dienten diese jedoch nicht primär als Zeichenträger für die mit ihnen verknüpften historischen Ereignisse oder Orte, im Vordergrund stand vielmehr ihr Erinnerungswert für die Besitzerinnen und Besitzer. Folgerichtig betonten auch die Texte auf den Ausstellungstafeln, wie diese Objekte „als ein Stück der Familiengeschichte" geschätzt, „sorgfältig bewahrt" und „bis heute aufgehoben" worden waren.
Hatte der erste Ausstellungsteil die Aufnahme der Zwangsmigrant*innen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene noch als Erfolg dargestellt, so spiegelte der zweite Teil mit seinem biografischen Zugang die Kontingenz des Integrationsprozesses wider und wies auch auf die vielfältigen Probleme hin. Die Präsentation enthielt sich aber eines abschließenden Urteils über die „Integration der Vertriebenen" und überließ es dem Publikum, eigene Schlüsse aus den unterschiedlichen Lebensgeschichten und Objekten zu ziehen.
Das Ausstellungskonzept von Stäsche und Siebeneich markierte, verglichen mit der alten „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube", einen Paradigmenwechsel und entsprach dem zeitgenössischen geschichtskulturellen Trend, anstelle von „Flucht und Vertreibung" selbst an die Aufnahme der Zwangsmigrant*innen und das Zusammenleben mit der alteingesessenen Bevölkerung zu erinnern.[39] Die bislang stets betonten „ostdeutschen" Kulturleistungen sowie die verlorenen Lebenswelten in der „alten Heimat" spielten hingegen keine Rolle mehr.
Am 18. November 2008 wurde die fertige Präsentation erstmals öffentlich vorgestellt. Anlässlich einer Sitzung des Kreisvertriebenenbeirates besichtigten dessen Mitglieder sowie einige interessierte Bürgerinnen und Bürger den Raum im Siegerlandmuseum. Von Politik und Verwaltung nahmen die zuständige Beigeordnete der Stadt Siegen, Birgitta Radermacher, sowie der städtische Kulturreferent Wolfgang Suttner teil. Julia Stäsche und Jessica Siebeneich waren hingegen nicht anwesend und wurden an der weiteren Umsetzung nicht mehr beteiligt. Die Beiratsmitglieder sowie die Gäste der öffentlichen Begehung zeigten sich von dem neuen Konzept enttäuscht. Sie bemängelten sowohl die „zu dürftig" und „zu nüchtern" gehaltene Inszenierung als auch die inhaltliche Ausrichtung,

[39] Vgl. Scholz: Denkmäler, S. 77.

welche „nur die Zeit der Ankunft in Siegen, nicht das Vorher und das Nachher“[40] darstelle. Ihre Kritik berücksichtigte weder den grundlegenden Ansatz des *musée sentimentale* noch die von den Kuratorinnen ausgewählten Lebensgeschichten und Objekte. Radermacher und Suttner verteidigten die Umsetzung offensiv und beriefen sich auch auf die Expertise der Museumsleitung, mit der das Konzept „museumsdidaktisch […] abgesprochen“ sei. Dem Vorwurf der „dürftigen“ Gestaltung hielten sie das primäre Ziel der „Vermittlung des Schicksals der Vertriebenen an Dritte“ entgegen und argumentierten, „dass in jeder Einzelausstellung in einem musealen Gesamtkontext es nun einmal darum gehe, mit wenigen Exponaten viel auszusagen“. Um die Beiratsmitglieder zu beschwichtigen, schlug Radermacher vor, eine weitere Vitrine zu ergänzen. Diese solle „in Abstimmung mit der Museumsleitung durch die Vertreter der Vertriebenen bestückt“ werden und, so Wolfgang Suttner, im Themenraum als „Abteilung fürs Herz“ dienen. Dem Gremium eröffnete sich somit ein ungeahnter Gestaltungsfreiraum. Paul Breuer griff den Vorschlag sofort auf und bat die Anwesenden, Objekte bereitzustellen, anhand derer „Verlust, Leid und Schmerz der Vertriebenen […] deutlich greifbar“ würden.
Eine zweite Idee Radermachers, den Besucher*innen auf einem Touchscreen „weitere, ergänzende Informationen zu den Exponaten sowie den Schau- und Texttafeln zu geben“, sollte die Ausstellung medial aufwerten und interaktiver gestalten. Die dafür benötigten 8 000 Euro sollten über Spenden aufgebracht werden.

Abb. 4: Panoramaaufnahme des Themenraums im Siegerlandmuseum. Die zusätzliche Vitrine ist nicht im Bild. Aufgenommen im August 2020[41]

„Abteilung fürs Herz“. Der Beitrag des BdV

Die Gestaltung der zusätzlichen Vitrine knüpfte nahtlos an die Ausstattung der alten „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube“ an. Der BdV hatte hierfür rund 50 altbekannte Ausstellungsstücke aus seiner Sammlung beigesteuert. Anders als in dem von Stäsche und Siebeneich bestückten Schaukasten gegenüber dominierten hier Beispiele typischen und bekannten Kunsthandwerks, darunter Glaskunst der Josephinenhütte in Schreiberhau (Szklarska Poręba) und Bunzlauer Keramik aus Schlesien, Rubingläser aus Böhmen, Broschen und Anhänger der sudetendeutschen Schmuckindustrie in Gablonz (Jablonec nad

[40] Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen am 18.11.2008, abrufbar über das Kreistagsinformationssystem, URL: https://kreissiwi.de/kreistag-info/ (Stand: 20.07.2024).
[41] Bild: Matthias Kirchbach.

Nicou) sowie eine Bernsteinkette und ein Majolika-Gefäß aus Cadinen (Kadyny) in Ostpreußen. Ebenso vertreten waren die erstmals 1962 ausgestellten Gebet- und Gesangsbücher aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert sowie Käthe Kruse-Puppe in der Mönchguter Tracht. Bilder der „alten Heimat" oder Wappen der verschiedenen Landsmannschaften fehlten hingegen. Um als Nachweis der „ostdeutschen" Kulturleistungen zu dienen und die Herkunftsgebiete der Zwangsmigrant*innen zu repräsentieren, waren die Objekte streng nach ihrer Herkunft sortiert. Jeweils etwa ein Viertel der zweistöckigen Vitrine nahmen Exponate aus Schlesien, Sudetenland und Pommern ein, das verbleibende Viertel teilten sich Ostpreußen, Westpreußen und Ostbrandenburg. Darüber waren, gleichsam als symbolische Hintergrunderzählung und Orientierungshilfe, ein Landkartenausschnitt der erwähnten Regionen sowie eine Kopie des „Sonderbefehls" zur Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus der niederschlesischen Stadt Bad Salzbrunn vom 14. Juli 1945 angebracht.[42]

Zusätzlich hatte der BdV, offenbar von Stäsches und Siebeneichs Ausstellungskonzept inspiriert, sechs besondere „Erinnerungsstücke"[43] auf die verschiedenen Bereiche verteilt. Im Gegensatz zu den anderen Exponaten handelte es sich dabei um materiell nahezu wertlose, kunstgeschichtlich unbedeutende Alltagsgegenstände wie eine Häkelnadel, eine Gabel oder ein Schreibzeugkästchen. Ihre Bedeutung begründeten die Besitzerinnen und Besitzer in zusätzlich in einem Ordner bereitgestellten, „Erinnerungsgeschichten" hauptsächlich mit den traumatischen Erlebnissen von Krieg und Zwangsmigration. Über die erwähnte Gabel hieß es beispielsweise: „Als polnische Miliz uns im Juni 1945 […] aus unserer Heimat vertrieb, wurden wir auf dem Weg zur Oder mehrfach ‚gefilzt'. Nichts Wertvolles entging der Gier der Sieger, nichts blieb den Besiegten. […] Immer aber blieb sie ein Stück Erinnerung an die schrecklichste Zeit meines Lebens" Anders als ihre Gegenstücke in der ersten, ursprünglichen Vitrine der Ausstellung waren die „Erinnerungsstücke" demnach mit einer festen Interpretation versehen und lösten Paul Breuers Forderung ein, „Verlust, Leid und Schmerz der Vertriebenen"[44] darzustellen. Demselben Zweck dienten vier der Ausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte" aus dem Jahr 1995 entnommene

[42] Der „Sonderbefehl" aus Bad Salzbrunn taucht bis heute in zahlreichen Publikationen sowie auf Webseiten, die sich mit „Flucht und Vertreibung" beschäftigen, auf und wird dort zumeist als Beispiel für die Umsiedlungspraxis der deutschen Bevölkerung zitiert; so z. B. in dem breit rezipierten und ab den 1980er Jahren in zahlreichen Ausgaben als populärwissenschaftliches Standardwerk zu „Flucht und Vertreibung" herausgegebenen Sammelband „Flucht und Vertreibung – Deutschland zwischen 1944 und 1947". Vgl. Frank Grube/Gerhard Richter (Hg.): Flucht und Vertreibung – Deutschland zwischen 1944 und 1947, Hamburg 1980. Angesichts der Komplexität der in Folge des Zweiten Weltkriegs in Gang gesetzten Migrationsbewegungen, kann dieser aus der Zeit vor der Potsdamer Konferenz stammende Sonderbefehl allerdings nicht als repräsentativ gelten.

[43] So die Bezeichnung auf den Etiketten in der Ausstellung.

[44] Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen am 18.11.2008, abrufbar über das Kreistagsinformationssystem, URL: https://kreissiwi.de/kreistag-info/ (Stand: 20.07.2024).

und nahe der Vitrine angebrachte Plakate mit Informationstexten über den Ablauf und die Auswirkungen der Zwangsmigration auf die deutsche Zivilbevölkerung.[45]
Sowohl die Vitrine als auch die Ausstellungstafel mit den Plakaten trugen ein kleines Etikett mit dem Vermerk: „Die Exponate und Texte dieser Vitrine liegen in der Verantwortung des BdV – Bund der Vertriebenen – Kreisverband Siegen". Auf den von Stäsche und Siebeneich konzipierten Plakaten wurden darüber hinaus redaktionelle Anmerkungen ergänzt. Einer der Hinweise wandte sich beispielsweise gegen eine in den abgebildeten historischen Quellen genutzte Gebietsbezeichnung und dokumentierte eine in der Kulturarbeit sowie dem BdV-Dachverband überkommene revisionistische Grundhaltung: „Auf Wunsch des BdV – Bund der Vertriebenen – Kreisverband Siegen, wird darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung ‚Neupolen' zu ersetzen ist durch ‚unter polnischer Verwaltung'." Indem er den eigenen Beitrag so öffentlich hervorhob und sich teils von Elementen der neuen Ausstellung abgrenzte, unterlief er das Integrationsnarrativ des Themenraumes und damit zugleich auch dessen Funktion im neuen stadtgeschichtlichen Museumskonzept.

Endergebnis und Rezeption des „Themenraums"

Nahezu drei Jahre nachdem Stäsche und Siebeneich erstmals ihr neues Ausstellungskonzept präsentiert hatten, wurde der Themenraum „Integration der Vertriebenen" im Juni 2009 eröffnet. Am Ende des 2006 begonnenen Prozesses stand ein Kompromiss. Einerseits war die Planung der Kuratorinnen umgesetzt worden, andererseits hatten die städtische Politik und Verwaltung dem Vertriebenenbeirat sowie dem BdV weitreichenden Gestaltungsspielraum gewährt. Diese ließen sich, wie die hinzugekommenen „Erinnerungsstücke" zeigen, ein Stück weit vom *musée sentimentale*-Ansatz beeinflussen, hielten davon abgesehen jedoch an der etablierten Ausstellungspraxis der vergangenen Jahrzehnte fest. Verglichen mit der alten „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube" war der neue Themenraum trotz der zusätzlichen Vitrine sowie der wiederverwendeten Ausstellungsplakate zwar deutlich entschlackt, bestand jedoch letztlich aus zwei konkurrierenden, kaum miteinander zu vereinbarenden Teilen. So widersprüchlich wie die Ausstellung selbst waren auch deren Beurteilungen durch die lokale Presse. Während die Siegener Zeitung ihre Außenwirkung betonte und sie als „neue Präsentationsplattform"[46] der Vertriebenen deutete, sah die Westfälische Rundschau darin einen „eindringlich, ohne jede Heimattümelei" gestalteten „Erinnerungs-Raum"[47].

[45] Dies verdeutlichen allein die Überschriften: „Die Vertreibung der Ostdeutschen nach dem Potsdamer Protokoll", „Das Leid der Frauen", „Russische Zeitzeugen der Vertreibung", „US-Stimmen zur Vertreibung".
[46] Über die Geschichte der Vertriebenen im Siegerland. Dauerausstellung widmet sich den Aussiedlern im Kreisgebiet, in: Siegener Zeitung vom 4.06.2009.
[47] In der Vitrine, in: Westfälische Rundschau vom 4.06.2009.

Die beteiligten Akteurinnen und Akteure indessen überspielten gegenüber der Öffentlichkeit die inhaltlichen wie konzeptionellen Brüche. So sprach die Museumsleiterin Ursula Blanchebarbe in einem Zeitungsinterview neutral von einem „Kompromiss zwischen Erinnerungsstücken und wissenschaftlicher Ausarbeitung“[48]. Paul Breuer blendete, in seiner Doppelrolle als Landrat und Kreisbeiratsvorsitzender um demonstrative Einigkeit bemüht, die vorhergegangenen Konflikte sowie die Kritik am Konzept von Stäsche und Siebeneich aus und lobte die Beteiligung der Zwangsmigrant*innen.[49] Selbst Hans Heinrich Thomas bedauerte gegenüber der Siegener Zeitung zwar den Verlust der alten Heimatstube, zeigte sich jedoch „erfreut“[50] über das Ergebnis der Neugestaltung.
Viele Zwangsmigrant*innen und Mitglieder des BdV jedoch waren von dem neuen Themenraum schwer enttäuscht. Einen Einblick in die Kritik gibt das von dem späteren Kreisvorsitzenden Wilhelm Böcking angefertigte „Persönliche Prototoll über die Eröffnung und Begehung der von der Siegener Universität konzipierten neuen Ostdeutschen Heimatstube“. Wie schon die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Besichtigung im November 2008 bemängelte Böcking sowohl den inhaltlichen Fokus auf die Ankunft und Aufnahme der Zwangsmigrant*innen als auch die geringe Zahl von Ausstellungsobjekten. Diese zeugten in seinen Augen von einem „Widerwillen ostd. Kultur als Gesamtdeutsche Kultur zu begreifen und mit einem gewissen Stolz gegenwärtigen und künftigen Generationen weiter zu geben.“[51] Darüber hinaus nahm der Bericht zwei Argumentationsmuster vorweg, die einige Jahre später bei einer Diskussion um das „Ostdeutsche Mahnmal“ im Schlosspark artikuliert wurden. Zum einen wies Böcking jedwede Assoziation mit anderen Migrant*innen zurück und lehnte daher auch den Begriff „Integration“ im Ausstellungstitel ab.[52] Zum anderen glaubte er eine verdeckte Agenda von Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu erkennen. Ungeachtet aller sachlichen Begründungen für das neue Ausstellungskonzept sowie der vom Kreisvertriebenenbeirat und BdV durchgesetzten Änderungen sah er in der Neugestaltung einen „Trick um die Heimatvertriebenen mit ihrer selbstgestalteten ostd. Heimatstube aus dem oberen Schloß zu bugsieren und sie dann nach langer Zeit der Gefügigmachung einem fremden Konzept zu unterwerfen.“

Die „Ostdeutsche Sammlung“ im Rathaus Weidenau und die Diskussionen um die Zukunft der Erinnerung

Wenige Monate später erhielt der BdV an einem anderen Ort die Gelegenheit, seine Vorstellungen von einer angemessenen Ausstellung eigenverantwortlich umzusetzen. Im April 2010 eröffnete im Rathaus des Siegener Stadtteils Weidenau eine neue Präsentation

[48] Ebd.
[49] Vgl. Ebd.
[50] Über die Geschichte der Vertriebenen im Siegerland, in: Siegener Zeitung vom 4.06.2009.
[51] Wilhelm Böcking: Persönliches Prototoll über die Eröffnung und Begehung der von der Siegener Universität konzipierten neuen Ostdeutschen Heimatstube vom 15.06.2009, BdV-Kreisverband Siegen.
[52] Im Bericht schrieb Böcking diesbezüglich: „Wir kamen als Reichsdeutsche und kamen in kein Gastland, daher brauchten wir keine neue Sprache, Religion oder sonstige Kultur hier zu lernen!, [sic!] im Gegensatz zu Ausländern, die hier aufwändig integriert werden müssen“. Ebd.

mit weiteren Objekten der ehemaligen „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube“. In einer Nische des Foyers untergebracht, bestand sie aus zwei Vitrinen mit Ausstellungsstücken sowie mehreren Plakaten aus der Ausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte“. Konzeptionell wie inhaltlich ähnelte sie stark dem Beitrag des BdV zum Themenraum im „Oberen Schloss“. Zwar befanden sich die wertvollsten, museumswürdigen Sammlungsobjekte wohl nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen im Siegerlandmuseum, ansonsten jedoch waren die Ausstellungsstücke in den Vitrinen nach den gleichen Gesichtspunkten ausgewählt und arrangiert. Die typischen Glas- und Keramikarbeiten waren ebenso vertreten wie Bernsteinschmuck, Trachtenpuppen und Gebetsbücher. Auch die vier Plakate aus dem zweiten Teil von „Die Vertreibung der Deutschen.“ fanden sich hier wieder. Ergänzt wurden sie durch ein großes Schild mit dem Titel der Wanderausstellung, einer Übersichtskarte über „Vertreibung und Flucht der Deutschen aus ihren Heimatgebieten am Ende des Zweiten Weltkrieges“ und zwei Tafeln mit diversen historischen Quellen aus der „alten Heimat“. Die Ansätze eines *musée sentimentale* in Form von „Erinnerungsstücken“ und „Erinnerungsgeschichten“ fehlten hingegen. Im Weidenauer Rathausfoyer fand der BdV-Kreisverband nach dem Verlust der alten Heimatstube einen neuen Aufbewahrungsraum für seine Sammlung. Obwohl die Vitrinenfläche jedoch restlos ausgenutzt und die Objekte darauf dicht gedrängt arrangiert worden waren, blieben hinterher noch immer rund 100 Objekte übrig, mit denen ein nicht-öffentlicher „Heimatraum“ in der BdV-Geschäftsstelle eingerichtet wurde.[53]

Abb. 5, 6: Die Präsentation im Rathaus Weidenau im September 2020[54]

[53] Vgl. Ostdeutsche Sammlung sichern. Kreisbeirat für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen tagte im Siegener Kreishaus, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (12.03.2012), URL: https://www.siwiarchiv.de/ostdeutsche-sammlung-sichern/ (Stand: 20.07.2024).
[54] Bilder: Matthias Kirchbach.

Zwar wurde das Rathausfoyer Tag für Tag von vielen Bürger*innen besucht, als Ausstellungsraum und Ort des Gedenkens war es jedoch kaum geeignet. Der enge und wenig einladende Vorraum bot keinen angemessenen Rahmen, um sich mit der Präsentation auseinanderzusetzen. Übrig blieb somit allein die Repräsentationsfunktion, im öffentlichen Raum auf „Flucht und Vertreibung" hinzuweisen und diese im kollektiven Gedächtnis präsent zu halten. Hierfür gab es ein historisches Vorbild. So hatte Alfons Perlick bereits Anfang der 1960er Jahre vorgeschlagen, neben Heimatstuben und Heimatarchiven „in den Fluren der Schulen und Rathäuser ‚Ostdeutsche Heimatecken' mit kleinen wechselnden Ausstellungen"[55] einzurichten.

Wenngleich die Präsentation in Weidenau kein Ersatz für die geschlossene Heimatstube war, schien zunächst ein für alle Seiten tragbarer Kompromiss gefunden. Wie sich bei einer Sitzung des Kreisvertriebenenbeirates im Februar 2012 zeigte, waren zwar nicht alle Kritikpunkte der Zwangsmigrant*innen ausgeräumt, der BdV-Kreisvorsitzende Hans Heinrich Thomas bewertete die Situation insgesamt jedoch positiv. Während einige Beiratsmitglieder noch immer die inhaltliche Ausrichtung des Themenraums im „Oberen Schloss" oder die fehlende „mediale Unterstützung" durch den versprochenen Touchscreen kritisierten, sorgte sich der BdV-Kreisvorsitzende bereits um die langfristige Zukunft der Sammlung und fragte: „Was soll mit diesem Juwel der Vertriebenenkultur geschehen, wenn der BdV nicht mehr existiert?"[56] Das Gremium war sich einig, wie Paul Breuer formulierte, „für die Nachwelt mit ihren völlig unterschiedlichen Beziehungen zur Vertriebenenkultur das Verständnis für deren Bedeutung zu erhalten und dabei die Spezifika der Region Siegerland und Wittgenstein herauszuarbeiten"[57]. Der Kulturreferent Wolfgang Suttner, ein gutes Jahrzehnt zuvor noch einer der Exponenten des Gemeinschaftsprojekts um die Neugestaltung der Heimatstube, schlug gleichsam als letzten Ausweg die „Übernahme der Ostdeutschen Sammlung durch ein Kommunalarchiv"[58] vor. Dies hätte zugleich den Übergang von „Flucht und Vertreibung" aus dem regionalen Funktionsgedächtnis in das Speichergedächtnis bedeutet. Die Erinnerung an die Zwangsmigration wäre somit deutlich sichtbar als obsolet markiert worden.

Bevor es jedoch zu einer Einigung mit dem Stadt- sowie Kreisarchiv kommen konnte, wurde der Themenraum im Siegerlandmuseum im Frühjahr 2014 während des erneuten Umbaus der stadtgeschichtlichen Ausstellung überraschend geschlossen und als Lager für Objekte aus anderen Teilen des Museums genutzt.[59] Obwohl es sich um eine zunächst rein organisatorische Maßnahme handelte und Museum sowie Verwaltung angekündigt hatten, die Präsentation nach Abschluss der Arbeiten wiederzueröffnen, sah ein Teil der

[55] Perlick: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, S. 148f.
[56] Ostdeutsche Sammlung sichern. Kreisbeirat für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen tagte im Siegener Kreishaus, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (12.03.2012).
[57] Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen am 29.02.2012, abrufbar über das Kreistagsinformationssystem, URL: https://kreissiwi.de/kreistag-info/ (Stand: 20.07.2024).
[58] Ebd.
[59] Vgl. Bund der Vertriebenen wünscht sich zentralen Standort, in: Siegener Zeitung vom 21.09.2020.

Vertriebenen den 2009 von Wilhelm Böcking geäußerten Verdacht bestätigt, dass die Erinnerung an den „Deutschen Osten“ und „Flucht und Vertreibung“ aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden solle.

„Flucht und Vertreibung“ als Fremdkörper. Die Wiedereröffnung des „Themenraums“ im Siegerlandmuseum und Auflösung der Präsentation in Weidenau

Entgegen den Befürchtungen wurde der Themenraum auf Betreiben des städtischen Kulturdezernenten Arne Fries (CDU) im Oktober 2018 jedoch letztendlich wiedereröffnet.[60] Die Präsentation war unverändert und besaß folglich keine Anknüpfungspunkte zur neuen stadtgeschichtlichen Ausstellung. Im musealen Gesamtkontext wirkte sie dadurch wie ein Fremdkörper. Überdeutlich wurde dies durch den Hinweis am Eingang: „Der Raum ‚Integration der Vertriebenen‘ ist nicht Bestandteil der stadtgeschichtlichen Dauerausstellung ‚Zeit.Raum Siegen‘. Er wurde 2009 in einer Kooperation zwischen der Universität Siegen und dem Bund der Vertriebenen erarbeitet und wird ohne Veränderungen gezeigt.“[61] Hatte sich zuvor der BdV-Kreisverband von in seinen Augen unangemessenen Elementen abgegrenzt, so distanzierte sich nun das Siegerlandmuseum von der gesamten Präsentation und machte die wenige Jahre zuvor realisierte „Integration der Vertriebenen“ in das stadtgeschichtliche Narrativ wieder rückgängig. Ungeachtet dessen nahm der BdV-Kreisverband die Wiedereröffnung geradezu überschwänglich auf. Als der „Beauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern”, Heiko Hendriks (CDU), wenige Wochen später anlässlich der Feier zum 80-jährigen Bestehen des BdV-Kreisverbandes nach Siegen kam, dokumentierte er den gemeinsamen Besuch des Themenraumes mit zahlreichen Fotos demonstrativ auf seiner Facebook-Seite.[62]

Während der Platz der Vertriebenen im Siegerlandmuseum damit zunächst gesichert schien, musste die Schau im Foyer des Weidenauer Rathauses im Oktober 2021 aufgrund von anstehenden Bauarbeiten schließen. Wie der BdV-Kreisverband verkündete, war eine Wiedereröffnung jedoch ausgeschlossen: „Leider mussten wir gestern unsere Dauerausstellung im Eingangsbereich des Weidenauer Rathauses wegen Umbau aufgeben. Wer einen Ort kennt, wo wir die Ausstellung wieder aufbauen können, kann sich gerne bei uns melden. Wir freuen uns über jeden Vorschlag.“[63] An der Stadtöffentlichkeit ging dieser für die regionalen Vertriebenenorganisationen herbe Verlust weitgehend unbemerkt vorbei. Die Suche nach einem neuen Ausstellungsort blieb erfolglos. So endete der 2010 gefundene Kompromiss im Umgang mit der „Ostdeutschen Sammlung“.

[60] Vgl. Ebd.
[61] Schild im Museumsraum. Hervorhebung im Original.
[62] Vgl. Beitrag auf der Facebook-Seite des BdV Kreisverbands Siegen vom 11.11.2018, URL: https://de-de.facebook.com/BDV-KV-Siegen-1706062333031401/ (Stand: 20.07.2021).
[63] Beitrag auf der Facebook-Seite des BdV Kreisverbands Siegen vom 7.10.2021, URL: https://www.facebook.com/photo/?fbid=2650224618615163&set=pcb.2650227251948233&locale=ca_ES (Stand: 20.07.2021).

3.4 Die Erinnerung an das Hauptdurchgangslager Wellersberg

Ein Nebeneffekt des Gemeinschaftsprojekts zur Umgestaltung der „Ost- und Mitteldeutschen Heimatstube“ im Oberen Schloss war es, das lange wenig beachtete Hauptdurchgangslager auf dem Siegener Wellersberg wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Vor dem Hintergrund der erinnerungskulturellen Dynamik rund um „Flucht und Vertreibung“ mündete die neue Aufmerksamkeit 2011 in eine Initiative des Kulturausschusses im Siegener Stadtrat, mit einer Gedenktafel an die Aufnahme und Unterbringung von Zwangsmigrant*innen in der ehemaligen Kaserne zu erinnern.

Die Geschichte der Kasernengebäude

Die meisten der fast 310 000 Menschen, die das Durchgangslager auf dem Wellersberg bis zu seiner Schließung 1951 passierten, waren Zwangsmigrant*innen aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs.[1] Noch bevor der Interzonenverkehr von Personen, die in der Endphase des Krieges geflüchtet und evakuiert worden waren und nun in ihre ehemaligen Wohnorte zurückkehren wollten, abgeschlossen war, trafen im Februar 1946 die ersten Bahntransporte mit Vertriebenen in Siegen ein. Die Ankommenden wurden zu Fuß oder per LKW auf den Wellersberg gebracht und dort registriert, ärztlich untersucht sowie verpflegt. Daran beteiligten sich vom katholischen Lagerdienst der Caritas über die Arbeiterwohlfahrt und das Diakonische Werk bis zum Deutschen Roten Kreuz unterschiedliche Organisationen. Obwohl die Aufenthaltsdauer bis zur Weiterreise höchstens zwei Tage dauern sollte, wurde die Kapazität des Lagers mitunter weit überschritten.[2] Mit dem Ende der organisierten Massentransporte aus dem Osten gingen die Aufnahmezahlen ab 1947 jedoch stark zurück. Das Lager trat in eine neue Phase ein. Gleichzeitig waren die neu Eintreffenden – es handelte sich nun vor allem um Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone – immer häufiger gezwungen, für längere Zeit auf dem Wellersberg zu leben, da sich viele schwer belastete Städte und Gemeinden weigerten, weitere Menschen unterzubringen. Zweimal musste im Laufe des Jahres 1947 ein Aufnahmestopp verhängt werden, da das Lager überfüllt war.[3] Die Missstände in der ehemaligen Kaserne verschlechterten sich durch die erhöhte Aufenthaltsdauer noch weiter. Männer, Frauen und Kinder lebten auf kleinstem Raum zusammen. Durch die Enge, mangelnde Hygiene und Unterernährung verbreiteten sich rasch Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Diphterie, Typhus und Paratyphus, Scharlach sowie Haut- und Geschlechtskrankheiten. Zudem verschärften sich die Spannungen zwischen den Einheimischen und den Bewohner*innen des Lagers. In den letzten Jahren bis zu seiner Schließung empfanden die Bevölkerung und die Verwaltung das Lager zunehmend als Belastung.[4] Im Dezember 1947 verlangte

[1] Vgl. Pfau: Flüchtlings- und Vertriebenenaufnahme in Westfalen, S. 1440.
[2] Vgl. Siebeneich/Stäsche: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, S. 90.
[3] Vgl. ebd.
[4] Vgl. Pfau: Flüchtlings- und Vertriebenenaufnahme in Westfalen, S. 1440.

der Siegener Oberstadtdirektor vom Regierungspräsidenten in Arnsberg gar, die Einrichtung zu schließen.[5] Es kamen Forderungen auf, die Bewohner*innen zu überwachen oder gegebenenfalls in die sowjetische Zone zurückzuschicken und bei Straftaten hart durchzugreifen. Der Siegener Oberbürgermeister Bach z. B. schrieb im Januar 1950 in einem Brief an den zuständigen Landgerichtspräsidenten, Siegen sei durch das Lager zum „Tummelplatz für alle Landstreicher und Asozialen der Westzone“[6] geworden.
Die Lage entspannte sich erst, als das Lager am 31. Oktober 1951 in das Dorf Massen nahe Unna im östlichen Ruhrgebiet verlegt wurde, wo zu diesem Zweck eine moderne Wohnsiedlung errichtet worden war. Die neue Einrichtung wurde mit Bezug auf ihren vorherigen Standort zunächst als „Durchgangslager Siegen-Massen“[7] bezeichnet, später jedoch als „Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen“, kurz: „Landesstelle Unna-Massen“, bekannt und existierte bis 2009.[8]
In der Folge nutzten die belgischen Streitkräfte, die 1946 zunächst als Besatzungstruppen nach Siegen gekommen und dort später aufgrund ihres Nato-Auftrags stationiert geblieben waren, die Kasernengebäude auf dem Wellersberg sowie dem Heidenberg. Beinahe fünf Jahrzehnte lebten ständig mehrere tausend Soldaten mit ihren Familien in der Stadt, bis die Garnison Ende 1994 aufgegeben wurde.[9]
Anschließend blieben die Gebäude annähernd ein Jahrzehnt lang ungenutzt und verfielen zusehends. 2003 kaufte die benachbarte „DRK-Kinderklinik Siegen” das Gelände als Bauland für künftige Erweiterungen und ließ die ehemaligen Kasernenbauten abreißen.[10] Übrig blieben nur die beiden Pfeiler des Eingangstors sowie ein Kellergeschoss. Seit 2017 befindet sich am Ort des Durchgangslagers das „Bildungsinstitut für Gesundheitsberufe in Südwestfalen“ (BiGS), eine Ausbildungsstätte für das Pflegepersonal Siegener Krankenhäuser.

Erinnerungen an das Durchgangslager Wellersberg inner- und außerhalb der Region

Schon früh war das Lager auch Forschungsgegenstand. Bereits in Paul Wageners soziologischer Studie über die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Siegen von 1950

[5] Schreiben des Oberstadtdirektors der Stadt Siegen an den Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 8.12.1947, Stadtarchiv Siegen, E 917, in: Siebeneich/Stäsche: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, S. 163.
[6] Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Siegen an den Landgerichtspräsidenten vom 7.01.1950, Stadtarchiv Siegen, E 872, in: Siebeneich/Stäsche: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, S. 170f.
[7] Vgl. Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Helfen und Dienen. 10 Jahre Hauptdurchgangslager Siegen-Massen: Streiflichter aus dem Flüchtlingslager Siegen-Massen, Massen 1955.
[8] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landesstelle Unna-Massen. Ein starkes Stück Landesgeschichte, 2., überarb. Aufl., Düsseldorf 2010, S. 19.
[9] Zur Geschichte der belgischen Garnison in Siegen vgl. Herbert Bäumer: Von der Wehrmacht zur belgischen Garnison. Der Militärstandort Siegen in Wort und Bild. Dokumentation aus Anlass des Abrisses der Kasernengebäude, Siegen 2001; Wolfgang Drost: Vertrauen von Mensch zu Mensch herstellen. Die Garnisonsstadt Siegen und ihre militärische Tradition in: Siegener Beiträge 71 (1994), S. 63-70.
[10] Vgl. „Kasernen fallen noch in diesem Jahr“, in: Siegener Zeitung vom 24.01.2004.

spielte es eine wichtige Rolle.[11] Die erste rückblickende Bilanz zog 1955 eine Publikation des Arbeits- und Sozialministeriums mit dem Titel „Helfen und Dienen: 10 Jahre Hauptdurchgangslager Siegen-Massen“[12]. Wie schon der Titel erahnen lässt, legte diese den Schwerpunkt auf die Leistungen der Einrichtung.

Mit dem Umzug des Lagers und den Migrationsbewegungen der folgenden Jahrzehnte verschob sich der Fokus von Wissenschaft und Öffentlichkeit auf den neuen Standort in Unna-Massen. Die alteingesessenen Siegener*innen waren zunächst wohl kaum daran interessiert, die Erinnerung an das Lager zu bewahren. Möglicherweise traten die Bedeutung des Lagers und seine Verdienste hinter den Entbehrungen der Nachkriegsjahre, den Anstrengungen des Wiederaufbaus und die Scham über die Zeit des Nationalsozialismus zurück.[13] Zudem drohten die Konflikte um die Aufnahme der „Flüchtlinge“ in der vom Krieg schwer getroffenen Stadt und insbesondere die Ressentiments der einheimischen Bevölkerung ein schlechtes Licht auf die Stadtgesellschaft zu werfen. Die daraus resultierenden Fremdheits- und Ausgrenzungserfahrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit machten das Lager vermutlich auch für die ehemaligen Bewohner*innen zu einem ambivalenten Erinnerungsort. Ohnehin konzentrierten sich die regionalen Vertriebenenorganisationen sowie die Kulturarbeit in den ersten Nachkriegsjahrzehnten auf die „alte Heimat“ und die „gesamtdeutsche“ Agenda.

Sukzessive überlagerte die Nutzung der Kaserne durch das belgische Militär die Erinnerung an das Durchgangslager. Abseits der eigenen konflikthaften Vergangenheit erschien die Aufnahme und Integration der Vertriebenen der Stadtgesellschaft jedoch zunehmend als positive Leistung und als relevantes Erinnerungsobjekt. Dies zeigt nicht zuletzt die Benennung der Friedlandstraße in Hüttental nach dem 1945 eingerichteten niedersächsischen Durchgangslager im Februar 1968.[14]

Anders als im Siegerland wurde in Unna-Massen schon früh an das Lager auf dem Wellersberg erinnert. Für die Landesstelle war es ein wichtiger Bestandteil ihrer Geschichte und ihres Selbstverständnisses. In einer Jubiläumsausstellung Mitte der 1960er Jahre bezog sie sich aktiv darauf. Zwar ist die Präsentation aus Schildern und Stellwänden mit Plakaten, Bildern sowie Grafiken nicht erhalten, vorhandene Quellen zeigen jedoch ein Schild mit dem Titel „20 Jahre Durchgangswohnheim Siegen-Massen“[15]. Der Umzug von 1951 wurde demnach nicht als die Geburtsstunde der Einrichtung wahrgenommen. Stattdessen konstruierten die Verantwortlichen bewusst eine Kontinuitätslinie zur Gründung im Jahr 1945.

[11] Vgl. Wagener: Flüchtlinge im Siegerland.
[12] Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Helfen und Dienen.
[13] Vgl. Pfau: Flüchtlings- und Vertriebenenaufnahme in Westfalen, S. 1440.
[14] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Hüttental am 28.02.1968, Stadtarchiv Siegen, Best. 158, Nr. 337.
[15] Die Ausstellung selbst ist nicht erhalten, im Bestand des DOMiD existiert jedoch ein Foto davon. Landesstelle Unna-Massen, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., B 000704.

Für die Landesstelle blieb das Wellersberglager langfristig ein identitätsstiftender historischer Bezugspunkt. Die Ausstellung von 1965/66 oder zumindest Teile davon wurden mehrfach wiederverwendet und u. a. im Dokumentationszentrum der Einrichtung gezeigt. Dauerhaft verankert und öffentlich sichtbar wurde die Erinnerung an den früheren Standort in Unna-Massen allerdings erst 1994. Als im Zuge von Erweiterungen dort neue Straßennamen vergeben wurden, erhielt ein Platz auf dem Gelände seinen Namen.[16]
Im Siegerland wurden diese Erinnerungsimpulse zunächst nicht wahr- bzw. aufgenommen. Erst wenige Jahre vor dem Abriss der Kasernengebäude rückte das ehemalige Wellersberglager wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung. Eine Vorreiterrolle nahm dabei der BdV-Kreisverband ein. Am 15. und 16. August 1998 plante er „Tage der Erinnerung" an „die Leidenszeit der Flüchtlinge und Vertriebenen, die das Hauptdurchgangslager Siegen der britischen Militärregierung Arnsberg von Dezember 1945 bis Dezember 1951 passierten."[17] Während die Landesstelle Unna-Massen in ihrer Vorgängereinrichtung den Ausgangspunkt einer jahrzehntelangen Geschichte der Aufnahme und Fürsorge sah, betonte der BdV nun die traumatischen Erfahrungen der Zwangsmigrant*innen. Das Lager auf dem Wellersberg erschien so lediglich als eine Zwischenstation auf der „Flucht und Vertreibung". Eine naheliegende Erklärung für diese selektive Deutung ist die durch die wachsende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen ab den 1970er und 1980er Jahren ausgelöste Opferkonkurrenz. Die Vertriebenenorganisationen stellten den Opfern von Holocaust, Krieg und Gewaltherrschaft zunehmend das Leiden der deutschen Zivilbevölkerung gegenüber.[18] Ob die „Tage der Erinnerung" tatsächlich stattfanden, ist unklar. Die verfügbaren Quellen erwähnen keine entsprechende Veranstaltung um das geplante Datum herum. Auffällig ist jedoch, dass der BdV-Kreisverband sich danach weitgehend aus dem Erinnerungsdiskurs um das Lager zurückzog.
Das galt auch für die Debatte um den Abriss der Kasernengebäude, nachdem die neue Eigentümerin entsprechende Pläne im Januar 2004 bekanntgegeben hatte.[19] Hauptsächlich in den Leserbriefspalten der regionalen Zeitungen ausgetragen, kreiste diese vor allem um die militärische Nutzung des Geländes und insbesondere die Zeit der belgischen Garnison. Besonders kontrovers wurde diskutiert, wie mit der von dem Siegerländer Künstler Hermann Kuhmichel geschaffenen überlebensgroßen Soldatenstatue „Wächter aus Stein" zu verfahren sei. Während eine Zuschrift erklärte, „der für die Nazis in Auftragsarbeit geschaffene Wehrmachtssoldat" gehöre „in den Schredder"[20], sah die Mehrzahl der Autor*innen, darunter auch die Tochter des Künstlers, ihn als „Kameraden"[21],

[16] Vgl. Erinnerung an Gründungszeit. „Wellersbergplatz" in Massen: Straßenbenennung soll für Übersichtlichkeit des Landesstellengeländes sorgen, in: Hellweger Anzeiger vom 10.08.1994.
[17] Ob die Veranstaltung tatsächlich stattfand, ist unklar. Vgl. „Tage der Erinnerung", in: Siegerländer/Wittgensteiner Wochenanzeiger vom 1.07.1998.
[18] Vgl. Völkering: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration, S. 94f.
[19] Vgl. „Kasernen fallen noch in diesem Jahr", in: Siegener Zeitung vom 24.01.2004.
[20] Leserbrief „In den Schredder", Siegener Zeitung vom 3.02.2004.
[21] Leserbrief „‚Kameraden' erhalten", in: Siegener Zeitung vom 3.02.2004.

den es zu erhalten gelte.[22] Neuer Standort wurde schließlich die „Kreisehrengedenkstätte" für die ums Leben gekommenen und vermissten Soldaten beider Weltkriege im Siegener Stadtteil Gosenbach.

Die wenigen Zuschriften, welche auf die Nutzung der Kaserne als Durchgangslager eingingen, sahen diese übereinstimmend primär als Ort der Trauer und des Leidens. Ein Autor brachte diese Sicht auf den Punkt: „Noch erinnert nichts auf dem Wellersberg an die Elendszeit: Als die Not armer Menschen zum Himmel schrie."[23] Nachdem die Funktion der Kasernen als Durchgangslager in der von den Abrissplänen ausgehenden Diskussion eine nachgeordnete Rolle gespielt hatte, rückte sie vor allem durch die von Dieter Pfau und Heinrich Ulrich Seidel herausgegebene Publikation über die „Nachkriegszeit in Siegen 1945–1949" wieder stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Die darin einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemachten Quellen verwiesen einerseits auf die Leidenserfahrungen der Zwangsmigrant*innen, andererseits auf die Leistungen des Lagers.

Die regionalen Zeitungen nahmen den Impuls auf und stellten in ihrer Berichterstattung zunehmend die positiven Aspekte der Aufnahme und Betreuung heraus.[24] Die Siegener Zeitung beispielsweise veröffentlichte 2006 den Bericht eines Bürgers, der nach der Zwangsumsiedlung aus Schlesien selbst auf dem Wellersberg untergebracht war. Unter der Überschrift „Enormer Zusammenhalt" betonte der Artikel die Solidarität und wechselseitige Hilfsbereitschaft sowohl unter den Zwangsmigrant*innen als auch zwischen ihnen und der alteingesessenen Bevölkerung.[25]

Als das in der Stadtgesellschaft populärere Erinnerungsobjekt erwies sich hingegen die belgische Garnison. Wenngleich das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Soldaten sowie ihren Familien ambivalent gewesen war, setzte sich mit dem herannahenden Abzug eine idealisierte Deutung durch und schlug sich in Zeitungsüberschriften wie „Sie kamen als Besatzer und gehen als Freunde"[26] nieder. Dieses Narrativ ging später in das kulturelle Gedächtnis der Stadt ein.[27] Im September 2006 errichtete die Stadt auf dem Heidenberg eine „Den belgischen Soldaten und ihren Angehörigen, die von 1946 bis 1994 zum Schutz unserer Freiheit in Siegen stationiert waren"[28] gewidmete Erinnerungsstätte

[22] Vgl. Leserbriefe „‚Kameraden' erhalten" und „Nicht zu rechtfertigen", in: Siegener Zeitung vom 3.02.2003; „Nicht alles vernichten", in: Siegener Zeitung vom 5.02.2004.

[23] Leserbrief „Teil der Geschichte", in: Siegener Zeitung vom 3.02.2004. Der Autor gab sich als „vertriebener Schlesier" zu erkennen.

[24] Vgl. Erinnern an die Flüchtlinge. Hans-Joachim Reimann kam als 15-jähriger in die Wellersbergkaserne – „Enormer Zusammenhalt", in: Westfälische Rundschau vom 25.07.2006; Nachkriegsjahre auf dem Siegener Wellersberg, in: Siegener Zeitung vom 9.06.2012.

[25] Vgl. Erinnern an die Flüchtlinge. Hans-Joachim Reimann kam als 15-jähriger in die Wellersbergkaserne - „Enormer Zusammenhalt", in: Westfälische Rundschau vom 25.07.2006.

[26] „Sie kamen als Besatzer und gehen als Freunde.", in: Siegener Zeitung vom 25.02.1994. Die Wahrnehmung und Darstellung der belgischen Garnison in Siegen hat Christian Henrich-Franke anhand der lokalen Presseberichterstattung untersucht. Vgl. Henrich-Franke: Mediale (Re-)Präsentationen: Die belgische Garnison in Siegen im Spiegel der Lokalpresse.

[27] Die Epoche der Belgier in Siegen. Besatzer wurden zu Freunden, in: Siegener Zeitung vom 21.12.2021.

[28] So die Inschrift der Tafel. Die Erinnerungsstätte befindet sich an der Heidenbergstraße 1, 57072 Siegen.

mit einer Gedenktafel. Fortan konzentrierte sich die öffentliche Erinnerung an die belgische Garnison auf den Heidenberg, während der Wellersberg immer stärker als Standort des Hauptdurchgangslagers ins Bewusstsein rückte.

Nach dem Abriss der Kaserne wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, deren ehemaligen Standort wieder kenntlich zu machen und auf die historische Bedeutung des Lagers hinzuweisen. Beispielsweise forderte der 2006 in der Siegener Zeitung interviewte Bürger, dieses müsse als Erinnerungsort „einen angemessenen Platz im Siegener Stadtbild" erhalten und argumentierte: „Zumindest eine Erinnerungstafel müsste möglich sein."[29] Es dauerte jedoch noch einige Jahre, bis die kommunale Politik die Idee aufgriff. Als wesentliche Exponentin des Vorhabens erwies sich von Anfang an die Stadtverordnete Traute Fries (SPD), die sich sowohl im städtischen Kulturausschuss als auch gegenüber der neuen Eigentümerin des Geländes für die Erinnerung an das Durchgangslager einsetzte. Rückblickend begründet sie ihr Engagement mit dem Wunsch, der dort aufgenommenen Menschen zu gedenken.[30] Darüber hinaus sah sie sich in der Nachfolge ihres Vaters, der in der Nachkriegszeit als Amtsinspektor in Weidenau mit der Unterbringung und Integration von Zwangsmigrant*innen betraut war.[31]

Das Lager auf dem Wellersberg als Ort der Sicherheit, der Hilfe und des Neuanfangs. Initiative für eine Gedenktafel

Auf Fries' Initiative hin schlug die SPD-Stadtratsfraktion im Oktober 2011 im städtischen Kulturausschuss vor, auf dem Wellersberg eine Gedenktafel zu errichten.[32] Gedenktafeln sind eine der gängigsten Erscheinungsformen von Erinnerungskultur. Häufig markieren sie die Geburts- oder Wohnhäuser herausragender Persönlichkeiten oder historisch bedeutsame Bauwerke, Arbeitsstätten oder öffentliche Plätze. Sie lassen sich in der Wirkungsweise und Gestaltung zwischen Denkmälern und Straßenschildern mit historisch konnotierten Namen einordnen. Ähnlich wie erstere werden sie gezielt eingesetzt, um Deutungen von Geschichte im öffentlichen Raum festzuschreiben und zu verbreiten. Mit letzteren haben sie zumeist die schmucklose Gestaltung gemeinsam, wodurch ihre ästhetische Wirkung in der Regel nur gering ist. Umso wichtiger ist die Inschrift, welche die intendierte Botschaft möglichst konzis und verständlich vermitteln muss.[33] Unter pragmatischen Gesichtspunkten bieten Gedenktafeln sich vor allem dort an, wo hohe Kosten,

[29] Erinnern an die Flüchtlinge, in: Westfälische Rundschau vom 25.07.2006.
[30] Interview mit Traute Fries am 17.01.2018.
[31] Vgl. Traute Fries: Wilhelm Fries aus Weidenau. Ein beispielhaftes Leben im 20. Jahrhundert, Siegen 2007.
[32] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 24.11.2011, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024).
[33] Gedenktafeln werden aufgrund ihrer meist schlichten Gestaltung gemeinhin nicht zu den Denkmälern gezählt. Eine Ausnahme bilden aufwendig graphisch oder plastisch gestaltete Tafeln. Vgl. Schmid: Denkmäler als Zeugnisse der Geschichtskultur, S. 53; Klaus Bergmann: Gegenwarts- und Zukunftsbezug, in: Ulrich Mayer/Hans-Jürgen Pandel/Gerhard Schneider (Hg.): Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2011, S. 91-112, hier S. 96.

Standortfragen oder Debatten um das Erinnerungsobjekt eine Denkmalssetzung verhindern.

Diese Faktoren spielten auch für die geplante Errichtung am Wellersberg eine wichtige Rolle. Der zuständige Kulturausschuss stimmte am 24. November zwar geschlossen für den Antrag der SPD, hielt jedoch als Voraussetzungen fest, „dass die Finanzierung sichergestellt und ein öffentlichkeitswirksamer Standort gefunden wird sowie eine Abstimmung über den inhaltlichen Text mit dem Kulturausschuss stattgefunden hat."[34] Die Suche nach einem geeigneten Standort konzentrierte sich rasch auf die Pfeiler des Eingangstors. Zum einen waren sie neben dem Kellergeschoss der letzte Überrest der Kaserne, zum anderen musste das Tor von allen dort Untergebrachten durchschritten werden und erschien den Verantwortlichen deshalb als besonders geeignet, um die historische Erinnerung an das Lager zu verorten. In seiner Sitzung am 2. Oktober 2012 legte der städtische Kulturausschuss sich auf den ehemaligen Haupteingang als Standort fest.[35] Für Kritik sorgte jedoch die Bitte der DRK-Kinderklinik, vor einer Montage anstehende Bauarbeiten abzuwarten.[36] Traute Fries forderte, die Tafel solle schnellstmöglich angebracht werden. Im Bedarfsfall ließe sie sich leicht wieder entfernen.[37] Bei der gleichen Sitzung beschloss der Ausschuss zudem die folgende, in Zusammenarbeit mit dem Siegener Stadtarchiv erarbeitete Inschrift:

„HIER BEFAND SICH DAS EINGANGSTOR
DER 1934/35 ERRICHTETEN
„HERZOG-FERDINAND-KASERNE",
IM VOLKSMUND „WELLERSBERG-KASERNE" GENANNT.
AUF BESCHLUSS DER BRITISCHEN MILITÄRREGIERUNG
WURDE 1945 IN DIESEN GEBÄUDEN DAS
HAUPTDURCHGANGSLAGER SIEGEN
ZUR AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN UND
VERTRIEBENEN AUS DEN OSTGEBIETEN DES
EHEMALIGEN DEUTSCHEN REICHES ERRICHTET.
BIS NOVEMBER 1951 WAR DAS LAGER FÜR
ÜBER 309.000 PERSONEN NACH DEM
VERLUST IHRER HEIMAT ERSTE ZUFLUCHT."[38]

Sie deutete das Lager als Ort der Sicherheit, der Hilfe und des Neuanfangs. Mit der Ankunft auf dem Wellersberg endeten demnach für die Zwangsmigrant*innen „Flucht und

[34] Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 24.11.2011.
[35] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 2.10.2012, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024).
[36] Vgl. Schreiben der Geschäftsführung der DRK-Kinderklinik vom 7.09.2012, in: Gedenktafel zum Durchgangslager Wellersberg, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (8.10.2012), URL: https://www.siwiarchiv.de/gedenktafel-wellersberg/ (Stand: 20.07.2024).
[37] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 2.10.2012.
[38] Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 2.10.2012.

Vertreibung“ und die Integration in der „neuen Heimat“ begann. Die spätere Nutzung durch die belgische Garnison wurde nicht erwähnt. In der Hoffnung, die Gedenktafel zeitnah montieren zu können, wurde eine Glocken- und Kunstgießerei beauftragt, eine 680x350mm große Gedenktafel anzufertigen. Erst als diese bereits fertiggestellt war, fiel jedoch eine inhaltliche Ungenauigkeit im Text auf. Völkerrechtlich war die Formulierung „ehemaligen Deutsches Reiches“ nicht ganz zutreffend. In seinen Urteilen von 1973 und 1975 zum Grundlagenvertrag mit der DDR und den Ostverträgen hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen war. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden zwar die Grenzen Deutschlands endgültig festgelegt, die Frage nach der Existenz des Deutschen Reiches blieb jedoch ausgespart.[39]

Selbst ohne diesen Fehler hätte die Tafel jedoch nicht aufgehängt werden können, da die Bauarbeiten der DRK-Kinderklinik nicht vorankamen. Überdies stellte sich 2015 heraus, dass die erhaltenen Torpfeiler in schlechtem Zustand waren und zunächst saniert werden mussten. „Erst wenn die sichere Aufhängung gewährleistet“[40] sei, so Stadtbaurat Michael Stojan gegenüber der Westfalenpost, könne die Tafel angebracht werden. Die Kosten wurden auf 4 000 Euro geschätzt. Da die Stadtverwaltung es jedoch ablehnte, in die Sanierung eines Gebäudes zu investieren, welches ihr nicht gehörte, und der Kinderklinik ebenfalls keine Kosten entstehen sollten, wurde eine Finanzierung durch Spenden ins Auge gefasst.[41]

Mit den Planungen zur Errichtung des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe in Südwestfalen zeichnete sich 2016 eine Lösung ab. Die Kinderklinik kündigte an, das Tor im Rahmen des Neubaus instand zu setzen und anschließend die Tafel anzubringen.[42] Beim festlichen Beginn der Bauarbeiten im Mai 2017 gab Siegens Bürgermeister Steffen Mues (CDU) das Vorhaben öffentlichkeitswirksam bekannt.[43]

Kurz darauf wurde die historische Bedeutung des Ortes durch ein Gutachten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe auch offiziell bestätigt. Der verantwortliche Referent in der Stelle für Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen bescheinigte den Pfeilern einen „hohen symbolischen Wert im Sinn einer Gedenkstätte“, da das Tor von den im Lager Aufgenommenen zunächst im Zustand des Leids und der Erschöpfung durchschritten, dann aber „mit neuer Hoffnung“ abermals durchquert worden sei. Basierend darauf beurteilte er die Torpfeiler als „denkmalwert“ und empfahl die „Erhaltung und Nutzung […], weil die Torpfeiler der Erinnerung, Erforschung und Mahnung einen

[39] Vgl. Matthias Stickler: Bundesrepublik Deutschland; Jens Boysen: Deutschland / Deutsches Reich, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (5.10.2020), URL: omelexikon.uni-oldenburg.de/p32614 (Stand: 20.07.2024).

[40] Hängepartie am Wellersberg, in: Westfalenpost vom 17.09.2015.

[41] Vgl. ebd.

[42] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 22.11.2016, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024).

[43] Vgl. Spatenstich zum Bildungsinstitut für Gesundheitsberufe in Südwestfalen, in: Siegerlandkurier vom 5.05.2017, URL: https://www.siegerlandkurier.de/siegen/startschuss-bildungsinstitut-gesundheitsberufe-suedwestfalen-bigs-gefallen-8260114.html (Stand: 27.12.2018).

materiell verorteten Anlass geben."[44] Die Torpfeiler wurden daraufhin in das städtische Denkmalverzeichnis aufgenommen.[45] Das zitierte Gutachten wertete das ehemalige Eingangstor vom erinnerungsträchtigen Symbol zum historisch bedeutsamen Ort auf. Zugleich nahm es die Deutung des Lagers als Ort der Sicherheit und Hilfe sowie des Neuanfangs auf und schrieb diese offiziell fest. Die von Dieter Pfau, Heinrich Ulrich Seidel sowie ihren Mitautorinnen und -autoren ausführlich dokumentierten Probleme wurden demgegenüber ausgeblendet. Seit den vom BdV geplanten „Tagen der Erinnerung" hatte sich die Sicht auf das Lager somit um 180° gedreht, war jedoch ebenso einseitig und selektiv wie knapp zwei Jahrzehnte zuvor.

Während das Verfahren zur Feststellung der Denkmalseigenschaft und nachfolgend der Unterschutzstellung schließlich erfolgreich abgeschlossen wurde, stagnierte die Initiative für die Gedenktafel weiterhin. Nach Steffen Mues' Ankündigung beim Baubeginn spielte die Vergangenheit des Geländes als Durchgangslager bei der Eröffnung des Bildungszentrums im Februar 2019 keine Rolle mehr. Ein letzter Anlauf von Traute Fries im Februar 2021, die vorhandene Tafel am Eingangstor anbringen zu lassen, blieb ebenfalls ergebnislos.[46]

Ein neuer Impuls könnte zukünftig erneut von Unna-Massen ausgehen. Nach ihrer Schließung im Jahr 2009 wurde die Landesstelle als möglicher „Erinnerungsort für die Zukunft"[47] diskutiert. In diesem Zusammenhang dürfte zukünftig auch das Hauptdurchgangslager auf dem Wellersberg erneut an Bedeutung gewinnen.

[44] Unterschutzstellungsverfahren nach DSchG NRW, Objekt: Torpfeiler, Nähe Saarbrücker Straße 20 von Dr. Hans Hanke vom 17.05.2017, © Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen.

[45] Im städtischen Denkmalverzeichnis erhielt es die Nummer A.232. Vgl. Universitätsstadt Siegen (Hg.): Denkmalverzeichnis der Universitätsstadt Siegen (2022), URL: https://www.siegen.de/fileadmin/cms/ols-formulare/DenkmalverzeichnisStadtSiegen.pdf (Stand: 5.02.2022).

[46] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 23.02.2021, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024).

[47] VAS. Das Vertriebenen-, Aussiedler- und Spätaussiedlerjournal in NRW 1/2021, S. 38. Eine Führungsrolle kommt dabei dem überparteilichen „Förderverein zur Errichtung einer Vertreibungs-Erinnerungs-Stätte Unna-Massen e. V." zu.

3.5 „Vergesst nicht die Flüchtlinge dieser Welt“. Erinnerungskulturelle Debatten um das „Ostdeutsche Mahnmal“

Der sich wandelnde Diskurs über die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ ergriff nach der Jahrtausendwende zunehmend die Vertriebenendenkmäler. Am Beispiel mehrerer Städte in Westfalen, darunter auch Siegen, hat Stephan Scholz gezeigt, wie diese Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum daraufhin umgedeutet, verändert, ersetzt oder schlicht demontiert wurden.[1] Nachdem eine studentische Untersuchung erstmals Zweifel geäußert hatte, ob das „Ostdeutsche Mahnmal“ im Park des Oberen Schlosses noch zeitgemäß und für die breite Bevölkerung verständlich sei, entspann sich 2014 eine Kontroverse, die zunächst auf einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung und anschließend über mehrere Wochen hinweg öffentlich ausgetragen wurde. Es handelte sich seit der Wiedervereinigung um die größte und am schärfsten geführte erinnerungskulturelle Debatte in der Region im Zusammenhang mit „Flucht und Vertreibung“.

„Welcher Osten ist gemeint?“ Die Diskussionsveranstaltung im Januar 2014

Auslöser war eine Seminararbeit von vier Studentinnen der Universität Siegen. Die Medienwissenschaftlerinnen argumentierten, die Denkmalsinschrift „VERGESST NICHT DEN DEUTSCHEN OSTEN“ sei nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen überholt und werde insbesondere von jungen Menschen nicht mehr oder falsch verstanden. Die Stadt Siegen solle die Botschaft des Denkmals daher mit einer Texttafel erklären und sich öffentlich dazu positionieren.[2] Diese Kritik griffen die Siegener Volkshochschule, das Stadtarchiv, die Geschichtswerkstatt Siegen e. V. und der Siegerländer Heimat- und Geschichtsverein e. V. in ihrer Vortragsreihe „Forum Siegen“ auf und planten gemeinsam mit dem Aktiven Museum Südwestfalen in Siegen eine Diskussionsveranstaltung dazu.[3] Diese sollte am 30. Januar 2014 im Stadtarchiv stattfinden. Als Referenten wurden der Kölner Historiker Hans Hesse und der Crailsheimer Künstler Ralf Witthaus eingeladen. Ersterer sollte das Denkmal als Experte für Fragen der Erinnerungskultur geschichtswissenschaftlich einordnen.[4] Letzterem ging es um den künstlerischen, ästhetischen Zugang. Ihn hatten die Veranstalter*innen um Vorschläge gebeten, „wie ein Flüchtlingsdenkmal heute aussehen könnte“[5].

---

[1] Vgl. Scholz: Gesten der Anerkennung oder Instrumente der Geschichtspolitik?

[2] Vgl. Vasiliki Gatsas/Maike Schmillen/Nina Stüttem/Luisa Tunuely: In welchen politischen sowie historischen Kontext kann das Ostmahnmal in Siegen eingeordnet werden und wie kann eine Fehldeutung dessen vermieden werden?, Studentische Hausarbeit im Fach Mediengeschichte, Universität Siegen 2013.

[3] Vgl. Ankündigung zum Vortrag „‚Vergesst nicht die Flüchtlinge dieser Welt‘ – Möglichkeiten und Grenzen einer Transformation des Denkmals „Deutscher Osten“ in ein Flüchtlingsdenkmal?´“, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (24.01.2014), URL: http://www.siwiarchiv.de/vortrag-vergesst-nicht-die-fluechtlinge-dieser-welt/ (Stand: 21.07.2024).

[4] Vgl. Hans Hesse/Elke Purpus: Monuments and Commemorative Sites for German Expellees, in: Bill Niven/Chloe Paver (Hg.): Memorialization in Germany since 1945, Basingstoke 2010, S. 48–57.

[5] Ankündigung zum Vortrag „‚Vergesst nicht die Flüchtlinge dieser Welt‘ – Möglichkeiten und Grenzen einer Transformation des Denkmals „Deutscher Osten“ in ein Flüchtlingsdenkmal?´“

Die Veranstaltung wurde etwa einen Monat im Voraus öffentlich angekündigt. Die Pressemitteilung griff die zentrale These der studentischen Arbeit auf und problematisierte das „Ostdeutsche Mahnmal" als „eines der vielen [Vertriebenendenkmäler], deren Symbolik und […] deren Inschrift mitunter falsche Assoziationen wecken oder/und nicht mehr verstanden werden" und fragte weiter: „Welcher Osten ist gemeint? Die ehemalige DDR?"[6] Zusätzlich griffen auch die lokalen Medien das Thema auf. Als entscheidend für die weitere Debatte über das Denkmal erwies sich die Berichterstattung der Siegener Zeitung am Vortag der Veranstaltung. Diese erweckte mit der Überschrift „Denkmal soll verändert werden"[7] einen falschen Eindruck vom Ziel der Veranstaltung und deren möglichen Folgen. Der fragliche Artikel übernahm zwar große Teile der Ankündigung wortgleich, stellte aber mit einem ebenso irreführenden wie polemischen Kommentar die Beteiligten und ihre Intentionen ins Abseits: „Die Idee, die dahinter steht, ist, das Denkmal, welches an die schweren und brutalsten Leiden der Flüchtlinge aus den Ostgebieten bis jetzt erinnert, zu einem Denkmal unter dem Leitspruch ‚Vergesst nicht die Flüchtlinge dieser Welt' umzutransformieren, wie es schön heißt."[8] Ferner enthielt der Artikel eine entrüstete Stellungnahme des BdV-Kreisvorsitzenden Hans Heinrich Thomas: „Ich bin ziemlich empört und finde es sehr unanständig, dass die Veranstalter – ohne mit uns einmal zu sprechen – jetzt das Denkmal für eine andere Darstellung öffnen wollen!" Noch ehe Hesse und Witthaus ihre Ideen und Vorschläge zu dem „Ostdeutschen Mahnmal" überhaupt präsentiert hatten, waren die Konfliktlinien somit bereits festgelegt. Dass die Referenten und das Forum Siegen eine Veränderung des Denkmals ohnehin weder beschließen noch durchsetzen konnten, spielte in der weiteren Auseinandersetzung keine Rolle.

Dies zeigte sich auch bei der Veranstaltung selbst am Abend des 30. Januar 2014, einem Donnerstag. Vor Beginn kursierte ein als offener Brief an die Veranstalter und Referenten formuliertes Flugblatt mit „Anmerkungen zum Bericht in der Siegener Zeitung". Verfasser und Unterzeichner war Wilhelm Böcking, Mitglied und späterer Vorsitzender des BdV-Kreisverbandes. In der von zahlreichen persönlichen Anschuldigungen und Angriffen, insbesondere gegen Hesse und Witthaus, geprägten Schrift erregte Böcking sich über die vermeintliche „Idee […] zur Umwidmung des Mahnmals für die heimatvertriebenen Deutschen", zeige diese doch „den langen Arm der Vertreiberstaaten Polen u. Tschechien, ihre Verbrechen des Völkermordes an uns zu leugnen"[9].

Vor dem Hintergrund dieser Polemik erwarteten nun große Teile des Publikums, darunter zahlreiche Vertriebene, die Vorträge der Referenten und die anschließende Diskussion. Den Anfang machte Hans Hesse. Er erläuterte zunächst anhand mehrerer Beispiele,

[6] Ebd.
[7] Denkmal soll verändert werden, in: Siegener Zeitung vom 29.01.2014.
[8] Ebd.
[9] Flugblatt „Anmerkungen zum Bericht in der Siegener Zeitung", zit. nach: Webseite von Hans Hesse (undatiert), URL: http://www.hans-hesse.de (Stand: 21.07.2024). Der vollständige Originaltext liegt dem Verfasser vor.

wie Denkmäler seit ihrer Errichtung verändert und an jüngere politische und gesellschaftliche Entwicklungen angepasst worden waren, riet jedoch, die Stele im Schlosspark lediglich durch eine erläuternde Texttafel zu ergänzen.[10] Als passenden Zeitpunkt für die Erweiterung empfahl er den fünfzigsten Jahrestag der Einweihung im Jahr 2018.
Während Hesse das Denkmal auf diese Weise historisieren und kontextualisieren wollte, schlug Witthaus wie im Veranstaltungstitel angedeutet vor, es in eine größere Erinnerungslandschaft für alle Siegener (Zwangs-)Migrant*innen einzubetten. Möglicherweise trug zu seinem Konzept auch die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung vom Juni 2013 bei, der Opfer von „Flucht und Vertreibung" künftig am Weltflüchtlingstag, dem 20. Juni, zu gedenken.[11] Witthaus regte weiter an, die Erinnerungen von Bürger*innen mit Flucht- oder Migrationserfahrung an andere Menschen mit Rasenmäher und Sense in einem Wiesenstück in Blickweite des Denkmals festzuhalten. Das „Ostdeutsche Mahnmal" sollte durch diese wechselnden, in den Rasen geschnittenen Erinnerungsbotschaften wie „Agnes denkt an Heinrich" oder „Maria denkt an Jakob"[12] einen Gegenwartsbezug erhalten, selbst jedoch unverändert bleiben.[13]
Obwohl sich keiner der beiden Referenten für die von der Siegener Zeitung behauptete und von Thomas und Böcking so vehement abgelehnte Veränderung des Denkmals aussprach, endete die Veranstaltung in einem Eklat. Nachdem bereits die Vorträge durch Zwischenrufe gestört worden waren, scheiterte der anschließend geplante Austausch über die Vorschläge der Referenten an der Fundamentalopposition des Großteils der erschienenen BdV-Mitglieder und Zwangsmigrant*innen.[14] Die Wut richtete sich allerdings nicht nur gegen Hesse und Witthaus, auch das „Forum Siegen" wurde angegriffen. Klaus Merklein vom Aktiven Museum Südwestfalen betonte zwar: „Unsere Motivation war nie, das Denkmal zu schleifen"[15], konnte das Publikum jedoch ebenfalls nicht beruhigen. Ein konstruktives Gespräch kam unter diesen Bedingungen nicht zustande. Die Diskussion endete ergebnislos.

Kontroverse im Nachgang

War die Veranstaltung selbst bereits kontrovers, so wurde sie von der folgenden öffentlichen Debatte in der Siegener Zeitung und im Internet noch übertroffen. In den Tagen und Wochen nach der Veranstaltung entlud sich in der Leserbriefspalte der Zeitung ein

[10] Vgl. Denkmal nicht mehr zeitgemäß?, in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014.
[11] Die im September 2013 gewählte Große Koalition hielt daran fest und beschloss am 27. August 2014, den Weltflüchtlingstag zum nationalen „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" zu erweitern. 2015 fand die erste nationale Gedenkveranstaltung in Berlin statt. Vgl. Scholz: Gedenktage.
[12] Denkmal nicht mehr zeitgemäß?, in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014.
[13] Vgl. Denkmal-Diskussion in Siegen, in: Westfälische Rundschau vom 31.01.2014.
[14] Die Siegener Zeitung etwa dokumentierte den Ruf „Wir denken an Schlesien!" als Reaktion auf die von Witthaus vorgeschlagenen Erinnerungsbotschaften. Vgl. Denkmal nicht mehr zeitgemäß?, in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014. Hans Hesse berichtete auf seiner Website gar von Zwischenrufen mit „rechtsextremistischen und/oder menschenverachtenden Inhalten". Vgl. Webseite von Hans Hesse (undatiert), URL: http://www.hans-hesse.de (Stand: 21.07.2024).
[15] Denkmal nicht mehr zeitgemäß?, in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014.

Sturm der Entrüstung. Zahlreiche Verfasserinnen und Verfasser gaben sich als Opfer von „Flucht und Vertreibung“ bzw. deren Nachkommen zu erkennen und argumentierten emotional bis polemisch gegen jedwede Veränderung des Denkmals. Dabei bezogen sich die in Tenor und Argumentationsmuster gleichförmigen Zuschriften jedoch offenkundig nicht auf die Vorträge und Diskussion im „Forum Siegen“, sondern auf die vorangegangene Berichterstattung. Die Prämisse, das Denkmal werde nicht mehr verstanden und müsse deshalb neu erklärt werden, wurde, wenn auch aus unterschiedlichsten Gründen, einhellig abgelehnt. Während eine Zuschrift das bereits auf der Diskussionsveranstaltung vorgebrachte Argument: „Wenn es die Jugend nicht versteht, ist es ein Versäumnis vom Schulsystem“[16] wiederholte, gestand eine zweite die Verständnisprobleme zwar ein, sah darin jedoch erst recht einen Grund, das „Ostdeutsche Mahnmal“ unverändert bestehen zu lassen.[17] Ein dritter Autor wiederum schrieb der Inschrift eine neue, aktualisierte Bedeutung zu und interpretierte sie um als Aufruf, sämtlicher Opfer des Zweiten Weltkriegs sowie der Integrationsleistung der deutschen Gesellschaft zu gedenken.[18] Zu Beschwerden über eine allgemeine „Geschichtslosigkeit“[19] kam Kritik sowohl am Forum Siegen als auch an Hans Hesse. Zahlreiche Briefe sprachen den Verantwortlichen sowie dem Referenten die Expertise und Berechtigung ab, sich überhaupt mit dem Denkmal zu befassen.[20] Mitunter mischte sich in derartige Vorwürfe gar der Verdacht, es gehe darum, den „deutschen Osten“ und „Flucht und Vertreibung“ aus dem kollektiven Gedächtnis zu tilgen: „Geht es im Endeffekt vielleicht gar nicht um Denkmäler für Flüchtlinge, sondern darum, dass sich knapp 70 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von Hitler-Deutschland immer weniger Menschen hierzulande daran erinnern sollen, dass weite Gebiete östlich von Oder/Neiße viele Jahrhunderte von Deutschen besiedelt waren?“[21]
Schließlich verurteilten zahlreiche Leserzuschriften die vermeintliche Absicht, das Denkmal zu verändern, als rücksichtslos oder sogar feindseliges „Herumtrampeln auf den Gefühlen der Vertriebenen und ihrer Nachfahren“[22]. Besonderen Unmut allerdings löste die

[16] Leserbrief „Denkmal muss bleiben“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 26.02.2014. Bereits auf der Veranstaltung hatten die Vertriebenen argumentiert: „wenn die junge Generation die Inschrift nicht mehr verstehe, müsse man nicht die Inschrift ändern, sondern die Schulbildung.“. Denkmal nicht mehr zeitgemäß?, in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014.
[17] Vgl. Leserbrief „Selbstredend“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 7.02.2014.
[18] Vgl. Leserbrief „Ein Schlag ins Gesicht“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014.
[19] Leserbrief „Was sagt die Politik?“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 5.02.2014; Leserbrief „Ein Schlag ins Gesicht“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014; Leserbrief „Rote Karte“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 10.02.2014.
[20] Leserbrief „Ein Schlag ins Gesicht“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014.
[21] Leserbrief „Leidgeschichte“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 7.02.2014.
[22] Leserbrief „Ein Schlag ins Gesicht“ zum Bericht „Idee ist sehr unanständig“ (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 30.01.2014.

Assoziation der Vertriebenen mit den Flüchtlingen der Gegenwart und jüngeren Vergangenheit aus. Diese wurde wechselhaft als sachlich unangemessen („Hier werden ganz offenkundig Äpfel mit Birnen verwechselt."[23]) oder beleidigend („Den Begriff Flüchtling und Vertriebener in einen Topf zu werfen, ist daher mehr als verwerflich, und stellt daher einen Schlag ins Gesicht des jeweils Betroffenen dar."[24]) verurteilt. Es liegt nahe, in der empfindlichen Reaktion auf die Bezeichnung „Flüchtling" eine Spätfolge der Fremdheits- und Diskriminierungserfahrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu sehen. In ihrem Bestreben, sich von anderen Migrant*innen abzusetzen und das eigene Schicksal als einzigartig zu markieren, verkannten die Autorinnen und Autoren allerdings die Realitäten der Zwangsmigration im 21. Jahrhundert: „Wir wurden vertrieben, die heute kommen, verlassen ihre Heimat freiwillig."[25] Schließlich erklärten mehrere Zuschriften das Denkmal ob seiner historischen Bedeutung für sakrosankt oder sprachen gar von einer drohenden „Entweihung"[26]. Indem sie ausschließlich Stimmen gegen eine Veränderung oder Kontextualisierung des Denkmals veröffentlichte, bezog die Siegener Zeitung in der Debatte indirekt Stellung.

Hans Hesse reagierte mit Beiträgen auf seiner Website sowie bei Facebook. Darin kritisierte er die irreführende Presseberichterstattung als „profundes Missinformieren"[27] und gab ihr die Verantwortung für die Flut an Leserbriefen sowie die gescheiterte Veranstaltung. Eine „zweifelsohne notwendige Diskussion, die es nicht nur in Siegen gibt, sondern in vielen Städten der Bundesrepublik" habe die Zeitung „von Anfang an verhindert."[28].

Eine nachträgliche Reaktion des „Forums Siegen" gab es nicht. In seiner im gleichen Jahr erschienenen „Dokumentation zur politischen Erinnerungskultur im öffentlichen Raum" in Siegen hielt der Mitveranstalter Klaus Merklein vom Aktiven Museum Südwestfalen jedoch an der ursprünglichen Kritik fest: „Durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen und endgültiger Gebietsabtretungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung hat das Denkmal seine ursprüngliche Funktion verloren. Eine deutende Texterklärung ist vonnöten."[29] Damit schien der Denkmalstreit zunächst beendet. Beinahe zwei Jahre nach dessen Beginn geriet das „Ostdeutsche Mahnmal" jedoch erneut in die Schlagzeilen.

---

[23] Ebd.

[24] Leserbrief „Was sagt die Politik?" zum Bericht „Idee ist sehr unanständig" (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 5.02.2014.

[25] Leserbrief „Niemand kann so fühlen" zum Bericht „Idee ist sehr unanständig" (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 26.02.2014.

[26] Leserbrief „Was sagt die Politik?" zum Bericht „Idee ist sehr unanständig" (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 5.02.2014. Vgl. auch: Leserbrief „Denkmal muss bleiben" zum Bericht „Idee ist sehr unanständig" (Siegener Zeitung vom 29.01.2014), in: Siegener Zeitung vom 26.02.2014. Dort heißt es: „Das Mahnmal gehört zur deutschen Geschichte und muss bleiben!"

[27] Webseite von Hans Hesse (undatiert), URL: http://www.hans-hesse.de (Stand: 21.07.2024).

[28] Hans Hesse: Facebook-Eintrag vom 6.02.2014: https://www.facebook.com/hans.hesse.75 (Stand: 26.09.2022).

[29] Merklein: Denkmäler in Siegen, S. 37.

Temporäre Umwidmung des Denkmals

Unter dem Eindruck der beginnenden Migrationskrise in Europa seit 2015, im Zuge derer etwa 1,4 Millionen Menschen vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in die Bundesrepublik kamen, setzten unbekannte Dritte um, was den Referenten und Veranstaltern des Forums Siegen fälschlicherweise unterstellt worden war.[30] In der Nacht zum 26. Oktober 2015 überklebten sie die Inschrift des „Ostdeutschen Mahnmals", sodass dort nun „VERGESST NICHT / DIE TOTEN AN DEN / EU-AUßENGRENZEN" zu lesen war. Ein darunter angebrachter Zettel ergänzte einige Opferzahlen und erhob die Forderung: „STOPPT DAS STERBEN AN DEN EU-AUßENGRENZEN!!!!" Zudem hing an einem Geländer in der Nähe ein Banner mit dem Text „NIEMAND FLIEHT OHNE GRUND!". Obwohl diese Veränderung leicht reversibel und das Denkmal nicht beschädigt war, leitete der Staatsschutz Ermittlungen ein.[31] Zwar konnten die Verantwortlichen letztlich nicht ermittelt werden, doch positionierte sich die „Arbeitsgemeinschaft Geflüchtetenhilfe Siegen" auf ihrer Facebook-Seite zu der Aktion: „Das nationalistische und geschichtsverfälschende Denkmal im Siegener Schlosspark hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Deshalb haben Unbekannte es umgewidmet! – Das finden wir gut! STOPPT DAS STERBEN AN DEN EU-AUßENGRENZEN!! GEGEN DIE ERNEUTE ASYLRECHTSVERSCHÄRFUNG!!!"[32]

Nimmt man an, dass die Verantwortlichen die Position der Arbeitsgemeinschaft teilten oder ihr gar angehörten, so richtete die Aktion sich ebenso sehr gegen das „Ostdeutsche Mahnmal" selbst, wie gegen die europäische Migrationspolitik.[33] Ihrem selbst erklärten Zweck wurde sie jedoch kaum gerecht. Zum einen delegitimierten die Umsetzung sowie das Statement der Arbeitsgemeinschaft die „Umwidmung" nach außen und ließen sie als gezielte Provokation bzw., wie Stephan Scholz treffend formuliert hat, „politische Nacht-und-Nebel-Aktion"[34] erscheinen, zum anderen regte die gewählte Form kaum zum Gedenken an die „Toten an den EU-Außengrenzen" an. Letztlich suggerierte die Intervention gar, die kollektive Erinnerung sei ein Nullsummenspiel und das Gedenken an eine Opfergruppe nur auf Kosten der anderen möglich, denn der neu angebrachte Appell verdeckte die originale Inschrift und machte sie unsichtbar. Die Vertriebenen konnten sich

[30] Vgl. Ulrich Herbert/Jakob Schönhagen: Vor dem 5. September. Die „Flüchtlingskrise" 2015 im historischen Kontext, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-32/2020, S. 27-36, hier S. 28.

[31] Vgl. Staatsschutz hat Ermittlungen aufgenommen. Siegener Denkmal überklebt, in: Siegener Zeitung vom 28.10.2015.

[32] Beitrag auf der Facebook-Seite AG Geflüchtetenhilfe Siegen vom 26.10.2015, URL: https://www.facebook.com/AG-Gefl%C3%BCchtetenhilfe-Siegen-1454872251471940/photos/pcb.1510097822616049/1510097302616101 (Stand: 3.10.2022).

[33] Hierauf deutet neben Überschneidungen zwischen dem Facebook-Beitrag und dem Zettel unterhalb des veränderten Appells auch das Banner hin.

[34] Stephan Scholz – Gesten der Anerkennung oder Instrumente der Geschichtspolitik? Gesellschaftliche Deutungskonflikte um Vertriebenendenkmäler in Westfalen, in: Matthias Frese, Marcus Weidner (Hg.): Verhandelte Erinnerungen. Der Umgang mit Ehrungen, Denkmälern und Gedenkorten nach 1945 (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 82), Paderborn 2018, S. 115-133, hier S. 132.

demnach in der gefühlten Konkurrenz zu anderen Opfergruppen und Migrant*innen bestätigt sehen.
Entsprechend kritisch waren die Reaktionen der Öffentlichkeit. Die Siegener Zeitung positionierte sich abermals aufseiten des BdV und dessen Klientel und stellte mit ihrem Kommentar, das Denkmal sei „erneut zu einem Spielball linker politischer Kräfte geworden“[35] eine Verbindung zur vorhergegangenen Kontroverse her. Selbst unter dem Facebook-Beitrag der „Arbeitsgemeinschaft Geflüchtetenhilfe Siegen“ fanden sich kritische Stimmen, die bezweifelten, ob die Aktion „wirklich sinnvoll oder zielführend“ sei, oder in ihr gar einen „Bärendienst für die Flüchtlingsarbeit“[36] sahen.
Die temporäre Veränderung eines Vertriebenendenkmals in Münster hat Stephan Scholz untersucht. Im September 2015 überklebte der Künstler Stephan US eine Stele auf dem dortigen Servatiiplatz, sodass deren Inschrift nicht mehr allein „den deutschen“, sondern „den internationalen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Münster seit 1945“ gedachte. Anders als einen Monat später in Siegen geschah dies jedoch im Rahmen einer stadtweiten und von vornherein zeitlich begrenzten Kunstaktion, zum anderen blieb unterhalb des veränderten Textes die ursprüngliche Inschrift sichtbar. Da sich die Aktion somit weder gegen das bestehende Denkmal noch gegen die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ richtete, war die gesellschaftliche Akzeptanz für die Internationalisierung der Erinnerung höher.[37] Ob die Verantwortlichen in Siegen das Münsteraner Beispiel kannten, ist unklar. Nach der nur wenige Stunden dauernden „Umwidmung“ endete schließlich die Debatte um das Denkmal im Schlosspark.

„Schicksalsvergleich“ mit Flüchtlingen des 21. Jahrhunderts. Neue Ansätze in der Erinnerung

Ein Sinnzusammenhang zwischen „Flucht und Vertreibung“ und der Europäischen Migrationskrise wurde jedoch wenig später auch von anderer Seite hergestellt. Anknüpfend an die Erkenntnisse der sozial- und geschichtswissenschaftlichen Migrationsforschung, welche beide Wanderungsphänomene nicht mehr als historisch singuläre Ereignisse, sondern als Erscheinungsformen von Zwangsmigration kategorisierte, schlugen Stefan Scholz und andere einen gezielten „Schicksalsvergleich“[38] zwischen beiden Opfergruppen vor. Dadurch sollte einerseits die Empathie für die Flüchtlinge des 21. Jahrhunderts geweckt und andererseits die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ universalisiert und

[35] Staatsschutz hat Ermittlungen aufgenommen. Siegener Denkmal überklebt, in: Siegener Zeitung vom 28.10.2015.
[36] Kommentare unter dem Beitrag auf der Facebook-Seite AG Geflüchtetenhilfe Siegen vom 26.10.2015, URL: https://www.facebook.com/AG-Gefl%C3%BCchtetenhilfe-Siegen-1454872251471940/photos/pcb.1510097822616049/1510097302616101 (Stand: 3.10.2022).
[37] Stephan Scholz verweist auf die positive Berichterstattung der lokalen Presse. Vgl. Scholz: Gesten der Anerkennung oder Instrumente der Geschichtspolitik?, S. 132.
[38] Stephan Scholz: Willkommenskultur durch ‚Schicksalsvergleich'. Die deutsche Vertreibungserinnerung in der Flüchtlingsdebatte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26-27 (2016), S. 40-46.

aktualisiert werden. Der Ansatz etablierte sich jedoch nur bedingt. Während die Siegerländer Vertriebenen jeden Vergleich mit anderen Zwangsmigrant*innen ablehnten, erhob der BdV auf der nationalen Ebene mit seiner Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen" immerhin den Anspruch, „Völkervertreibungen weltweit entgegenzuwirken, sie zu ächten und zu verhindern und dadurch der Völkerverständigung, der Versöhnung und der friedlichen Nachbarschaft der Völker zu dienen."[39] Tatsächlich realisiert wurde bzw. wird ein vergleichbarer Ansatz jedoch durch die ebenfalls vom BdV mitinitiierte Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" sowie die Erweiterung des Weltflüchtlingstages zum nationalen „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" im Jahr 2015.

[39] Zentrum gegen Vertreibungen: Unsere Stiftung, in Webseite des Zentrums gegen Vertreibungen (undatiert), URL: https://www.z-g-v.de/zgv/unsere-stiftung (Stand: 21.07.2024).

3.6 Erstarren und Ende des „Tags der Heimat“ im Siegerland

Infolge der Wiedervereinigung und der anschließenden Neuorientierung des BdV unter Erika Steinbach hatten sich die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Arbeit des BdV nachhaltig verändert. Dennoch hielten die Zwangsmigrant*innen im Siegerland zunächst an den etablierten Praktiken und Medien der Erinnerung fest. Im Laufe der Zeit stabilisierten diese sich und nahmen neue Formen an. Dies gilt insbesondere für den „Tag der Heimat“. Nachdem Stadt und Kreis Siegen sich zurückgezogen und die Veranstaltung dem BdV überlassen hatten, war der Gedenktag bereits in den 1970er Jahren von einer gesamtgesellschaftlichen wieder zu einer Veranstaltung primär der Zwangsmigrant*innen geworden. Während die breite öffentliche Auseinandersetzung um „Flucht und Vertreibung“ im Siegerland über die Jahre an Dynamik verlor, blieb er der jährliche Höhepunkt in der regionalen Verbandsarbeit und fand bis zum Ende der 2010er Jahre stets in nahezu gleicher Form statt. 2017 jedoch konnte der „Tag der Heimat“ aufgrund sinkender Teilnehmer*innenzahlen und fehlender finanzieller sowie organisatorischer Ressourcen nicht mehr wie gewohnt stattfinden. In der neuen und letzten Phase des Gedenktags wurden Ablauf und Programmpunkte abermals angepasst. Damit begann der endgültige Niedergang des BdV und mit ihm der aktiven Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ in der Region. Im folgenden Kapitel wird der Wandel des „Tags der Heimat“ und seiner Funktionen von den frühen 2000er Jahren bis zu seinem Ende im Siegerland 2022 anhand von Interviews mit regionalen BdV-Funktionären, Einladungen und Programmzetteln sowie der zeitgenössischen Presseberichterstattung analysiert.

Die Diskussion um einen „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung“

Die Wahl Erika Steinbachs zur neuen Präsidentin des BdV im Jahr 1998 beeinflusste auch den „Tag der Heimat“ nachhaltig. Ungeachtet der Ostverträge hatte noch in den 1980er Jahren, so eine 1989 zu dem Gedenktag herausgegebene Druckschrift, das „Treuebekenntnis zu Gesamtdeutschland“[1] im Vordergrund gestanden. Spätestens mit der Wiedervereinigung und der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen jedoch war diese heimatpolitische Funktion des Gedenktags überholt. Unter Erika Steinbach rückten stattdessen die Erinnerung an das von den Vertriebenen erlittene Unrecht und ihre Verdienste in Westdeutschland sowie die Forderung, ein universales „Recht auf Heimat“ durchzusetzen und Zwangsmigration zu ächten, in den Vordergrund.[2] Diesen Paradigmenwechsel spiegelten auch die jährlich vom Bundesverband herausgegebenen Leitworte wider. Implizierte das Motto des Jahres 1982 „10 Jahre Ostverträge – Die Deutsche Frage bleibt offen!“ noch Ansprüche auf die verlorenen Gebiete, so verwiesen

[1] Gustl Huber: Tag der Heimat – Tag der Deutschen (hg. v. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände), 3., überarb. Aufl., Bonn 1989, S. 9.
[2] Vgl. Stephan Scholz: Gedenktage.

„Vertreibungen weltweit ächten!“ (2005) oder „Erinnern und Verstehen“ (2008) auf die neue geschichtspolitische Agenda.[3]

Unter Steinbach versuchte der BdV, die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ über das Ableben der Erlebnisgeneration und perspektivisch auch über das eigene Bestehen hinaus dauerhaft zu sichern. Neben der Initiative für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ umfasste dies auch die Forderung nach einem staatlich sanktionierten Pendant zum „Tag der Heimat“. Die Unionsparteien und die FDP unterstützten das Vorhaben. Im Juli 2003 forderte die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat die rot-grüne Bundesregierung auf, am 5. August einen „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung“ einzuführen.[4] Diese setzte den Beschluss jedoch nicht um, da sie den Jahrestag der Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen“ in Stuttgart als Termin ablehnte. Nach dem Wahlsieg von CDU/CSU und FDP 2009 lobbyierte der BdV erneut verstärkt für den nationalen Gedenktag am 5. August, jedoch entschied die Bundesregierung im Juni 2013, der Opfer von „Flucht und Vertreibung“ künftig am Weltflüchtlingstag zu gedenken. Die im September 2013 gewählte Große Koalition hielt daran fest und beschloss am 27. August 2014, den 20. Juni zum nationalen „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ zu erweitern. 2015 fand die erste nationale Gedenkveranstaltung in Berlin statt.[5] Einerseits wurde die Erinnerung an die Zwangsmigration somit langfristig sichergestellt und symbolisch aufgewertet, andererseits konnte der neue Gedenktag auch als Alternative oder Konkurrenz zum „Tag der Heimat“ verstanden werden und bedrohte so die bisherige Deutungshoheit des BdV. Im Siegerland allerdings wurde dies ebenso wenig wahrgenommen oder diskutiert, wie der erstmals 2006 vom Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen und dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft veranstaltete „Tag der neuen Heimat“, mit dem sämtliche deutsche Zwangsmigrant*innen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere aber die Aussiedler und Spätaussiedler gewürdigt werden sollten.[6]

Programmpunkte und Ablauf des „Tags der Heimat“

In der Region begingen nach dem Eklat von 1973 alle Ortsverbände den „Tag der Heimat“ gemeinsam. Veranstalter und Gastgeber war dabei der BdV-Kreisverband. Abgesehen von dem Termin, der sich an der zentralen Kundgebung in Berlin orientierte, sowie den durch den Bundesverband ausgegebenen Leitworten hatte er dabei weitgehend freie

[3] Weitere Beispiele sind: „Erinnern – Bewahren – Zukunft gewinnen“ (2001) oder „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute“ (2015). Vgl. BdV Landesverband Hessen: Jahresleitworte des Bundes der Vertriebenen, Webseite des BdV Landesverbandes Hessen, URL: https://www.bdv-hessen.de/kultur/jahresleitworte (Stand: 21.07.2024).

[4] Vgl. Entschließung des Bundesrates zur Erhebung des 5. August zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung“ (11.07.2003), Drucksache 460/03.

[5] Vgl. Stephan Scholz: Gedenktage.

[6] Vgl. VAS. Das Vertriebenen-, Aussiedler- und Spätaussiedlerjournal in NRW 1/2020, S. 9.

Hand. Für den Kreisvorsitzenden Hans-Heinrich Thomas war der Gedenktag „die wichtigste Sache unserer Programmatik“[7]. Unter seiner Verantwortung bildete sich ein fester Ablauf heraus, dessen Elemente weiter unten in ihrer Reihenfolge analysiert werden.
Verglichen mit den Veranstaltungen der vorherigen Jahrzehnte wurden zahlreiche Programmpunkte beibehalten. Andere wiederum wurden verändert oder abgeschafft. Die vorgelagerten „Vertriebenen-“ bzw. „Flüchtlingsgottesdienste“ sowie die Predigten und Ansprachen Geistlicher entfielen beispielsweise.

Kranzniederlegung

Den Auftakt bildeten stattdessen die bereits erwähnten Kranzniederlegungen am „Ostdeutschen Mahnmal“. Dabei versammelten sich die Zwangsmigrant*innen zumeist am Vortag der Hauptveranstaltung im Schlosspark und legten am Fuß des Denkmals einen Kranz mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife nieder, um der bei „Flucht und Vertreibung“ ums Leben Gekommenen und Verschollenen sowie zunehmend auch der mittlerweile verstorbenen BdV-Mitglieder zu gedenken.[8] Das „Ostdeutsche Mahnmal“ diente beim „Tag der Heimat“ somit als „Ort der Verlustbewältigung“[9]. Anschließend stellten sich die in ihre Trachten gekleideten Mitglieder der Landsmannschaften davor auf und posierten für die Fotograf*innen der regionalen Zeitungen.[10] Mit ihrer festlichen Kleidung erwiesen sie den Toten ihre Ehre und inszenierten gleichzeitig untereinander und gegenüber der Mehrheitsgesellschaft ihre „Volksgruppenidentitäten“. Die Kranzniederlegung prägte als öffentliches Ereignis die Außenwahrnehmung des Gedenktags und verlieh dieser eine starke moralische Dimension.

Kulisse in der Bismarckhalle

Der eigentliche „Tag der Heimat“ fand dagegen wie schon 1970 in der Bismarckhalle in Siegen-Weidenau statt und wurde hauptsächlich von den BdV-Mitgliedern sowie deren Familien besucht. Der Raum wurde dafür sorgfältig vorbereitet. Besonders die Bühne als wichtigste Kulisse für die Feier war aufwendig geschmückt. Rund um Plakate mit dem Logo des BdV und dem jeweiligen Leitwort waren im Hintergrund die Wappen der verschiedenen Landsmannschaften platziert. Große hängende Deutschlandflaggen am linken und rechten Rand rahmten das Bühnenbild ein. Unterhalb davon waren diverse Stadtwappen angebracht. Hinzu kamen Plakate mit den Mottos der vergangenen Jahre

[7] Interview mit Hans Heinrich Thomas am 17.02.2017.
[8] Vgl. Vielfalt der Traditionen bewahren, in: Siegener Zeitung vom 25.09.2007; Erinnern und verstehen. BdV-Kreisverband feierte »Tag der Heimat« in der Bismarckhalle. Unter den Vertriebenen bleiben die Wurzeln ihrer Herkunft unvergessen, in: Siegener Zeitung vom 30.09.2008.
[9] Stephan Scholz: Denkmäler, S. 87.
[10] Vgl. Vertriebene gedachten der alten Heimat, in: Siegener Zeitung vom 25.09.2010.

und Losungen wie „Wir grüßen die Heimat“ oder „Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland“ am Rande des Saals.[11] Diese setzten einen diskursiven Rahmen für die Veranstaltung, indem sie geteilte Emotionen und Haltungen der Teilnehmer*innen ausdrückten und zugleich festschrieben. An die Kranzniederlegung und deren moralische Dimension knüpften Stellwände mit Plakaten im Eingangsbereich an, auf denen mit kurzen Widmungen der Toten unter der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg gedacht wurde. Wenngleich dabei auch die Verstorbenen aus den unterschiedlichen Landsmannschaften und Gebieten des „Deutschen Ostens“ berücksichtigt wurden, ging es anders als tags zuvor primär um weitere Opfergruppen wie die bei den Angriffen auf deutsche Städte („Den Opfern des Bombenkrieges / 700 000 Tote / Millionen Verwundete“) sowie auf Flüchtlingstransporten („Den Opfern der versenkten Flüchtlingsschiffe / 40 000 Tote“) ums Leben Gekommenen. Hervorgehoben wurden außerdem die von Kriegsverbrechen („Den Frauen und Mädchen / 2 000 000 Opfer / vielfach geschändet / einem unvorstellbaren Grauen und Sterben ausgesetzt“) und sekundären Kriegsfolgen („Den deutschen Zivilisten / Die in der Heimat bei und nach Kriegsende / Verhungerten und erfroren / Den Freitod suchten / 5 7000 000 Opfer“) betroffenen Zivilist*innen. Unter den toten deutschen Militärangehörigen wurde lediglich der Kriegsgefangenen gedacht, während die bei Kampfhandlungen umgekommenen Soldaten unerwähnt blieben. Völlig ausgeklammert blieben die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft sowie die Toten unter der Zivilbevölkerung in den von Deutschland angegriffenen Staaten, zu denen die „Vertriebenen“ sich schließlich vielfach in Konkurrenz sahen.

Grußworte und Schirmherrschaften

Vor dieser Kulisse begann die Veranstaltung stets mit einem Grußwort des BdV-Kreisvorsitzenden und des jeweils amtierenden Landrats. Elmar Schneider bzw. sein Stellvertreter Jürgen Althaus, und später Paul Breuer (alle CDU) traten dabei jeweils als politische Schirmherren des Gedenktags und symbolische Vertreter der alteingesessenen Bevölkerung auf. Inhaltlich kreisten die Grußworte stets um die gleichen Themen und griffen auf einen festen Kanon von Narrativen und Argumenten zurück. In den Mittelpunkt seiner Ansprachen stellte Hans-Heinrich Thomas gewöhnlich die biografisch angeeignete sowie emotional begründete und daher unverzichtbare individuelle Bindung der Vertriebenen an die „alte Heimat“. So erklärte er bei der Feierstunde im Jahr 2008: „Heimat gehört zum Menschen und seiner Geschichte, die man nicht verdrängen kann“ und appellierte, daran festzuhalten: „Heimat ist das Teuerste – wie eine Mutter, die man nicht aufgibt.“[12]
Die Schirmherren kamen ebenfalls nicht am zentralen Thema des Gedenktags vorbei, hoben aber eher die Bedeutung der Zwangsmigrant*innen und ihrer Herkunftsgebiete für

[11] Vgl. Vertreibung weltweit ächten. BdV-Kreisverband feierte „Tag der Heimat“ in der Bismarckhalle, in: Siegener Zeitung vom 28.09.2010.
[12] Erinnern und verstehen, in: Siegener Zeitung vom 30.09.2008.

die neue Heimat hervor. Zentrale Topoi waren dabei die Bereicherung durch die „ostdeutsche“ Kultur sowie die Verdienste der Vertriebenen für die Verständigung und das Zusammenleben in Europa. 2011 etwa sprach Paul Breuer ihnen eine „europäische Brückenfunktion als Kulturträger“[13] zu.
Nur gelegentlich griffen die Grußworte aktuelle Ereignisse auf und bezogen diese auf die eigene Geschichte und den Gedenktag. Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 beispielsweise sprach Thomas die Ängste der Zwangsmigrant*innen angesichts der möglichen Folgen aus: „Alles, nur nicht wieder ein Krieg!“ und zitierte – ein Überrest der in den 1950er Jahren noch zentralen religiösen Dimension des „Tags der Heimat“ – den Bibelvers „Vergeltet nicht Böses mit Bösem.“[14] aus dem 1. Brief Petri an die Kleinasier.
Während die Außenwirkung der Grußworte mit der Zeit abnahm, behielten sie für den BdV weiterhin ihre Bedeutung. Ihre Wirkung als Bekenntnis der regionalen Politik und Gesellschaft zu den Zwangsmigrant*innen beruhte dabei gerade auf ihrer Gleichförmigkeit. Durchaus selbstironisch kommentiert ein Freudenberger Mitglied des BdV-Kreisverbands im Interview die Auftritte der Schirmherren: „Also gut, die kommen aber noch, nehmen uns wahr und loben uns immer wieder. [...] So werden wir jedes Mal am Bauch gekitzelt […] Inzwischen kennen wir es schon und warten schon drauf (lacht)“[15]. Für seine wiederholten Auftritte verlieh der BdV Paul Breuer 2011 eine Auszeichnung.[16]

Fahneneinzug

Auf die Begrüßung folgte stets der Fahneneinzug. Dieser ähnelte in Form und Funktion einem Festumzug, fand jedoch in der Halle und somit weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dabei wurden die Vertreter*innen aus den ehemaligen „ostdeutschen“ Provinzen nach und nach aufgerufen und marschierten unter musikalischer Begleitung feierlich mit den Fahnen ihrer jeweiligen Landsmannschaften in den Saal ein, wo sie vom Publikum mit Applaus empfangen wurden und sich nacheinander auf der Bühne aufstellten.[17] Der Anblick der bunten, sich bewegenden Fahnen – ergänzt und verstärkt durch die Dramaturgie des Einmarschs sowie die Musik[18] – emotionalisierte Träger und Publikum gleichermaßen. Im Laufe der Zeit gewannen sie schließlich auch als Objekte eine eigenständige Funktion und wurden entsprechend inszeniert. Nach ihrem Auftritt ließen die Träger ihre Fahnen auf der Bühne zurück. In einem Halter zusammengesteckt, verwiesen sie auf die gemeinsame Gedenk- und Festtradition, deren Teil sie waren. Der Fahnenumzug bot den Landsmannschaften einen Anlass und Resonanzboden, um sich

[13] Heimat treu verbunden. Bund der Vertriebenen ehrte Landrat Paul Breuer mit BdV-Ehrennadel in Gold, in: Siegener Zeitung vom 27.09.2011.
[14] Klares Aufbruchsignal nach Europa. BdV beging Tag der Heimat 2001: Recht auf die Heimat – unverjährbares Menschenrecht. in: Siegener Zeitung vom 02.10.2001.
[15] Interview mit Herrn B., BdV-Ortsverband Freudenberg am 21.02.2017.
[16] Vgl. Heimat treu verbunden, in: Siegener Zeitung vom 27.09.2011.
[17] Vgl. Vertreibung weltweit ächten, in: Siegener Zeitung vom 28.09.2010.
[18] Zur emotionalen Wirkung vgl. Tobias Weger: Wappen und Farben, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 432-446, hier S. 441-442.

zu präsentieren. Als verbindende Elemente dienten dabei die geteilte Erfahrung von „Flucht und Vertreibung“ sowie die kollektive nationale Identität, welche durch die deutschen Fahnen auf der Bühne sowie im Banner des BdV aufgerufen wurde. Damit war der Fahneneinzug ähnlich wie Festzüge allgemein eine „Inszenierung der Eintracht“[19].
Wie sich ästhetische Erfahrung, die Repräsentation landsmannschaftlicher Identität, sowie die Erinnerung an die „alte Heimat“ im Fahneneinzug verbanden und einander verstärkten, wird anhand des Interviews mit dem BdV-Mitglied aus Freudenberg deutlich: „Und dann ist großer Fahneneinzug. Die Musik stimmt ein und dann wird am Mikrofon gesagt: ‚Jetzt kommen die Schlesier!‘ Klar, da habe ich natürlich meine Schlesierfahne. […] Draußen stellen wir uns auf und wenn wir dran sind, gehen wir zur Tür rein und zwischen den Besuchern vorne auf die Bühne und stellen uns hin. Das ist ne schöne Sache und erinnert an die Heimat (schlägt mit der Faust in die Handfläche).“[20]

Festreden

Während der Fahneneinzug die „Vertriebenen“ demnach vor allem ästhetisch und emotional ansprach, waren die Festreden durchweg politisch akzentuiert und bildeten einen Gegenpol zu den in der Regel moderaten Grußworten der Schirmherren. Hatten in den vorhergegangenen Jahrzehnten vornehmlich Akteure aus dem Wissenschafts- und Kulturbetrieb gesprochen, so wurden die Redner nun überwiegend aus den höheren Verbandsebenen der Vertriebenenorganisationen oder, wie im Falle des emeritierten Siegener Professors Ulrich Penski, aus dem BdV-Kreisverband selbst rekrutiert.
Fester Bestandteil der Reden war die Forderung, „Flucht und Vertreibung“ staatlicherseits stärker in der Erinnerungskultur zu verankern. So erklärte 2008 der stellvertretende BdV-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Michael Weigand, das Thema müsse erneut „vom Rand ins Zentrum der Gesellschaft gerückt“ und „verpflichtend im Geschichtsunterricht an den Schulen gelehrt“[21] werden. Darüber hinaus nutzten viele Redner den Gedenktag, um die Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte sowie den Umgang der Bundesregierung mit den Vertriebenen anzugreifen. Beispielsweise kritisierte der CDU-Politiker und Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, den in den 1960er Jahren eingeschlagenen Verständigungskurs gegenüber den östlichen Nachbarstaaten: „Unsere Politik hat es den anderen europäischen Staaten leicht gemacht, die eigenen Missetaten zu verdecken!“[22] Verbunden damit war vielfach auch die Forderung nach weiteren finanziellen Entschädigungen. Übereinstimmend mahnten Akteure wie

[19] Tilo Werner: Festzug, in: Gert Ueding (Hg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Bd. 10, Berlin/Boston 2011, S. 305–318, hier: S. 305f.
[20] Interview mit Herrn B., BdV-Ortverband Freudenberg am 21.02.2017.
[21] Erinnern und verstehen, in: Siegener Zeitung vom 30.09.2008.
[22] „Die Vertreibung weltweit ächten.“ 56. Tag der Heimat in der Bismarckhalle. 60 Jahre sind seit Massenflucht von über elf Millionen Deutschen vergangen, in: Siegener Zeitung vom 26.09.2005.

Rudi Pawelka, Ulrich Penski oder der bereits erwähnte Frans Du Buy finanzielle Wiedergutmachung von den „Vertreiberstaaten“[23] an.[24] Aus den Ansprachen geht jedoch auch deutlich hervor, wie marginalisiert die Zwangsmigrant*innen sich mit ihren Anliegen fühlten. Hans-Heinrich Thomas etwa beklagte 2005, die bundesdeutsche Politik habe „bis auf wirtschaftliche jegliche anderen Interessen am alten deutschen Osten verloren“[25]. Dass derartige Ansichten auch im Publikum vertreten waren, zeigt die in einem Presseberichtzitierte Bemerkung einer namentlich nicht genannten Teilnehmerin, dass „manche Kräfte […] am liebsten noch das Heimweh verbieten würden“[26]. Anders als noch in den 1950er und 1960er Jahren entwickelten die Festreden somit keine neuen Narrative oder Deutungen, sondern artikulierten und bestätigten hauptsächlich bereits vorhandene Haltungen und Stimmungen.

„Volkstümliches“ und informeller Ausklang

Mit „Volkstümlichem aus Ostdeutschen Landen“[27] klang der „Tag der Heimat“ schließlich aus. Dieser dritte und letzte Teil der Feier knüpfte inhaltlich und funktional an die ab den 1950er Jahren im Rahmen des Gedenktags üblichen Heimatabende an und enthielt – wenn auch in unterschiedlicher Reihenfolge – stets dieselben Elemente.

Eingangs rezitierten BdV-Mitglieder der verschiedenen Landsmannschaften, zumeist in ihrer jeweiligen Mundart, kurze Gedichte, Lieder und Erzählungen aus ihren Herkunftsgebieten. Nach den politisch ausgerichteten Festreden sprachen die Darbietungen das Publikum erneut emotional und ästhetisch an. Über den Inhalt und die Form hinaus kam es dabei jedoch auch wesentlich auf die Vortragsweise an. Bei den Mitgliedern der jeweiligen Sprachgemeinschaft sollte der vertraute Klang der Dialekte Erinnerungen an die „alte Heimat“ und das damit verbundene Gefühl emotionaler Sicherheit wecken. Gleichzeitig versuchten die „Volksgruppen“, sich durch ihre Beiträge voneinander abzuheben und konkurrierten miteinander um die Reaktionen des Publikums.

Für die anschließenden Musik- und Tanzaufführungen wurden wechselnde Ensembles eingeladen. So traten auf dem „Tag der Heimat“ im Laufe der Jahre unterschiedlichste Musikgruppen vom Streichquintett über einen Akkordeonclub bis hin zum Siegener Männergesangverein auf.[28] Der Beteiligung eines Siegerländer Ensembles maßen die Ver-

[23] Vielfalt der Traditionen bewahren. Bund der Vertriebenen feierte 58. „Tag der Heimat“ in der Weidenauer Bismarckhalle, in: Siegener Zeitung vom 25.09.2007.

[24] Vgl. „Heimat: ein Stück Identität“, in: Siegener Zeitung vom 30.09.2002; „Die Vertreibung weltweit ächten.“, in: Siegener Zeitung vom 26.09.2005.

[25] Ebd.

[26] Klares Aufbruchsignal nach Europa, in: Siegener Zeitung vom 02.10.2001.

[27] So war der Programmpunkt in den Einladungen und der Presseberichterstattung überschrieben. Eine alternative Überschrift lautete „Besinnliches und Heiteres aus der Heimat“. Vgl. Heimat treu verbunden, in: Siegener Zeitung vom 27.09.2011.

[28] Vgl. Klares Aufbruchsignal nach Europa, in: Siegener Zeitung vom 02.10.2001; „Heimat: ein Stück Identität“, in: Siegener Zeitung vom 30.09.2002; Vielfalt der Traditionen bewahren, in: Siegener Zeitung vom 25.09.2007; Erinnern und verstehen, in: Siegener Zeitung vom 30.09.2008.

antwortlichen anders als einige Jahrzehnte zuvor in Salchendorf keine symbolische Bedeutung mehr bei. Vielmehr handelte es sich um eine pragmatische Lösung, um das Programm in gewohnter Form weiter anbieten zu können. Gerade die Selbstverständlichkeit jedoch, mit der alteingesessene Siegerländer Formationen das musikalische „Kulturgut" der Vertriebenen auf dem „Tag der Heimat" adaptierten, interpretierten und dadurch veränderten, war ein Ausdruck der wechselseitigen Annäherung und Vermischung.[29] Ebenso austauschbar wie die Musik- waren die Trachtentanzgruppen, wenngleich diese gewöhnlich einer der im BdV vereinten Landsmannschaften angehörten. Bei ihren Auftritten bedienten sich die Musik- und Trachtenformationen aus einem Repertoire allgemein bekannter Volkslieder und -tänze. Zu den universellen musikalischen „Heimat-Ikonen" (Ulrike Präger) zählten etwa das „Riesengebirgslied", „Feierobnd", „Glocken der Heimat" oder „In der Ferne".[30] Im Publikum fielen diese auf einen Resonanzboden geteilter Erfahrungen und Erinnerungen und weckten von Heimweh und Trauer bis hin zu Hoffnung und Fröhlichkeit ein breites Spektrum von Emotionen.[31] Bei den Auftritten der Trachtengruppen wurde die ästhetische Wirkung zusätzlich durch den visuellen Eindruck der Bewegungen der Tänzer*innen als auch deren Kleidung verstärkt.

Zum Abschluss des formalen Programms sangen alle Anwesenden gemeinsam „Kein schöner Land in dieser Zeit"[32]. Das von dem Schriftsteller und Volkskundler Anton Wilhelm von Zuccalmaglio (1803–1869) verfasste und 1840 veröffentlichte Stück zählt zu den bekanntesten deutschen Volksliedern. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts vom Wandervogel verbreitet, wurde es später von unterschiedlicher Seite politisch instrumentalisiert.[33] In der Nachkriegszeit gewann es nicht zuletzt durch seinen hohen Bekanntheitsgrad und die melodischen Anleihen bei anderen bekannten Volksliedern auch unter den Zwangsmigrant*innen große Popularität. Auf dem „Tag der Heimat" diente es als Projektionsfläche für die mit der kollektiven Erinnerung verbundenen Emotionen und Assoziationen. In der laut François Genton darin ausgedrückten „fromm-holistischen Weltsicht"[34] spiegelten sich Vorstellungen der „alten Heimat" als idealisiertem Sehnsuchtsraum wider. Die in der dritten Strophe besungene Hoffnung auf eine erneute Zusammenkunft („Dass wir

[29] Dies entspricht der allgemeinen Entwicklung in der Nachkriegszeit. Vgl. Ulrike Präger: Musik, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 283-295, hier S. 285.

[30] Zur Bedeutung und Rezeption solcher musikalischer „Heimat-Ikonen" in der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" vgl. ebd.; Annelie Kürsten: Wie klingt Heimat? Musik/Sound und Erinnerung, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 253-277.

[31] Präger: Musik, S. 284, 289.

[32] Vgl. Vielfalt der Traditionen bewahren, in: Siegener Zeitung vom 25.09.2007; Heimat treu verbunden, in: Siegener Zeitung vom 27.09.2011.

[33] Sowohl die sozialistische Arbeiterbewegung als auch die Nationalsozialisten benutzten das Lied. Vgl. Waltraud Linder-Beroud/Tobias Widmaier: Kein schöner Land in dieser Zeit, in: Eckhard John/Tobias Widmaier/Zentrum für Populäre Kultur und Musik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Brsg. (Hg.): Populäre und traditionelle Lieder. Historisch-kritisches Liederlexikon (2007), URL: http://www.liederlexikon.de/lieder/kein_schoener_land_in_dieser_zeit/ (Stand: 21.07.2024).

[34] François Genton: Stimmen der Völker im Heimatlied: Heimweh, Eigenliebe und Empathie, in: Lied und populäre Kultur. Song and Popular Culture. Jahrbuch des Zentrums für Populäre Kultur und Musik 60/61 (2015/2016), S. 367-381, hier S. 377.

uns hier in diesem Tal / noch treffen so viel hundertmal / Gott mag es schenken / Gott mag es lenken / er hat die Gnad'") ließ sich sowohl auf die Rückkehr dorthin als auch auf den Gedenktag selbst beziehen. Das gemeinsame Singen sollte den Vertriebenen Trost spenden sowie ein Gemeinschaftsgefühl stiften und bildete so die Grundlage und den Auftakt für den informellen Teil der Feier.
Nach dem streng choreografierten und politisch sowie ästhetisch aufgeladenen Programm eröffnete dieser einen Raum, um sich auszutauschen, die zuvor geweckten Emotionen und Erinnerungen zu verarbeiten und private Beziehungen zu pflegen. Auf eine Bewirtung mit Speisen und Getränken aus der „alten Heimat" wurde aus pragmatischen Gründen verzichtet. Traditionelle „ostdeutsche" Nahrungsmittel gab es lediglich am „Poaschtisch"[35], einem schlesischen Glücksspielautomaten, zu gewinnen, der ebenso wie ein Verkaufsstand mit Büchern und Zeitschriften fester Teil des Rahmenprogramms war. Mit dem zwang- und formlosen Beisammensein klang die Veranstaltung aus.

Krise und Ende des Gedenktags

Über beinahe zwei Jahrzehnte hinweg fand der „Tag der Heimat" in dieser Form statt. Der im Lauf der Zeit erstarrte Ablauf konterkarierte allerdings seine Außenwirkung. Die lokalen Zeitungen schrieben zwar weiterhin über den Gedenktag; wie der nachfolgend zitierte Absatz aus dem Jahr 2011 zeigt, verflachte die Berichterstattung jedoch zusehends, konzentrierte sich auf die immer gleiche äußere Form und verwendete die etablierten Worthülsen: „Spiegelbild dieser Verbundenheit mit der alten, verloren gegangenen Heimat ist der alljährliche ‚Tag der Heimat', mittlerweile die 62. Veranstaltung, zu der Vorsitzender Hans Heinrich Thomas wieder in der Bismarckhalle in Weidenau eingeladen hatte. Zum Auftakt erfolgte die traditionelle Kranzniederlegung am ‚Ostdeutschen Mahnmal' im Garten des Oberen Schlosses, Landrat Paul Breuer war wieder Schirmherr"[36].
Trotz seines auf die Vertriebenen und ihre Erwartungen und Bedürfnisse ausgerichteten Programms geriet der Gedenktag an der Schwelle zu den 2010er Jahren in die Krise. Zum Hauptproblem entwickelte sich der altersbedingte Mitgliederschwund im BdV. Zwischen 2001 und 2011 sank die Mitgliederzahl des Kreisverbands um mehr als ein Drittel von 780 auf 500.[37] Stärker noch gingen die Teilnehmer*innenzahlen beim „Tag der Heimat" zurück, wenngleich diese nur sehr lückenhaft durch die Presseberichterstattung überliefert sind. Hatte der BdV 1970 noch 800 Gäste gezählt, so kamen 2001 lediglich noch etwa 300.[38] Bis 2005 sank die Zahl erneut um die Hälfte auf 150.[39] Versuche des BdV-Kreisverbands, der alternden Klientel den Besuch mit einem Fahrdienst zu erleichtern und das private Umfeld der Mitglieder für die Veranstaltung zu mobilisieren, scheiterten. Trotz

[35] Vgl. Interview mit Herrn B., BdV-Ortverband Freudenberg am 21.02.2017.
[36] Heimat treu verbunden, in: Siegener Zeitung vom 27.09.2011.
[37] Vgl. Klares Aufbruchsignal nach Europa, in: Siegener Zeitung vom 02.10.2001; Heimat treu verbunden, in: Siegener Zeitung vom 27.09.2011.
[38] Vgl. Klares Aufbruchsignal nach Europa, in: Siegener Zeitung vom 02.10.2001.
[39] Vgl. „Die Vertreibung weltweit ächten.", in: Siegener Zeitung vom 26.09.2005.

vorübergehender Erfolge wie einem Anstieg der Besucher*innenzahl im Jahr 2007 erkannten auch die verantwortlichen Akteure den generellen Abwärtstrend, hielten – unwillig oder unfähig zu einer Neuorientierung – jedoch weiterhin am gewohnten Format fest.[40]

2017 schließlich konnte der BdV-Kreisverband den „Tag der Heimat" aufgrund der geringen Beteiligung und des finanziellen sowie organisatorischen Aufwands nicht mehr in der gewohnten Form durchführen. Um den Gedenktag dennoch weiter begehen zu können, wurden die Kranzniederlegung-und der eigentliche Festakt am gleichen Termin zusammengelegt. Die Einladungen kündigten diese beiden Elemente als „Gedenken" und „Volkstümliches aus Ostdeutschen Landen"[41] an. Für ersteres versammelten sich die Vertriebenen weiterhin am „Ostdeutschen Mahnmal", letzteres hingegen wurde aus der Bismarckhalle in das nahegelegene Ausflugslokal des Oberen Schlosses verlagert.

Entgegen seiner Bezeichnung diente der erste Teil nicht mehr ausschließlich der Erinnerung an die Opfer von „Flucht und Vertreibung", sondern avancierte zur öffentlichen Seite des Gedenktags. So fanden die Grußworte der BdV-Vorsitzenden sowie der verschiedenen politischen Repräsentant*innen nun vor dem „Ostdeutschen Mahnmal" statt, wobei jedoch der Landrat Andreas Müller (SPD) als Schirmherr sowie der Bürgermeister Steffen Mues (CDU) nicht mehr persönlich erschienen, sondern sich vertreten ließen.[42] Die zuvor obligatorischen Festreden zum Leitwort des Gedenktags wurden als „Ansprache" in den nicht öffentlichen, „volkstümlichen" Teil verlegt und entfielen ab 2019 ganz.[43] Die Begrüßungen und Ansprachen kreisten unverändert um die etablierten Themen und Narrative, verloren jedoch an Vehemenz und politischer Schärfe. Attacken auf die bundesdeutsche Außen- und Kulturpolitik sowie Entschädigungsforderungen an die östlichen Nachbarstaaten spielten kaum mehr eine Rolle. Musikalisch begleitet und untermalt wurde das „Gedenken" durch einen Weidenauer Posaunenchor.[44] Abschließend posierten die Vertreter der unterschiedlichen Landsmannschaften – anstelle des entfallenen Fahneneinzugs – gemeinsam vor dem Denkmal.

---

[40] 2007 nahmen 200 Personen am Gedenktag teil. Vgl. Vielfalt der Traditionen bewahren, in: Siegener Zeitung vom 25.09.2007.

[41] Einladung des BdV zum „Tag der Heimat" 2018 mit Programmverlauf, BdV-Kreisverband Siegen, ein Exemplar liegt dem Verfasser vor.

[42] 2022 traten beispielsweise die stellvertretende Landrätin Waltraud Schäfer (SPD) sowie die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Siegen Angela Jung (Bündnis 90/Die Grünen) auf. Vgl. Nicht nur die Temperaturen lassen frösteln. Gedenkstunde zum „Tag der Heimat" weit mehr als ein Blick in die Vergangenheit, in: Siegener Zeitung vom 19.09.2022.

[43] Als letzter Festredner trat 2018 der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen, Wilhelm Kreuer, auf. Vgl. Einladung des BdV zum „Tag der Heimat" 2018 mit Programmverlauf.

[44] Nachdem in den vorhergegangenen gut eineinhalb Jahrzehnten immer wieder wechselnde Musikgruppen aufgetreten waren, übernahm der Weidenauer Posaunenchor nunmehr fest die Begleitung des „Tags der Heimat". Vgl. 70. Tag der Heimat im Siegener Schlosspark. Bund der Vertriebenen erinnert an Vertriebenengesetz, in: Siegener Zeitung vom 6.09.2019.

Abb. 7: Aufstellung mit Fahnen vor dem Denkmal im Schlosspark beim „Tag der Heimat“ am 6.09.2019[45]

Für den zweiten Teil „Volkstümliches aus Ostdeutschen Landen“ versammelten sich die BdV-Mitglieder und ihre Gäste im nahegelegenen Ausflugslokal am Oberen Schloss. Wie zuvor die Bismarckhalle, war der dort angemietete Raum mit Fahnen, Wappen und Plakaten geschmückt. Am Beginn stand eine im Programm nicht näher benannte „musikalische Einleitung“, die jedoch vom Band kommen musste. Für Auftritte von Musik- und Tanzgruppen wie auch für Verkaufsstände sowie den Glücksspielautomaten reichte der Platz in dem angemieteten Raum nicht mehr aus. Demgegenüber fanden die Vorträge und Darbietungen aus den unterschiedlichen Landsmannschaften sowie das gemeinsame Singen unverändert statt. Sie waren neben den „Ansprachen“ das wesentliche Element des zweiten Veranstaltungsteils und leiteten den gewohnten informellen Ausklang des Gedenktags ein. Somit konnten die Vertriebenen beim „Tag der Heimat“ nach wie vor ihre „Volksgruppenidentitäten“ repräsentieren und ausleben.
Während der Corona-Pandemie ab März 2020 jedoch musste dieser für die BdV-Mitglieder so wichtige Teil des Gedenktags aufgrund der Ansteckungsgefahr und Hygieneauflagen ersatzlos ausfallen. Das „Gedenken“ hingegen konnte weiterhin in der neuen Form stattfinden, da sich die geltenden Abstandsregelungen im Schlosspark leicht einhalten ließen.[46]

[45] Bild: Matthias Kirchbach.
[46] Vgl. Nicht nur die Temperaturen lassen frösteln. Gedenkstunde zum „Tag der Heimat“ weit mehr als ein Blick in die Vergangenheit, in: Siegener Zeitung vom 19.09.2022.

Die pandemiebedingte Unterbrechung läutete zugleich das Ende des „Tags der Heimat“ ein. Zwar fand er nach dem Ende der Infektionsschutzmaßnahmen am 16. September 2022 wieder statt, alters- und gesundheitsbedingt nahm jedoch nurmehr eine niedrige zweistellige Personenzahl teil[47], sodass der BdV im Folgejahr erstmals auf eine Veranstaltung verzichtete. Der 69. „Tag der Heimat“ im Siegerland war somit zugleich der letzte.[48]

[47] Teilnehmende Beobachtung des Verfassers.
[48] Der erste Tag der Heimat im Siegerland fand 1953 statt. Vgl. Kapitel 2.3.

3.7 „Die Zeit rennt davon." Letzte Konsolidierungsversuche und Niedergang der Vertriebenenorganisationen im Siegerland

Der Niedergang der regionalen Vertriebenenorganisationen und der Bedeutungsverlust von „Flucht und Vertreibung" in der regionalen Erinnerungskultur beschleunigten sich gegen Ende der 2010er Jahre zunehmend. Beginnend mit der Wahl eines neuen BdV-Kreisvorstands im November 2018 versuchten die Vertriebenenorganisationen, sich und ihre Aktivitäten zu konsolidieren und die Unterstützung der Stadt Siegen zu gewinnen, blieben jedoch letztlich erfolglos.

Führungswechsel und Konsolidierungsversuche des BdV

Im Juli 2018 legte Hans-Heinrich Thomas nach 40 Jahren an der Spitze des BdV-Kreisverbands seine Ämter nieder.[1] Zu seinem Nachfolger wurde der bereits erwähnte Wilhelm Böcking gewählt, zu dessen Stellvertreter Norbert Gorlt vom Neunkirchener BdV-Ortsverband Freier Grund. Neuer Vorsitzender der J.-G.-Herder-Bibliothek wurde Dietmar Gorski, der ebenfalls dem BdV angehörte.[2] Der neue Vorstand rund um Wilhelm Böcking präsentierte sich bei der Feier zum siebzigjährigen Bestehen des BdV-Kreisverbands am 9. November 2018 in Siegen. Ein besonderer Gast der Veranstaltung in einem Konferenzsaal der Siegerlandhalle war der wenige Monate zuvor von der schwarz-gelben Koalition unter Ministerpräsident Armin Laschet eingesetzte „Beauftragte für die Belange deutscher Heimatvertriebener, Aussiedler und Spätaussiedler", Heiko Hendriks (CDU). Mit seiner Ernennung im Februar 2018 wollte die Landesregierung den genannten Gruppen „wieder mehr Aufmerksamkeit widmen" und „zugleich auch die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wachhalten"[3]. Dies implizierte jedoch keine unmittelbare Unterstützung im Rahmen der Kulturarbeit nach § 96 BVFG. Stattdessen sollte der Beauftragte als Vermittler zwischen Politik und Zwangsmigrant*innen bzw. deren Organisationen wirken und für letztere eine „Lotsenfunktion"[4] übernehmen, sie beraten und Unterstützungsangebote der Landesregierung vermitteln.

Anders als bei dem gewählten Anlass zu erwarten, wurde die Geschichte des Kreisverbands nur am Rande thematisiert. Höhepunkte der Veranstaltung waren stattdessen die Verabschiedung und Ehrung des scheidenden langjährigen Vorsitzenden Thomas und

[1] Mit Hans-Heinrich Thomas traten auch der zweite Vorsitzende und Schriftführer Ulrich Penski sowie der Kassenwart Bernhard Hübner nicht mehr zur Wahl an. Vgl. Bund der Vertriebenen Siegen, in: Siegener Zeitung vom 28.08.2018.

[2] Dietmar Gorski ist der Sohn des früheren BdV-Vorsitzenden Max Gorski.

[3] So ließ sich der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft Klaus Kaiser (CDU) zitieren. Vgl. Pressemitteilung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern. Heiko Hendriks wird Beauftragter der Landesregierung vom 23.01.2018, URL: https://www.land.nrw/pressemitteilung/belange-von-deutschen-heimatvertriebenen-aussiedlern-und-spaetaussiedlern-heiko (Stand: 21.07.2024).

[4] Ebd.

der Auftritt von sowie die anschließende Diskussion mit Heiko Hendriks.[5] In seiner kurzen Ansprache stellte der Landesbeauftragte sich und seine Aufgaben vor und gratulierte dem BdV-Kreisverband zum siebzigjährigen Bestehen. Darüber hinaus lobte er den Themenraum im Siegerlandmuseum und hob, auf den Topos der „Brückenfunktion" der Vertriebenen zurückgreifend, deren Beitrag zur Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands hervor. Obwohl der BdV-Kreisverband nachträglich auf seiner Facebook-Seite Hendriks' „gute Rede" und die anschließende „rege Diskussion"[6] lobte, war die Bilanz der Veranstaltung ernüchternd. Weder bot sie historische Selbstvergewisserung, noch hatte der neue Vorstand angesichts der prekären Lage eine überzeugende Zukunftsvision formuliert. Wilhelm Böcking war aufgrund seiner aggressiven Rhetorik und extremen Positionen, die gut vier Jahre zuvor bereits im Streit um das Denkmal im Schlosspark aufgefallen waren, ein denkbar ungeeigneter Kandidat, um die Arbeit des Kreisverbands strategisch neu auszurichten und wieder gesellschaftlich anschlussfähig zu machen. In seiner gesundheitlich bedingt nur knapp zweijährigen Amtszeit blieb sein Einfluss auf die Aktivitäten und öffentliche Wahrnehmung des BdV gering. Neuer Kreisvorsitzender wurde 2020 der bisherige Kassenwart Volker Braun.

„Die Zeit rennt davon." Gemeinsamer Rettungsversuch von BdV, J.-G.-Herder-Bibliothek und OMV

Zu Anbruch des neuen Jahrzehnts versuchten die verbliebenen Akteur*innen der regionalen Vertriebenenorganisationen, der Krise gemeinsam zu begegnen. Bei einem Treffen mit dem Siegener Stadtrat und Leiter des städtischen Geschäftsbereichs 2 und damit auch des Kulturbereichs, Arne Fries (CDU), im August 2020 versuchten Vertreter des BdV, der J.-G.-Herder-Bibliothek und der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV), mögliche Wege aus der aktuellen Lage zu finden und eine Zukunftsperspektive für die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" zu entwickeln. Das dringlichste Thema bei dem Treffen war die Suche nach einem neuen gemeinsamen Stand- bzw. Aufbewahrungsort für die „Ostdeutsche Heimatstube" am Neunkirchener Leyhof, den BdV-Kreisverband und seine „ostdeutsche Sammlung" sowie den verbliebenen Buchbestand der J.-G.-Herder-Bibliothek. Gegenüber der Siegener Zeitung betonten alle Teilnehmer das Gefühl, vor einer Zäsur zu stehen. Norbert Gorlt sah die letzte Gelegenheit gekommen, das Kulturgut aus der „alten Heimat" und die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" zu bewahren:

[5] Geschichte nicht vergessen. Kreisverband des Bunds der Vertriebenen feierte 70. Geburtstag, in: Siegener Zeitung vom 15.11.2018; teilnehmende Beobachtung des Verfassers.
[6] Beitrag auf der Facebook-Seite des BdV Kreisverbands Siegen vom 11.08.2018, URL: https://de-de.facebook.com/BDV-KV-Siegen-1706062333031401/ (Stand: 21.07.2024).

„Die Zeit rennt davon. Die Generation der Vertriebenen stirbt aus, das Wissen geht verloren – diesmal unwiederbringlich."[7] Wohl inspiriert durch das Projekt „Historisch Ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW"[8] der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, schlug er vor, Erzählungen noch lebender Opfer von „Flucht und Vertreibung" zu sammeln und in Videoform online zugänglich zu machen. Im Januar 2020 hatte ein Team der Stiftung die Heimatstube des BdV in Neunkirchen besucht, um deren Geschichte und Bestand zu dokumentieren. Etwa fünfzig ausgewählte Objekte wurden fotografiert, vereinzelt sogar dreidimensional gescannt, und, versehen mit neuen Beschreibungstexten und Begleitinformationen, im „virtuellen Heimatsammlungen-Bildungshaus" auf der Internetpräsenz der Kulturstiftung ausgestellt.[9] Den Vorschlägen und Bitten der Vertriebenenorganisationen um finanzielle sowie institutionelle Hilfen erteilte Fries jedoch eine Absage. Zwar würdigte er die „bedeutende Bildungsarbeit" des BdV und der J.-G.-Herder-Bibliothek, stellte eine weitere Unterstützung jedoch unter den Vorbehalt, dass es beiden gelinge, „sich zukunftsfähig aufzustellen".[10]

Das Ende der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung"?

Parallel zum Ende des „Tags der Heimat" verloren die Vertriebenen ihre Orte der Repräsentation und Erinnerung an die „alte Heimat". Da der schlechte bauliche Zustand des Gebäudes am Leyhof keinen Publikumsverkehr mehr erlaubte, musste die „Ostdeutsche Heimatstube" in Neunkirchen im Herbst 2022 für die Öffentlichkeit schließen. Der Themenraum „Integration der Vertriebenen" im Siegerlandmuseum folgte wenig später. Im Vorfeld einer Sonderausstellung sowie der anstehenden Neukonzeption der Dauerausstellung wurde die Präsentation im April 2024 endgültig abgebaut.[11]

Einzig die J.-G.-Herder-Bibliothek setzt trotz sinkender Frequenz und Besucher*innenzahlen beharrlich ihre Vortragsveranstaltungen fort.[12] Die Feier zu seinem 50-jährigen Bestehen im Juli 2022 nutzte der Verein vor allem, um öffentlich auf seine Probleme aufmerksam zu machen und um Unterstützung der Stadt Siegen zu werben. Wie knapp zwei Jahre zuvor blieb der Appell jedoch erfolglos. Mit Verweis auf das abnehmende gesell-

[7] Keine neue Heimat in Sicht. Bund der Vertriebenen und Herder-Bibliothek wünschen sich zentralen Standort, in: Siegener Zeitung vom 21.09.2020.

[8] Vgl. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: Webseite des Projekts „Historisch Ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW", URL: https://ostdeutsche-heimatsammlungen.de (Stand: 21.07.2024).

[9] Digitalisierte Heimatstube. Artefakte aus Bits und Bytes, in: Siegener Zeitung vom 8.01.2020.

[10] Keine neue Heimat in Sicht, in: Siegener Zeitung vom 21.09.2020.

[11] Die am 3. Mai 2024 eröffnete Ausstellung „Siegen. Fremde? Heimat?" umfasste auch den ehemaligen Themenraum.

[12] Die Zahl hat sich auf etwa zwei Vorträge im Jahr eingependelt, die Besucher*innenzahlen liegen laut den Berichten des Vereins zu den Veranstaltungen bei etwa 30 Personen. Vgl. Webseite der J.-G.-Herder-Bibliothek, URL: http://www.herder-bibliothek.de/veranstaltungen.html (Stand: 21.07.2024).

schaftliche Interesse sowie „das Versterben von Zeitzeugen und die immer größer werdende zeitliche Distanz“[13] lehnte die städtische Pressesprecherin Claudia Scheffler weitere Hilfen ab.

[13] Zukunft der Herder-Bibliothek. Können 800 Jahre deutsche Geschichte erhalten bleiben?, in: Siegener Zeitung vom 12.07.2022.

3.8 Zwischenfazit

Annähernd acht Jahrzehnte nach der Zwangsmigration ist ungewiss, welchen Stellenwert „Flucht und Vertreibung“ und die Zwangsmigrant*innen künftig im kollektiven Gedächtnis der Region haben werden. Der Niedergang der Vertriebenenorganisationen, welche die regionale Erinnerungskultur seit der unmittelbaren Nachkriegszeit wesentlich mitbestimmten und -gestalteten, hinterlässt ein Vakuum. Noch ist unklar, ob neue Institutionen und Akteur*innen in Zukunft an ihren Platz treten und welcher Narrative, Medien und Praktiken sie sich bedienen werden.

Die Analyse ihrer Medien und Praktiken im zeitlichen Verlauf eröffnet tiefere Einsicht in die Entwicklung und Dynamiken der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ im Siegerland. In der längsschnittartigen Betrachtung werden sechs Phasen erkennbar.

1. Aufnahme, Integration und Entstehung eines Fundaments der Erinnerungskultur (1945–1949)

Die Zwangsmigrant*innen bildeten in der unmittelbaren Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs eine eigenständige Opfergruppe. Zwar wurden mit den Flüchtlingsämtern und -ausschüssen rasch Institutionen zur Betreuung und politischen Beteiligung geschaffen, die Veranstaltungen der Heimat-, Kunst- und Kulturvereine sowie der politischen Parteien zur sozialen Integration der Vertriebenen hatten zunächst jedoch wenig Erfolg, da diese vielfach noch fest mit der Rückkehr in ihre „alte Heimat“ rechneten und nicht bereit waren, sich an die neue Umgebung zu binden. Mit der Dauer des Aufenthalts und dem zunehmenden Kontakt zur Aufnahmegesellschaft entwickelte sich jedoch bald ein festes Fundament, auf dem sich die regionale Erinnerungskultur an „Flucht und Vertreibung“ etablieren und ausdifferenzieren konnte. Eine zentrale Rolle spielten die nach dem Ende des Koalitionsverbots gegründeten und bald kreisweit organisierten Interessengemeinschaften. Bei der Veranstaltungsreihe des Jahres 1949 zeigte sich erstmals das organisatorische und politische Potenzial der Siegerländer Vertriebenenorganisationen. Die Erinnerung an die alte Heimat sowie das Werben um Anerkennung wurden zu primären Funktionen der frühen Formen von Erinnerungskultur. Zeitgleich setzte sich die Siegener Politik erstmals für die permanente Repräsentation der Zwangsmigrant*innen im öffentlichen Raum ein. Die Namen von Städten und Regionen im „Deutschen Osten“ auf Straßenschildern sowie im Stadtplan waren ein Zugeständnis an die von dort stammende Bevölkerung und zugleich symbolische Botschaften an die Siegermächte.

2. Expansion und Ausdifferenzierung (1950–1966)

Im Verlauf der 1950er Jahre bildete sich im Siegerland ein flächendeckendes und leistungsfähiges Netzwerk von Vertriebenenorganisationen heraus. Die Kreis-IG bzw. der daraus hervorgegangene BdV-Kreisverband und die dazugehörigen Orts- und Landsmannschaftsgruppen wurden zu Keimzellen und Schnittpunkten unterschiedlichster In-

stitutionen, Medien und Praktiken der Erinnerung und prägten diese langfristig. Sie wirkten politisch stabilisierend und boten ihren Mitgliedern emotionalen Halt, trugen andererseits jedoch zu einer gewissen Abgrenzung von der „neuen Heimat“ sowie untereinander bei. Die anfänglich zur Betreuung und Eingliederung der Zwangsmigrant*innen veranstalteten „Bunten Abende“ und gemeinsamen „Heimatabende“ der späten 1940er und frühen 1950er Jahre wurden unter ihrem Einfluss binnen Kurzem zu Exklusivveranstaltungen der Vertriebenen. Sie dienten diesen vor allem dazu, eine „Ersatzheimat“ zu stiften, gemeinsame Traumata zu überwinden und an die vergangenen Traditionen und Lebenskontexte anzuknüpfen.

Nachdem sie sich mit Anbruch der 1950er Jahre zunächst auf ihren jeweiligen Einflussbereich konzentriert hatten, traten die Vertriebenen im Siegerland am Ende des Jahrzehnts wieder deutlich sichtbar in die Öffentlichkeit. Mit dem zentral ausgerichteten „Tag der Heimat“ und der Ausstellung „Heimat im Osten“ gelang es erneut, breite Teile der Gesellschaft anzusprechen und zu mobilisieren. Die Voraussetzungen für diese Aktivitäten hatten sich jedoch grundsätzlich gewandelt. Zum einen war das Netzwerk der Vertriebenenorganisationen in der Region konsolidiert, zum anderen wurden ihre Bemühungen, die „ostdeutsche“ Kultur und Traditionen zu pflegen und bewahren, auf Basis des § 96 BVFG staatlich gefördert und unterstützt. Die Ausstellung „Heimat im Osten“ und der „Tag der Heimat“ ergänzten und verstärkten einander in ihrer Wirkung. Gegenüber ihrer Vorgängerin von 1949 markierte die Schau einen Fortschritt. Die gemeinschaftsbildenden, ästhetischen und heimatpolitischen Elemente der frühen Vertriebenenkundgebungen gingen damit in eine potenziell dauerhafte Form der kollektiven Erinnerung über, bei der es primär darum ging, an die „alte Heimat“ zu erinnern sowie die heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenen zu untermauern und wachzuhalten. Der sich hier gestalterisch wie inhaltlich herausbildende neue Ausstellungstyp wirkte einige Jahre später auch in der im Siegerlandmuseum eingerichteten „Heimatstube für ostdeutsches Kulturgut“ fort. Gemeinsam mit ihrem wenige Jahre zuvor eröffneten Burbacher Pendant war diese die erste dauerhafte Einrichtung der Vertriebenen im Siegerland und etablierte sich langfristig als wichtige Institution der regionalen Erinnerungskultur. Den Betroffenen von „Flucht und Vertreibung“ diente sie als Ort der Erinnerung, als Kompensationsraum für die Traumata von „Flucht und Vertreibung“, zur Bewahrung des „ostdeutschen“ Kulturgutes und nicht zuletzt der symbolischen Repräsentation gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Die Akteur*innen aus Politik und Verwaltung hingegen sahen in ihr darüber hinaus eine Bildungseinrichtung auf musealem und wissenschaftlichem Niveau. Diese unterschiedlichen Ansprüche und Erwartungen ließen sich nur schwer miteinander vereinbaren und sorgten wiederholt für Konflikte.

Eröffnung und Ausbau der Heimatstube fielen zusammen mit der beginnenden Neuausrichtung der Kulturarbeit in den 1960er Jahren. Im Kampf gegen den von den Akteuren auf Landesebene postulierten „geschichtlichen Notstand des deutschen Volkes“ spielte „Gesamtdeutschland“ als Leitvokabel und Denkfigur eine zentrale Rolle. Die „Gesamt-

deutsche Woche“ und die Ausstellung „Leistung und Schicksal“ sollten helfen, die alteingesessene Bevölkerung für die Vertreibungsproblematik und die ungelösten territorialen Ansprüche zu sensibilisieren. Erstere bewies zwar das gesamtgesellschaftliche Mobilisierungspotenzial der Kulturarbeit, offenbarte zugleich allerdings Konfliktlinien hinsichtlich der bundesrepublikanischen Innen- sowie Außen- bzw. Ostpolitik und erreichte ihre wichtigste Zielgruppe nicht. Zweitere war demgegenüber ein Publikumserfolg und wurde als prestigeträchtiges Ereignis wahrgenommen, hatte jedoch keine nachhaltige Wirkung.

3. Höhe- und Kipppunkt in der Erinnerungskultur (1967 – Ende der 1970er Jahre)

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre war der Höhepunkt des Diskurses um „Flucht und Vertreibung“ im Siegerland erreicht. Die Vertriebenen hatten erfolgreich den öffentlichen Raum besetzt und eine stark ausdifferenzierte Erinnerungslandschaft geschaffen, die unterschiedlichste Medien, Praktiken und Dimensionen abdeckte.

Politik und Verwaltungen in der Region gaben zunehmend ihre eher passiv unterstützende Haltung auf und wurden, wenn auch zunächst ohne Erfolg, selbst auf der Domäne der Vertriebenenorganisationen aktiv. Der Beschluss des Siegener Kreistags im Juli 1967, eine Partnerschaft mit dem tschechoslowakischen Aš zu begründen, war ein frühes Anzeichen dieser Wende. Solange die Vertriebenen und ihre Organisationen die Bundes- und Landespolitik noch hinter sich wähnten, wurden die Beziehung und Zusammenarbeit davon trotz vereinzelter Proteste nicht spürbar beeinträchtigt. Nach dem Abriss des „Ostdeutschen Wegweisers“ konnte ebenfalls ein Konflikt vermieden werden. Es gelang, die Errichtung seines Nachfolgers, des „Ostdeutschen Mahnmals“ im Schlosspark in Siegen, einvernehmlich mit den Zwangsmigrant*innen umzusetzen und diese gleichsam geschichtspolitisch zu assimilieren. In der Folge nutzten und begriffen sie das als „Ort der Integration“ geschaffene Erinnerungszeichen als „Ort der Verlustbewältigung“. Die Denkmalsetzung markierte den vorläufigen Abschluss einer rund zwanzigjährigen Expansion und Diversifizierung der kollektiven Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“.

Die Gründung der J.-G.-Herder-Bibliothek 1972 war dagegen bereits eine defensive Reaktion auf den neuen außenpolitischen Kurs der 1969 gewählten sozialliberalen Regierungskoalition unter Willy Brandt (SPD) und Vizekanzler Walter Scheel (FDP). Für die regionale Erinnerungskultur bedeutete die „neue Ostpolitik“ allerdings keine unmittelbare Zäsur. Die unter anderem von Ludwig Landsberg formulierten neuen Ansätze wurden durchaus wahrgenommen und diskutiert, beeinflussten die Kulturarbeit im Siegerland jedoch kaum. Der von Karl-Heinz Weber initiierte Verein wurde anfangs als neue kulturelle Institution in der Region an- und ernstgenommen, entwickelte sich mit der Zeit aber zunehmend zum Sprachrohr für Positionen und Aussagen, die mit den Richtlinien und Förderbedingungen der Kulturarbeit nicht mehr zu vereinbaren waren.

Ausschlaggebend für die mehrfache Umgestaltung des „Tags der Heimat“ Anfang der 1970er Jahre war das abnehmende öffentliche Interesse. Nach dem zunächst erfolgreichen Experiment von 1970 geriet der Gedenktag in eine Krise. Die organisatorischen Probleme

und Konflikte und schließlich der Eklat des Jahres 1973 offenbarten fundamentale Spannungen zwischen der städtischen Politik und Verwaltung einerseits und dem Beirat sowie BdV andererseits. Diese Risse zeigten sich später auch unter den verschiedenen Interessenvertretungen der Zwangsmigrant*innen. Der „Tag der Heimat" blieb zwar weiterhin der jährliche Höhepunkt des Gedenkens an „Flucht und Vertreibung", wurde jedoch nach annähernd zwei Jahrzehnten im Fokus der regionalen Erinnerungskultur wieder zu einer Partikularveranstaltung von und primär für die Zwangsmigrant*innen.

4. Stagnation und Re-regionalisierung der Erinnerungskultur (ca. 1980–2001)

Auf die dynamische Entwicklung der vorhergegangenen Jahrzehnte folgte in den 1980er und 1990er Jahren eine Phase der Stagnation. Die Praktiken und Medien der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" bestanden zwar fort, erstarrten jedoch in ihrer etablierten Form. Zugleich wurde die Kulturarbeit zunehmend von den regionalen Vertriebenenorganisationen entkoppelt. Die Feierstunde zum Schülerwettbewerb 1981 war das vorerst letzte auf Basis des § 96 BVFG geförderte Großereignis mit Bezug auf „Flucht und Vertreibung" im Siegerland, fand jedoch kaum mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Paul Arnold Nelles' Festrede dokumentierte öffentlich, wie weit sich die Landespolitik von den Zwangsmigrant*innen entfernt hatte und beeinträchtigte nachhaltig das Verhältnis zu den Vertriebenenorganisationen.

In der Folge entkoppelte sich die kollektive Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" im Siegerland zunehmend von den überregionalen Entwicklungen. Die etablierten Medien und Praktiken überdauerten auch den Generationswechsel an der Spitze der Vertriebenenorganisationen im Siegerland. Im neuen Jahrtausend verloren diese zunehmend an Einfluss. Der BdV-Kreisverband ignorierte die Neuorientierung des Dachverbands unter Erika Steinbach und hielt stattdessen hartnäckig an den alten heimatpolitischen Positionen und Diskursen fest, konnte sich damit im Streit um den Auftritt Paul Latusseks als Festredner beim „Tag der Heimat" 2001 jedoch nicht mehr durchsetzen und unterlag den Akteuren aus Kreistag und -verwaltung.

5. Neue Dynamik und Übergang der Initiative von den Vertriebenenorganisationen auf Politik, Verwaltung und Gesellschaft (2001–2013)

Der Paradigmenwechsel durch die Wiedervereinigung schlug sich auf der regionalen Ebene nicht unmittelbar nieder. Erst die neue Konjunktur in der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" auf Bundesebene im neuen Jahrtausend brachte auch im Siegerland neue Impulse. Das Heft des Handelns lag nun jedoch nicht mehr bei den Vertriebenenorganisationen. Besonders deutlich wird dies an dem geplanten Gemeinschaftsprojekt des Kreises Siegen-Wittgenstein, der Stadt Siegen und der Universität. Mit dem Scheitern war eine Chance vertan, „Die Integration der Vertriebenen im Siegerland und in Wittgenstein" umfassend historisch zu erforschen und einer breiten Öffentlichkeit auf ver-

schiedenen Ebenen zu vermitteln. Einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung des Diskurses um „Flucht und Vertreibung“ und eine wissenschaftliche Grundlage für die Erinnerungskultur lieferte dagegen die Publikation von Dieter Pfau und Heinrich Ulrich Seidel. Dies zeigte sich unter anderem in der durch den anstehenden Verkauf und Abriss der Kasernengebäude auf dem Wellersberg ausgelösten Debatte um die Erinnerung an das ehemalige Hauptdurchgangslager für Flüchtlinge und Vertriebene. Im Zuge der letztlich erfolglosen Gedenktafel-Initiative wurden zunehmend auch dessen Verdienste und Leistungen betont und es setzte sich die Sicht auf das Lager als Ort der Hilfe und Sicherheit sowie des Neuanfangs für die Zwangsmigrant*innen durch. Die neue Deutung und die hinzugewonnenen historischen Erkenntnisse flossen auch in die Gestaltung des neuen „Themenraums“ im Siegerlandmuseum ein. Dessen Konzeption eröffnete mit dem Ansatz des *musée sentimentale* sowie der Darstellung anhand von exemplarischen Lebensgeschichten veränderte Perspektiven auf die Ankunft und Aufnahme der Zwangsmigrant*innen im Siegerland und band sie in das übergreifende stadtgeschichtliche Narrativ des Museums ein. Während der Planung und Realisierung traten die Interessenkonflikte zwischen der städtischen Politik und Verwaltung einerseits und dem (Kreis-)Vertriebenenbeirat und BdV andererseits immer deutlicher zutage. Letztere konnten zwar einige Änderungen durchsetzen und mit der Präsentation im Weidenauer Rathaus an die ehemalige Heimatstube anknüpfen, stießen in der breiten Öffentlichkeit jedoch zunehmend auf Desinteresse. So wurde die gemeinsame Ausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert“ des BdV-Kreisverbands und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in 2008 kaum mehr wahrgenommen. Gleiches galt für die J.-G.-Herder-Bibliothek. Während der Buchbestand bestätig weiter anwuchs, erodierten die personellen und finanziellen Ressourcen des Vereins. Der Verkauf des Gebäudes in der Bismarckstraße führte schließlich zur Einstellung der Bücherei- und Publikationstätigkeit und zum Bruch im Verhältnis mit der Stadt Siegen. Die J.-G.-Herder-Bibliothek existierte fortan als reiner Kulturverein weiter.

6. Bedeutungsverlust in der Erinnerungskultur und Niedergang der regionalen Vertriebenenorganisationen (seit 2014)

In der zweiten Hälfte der 2010er Jahre sahen sich die Vertriebenen zunehmend in Opposition zu Politik und Verwaltung, der Stadtgesellschaft sowie den Akteur*innen und Institutionen der regionalen Erinnerungskultur. Der Kampf um die Deutungshoheit über „Flucht und Vertreibung“ und die Formen und Funktionen der kollektiven Erinnerung kulminierte 2014 in der Debatte um das „Ostdeutsche Mahnmal“. Massive Proteste auf der Veranstaltung des „Forums Siegen“ und anschließend in der Leserbriefspalte der Siegener Zeitung verhinderten eine offene Diskussion über dessen veränderte Bedeutung und Möglichkeiten, es neu zu kontextualisieren. Diese letzte große öffentliche Kontroverse über die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ in der Region markierte den

Übergang in die letzte Phase, in der die Zwangsmigrant*innen endgültig ins Abseits gerieten.
Das schwindende öffentliche Interesse an der Zwangsmigration sowie die rapide sinkenden Mitgliedszahlen stürzten den BdV sowie die J.-G.-Herder-Bibliothek in eine tiefe Krise. Die Konsolidierungsversuche zwischen 2018 und 2020 und die Hilfegesuche an die Stadt Siegen blieben erfolglos. Weder die Kommunal- noch die Landespolitik waren bereit, die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" weiterhin wie bisher zu fördern. Es gelang zwar noch, dem „Tag der Heimat" eine neue Form zu geben und ihn so fortzuführen, die dafür notwendigen Veränderungen und Kompromisse veränderten den Charakter des Gedenktags jedoch nachhaltig. Die Orte der Repräsentation und Erinnerung an die „alte Heimat" gingen hingegen sukzessive verloren. Mit dem letzten „Tag der Heimat" und der Schließung des „Themenraums" im Siegerlandmuseum endeten im Jahr 2022 schließlich die über Jahrzehnte hinweg gewachsenen und etablierten Formen der öffentlichen Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" in der Region.

Charakteristika und spezifische Entwicklungen der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" im Siegerland

Welche übergeordneten Schlüsse lassen sich aus den vorhergegangenen Analysen und Überlegungen ziehen? Welches sind die Charakteristika und spezifischen Entwicklungen der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" in der Region?

Nebeneinander von Individualität und Exemplarität

Zunächst fallen bei der Betrachtung der oben beschriebenen Phasen Übereinstimmungen und Abweichungen zwischen den Entwicklungen auf Meso- und Makroebene ins Auge. Die regionale hing weniger stark mit der nationalen Erinnerungskultur zusammen, als angesichts der zentralen Bedeutung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG anzunehmen war, und hielt länger an. Während etwa die „neue Ostpolitik" bzw. die Ostverträge oder die Wiedervereinigung, wenn auch verzögert, bis ins Siegerland durchschlugen, spielten beispielsweise die verstärkte Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen im Zuge der Auschwitzprozesse oder der Mauerbau für den Umgang mit „Flucht und Vertreibung" in der Region keine Rolle. Die von Manfred Kittel postulierte Verdrängung der Zwangsmigration aus dem öffentlichen Bewusstsein und der Erinnerungskultur ab den 1970er Jahren ist für das Siegerland nicht nachzuweisen.
Ein Nebeneinander von Individualität und Exemplarität lässt sich auch im Hinblick auf die Medien und Praktiken der Erinnerung feststellen. Dem „Tag der Heimat", der Heimatstube im Oberen Schloss oder den Heimatabenden der Zwangsmigrant*innen als – ungeachtet ihrer im Detail unterschiedlichen Umsetzungen – typischen Formen der Erinnerung stehen regionale, in der Forschung bislang nicht untersuchte Sonderentwicklungen wie die symbolische Fahnenweihe 1958 in Salchendorf gegenüber.

(Un-)Gleichzeitigkeit: Nebeneinander von Innovationen und verspäteten Entwicklungen

Im Hinblick auf die temporale Dimension der Erinnerungskultur gerät die (Un-)Gleichzeitigkeit der Medien und Praktiken in den Blick. Es gab auf der regionalen Ebene sowohl vorauseilende als auch verspätete bzw. nachholende Entwicklungen. Zu den Innovationen gehören etwa die Veranstaltungsreihe des Jahres 1949 oder die ersten Straßenbenennungen. Das „Ostdeutsche Mahnmal" im Schlosspark oder die späte Erinnerung an das Hauptdurchgangslager auf dem Siegener Wellersberg gehören hingegen zu den andernorts schon früher etablierten Medien und Praktiken. Die gescheiterte Anbringung der Gedenktafel dort zeigt zugleich die Bedeutung der abgebrochenen bzw. nicht oder nur unvollständig realisierten Vorhaben. Diese verweisen zum einen auf die Kontingenz der erinnerungskulturellen Entwicklungen und Diskurse und geben zum anderen Aufschluss über die regionalen Kräfteverhältnisse und Kräfteverschiebungen zwischen den Akteur*innen und Trägergruppen des kollektiven Gedächtnisses.

Temporäre und langfristige Wirkungen

Schließlich werden in der längsschnittartigen Betrachtung von Medien und Praktiken der Erinnerung deren Wirksamkeit und langfristiger Einfluss auf das kollektive Gedächtnis sichtbar. Verglichen mit prestigeträchtigen Großereignissen und -veranstaltungen wie der „Gesamtdeutschen Woche", der „Ausstellung „Leistung und Schicksal" oder der Siegerehrung des Jahres 1981 erwiesen sich die permanenten bzw. institutionalisierten Formen und Orte der Erinnerung als prägender für die kollektive Erinnerung und das öffentliche Bewusstsein. Entscheidend waren dabei jedoch eine gewisse Veränderbarkeit und Deutungsoffenheit. Sie mussten die entscheidenden Trägergruppen des kollektiven Gedächtnisses ansprechen, an gewandelte Rahmenbedingungen und Formen der Erinnerung angepasst werden können und anschlussfähig für sich verändernde Fragestellungen und Orientierungsbedürfnisse bleiben. So sind die zahlreichen „ostdeutschen" Straßennamen in Siegen bis in die Gegenwart unhinterfragt Teil der regionalen Erinnerungslandschaft, spielten jedoch im Bewusstsein und in den Diskussionen um die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" schon bald nach ihrer Vergabe keine Rolle mehr. Demgegenüber behielt das Denkmal im Schlosspark seine Bedeutung für die Vertriebenen und deren Aktivitäten ungebrochen von seiner Errichtung bis in die jüngere Vergangenheit. 2014/15 wurde es zum Kristallisationspunkt in den Debatten um die Zwangsmigration im 21. Jahrhundert. Trotz der gescheiterten Vorschläge für eine Neukontextualisierung und der missglückten temporären Umwidmung bleibt es prinzipiell offen für eine Aktualisierung und Transformation. Es ist prädestiniert als regionaler Ort des Erinnerns und Gedenkens an „Flucht und Vertreibung" und möglicherweise die Einwanderung in die Region insgesamt.

Zweiter Teil

Arbeitsmigration 1955–1973 in der regionalen Erinnerungskultur

4. Arbeitsmigration ins Siegerland 1960–1973. Regionales Migrationsregime und Betreuungsstrukturen

Die Migration ausländischer Arbeitskräfte ab Ende der 1950er Jahre war die bedeutendste Wanderungsbewegung ins Siegerland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und „Flucht und Vertreibung". Ebenso wie letztere prägte sie die Region politisch und gesellschaftlich nachhaltig und schrieb sich tief ins kollektive Gedächtnis ein. Bereits in ihrer Frühphase entstanden zudem Strukturen und Institutionen, welche ihre Verarbeitung und ihren Stellenwert in der Erinnerungskultur entscheidend beeinflussten.

Im Folgenden geht es um die Anwerbung und die Beschäftigung von „Gastarbeitern" zwischen 1960 und 1973. In einem ersten Schritt werden die Ursachen und die rechtlichen Rahmenbedingungen auf der nationalen Makroebene dargestellt. Hierauf folgt eine Analyse der spezifischen regionalen Voraussetzungen sowie des zeitlichen Verlaufs der Migration. Abschließend rücken das Präsenzregime und die Arbeits- bzw. Lebensbedingungen der Migrant*innen im Siegerland einschließlich der sich nach und nach herausbildenden Betreuungsstrukturen für die „Ausländer"[1] in den Fokus. Quellen sind neben der lokalen Presse Veröffentlichungen der Siegerländer Unternehmerverbände, Akten und Statistiken des Arbeitsamtes, Berichte und Publikationen der städtischen bzw. Kreisbehörden sowie der Industrie- und Handelskammer.

Staatlich organisierte Arbeitsmigration in die Bundesrepublik ab den 1950er Jahren

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ab den 1950er Jahren war kein neues Phänomen. Im Siegerland lässt sie sich bis in die 1860er Jahre zurückverfolgen, als Italiener*innen vornehmlich im Eisenbahnbau eingesetzt wurden.[2] Vorerst blieb die Gesamtzahl der Migrant*innen niedrig, weil die regionale Montanindustrie zahlreiche Menschen aus den wirtschaftlich weniger entwickelten Westerwälder und Wittgensteiner Gebieten aufnehmen konnte. Dies änderte sich jedoch zu Ende des Jahrhunderts. Italienische Arbeitskräfte waren nun vor allem im Baugewerbe tätig. Zusätzlich zogen polnische Bergleute und Hüttenarbeiter aus dem russisch beherrschten Weichselgebiet ins Siegerland, blieben dort jedoch zumeist nur so lange, bis sie ihre Arbeitsverträge erfüllt hatten.[3]

Während des Ersten Weltkriegs kamen erneut zahlreiche Migrant*innen in die Region. Kriegsgefangene unterschiedlicher Nationalität sowie belgische „Zivilarbeiter" waren bald in allen Wirtschaftszweigen beschäftigt und führten dort in der Regel unqualifizierte

[1] Die Bezeichnung wird aufgrund der ihr inhärenten Zuschreibungen stets in modalisierende Anführungszeichen gesetzt. Eine Definition und Einordnung folgen weiter unten.

[2] Zur italienischen Arbeitsmigration vgl. René Del Fabbro: Italienische industrielle Arbeitskräfte in West- und Mitteleuropa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 689-696.

[3] Vgl. Ulrich Opfermann: Heimat Fremde. Ausländereinsatz im Siegerland, 1939 bis 1945. Wie er ablief und was ihm vorausging. Ein Heimatbuch (Beiträge zur Geschichte der Siegerländer Arbeiterbewegung, Bd. 3), Siegen 1991, S. 23.

Tätigkeiten aus.[4] Beide Gruppen galten als „feindliche Ausländer“ und standen unter strenger militärischer Verwaltung.[5] In der Zeit der Weimarer Republik sowie den ersten Jahren der NS-Herrschaft waren nur wenige internationale Migrant*innen im Siegerland. Dies änderte sich mit Beginn des Zweiten Weltkriegs. Wie viele Zivilist*innen und Kriegsgefangene insgesamt zwischen 1939 und 1945 aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zum sogenannten „Arbeitseinsatz“[6] ins Deutsche Reich verschleppt und in der Region beschäftigt wurden, ist kaum zu ermitteln. Der Höchststand wurde jedoch zwischen Sommer und Herbst 1944 erreicht, als diese Zwangsmigrant*innen mindestens ein Drittel aller Arbeitskräfte und etwa 9 % der Gesamtbevölkerung stellten.[7] Nach ihrer Befreiung kehrten die als „Displaced Persons“ bezeichneten Überlebenden zumeist in ihre Herkunftsländer zurück.

Die staatlich organisierte europäische Arbeitsmigration in die Bundesrepublik begann mit dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen von 1955.[8] Auf diesem Wege hoffte die Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), den durch das außerordentliche Wirtschaftswachstum und die verstärkte Auswanderung zusätzlich gestiegenen Arbeitskräftebedarf zu decken.[9] Auf diese erste Vereinbarung mit Italien folgten bald weitere. Als sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt Anfang der 1960er Jahre durch den Mauerbau und die Wehrdienstverpflichtung für junge Männer weiter verschärfte, weitete die Bundesrepublik das etablierte Migrationsregime schrittweise aus und schloss weitere Anwerbeverträge mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko und Südkorea (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) sowie zuletzt im Jahr 1968 mit Jugoslawien. Aus deutscher Sicht sicherten diese Abkommen ein schnell verfügbares, flexibles und kostengünstiges Arbeitskräftepotenzial für die Wirtschaft und verbesserten gleichzeitig das außenpolitische Renommee sowie die Handelskontakte der jungen Bundesrepublik. Die Anwerbestaaten ihrerseits hofften ebenfalls auf bessere außenpolitische sowie

[4] Die Mehrzahl der Kriegsgefangenen kam aus Frankreich, Italien, Polen sowie dem zaristischen Russland, genaue Zahlen liegen jedoch nicht vor. Vgl. ebd., S. 24.

[5] Zur Migration von Kriegsgefangenen und deren Behandlung vgl. Jochen Oltmer: Kriegsgefangene in Europa 1914-1922, in: Bade/Emmer/Lucassen/Ders. (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 744-753.

[6] So die euphemistische Bezeichnung des nationalsozialistischen Regimes für die Zwangsarbeit. Vgl. Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländer-Einsatzes‘ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

[7] Opfermann: Heimat Fremde. Ausländereinsatz im Siegerland, S. 30, 47-49.

[8] Roberto Sala: Vom „Fremdarbeiter“ zum „Gastarbeiter“. Die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft (1938-1973), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 93–120, hier S. 109-112; Ders: Die migrationspolitische Bedeutung der italienischen Arbeitswanderung in die Bundesrepublik, in: Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 104), München 2012, S. 71-87.

[9] Zwischen 1946 und 1961 wanderten allein rund 780 000 Menschen permanent oder dauerhaft nach Übersee aus. Vgl. Oltmer: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, S. 54. Vertiefend zur Auswanderung aus Deutschland: Johannes-Dieter Steinert: Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961, Osnabrück 1995. Zu den Auswirkungen auf die Migrationspolitik vgl. Jan Philipp Sternberg: Auswanderungsland, Zuwanderungsland. Die Doppelrolle der Migrationspolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System, S. 25-38, hier S. 25.

-wirtschaftliche Beziehungen und versuchten mitunter, innere soziale Spannungen zu entschärfen, ihre hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und durch Geldtransfers der Arbeitsmigrant*innen an ihre Angehörigen begehrte Devisen ins Land zu holen.[10]

Andere Staaten gingen ähnlich vor. Zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Anfang der 1970er Jahre wurden europaweit ca. 120 bilaterale Anwerbevereinbarungen geschlossen. Während die Bundesrepublik auf Zuwanderung aus dem Mittelmeerraum setzte, verfolgten andere Staaten jeweils eigene Strategien. In Großbritannien kam die Mehrzahl der Arbeitsmigrant*innen beispielsweise zunächst aus Irland und seit dem *British Nationality Act* von 1948 aus den Kolonien. Frankreich konzentrierte seine Anwerbebemühungen zunächst auf das benachbarte Spanien und ab den 1960er Jahren verstärkt auf Marokko, Tunesien und Algerien sowie Indochina und die Karibik.[11] Selbst die DDR beschäftigte – wenn auch in wesentlich geringerem Maße – in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren Arbeitskräfte aus den sozialistischen sogenannten „Bruderstaaten" Kuba, Vietnam und Mosambik.[12]

Das trotz regionaler Unterschiede und Besonderheiten in seinen Grundzügen stets ähnliche „Gastarbeiter-System"[13] funktionierte nach dem Rotationsprinzip. Die angeworbenen Arbeitskräfte sollten sich jeweils nur temporär in Deutschland aufhalten und nach Ende ihrer meist auf ein Jahr begrenzten Verträge in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Darüber hinaus dienten sie als „Konjunkturpuffer"[14]. In Boomzeiten standen sie der deutschen Wirtschaft zur Verfügung, konnten bei wirtschaftlichen Krisen jedoch wieder abgeschoben werden. Den entsendenden Ländern boten die Verträge Möglichkeiten, das Ausmaß der Migration zu steuern, Wehrdienstpflichtige oder dringend benötigte Fachkräfte im Land zu behalten und über die Lebensbedingungen im Zielland mitzubestimmen.[15] In den deutschen Zielregionen organisierten die Arbeitsämter das Anwerbegeschehen. Sie führten und veröffentlichten Listen von im Ausland verfügbaren Arbeitskräften und wiesen diese den interessierten Unternehmen zu. Umgekehrt konnten deutsche Firmen proaktiv Migrant*innen anfordern oder sich mit Vermittlungsgesuchen an die verantwortlichen Stellen der deutschen Arbeitsämter im Ausland wenden.[16]

---

[10] Vgl. Oltmer: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, S. 55f.

[11] Vgl. Frank Caestecker/Eric Vanhaute: Zuwanderung von Arbeitskräften in die Industriestaaten Westeuropas. Eine vergleichende Analyse der Muster von Arbeitsmarktintegration und Rückkehr 1945–1960, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 39-52.

[12] Vgl. Oltmer: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, S. 63.

[13] Der Begriff stammt von Jochen Oltmer, Axel Kreienbrink und Carlos Sanz Díaz. Vgl. dies. (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System.

[14] Kirsten Laasner: Im Zentrum des Geschehens: Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen von 1945 bis zum Ende der 80er Jahre, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid. Migration und ethnische Minderheiten (2/2002), S. 7-27, hier S. 20.

[15] Vgl. Jochen Oltmer: Einführung: Migrationsverhältnisse und Migrationsregime nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Ders./Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 9-21, hier S. 10.

[16] Vgl. Grazia Prontera: Das Emigrationszentrum in Verona. Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland 1955–1975, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 89-102, hier S. 101.

Wanderungsmotive und Handlungsspielräume der Migrant*innen

Die Beweggründe der Migrant*innen, nach Deutschland zu kommen, waren vielfältig. In den meisten Fällen war die Entscheidung für den Weg nach Deutschland jedoch nicht zwingend. Vielfach gaben die besseren Verdienstchancen, die Hoffnung auf einen höheren Lebensstandard und die Aussicht auf berufliche Weiterqualifikation den Ausschlag. Die Mehrzahl der für die vorliegende Untersuchung interviewten Arbeitsmigrantinnen und -migranten berichtet von einer solchen *betterment migration*.[17] Herr A., der 1962 aus dem spanischen Andalusien ins Siegerland kam und dort in einem Röhrenwerk arbeitete, fasst diese Motivation rückblickend mit der Formel „besser verdienen und besser leben"[18] zusammen. Wiederum andere hofften, einer belastenden privaten bzw. familiären Situation zu entkommen und im Ausland persönliche Autonomie zu gewinnen. Ein weiterer Faktor konnten schließlich die politischen Verhältnisse in den Anwerbestaaten sein. So herrschte ebenso wie in Spanien etwa in Griechenland nach dem Sturz des Königshauses von 1967 bis 1974 eine erdrückende Diktatur. Die Türkei befand sich ebenfalls in einer Phase tiefgreifender politischer Instabilität.

Migrant*innen konnten auf drei legale Arten in die Bundesrepublik einreisen. Der häufigste Weg war eine Vermittlung über die eigens eingerichteten „Deutschen Kommissionen" der Bundesanstalt für Arbeit und Arbeitslosenversicherung. 1964 existierten solche Anwerbestellen in Verona, Neapel, Athen, Saloniki, Istanbul, Ankara, Lissabon und Madrid. Daneben konnten die deutschen Konsulate bei Nachweis eines Beschäftigungsverhältnisses in Deutschland eine Einreiseerlaubnis erteilen, wenn die Stelle nicht mit einer geeigneten deutschen Person besetzt werden konnte. Eine dritte Möglichkeit war die sogenannte „freie Einreise" mit einem Touristenvisum.[19] Obwohl die „Deutschen Kommissionen" sich bemühten, möglichst viele Verträge abzuschließen und dafür mitunter sogar bewusst die geltenden Anwerbevorschriften umgingen, gewann diese letzte Variante mit der Zeit an Bedeutung.[20] Selbst aus dem franquistischen Spanien, welches die Wanderungsbewegungen besonders streng kontrollierte, reisten schätzungsweise nur 70 % der Arbeitskräfte über die Anwerbestellen oder Konsulate ein.[21] Immer mehr Migrant*innen

[17] Mit diesem Begriff hat Charles Tilly freiwillige, auf die Verbesserung von Lebenschancen ausgerichtete Mobilität von wirtschaftlich motivierter Zwangsmigration (*subsistence migration*) abgegrenzt. Vgl. Charles Tilly: Migration in Modern European History, in: William H. McNeill/Ruth S. Adams (Hg.): Human Migration. Patterns and Policies, Bloomington/London 1978, S. 48-72.

[18] Interview mit Herrn A. (geb. 1944 in Spanien, 1962 nach Deutschland gekommen) am 8.01.2018.

[19] Vgl. Sala: Vom „Fremdarbeiter" zum „Gastarbeiter", S. 109-112; Carlos Sanz Díaz: Umstrittene Wege. Die irreguläre Migration spanischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik Deutschland, in: Oltmer/Kreienbrink/Ders. (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 119-132, hier S. 120-122.

[20] Vgl. Axel Kreienbrink: Auswanderungslenkung und „asistencia al emigrante": das Instituto Español de Emigración im franquistischen Spanien, in: Oltmer/Ders./Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 103-117, hier S. 107-109.

[21] Vgl. Christoph A. Rass: Das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Griechenland und Spanien im Kontext eines europäischen Migrationssystems, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 53-69, hier S. 60.

verließen sich dagegen auf informelle Migrationsnetzwerke und suchten sich vor der Abreise über private Kontakte eine Arbeitsstelle.[22] Zum einen ersparten sie sich auf diesem Wege die aufwendigen, oftmals als entwürdigend empfundenen Eignungsprüfungen und ärztlichen Untersuchungen in den Anwerbestellen, zum anderen sprach es sich bald herum, dass der hohe Personalbedarf der Unternehmen den formalisierten Vermittlungsprozess zunehmend überflüssig mache.[23] Aus Sicht der deutschen Arbeitgeber war die „freie Einreise" ebenfalls attraktiv. So ließen sich die mit der zentralen Anwerbung verbundenen Kosten einsparen und Wartezeiten verkürzen, behördliche Kontrollen vermeiden und in einigen Fällen arbeitsrechtliche Bestimmungen über Unterbringung und Bezahlung unterlaufen.[24] Einzelne Unternehmen wie der Textilhersteller Schmidt KG im Amt Keppel gingen sogar dazu über, ihr Personal unabhängig von der Bundesanstalt für Arbeit und Arbeitslosenversicherung in den Herkunftsländern zu rekrutieren.[25]

Die Migrant*innen passierten die deutsche Grenze in der Regel mit dem Zug. Der Zielort für den behördlich organisierten Reiseverkehr aus Spanien und Portugal war Köln. Dort entstand 1964 das zur Bildikone gewordene Foto von Armando Rodrigues de Sá. Als millionster „Gastarbeiter" in der Bundesrepublik wurde er von einer offiziellen Delegation empfangen und erhielt ein Zündapp-Mokick als Begrüßungsgeschenk.[26] Die aus Italien, Griechenland, der Türkei und Jugoslawien angeworbenen Arbeitskräfte trafen hingegen am Münchener Hauptbahnhof ein und passierten dort die zum Erinnerungsort der Migration gewordene „Weiterleitungsstelle" der Bundesanstalt für Arbeit unter dem Gleis 11.[27] Von diesen ersten Sammelpunkten aus wurden die Migrant*innen an ihre Bestimmungsorte in der ganzen Bundesrepublik verteilt. Ab dem Zeitpunkt ihrer Einreise unterlagen sie der – verfassungskonform überarbeiteten – Ausländerpolizeiverordnung von 1938 und benötigten dementsprechend eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Die Kategorisierung als „Ausländer" und die daraus abgeleiteten Begriffe wie „ausländische Arbeitnehmer" bezogen sich nicht bloß auf die Staatangehörigkeit der Migrant*innen, sondern implizierten zugleich ihre Fremdheit und ihren niederen gesellschaftlichen Status

[22] Zur Bedeutung von Kommunikationsprozessen und Netzwerken für Migrationsbewegungen vgl. Jochen Oltmer: Was ist Migration?, S. 11f.

[23] Grazia Prontera hat den Ablauf der Untersuchung am Beispiel der Anwerbestelle im italienischen Verona dargestellt. Vgl. Prontera: Das Emigrationszentrum in Verona, hier S. 91f.

[24] Vgl. Rass: Das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Griechenland und Spanien, S. 60; Caestecker/Vanhaute: Zuwanderung von Arbeitskräften in die Industriestaaten Westeuropas, S. 43.

[25] Laut einem Bericht der Siegener Zeitung entsandte das Dahlbrucher Unternehmen den deutschen Ehemann einer spanischen Angestellten als Arbeitsvermittler nach Valencia. Vgl. Spanierinnen in Dahlbruch heimisch geworden. Nur das Wetter macht ihnen zu schaffen – Deutsch-Kenntnisse nehmen zu, in: Siegener Zeitung vom 30.10.1962.

[26] Zum Foto von Armando Rodrigues de Sá vgl. Czycholl: Bilder des Fremden, S. 80-87.

[27] Zur „Weiterleitungsstelle" der Bundesanstalt für Arbeit in München und ihrer Bedeutung in der Erinnerungskultur vgl. Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion: „Für 50 Mark einen Italiener". Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000, S. 60.

gegenüber den deutschen „Inländern“.[28] Eine ähnliche Konnotation wohnte dem Neologismus „Gastarbeiter“ inne, welcher sowohl auf die beschränkte Dauer als auch den rein wirtschaftlichen Zweck der Migration verwies.[29] Im alltäglichen Sprachgebrauch und der Öffentlichkeit wurden die Begriffe „Ausländer“ und „Gastarbeiter“ vielfach synonym gebraucht.[30]

Beginn der Arbeitsmigration ins Siegerland

Verglichen etwa mit dem benachbarten Ruhrgebiet setzte die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte im Siegerland später ein. Ihr voraus ging eine rasante ökonomische Entwicklung. In den sogenannten „langen fünfziger Jahren“[31] bis zur Krise von 1966/67 gewann die Region stetig an Bedeutung als Wirtschaftsstandort. Trotz struktureller Probleme in der Montanindustrie lagen die Wachstumsraten zwischen 1951 und 1974 über dem nordrhein-westfälischen Landesdurchschnitt.[32]

Das rapide Wachstum führte zu einem höheren Personalbedarf. Der schon seit Beginn der 1950er Jahre herrschende Arbeitskräftemangel in der Metallindustrie griff sukzessive auf andere Branchen über und erfasste schließlich die gesamte regionale Wirtschaft.[33] Die betroffenen Firmen konnten daher häufig ihre Produktionskapazitäten nicht voll ausnutzen, bestehende Aufträge nicht erfüllen oder keine neuen Bestellungen annehmen.[34] Wie schwer es den Unternehmen fiel, genügend Personal zu finden, verdeutlicht eine Karikatur aus dem Geschäftsbericht des Verbandes der Siegerländer Metallindustriellen

[28] Dies lag zum einen an den restriktiven Bestimmungen der Verordnung. Zum anderen waren die Begriffe „Fremde“ und „Ausländer“ im juristischen Sinne lange deckungsgleich bzw. existierten nebeneinander. Letzterer setzte sich erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch. Aus „Fremdenrecht“ wurde somit „Ausländerrecht“. Vgl. Dieter Gosewinkel/Anna Katzy-Reinshagen: Ausländer, in: Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke/Philipp Schäfer/Laura Stielike (Hg.): Inventar der Migrationsbegriffe (20.01.2022), URL: https://www.migrationsbegriffe.de/auslander (Stand: 22.07.2024).

[29] Im Folgenden werden die Begriffe „Ausländer“ und „Gastarbeiter“ deshalb in Anführungszeichen gesetzt. Für einen kompakten Überblick zur Begriffsgeschichte vgl. Maximiliane Rieder: Gastarbeiter, in: Historisches Lexikon Bayerns (26.06.2019), URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gastarbeiter (Stand: 22.07.2024).

[30] Vgl. Matthias Jung/Thomas Niehr/Karin Böke: Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945, Darmstadt 2000, S. 54.

[31] So charakterisierte Dietmar Petzina die Wachstumsphase von 1948 bis 1964, in der sich die industrielle Produktion annähernd um das Sechsfache erhöhte und die jährlichen Wachstumsraten bis zu 10 % betrugen. Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 53.

[32] Vgl. ders.: Strukturwandel in einer altindustriellen Region – das südwestfälische Siegerland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hg.): Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag. Bd 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, Bd. 133), Stuttgart 1997, S. 550-572, hier S. 558f.

[33] Vgl. Cornelius Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung. Die Arbeitgeberverbände in Siegen-Wittgenstein seit 1945, Siegen 2013, S. 164.

[34] Ein Bericht der Industrie- und Handelskammer Siegen aus dem November 1960 verdeutlicht die Auswirkungen des Arbeitskräftemangels: „Die Arbeitsmarktlage hat sich weiter verschärft. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage hat sich weiter verschärft. […] Die volle Ausnutzung der vorhandenen maschinellen Kapazitäten ist z. T. unmöglich, weil die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen.“ Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Siegen vom 1.11.1960, S. 9f.

(VdSM) für das Jahr 1960, welche die Suche nach Arbeitskräften mit der Goldwäsche in einem breiten Fluss verglich.[35]

Immer heftiger konkurrierten die ansässigen Firmen um die verfügbaren Arbeitnehmer*innen und schreckten auch nicht davor zurück, mit dem Versprechen höherer Löhne und weiterer Vergünstigungen Beschäftigte von ihrer Konkurrenz abzuwerben. Wiederholte Mahnungen der Arbeitgeberverbände und ein vom VdSM erarbeiteter Maßnahmenkatalog gegen das um sich greifende „Abwerbeunwesen" blieben wirkungslos. Eine vorläufige Lösung bestand darin, Arbeitskräfte aus benachbarten Gebieten einzustellen. Ende 1960 waren im Stadt- und Landkreis Siegen insgesamt 12 371 Personen aus Rheinland-Pfalz, Hessen, sowie den übrigen Regionen Nordrhein-Westfalens, insbesondere dem Kreis Olpe, beschäftigt.[36] Damit allerdings war auch dieses Kräftepotenzial ausgeschöpft, sodass sich die Siegerländer Wirtschaft nun für die Anwerbung ausländischer Arbeitsmigrant*innen einsetzte.

Eine Führungsrolle nahm dabei die Metallindustrie ein. So erklärte der VdSM-Geschäftsbericht für das Jahr 1960, der Verband habe sich „in jeder nur erdenkbaren Weise bemüht, den Mitgliedsfirmen die Möglichkeit der Heranführung ausländischer Arbeitskräfte zu eröffnen"[37]. Arbeitgeberverbände und öffentliche Verwaltung kooperierten eng, um die Anwerbung möglichst schnell beginnen zu können. Im November 1960 beispielsweise organisierten der VdSM und das Arbeitsamt eine gemeinsame Veranstaltung, bei der Vertreter der regionalen Wirtschaft „über die Möglichkeiten der Heranführung und den richtigen Einsatz von ausländischen Arbeitskräften eingehend unterrichtet"[38] wurden. Eine wichtige Rolle spielte auch die Industrie- und Handelskammer Siegen. In ihren vierteljährlich erscheinenden Berichten beobachtete und analysierte sie die jüngsten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und beriet interessierte Unternehmen auf Informationstagungen sowie in Rundschreiben zur Anwerbung.

Die Arbeitsmigration entwickelte sich daraufhin im Siegerland ähnlich wie im Rest Nordrhein-Westfalens, wenngleich auf einem quantitativ geringeren Niveau.[39] Es lassen sich drei Phasen unterscheiden.[40] In der ersten Periode bis 1966 stieg die Zahl der Arbeitsmigrant*innen von saisonal bedingten Schwankungen abgesehen konstant an. Das für das Arbeitsamt wie für die Unternehmen gleichermaßen ungewohnte „Gastarbeiter-System" lief zunächst jedoch nur schleppend an. In seinem bereits zitierten Bericht für das Jahr

[35] Karikatur „Bitteres Gold", in: VdSM-Geschäftsbericht des Jahres 1960, zit. nach: Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung, S. 161.
[36] Vgl. Immer mehr ausländische Kräfte im Siegerland, in: Siegener Zeitung vom 12.04.1961.
[37] VdSM-Geschäftsbericht des Jahres 1960, zit. nach: Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung, S. 161.
[38] Ebd.
[39] Im Bezirk der benachbarten Industrie- und Handelskammer Hagen waren die Zahlen beispielsweise annähernd doppelt so hoch. Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 46.
[40] Die historische Migrationsforschung hat zwei große Hauptphasen ab 1961 analysiert. Vgl. Laasner: Im Zentrum des Geschehens, S. 20.

1960 monierte der VdSM, „daß im Siegerland noch viel zu wenig ausländische Arbeitskräfte beschäftigt“[41] seien. Der Personalbedarf indes blieb aufgrund der guten Wirtschaftslage hoch. Die Konjunktur federte selbst den Niedergang des regionalen Erzbergbaus ab. Der Arbeitsmarkt absorbierte den Großteil der ehemaligen Bergleute problemlos. Als 1965 die letzten beiden Siegerländer Erzgruben schließen mussten, herrschte im Handelskammerbezirk Siegen mit einer Arbeitslosenquote von 0,2 % praktisch Vollbeschäftigung.[42] Entsprechend positiv nahmen die Arbeitgeberverbände sowie die regionale Presse die Nachrichten über neue Anwerbeabkommen mit weiteren Staaten auf.[43] Nach dem langsamen Start gelang es schließlich, die Zahl ausländischer Arbeitskräfte von 965 im Dezember 1960 auf 8 544 im September 1966 zu steigern.[44]

Um die Jahreswende 1966/67 jedoch ließ die durch eine schwache Konjunktur und nachlassende Arbeitsproduktivität hervorgerufene Rezession die Zahlen stark einbrechen. Das Arbeitsamt Siegen meldete einen Rückgang von rund 23 % auf 6 594.[45] In der bis 1968 anhaltenden zweiten Phase erfüllten die Migrant*innen somit zwar ihre Funktion als „Konjunkturpuffer“, zugleich erwies sich das „Gastarbeiter-System“ jedoch als zweischneidig. Vielfach fühlten sich die als disponibel betrachteten Arbeitskräfte ihrerseits nicht an die Betriebe gebunden und reisten bei Anzeichen einer Krise schlichtweg ab. Ein zeitgenössischer Bericht der Siegener Zeitung verdeutlicht, wie fragil die Beschäftigungs- und Aufenthaltsverhältnisse waren: „Die Abschwächung der Konjunktur hat Luigi, Rodrigo und Rose [sic!] aus der Näherei mutlos gemacht. Als der Wind in der deutschen Wirtschaft eisig wurde, schnürten sie ihre Bündel. […] Wer keine Arbeit mehr hatte, reiste ab. Wer Angst hatte, morgen auf der Straße zu stehen, packte die Koffer. Wer mit der Lohntüte unzufrieden war, kündigte.“[46]

Nachdem Bundeskanzler Ludwig Erhard es zunächst abgelehnt hatte zu intervenieren, überwand die von Kurt Georg Kiesinger (ebenfalls CDU) angeführte Große Koalition die Rezession durch Investitionsprogramme sowie das Stabilitätsgesetz („Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“) vom 10. Mai 1967.[47] Mit der wirtschaftlichen Erholung ab 1968 begann die dritte und letzte Phase der Arbeitsmigration. Die Zuwanderung setzte wieder ein und hielt bis zum endgültigen Anwerbestopp nach der Ölkrise im Oktober 1973 an, vermochte den Arbeitskräftebedarf jedoch zu keinem

[41] Zit. nach: Immer mehr ausländische Kräfte im Siegerland, in: Siegener Zeitung vom 12.04.1961.
[42] Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 59, 67.
[43] Zu den Abkommen mit Portugal bzw. Tunesien vgl. Neuer Höchststand: 7062 Gastarbeiter. Zahl der ausländischen Arbeiter nahm weiter zu – Fast 4000 offene Stellen, in: Siegener Zeitung vom 15.07.1964; Ausländerbehörde Siegen betreut 6900 Personen. Zumeist Italiener und Spanier – Jugoslawen helfen beim Autobahnbau, in: Siegener Zeitung vom 8.10.1966.
[44] Vgl. Immer mehr ausländische Kräfte im Siegerland, in: Siegener Zeitung vom 12.04.1961; Jeder vierte Gastarbeiter fuhr nach Hause. Mit Kofferradios, neuen Anzügen und unerfüllten Träumen in den Süden – Fast 2000 weniger im Arbeitsamtsbezirk, in: Siegener Zeitung vom 14.01.1967.
[45] Vgl. ebd.; Kreis Siegen (Hg.): Verwaltungsbericht 1964-1969, S. 84.
[46] Jeder vierte Gastarbeiter fuhr nach Hause, in: Siegener Zeitung vom 14.01.1967.
[47] Vgl. Dietmar Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 90.

Zeitpunkt zu decken. Zwar war das Vorkrisenniveau bereits Ende 1969 wieder überschritten, im Bezirk des Arbeitsamtes Siegen blieben jedoch zwischen 5 000 und 6 000 Stellen unbesetzt.[48] Der Höhepunkt der Arbeitsmigration wurde im September 1972 mit rund 15 300 Personen erreicht.[49]

Herkunft, Geschlecht und Tätigkeiten der Migrant*innen

Einen über diese Zusammenschau hinausgehenden detaillierteren Blick erlauben die Akten des Arbeitsamtes Siegen. Anhand der Statistik aus dem ersten Quartal 1965 werden im Folgenden exemplarisch und stichprobenartig die Zusammensetzung der Migrant*innen nach Herkunft und Geschlecht sowie ihre Verteilung auf die unterschiedlichen Wirtschaftsbereiche dargestellt.[50] Die Nationalitäten waren entsprechend der zeitlichen Reihenfolge der Anwerbeabkommen vertreten. Jeweils über 30 % der insgesamt registrierten 7 793 ausländischen Arbeitskräfte kamen aus Italien und Spanien. An dritter Stelle der Herkunftsländer stand Griechenland mit einem Anteil von annähernd 20 %. Türk*innen hingegen machten zu diesem Zeitpunkt nur knapp 4 % aus. Während sie auf der Landesebene die zwischen 1961 und 1970 am stärksten wachsende Migrant*innengruppe waren, blieben sie in der Region bis zum Anwerbestopp 1973 vergleichsweise unterrepräsentiert. Verschwindend gering war die Zuwanderung aus Portugal.[51] Der Frauenanteil war mit 10 bis 20 % recht gering, variierte allerdings je nach Herkunftsland. Tendenziell am höchsten lag er mit ungefähr der Hälfte bei den griechischen und etwa einem Drittel bei den spanischen, besonders niedrig hingegen bei den italienischen und türkischen Arbeitskräften mit etwa 11 bzw. 5 %.[52]

Zum Stichtag 31. März 1965 erfasste das Arbeitsamt Siegen über 130 Firmen unterschiedlicher Branchen, die 5 oder mehr ausländische Arbeitskräfte beschäftigten.[53] Zwar waren

[48] Vgl. Arbeitsamt Siegen und Personalrat (Hg.): 50 Jahre Arbeitsamt Siegen, 1928-1978. Siegen 1977, S. 52.
[49] Vgl. ebd., S. 55.
[50] Zugrunde gelegt werden hier Akten im Bestand des Archivs der Siegener Zeitung. Eine vergleichbare Statistik für die Jahre 1973 und 1975 findet sich im Bestand des nordrhein-westfälischen Landesarchivs, welches grundsätzlich für die Überlieferung des Arbeitsamtes Siegen zuständig ist. Vgl. Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen Düsseldorf: Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen Ende September 1975. Tabelle 1: Bestand an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländern nach ausgewählten Nationalitäten am 30. September 1975, Vergleich zum Stand: Ende Januar 1973, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, Bestand N 100, Nr. 2604.
[51] Die genaue Verteilung lässt sich der Statistik entnehmen. Von 7 793 registrierten „Gastarbeitern" kamen 2 762 aus Italien (35,4 %), 2 346 aus Spanien (30,1 %), 1 563 aus Griechenland (20 %), 310 aus der Türkei (4 %) und lediglich 15 aus Portugal. Vgl. Statistik des Arbeitsamtes Siegen: Beschäftigte Ausländer Stichtag 31.3.65, Archiv der Siegener Zeitung. Die Migration aus Tunesien und Jugoslawien ins Siegerland begann erst später. Marokko und Südkorea spielten als Herkunftsstaaten für die Region keine Rolle.
[52] Bei leichten Schwankungen wuchs der Frauenanteil mit der Zeit tendenziell. Im Dezember 1962 lag er bei rund 14 % (583 von 4 416). Vgl. Gastarbeiter sollen sich im Siegerland wohlfühlen. Betreuung schon vor der Abreise aus der Heimat – „Rückruf" zu Beginn der Bausaison – Betriebe sorgen für Unterkunft, in: Siegener Zeitung vom 14.04.1964. Bis März 1965 stieg er auf über 19 % (1 509 von 7 793). Vgl. Arbeitsamt Siegen: Meldung über die beschäftigten deutschen und nichtdeutschen Arbeitnehmer Stichtag 31. März 1965, Archiv der Siegener Zeitung.
[53] Die Zahl ist aus den Quellen ermittelt. Schwankungen sind aufgrund von unterschiedlichen Schreibweisen, Dopplungen usw. möglich. Vgl. Arbeitsamt Siegen: Aufstellung der Firmen, die 5 oder mehr spanische

Migrant*innen in sämtlichen Bereichen der Siegerländer Wirtschaft beschäftigt, der wichtigste Arbeitgeber war jedoch der sekundäre Sektor. Männer waren vor allem in der Eisen- bzw. Metallerzeugung und –verarbeitung, Frauen hingegen in der Keramik-, Glas- und Chemieindustrie sowie der Textilherstellung tätig. Auch darüber hinaus entsprach die Verteilung der Geschlechter traditionellen Rollenmustern. Das Baugewerbe war männlich, der Dienstleistungsbereich, insbesondere Gaststätten und „Häusliche Dienste", war weiblich dominiert.[54]

In fast allen Branchen waren die Tätigkeiten körperlich und psychisch beanspruchend oder gar gesundheitsgefährdend. Die „Gastarbeiter" wurden bevorzugt im Akkord- und Schichtdienst eingesetzt und standen oft als un- bzw. angelernte Kräfte am unteren Ende betrieblicher Hierarchien. Dank der guten Wirtschaftslage konnten sie jedoch bei besonders schlechten Arbeitsbedingungen oder Diskriminierungen auch in ein anderes Unternehmen wechseln. Der Fluktuationsgrad lag höher als bei ihren deutschen Kolleg*innen.[55]

Die statistischen Daten bieten nur einen ersten Einblick in die Auswirkungen der Arbeitsmigration. Eine eingehende wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung steht noch aus. Es kann aber festgehalten werden, dass es weder gelang, den Personalbedarf der Siegerländer Wirtschaft vollständig zu decken, noch die Abwerbeproblematik zu überwinden.[56]

Das regionale Präsenzregime

Das regionale Präsenzregime, unter welches die Arbeitsmigrant*innen mit ihrer Ankunft im Siegerland fielen, war äußerst komplex. Je nach Gegenstand überschnitten sich oder divergierten die Kompetenzen, die sachlichen wie geografischen Zuständigkeitsbereiche und die Interessen der beteiligten Institutionen sowie Akteur*innen. Über aufenthaltsrechtliche Fragen entschieden etwa zunächst das städtische bzw. das Kreisausländeramt, ehe beide Behörden im Zuge der kommunalen Neugliederung 1966 zusammengelegt wurden. Dazu zählten neben den obligatorischen Arbeits- bzw. Aufenthaltserlaubnissen auch Genehmigungen für Handel und Gewerbe oder für den Familiennachzug sowie Anträge auf Asyl.[57]

Arbeitnehmer beschäftigen; Liste der Betriebe, die 5 und mehr türkische Arbeitnehmer beschäftigen; Aufstellung der Firmen, die 5 oder mehr italienische Arbeitnehmer beschäftigen; Liste der Betriebe, die 5 und mehr griechische Arbeitnehmer beschäftigen (undatiert), Archiv der Siegener Zeitung.

[54] Vgl. Arbeitsamt Siegen: Meldung über die beschäftigten deutschen und nichtdeutschen Arbeitnehmer Stichtag 31. März 1965, Archiv der Siegener Zeitung. Rund 67 % der zum Stichtag 31. März 1965 im Bereich des Arbeitsamtes Siegen registrierten 7 793 ausländischen Arbeitnehmer*innen waren im Bereich der Eisen- und Metallerzeugung und –verarbeitung beschäftigt.

[55] Vgl. Neuer Höchststand: 7062 Gastarbeiter, in: Siegener Zeitung vom 15.07.1964.

[56] Vgl. Anm. 48; Die Wirtschaftsentwicklung im Kammerbezirk (2. Halbjahr 1970), in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Siegen vom 1.02.1971.

[57] Vgl. Ausländerbehörde Siegen betreut 6900 Personen, in: Siegener Zeitung vom 8.10.1966; Ausländeramt: Über 13700 menschliche Schicksale zu entscheiden: Kopfzerbrechen über Einzelfälle – Bisher aber keine „Abschiebungs-Tragödien" – Imposante Aktensammlungen, in: Siegener Zeitung vom 19.03.1973.

Für nahezu alle anderen Angelegenheiten war das Arbeitsamt zuständig. Es organisierte nicht nur die Anwerbungen, sondern versuchte zudem, für eine möglichst reibungslose Integration in die Betriebe zu sorgen. Rundschreiben an die Unternehmen informierten beispielsweise über die Behandlung und Unterbringung der neuen Arbeitskräfte sowie über die Angebote zur Freizeitgestaltung. Empfohlen wurden etwa Film- und Vortragsabende oder Rundfahrten, auf denen diese ihre neue Umgebung kennenlernen sollten.[58] Für die Migrant*innen selbst fungierte das Arbeitsamt als Anlauf- und Beratungsstelle in sämtlichen Fragen und Problemen des täglichen Lebens. Die Dienststellen in Siegen, Berleburg und Olpe gingen deshalb dazu über, spezielle Sprechtage in den jeweiligen Landessprachen anzubieten.[59] Die Beratungs- und Vermittlungsaufgaben bedeuteten für die Behörde laut einer Pressemitteilung jedoch eine „erhebliche Mehrbelastung"[60]. Hinzu kamen Kontrollfunktionen. Beispielsweise überprüfte das Arbeitsamt, ggf. mithilfe der Bauaufsicht sowie der Gesundheitsbehörden, ob die Unterkünfte für die Arbeitskräfte den Vorschriften genügten.[61]

Die Rolle der Arbeitgeber: Unterbringung der Migrant*innen und Integration in die Betriebe

Diese Wohnmöglichkeiten wurden in der Regel von den Unternehmen zur Verfügung gestellt. 1964/65 verzeichnete das Arbeitsamt Siegen in seinem Einzugsbereich 84 „firmeneigene Unterkünfte für ausländische Mitarbeiter" mit Platz für zwischen 4 und 100 Personen. Die meisten Wohnheime waren mit bis zu 20 sog. „Bettplätzen" verhältnismäßig klein. Regional bedeutende Unternehmen wie die in Weidenau ansässige Walzenfabrik Eduard Breitenbach (70 Plätze) unterhielten jedoch auch größere Unterkünfte. Ganze drei Quartiere für insgesamt 130 Personen betrieb die Rheinstahl Siegener Eisenbahnbedarf AG SEAG im Amt Netphen.[62] Da kaum geeigneter Wohnraum zur Verfügung stand, wurden diese vor allem in der Frühphase der Anwerbung häufig in leerstehenden umfunktionierten Immobilien eingerichtet.[63] Das Röhrenwerk Fuchs im Amt Weidenau er-

[58] Vgl. Rundschreiben des Arbeitsamtes Schwelm, Betrifft: Freizeitgestaltung für ausländische Arbeitnehmer, Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, K8 Nr. 144.
[59] Zum Bezirk des Arbeitsamtes Siegen gehörten bis zum 31. Dezember 1961 der Stadt- und Landkreis Siegen und der Kreis Wittgenstein. Später kam noch eine Dienststelle für den Landkreis Olpe hinzu.
[60] Ab sofort: Sprechtage für Gastarbeiter, in: Siegener Zeitung vom 19.05.1967.
[61] Über derartige Kontrollen berichtete auch die Presse. Vgl. La Fiesta del Trabajo – Der Tag der Arbeit. Gastarbeiter sind dankbar, arbeiten und verdienen zu können – »Daß ich hier so betreut wurde, schien mir ein Wunder Gottes«, in: Siegener Zeitung vom 30.04.1965.
[62] Die kleinste darunter gehörte zu einem Neunkirchener Handwerksbetrieb und bot vier Personen Platz, die größte befand sich in den Stahlwerken Südwestfalen in Geisweid und war für 100 ausgelegt. Vgl. Arbeitsamt Siegen: Verzeichnis der firmeneigenen Unterkünfte für ausländische Arbeitnehmer (undatiert), Archiv der Siegener Zeitung.
[63] Vgl. Marcel Berlinghoff: Der europäisierte Anwerbestopp, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 149-164, hier S. 152.

richtete dagegen bereits 1961 die „Villa Bianca“ als Wohnheim für seine vierzig italienischen Arbeiter.[64] Aufgrund des allgemeinen Wohnungsmangels unterstützte die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung derartige Bauvorhaben finanziell.[65] Zwar war der Wohnraum selbst in diesen Neubauten meist knapp bemessen und bot kaum Privatsphäre, auf dem freien Markt aber war das Angebot kaum besser. Zudem waren Migrant*innen als potenzielle Mieter häufig unerwünscht oder aber galten als leichte Opfer. Wiederholt berichtete die lokale Presse über Fälle „hemmungslosen Mietwuchers durch die Zimmervermieter gegenüber den in Gelddingen unerfahrenen Ausländern“[66].

Als unkompliziert erwies sich häufig die Integration der Arbeitsmigrant*innen in die Betriebe. Zwar handelte es sich überwiegend nicht um Fachkräfte, um jedoch die für sie vorgesehenen Tätigkeiten zu übernehmen, genügte zumeist eine kurze Einweisung oder Einarbeitungszeit. Eine Vermittlerrolle spielten dabei zunächst als Übersetzer abgestellte Mitarbeiter*innen aus den jeweiligen Anwerbeländern. Das Werk Geisweid der Stahlwerke Südwestfalen etwa beschäftigte einen seiner italienischen „Gastarbeiter“ aus Italien als „Dolmetscher“ und „Ausländerbetreuer“.[67] Um den Migrant*innen zumindest elementare branchenspezifische Deutschkenntnisse zu vermitteln und so den Arbeitsalltag zu erleichtern, gaben die Unternehmen zusätzlich spezielle Handreichungen heraus. Der VdSM beispielsweise veröffentlichte einen solchen „Sprachführer“ für die italienischen, spanischen und griechischen Beschäftigten der Metallindustrie.[68] Ein weiterer Schritt waren Deutschkurse, die nach Feierabend auf Betriebskosten in der Volkshochschule stattfanden.[69] Trotz gelegentlicher Klagen in den regionalen Zeitungen über „Anfangsschwierigkeiten“ zeigten sich die Siegerländer Unternehmen mit der Arbeitsleistung der „Gastarbeiter“ überwiegend zufrieden.[70] Entgegen dem ursprünglich vorgesehenen Rotationsprinzip versuchten sie, die einmal angeworbenen und angelernten Arbeitskräfte längerfristig zu binden, zumal diese nach inner- oder außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen auch für anspruchsvollere Aufgaben eingesetzt werden konnten.[71] Mit steigender Qualifikation jedoch konkurrierten die Migrant*innen zunehmend untereinander sowie mit ihren deutschen Kolleg*innen, was mitunter zu Konflikten in der Belegschaft führte.

---

[64] Vgl. Belcanto dröhnt durch das Haus. Italiener erhielten ihr eigenes Heim – Weihnachten im Süden, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1961.

[65] Vgl. Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung, S. 166f. Die IHK Siegen veröffentlichte entsprechende Hinweise und Richtlinien in ihrem Mitteilungsblatt und appellierte an die Unternehmen des Kammerbezirks, von den Fördermitteln Gebrauch zu machen. Vgl. Förderung des Wohnungsbaues für ausländische Arbeitnehmer, in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Siegen vom 1.09.1970.

[66] Gastarbeiter sollen sich im Siegerland wohlfühlen, in: Siegener Zeitung vom 14.04.1964.

[67] Vgl. ebd.

[68] Vgl. Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung, S. 166f.

[69] Vgl. Ausländer büffeln jede Woche deutsche Grammatik. Völkerverständigung auf der Schulbank – Türken sind eifrigste „Lehrlinge“ – Arbeit und Vergnügen, in: Siegener Zeitung vom 18.06.1966.

[70] So zum Beispiel die bereits erwähnte Schmidt KG in Dahlbruch oder die Stahlwerke Südwestfalen. Vgl. Spanierinnen in Dahlbruch heimisch geworden, in: Siegener Zeitung vom 30.10.1962; Gastarbeiter sollen sich im Siegerland wohlfühlen, in: Siegener Zeitung vom 14.04.1964.

[71] Vgl. Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung, S. 164.

Außerbetriebliche Betreuungsstrukturen: „Ausländersozialarbeit" der Wohlfahrtsverbände

Bereits in der ersten Anwerbephase bildeten sich auch außerhalb des Arbeitsumfeldes Betreuungsstrukturen heraus. Je nach Herkunft und Religionszugehörigkeit waren unterschiedliche Wohlfahrtsverbände für die Migrant*innen verantwortlich.[72] Der Caritas-Verband war die Anlaufstelle für die mehrheitlich römisch-katholischen Arbeitskräfte aus Italien, Spanien und später Portugal sowie Jugoslawien bzw. Kroatien. Die Fürsorge für die Griech*innen übernahm die Innere Mission der evangelischen Kirche. Anders als die Angehörigen der christlichen Konfessionen fanden die muslimischen Migrant*innen aus der Türkei und später Tunesien keine vergleichbaren anschlussfähigen religiösen Institutionen vor und wurden deshalb von der Arbeiterwohlfahrt betreut.

Für jede Nationalitätsgruppe beschäftigten die Wohlfahrtverbände sogenannte „Sozialberater" oder „Sozial-Fürsorger". Wie die betriebsinternen „Ausländerbetreuer" waren diese selbst Migrant*innen, besaßen oder erwarben parallel zu ihrer Tätigkeit jedoch zumeist eine akademische Qualifikation. Der Sozialberater der Caritas für die Jugoslawischen Migrant*innen hatte beispielsweise ein Theologie- und Germanistikstudium absolviert, während sein spanischer Amtskollege sich zum Sozialpädagogen und später Diplom-Sozialarbeiter weiterbildete.[73] Als Ansprechpersonen unterstützten sie ihre Klient*innen in alltäglichen Angelegenheiten wie Behördengängen, Arbeits- und Wohnungsfragen. Indirekt übernahmen sie damit eine Mittlerfunktion im Mobilitäts- sowie Präsenzregime und entlasteten das Ausländer- und Arbeitsamt. Während der Wirtschaftskrise 1966/67 etwa half der „Sozialberater" der Caritas den rückkehrwilligen spanischen Arbeitsmigrant*innen, ihre Ausreise zu organisieren.[74] Die „Ausländerbetreuung" oder „Ausländersozialarbeit" wurde zwar im Laufe der Zeit ausgebaut, blieb jedoch unzureichend. Zum einen waren die „Sozial-Fürsorger" stets für mehrere hundert oder gar tausend Migrant*innen zuständig, zum anderen blieben sie mangels politischer oder administrativer Entscheidungsbefugnisse trotz guter Kontakte zu den Behörden letztlich stets auf eine beratende Rolle beschränkt.[75]

[72] Vgl. Dietrich Thränhardt/Jenni Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 199-215, hier S. 201.

[73] Interview mit Herrn I. (geb. 1944 in der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien und Herzegowina, 1969 nach Deutschland gekommen) am 16.11.2017; Interview mit Herrn L. (geboren in Spanien, 1962 nach Deutschland gekommen) am 16.11.2017.

[74] Vgl. Jeder vierte Gastarbeiter fuhr nach Hause, in: Siegener Zeitung vom 14.01.1967.

[75] Der Sozialberater der Caritas betreute im Frühjahr 1965 beispielsweise 800 spanische und portugiesische „Gastarbeiter". Vgl. La Fiesta del Trabajo – Der Tag der Arbeit, in: Siegener Zeitung vom 30.04.1965.

„Ausländerseelsorge" im Erzbistum Paderborn

Die katholische Kirche war für die größten und bereits seit Beginn der Anwerbung in der Region befindlichen Migrant*innengruppen zuständig. Über den engeren Bereich der Sozialbetreuung hinaus sah sie ihre Hauptaufgabe in der Seelsorge. Rasch zeigte sich, dass eine angemessene, auf die Bedürfnisse der „Gastarbeiter" ausgerichtete geistliche Begleitung nur in deren jeweiliger Landessprache möglich war.[76] Ab Ende der 1950er Jahre verpflichtete das Erzbistum Paderborn zahlreiche Geistliche aus den Anwerbeländern und wies ihnen großräumig abgesteckte Seelsorgebezirke zu, innerhalb derer sie von Ort zu Ort reisten. Für den Raum Siegen wurden 1962 bzw. 1963 zunächst ein italienischer und ein spanischer Priester benannt.[77] Die Geistlichen und ihre Gemeinden waren den bestehenden deutschen Pfarreien angegliedert und formal unterstellt. Die Italienische Mission („Missione Cattolica Italiana") gehörte zur Gemeinde St. Joseph in Weidenau, die spanische („Communidad Hispanohablante Siegerland") zu St. Michael in der Siegener Oberstadt.[78] Erst mit der Einführung eigenständiger Migrant*innengemeinden (*missiones cum cura animarum*) 1980 wurden diese unabhängig.[79] Ein Großteil ihrer Zeit widmeten die Geistlichen weltlichen Angelegenheiten und Bedürfnissen der Migrant*innen. Der zunächst in Hagen und später auch in Attendorn und Siegen eingesetzte italienische Priester Filippo Piffer betrachtete sich selbst rückblickend als „Faktotum"[80] für seine Landsleute. Eine 1976 von dem Soziologen Bernd Gottlob durchgeführte Umfrage ergab, dass jeder zweite ausländische Priester mindestens die Hälfte seiner Arbeitszeit damit verbrachte, alltägliche Anliegen und Probleme zu lösen, und untermauerte damit diese Einschätzung.[81] Enge Kontakte zu den „Sozial-Fürsorgern" der Caritas ermöglichten es vielfach, die Migrant*innen besonders umfassend und erfolgreich zu betreuen, konnten jedoch ebenso zu Konkurrenz und Kompetenzstreitigkeiten führen.[82]

Die deutschen Katholik*innen bemühten sich nur vereinzelt um ihre zugewanderten Glaubensbrüder- und -schwestern. Eines der wenigen Beispiele hierfür war die Kirchengemeinde Neunkirchen im Amt Burbach, welche auf Anregung einiger ihrer Mitglieder im November 1964 die italienischen und spanischen Arbeitsmigrant*innen in ihrem Einzugsbereich zu einem „geselligen Beisammensein" einlud. In einer Ansprache begrüßte

[76] Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 200.

[77] Vgl. Cristina Fernández Molina: Katholische Gemeinden anderer Muttersprache in der Bundesrepublik. Kirchenrechtliche Stellung und pastorale Situation in den Bistümern im Kontext der europäischen und deutschen Migrationspolitik, Berlin 2005, S. 371-373. Für die mehrheitlich kroatischen Jugoslaw*innen im Siegerland wurde erst 1977 ein eigener Seelsorger entsandt. Vgl. Kapitel 3.1.

[78] Vgl. Fabio Biasi (Hg.): La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn. Berichte und Fotos zusammengetragen anläßlich des Jubiläums der ersten vor 1968 nach Deutschland eingewanderten Italiener, die sich in Siegen und Umgebung niedergelassen haben, Siegen 1993, S. 53.

[79] Vgl. Kapitel 3.1.

[80] Biasi (Hg.): La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn, S. 53.

[81] Vgl. Bernd Gottlob: Die Missionare der katholischen Arbeitnehmer in Deutschland. Eine Situations- und Verhaltensanalyse vor dem Hintergrund kirchlicher Normen, München 1978, S. 275.

[82] Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 201f.

der deutsche Vikar die etwa 70 „Gastarbeiter“ und deren Familien. Die Kirche, so erklärte er, sei bereit, den Migrant*innen als Ersatz für die ferne geografische eine „geistige Heimat zu geben“ und kündigte an, ihnen in alltäglichen Angelegenheiten „mit Rat und Tat zur Seite stehen“[83] zu wollen. Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken endete der Tag mit einem italienischsprachigen Gottesdienst, den der aus Attendorn angereiste Pater Filippo zelebrierte. Diese Veranstaltung zeigt die Spielräume und das Potenzial der deutschen Gemeinden für die Integration der „Gastarbeiter“. Der Vikar als örtlich zuständiger Geistlicher hatte die Anregung aus der Mitte der Gläubigen bereitwillig aufgegriffen und darauf geachtet, den italienischen Seelsorger aktiv einzubeziehen. An die Stelle solch lokaler Initiativen trat bald jedoch das zentral vom Erzbistum Paderborn organisierte System der „Ausländerseelsorge“.

Für die nicht-katholischen „Gastarbeiter“ sind keine vergleichbaren Ansätze belegt. Die Arbeitsmigrant*innen aus Griechenland wurden zwar formal von der Kreissynode der evangelischen Kirche bzw. der Inneren Mission betreut, die Mehrheit von ihnen gehörte jedoch der griechisch-orthodoxen Glaubensgemeinschaft an. Diese aber besaß bis zur Gründung einer Siegener Gemeinde Mitte der 1980er Jahre keine permanente Präsenz in der Region. Um an Gottesdiensten teilnehmen zu können, mussten die Griech*innen nach Hagen oder Dortmund fahren, was jedoch nur zu besonderen Anlässen wie Ostern oder Weihnachten geschah oder überhaupt möglich war.[84] Ebenfalls ohne religiöse Betreuung blieben für lange Zeit die türkischen und tunesischen Migrant*innen. Eine islamische Gemeinde gründete sich in Siegen erst 1977 als privater Verein.

Freizeitgestaltung

Das national-religiöse Organisationsprinzip erstreckte sich schließlich auch auf die Freizeitgestaltung der „Gastarbeiter“, an der sich alle genannten Akteur*innen, Behörden und Organisationen beteiligten. Die Arbeitgeber sahen darin einen Weg, das Leben ihrer ausländischen Belegschaft abwechslungsreicher zu gestalten, ihre Bindung an Region und Betriebe zu stärken und ihre Mitarbeiter*innen zugleich weniger empfänglich für politische und gewerkschaftliche Beeinflussung zu machen. Beispielsweise lagen in den Wohnheimen eigens für die Arbeitsmigrant*innen in deren Landessprache herausgegebene Zeitschriften aus, welche insbesondere vor den Gefahren des Kommunismus warnten.[85] Ferner empfahl der VdSM den Verbandsmitgliedern bestimmte Radiostationen als „Gegengewicht gegen die östlichen Propagandasendungen“[86]. Zu besonderen Anlässen ver-

[83] Zit. nach: Die Gastarbeiter strahlten vor Freude. Kath. Kirchengemeinde lud zum geselligen Beisammensein – In Zukunft öfter, in: Siegener Zeitung vom 1.12.1964.

[84] Vgl. Arbeitsamt Siegen: Liste der für die Beschäftigung, Vermittlung und Betreuung griechischer Arbeitnehmer zuständigen Stellen, Stand: 15.4.1964, Archiv der Siegener Zeitung.

[85] Zu derartigen Publikationen und Radioprogrammen vgl. Roberto Sala: „Gastarbeitersendungen“ und „Gastarbeiterzeitschriften“ in der Bundesrepublik (1960–1975) – ein Spiegel internationaler Spannungen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2 (2005), S. 366-387.

[86] So der VdSM-Präsident Schwarz. Zit. nach: Neutsch: Einmischung und Mitgestaltung, S. 166f.

anstalteten die Unternehmen darüber hinaus Feste für „ihre“ „Gastarbeiter“. Beispielsweise richtete die Baufirma Quast 1961 eine Weihnachtsfeier für die nicht heimgereisten Italiener aus.[87]

Eine besondere Zielgruppe der Initiativen zur Freizeitgestaltung waren die Spanier*innen. 1961 gründete der regionale Leiter der Carl-Duisberg-Gesellschaft Karl Heinrich Jung den „Club Español“ als erste nicht-religiöse Organisation von Arbeitsmigrant*innen im Siegerland.[88] Zwei Jahre später trat der mittlerweile von einem Spanier geführte und rund 500 Mitglieder zählende Zusammenschluss erstmals an die breite Öffentlichkeit. Am 4. Mai 1963 veranstaltete er in der Siegerlandhalle einen „Unterhaltungsnachmittag“. Das Programm umfasste diverse Musik- und Tanzdarbietungen. Den Höhepunkt bildeten die Auftritte eines Tenors und einer Flamenco-Tänzerin. Das Publikum bestand überwiegend aus Migrant*innen selbst. Eingeladen waren außerdem Vertreterinnen und Vertreter der Stadt und des Landkreises, der Kirche, des Arbeitsamtes sowie der Industrie- und Handelskammer. Trotz des plakativen Titels ging es nicht bloß darum, die Anwesenden zu unterhalten. Karl Heinrich Jung hoffte darüber hinaus, die Veranstaltung könne „zur Herstellung besserer menschlicher Kontakte zwischen Spaniern und Deutschen beitragen“[89]. Letztlich jedoch begegneten beide Seiten sich nicht auf Augenhöhe. Obwohl der „Club Español“ zu der Feier geladen hatte, fanden sich die Migrant*innen in der Rolle der Gäste wieder, die ihren „deutschen Gastgebern“, wie es in der Lokalpresse bezeichnenderweise hieß, „einen Blick in die farbige Welt spanischer Folklore gestatten“[90] sollten. Das Programm musste demnach auch deren Erwartungen und Rezeptionshaltungen entsprechen. Berichten über die Feier zufolge wirkten die musikalischen und tänzerischen Einlagen auf das deutsche Publikum ebenso fremd wie anziehend und faszinierend und bestätigten dessen stereotype Vorstellungen von spanischem „Temperament“ und „Lebensfreude“[91]. Die Veranstaltung erfüllte damit ihren vordergründigen Zweck, verfehlte aber das von Karl Heinrich Jung ausgegebene tiefere Ziel, indem sie die spanische Kultur auf ihre ästhetische Wirkung und ihren Unterhaltungswert für die Mehrheitsgesellschaft reduzierte. Die Probleme der Migrant*innen in der neuen Umgebung sowie ihre oftmals prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen kamen nicht zur Sprache.

Die Regierungen und Behörden der Anwerbestaaten beteiligten sich ebenfalls an der Betreuung ihrer Staatsbürger*innen in der Bundesrepublik. Aus Sorge, diese könnten im

[87] Vgl. Belcanto dröhnt durch das Haus, in: Siegener Zeitung vom 5.12.1961.

[88] Vgl. „Olé“ Club Español. Unterhaltungsnachmittag spanischer Gastarbeiter, in: Siegener Zeitung vom 6.05.1963.

[89] Grußwort von Karl Heinrich Jung. Zit. nach: Mit Fandangos und vielen „Olés“ feiern die Spanier eine farbenfrohe Fiesta. Unterhaltungsnachmittag des Clubs Espanol in Siegen mit deutschen Gästen, in: Westfalenpost vom 6.05.1963.

[90] „Olé“ Club Español, in: Siegener Zeitung vom 6.05.1963. Eine ähnliche Formulierung findet sich in der Westfalenpost. Vgl. Unterhaltungsnachmittag des Clubs Español in Siegen mit deutschen Gästen, in: Westfalenpost vom 6.05.1963.

[91] Abglanz spanischen Temperaments. Iberische Klänge in der Siegerlandhalle / Bald eigenes Klubhaus, in: Westfälische Rundschau vom 6.05.1963.

Ausland demokratisch beeinflusst und gegen die eigene Regierung eingenommen werden, finanzierte die spanische Franco-Diktatur etwa Unterstützungs- und Unterhaltungsangebote, welche geeignet schienen, ihre emotionale Bindung an Spanien wachzuhalten.[92] Zumeist beschränkte sich das Engagement jedoch auf die symbolisch-repräsentative Ebene. Beispielsweise reiste der in Köln residierende italienische Generalkonsul Roberto Cerchione nach seinem Amtsantritt im April 1963 nach Siegen, um dort um Verständnis und Offenheit gegenüber den Arbeitsmigrant*innen zu werben. In einem Zeitungsinterview richtete er sich an die deutsche Bevölkerung und wies auf die besondere Lage seiner Landsleute in der Region hin, die neben materieller Versorgung auch auf soziale Kontakte und Akzeptanz durch die deutsche Bevölkerung hofften: „Ich stamme aus Neapel, von dorther kommen viele Gastarbeiter ins Siegerland. Für uns Süditaliener bedeutet ein Teelöffel voll Herzlichkeit eine größere Freundschaftsgeste als ein ganzer Teller von Spaghetti!“[93]

Im Dezember 1964 erhielten die spanischen „Gastarbeiter“ als erste Migrant*innengruppe einen Ort, an dem sie zusammenkommen und ihre Lebensgewohnheiten sowie Traditionen ohne Rücksicht auf die Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft pflegen konnten. Das Seelsorgeamt des Erzbistums Paderborn, das Landesjugendamt, das Kreis- bzw. Stadtjugendamt, das Arbeitsamt und die regionalen Arbeitgeberverbände hatten das „Freizeitheim“ an der St. Michaelskirche in Siegen für insgesamt 155 000 DM errichten lassen, um – wie es der spanische Priester José Maria Castano gegenüber der Siegener Zeitung ausdrückte – „den spanischen Arbeitern zu helfen, eine gewisse persönliche Gemütlichkeit und Behaglichkeit vorzufinden, die ihre innere, menschliche Zufriedenheit fördert.“[94] Hierfür verfügte es zum einen über mehrere mit einer Küche, einem Radio, Büchern und Zeitschriften ausgestattete Aufenthaltsräume, zum anderen beherbergte es die Büros des zuständigen Sozialberaters und des spanischen Seelsorgers.[95] In den kommenden Jahren diente das „Spanierheim“ den Migrant*innen und ihren Selbstorganisationen als Versammlungsort sowie Beratungs- und Unterstützungsagentur und schuf damit entscheidende Voraussetzungen für deren längerfristiges soziales, politisches und erinnerungskulturelles Engagement. Die italienische Mission hingegen erhielt erst über zwei Jahrzehnte später 1988 ein eigenes Gemeindezentrum im Stadtteil Geisweid.

Schattenseiten und Grenzen des „Gastarbeiter-Systems“. Die Lage der Migrant*innen

Auf einen so langen Zeitraum waren die Betreuungsmaßnahmen anfangs freilich nicht ausgerichtet. Bis in die Mitte der 1960er Jahre hinein galt die Arbeitsmigration als Erfolgsmodell. Konflikte in den Betrieben und außerhalb sowie Vorurteile der Bevölkerung

[92] Vgl. Kreienbrink: Auswanderungslenkung und „asistencia al emigrante“, S. 111.
[93] Zit. nach: Neuer General Konsul will Siegerland besuchen. Dr. Roberte Cerchione aus Neapel und die italienischen Gastarbeiter, in: Siegener Zeitung vom 13.04.1963.
[94] Spanischer Priester bittet um Hilfe, in: Siegener Zeitung vom 24.12.1964.
[95] Vgl. Im Spanierheim fehlt selbst die Milchbar nicht, in: Siegener Zeitung vom 24.12.1964.

gegenüber den Migrant*innen seien, so die herrschende Annahme, nur vorübergehend und würden spätestens durch die Rückkehr der „Ausländer" gelöst. Für die Siegener Zeitung beispielsweise war eine erfolgreiche Integration im Arbeitsumfeld bereits abgeschlossen und in der Gesellschaft nur eine Frage der Zeit: „Im Betrieb hat der Gastarbeiter einen festen Platz. Er ist heimisch geworden, soweit das für ihn in der Fremde möglich ist. Bei der nachbarlichen Zusammenarbeit mit deutschen Arbeitskollegen legten sich beiderseitige Vorurteile von selbst. Sie könnten ebenso in der Bevölkerung beseitigt werden."[96]

Aus Sicht der Migrant*innen stellte sich die Situation dagegen anders dar. In den für die vorliegende Untersuchung geführten Interviews sowie zeitgenössischen Quellen erscheinen die ersten Jahre in Deutschland übereinstimmend als biografische Zäsur und Herausforderung. Als wesentliche Problembereiche treten emotionale Belastungen, prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen und die durch das Migrationsregime verschärften Fremdheits- und Diskriminierungserfahrungen deutlich hervor. Zu ersteren trug vor allem der Verlust der gewohnten Lebenswelt bei. Die Migrant*innen fanden sich von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld getrennt in einer unbekannten Umgebung wieder. Das verglichen mit ihren Herkunftsregionen raue Siegerländer Klima bedeutete ebenso eine Umstellung wie das Leben in den betrieblichen Unterkünften. Besondere Schwierigkeiten bereitete jedoch die Verpflegung. Das in den Lebensmittelgeschäften und Kantinen angebotene Essen entsprach vielfach weder dem Geschmack noch den Gewohnheiten der „Gastarbeiter".[97] Hinzu kamen schließlich die oftmals belastenden Tätigkeiten sowie Konflikte mit Kolleg*innen und Vorgesetzten in den Betrieben, wo die Migrant*innen in der Regel am unteren Ende der Hierarchie standen. Wenngleich es keine Hinweise auf eine allgemein feindliche Stimmung gegenüber den „Ausländern" in der Anwerbephase gibt, blieben Diskriminierung und Benachteiligung nicht auf die Arbeitswelt beschränkt. Die Migrant*innen waren in der Öffentlichkeit aufgrund ihrer Sprache sowie äußerlicher Merkmale leicht erkennbar und wurden zumindest unterschwellig vielfach als fremd oder gar bedrohlich wahrgenommen. Latente Ängste äußerten sich in Formulierungen wie „friedliche Invasion"[98], mit denen die lokale Presse die Ankunft der Arbeitskräfte in Siegen beschrieb. Darüber hinaus tendierte die Berichterstattung stark zur Stereotypisierung und stellte die Probleme der „Gastarbeiter" oft exemplarisch anhand offenkundig fiktiver Biografien dar. Artikel über Frauen waren zudem häufig exotisierend und objektifizierend. So hob die Westfalenpost die „hübschen glutäugigen Spanierinnen"[99] gleichsam als Attraktion des bereits erwähnten „Unterhaltungsnachmittags" im Mai 1963 hervor.

[96] Gastarbeiter sollen sich im Siegerland wohlfühlen, in: Siegener Zeitung vom 14.04.1964.
[97] Interview mit Herrn A. (geb. 1944 in Spanien, 1962 nach Deutschland gekommen) am 8.01.2018.
[98] Gastarbeiter sollen sich im Siegerland wohlfühlen, in: Siegener Zeitung vom 14.04.1964.
[99] Mit Fandangos und vielen „Olés", in: Westfalenpost vom 6.05.1963.

Aufweichung des Rotationsprinzips und Transformation des Migrationsregimes

Die Migrant*innen ertrugen diese Umstände zumeist in der Erwartung, Deutschland zeitnah wieder zu verlassen. Ein dauerhaftes Leben in der Bundesrepublik war nicht vorgesehen und schien aufgrund der restriktiven deutschen Ausländerpolitik kaum möglich. Tatsächlich kehrten 12 von insgesamt 14 Millionen „Gastarbeitern" letztlich in ihre Herkunftsländer zurück.[100] Entgegen dem ursprünglich vorgesehenen Rotationsprinzip entwickelten sich jedoch feste Bindungen an Betriebe, welche ihre aufwendig eingearbeiteten Arbeitskräfte nicht verlieren wollten.

Bereits in der Anwerbephase wurde das Migrationsregime diesen Verfestigungstendenzen schrittweise angepasst und das Aufenthaltsrecht für immer weitere Migrant*innengruppen aufgeweicht. Zu diesen Maßnahmen gehörte auch die schrittweise Einführung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Dies vereinfachte die Arbeitswanderung zwischen den Mitgliedsländern enorm, sodass die deutschen Unternehmen von nun an bevorzugt Italiener*innen beschäftigten.[101] Gleichzeitig waren die Anwerbestellen in Rom und Verona damit auf einen Schlag obsolet.[102]

Im April 1965 beschloss die unionsgeführte Bundesregierung zudem ein neues „Ausländergesetz", welches die Einreise und den Aufenthalt fremder Staatsangehöriger in der Bundesrepublik neu regelte und die alte Ausländerpolizeiverordnung ablöste. Arbeitnehmer*innen aus Staaten der EWG waren ihren deutschen Kolleg*innen fortan rechtlich gleichgestellt.[103] Die Mehrzahl der Arbeitsmigrant*innen im Siegerland profitierte jedoch anfangs noch nicht von diesen Regelungen. Griechenland trat der EWG erst im Jahr 1981 bei, weitere fünf Jahre später folgten Spanien und Portugal.[104] Immerhin garantierte die Arbeitserlaubnisverordnung von 1971 allen bereits seit mehr als fünf Jahren in Deutschland beschäftigten „Ausländern" eine Verlängerung um ein weiteres halbes Jahrzehnt.[105] Wenngleich die Hürden für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft weiterhin hoch blieben, zeichnete sich ab, dass viele Migrant*innen dauerhaft in der Bundesrepublik leben könnten. Noch allerdings betrachtete die Bundesregierung die Migration ausschließlich durch die wirtschafts- bzw. arbeitsmarkpolitische Brille. Konzepte zum Umgang mit einer dauerhaften Zuwanderung und ihren sozialen Folgen fehlten.[106]

---

[100] Vgl. Rieder: Gastarbeiter.

[101] Vgl. Roberto Sala: Vom „Fremdarbeiter" zum „Gastarbeiter", S. 113f.

[102] Der Anteil der über die Emigrationszentren vermittelten italienischen Arbeitsmigranten in Deutschland an deren Gesamtzahl sank von 65 % im Jahr 1961 auf nur noch 8 % im Jahr 1968. 1972 lag er bei lediglich noch 1,3 %. Vgl. Prontera: Das Emigrationszentrum in Verona, S. 89.

[103] Das Gesetz wurde am 28. April 1965 beschlossen und zum 1. Oktober eingeführt. Vgl. Gosewinkel/Katzy-Reinshagen: Ausländer, S. 6.

[104] Vgl. Chronologie der Einwanderung nach Deutschland seit 1945. Zusammengestellt von Rainer Ohliger und DOMiT, in: Motte/Ohliger (Hg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft, S. 323-332.

[105] „Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer" (Arbeitserlaubnisverordnung), ausgegeben am 6.03.1971, in: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1971 Teil I Nr. 17, S. 152.

[106] Vgl. Klaus J. Bade: Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme, München 1994, S. 53; Laasner: Im Zentrum des Geschehens, S. 19.

Regionale Integrationspolitik. Der „Koordinierungskreis zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer“

Mangels integrationspolitischer Initiativen der Bundes- und Landespolitik gründeten die Verwaltungen der Kreise Siegen und Wittgenstein mitsamt ihren Kommunen, das Arbeitsamt, die Wohlfahrtsverbände, die Industrie- und Handelskammer sowie die regionalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen im Frühjahr 1972 gemeinsam den „Koordinierungskreis zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer“. Ziel des Bündnisses war es, die „Isolierung [der Migrant*innen] zu überwinden und beide Bevölkerungsgruppen einander näher zu bringen, sie mehr Verständnis füreinander gewinnen zu lassen und so das bisherige Nebeneinander- als ein Miteinanderleben zu harmonisieren“[107] Vergleichbare Ansätze sind für diese Zeit auch andernorts belegt. Die Münchener Stadtverwaltung etwa setzte 1971 eine Kommission mit einem ähnlichen Auftrag ein.[108]

Mit der Gründung im Frühjahr 1972 formierten sich zugleich vier Arbeitsgruppen, die von Fachleuten aus den unterschiedlichen Institutionen und Interessengruppen geleitet wurden und über unterschiedliche Problemfelder beraten sowie Handlungsempfehlungen erarbeiten sollten. Dazu zählten neben der sozialen und kulturellen Betreuung die schulische und berufliche Ausbildung, Wohnungsfragen und schließlich die Öffentlichkeits- bzw. Aufklärungsarbeit. Die Migrant*innen selbst waren nur in einer beratenden Rolle eingebunden und konnten weder die Agenda noch die Ergebnisse direkt beeinflussen.

Bei einem zweiten Treffen des Koordinierungskreises im August 1972 stellten die Arbeitsgruppen erste Resultate vor. Die Empfehlungen liefen in den meisten Fällen darauf hinaus, die bestehenden Strukturen zu optimieren und nationalitäts- bzw. gruppenspezifisch weiter auszubauen. So sollten die Migrant*innen durch verstärkte persönliche Beratung seitens der „Sozial-Fürsorger“ und Handreichungen in der jeweiligen Landessprache – die Rede war abwechselnd von „Informationsblättern“ oder „-karten“ sowie „Mitteilungsblättern“ – befähigt werden, selbstständig auf vorhandene Unterstützungsangebote und Sozialleistungen zuzugreifen.

Hinsichtlich der Eingliederung von Kindern aus „Gastarbeiter“-Familien in das Schulsystem empfahl die zuständige Arbeitsgruppe, speziellen „Förderungsunterricht“ in nach Herkunftsländern getrennten „Übergangsklassen“ anzubieten.

Gremienübergreifend diskutiert wurden Kultur- und Unterhaltungsveranstaltungen als mögliche Integrationshilfen. Während die Arbeitsgruppe für soziale und kulturelle Maßnahmen vor allem auf nationalitätsspezifische Veranstaltungen in der jeweiligen Landes-

[107] Isolierung ausländischer Arbeitnehmer überwinden. Umfassende Bestandsaufnahme der Gastarbeiter-Probleme – Arbeitskreise wollen Betreuung verbessern, in: Siegener Zeitung vom 11.08.1972.

[108] Vgl. Olga Sparschuh: Grenzen der Grenzen. Italienische Arbeitsmigration nach Turin und München in den 1950er bis 1970er Jahren, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System, S. 167-181, hier S. 175.

sprache setzte, schlugen die Expert*innen für Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit besondere „Kontakt-Aktionen“ vor, welche direkte persönliche Begegnungen zwischen „Gastarbeitern“ und der alteingesessenen Bevölkerung ermöglichen sollten. Ein Novum war ihre Idee, von Migrant*innen geführte Kneipen und Restaurants als potenzielle „Kommunikationsstellen für Ausländer und Deutsche“[109] zu fördern.

Wenngleich die Perspektiven der „Gastarbeiter“ sowie deren Expertise für die eigenen Probleme und Bedürfnisse nur am Rande berücksichtigt worden waren, hatten die unterschiedlichen Arbeitsgruppen grundlegende durch die Arbeitsmigration verursachte Probleme identifiziert. Ihre Lösungsansätze griffen jedoch zu kurz, da sie den Integrationsproblemen primär durch Aufklärung und Information zu begegnen suchten. Auf die materiellen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Arbeitsmigration hatte der Koordinierungskreis hingegen keinen Einfluss. Weder die von der zuständigen Arbeitsgruppe angemahnte Reform des Arbeitsförderungs- und Ausbildungsförderungsgesetzes noch die Forderung nach mehr familiengerechten Unterkünften ließ sich auf Kreis- bzw. kommunaler Ebene adressieren oder gar erfüllen. Somit offenbarte die Initiative auch deutlich die Grenzen regionaler und lokaler Integrationsbemühungen. Letztlich wurde die Kommission von den politischen Entwicklungen überholt, noch ehe ihre Vorschläge weiterverfolgt werden konnten. Mit der Ölpreiskrise und dem anschließenden Anwerbestopp 1973 schien ihre Arbeit zunächst gegenstandlos. Dennoch hatte der Koordinierungskreis die zahlreichen, bisher nebeneinanderher arbeitenden Institutionen und Akteur*innen zusammengebracht. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten kooperierten diese in unterschiedlichen Konstellationen.

[109] Isolierung ausländischer Arbeitnehmer überwinden, in: Siegener Zeitung vom 11.08.1972.

4.1 „Ausländerbetreuung“ in der Region nach dem Anwerbestopp 1973 und gesellschaftliches sowie politisches Engagement der Migrant*innen

Fast zwei Jahrzehnte nach dem ersten Vermittlungsabkommen mit Italien beendete die Bundesregierung 1973 die staatlich organisierte Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Trotz des sog. Anwerbestopps blieben jedoch viele „Gastarbeiter“ in Deutschland und holten ihre Familien nach. Es zeichnete sich ab, dass die Arbeitsmigration die Bundesrepublik und damit auch das Siegerland nachhaltig prägen würde. Im Verlauf der 1970er Jahre konsolidierte sich die regionale Einwanderungsgesellschaft. In diesem Prozess spielten neben den expandierenden Strukturen der „Ausländerbetreuung“ die immer zahlreicheren Vereine und religiösen Gemeinschaften der Migrant*innen eine wichtige Rolle. Die sozialen Spannungen infolge der Wirtschaftskrise 1979/80 sowie steigender Zahlen von Asylbewerber*innen entluden sich in einer feindlichen Stimmung gegenüber den „Ausländern“, welche auch auf die Politik übergriff. Während das nationale Migrationsregime sukzessive verschärft wurde, trugen die Einrichtung von kommunalen Ausländerbeiräten sowie zahlreiche bi- und multilaterale Initiativen auf regionaler Ebene zur Integration und politischen Partizipation der Eingewanderten bei. Im folgenden Kapitel wird das entstehende Geflecht von Akteur*innen und Institutionen als Basis und Ausgangspunkt der sich ab Mitte der 1980er Jahre herausbildenden öffentlichen Erinnerung an die Migration untersucht. Die jeweiligen Zielsetzungen, Handlungsspielräume und Wirkungsbereiche werden dabei entlang der von Friedrich Heckmann beschriebenen vier Dimensionen der Integration von Migrant*innen analysiert.[1] Als Quelle für sämtliche öffentliche Aktivitäten, Debatten und Veranstaltungen dient die Berichterstattung der regionalen Zeitungen. Eine Innenperspektive der Beteiligten ist demgegenüber – wenn auch nur spärlich – in den Berichten des Siegener Ausländerbeirates sowie den Akten des städtischen Ausländerbeauftragten dokumentiert.

Folgen des Anwerbestopps in den 1970er und 1980er Jahre

Im November 1973 stellte die Bundesanstalt für Arbeit auf Anweisung des Bundesarbeitsministers Walter Arendt (SPD) nach beinahe zwei Jahrzehnten die Vermittlung von Migrant*innen für den deutschen Arbeitsmarkt ein. Den vorgeblichen Anlass bot der durch den Jom-Kippur-Krieg ausgelöste Ölpreisschock.[2] Tatsächlich ausschlaggebend für die Entscheidung der Bundesregierung waren jedoch der Strukturwandel und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Montan- und Textilindustrie, die bislang einen Großteil der Arbeitsmigrant*innen beschäftigt hatten, befanden sich in einer Krise. Auf den

[1] Vgl. Heckmann: Integration von Migranten, S. 72f.

[2] Vgl. Berlinghoff: Der europäisierte Anwerbestopp, S. 152. Die Organisation der Arabischen Erdölexportierenden Staaten (OAPEC) hatte am 17. Oktober beschlossen, die Produktion und den Export von Erdöl zu drosseln, um so die USA und die europäischen Saaten als wichtigste Unterstützer Israels unter Druck zu setzen.

übrigen industriellen Sektoren ließen Automatisierung und Rationalisierung den Bedarf an ungelernten Arbeitskräften sinken.[3]

Die aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen für die ungefähr 2,6 Millionen Arbeitsmigrant*innen in der Bundesrepublik veränderten sich mit dem Anwerbestopp grundlegend. Mit Ausnahme der Italiener*innen, die seit 1968 Freizügigkeit innerhalb der EWG genossen, mussten sie befürchten, einmal in ihr Herkunftsland zurückgekehrt, nicht wieder nach Deutschland einreisen zu können.[4] Obwohl ihre Beschäftigungsverhältnisse durch den sinkenden Bedarf an angelernten oder unqualifizierten Arbeitskräften prekärer wurden, während zugleich die Flexibilität bei der Arbeitssuche verloren ging, entschieden sich daher viele von ihnen, dauerhaft in der Bundesrepublik zu bleiben und ihre Familien nachzuholen.[5] Der Übergang von der zeitlich begrenzten Arbeitsmigration zu einer permanenten Einwanderung schlug sich auch sprachlich nieder. Die schon in den 1970er Jahren in die Kritik geratene Bezeichnung „Gastarbeiter" verschwand weitgehend aus Alltag und Diskurs.[6] Stattdessen war fortan zumeist schlicht von „Ausländern" die Rede. Der Anwerbestopp erwies sich letztlich als kontraproduktiv. Durch Familiennachzüge und steigende Geburtenraten wuchs die eingewanderte Bevölkerung in Deutschland weiter an, während sich die Zusammensetzung erheblich veränderte. Die vormals hohe Erwerbsquote der Migrant*innen sank. Zugleich ging ihre Funktion als „Konjunkturpuffer" endgültig verloren.

Ausbau der nationalitäts- und religionsspezifischen Betreuungsstrukturen

Nachdem sich gegen Ende der Anwerbephase deutlich gezeigt hatte, wie unzureichend in Summe die Unterstützungsmaßnahmen für die „ausländischen Arbeitnehmer" in der Region waren, brachten die Bleibeentscheidungen der ehemaligen „Gastarbeiter" und Familienzusammenführungen weitere Aufgaben mit sich. Über die Beratung in aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Fragen hinaus galt es, die Migrant*innen aktiv ins gesellschaftliche Leben einzubeziehen und ihren Kindern den Zugang zum schulischen sowie beruflichen Bildungssystem zu eröffnen. Zu diesem Zweck wurden die etablierten nationalitäts- und religionsspezifischen Betreuungsstrukturen weiter ausgebaut. So eröffnete der Siegener Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt 1977 jeweils eine neue Beratungsstelle für jugoslawische und türkische Migrant*innen. Im März 1983 folgte eine weitere für Tunesier*innen.[7] Das Erzbistum Paderborn stärkte seine „Ausländerseelsorge". Zusätzlich zur italienischen

[3] Vgl. Oltmer: Einführung: Migrationsverhältnisse und Migrationsregime nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 11f.

[4] Vgl. Rieder: Gastarbeiter.

[5] Sala: Die migrationspolitische Bedeutung der italienischen Arbeitswanderung in die Bundesrepublik, S. 87.

[6] Vgl. Stefan Zeppenfeld: „Gastarbeiter", in: Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke/Philipp Schäfer/Laura Stielike/Maurice Stierl (Hg.): Inventar der Migrationsbegriffe (20.09.2023), URL: www.migrationsbegriffe.de/gastarbeiter (Stand: 22.07.2024).

[7] Vgl. Informationsblatt der Beratungsstelle für jugoslawische Arbeitnehmer bzw. Beratungsstelle Türkdanis der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Siegen (undatiert), Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

und spanischen Mission richtete es 1977 in Siegen eine kroatische Mission („Hrvatska katolička misija“) ein.[8]

Reform der „Ausländerseelsorge“

Im gleichen Jahr begann mit der Neuorganisation der Seelsorgebezirke ein Reformprozess, der in 1980 in die Errichtung eigenständiger Migrant*innengemeinden (*missiones cum cura animarum*) mündete.[9] Die bislang den deutschen Pfarreien angegliederten Missionen wurden somit unabhängig, kooperierten jedoch weiterhin eng mit den bei den Wohlfahrtsverbänden angestellten Sozialberatern.[10] Die Kroatische Gemeinde residierte etwa in der Siegener Geschäftsstelle des Caritasverbands.[11] Somit wurden die Missionen zu Anlaufstellen und praktischen Unterstützungsagenturen für alltägliche Probleme, boten jedoch darüber hinaus eine spirituelle Ersatzheimat und halfen ihren Mitgliedern, die Migrationserfahrung emotional zu verarbeiten.[12]

Einerseits trug die Kombination von seelsorgerischer und weltlicher Betreuung zur strukturellen Integration der Migrant*innen bei, andererseits waren die Missionen innerhalb der Kirche weitgehend isoliert, sodass in der zeitgenössischen Forschung zunehmend von migrantischen „Nebenkirchen“[13] die Rede war. Kontakte zu den deutschen Gemeinden, welche sich oft mit der Errichtung der missiones cum cura animarum als nicht länger für die Migrant*innen zuständig sahen, waren selten. Weitere Hindernisse für einen intensiveren Austausch waren die soziale Ungleichheit zwischen alteingesessenen und zugewanderten katholischen Gläubigen sowie unterschiedliche Religionsauffassungen und Arten des Gemeindelebens. Der Beitrag der Missionen zur sozialen und kulturellen Integration der Migrant*innen war somit insgesamt gering. Dieses Defizit in der „Ausländerseelsorge“ blieb auch in den folgenden Jahren bestehen. Die vielversprechende Initiative der katholischen Gemeinde in Neunkirchen 1964 blieb ein Einzelfall. Der von den Kirchen 1975 erstmals ausgerufene „Tag des ausländischen Mitbürgers“ fand im Siegerland nicht statt.[14]

---

[8] Vgl. Bericht der Kroatischen Katholischen Mission an den Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen vom 17.10.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[9] Vgl. Fernández Molina: Katholische Gemeinden anderer Muttersprache in der Bundesrepublik, S. 371-373.

[10] Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 202.

[11] Vgl. Bericht der Kroatischen Katholischen Mission an den Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen vom 17.10.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[12] Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 203f.; dies.: Transnationaler Katholizismus. Die kroatischen Migrantengemeinden in Deutschland zwischen nationalem Engagement und funktionaler Integration, Berlin 2013, S. 40f.

[13] Herbert Leuninger: Eine Nebenkirche oder Einheit in der Vielfalt? Die Gemeinden anderer Muttersprache in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Barwig/Dietmar Mieth (Hg.): Migration und Menschenwürde. Fakten, Analysen und ethische Kategorien, Mainz 1987, S. 140–157.

[14] Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 203f.

Die muslimische und die griechisch-orthodoxe Gemeinde

Anders als die spanischen, italienischen und jugoslawischen fanden die türkischen sowie griechischen Migrant*innen im Siegerland keine anschlussfähigen religiösen Institutionen und Strukturen vor. Die muslimische und die griechisch-orthodoxe Glaubensgemeinschaft konstituierten sich daher zunächst als private Vereine.

Erstere gründete im Januar 1977 den „Islamischen Gottesdienst- und Hilfsverein Siegen e. V." Als Gebets- und Versammlungsraum diente zunächst eines der „Gastarbeiter"-Wohnheime und anschließend eine Privatwohnung im Stadtteil Weidenau. Bereits im Folgejahr erwarb der Verein die ehemalige Produktionshalle einer Möbelschreinerei im benachbarten Geisweid und baute diese zu ihrem Gemeindezentrum aus. Das erste Freitagsgebet in der fertiggestellten Selimiye Moschee (*Selimiye Camii*), deren Name auf die „Sultansmoschee" in der früheren osmanischen Hauptstadt Edirne verwies, fand 1980 statt.[15] Nach Gründung des Dachverbands DİTİB 1984 trat auch der Siegener Verein ihm bei und benannte sich in „Türkisch Islamische Gemeinde zu Siegen e. V." um.[16] In den folgenden Jahren entwickelte er sich zur bedeutendsten und mitgliederstärksten sunnitisch-islamischen Gemeinschaft in der Region, trat in der Erinnerungskultur jedoch praktisch nicht in Erscheinung.[17]

Die griechischen Migrant*innen im Siegerland mussten lange Zeit den Weg nach Hagen oder Dortmund, später auch nach Lüdenscheid in Kauf nehmen, um zu kirchlichen Festen wie Ostern oder Weihnachten an Gottesdiensten teilnehmen zu können.[18] Erst 1987 gründete sich in Siegen die griechisch-orthodoxe „Kirchengemeinde der Heiligen Konstantinos und Eleni".[19] Zunächst provisorisch in den Räumlichkeiten der katholischen Pfarrei St. Marien unterbracht, eröffnete diese wenig später ein eigenes Gemeindezentrum im Siegener Stadtteil Kaan-Marienborn.

Säkulare Vereine und Bürgerinitiativen

Über die Bildung religiöser Gemeinschaften hinaus schlossen sich die Migrant*innen ab Ende der 1970er Jahre zunehmend in kulturell und politisch ausgerichteten Vereinen zusammen. Im Gegensatz zum 1961 ins Leben gerufenen „Club Español" handelte es sich

[15] Vgl. Kathrin Herz: Fallanalyse Selimiye Moschee / Selimiye Camii, Siegen, in: Dies./Chantal Munsch/Marko Perels/Wüstenrot Stiftung (Hg.): Gemeindezentren türkeistämmiger Muslime als baukulturelle Zeugnisse deutscher Migrationsgeschichte, Ludwigsburg 2019, S. 452-467, hier S. 454.

[16] Das Akronym steht für „Diyanet İşleri Türk İslam Birliği". Der deutsche Name lautet: „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.".

[17] Vgl. Frank Wilmes/Wolfgang Vetter/Bayram Ünsal/Ulrich Irle/Armin Gotthardt: Das Hüttental – Schlaglichter auf Geschichte und Gegenwart eines Ortsteils, in: Universität Siegen, Fakultät Bildung – Architektur – Künste Department Erziehungswissenschaft/Psychologie/ARGE e.V./Mehrgenerationenhaus (Hg.): Stadtteilführer Siegen-Geisweid. Erkundungen von Wandel, Vielfalt und Engagement im migrationsgeprägten Sozialraum, Siegen 2012, S. 35-45, hier S. 39.

[18] Vgl. Arbeitsamt Siegen: Liste der für die Beschäftigung, Vermittlung und Betreuung griechischer Arbeitnehmer zuständigen Stellen Stand 15.4.1964, Archiv der Siegener Zeitung.

[19] Vgl.: Die Geschichte, in: Webseite der Griechisch-Orthodoxen Kirchengemeinde Siegen-Olpe-Gummersbach (undatiert), URL: http://www.ekklisia.de/H_istoria/h_istoria.html (Stand: 22.07.2024).

dabei um Selbstorganisationen. Während die Einrichtungen der „Ausländerbetreuung“ die Gründung derartiger Zusammenschlüsse befürworteten und beratend unterstützten, beobachtete die Arnsberger Bezirksregierung diese eher misstrauisch und hatte bereits 1968 eine Meldepflicht für „Ausländervereine“ mit überwiegend nichtdeutschen Mitgliedern sowie für „ausländische Vereine“ mit Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erlassen.[20] Die neuen Organisationen ergänzten die bestehenden Gemeinden und Beratungsstellen, hielten jedoch an dem in der „Ausländerbetreuung“ etablierten Nationalitätsprinzip fest.

Gleich mehrere anfangs informelle Gruppen formierten sich im Umfeld der spanischsprachigen Gemeinde. Um die Situation ihrer Kinder in Kindertagesstätten und Schulen zu verbessern und eine angemessene Ausbildung sicherzustellen, schloss sich im April 1978 eine Gruppe spanischer Eltern zur „Asociacion de Padres de Familias Espanolas en Siegen“ zusammen.[21] Wenig später folgten eine Jugendvereinigung („Agrupación Juvenil Española Siegen“) und der Arbeiterbildungsverein „Pablo Iglesias“ („Asociacion de Trabajadores ‚Pablo Iglesias‘“). Die kroatische Mission entwickelte 1977 mit dem Club „Sloga 77“ (auf Deutsch: Harmonie) ebenfalls einen weltlichen Ableger, der sich auf Freizeit- und Folkloreveranstaltungen konzentrierte.[22]

Eindeutig politisch ausgerichtet war demgegenüber der 1978 gegründete Verein der Arbeitnehmer und Studenten aus der Türkei e. V. Dieser setzte sich für die Gleichbehandlung und Teilhabe der türkischen Migrant*innen in allen Lebensbereichen ein. Zur sozialen und kulturellen Integration sollten eine Fußballmannschaft sowie eine Tanz- und Musikgruppe beitragen.[23]

Integrationsprobleme und politische Reaktionen

Während sich die Betreuungsstrukturen auf der regionalen Ebene konsolidierten und die ehemaligen „Gastarbeiter“ sich zunehmend für ihre Belange einsetzten, erkannte auch die sozialliberale Bundesregierung unter Helmut Schmidt (SPD), dass der Anwerbestopp nicht das gewünschte Ergebnis gebracht hatte. Angesichts der durch die Arbeitsmigration ausgelösten gesellschaftlichen Transformationen vollzog sie einen Kurswechsel von einer reinen Arbeitsmarkt- und Wirtschafts- zu einer genuinen Ausländerpolitik.[24] Ende 1978 setzte sie mit dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn

[20] Vgl. Meldepflicht von Ausländerclubs, in: Siegener Zeitung vom 23.12.1967.

[21] Vgl. Größere Hilfen für ausländische Kinder nötig. Spanische Elternvereinigung gegründet – Unterstützung durch Caritas, in: Siegener Zeitung vom 8.04.1978; Kristina Enders: 20 Jahre Ausländerbeirat. Ein Stück Siegener Migrationsgeschichte, in: Sigrid Baringhorst/Rainer Geißler/Dieter Pfau (Hg.): 20 Jahre Freundschaftsfest – 20 Jahre Ausländerbeirat in Siegen, Siegen 2005, S. 19-34.

[22] Vgl. Verzeichnis: Ausländische Organisationen (Vereine, Initiativen usw.) (undatiert), Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[23] Vgl. Neues Domizil für türkische Arbeiter und Studenten. In den Räumen an der Sohlbacher Straße soll es international zugehen, in Siegener Zeitung vom 29.10.1984; Türkische Emigranten feierten. Tänze und Musik erinnerten an anatolische Heimat. Fest zum „Tag der Republik“ – Liedermacher brachte poetische und politische Weisen, in: Siegener Zeitung vom 31.10.1988.

[24] Vgl. Laasner: Im Zentrum des Geschehens, S. 19.

(SPD) den ersten „Bundesbeauftragten für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien“ ein. Im September 1979 veröffentliche dieser einen Bericht über „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“.[25] Das sogenannte „Kühn-Memorandum“ forderte verstärkte Integrationshilfen in allen Lebensbereichen. Unter anderem sollten in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche aus den Familien der Migrant*innen eine unbegrenzte Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis und eine Einbürgerungsperspektive erhalten. Für erwachsene „Ausländer“ forderte der Bericht, das Kommunalwahlrecht einzuführen. Der Opposition und selbst Teilen der Bundesregierung gingen diese Vorschläge jedoch zu weit. Scharf kritisiert wurde vor allem die Diagnose einer permanenten Einwanderungssituation.[26] Der Osnabrücker Historiker Klaus J. Bade hat diese Haltung als „Erkenntnisverweigerung“[27] charakterisiert. Angesichts des politischen und gesellschaftlichen Widerstands waren Kühns ebenso innovative wie ambitionierte Integrationspläne nicht umsetzbar.

Stattdessen verstärkte sich in der deutschen Politik die Abwehr gegen einen weiteren Zuzug von „Ausländern“. Die Gründe waren wirtschaftlicher und politischer Natur. Die durch die islamische Revolution im Iran und den Ersten Golfkrieg ausgelöste zweite Ölpreiskrise ließ das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik praktisch auf null sinken und führte 1982 sogar zu einer Rezession. 1983 stieg die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik mit 2,2 Millionen bzw. 8,1% auf ein Rekordniveau. Im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Siegen stieg die Quote von Erwerbslosen mit 9,4% sogar über den Bundesdurchschnitt.[28] Die öffentliche Meinung richtete sich nun zunehmend gegen die als Konkurrent*innen um die knappen Arbeitsplätze betrachteten „Ausländer“.[29]

Anstieg der Asylmigration

Zeitgleich ließen mehrere internationale Krisen die Zahl von Asylsuchenden ansteigen. Zwischen 1978 und 1982 nahm die Bundesrepublik 23 000 vietnamesische Flüchtlinge auf. 34 dieser vor dem kommunistischen Regime über das offene Meer geflohenen „boat people“ wurden im November 1978 in der Siegerländer Gemeinde Burbach untergebracht.[30] Eine neue Dimension erreichte die Zuwanderung durch den Militärputsch in

[25] Heinz Kühn: Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland – Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung (1979), in: Karl-Heinz Meier-Braun: ‚Gastarbeiter‘ oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1980, S. 27-69.

[26] Vgl. Jan Motte/Rainer Ohliger: Rückblick: 30 Jahre Kühn-Memorandum, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): Newsletter Migration 7/2009.

[27] Klaus J. Bade: Tabu Migration. Belastungen und Herausforderungen in Deutschland, in: Ders. (Hg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung, München 1994, S. 16-21, hier S. 21.

[28] Vgl. Petzina: Eine Industrieregion im Wandel, S. 90.

[29] Vgl. Chronologie der Einwanderung nach Deutschland seit 1945, S. 323-332.

[30] Vgl. 30 vietnamesische Flüchtlinge kommen nach Burbach. Erstmals Vietnamesen im Siegerland – Flüchtlinge treffen noch im November ein – Bevölkerung zur Mithilfe aufgerufen, in: Siegener Zeitung vom

der Türkei im September 1980 sowie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981, von wo allein rund 200 000 Menschen nach Deutschland kamen. Weitere Fluchtbewegungen lösten der Bürgerkrieg in Sri Lanka seit 1983 sowie die Verfolgung der türkischen, iranischen und irakischen Kurden aus.[31] Waren die ungarischen und tschechoslowakischen Zwangsmigrant*innen, die nach dem Volksaufstand 1956 bzw. der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 Asyl in der Bundesrepublik erhalten hatten, noch wohlwollend aufgenommen worden, wandelte sich die Stimmung im Verlauf der 1970er Jahre. Insbesondere auf die Flüchtlinge aus den Ländern des Nahen Ostens reagierte die deutsche Bevölkerung nach dem Münchner Olympia-Attentat 1972 zunehmend misstrauisch.[32] Bereits vor der von den Unionsparteien lancierten Asylkampagne anlässlich der Bundestagswahl 1990 wurde die Zuwanderung von Asylbewerber*innen zum kontrovers diskutierten politischen Kernthema. Im Zentrum standen die vermeintlich wirtschaftlichen Motive der Geflüchteten sowie die Auswirkung der Einwanderung auf die deutschen Sozialsysteme.[33] Die regionalen Zeitungen griffen diesen Diskurs auf und stellten in plakativen Überschriften wie „Arbeitslose Ausländer wollen Asyl"[34] einen Zusammenhang zur wirtschaftlichen Situation her.

Beginn der migrationspolitischen „Abwehrphase"

1982 lebten 4,67 Millionen Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik – ein neuer Höchststand seit dem Anwerbestopp von 1973.[35] Die seit dem Herbst desselben Jahres regierende christlich-liberale Koalition richtete die Migrationspolitik neu aus. Auf die ersten Integrationsversuche nach dem Anwerbestopp folgte nun eine migrationspolitische „Abwehrphase".[36] Die von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 ausgegebenen Ziele „Integration der seit langem bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer", „Begrenzung des weiteren

17.11.1979; Neue Heimat für Ly Trung Bao und Ly Phac Tuoc. 34 Vietnamesen in Burbach eingetroffen – Trotz großer Sprachprobleme: Flüchtlinge dankbar und erleichtert, in: Siegener Zeitung vom 29.11.1979.

[31] Vgl. Laasner: Im Zentrum des Geschehens, S. 22. Tamilen wurden ab 1985 hauptsächlich in Freudenberg, Netphen und Wilnsdorf untergebracht. Vgl. „Wir wollen nur vorübergehend bleiben." Eindringliche Darstellung der Not daheim. Freudenberger Tamilen veranstalteten gemeinsam mit „amnesty international" Informationsabend zur Situation der Asylanten, in: Siegener Zeitung vom 14.02.1986; Gedenkgottesdienst für Tamilen in der Wallfahrtskirche Kohlhagen, in: Siegener Zeitung vom 6.08.1986.

[32] Vgl. Dietrich Thränhardt: Migrationspolitik in Europa und Japan in vergleichender Perspektive, in: Ders. (Hg.), Migration in Deutschland und Europa, Münster 1993, S. 81-102, hier S.101f.

[33] Ulrich Herbert: Flucht und Asyl. Zeithistorische Bemerkungen zu einem aktuellen Problem, in: Zeitgeschichte-online (1.12.2015), URL: https://zeitgeschichte-online.de/themen/flucht-und-asyl (Stand: 22.07.2024).

[34] „Arbeitslose Ausländer wollen Asyl", in: Westfalenpost vom 10.04.1980.

[35] Vgl. Laasner: Im Zentrum des Geschehens, S. 22.

[36] Mit diesem Begriff charakterisiert der Soziologe Rainer Geißler die deutsche Integrationspolitik zwischen 1981 und 1998. Rainer Geißler: Migration und Integration, in: Informationen zur politischen Bildung 324 (2014), S. 40-43, hier S. 41.

Zuzugs“ und „Förderung der Rückkehrbereitschaft“[37] liefen darauf hinaus, die Zahl der „Ausländer“ in Deutschland zu reduzieren. Wichtigste Maßnahme war das fast genau zehn Jahre nach dem Anwerbestopp im November 1983 vom Bundestag verabschiedete „Rückkehrförderungsgesetz“ („Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“). Es gewährte arbeitslos gewordenen Migrant*innen aus den ehemaligen Anwerbestaaten eine finanzielle Unterstützung, wenn sie gemeinsam mit ihrer Familie dauerhaft in ihr jeweiliges Herkunftsland zurückkehrten.[38]

Für die Umsetzung der neuen Rückkehrpolitik waren auf der regionalen Ebene die Ausländerbehörden zuständig, wohingegen die Arbeitsämter ihre Schlüsselfunktion im Migrationsregime verloren hatten.[39] Ebenso wie im gesamten Bundesgebiet ließen der Anwerbestopp und die Einwanderung von Asylbewerber*innen im Siegerland den Anteil von „Ausländern“ an der Gesamtbevölkerung ansteigen. Im Dezember 1980 lebten im Kreis Siegen-Wittgenstein 17 428 und in Siegen 8 810 Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Der weitaus größte Teil davon, allein in Siegen 3 362 Personen, kam aus der Türkei. An zweiter Stelle folgten 1 254 Italiener*innen. Zudem hielten sich in der Stadt rund 800 Asylsuchende unterschiedlicher Herkunft auf.[40] Teile der Mehrheitsgesellschaft reagierten auf die neue Quantität und Qualität der Migration in Verbindung mit der wirtschaftlichen Krise abwehrend. Furcht vor einem sozio-ökonomischen Abstieg mischte sich mit Sorgen um die nationale und kulturelle Identität. Zwar richtete sich die öffentliche Stimmung gegen alle Migrant*innengruppen, die Türk*innen waren jedoch besonders betroffen. Das Lokalmagazin „der tip“ schilderte in einer Reportage die aufgeheizte Stimmung in der Siegerländer Bevölkerung: „Von Überfremdung ist die Rede, vom Kampf der Wiegen und der Unvereinbarkeit der Kulturen. Die geschürte Ausländerfeindlichkeit fällt bei der breiten Masse auf fruchtbaren Boden: Rassistisches Gedankengut mischt sich mit der Angst vor der Arbeitslosigkeit. […] Die Ursachen liegen auf der Hand. Ein Großteil der türkischen Arbeitnehmer ist bei den Stahlwerken beschäftigt – und nimmt den Deutschen die Arbeitsplätze weg, wie wohl so mancher diesen Satz im Stillen vollenden würde.“[41] In der städtischen Politik und Verwaltung gab es vergleichbare Einstellungen. Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung etwa verwies auf andere Städte, wo „sich deutsche Bürger wegen des Übergewichts von Ausländern in

[37] Helmut Kohl: Regierungserklärung vom 13.10.1982, in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht 121. zur Sitzung am 13.10.1982, S. 7219-7220; vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht zur Sitzung am 4.05.1983, S. 66-67.

[38] Vgl. Sakine Yildiz: Deutschland ist (k)ein Einwanderungsland Die Rückkehrförderungspolitik der Bundesrepublik 1973 bis 1984, in: Raphaela Etzold/Martin Löhnig/Thomas Schlemmer (Hg.): Migration und Integration in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 86), Oldenburg 2019, S. 79-89, hier S. 87.

[39] Infolge verwaltungsrechtlicher Reformen wurden 1981 in den kreisangehörigen Städten Nordrhein-Westfalens mit mehr als 60 000 Einwohnern, also auch in Siegen, eigenständige Ausländerbehörden eingerichtet.

[40] Vgl. Vier Nepalesen wohnen unterm Krönchen. Stadt Siegen ab Januar Ausländerbehörde – Aus 80 Ländern der Erde, in: Siegener Zeitung vom 10.12.1980.

[41] Wenn die Fremde zur Heimat wird, in: regionalmagazin „der tip“ 11/83, S. 10-12.

bestimmten Stadtteilen und Schulen nicht mehr als ‚Herren im eigenen Lande' fühlten" und warnte vor ähnlichen Verhältnissen in Siegen. Die Schuld für diese Entwicklung sah er jedoch nicht bei der verfehlten Anwerbe- und Einwanderungspolitik, sondern bei den Migrant*innen, deren Integrationsbereitschaft „sehr gering, bei den Türken gleich null"[42] sei.

Regionales Engagement gegen „Ausländerfeindlichkeit"

Als Reaktion auf die weiter zunehmende „Ausländerfeindlichkeit" traten die Migrant*innenvereine im Mai 1982 erstmals an die breite Öffentlichkeit. Gemeinsam mit dem Siegener Stadtverband der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) veranstalteten der Verein der Arbeitnehmer und Studenten aus der Türkei und die Spanische Jugendvereinigung unter dem Motto: „Stopp Ausländerhaß – Freundschaft gegen Ausländerhaß" ein gemeinsames Fest im Siegener Schlosspark.[43] Der Leitsatz stellte den Überfremdungsängsten einen Appell zur gesellschaftlichen wie zur individuellen Verständigung und Annäherung entgegen, implizierte jedoch keine weitergehenden politischen Forderungen, etwa nach demokratischer Partizipation oder einer veränderten Einwanderungspolitik. Die Jusos traten gleichsam als Schirmherren auf und machten die Veranstaltung somit auch für die Teile der Bevölkerung relevant und anschlussfähig, die bislang nicht mit den Migrant*innenorganisationen in Berührung gekommen waren. Die eigentliche Programmgestaltung blieb hingegen den Migrant*innen überlassen. Dabei spielte die politische Botschaft der Veranstaltung letztlich nur eine geringe Rolle. Die Vereine hatten zwar Stände aufgebaut, an denen sich die Besucher*innen über ihre Anliegen und Aktivitäten informieren konnten, nutzten die Gelegenheit jedoch in erster Linie, um ihre bzw. die Kultur ihrer Herkunftsländer zu inszenieren und präsentieren. Ein wichtiger Bestandteil des Fests war das Angebot von typischen bzw. als typisch geltenden Speisen. Diese wurden allerdings primär für die deutschen Besucher*innen zubereitet und angeboten und zählten somit, wie nahezu das gesamte Angebot der ausländischen Gastronomie in Deutschland, zur Exoküche. Verglichen mit der alltäglichen Endoküche der Migrant*innen orientiert diese sich stärker an den Erwartungen und Konsumgewohnheiten der Mehrheitsgesellschaft, prägt durch den Geschmack und die Inszenierung der „Spezialitäten" jedoch zugleich die Wahrnehmung und die Vorstellungen von der fremden Kultur.[44] Bei dem abschließenden Auftritt einer türkischen Folkloregruppe stand hingegen, wie schon bei der zuvor erwähnten Feier des „Club Español", die visuelle und auditive

[42] Zahl der Ausländer steigt in Siegen weiter an. Langenholdinghausen hat höchsten Anteil – Türken dominieren, in: Siegener Zeitung vom 2.12.1981.
[43] Vgl. Gegen Ausländerhass angehen – Jusos, türkische und spanische Vereine arbeiten eng zusammen, in: Westfälische Rundschau vom 8.07.1982. Ein Überblick über die Geschichte der Veranstaltung findet sich in: Enders: 20 Jahre Ausländerbeirat, S. 23.
[44] Zur Unterscheidung von Endo- und Exoküche vgl. Konrad Köstlin: Heimat geht durch den Magen. Oder: Das Maultaschensyndrom – Soulfood in der Moderne, in: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 4 (1991), S. 147-164. Maren Möhring hat diese in einem migrationsgeschichtlichen Kontext erneut aufgegriffen. Vgl. Möhring: Fremdes Essen, S. 35.

Wirkung im Mittelpunkt. Musik und Tanz sollten das Publikum ästhetisch sowie emotional ansprechen und es für die türkischen Migrant*innen und deren Kultur einnehmen. In der Rezeption überstrahlten die angebotenen Speisen und das türkische Ensemble die gesellschaftlich-politische Dimension des Festes. So betonten die regionalen Zeitungen vor allem den Unterhaltungswert. Während die Westfalenpost insbesondere die Stimmung bei dem „bombigen Fest“[45] lobte, würdigte die Siegener Zeitung die Folkloregruppe als „optischen Höhepunkt der ‚Fete‘“.[46] Wenngleich die tatsächliche Wirksamkeit der Veranstaltung gegen den „Ausländerhaß“ somit rückblickend fraglich erscheint, werteten die Veranstalter*innen den Tag als Erfolg. In den folgenden Jahren orientierten sie sich sowohl bei ihren eigenen als auch bei gemeinsamen Veranstaltungen mit anderen Gruppen daran.

Die Kooperation der Migrant*innenorganisationen untereinander sowie mit den politischen Parteien wurde ab Dezember 1982 in dem vom Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei initiierten „Arbeitskreis Ausländer und Deutsche für eine gemeinsame Zukunft“[47] fortgesetzt. Ihre Programmatik erklärte die Initiative, an der sich außerdem die Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und kirchliche Gruppen beteiligten, in einer Stellungnahme gegenüber der Siegener Zeitung: „Der Arbeitskreis setzt sich dafür ein, daß deutsche und ausländische Mitbürger in allen Bereichen des Zusammenlebens neue Wege des gemeinsamen Miteinanders finden, und er bemüht sich dabei um sinnvolle Denkanstöße und allseitige praktische Hilfestellungen, z. B. bei der Wohnungsvermittlung oder Arbeitsplatzbeschaffung.“[48]

Mit ihrem Fokus auf der Verständigung zwischen alteingesessener und migrantischer Bevölkerung war die Programmatik oberflächlich betrachtet zwar vergleichbar mit der des 1972 gegründeten „Koordinierungskreises zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer“, anders als ein Jahrzehnt zuvor wurden die Einwanderung und deren Folgen nun jedoch als gesamtgesellschaftliche Herausforderung betrachtet. Die Migrant*innen waren als gleichberechtigte Interessengruppe vertreten und konnten – wenn zunächst auch in einem informellen, unverbindlichen Rahmen – ihre Anliegen gegenüber den politischen Parteien artikulieren. Letztlich kam der Arbeitskreis jedoch nicht über erste Einzelaktionen, darunter ein offenes Protestschreiben an den Bundesinnenminister gegen die angekündigten Verschärfungen des Ausländerrechts[49], hinaus, da sich die zentralen Akteur*innen der Migrant*innenorganisationen auf die Arbeit im 1984 geschaffenen städtischen Ausländerbeirat konzentrierten.

[45] Westfalenpost vom 17.05.1982.
[46] Gegenseitiges Verstehen und Kennenlernen. Ausländische Arbeitnehmer und Jusos luden in den Schloßpark, in: Siegener Zeitung vom 17.05.1982.
[47] Vgl. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen? Für eine gemeinsame Zukunft aktiv, in: Westfalenpost vom 26.03.1983.
[48] Zit. nach: Ausländer und Deutsche für eine gemeinsame Zukunft, in: Siegener Zeitung vom 7.12.1983.
[49] Vgl. Siegener Arbeitskreis gegen schärfere Ausländergesetze, in: Siegener Zeitung vom 17.08.1983.

„Die ausländischen Mitbürger an der politischen Willensbildung beteiligen". Einführung von Ausländerbeiräten und Ausdifferenzierung der regionalen Vereinslandschaft

Den ersten Versuch, in Siegen eine solche kommunale demokratische Vertretung für die Migrant*innen zu etablieren, unternahm 1981 der Vorsitzende des FDP-Stadtverbandes Frieder Stöcker.[50] In einem offenen Brief an den Bürgermeister Hans Reinhardt (SPD) regte er an, „die ausländischen Mitbürger an der politischen Willensbildung zu beteiligen"[51] und zu diesem Zweck einen Ausländerbeirat einzurichten. Dabei berief er sich neben dem Wahlprogramm seiner Partei auf das hessische Wiesbaden, wo dies bereits 1972 erfolgreich geschehen war. Die SPD-geführte nordrhein-westfälische Landesregierung hatte spezielle Beiräte zwar schon 1980 als eine von zahlreichen Maßnahmen zur Integration der zugewanderten Bevölkerung empfohlen, stellte es den Kommunen jedoch frei, ob und in welcher Form sie derartige Gremien etablieren wollten.[52] Obwohl sich sowohl die Migrant*innen als auch die politischen Parteien für Stöckers Vorschlag aussprachen, vergingen bis zur entsprechenden Entscheidung des städtischen Sozialausschusses rund drei Jahre.[53] In der Debatte gab es nur vereinzelte Gegenstimmen. Ein CDU-Verordneter beispielsweise argumentierte, „die Ausländer in Siegen seien längst integriert, bis vielleicht auf eine Gruppe, die eine Integration weitgehend ablehne"[54]. Gemeint waren vermutlich die türkischen Migrant*innen, denen nicht erst seit der oben zitierten Aussage des Siegener Amtsleiters immer wieder eine Abschottung von der Mehrheitsgesellschaft vorgeworfen wurde.

Im Januar 1984 schließlich beschloss der Rat der Stadt Siegen einen Ausländerbeirat einzurichten.[55] Darüber hinaus setzte die Stadt einen hauptamtlichen Ausländerbeauftragten („Beauftragten für Ausländerangelegenheiten") als Kontaktperson für die Migrant*innen und Koordinator zwischen den unterschiedlichen Vereinen und Initiativen ein. Eine entsprechende Richtlinie legte in 11 Paragraphen dessen Auftrag und die Arbeitsbedingungen des Beirates fest. Dessen grundlegende Aufgabe war es demnach, „die Mitwirkung der Ausländer an kommunalen Entscheidungen zu ermöglichen, die zum eigenen Wirkungskreis der Stadt gehören […] und die Belange der ausländischen Einwohner betreffen."[56] In der Praxis waren die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten jedoch stark

[50] Die Entstehung des Siegener Ausländerbeirates wird hier nur grob umrissen. Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Enders: 20 Jahre Ausländerbeirat.

[51] Ausländerbeirat für Siegen?, in: Siegener Zeitung vom 13.05.1981.

[52] Vgl. Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (Hg.): Politische Partizipation durch Ausländerbeiräte in NRW. Ergebnisse der LAGA-Untersuchung 1997/98, Düsseldorf 1998, S. 10-13.

[53] Auf einer vom Deutschen Frauenrat organisierten Podiumsdiskussion bekräftigten Vertreterinnen und Vertreter der genannten Gruppen ihre Unterstützung. Vgl. Integration der Ausländer ein langer Prozeß, in: Siegener Zeitung vom 3.05.1983.

[54] Mammut-Beirat soll Sorgen der Ausländer lindern. Gestern vom Sozialausschuß empfohlen – Von 23 Mitgliedern sind fünf Deutsche, in: Siegener Zeitung vom 20.05.1983.

[55] Vgl. Ausländerbeirat gebildet, in: Siegener Zeitung vom 22.01.1984.

[56] Vgl. Jahresbericht 1986 des Ausländerbeirates der Stadt Siegen, Stadtarchiv Siegen, Best. 762, Nr. 455.

beschränkt, da der Beirat lediglich eine beratende Funktion hatte und seine Empfehlungen und Stellungnahmen für den Stadtrat sowie die Verwaltung nicht bindend waren. Selbst aktiv werden konnte er nur durch kulturelle, soziale oder sportliche Veranstaltungen und Initiativen, worunter auch ein erinnerungskulturelles Engagement fallen konnte.[57] Um eigene Vorhaben umzusetzen oder Migrant*innenvereine zu unterstützen, verfügte er über einen bescheidenen jährlichen Etat von 10 000 DM.[58] Am 6. März 1984 traf sich der erste Siegener Ausländerbeirat zu seiner konstituierenden Sitzung. Er bestand aus 25 ordentlichen und ebenso vielen stellvertretenden Mitgliedern. Diese waren von den politischen Parteien und Wohlfahrtsverbänden nach jeweils eigenem Ermessen vorgeschlagen und daraufhin vom Stadtrat ernannt worden. Infolgedessen war die alteingesessene Bevölkerung paradoxerweise die im Beirat stärkste Gruppe. Zu den sieben deutschen kamen jeweils drei türkische, italienische, spanische, jugoslawische und griechische Mitglieder. Die übrigen Vertreter kamen aus Uruguay, Tunesien und Chile. Zu seinem Vorsitzenden wählte das Gremium mit dem SPD-Stadtverordneten Siegfried Köhl ebenfalls einen Einheimischen.[59] Der erste „Ausländer" an der Spitze des Beirates wurde nach den Kommunalwahlen im Februar 1985 der bei der AWO beschäftigte türkische Sozialberater Tufan Bozdoğan.[60] Kaum zwei Jahre später, im März 1987, wurde das Nominierungsverfahren abgeschafft und durch eine Direktwahl ersetzt.[61] Fortan konnten die Migrant*innen selbst unmittelbar darüber abstimmen, wer ihre Anliegen gegenüber der Politik und Verwaltung vertreten sollte. Ein Quotensystem sollte sicherstellen, dass die unterschiedlichen Nationalitäten ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend repräsentiert waren.[62]

Beinahe zeitgleich wurde im März 1987 im benachbarten Kreuztal ebenfalls ein Ausländerbeirat eingerichtet, der später in der regionalen Erinnerungskultur in Erscheinung trat. Das Gremium bestand aus 18 Personen, darunter 12 Migrant*innen und sechs Mitglieder des Stadtrates. Erster Vorsitzender wurde Salvatore Todaro.[63] Der Sohn eines italienischen „Gastarbeiters" war 1968 im Alter von sieben Jahren nach Deutschland gekommen und in Kreuztal aufgewachsen.

[57] §1, Absatz 5 der erwähnten Richtlinie, der die Kulturförderung als Teil der Beiratsarbeit vorschrieb, bot mit seiner vagen Formulierung großen Interpretationsspielraum. Vgl. ebd.

[58] Vgl. Türke Vorsitzender des Ausländerbeirats. Konstituierende Sitzung verlief glatt – Grüne versuchten Alleingänge, in: Siegener Zeitung vom 22.02.1985.

[59] Siegen hat einen Ausländerbeirat. Erfolg hängt von einer guten Zusammenarbeit ab. Gestern konstituierende Sitzung – Siegfried Köhl Vorsitzender – Hoffnungen und Erwartungen, in: Siegener Zeitung vom 7.03.1984.

[60] Vgl. Türke Vorsitzender des Ausländerbeirats, in: Siegener Zeitung vom 22.02.1985; Streit über geplante Ausländerwoche, Tufan Bozdogan als Vorsitzender gewählt, in: Siegener Zeitung vom 22.02.1985.

[61] Vgl. Erste Direktwahl des Ausländerbeirats am 5. Juli. Siegens ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger über Wahlordnung informiert, in: Siegener Zeitung vom 4.03.1987.

[62] Vgl. Enders: 20 Jahre Ausländerbeirat, S. 25.

[63] Vgl. Ausländerbeirat seit 20 Jahren, in: Siegener Zeitung vom 7.03.2007.

Ausdifferenzierung der regionalen Vereinslandschaft

Trotz oder gerade wegen der Rückkehrpolitik und der zunehmenden „Ausländerfeindlichkeit“ differenzierte sich die Landschaft von Vereinen, Initiativen und Organisationen in der Region weiter aus. Allerdings formierten diese sich nicht mehr vornehmlich um die gemeinsame Herkunft. Als letzte bedeutende nationalitätsbasierte Gemeinschaft gründete sich 1986 die Siegener Sektion der Tunesischen Vereinigung.[64]

Die meisten neuen Zusammenschlüsse waren bi- oder multilateral ausgerichtet. Die Bandbreite von Zielen und Aktivitäten nahm gegenüber den bestehenden „Ausländervereinen“ sogar noch zu. Der „Verein für Soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.“ und die „Ausländerhilfe Siegen“ beispielsweise zielten primär auf die strukturelle und kulturelle, die „Deutsch-Indonesische Gesellschaft Südwestfalen e.V.“ hingegen lediglich auf die soziale Integration der Migrant*innen.[65] Hinzu kamen rein freizeitorientierte Gemeinschaften.

Schließlich setzten sich auch etablierte Organisationen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zunehmend mit der Zuwanderung und deren Folgen für die Region auseinander. So veranstaltete die lokale Gruppe des Deutschen Frauenrings im Mai 1983 eine Podiumsdiskussion mit den Siegener Sozialberatern der Wohlfahrtsverbände sowie Vertreter*innen aus der städtischen Politik und Verwaltung zum Thema „Gastarbeiter in unserer Stadt“.[66] Eine historische Perspektive auf die Arbeitsmigration nahm demgegenüber das Siegerlandmuseum ein. Dort fand im November 1985 eine Fachtagung mit Siegener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu der Frage „Integration oder Rückwanderung in die Heimat?“ statt.[67]

Während sich sowohl die eingewanderte als auch die alteingesessene Bevölkerung im Siegerland immer stärker organisierten und auf verschiedenen Feldern engagierten, zogen sich die Vertretungen der Anwerbestaaten zurück. Die spanische Botschaft etwa schloss im November 1985 die für Siegen zuständige Dienststelle ihrer Sozialabteilung.[68] Somit wurden die Betreuung und die Integration der ehemaligen „Gastarbeiter“ und ihrer Familien endgültig eine Angelegenheit der Aufnahmegesellschaft. Es dauerte jedoch bis zur Jahrtausendwende, bis die Bundesregierung sich dieser Herausforderung stellte und ihre Abwehrhaltung aufgab.

[64] Tunesier hissen fern der Heimat den Halbmond – Verein um Integration bemüht – „Sport, Kultur, Soziales“ im Mittelpunkt - Begeisterte Fußballfans, in: Siegener Zeitung vom 10.02.1990.

[65] Der VAKS und die Ausländerhilfe Siegen wurden 1985 gegründet. Vgl. Positiver Beginn für die Ausländerhilfe. Anlaufstelle für Gastarbeiterfamilien findet Resonanz, in: Siegener Zeitung vom 13.02.1986.

[66] Vgl. Integration der Ausländer ein langer Prozeß, in: Siegener Zeitung vom 3.05.1983.

[67] Vgl. Integration oder Rückwanderung in Heimat? Siegener Wissenschaftler diskutierten Problem von Gastarbeitern, in: Siegener Zeitung vom 2.11.1985.

[68] Schreiben der Spanischen Kommission für Arbeitsfragen, Oficina Laboral Española an den Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen vom 31.10.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

4.2 Sichtbarwerden der Migrant*innen. Erste „Freundschafts-“ und Kulturveranstaltungen und Ausstellungsprojekte

Vor dem Hintergrund der Rückkehrförderungspolitik und des zunehmenden Überfremdungsdiskurses traten die im vorangegangenen Kapitel vorgestellten Akteur*innen und Institutionen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verstärkt an die Öffentlichkeit. Dabei verfolgten sie unterschiedliche Programmatiken und entwickelten dazu passende Formate, versuchten zugleich jedoch, an denjenigen der Mehrheitsgesellschaft zu partizipieren. Die Spannbreite an Medien und Praktiken reichte von den „Freundschaftswochen“ und „-festen“ des Ausländerbeirates über Folklorefeste bis hin zu ersten temporären Ausstellungen.

Im folgenden Kapitel werden diese unterschiedlichen Veranstaltungen sowie ihre Bedeutung für das Sichtbarwerden der Migrant*innen nachgezeichnet und untersucht. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den jeweiligen Selbst- und Fremdinszenierungen, den Beziehungen zwischen den Beteiligten und den Deutungen des Wanderungsgeschehens. Einen Referenzpunkt bietet dabei die von Rainer Ohliger entwickelte Typologie unterschiedlicher Darstellungs- und Erzählmuster von Migration. Als Quellen dienen neben der zeitgenössischen Presseberichterstattung hauptsächlich die Akten des Siegener Ausländerbeauftragen und die Sitzungsprotokolle des städtischen Ausländerbeirates. Eine der untersuchten Ausstellungen ist darüber hinaus in einem Katalog dokumentiert.

Konsolidierung und öffentliches Engagement des Siegener Ausländerbeirates

In den ersten beiden Jahren nach seiner Einrichtung 1984 konsolidierte sich der Siegener Ausländerbeirat und schuf die Grundlagen für seine weitere Tätigkeit. Unter dem Vorsitzenden Siegfried Köhl erarbeitete er Richtlinien für die eigene Arbeit und die finanzielle Förderung von Vereinen und Projekten sowie eine Wahlordnung, um die Migrant*innen in der Stadt künftig demokratisch über ihre Vertretung entscheiden zu lassen.[1]

Öffentlich sichtbar wurde der Beirat vor allem als Organisator der Freundschaftswochen 1985 und 1986. Unter dem Titel „Freundschaft, die Frieden schafft“ knüpfte er an das erste gemeinsame Fest der Jusos und der spanischen sowie türkischen Vereine im Jahr 1982 an und führte dieses, eingebettet in eine mehrtägige Veranstaltungsreihe, fort.[2] Bereits die erste Siegener Freundschaftswoche vom 31. Mai bis einschließlich 8. Juni 1985 zeigte deutlich das gesellschaftliche und politische Mobilisierungspotenzial des Gremiums.[3] So beteiligten sich neben den im Beirat vertretenen Migrant*innengruppen mit der Inneren Mission Siegerland und der AWO auch Träger der „Ausländerbetreuung“ sowie unterschiedliche zivilgesellschaftliche Verbände und Vereine. Die Schirmherrschaft des

[1] Vgl. Jahresbericht 1986 des Ausländerbeirates der Stadt Siegen, Stadtarchiv Siegen, Best. 762, Nr. 455.

[2] Vgl. Sonja Weber-Menges/Kristina Enders/Imke Reifarth: Das Freundschaftsfest im Spiegel der Siegener Presseberichterstattung in den Jahren 1985 bis 2003, in: Baringhorst/Geißler/Pfau (Hg.): 20 Jahre Freundschaftsfest – 20 Jahre Ausländerbeirat in Siegen, S. 35-50, hier S. 35.

[3] Vgl. Freundschaftswoche 1985: Ausdruck engagierter Aktivitäten. Erster Höhepunkt in der einjährigen Arbeit des Ausländerbeirates der Stadt Siegen, in: Siegener Zeitung vom 31.05.1985.

stellvertretenden Bürgermeisters Heinz Holzäpfel (CDU) legitimierte die Veranstaltungsreihe und unterstrich ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Die Freundschaftswoche fand somit auf einer wesentlich breiteren Basis statt als das Fest von 1982 und gewann einen offiziellen Charakter, wurde zugleich jedoch gleichsam entpolitisiert. Dies spiegelte sich auch in dem neuen Motto wider, welches den „Ausländerhass" als Anlass und grundlegendes Problem nicht mehr erwähnte und stattdessen die Verständigung zwischen eingewanderter und alteingesessener Bevölkerung sowie unter den verschiedenen Migrant*innengruppen ins Zentrum rückte. Das Programm entsprach dieser Ausrichtung. Es enthielt sowohl gemeinsame als auch separate Veranstaltungen der beteiligten Vereine und Institutionen. Die Migrant*innenorganisationen stellten sich und ihre Tätigkeiten überwiegend bei „Tagen der offenen Tür" mit Lesungen, Theater-, Musik- und Tanzdarbietungen sowie landestypischen Speisen vor. Hinzu kamen Spiel- und Kinderfeste sowie Turniere der ansässigen Sportvereine. Lediglich vereinzelte Informationsabende und Diskussionsveranstaltungen über die nationale wie städtische Integrationspolitik, darunter die einzige vom Ausländerbeirat selbst durchgeführte Veranstaltung am 4. Juni, erinnerten an den politischen Ursprung der Aktionswoche.[4] Den publikumswirksamen Auftakt bildete das „Freundschaftsfest" im Park des Oberen Schlosses. Am Beginn der Woche platziert, sollte es die breite Öffentlichkeit auf die Veranstaltungsreihe aufmerksam machen und erste Kontakte zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen etablieren, die im weiteren Verlauf vertieft werden sollten. Verglichen mit dem ersten Fest 1982 hatten die folkloristischen Darbietungen einen wesentlich höheren Stellenwert, während die politische Dimension, wie im restlichen Programm, in den Hintergrund geriet.[5] Dies entsprach zwar der Ausrichtung der Veranstaltungsfolge, engte jedoch die kreativen Spielräume der Migrant*innenvereine ein und setzte diese zumindest implizit in Konkurrenz um die Gunst des Publikums. Die Repräsentation gegenüber der Mehrheitsgesellschaft blieb somit auf ästhetisch ansprechende, leicht konsumierbare Elemente der jeweiligen Kultur beschränkt.

Die „Freundschaftswoche" und insbesondere die Feier im Schlosspark stellten eine beachtliche organisatorische Leistung dar. Trotz des großen Engagements und, wie etwa die Siegener Zeitung betonte, „herzlichen und abwechslungsreichen Angebots des Ausländerbeirats"[6] war das öffentliche Interesse gering. Vor allem das deutsche Publikum ignorierte die Veranstaltungsreihe weitgehend. Ebenso spärlich wie die Kontakte zur alteingesessenen Bevölkerung blieben die der Migrant*innengruppen untereinander. Obwohl die Veranstaltungsreihe somit ihre Ziele im ersten Anlauf nicht erreichte, hielt der Ausländerbeirat an dem Format fest und richtete 1986 erneut eine „Freundschaftswoche" aus.

[4] Die Veranstaltung trug den Titel „Der Ausländerbeirat stellt sich" und fand im Ratssaal des Geisweider Rathauses statt. Darüber hinaus veranstalteten die AWO und die Siegener Ortsgruppen von „Terre des Hommes" sowie „amnesty international" einen Informationsabend über die Situation von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. ebd.

[5] Vgl. Mit internationaler Folklore im Park, in: Siegener Zeitung vom 3.06.1985.

[6] Ebd.

Ein erfolgloser Alleingang. „Begegnung mit der Türkei" 1985 in Siegen

Der „Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei", dem auch der Beiratsvorsitzende Tufan Bozdoğan angehörte, adaptierte das Konzept ebenfalls und organisierte vom 20. November bis zum 15. Dezember 1985 gemeinsam mit dem Akademischen Auslandsamt der Universität-Gesamthochschule und dem Kulturkreis Siegerland eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Begegnung mit der Türkei". Der Verein selbst beteiligte sich mit einer Lesung des Kinderbuchautors Yücel Feyzioglu und einem Diskussionsabend über „Gewerkschaften und Friedensbewegung in der Türkei", seine Kooperationspartner mit einer Ausstellung mit Werken des Malers und Grafikers Ismail Çoban sowie einer Aufführung des vom Westfälischen Landestheater inszenierten Stücks „Sevdican – Tor zur Hoffnung". Die Veranstaltungsreihe war somit auf ein kulturell interessiertes und gebildetes Publikum ausgerichtet und verzichtete auf Folklore. Der ästhetische Zugang diente anders als bei der „Freundschaftswoche" nicht primär zur Unterhaltung. Vielmehr sollten sich die Besucher*innen, beispielsweise anhand des Bühnenstücks über „6 türkische Frauen zwischen Heimat und Fremde"[7] mit der Lebenswelt und den Problemen der Migrant*innen auseinandersetzen. Obwohl die Initiative sich somit deutlich von den bisherigen Veranstaltungen des Ausländerbeirates abhob, sahen dessen Mitglieder darin vor allem einen unangemessenen Alleingang. Tufan Bozdoğans Erklärung, aufgrund der kurzfristigen Planung sei „eine rechtzeitige Einschaltung des Beirates nicht mehr möglich gewesen"[8], war wenig überzeugend, zumal die Plakatwerbung im Vorfeld suggerierte, das Gremium habe an der Veranstaltungsreihe mitgewirkt.[9]

Der Versuch, das Renommee des Ausländerbeirates zu nutzen, war letztlich wenig erfolgreich. Nur wenige Siegerländer*innen interessierten sich für die „Begegnung mit der Türkei", sodass die Kulturwochen nach ihrer ersten Ausgabe nicht mehr wiederholt wurden.

Erneuter Misserfolg und Ende der Freundschaftswoche

Die „Freundschaftswoche" des Ausländerbeirates hingegen fand im Juli 1986 erneut in nahezu unveränderter Form statt. Während die Feier im Schlosspark im zweiten Anlauf jedoch durchaus gut besucht war, erreichten weder die „Tage der offenen Tür", noch die Informations- und Dialogveranstaltungen das Publikum. Erstere hoben sich kaum von dem folkloristischen Angebot der Vereine auf dem vorangegangenen „Freundschaftsfest" ab, letztere hingegen, darunter eine Podiumsdiskussion über „Das Kommunalwahlrecht für Ausländer", war wohl ob des schwelenden Migrationsdiskurses wenig attraktiv.[10] Die

[7] So wurde das Theaterstück „Sevdican – Tor zur Hoffnung" auf dem Plakat angekündigt.

[8] Niederschrift über die Sitzung des Ausländerbeirates der Stadt Siegen vom 28.11.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[9] Auf dem Veranstaltungsplakat war zu lesen: „Kulturkreis Siegerland in Verbindung mit dem Ausländerbeirat der Stadt Siegen und dem Akademischen Auslandsamt der Universität-Gesamthochschule Siegen". Plakat zur Veranstaltungsreihe „Begegnung mit der Türkei", Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[10] Vgl. Freundschaftswoche soll besserem Verstehen dienen. Ausländerbeirat der Stadt Siegen lädt ausländische und deutsche Mitbürger ein, in: Siegener Zeitung vom 30.06.1986.

Siegener Zeitung bezweifelte daraufhin, dass die Reihe ihrem Anspruch gerecht wurde: „Mit den vielfältigen Veranstaltungen der vergangenen Woche […] sollten die Menschen verschiedener Nationalität in der Stadt einander näher gebracht, sollten Vorurteile und Distanz abgebaut werden. Der Ausländerbeirat muß sich allerdings die Frage gefallen lassen, ob dies immer gelungen ist. […] Die Zielgruppe der Veranstaltungen, der Siegener ‚Otto-Normal-Bürger', fehlte zumeist."[11] Angesichts der vorhergegangenen internen Konflikte und der öffentlichen Kritik gab das Gremium das Konzept daraufhin auf.[12]
Stattdessen führte der Ausländerbeirat das „Freundschaftsfest" ab 1987 ohne Rahmenprogramm durch und verlagerte sein politisches Engagement auf andere Formate.[13] Obwohl oder gerade weil das Fest sich mehr und mehr zu einer Folklore- und Unterhaltungsveranstaltung entwickelte, etablierte es sich in der Folge als wichtigste Aktivität des Beirates und fester Bestandteil des Siegener Kulturlebens. Dazu trug nicht zuletzt das stetig wachsende Programm bei. Von Jahr zu Jahr beteiligten sich weitere Migrant*innengruppen und -vereine, das grundlegende Konzept jedoch war gefestigt und blieb seitdem weitgehend unverändert.[14] Inspiriert von dem Erfolg griff der 1987 eingerichtete Ausländerbeirat der Nachbarstadt Kreuztal die Idee auf und veranstaltete im Juli 1988 sein erstes „Ausländerfest" in der Otto-Flick-Halle.[15]

Die Veranstaltungsreihe „Kultur Nordrhein-Westfalen vor Ort" 1986

Nach dem Misserfolg der beiden Aktionswochen versuchte der Siegener Ausländerbeirat, an anderen größeren Veranstaltungen und Initiativen zu partizipieren. Im März 1986 erfuhr der Vorsitzende Tufan Bozdoğan von den Planungen für die von der Landesregierung initiierte Veranstaltungsreihe „Kultur Nordrhein-Westfalen vor Ort". Vom 3. bis zum 19. Oktober sollte diese den Bürger*innen einen möglichst breiten Eindruck vom künstlerischen und geistigen Leben des Bundeslandes vermitteln und somit zu einer gemeinsamen Landesidentität beitragen.
Am Programm beteiligten sich dementsprechend sowohl lokale als auch überregionale Institutionen und Akteur*innen. Einen besonderen Schwerpunkt neben Konzerten und Theateraufführungen bildeten Ausstellungen. So präsentierte das Kultursekretariat Gü-

[11] Hat Freundschaftswoche Ziel verfehlt? Zahlreiche Veranstaltungen mit geringer Resonanz – Nöll: Kritik trifft nicht Siegen, in: Westfälische Rundschau vom 14.07.1986; vgl. Weber-Menges/Enders/Reifarth: Das Freundschaftsfest im Spiegel der Siegener Presseberichterstattung in den Jahren 1985 bis 2003, S. 35.
[12] Eine kurzzeitige Renaissance erlebte es im August 1989, als der Ausländerbeirat und einige Migrant*innenvereine das 40-jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland mit diversen Veranstaltungen zum „Zusammenleben von Ausländern und Deutschen" begingen. Vgl. Ausländische Vereine stellen sich vor, in: Westfälische Rundschau vom 3.08.1989.
[13] Vgl. Farbenfrohe folkloristische Darbietungen, in: Siegener Zeitung vom 29.06.1987.
[14] Dies wird auch an der zunehmend gleichförmigen Presseberichterstattung deutlich. Vgl. Vom Schwertertanz bis zur Siegerlandfolklore, in: Siegener Zeitung vom 9.06.1989.
[15] Vgl. Quirliges Treiben rund um die Flick-Halle. 10. internationales Folklorefest des Kreuztaler Ausländerbeirats – Musik, Sport und Tanz. in: Siegener Zeitung vom 24.08.1998; Ausländerbeirat seit 20 Jahren, in: Siegener Zeitung vom 7.03.2007.

tersloh in der städtischen Galerie „Haus Seel“ sein Projekt „Das Märchenschloss“, während im Siegerlandmuseum Reproduktionen von Werken des Barockmalers Peter Paul Rubens und eine Schau über die „Industrie- und Wirtschaftsgeschichte des Siegerlandes“ zu sehen waren. Die Universität-Gesamthochschule wiederum zeigte Werke der Fotografen August Sander (1976-1964) und Otto Arnold (1871-1944) sowie studentische Arbeiten des Fachbereichs Architektur.[16] Bozdoğan erkannte eine Gelegenheit, auf den Anteil der Migrant*innen am kulturellen Leben Nordrhein-Westfalens aufmerksam zu machen sowie am Prestige der Landeskulturwochen teilzuhaben und regte eine „Beteiligung des Ausländerbeirates“[17] bzw. der ihm nahestehenden Vereine an. Das Gremium unterstützte den Vorschlag und beschloss, letztere dabei aus dem eigenen Etat zu unterstützen.

Die anschließenden Verhandlungen zwischen dem Beirat und dem für die Organisation verantwortlichen städtischen Kulturamt moderierte der Ausländerbeauftragte. Zwar war die Behörde grundsätzlich bereit, Beiträge der Migrant*innenvereine in das Programm aufzunehmen, diese sollten allerdings abseits des Kernprogramms in einem Festzelt auf dem Parkplatz vor dem Rathaus stattfinden. Zudem begrenzte das Kulturamt die möglichen Auftritte auf die ästhetisch ansprechende und unterhaltende „kulturelle Selbstdarstellung von Ausländergruppen“[18]. Politisch akzentuierte bzw. kritische Beiträge waren hingegen unerwünscht. Trotz dieser Einschränkungen hielt der Ausländerbeirat an seinem Engagement fest und beteiligte sich mit jeweils einer türkischen, griechischen, italienischen und jugoslawischen bzw. kroatischen Musik- bzw. Tanzformation an den „Landeskulturwochen“.[19] Den Rest des Programms füllten lokale Gruppen der Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen, darunter das Deutsche Rote Kreuz und der Malteser Hilfsdienst.

Publikum und Presse nahmen die Auftritte in dem Festzelt auf dem Rathaus-Parkplatz jedoch kaum wahr. Die Bilanz der „Landeskulturwochen“ war für den Ausländerbeirat somit enttäuschend. Zwar war es gelungen, an der großangelegten Veranstaltungsreihe der Mehrheitsgesellschaft teilzunehmen, die erhoffte Außenwirkung blieb jedoch aus. Die räumliche wie organisatorische Trennung vom Hauptprogramm ließ die Beiträge der Migrant*innengruppen nicht als gleichwertigen Teil der „Landeskulturwochen“, sondern vielmehr als Betreuungsmaßnahme für eine unterstützungsbedürftige gesellschaftliche Randgruppe erscheinen.

[16] Katalog Kultur NRW vor Ort. 3.-19. Oktober 1986 in Siegen, Stadtarchiv Siegen, Best. 760, Nr. 3986.
[17] Niederschrift über die Sitzung des Ausländerbeirates der Stadt Siegen vom 20.03.1986, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.
[18] Niederschrift über die Besprechung der Projektgruppe im Kulturamt der Stadt Siegen vom 28.04.1986, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.
[19] Vgl. Aufstellung des Ausländerbeirates für das Kulturamt der Stadt Siegen: Teilnahme ausländischer Folkloregruppen vom 24.07.1986, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

Feste der Migrant*innenorganisationen

„Kultur Nordrhein-Westfalen vor Ort“ war der vorerst letzte Versuch des Ausländerbeirates, seine Rolle und seine Anliegen im Rahmen großangelegter Veranstaltungsreihen zu vertreten. Abseits des jährlichen Freundschaftsfests richtete er seine Arbeit in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre neu aus. Die einzelnen Migrant*innengruppen rückten ebenfalls von den multilateralen Formaten ab, hielten jedoch an den etablierten, auf Unterhaltung ausgelegten Repräsentationsformen fest, die sich trotz des Misserfolgs der „Freundschafts-“ sowie der „Landeskulturwochen“ als anschlussfähig für die Mehrheitsgesellschaft erwiesen hatten. Feste mit Folkloregruppen sowie landestypischen „Spezialitäten“ gehörten in der Folge zu den wichtigsten Aktivitäten fast aller regionalen Migrant*innenorganisationen. Ein häufiger Anlass hierfür waren nationale Feier- bzw. Gedenktage. So beging der Verein „Sloga 77“ der katholischen kroatischen Mission den im sozialistischen Jugoslawien wichtigen Frauentag am 8. März gemeinsam mit zahlreichen Gästen in der Kaan-Marienborner Weißtalhalle.[20] Der „Verein der Arbeitnehmer und Studenten aus der Türkei“ hingegen feierte am 28. Oktober 1988 in Kreuztal den „Tag der Republik“.[21] Andere Zusammenschlüsse von Migrant*innen wiederum hielten ihre Veranstaltungen bewusst unpolitisch. Dazu gehörte auch die Tunesische Vereinigung, welche am 29. Dezember 1989 im Bürgerhaus Eisern erstmals einen „Gemütlichen Abend mit orientalischen Musik- und Tanzdarbietungen und Spezialitäten“[22] organisierte.

Die Popularität derartiger Veranstaltungen hatte mehrere Gründe. Verglichen mit Ausstellungen oder Aktionswochen waren sie leichter zu organisieren und zogen dennoch häufig ein größeres Publikum an. Indem sie sich gezielt positiv und den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft entsprechend inszenierten, sicherten die Migrant*innenorganisationen sich zudem die öffentliche Aufmerksamkeit und traten zugleich dem von „Ausländerproblemen“ dominierten Diskurs entgegen. Zugleich bestätigten sie dabei jedes Mal ihre Alterität. Ihre Probleme und politischen Anliegen gerieten ebenso aus dem Blick, wie ihre fortschreitende kulturelle Integration. Dieser Widerspruch zeigt sich auch am Beispiel der „Türkisch-deutschen 1001. Nacht“ im Mai 1987 in Kreuztal. Einerseits verzeichnete diese laut der Siegener Zeitung einen „nie erwarteten Besucherandrang“, andererseits wurden Zweifel laut, „ob wirklich viel Fremdheit abgebaut werden konnte“. Die „sicherlich größere Gruppe der Menschen“, so das Blatt, „deren Vorurteile so fest stehen, daß der Besuch eines solchen Festes von vornherein ausgeschlossen scheint“[23] habe die Feier nicht erreicht.

[20] Vgl. Jugoslawischer Frauentag mit Tanz und Folklore. Konsul Dragorljub Stevanovic weilte bei seinen Landsleuten, in: Siegener Zeitung vom 5.03.1984.

[21] Der Nationalfeiertag erinnert an die Ausrufung der türkischen Republik. Vgl. Emigranten feierten, in: Siegener Zeitung vom 31.10.1988.

[22] Einladung der Tunesischen Vereinigung e. V. - Sektion Siegen (undatiert), Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[23] „Türkisch-deutsche 1001. Nacht durchschlagender Erfolg. Otto-Flick-Halle in orientalische Naturstadt verwandelt – Nie erwarteter Besucherandrang, in: Siegener Zeitung vom 18.05.1987.

Ungeachtet dessen gehörten derartige Folkloreveranstaltungen bis weit über die Jahrtausendwende hinaus fest zum Repertoire der Migrant*innenvereine. Parallel dazu kristallisierte sich mit Ausstellungen eine weitere, langfristig bedeutendere Form der öffentlichen Erinnerung heraus.

„Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!" Die erste Ausstellung über Arbeitsmigrant*innen im Siegerland

Die regional erste Exposition über die seit 1955 nach Deutschland gekommenen Arbeitsmigrant*innen war „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!"[24] des türkischen Fotografen Mehmet Ünal. Auf Initiative des spanischen „Sozialbetreuers" beim Caritasverband und späteren Vorsitzenden des Ausländerbeirates Alfonso López García war sie vom 1. bis zum 14. Juni 1985 im Siegener Rathausfoyer zu sehen. Damit flankierte sie die „Freundschaftswoche" des Ausländerbeirates, ohne jedoch Teil davon zu sein.

Als erste Ausstellung über die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik gilt „Gastarbeiter – Fremdarbeiter" von Vlassis Caniaris aus dem Jahr 1975, welche zunächst in Berlin und später auch in anderen Städten gezeigt wurde.[25] Der griechische Künstler hatte „Environments"[26] aus Objekten der Alltags- und Konsumkultur, Skulpturen und Installationen erschaffen, um die Lebensbedingungen und Probleme der Migrant*innen darzustellen. Ebenfalls vielbeachtet wurde die 1981 im Berliner Kreuzberg-Museum gezeigte Exposition „Morgens Deutschland – abends Türkei".[27] Parallel dazu begannen Fotograf*innen, das Leben der Migrant*innen in Deutschland umfassender zu dokumentieren. Wie Burcu Dogramaci in einem Überblick zur „Migration in die Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre im Blick der Kamera" zeigt, standen die aufgrund ihrer Herkunft, Sprache und Lebensgewohnheiten als besonders fremd wahrgenommenen Türk*innen im Zentrum dieser Bildproduktion.[28] Neben dem Alltag nahmen die überwiegend deutschen Fotograf*innen vor allem die Kultur und die Religion in den Blick. Ursprünglich zumeist für Zeitschriften und Tageszeitungen angefertigt, wurden ihre Arbeiten später häufig in migrationsgeschichtlichen Ausstellungen oder Bildbänden (wieder-)verwendet.[29]

Mit „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!" verband Mehmet Ünal diese unterschiedlichen Darstellungsformen in einer Wanderausstellung. 1951 im türkischen Canakkale geboren, lebte er seit 1976 in der Bundesrepublik. Dort arbeitete er zunächst

[24] Zeichensetzung wie im Original. Vgl. Katalog zur Ausstellung: AStA/Universität Mainz (Hg.): Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!, Mainz 1982.

[25] Vgl. Marie Toepper: Temporäre Ausstellungen als Triebkräfte der Musealisierung von Migration in Deutschland seit 1990, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 17-42, hier S. 19.

[26] Marcel Berlinghoff/Christoph Rass/Melanie Ulz: Einleitung: Die Szenographie der Migration. Geschichte. Praxis. Zukunft, in: Dies. (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 7-16, hier S. 7.

[27] Vgl. Gottfried Korff: Fragen zur Migrationsmusealisierung. Versuch einer Einleitung, in: Henrike Hampe (Hg.): Migration und Museum. Neue Ansätze in der Museumspraxis, Münster 2005, S. 5–15, hier S. 11.

[28] Vgl. Burcu Dogramaci: Fotografische Ihr-Bildungen. Migration in die Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre im Blick der Kamera, in: Rass/Ulz (hg.): Migration ein Bild geben, S. 9-33.

[29] Zu den frühesten Beispielen gehören die 1972 bzw. 1979 erschienen Fotoserien „Türken in Deutschland" von Candida Höfer und „Türken im Ruhrgebiet" von Henning Christoph. Vgl. ebd., S. 16-22.

als Fotograf und Schauspieler bei verschiedenen Theatern und später als freier Journalist für mehrere deutsch- und türkischsprachige Zeitungen. 1978 trat er eine Stelle als Sozialbetreuer für türkische Migrant*innen bei der Arbeiterwohlfahrt in Mainz an und nahm parallel dazu seine Tätigkeit als Fotograf wieder auf.

„Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!" war nach „Ausländerkinder in der BRD" seine zweite Fotoausstellung.[30] Den Anlass gab das sogenannte Heidelberger Manifest von 1981, in dem sich 15 Professoren deutscher Hochschulen gegen die angebliche „Unterwanderung des deutschen Volkes" durch Migrant*innen ausgesprochen hatten.[31] Die gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Studenten gegen Ausländerfeindlichkeit" im AStA der Universität Mainz umgesetzte Schau versuchte, diesem Diskurs entgegentreten. Die Erfahrungen der Migrant*innen sollten authentisch abgebildet werden. Das Ziel-Publikum jedoch war – wie schon anhand des Titels deutlich wurde, der auf einer gleichnamigen, von Mehmet Ünal veröffentlichten Erzählung beruhte – die alteingesessene deutsche Bevölkerung. Im Ausstellungskatalog führte Ralph Göbel vom AStA der Universität Mainz dazu aus: „Der Betrachter soll mit eigenen Augen sehen, was er im Alltag nicht sieht, übersieht oder durch die selektive Wahrnehmung falsch oder zu einseitig wahrnimmt."[32]

Der Schriftsteller Franco Biondi sah in der „Parteilichkeit"[33] des Fotografen eine Parallele zur Arbeiterfotografie-Bewegung der 1920er Jahre.[34] In seinem Vorwort zum Katalog betonte er den aktivistischen Charakter der Ausstellung: „Es geht also darum, aus dem Standpunkt des Gastarbeiters heraus zu fotografieren […] der Aufruf zur Änderung, zur Aufhebung der Mißstände, die Menschen zu Gastarbeitern machen, ist mitenthalten."[35] Dementsprechend erhoffte sich auch der Siegener Organisator Alfonso López García von der Schau „Anstöße für eine echte Partnerschaft"[36].

[30] Es folgten „Zwei fremde Augen, ein kurzer Blick" (1985), „‚UNGÜLTIG' – Die verlorene Generation" (1991), „‚Regenhitze' – Und der Mond geht auf, wohin auch die Vögel ziehn…" (1996) und „Stationen des Schweigens. 40 Jahre Gastarbeiter in Deutschland." (2001).

[31] Vgl. Andreas Wagner: Das „Heidelberger Manifest" von 1981. Deutsche Professoren warnen vor „Überfremdung des deutschen Volkes", in: Johanna Klatt (Hg.): Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells. Bielefeld 2011, S. 285-313.

[32] Katalog zur Ausstellung: Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!, S. 75.

[33] Ebd., S. 4.

[34] Zur Arbeiterfotografie-Bewegung vgl. Wolfgang Hesse (Hg.): Die Eroberung der beobachtenden Maschinen. Zur Arbeiterfotografie der Weimarer Republik (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 37), Leipzig 2012; Alf Lüdtke: Industriebilder – Bilder der Industriearbeit? Industrie- und Arbeiterphotographie von der Jahrhundertwende bis in die 1930er Jahre, in: Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag 1 (1993), S. 394–430.

[35] Katalog zur Ausstellung: Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!, S. 4.

[36] Überall ein Fremder zu sein, in: Siegener Zeitung vom 1.06.1985.

Aufbau und Inhalt

Ünal hatte sich vorgenommen, „die gesamte Lebenssituation meiner Landsleute hier in der Bundesrepublik zu fotografieren“[37]. Die Hauptinspiration dafür bildete seine Arbeit als Sozialbetreuer, zugleich verstand er sich selbst als Betroffener.[38] Das Ergebnis waren 66 bis auf wenige Ausnahmen mit Titeln oder kurzen Unterschriften versehene Fotos, in deren Mittelpunkt fast ausnahmslos einzelne Personen oder kleinere Gruppen standen.[39] Obwohl Ünal hauptsächlich Türk*innen fotografiert hatte, erzählte „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein“ keine auf diese Nationalität beschränkte „Ethno-Geschichte“[40], sondern thematisierte die von Arbeitsmigrant*innen unterschiedlichster Herkunft geteilten Lebenswelten und Probleme. Die Bildunterschriften waren äußerst kurz gehalten und boten keine konkreten Informationen zu den abgebildeten Orten oder Personen. Sie erklärten und deuteten das Gezeigte ansatzweise, ließen jedoch Spielraum für eigene Interpretationen. Knappe Beschreibungen wie „Zwei Zimmer für fünf Personen“ wechselten sich ab mit bald bedeutungsvollen („Die Ruhe vor dem Sturm“, „In Gedanken“), bald lakonischen Kommentaren („Mahlzeit.“, „Große Wäsche. Manuell.“) und offenen Fragen („Ist dein Zuhause, wo du satt bist?“).[41] Sechs Fotografien, darunter die eines NPD-Wahlplakates mit der Aufschrift „Ausländerstopp. Deutschland den Deutschen.“ hielt Ünal offenbar für so aussagekräftig, dass er auf eine schriftliche Ergänzung verzichtete.

Gelegentlich ergänzten mehrere Unterschriften einander und stellten so Zusammenhänge zwischen verschiedenen Bildern her. Die Aufnahmen zweier Fabrikarbeiter und eines Straßenkehrers beispielsweise ergaben zusammen den Satz: „Es beginnt von Neuem…“ / „…tagein…“ / „…tagaus.“[42] Zu einer Serie verknüpft, verwiesen sie so gemeinsam auf die vielfach monotonen, schweren Tätigkeiten und die Perspektivlosigkeit der „Gastarbeiter“.

Dem Rest der Schau waren die Bilder „Ankunft“ und „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!“ vorangestellt. Die Aufnahmen zweier Männer, einer mit seinem Reisegepäck auf einem Bahnsteig in Deutschland wartend, der andere als Halbfigur mit gesenktem Blick und in die Hand gestütztem Kopf porträtiert, stellten die Situation der „Gastarbeiter“ am Beginn und nach der Migration gegenüber.[43] Während erstere eine reale, nach 1955 in Bahnhöfen überall in der Bundesrepublik zu beobachtende Szene zeigte,

[37] Mehmet Ünal: Wo ist mein Zuhause?, in: Katalog zur Ausstellung: Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!, S. 5f.
[38] Vgl. ebd.
[39] „Der Schwerpunkt des Fotografierens bezog sich auf den Einzelnen sowie auf das gemeinsame Leben, doch bildeten die Menschen den Mittelpunkt.“ Mehmet Ünal: Wo ist mein Zuhause?, in: Katalog zur Ausstellung: AStA/Universität Mainz (Hg.): Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!, Mainz 1982, S. 5-6, hier S. 5.
[40] Vgl. Ohliger: Migration historisieren – Migrationsgeschichte musealisieren.
[41] Vgl. Katalog zur Ausstellung: Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!, S. 43, 19, 20, 33, 35, 21.
[42] Vgl. ebd., S. 14-16.
[43] Vgl. ebd., S. 9f.

fasste letztere die im Bild- sowie Ausstellungstitel ausgedrückte Fremdheit und Isolation in einer unmittelbar verständlichen Pathosformel zusammen.
Die restlichen Bilder füllten den somit eröffneten zeitlichen Rahmen und zeigten die Folgen für die Migrant*innen. Trotz ihrer Anordnung in einer festen Reihenfolge war keine chronologische oder inhaltliche Gliederung zu erkennen. Bestimmte Themen und Probleme tauchten jedoch im Verlauf der Ausstellung immer wieder auf. Viel Platz nahm etwa die Darstellung der migrantischen Arbeitswelten ein. Die Bilder zeigten türkische Männer auf Baustellen und als Straßenkehrer, in Fabrikhallen sowie in den betrieblichen Pausen- und Waschräumen. Hinzu kam die Aufnahme eines in Stacheldraht eingezäunten Werksgeländes. Ihre prekäre sozio-ökonomische Lage wurde eindrücklich anhand der Wohnsituation thematisiert. Die Bilder mit den dazugehörigen Unterschriften wie „115,- DM pro Bett." oder „11qm für sechs Personen"[44] verwiesen auf die Zustände in den Sammelunterkünften und am Wohnungsmarkt sowie den insgesamt niedrigen Lebensstandard der „Ausländer".
Eng damit verwoben war die Darstellung des Familienlebens. Ünal hatte zahlreiche Alltagszenen ausgewählt, welche die „Ausländer" in ihren Wohnzimmern, bei der Hausarbeit oder beim Einkaufen zeigten. Kinder und Jugendliche hatte er darüber hinaus außerhalb des privaten Umfelds in Schulen und Betreuungseinrichtungen sowie auf der Straße spielend fotografiert.
Das Kernthema der Ausstellung war jedoch die im Titel angesprochene Fremdheit der Migrant*innen. Sie wurde in vielen der bereits erwähnten Bilder über ihren jeweils vordergründigen Gegenstand hinaus angedeutet, stellte in zahlreichen anderen jedoch das Hauptmotiv dar. Aufnahmen wie die eines Schulkindes mit der Unterschrift „Oft darf ich nicht mitspielen."[45] verwiesen auf die alltägliche Ausgrenzung und Diskriminierung in der deutschen Gesellschaft.
Weitere Bilder machten auf strukturelle Benachteiligungen im Bildungssystem („Ich muß mehr lernen als andere.") sowie die Ohnmacht gegenüber den Behörden („Es muß dir alles erst erlaubt werden!") aufmerksam.[46] Alteingesessene und „ausländische" Bürger*innen, so zeigte eine andere Aufnahme, lebten zwar am selben Ort, bewegten sich aber in „Getrennte[n] Welten"[47].
Hinzu kam die Entfremdung vom Herkunftsland und den dort zurückgelassenen Lebenswelten. Auf das durch die Migration veränderte Verhältnis zur „alten Heimat" verwies etwa die Aufnahme eines Mannes vor einem Reiseplakat mit einer idyllischen Meeresszene mit der Unterschrift „Ist die Türkei so schön?"[48].

[44] Ebd, S. 41, 46.
[45] Ebd., S. 55.
[46] Ebd., S. 54, 22.
[47] Ebd., S. 39. Die Aufnahme zeigt eine Frau mit Kopftuch und einen wahrscheinlich deutschen Mann, die voneinander abgewandt an einer Straßenbahnhaltestelle saßen. Ein Stützpfeiler in der Bildmitte trennt ihre beiden „Welten" visuell.
[48] Ebd., S. 23.

Obwohl die Ausstellung sich auf die Probleme der Migrant*innen fokussierte, erschienen diese nicht als passiv Leidtragende der Verhältnisse. So fanden sich unter den Fotografien immer wieder Hinweise auf eine beginnende Emanzipation und ein gesellschaftlich-politisches Engagement. Besonders stachen in dieser Hinsicht die mit Unterschriften wie „Gemeinsam geht's besser."[49] versehenen Aufnahmen von Kundgebungen, z. B. am „Tag der Arbeit" oder anlässlich der Schließung des Mainzer Omnibuswerkes von Magirus-Deutz 1982, hervor, bei denen „ausländische" und deutsche Arbeitskräfte gemeinsam demonstriert hatten.

Von einem solchen Protestzug stammte vermutlich auch das mit „Heimatfahne in der Fremde"[50] unterschriebene letzte Foto der Ausstellung, welches einen der Teilnehmer zeigte, der mit einer türkischen Fahne abseits der Menge marschierte. Es stellte der herkunftsübergreifenden Solidarität unter Kolleg*innen das Festhalten der Migrant*innen an ihrem Herkunftsland gegenüber und verdeutlichte so die Ambivalenz des Lebens der Migrant*innen in Deutschland.

„Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!" bot somit einen neuen, alternativen Einblick in die Lebenswelten der türkischen Migrant*innen in der Bundesrepublik. Im Fokus standen deren Fremdheitserfahrungen in Deutschland wie auch gegenüber dem Herkunftsland, welche die Ausstellung in unterschiedlichen Facetten und Kontexten darstellte, ohne jedoch eine bloße „Ethno-" oder „Benachteiligungsgeschichte" zu erzählen. Die vorhergegangenen Entwicklungen und politischen Entscheidungen sparte sie jedoch aus. Anstatt zu historisieren, beschränkte sich die Schau auf eine Momentaufnahme. Dessen ungeachtet war sie ein wichtiger Beitrag zur sich herausbildenden öffentlichen Erinnerung an die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik seit 1955. Die gezeigten Motive waren teilweise deckungsgleich mit der Bildproduktion der 1970er Jahre, neu war jedoch die „Parteilichkeit" und besondere Empathie, mit der Ünal sich diesen näherte. Er stellte die „Ausländerprobleme" aus der Perspektive der Betroffenen dar und brach somit den distanzierten dokumentarischen Blick seiner Vorgänger*innen auf. Der Erfolg der Schau – insgesamt gastierte sie in vierzig Städten[51] – ließ den maßgeblich von Ünal geprägten visuellen Stil in das Bildgedächtnis der Einwanderungsgesellschaft eingehen. Darüber hinaus spielte sie eine wichtige Rolle im Werk des Künstlers. Gut eineinhalb Jahrzehnte später verwendete Ünal erneut einige der 1985 gezeigten Bilder für sein Ausstellungsprojekt „Stationen des Schweigens. 40 Jahre Gastarbeiter in Deutschland"[52].

[49] Ebd., S. 67.
[50] Ebd., S. 74.
[51] Vgl. Webseite Mehmet Ünal, URL: https://xn--mehmetnal-v9a.de/ausstellungen (Stand: 28.08.2020).
[52] Vgl. Mehmet Ünal: Mehmet Ünal – Stationen des Schweigens. 40 Jahre ‚Gastarbeiter' aus der Türkei, Köln 2001.

Eröffnung und Rezeption

Im Siegerland war „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!“ in doppelter Weise ein Novum. Zum einen handelte es sich um die erste Ausstellung über die Arbeitsmigration überhaupt, zum anderen stand sie in scharfem Kontrast zu den Selbstinszenierungen beim „Freundschaftsfest“ sowie den Veranstaltungen der Migrant*innenorganisationen. Dennoch sah der Ausländerbeirat seine Klientel und deren Anliegen offenbar gut repräsentiert. Mehrere Mitglieder des Gremiums besuchten die Eröffnung am 31. Mai.[53]

Bedeutender für die gesellschaftliche Breitenwirkung war jedoch die Unterstützung der städtischen Politik. Mit dem repräsentativen Standort im Rathaus-Foyer machte diese sich das Anliegen der Ausstellung, auf die Probleme der Migrant*innen aufmerksam zu machen und ihnen zu einem gleichberechtigten Leben und gesellschaftlicher Teilhabe zu verhelfen, symbolisch zu eigen. Die stellvertretende Siegener Bürgermeisterin Hilde Fiedler (SPD) bekräftigte dies bei der Eröffnung: „Es ist an uns, die Problemflut der Ausländer abzubauen.“[54] Wie die Bevölkerung die Schau aufnahm, ist anhand der verfügbaren Quellen nicht abzuschätzen. Publikumsreaktionen sind ebenso wenig überliefert wie konkrete Besuchszahlen. Jedenfalls stand die schlichte Inszenierung der Wirkung der Ausstellung nicht im Wege, sondern schien diese sogar noch zu verstärken. Ein in der Siegener Zeitung abgedrucktes Bild zeigt weiße Stellwände mit großformatigen Abzügen von Ünals Fotos auf schwarzem Hintergrund. Kleine Papierschilder am unteren Rand ergänzten die Unterschriften. Die „Parteilichkeit“ der Ausstellung übertrug sich auch auf die Berichterstattung der Zeitung: „Sie [die Fotos] kehren auf einfache Weise die Gefühle von Ausländern nach außen […] Die Bilder machen keinen Hehl aus den Empfindungen derer, die sich unter ‚deutscher Gastfreundschaft‘ mehr vorgestellt haben, als einen Arbeitsplatz als Straßenkehrer.“[55]

Über ihre unmittelbare Rezeption hinaus war „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!“ für die regionalen Akteur*innen ein wichtiges Vorbild. Derartige temporäre Ausstellungen waren für den Siegener Ausländerbeirat und die Migrant*innenvereine trotz geringer finanzieller sowie personeller Ressourcen leicht umsetzbar und geeignet, politische sowie gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Unterstützung zu mobilisieren.

[53] Vgl. Überall ein Fremder zu sein, in: Siegener Zeitung vom 1. Juni 1985.
[54] Ebd.
[55] Ebd.

Die gescheiterte Fotoausstellung „Vom Gastarbeiter zum ausländischen Mitbürger“

Die Initiative für eine zweite Fotoausstellung wenige Monate später scheiterte hingegen. Wohl durch Mehmet Ünals Ausstellung inspiriert, plante der Siegener Ausländerbeauftragte Jüttner wenige Monate später eine eigene Fotoschau über die in der Stadt lebenden Migrant*innen. Diese sollte, so der Titel, die Entwicklung „Vom Gastarbeiter zum ausländischen Mitbürger“ darstellen. Als Ausstellungsort hatte er die „Villa Waldrich“, ein vom Kunstverein Siegen betriebenes „Zentrum für Kultur und Wissenschaft” ausersehen. Die notwendigen Bilder plante Jüttner, von den Siegener Migrant*innenvereinen und den Betreuungsinstitutionen zu beschaffen. Überdies war, vermittelt durch den Vorsitzenden des Ausländerbeirates Bozdoğan, eine Kooperation mit der überwiegend von „ausländischen“ Jugendlichen besuchten Foto-AG eines städtischen Jugendtreffs vereinbart, welche Aufnahmen zur gegenwärtigen Situation der Migrant*innen in Siegen beisteuern sollte.[56] Da ein solches Projekt seinen Aufgabenbereich als Ausländerbeauftragter überschritt, benötigte Jüttner die Zustimmung des städtischen Kulturamts. Im September 1985 wandte er sich an die Behörde und stellte sein Ausstellungskonzept vor.[57]

Dieses sah einen historischen und einen auf die Gegenwart gerichteten Ausstellungsteil vor, die Jüttner im Abstand von sechs Monaten zu zeigen plante. Ersterer fokussierte die Anwerbephase und sollte in 11 Abschnitten die Herkunftsländer, Wanderungsmotive, Ankunft und Unterbringung der „Gastarbeiter“ darstellen. Den Abschluss bildete die „Erste Urlaubsreise in die Heimat“.[58] Im zweiten Teil ging es hingegen um die Entwicklung zum „ausländischen Mitbürger“. Jüttner sah hierfür sieben Stationen von den „Ehegatten und Kinder[n] auf Besuch in Siegen“ über den „Alltag in Siegen nach längerer Eingewöhnungszeit“ bis hin zum „Alltag in Siegen mit Angehörigen, ausländischen Vereinen und ausländischen Geschäften usw.“[59] vor.

Wenngleich ein konkretes regionales Beispiel im Mittelpunkt stand, war das Ausstellungskonzept exemplarisch angelegt und beanspruchte eine Gültigkeit über das Siegerland hinaus. So beabsichtigte Jüttner im ersten Teil auch Anwerbestaaten wie Marokko oder Portugal gleichberechtigt darzustellen, aus denen kaum „Gastarbeiter“ ins Siegerland vermittelt worden waren. Regionale Besonderheiten blieben hingegen unerwähnt, herkunftsspezifische Aspekte wurden den von den Migrant*innen geteilten Erfahrungen untergeordnet. Das Konzept sah das Dasein als „ausländischer Mitbürger“ als Endpunkt einer gelungenen Integration und folgte so dem Paradigma des Multikulturalismus, in

[56] Gegenüber dem städtischen Kulturamt kündigte Jüttner an: „Die Foto-Ausstellung soll von ausländischen Jugendlichen, die hier in Siegen leben, vorbereitet werden.“ Schreiben des Ausländerbeauftragten an das Kulturamt der Stadt Siegen vom 5.09.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[57] Konzeptpapier mit Gliederung zur Fotoausstellung „Vom Gastarbeiter zum ausländischen Mitbürger“ vom 4.09.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

[58] Ebd.

[59] Ebd.

dem Alteingesessene und Zugewanderte als separate Bevölkerungsgruppen koexistieren, ohne sich jedoch einander anzugleichen.[60]

Der inhaltliche Fokus auf die strukturelle Integration war vermutlich auf die Perspektive und professionellen Erfahrungen des Ausländerbeauftragten zurückzuführen. Der Plan, das notwendige Bildmaterial von den Migrant*innenvereinen zu beschaffen, folgte hingegen hauptsächlich pragmatischen Überlegungen. Die Fotos sollten das im Konzept vorab festgelegte Narrativ bestätigen. Einzig für die Jugendlichen der Geisweider Foto-AG war eine aktive, gestaltende Rolle vorgesehen.

Das Konzept spiegelte somit vor allem die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft wider. Zwar spielte der „besondere Reiz des Exotischen"[61], der die zeitgenössische Bildproduktion laut Burcu Dogramaci entscheidend prägte, hier keine Rolle, doch wurden die negativen Seiten der individuellen Wanderungsentscheidungen ebenso ausgeblendet, wie die in Mehmet Ünals Ausstellung thematisierten Fremdheits- und Diskriminierungserfahrungen nach der Ankunft in Deutschland. In anderer Hinsicht jedoch barg das Konzept großes Potenzial. Anders als Mehmet Ünal zuvor plante Jüttner, die Arbeitsmigration in ihrem zeitlichen Verlauf darzustellen. Die Anwerbephase wurde dabei als abgeschlossene Entwicklung sowie Vorgeschichte der vermeintlichen strukturellen Integration präsentiert und somit gleichsam in die Sphäre des Historischen gerückt.

Aus Sicht des Kulturamtes war die Ausstellung vermutlich aufgrund ihres multikulturalistischen Erfolgsnarrativs attraktiv. Sobald die Behörde die notwendige Genehmigung erteilt hatte, kontaktierte Jüttner die vorgesehenen Kooperationspartner und bat diese, „unter Ihren Mitgliedern nachzufragen, ob Fotos gem. der diesem Schreiben beiliegenden Aufstellung zur Verfügung stehen"[62].

Noch ehe die von Jüttner gesetzte etwa sechswöchige Frist ablief, lehnte der Kunstverein jedoch die Ausstellung ab. Die Schau habe, so die Begründung des zuständigen Programmbeirates, „aufgrund der bereits vorliegenden Ausstellungsvorschläge nicht mehr berücksichtigt werden"[63] können. Inwiefern neben terminlichen Schwierigkeiten auch Zweifel des Gremiums am künstlerischen Anspruch der geplanten Schau, ihrer Aussage oder der Relevanz ihres Themas eine Rolle spielten, geht daraus nicht hervor. Praktisch war dem Vorhaben somit der Boden entzogen. Jüttner plante zwar, die Ausstellung stattdessen im Siegener Rathaus umzusetzen, allerdings verliert sich ihre Spur daraufhin.

Ein wesentlicher Grund für das Scheitern des Projekts war sicher die fehlende öffentliche Unterstützung. Jüttner verfügte weder über das Renommee, noch vermutlich über die künstlerischen Kompetenzen, welche nötig gewesen wären, um die städtische Politik und

[60] Vgl. Heckmann: Integration von Migranten, S. 268-272.
[61] Dogramaci: Fotografische Ihr-Bildungen, S. 19.
[62] Rundschreiben des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen vom 16.09.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.
[63] Schreiben des Ausländerbeauftragten an das Kulturamt der Stadt Siegen vom 8.10.1985, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.

Verwaltung von seinem Vorhaben zu überzeugen. Darüber hinaus war sein Konzept wenig attraktiv und schwer umzusetzen. Die Migrant*innen, auf deren Mitarbeit er angewiesen war, galten noch längst nicht allgemein als „ausländische Mitbürger“ und konnten sich vom Narrativ der Ausstellung kaum angemessen repräsentiert fühlen. Der Anspruch, eine exemplarische Ausstellung zu realisieren und dabei möglichst viele Nationalitäten sowie Wanderungssituationen darzustellen, war mit dem verfügbaren Bildmaterial kaum einzulösen. Ereignisse wie den „Erste[n] Arbeitstag in einer Siegener Firma“, die der erste Ausstellungsteil darstellen sollte, hatten die „Gastarbeiter“ in der Regel nicht fotografisch dokumentiert.

Letztlich kam „Vom Gastarbeiter zum ausländischen Mitbürger“ nicht über die Planungsphase hinaus. Im Ansatz sicher von „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!“ beeinflusst, stand sie mit ihrem Erfolgsnarrativ sowie dem zugrundeliegenden Multikulturalismusparadigma zugleich im Widerspruch zu der von Ünal konzipierten Vorläuferin. Der Ansatz, die Arbeitsmigration ins Siegerland zu historisieren, war indessen eine Pionierleistung. Die Ausstellung scheiterte zwar, ihr Konzept jedoch bot den Akteur*innen im Ausländerbeirat sowie dem städtischen Kulturamt und nicht zuletzt den angesprochenen Vereinen eine Grundlage und Inspiration, eigene historische Narrative zu entwickeln.

4.3 Die Jubiläumsfeier der „Missione Cattolica Italiana di Siegen-Attendorn“

Ab den 1990er Jahren verstanden und präsentierten die Migrant*innen im Siegerland ihre Einwanderung zunehmend als geschichtliches Phänomen. Eine Vorreiterrolle spielte dabei die Katholische Italienische Mission („Missione Cattolica Italiana“), die im Sommer 1993 das „Jubiläum der ersten italienischen Emigranten in Deutschland – 1955–1968 – gegenwärtig wohnhaft in Siegen und Umgebung“ beging. Im folgenden Kapitel werden die Feier am 26. Juni und der anschließend in Buchform herausgegebene Bericht in ihrem historischen Kontext und auf ihre Bedeutung für die regionale Erinnerungskultur hin untersucht. Wichtige Quellen dabei sind der von der Gemeinde veröffentlichte Bericht selbst und die Berichterstattung der lokalen Presse.

Historischer Kontext: Scheitern der Rückkehrpolitik und erneute Zuwanderung

Den Hintergrund des Jubiläums bildeten der rasante Anstieg der Einwanderung in die Bundesrepublik sowie die darum geführten gesellschaftlichen und politischen Debatten. Die „Rückkehrförderungspolitik“ der Bundesregierung war spätestens zu Beginn der 1990er Jahre endgültig gescheitert.[1] Nach einem anfänglichen Rückgang im Jahr 1984 hatte die Zahl der „Ausländer“ in der Bundesrepublik bereits 1987 mit insgesamt 4,58 Millionen einen neuen Höchststand erreicht. 1,3 Millionen dieser Menschen lebten in Nordrhein-Westfalen, welches somit Spitzenreiter unter den deutschen Flächenländern wurde. Zugleich veränderte sich die Bevölkerungszusammensetzung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre deutlich. Während viele der griechischen, portugiesischen und spanischen Migrant*innen, ermutigt durch die Demokratisierung in ihren Herkunftsländern und die bereits erwähnten Freizügigkeitsregelungen in der Europäischen Gemeinschaft, Deutschland verließen, hemmte die politische Instabilität in der Türkei eine ähnliche Rückkehrbewegung.[2] In den folgenden Jahren bestimmten die immer zahlreicher nach Deutschland kommenden Asylsuchenden sowie die Aussiedler aus den vormals kommunistischen ostmittel-, südost- und osteuropäischen Staaten das Migrationsgeschehen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowie infolge des mit dem Kroatienkrieg beginnenden Zerfalls Jugoslawiens erreichte die Einwanderung in die Bundesrepublik 1992 mit über 1,2 Millionen Menschen ihren Höhepunkt.

Die konstant hohen Zahlen von Migrant*innen und die kritische mediale Berichterstattung führten in der deutschen Politik und Öffentlichkeit zu heftigen Debatten über das Asylrecht. Wenngleich die zuständigen Gerichte nur einen Bruchteil der Schutzsuchenden als politisch verfolgt und damit asylberechtigt anerkannten, fürchteten Teile der Bevölkerung eine „Überfremdung“ und Konkurrenz durch vermeintliche Wirtschaftsflüchtlinge.[3]

---

[1] Im November 1983 hatte der Bundestag das Rückkehrförderungsgesetz („Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“) verabschiedet.

[2] Vgl. Laasner: Im Zentrum des Geschehens, hier S. 22-24.

[3] Vgl. Chronologie der Einwanderung nach Deutschland seit 1945, S. 328f.

Die CDU-geführte Bundesregierung versuchte daraufhin mit einer Reihe von Gesetzen, die Migration nach Deutschland zu begrenzen.[4] Der am 26. Mai 1993 von den Regierungsparteien CDU, CSU und FDP sowie der SPD beschlossene „Asylkompromiss" verschärfte die Aufnahmebedingungen für Geflüchtete. Menschen, die aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten" oder über „sichere Drittstaaten" nach Deutschland kamen, wurden vom Asylrecht ausgeschlossen. Für Schutzsuchende, die auf dem Luftweg direkt aus ihren Herkunftsländern einreisten, wurde ein beschleunigtes Verfahren eingeführt, das rasche Aufnahmeentscheidungen und gegebenenfalls Abschiebungen ermöglichte.[5] Diese Maßnahmen schränkten zwar die Möglichkeiten ein, nach Deutschland einzuwandern, konstituierten jedoch keine kohärente Migrationspolitik.[6]

Begleitet wurden die hitzigen Diskussionen um Einwanderung und Asylrecht von einer Welle rassistisch motivierter Gewaltakte, für welche insbesondere die Namen von vier Städten stehen. In Hoyerswerda kam es vom 17. bis 23. September 1991 zu pogromartigen Angriffen auf Wohnheime für Arbeitsmigrant*innen und Flüchtlinge. Ähnliche Ausschreitungen ereigneten sich zwischen dem 22. und 26. August des Folgejahres in Rostock-Lichtenhagen. In der Nacht vom 22. auf den 23. November 1992 zündeten Neonazis zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in Mölln an und töteten so drei Menschen. Einem weiteren Brandanschlag in Solingen am 29. Mai 1993 fielen fünf Menschen zum Opfer.

Die Entwicklungen und Diskurse auf der nationalen spiegelten sich auf der regionalen Ebene wider. Zu einem wesentlichen Streitpunkt auch im Siegerland wurde die Verschärfung des Migrationsregimes. So verurteilte die Siegener Kreistagsfraktion der Grünen im Mai 1990 ein „besonders brutales Vorgehen" der Kreisausländerbehörde gegenüber libanesischen Asylbewerber*innen und die Arbeiterwohlfahrt vor Ort kritisierte die „unmenschlichen Praktiken"[7] im Umgang mit nach Deutschland geflüchteten Menschen. Die ansässigen Hilfsorganisationen und Vereinigungen von Migrant*innen reagierten mit neuen Angeboten. Die „Ausländerhilfe Siegen-Wittgenstein" etwa richtete Ende 1990 eine Rechtsberatung zu Asylverfahren ein, veranstaltete Sprachförderunterricht und unterstützte sogenannte „Abschiebehäftlinge", deren Aufnahmeanträge bereits abgelehnt

[4] Zum sog. Aussiedleraufnahmegesetz vom 18. Juni 1990 und dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1991 vgl. Kapitel 4.6.

[5] Vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Diskurse gesellschaftlicher Selbstvergewisserung am Ende des Kalten Kriegs. Die Debatte um den Asylkompromiss 1992/93, in: Raphaela Etzold/Martin Löhnig/Thomas Schlemmer (Hg.): Migration und Integration in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 28), Oldenburg 2019, S. 113-126, hier S. 116.

[6] Annette Treibel hat das bundesrepublikanische Mobilitätsregime treffend als „Flickenteppich unterschiedlicher Maßnahmen für bzw. gegen unterschiedliche Migrantengruppen" charakterisiert. Annette Treibel: Von der Anwerbestoppausnahme-Verordnung zur Green-Card. Reflexion und Kritik der Migrationspolitik, in: Edda Currle/Tanja Wunderlich (Hg.): Deutschland ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen, Stuttgart 2001, S. 113-126, hier S. 117.

[7] Grüne kritisieren Ausländerbehörde: „Besonders brutales Vorgehen" gerügt. Menschenunwürdige Zustände in Zirndorf – Auch AWo besorgt, in: Siegener Zeitung vom 8.05.1990.

worden waren.[8] Um die zum 1. Januar 1991 in Kraft tretende Novellierung des Ausländergesetzes („Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts“) wurde ebenfalls kontrovers gestritten. Anlässlich einer vom Kreuztaler Ausländerbeirat veranstalteten Podiumsdiskussion kritisierten Betroffene und Integrationsfachleute dessen „abwehrenden Charakter“[9].

Allmählich schlug die scharf geführte Asyldebatte in Teilen der Siegerländer Bevölkerung jedoch in eine generelle Ablehnung gegenüber Migrant*innen jedweder Herkunft um. Alarmiert beklagte die Ausländerhilfe Siegen-Wittgenstein im Mai 1991 eine zunehmende Diskriminierung im Alltag.[10] Der Siegener Ausländerbeirat versuchte der Entwicklung mit der Verleihung eines „Preises zur Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern“ entgegenzutreten. Angesichts der weiter steigenden Einwanderung vermochten derartige Initiativen die öffentliche Stimmung allerdings nicht positiv zu beeinflussen.[11]

Auf dem Höhepunkt der Migration im Jahr 1992 waren im Kreis Siegen-Wittgenstein knapp 8 000 Flüchtlinge untergebracht, davon rund 1 000 allein in Siegen.[12] Weitere Zuweisungen durch die Landesstelle Unna-Massen riefen regelmäßig vehemente Proteste hervor. In Kreuztal etwa, wo zu diesem Zeitpunkt bereits etwa 700 Aussiedler und Flüchtlinge lebten, sorgte der geplante Bau eines Containerwohnheims für Asylbewerber*innen im April 1993 laut der Siegener Zeitung für „erhebliche Unruhe unter den Anwohnern“[13]. Wenngleich Anschläge wie in Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock ausblieben, wurde auch die Region zum Schauplatz rechtextremistisch motivierter Gewalttaten. Besonderes Entsetzen löste der Mord an dem Siegener Arbeiter Bruno Kappi aus. Am 15. Dezember 1992 griffen Unbekannte, mutmaßlich zwei Neonazis, den schwer sehbehinderten 55-Jährigen an und verletzten ihn tödlich.[14]

[8] Vgl. Rat und Hilfe in allen Lebenslagen. Ausländerarbeit verstärkt – Sprachförderung und Rechtsberatung, in: Siegener Zeitung vom 29.10.1990.

[9] So der Vorsitzende des Ausländerbeirats Nordrhein-Westfalen Spyros Marinos, zit. nach: Neues Ausländergesetz: Ausgrenzung oder Integration? – Podiumsdiskussion im Alten Feuerwehrhaus, in: Siegener Zeitung vom 20.10.1990.

[10] Vgl. Ausländer-Diskriminierung nimmt zu. Betroffene wenden sich immer häufiger an Ausländerhilfe, in: Siegener Zeitung vom 29.05.1991.

[11] Vgl. Positives Miteinander verstärken. Ausländerbeirat schreibt Preis für gutnachbarschaftliche Beziehungen aus, in: Siegener Zeitung vom 22.06.1991.

[12] In Siegen selbst waren knapp 1 000 Asylsuchende untergebracht. Vgl. Zwischen Fakten und Vorurteilen. Als Ausländer mitten in der Provinz. Ein Überblick in Zahlen – Angst vor dem Unbekannten als Motor für Fremdenfeindlichkeit, in: Siegener Zeitung vom 8.04.1993.

[13] Ebd.

[14] Kripo bittet um Mithilfe. Bruno Kappi brutal erschlagen, in: Siegener Zeitung vom 16.12.1992; Ein Ort im Siegerlandzentrum soll an Bruno Kappi erinnern. Die Erinnerung wach halten, in: Siegener Zeitung vom 3.07.2019.

In der Folge gründeten sich vielerorts Vereine und Bündnisse für eine Verständigung zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung.[15] Deren Engagement beschränkte sich jedoch mangels politischer Gestaltungsmacht in der Regel auf die praktische Unterstützung der Migrant*innen und symbolische Aktionen. Beispielsweise pflanzte die Siegener „Bürgerinitiative Wellersberg/Alchetal" im November 1993 gemeinsam mit dem städtischen Ausländerbeirat einen Spitzahorn als Zeichen für die „Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben von Ausländern und Deutschen".[16]

Anlass, Planung und Ablauf der Feier

Die hitzig geführten Migrations- und Integrationsdebatten ließen auch die schon seit mehreren Jahrzehnten im Siegerland lebenden Mitglieder der Katholischen Italienischen Mission nicht unberührt. Diese hatte sich in den über drei Jahrzehnten seit ihrer Gründung 1962 zu einer weitgehend eigenständigen Gemeinde und festen Größe im Leben der italienischen Migrant*innen entwickelt. Eine entscheidende Voraussetzung dafür hatte das Erzbistum Paderborn 1980 mit der Errichtung der missiones cum cura animarum geschaffen. Die zwei italienischen Migrant*innengemeinden im südlichen Westfalen wurden infolgedessen aus den deutschen Pfarreien ausgegliedert und zur „Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn" zusammengeschlossen. Deren gemeinsamer Versammlungsort war zunächst das 1966 auf Initiative des bereits erwähnten Priesters Filippo Piffer eröffnete, nach dem 1934 heiliggesprochenen Priester, Pädagogen und Ordensgründer Giovanni Melchiorre Bosco (1815–1888) benannte Zentrum „Don Bosco" in Attendorn.[17]

1988 dann erhielten die im Siegerland lebenden Italiener*innen ein eigenes Gemeindehaus mit einer Kapelle in Siegen-Geisweid. Im selben Jahr wurde Filippo Piffers 1974 eingesetzter Nachfolger Giuseppe Brollo abberufen. Trotz wiederholter Bitten der Gemeindemitglieder entsandte das Erzbistum Paderborn keinen Nachfolger. Stattdessen übernahm der Priester der Hagener Mission, Fabio Biasi, zunächst zusätzlich die seelsorgerische Betreuung in Südwestfalen. Aus dieser Übergangs- wurde bald eine Dauerlösung, sodass Hagen und Siegen-Attendorn zu einer großen Mission mit drei Standorten verschmolzen.[18] Nach der Eröffnung im November 1988 entwickelten die Siegerländer Italiener*innen in ihrem eigenen Zentrum ein ausgeprägtes Gemeindeleben. Die Verbindungen nach außen verloren dadurch an Bedeutung. Bis zum Jahr des Jubiläums 1993 hatte

[15] Dazu zählten etwa die „Bürgerinitiative Miteinander" in Kreuztal, die „Bürgerinitiative Mitmenschen in Weidenau" oder die „Nachbarschaftshilfe an der Alche" in Siegen. Vgl. Wider die Ignoranz: Ausländerinitiativen. Immer mehr Bürger setzen sich für friedliches Miteinander ein, in: Siegener Zeitung vom 8.04.1993.

[16] „Baum der Hoffnung" gepflanzt. Ausländerbeirat und Bürgerinitiative wollen ein Zeichen setzen, in: Siegener Zeitung vom 3.11.1993.

[17] Vgl. Fabio Biasi (Hg.): La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn. Berichte und Fotos zusammengetragen anläßlich des Jubiläums der ersten vor 1968 nach Deutschland eingewanderten Italiener, die sich in Siegen und Umgebung niedergelassen haben, Siegen 1993, S. 58f.

[18] Vgl. ebd., S. 21, 69.

sich die Siegener Gemeinde weitgehend von den beiden anderen Standorten der Mission abgekoppelt.

Planungen

Für die katholische Gemeinde lag es nahe, ihre Geschichte mit einem „Jubiläum" zu begehen. Die jüdische Tradition der Jubeljahre aufnehmend hatte Papst Bonifaz 1300 erstmals ein „Heiliges Jahr" ausgerufen. Seitdem gewährte die Kirche in wiederkehrenden regelmäßigen Abständen von 25, 33, 50 oder 100 Jahren Sündenablässe.[19] Diese Zeitspannen verwiesen jedoch weder auf die Gründung der Mission 1962, noch ein anderes Schlüsselereignis in ihrer Geschichte. Zwar besaß das Jahr 1968 für die italienischen Migrant*innen durch die Einführung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine gewisse Bedeutung, vermutlich gaben jedoch, wie sonst eher bei säkularen Jahrestagsfeiern üblich, gegenwärtige Absichten und Bedürfnisse der Erinnerungsgemeinschaft den Anlass. Angesichts der zunehmenden „Ausländerfeindlichkeit" und rassistischen Gewalt einerseits und der nachlassenden Unterstützung durch das Erzbistum Paderborn andererseits schuf das Jubiläum eine Möglichkeit zur Repräsentation nach außen und zur historischen Selbstvergewisserung.

Die umfangreichen Vorbereitungen für die Feier waren darauf abgestimmt. Die Hauptakteure hinter der Feier waren Fabio Biasi und der Caritas-Sozialberater Bruno Andreatta. In mehrwöchiger Arbeit strichen die Gemeindemitglieder die Außenwände des Zentrums, säuberten das Außengelände und errichteten vor dem Eingang der Mission ein hölzernes Kreuz als temporäres Denkmal. Auf dem Vordach der Mission wurden als Zeichen des Einvernehmens von alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung sowohl eine italienische als auch eine deutsche Fahne angebracht.[20]

Im Inneren der Mission wurde eine Konsole mit einem papiernen Miniaturkoffer, einem kleinen runden „Stahldeckel"[21] sowie einer Statue des heiligen Christophorus aufgestellt. Die ersten beiden Objekte versinnbildlichten laut Biasi die Migration und Arbeit in einem zunächst unbekannten Land, während die Figur die Bedeutung des Glaubens symbolisierte. Der heilige Christophorus, den die Gemeinde als ihren Patron verehrte und um dessen Fürsprache sie vor Gott bat, gilt als Beschützer der Reisenden. Somit verwies die Heiligenverehrung auch auf das Selbstverständnis der zugewanderten Mitglieder. Zusätzlich zu den Vorbereitungen für die Feier trug Fabio Biasi für die zum Jubiläum geplante Publikation alte Zeitungsartikel, Bilder und Berichte italienischer Migrant*innen über die ersten Jahre im Siegerland zusammen.

---

[19] Vgl. Klaus Bergmann: Gedenktage, Gedenkjahre und historische Vernunft, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 24-31, hier S. 24-26.

[20] Fabio Biasi erklärte dazu: „Die beiden Fahnen, die deutsche und die italienische, die auf dem Dach der Mission wehen, mögen Zeichen und Segenswunsch sein, die uns ermutigen sollen, gemeinsam zu arbeiten und zusammenzugehen für einen gemeinschaftlichen Lebensplan."Biasi: La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn, S. 111.

[21] So bezeichnete Fabio Biasi das Objekt. Vgl. Ebd., S. 107.

Die Feier am 26. Juni 1993

Die Feier am 26. Juni folgte einem sorgfältig geplanten Ablauf. Nach einem gemeinsamen Gottesdienst verlas Bruno Andreatta eine Liste der zwischen 1955 und 1968 ins Siegerland gekommenen Gemeindemitglieder. Erst dann begrüßten Fabio Biasi und der als Vertreter des Erzbistums sowie der deutschen Mehrheitsgesellschaft erschienene Siegener Dekan Walter Junk die Anwesenden. Es folgten eine Predigt und ein Festvortrag. Am Schluss stand eine feierliche Urkundenverleihung an die eingangs vorgestellten „Jubilare", wie die geehrten Männer und Frauen in dem nachträglich veröffentlichten Bericht bezeichnet wurden.[22]

Nicht zuletzt aus Rücksicht auf die deutschen Teilnehmer*innen fand die Feier, abgesehen von einigen wenigen italienischen sowie lateinischen Gebeten und Liedern, in deutscher Sprache statt. Den Auftakt bildete eine Heilige Messe. Sie gab dem Jubiläum explizit eine religiöse Bedeutung und sprach zugleich alle Anwesenden unabhängig von ihrer Herkunft als christliche Glaubensgemeinschaft an. In diesem Sinne wandten sich auch Fabio Biasi und Walter Junk in ihren Grußworten gleichermaßen an Deutsche und Italiener*innen. Während ersterer die Anwesenden jedoch noch ermahnte, „gemeinsam zu arbeiten und zusammenzugehen für einen gemeinschaftlichen Lebensplan"[23], hielt letzterer diesen Prozess für abgeschlossen. Grundlage der wechselseitigen Annäherung war nach seinen Worten eine neu entstandene gemeinsame regionale Identität jenseits der nationalen Zugehörigkeit. So seien die Migrant*innen zu „italienischen Siegerländern" geworden und im Siegerland „daheim wie in ihrer italienischen Heimat"[24].

Predigt

Die anschließende Predigt behandelte die Entstehung der Mission sowie die Wanderungsentscheidungen der „Gastarbeiter". Sie bestand aus drei Teilen, deren Titel jeweils eine herausragende Eigenschaft der Migrant*innen betonten. Unter der Überschrift „Der italienische Emigrant ist ein friedfertiger Mensch"[25] beschrieb Fabio Biasi zunächst den Charakter der italienischen „Gastarbeiter" und ihre Beweggründe, nach Deutschland zu gehen. Als wesentliche Triebfedern der Migration hob er die Armut und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit in Italien hervor. „Zum Verlassen der Heimat gezwungen", seien die Migrant*innen gekommen, „um in Frieden zu arbeiten, um sich ein Stück Brot zu verdienen, das von Schweiß und nicht von Blut trieft."[26] Der zweite Teil der Predigt trug den Titel „Der italienische Emigrant ist ein Mensch des Glaubens"[27] und erzählte eine fiktive Gründungsgeschichte der Gemeinde. Eine auf der Suche nach einem Schutzpatron ins

[22] Ebd., S. 163.
[23] Ebd., S. 111.
[24] Ebd., S. 113.
[25] Ebd., S. 115.
[26] Ebd., S. 117.
[27] Ebd., S. 119.

Paradies entsandte Delegation habe Christophorus gebeten, sich ihrer anzunehmen. Daraufhin sei dieser nach Siegen herabgestiegen und beschütze seitdem die Mission. Die Erzählung verwies ebenso wie die Statue auf die große Bedeutung der Heiligenverehrung innerhalb der italienischen Gemeinde. Für deren Mitglieder spiegelten sich in der Figur des Christophorus die Liebe und die Gnade Gottes wider, auf die sie sich als Christ*innen verließen. Der dritte und letzte Teil war ebenfalls eine fiktive Geschichte mit dem Titel „Der Emigrant ist ein starker Mensch und reich an Hoffnung".[28] Von Darstellern aus der Gemeinde mimisch begleitet, erzählte Fabio Biasi von einem „Gastarbeiter" namens Salvatore, der seine Freunde Rosario und Guiseppe überzeugte, Italien zu verlassen und ihn nach Deutschland zu begleiten. Der Dialog der drei Männer kreiste um die typischen Wanderungsentscheidungen der ersten italienischen Arbeitsmigrant*innen sowie die damit verbundenen Hoffnungen und Ängste, deutete darüber hinaus jedoch auf universelle Erfahrungen im Migrationsprozess wie die Trennung von der Familie und die unsicheren Arbeits- und Lebensbedingungen im Zielland. Anders als in der Geschichte der Gemeinde und ihres Patrons stellte Biasi hier die italienischen „Gastarbeiter" selbst in den Mittelpunkt. Die Migration interpretierte er als einen Akt des Gottvertrauens sowie persönlichen Mutes. Dialog und Schauspiel sprachen das Publikum emotional und ästhetisch an und rekurrierten auf dessen persönliche Erfahrungen. Die zentrale Bedeutung der Attribute Friedfertigkeit, Religiosität und Stärke in der Predigt spiegelte das Selbstverständnis der Migrant*innen wider. Zugleich wandte Biasi sich damit gegen seit der Anwerbephase verbreitete Vorurteile über die italienischen „Gastarbeiter" und ihre Lebensweise.[29]

Vortrag

Hatte Biasi die Migration religiös und symbolisch interpretiert, so war der anschließende Vortrag des Caritas-Sozialberaters Bruno Andreatta politisch und moralisch akzentuiert. Anders als seine Vorredner benannte er die Sorge der Migrant*innen angesichts der um sich greifenden rassistischen Gewalt als wesentlichen Grund für die Jubiläumsfeier. Deren Sinn sah er darin, „ein Zeichen des Miteinanderlebens zu geben" und so zur „Mentalität der Aufnahmegesellschaft"[30] beizutragen. In einem Überblick über die Geschichte der Zuwanderung aus Italien ins Siegerland seit dem 19. Jahrhundert und der Historie der Gemeinde stellte er der zunehmenden „Ausländerfeindlichkeit" die wirtschaftlichen Leistungen der „Gastarbeiter" entgegen. Abschließend wandte er sich direkt an die Migrant*innen und erinnerte diese an ihre Verdienste: „Jeder einzelne von Euch hat […] mit seinem eigenen Verhalten und mit seiner Arbeit zum Aufbau der Gesellschaft beigetragen. Sicherlich hat das einen wirtschaftlichen Vorteil und größere soziale Sicherheit für euch und eure Familien mit sich gebracht. […] Aber man darf nicht vergessen – und das

[28] Ebd., S. 121.
[29] Vgl. Kapitel 3.1. Vgl. Olga Sparschuh: Die Wahrnehmung von Arbeitsmigranten aus dem „Mezzogiorno" in deutschen und norditalienischen Großstädten, in: Oliver Janz/Roberto Sala (Hg.): Dolce Vita? Das Bild der italienischen Migranten in Deutschland, Frankfurt a. M./New York 2011, S. 95–115, hier S. 103.
[30] Ebd., S. 142f.

gilt vor allen Dingen für diejenigen, die die Ausländer ablehnen – daß ihr dreißig Jahre lang Steuern und Renten der Deutschen abgesichert habt."[31] Diese Deutung der Arbeitsmigration als Gewinn für die Aufnahmegesellschaft und die Zugewanderten gleichermaßen war zwar für alle Anwesenden anschlussfähig und erfüllte das Bedürfnis der Gemeindemitglieder nach Anerkennung als wertvoller und gleichberechtigter Teil der Bevölkerung, klammerte die anhaltenden, mit der Arbeitsmigration verbundenen strukturellen Probleme jedoch weitgehend aus.

Ehrung der „Jubilare"

Dies galt ebenso für die Verleihung der „Urkunden für langjährigen Aufenthalt"[32], welche den Höhepunkt und zugleich den Abschluss der Veranstaltung bildete. So endete das Jubiläum ohne eine tiefere Auseinandersetzung mit den von der Anwerbephase bis in die Gegenwart sichtbaren negativen Seiten der Arbeitsmigration. Geehrt wurden die 73 „Jubilare" sowohl für ihre Pionierleistung, bereits mit den ersten „Gastarbeitern" nach Deutschland gekommen zu sein, als auch für ihren Anteil an den zuvor geschilderten Leistungen. Materielles Symbol der Anerkennung waren die eigens ausgestellten Urkunden. Der Gemeinde und ihren Gästen gegenüber präsentierte Fabio Biasi die Geehrten als „Zeugen der Vergangenheit"[33], aus deren Erfahrungen sich unmittelbar Orientierungs- und Handlungswissen für die Gegenwart und Zukunft ableiten ließen. Die in dieser Form beispiellose Würdigung berührte die „Jubilare" sehr und kompensierte zumindest vorübergehend ihre negativen Erfahrungen. Einem Bericht der Westfälischen Rundschau zufolge blickten die Migrant*innen in ihren Gesprächen nach der Verleihung versöhnt auf ihre ersten Jahre in Deutschland zurück: „Und dann wird erzählt; daß der Anfang hart war, das Quartier oft nur ein Bett in einer Unterkunft (bei Stundenlohn 1,50 DM), ist längst Vergangenheit. Im Rückblick: ‚Alles war anders, aber schlecht war es eigentlich nicht.'"[34] Die tatsächliche Wirkung der Feier auf das Publikum ist jedoch angesichts der begrenzten Quellenlage schwer abzuschätzen. Vor allem aufgrund der allgemein „große[n] Resonanz"[35] werteten die regionalen Zeitungen, die schon im Vorfeld ungewohnt ausführlich über die anstehende Feier berichtet hatten, die Veranstaltung als Erfolg. Die Siegener Rundschau nahm das Jubiläum zum Anlass für einen historischen Rückblick auf die Geschichte der Migration aus Italien ins Siegerland. Die Mission spielte darin jedoch kaum eine Rolle.[36]

[31] Ebd., S. 141.
[32] Ebd., S. 181.
[33] Ebd., S. 111.
[34] Italiener feierten Jubiläum in der katholischen Mission, in: Westfälische Rundschau vom 28.06.1993.
[35] Seit 25 Jahren im Siegerland: Italienische Gastarbeiter blickten zurück. Feier weckte Erinnerungen – Anerkennungsdiplome überreicht, in: Siegener Zeitung vom 8.06.1993.
[36] Vgl. Italiener feierten Jubiläum in der katholischen Mission, in: Westfälische Rundschau vom 28.06.1993.

Die Jubiläumspublikation

Die Presseberichterstattung ging auch in den anlässlich des Jubiläums veröffentlichten Bericht ein. Herausgeber und Autor zugleich war Fabio Biasi. Wie bereits der Titel „La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn. Berichte und Fotos zusammengetragen anläßlich des Jubiläums der ersten vor 1968 nach Deutschland eingewanderten Italiener, die sich in Siegen und Umgebung niedergelassen haben" verriet, ging es in dem Buch vor allem um die Geschichte der Gemeinde. Kurze zusammenfassende und kommentierende Passagen verknüpften die vorab zusammengetragenen Zeitungsartikel, Bilder und Dokumente der italienischen Migrant*innen zu einer kohärenten Erzählung. Dabei sollten die historischen Dokumente das Narrativ des Buchs belegen und, so Biasi, mit ihrem mnemonischen Potenzial „vor unseren Augen noch einmal die bedeutendsten Momente im Leben unserer Gemeinde widerspiegeln"[37]. Wenngleich sämtliche Inhalte sowohl auf Italienisch als auch in deutscher Übersetzung abgedruckt waren, richtete sich die Publikation primär an die italienischen Gemeindemitglieder.

Das Buch war chronologisch angelegt und unterteilte die Geschichte der Mission in zwei Abschnitte. Der einleitende Teil „Die ersten Zeiten" („I Primi Tempi") behandelte die Phase von der Gründung 1962 bis zur Eröffnung des Gemeindezentrums in der Stormstraße 1988. Die dazu vorab gesammelten Bilder und Berichte verwiesen vor allem auf die Probleme und Schwierigkeiten der Migrant*innen nach der Ankunft im Siegerland. Der Schwerpunkt des Kapitels lag jedoch auf der Amtsperiode und dem Wirken Filippo Piffers. Über seine Arbeit und seine Rolle als Seelsorger sowie Dreh- und Angelpunkt des Gemeindelebens hinaus maß Biasi diesem eine weiter reichende Bedeutung als „Teil der Geschichte der Emigration"[38] zu. Seinen unmittelbaren Vorgänger Guiseppe Brollo erwähnte er hingegen kaum.

Um den Aufbruch der italienischen Gemeinde in eine neue, eigenständige Gegenwart und Zukunft ging es im zweiten Abschnitt mit dem Titel „Die Zeiten ändern sich" („I Tempi Cambiano"), welcher den Zeitraum von 1988 bis zur Jubiläumsfeier umfasste. Insgesamt acht Kapitel behandelten detailliert verschiedene Aspekte im Leben der Mission und ihrer Mitglieder von den Gottesdiensten und kirchlichen Festen bis hin zur Kultur- und Jugendarbeit.

Das Jahr 1988 beschrieb Biasi dabei als ambivalente Zäsur. Einerseits sah er in dem Zusammenschluss der Missionen Hagen und Siegen-Attendorn nach der Abberufung Giuseppe Brollos einen wesentlichen Einschnitt in die Pastoral, andererseits interpretierte er die Eröffnung des Zentrums in der Stormstraße als Voraussetzung und Katalysator für ein aktives Gemeindeleben: „Seit diesem Tag begann in unserer Gemeinde ein Prozeß des Sich-Anschließens, der im Laufe der Zeit in jedem Bereich zunahm. Das Bedürfnis, sich

[37] Vgl. Biasi: La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn, S. 11.
[38] Ebd., S. 47.

‚auf italienische Art' zu treffen, ist die Triebfeder der italienischen Familien, auch von weit her zu kommen"[39].

Das Jubiläum nahm mit weiteren acht Unterkapiteln ebenfalls großen Raum ein. Biasi verstand dieses nicht nur als Anlass, angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen inner- und außerhalb der Gemeinde auf die eigene Vergangenheit zu blicken und diese neu zu befragen, sondern vor allem als „Pause zur Reflektion" und Gewissensprüfung: „Die Eindrücke, Zahlen und Gespräche […] laden uns dazu ein, nicht nur in den Koffer der anderen zu schauen, sondern auch unseren Koffer zu öffnen, um zu sehen, ob sich darin Schweiß und Mühe, Treue gegenüber den eigenen Entschlüssen und vertrauensvolle Hingabe in die Arme eines vorsehenden und guten Gottes befinden."[40] Ausführliche, bebilderte Abschnitte schilderten die Vorbereitungen sowie den Ablauf der Feier. Zusätzlich stellte eine nach dem Ankunftsjahr in Deutschland sortierte Galerie die „Jubilare" vor.[41] Der Band dokumentierte das Jubiläum auch für die übergeordneten kirchlichen Stellen und insbesondere das Erzbistum Paderborn. Die historischen und gegenwärtigen Leistungen der Mission sollten diese davon überzeugen, deren Fortbestehen zu sichern. So warnte Biasi bereits in seinem Vorwort vor den Folgen einer fehlenden geistlichen Betreuung: „Seit einigen Jahren kommen keine Seelsorger mehr aus Italien, und die Tendenz derjenigen zur Rückkehr nimmt zu, die seit Jahren in unseren Missionen arbeiten: diese Tatsache wirkt sich negativ aus sowohl auf die Arbeit der Seelsorger, die hier bleiben, als auch auf den Glauben unserer Gemeinden. Das ist auch der Fall bei der Katholischen Italienischen Mission von Siegen-Attendorn."[42]

Das Buch war somit eine zweite Säule des Jubiläums und verlieh dem Appell an das Erzbistum Nachdruck. Nachdem Biasi die Gründung und den Aufbau der Mission in seiner Predigt religiös interpretiert hatte, historisierte er diese nun in seinem Bericht. Das herausragende Darstellungsprinzip war dabei die Personalisierung. Filippo Piffer sowie die „Jubilare" standen als Schlüsselfiguren für die Geschichte der Gemeinde und der Migration insgesamt.

Die Auseinandersetzung mit den historischen und weiter anhaltenden Diskriminierungs- und Fremdheitserfahrungen der Italiener*innen im Siegerland trat angesichts der gegenwärtigen Probleme in den Hintergrund. Dessen ungeachtet war das Jubiläum aus Sicht der Gemeinde sowie der Hauptakteure offenbar ein Erfolg. So adaptierte Fabio Biasi das für Siegen entwickelte und dort erprobte Konzept wenige Jahre später für die Jubiläumsfeier der Hagener Mission.[43]

[39] Ebd., S. 69.
[40] Ebd., S. 183.
[41] Ebd., S. 162-169.
[42] Ebd., S. 21.
[43] Vgl. ders.: La Missione Cattolica Italiana di Hagen – Giubileo: 1961-2001. Die Italienische Katholische Mission von Hagen – Jubiläum: 1961-2001, Hagen 2001.

4.4 Impuls von außen. Die Ausstellung „Ausländer im deutschen Bergbau“

Mit dem Jubiläum der „Missione Cattolica Italiana di Siegen-Attendorn“ 1993 setzte eine neue Dynamik in der Auseinandersetzung mit der regionalen Migrationsgeschichte ein. Eine wichtige Rolle dabei spielten temporäre Ausstellungen, die durch die städtischen Ausländerbeiräte und Migrant*innenorganisationen gezielt ins Siegerland geholt wurden. Darunter ragt die vom Deutschen Bergbau-Museum Bochum (DBM) konzipierte und erstmals 1993 gezeigte Schau „Ausländer im deutschen Bergbau“ besonders hervor. Sie gastierte vom 6. bis zum 17. Juni 1994 in Kreuztal und war wegweisend für die regionale Erinnerungskultur. Von der Forschung bislang kaum beachtet, unterschied sie sich durch ihre Inhalte, ihre Deutung des Wanderungsgeschehens sowie in ihren Darstellungsmitteln deutlich von anderen Expositionen ihrer Zeit und gab einen wichtigen Impuls für die Historisierung und Musealisierung der Migration.[1]

Die Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum

Den Hintergrund und Anlass der Ausstellung bildete die rassistische Gewaltwelle Anfang der 1990er Jahre. Die Anschläge und Ausschreitungen von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen offenbarten die gesellschaftliche Bedrohung durch den Rechtsextremismus sowie die um sich greifende „Ausländerfeindlichkeit“ und lösten auch eine Diskussion über die Rolle und Verantwortung erinnerungskultureller Institutionen aus. Diese wurde u.a. in der Zeitschrift des Deutschen Museumsbundes „Museumskunde“ ausgetragen. In einem 1993 erschienenen Aufsatz warf Joachim Meinert den deutschen Museen vor, ihrer Rolle als Aushandlungs- und Vermittlungsinstanzen in der Einwanderungsgesellschaft nicht gerecht geworden zu sein und somit indirekt zu den Gewalttaten gegen Migrant*innen beigetragen zu haben. In einer besonderen „multikulturellen Verantwortung“[2] sah er die gesellschaftlich und örtlich verankerten historischen Stadt- und Regionalmuseen.

Als zunächst einzige der angesprochenen Institutionen stellte sich das DBM mit der Sonderausstellung „Ausländer im deutschen Bergbau“ dieser Kritik. Angesichts der „schrecklichen fremdenfeindlichen Ereignisse von Hoyerswerda, Mölln und Solingen“, so eine zur Eröffnung herausgegebene Broschüre, sollte sie „in das Bewußtsein rücken, wie sehr die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region vom Erfindungsgeist ausländischer Ingeni-

[1] Weder die Überblicksdarstellungen von Patricia Deuser, Gottfried Korff sowie Dietmar Osses zur Musealisierung von Migration seit den 1990er Jahren noch Marie Toeppers darauf basierender Aufsatz zur Bedeutung temporärer Ausstellungen erwähnen „Ausländer im deutschen Bergbau“. Vgl. Patricia Deuser: Migration im Museum. Zum aktuellen Stand der Auseinandersetzung mit den Themen Migration und kultureller Vielfalt in deutschen Museen, Berlin 2012; Korff: Fragen zur Migrationsmusealisierung; Toepper: Temporäre Ausstellungen.

[2] Joachim Meinert: Sackgasse Museum? Überlegungen zur Multikulturellen Verantwortung historischer Stadt- und Regionalmuseen, in: Museumskunde Jg. 58 (1993), S. 131-136.

eure, dem Engagement ausländischer Unternehmer und dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte abhängig war“[3]. Die gemeinsame ökonomische sowie technische Erfolgsgeschichte könne so zu einem positiven Verhältnis zwischen der deutschen und der zugewanderten Bevölkerung beitragen. Der gelegentlich in Pressemitteilungen ergänzte Untertitel „für Zusammenhalt gegen den Haß“ konkretisierte diese Zielsetzung weiter.[4]

Konzeption und Inhalt

Die Initiative für die Ausstellung ging vermutlich von der Wirtschafts- und Technikhistorikerin sowie Leiterin des am DBM angesiedelten Bergbau-Archivs, Evelyn Kroker, aus, die als Kuratorin auch eine zentrale Rolle bei der Umsetzung spielte. Ihre Kollegin Carina Schwunk übernahm die grafische Gestaltung. Die Schau wurde von Anfang an so konzipiert, dass sie „auf Wanderschaft“[5] gehen und in anderen Städten gezeigt werden konnte. Diese Anforderung bestimmte sowohl den Inhalt als auch die Form entscheidend mit.
Da der für die Rezeption wesentliche museale Rahmen außerhalb des DBM fehlte, musste die Ausstellung ein in sich geschlossenes, von den Besucher*innen selbständig zu erschließendes Narrativ präsentieren. Um einen einfachen Transport und Aufbau zu ermöglichen, wurde sie als reine Foto- bzw. Bildausstellung auf insgesamt 19 großformatigen Ausstellungstafeln umgesetzt. Diese enthielten zahlreiche Reproduktionen historischer Quellen, von denen einige aus dem hauseigenen Bergbau-Archiv stammten und erstmals öffentlich gezeigt wurden. Neben Fotos und künstlerischen Abbildungen von Orten und Menschen gehörten dazu Karikaturen, Flugblätter und Plakate. Zudem hatte Evelyn Kroker weitere schriftliche Zeugnisse wie Zeitungsartikel, Ausweisdokumente, Aktenauszüge sowie Tabellen und Statistiken ausgewählt.[6]
Die Ausstellung war chronologisch in vier „inhaltliche Schwerpunkte“[7] gegliedert: „Ausländische Unternehmer“, „Zuwanderung aus dem Osten“, „Ausländische Arbeitskräfte im Krieg“ und „Gastarbeiter/Migranten“. Auf der ersten Tafel, die über die Themen der Schau informierte, wurden diese in eine übergreifende nationalgeschichtliche Erzählung eingebettet: „Die Gewinnung und Förderung bergbaulicher Rohstoffe, wie Erz und Kohle, gehörte zu den Voraussetzungen für die Industrialisierung in Deutschland“[8].

„Ausländische Unternehmer“

Der erste Themenblock umfasste drei Tafeln und behandelte internationale „Finanziers, Unternehmer und Ingenieure“[9], welche in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Mehrzahl

[3] Faltblatt zur Ausstellung „Ausländer im deutschen Bergbau“ (undatiert), Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum (BBA), 112/6391.
[4] Vgl. etwa dpa-Meldung vom 3.08.1994, montan.dok/BBA, 112/6390.
[5] Pressemitteilung des Deutschen Bergbaumuseums: „Ausländer-Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums geht auf Wanderschaft“, montan.dok/BBA, 112/6390.
[6] Vgl. Digitalisate der Ausstellungstafeln, montan.dok/BBA, 112/6391.
[7] Faltblatt zur Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.
[8] Tafel 1 der Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.
[9] Ebd.

der „Ausländer“ stellten.[10] Der Belgier Joseph Chaudron (1822–1905) repräsentierte die Gruppe der Ingenieure. Er hatte gemeinsam mit Karl Gotthelf Kind (1801–1873) ein spezielles Schachtbohrverfahren entwickelt und die Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen mitbegründet.[11] Stellvertretend für die Finanziers und Unternehmer standen der Ire William Thomas Mulvany (1806–1885) sowie die belgischen Montanunternehmer Louis-Alexandre Saint-Paul de Sinçay (1815–1890) und sein Sohn Gaston (1854–1938). Ersterer gründete Zechen in Herne, Gelsenkirchen und Castrop-Rauxel, letztere leiteten die „Société Anonyme des Mines et Fonderies de Zinc de la Vieille-Montagne“, welche auch im Ruhrgebiet Zinkhütten betrieb.[12] Diesen drei Beispielen war jeweils eine der Tafeln des Ausstellungsbereichs gewidmet. Sie enthielten Abbildungen und Kurzbiografien der Männer. Ihre Verdienste um den Ruhrbergbau wurden ebenfalls durch Texte und Fotos sowie historische Dokumente wie etwa eine Zeichnung des geplanten Rheindurchstichs 1833/34 dargestellt. Bereits in diesem ersten Ausstellungsteil wurde die veränderte Sicht auf Migration als Erfolg und Beitrag zum wirtschaftlichen Fortschritt deutlich. Das zentrale Vermittlungsprinzip war dabei die Personalisierung. Die Mobilität industrieller Eliten im 19. Jahrhunderts eignete sich hierfür besonders. Anhand der ausgewählten Persönlichkeiten wurde die Bereicherung durch Investitionen, Innovationen und Unternehmergeist für die Besucher*innen leicht greifbar.

„Zuwanderung aus dem Osten“

Der zweite Schwerpunkt mit dem Titel „Zuwanderung aus dem Osten“ beschäftigte sich mit den Arbeitskräften, die nach der Reichsgründung 1871 und verstärkt ab den 1880er Jahren aus dem Gebiet des früheren Königreichs Polen, aus Masuren, der Kaschubei sowie Oberschlesien in die Industrieregionen an den Flüssen Rhein und Ruhr kamen. Aufgrund ihrer Sprache wurden diese pauschal als „Ruhrpolen“ bezeichnet, obwohl es sich mit Blick auf ihre Konfession und Identität um eine sehr heterogene Migrant*innengruppe handelte und sie als Bürger*innen des Deutschen Reichs keine „Ausländer“ im eigentlichen Wortsinn waren.[13] Mit 5 Tafeln war dieser Ausstellungsbereich wesentlich

[10] Die einfachen Arbeitskräfte konnten zu dieser Zeit noch in ausreichender Zahl aus umliegenden Regionen rekrutiert werden. Vgl. Stefan Przigoda/Stefan Goch: Bergfremd(e). Ausländer im Ruhrbergbau, in: Klaus Wisotzky/Ingrid Wölk (Hg.): Fremd(e) im Revier!? Zuwanderung und Fremdsein im Ruhrgebiet, Essen 2010, S. 222-257, hier S. 224.

[11] Vgl. Ludger Pries: Grenzüberschreitende Wanderungen von Menschen und Wissen. Migration, sozialkulturelle Vielfalt und Innovation im Ruhrgebiet, in: Sabine Hornberg/Claudia Richter/Carolin Rotter (Hg.): Erziehung und Bildung in der Weltgesellschaft. Festschrift für Axel Adick, Münster 2013, S. 191-208, hier S. 194.

[12] Vgl. Peter Friedemann: Die Anfänge der westeuropäischen Zinkindustrie am Beispiel der Galmei-Bergwerke „Vieille Montagne“ (Altenberg): Vom französischen Bergrecht 1791/1810 zur preußischen Bergrechtsreform 1865, in: Der Anschnitt. Zeitschrift für Montangeschichte 69 (2017), S. 74-95.

[13] Eine Ausnahme bildeten die Migrant*innen aus den von Österreich-Ungarn und Russland kontrollierten Gebieten. Vgl. Brian McCook: Polnische industrielle Arbeitswanderer im Ruhrgebiet (›Ruhrpolen‹) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 870-879.

umfangreicher als der vorhergegangene. Den Einstieg bildete die großformatige Reproduktion eines Anwerbeplakats, das Arbeiter aus Masuren für den Bergbau im Ruhrgebiet gewinnen sollte. Diese Quelle verdeutlichte den Arbeitskräftebedarf der Industrie und die wirtschaftlichen Bedingungen als wesentliche Ursache der Migration. Die darauffolgende Tafel zeigte mittels Informationstexten und Statistiken den Verlauf des Wanderungsgeschehens und kontrastierte die mit der Migration verbundenen Versprechungen und Erwartungen mit den Verhältnissen, welche die Arbeitskräfte nach ihrer Ankunft vorfanden. Fotografien eines Bergarbeiterwohnhauses und einer Bergarbeitersiedlung veranschaulichten die Lebensbedingungen in der neuen Umgebung, während die in der Satirezeitschrift „Der wahre Jacob" veröffentliche Karikatur „Der polnische Nachschub kommt" auf die Gefahren der Arbeit unter Tage und die Ausbeutung der Migrant*innen verwies. Das politische und gesellschaftliche Engagement der Migrant*innen in ihrer neuen Umgebung wurde auf den folgenden Tafeln 7 und 8 thematisiert. Zunächst ging es um die Polnische Berufsvereinigung ZZP („Zjednoczenie Zawodowe Polskie"). Die Geschichte dieser Gewerkschaft wurde anhand eines Informationstextes und diverser historischer Quellen, darunter Fotos ihres Verwaltungsbüros und ihrer Druckerei, erläutert. Eine besonders wichtige Rolle spielten die beiden Vorsitzenden Stefan Rejer und Franciszek Mankowski. Ihre überlebensgroßen Portraits bedeckten die gesamte linke Hälfte der Tafel, davor war der Text einer Rede Mankowskis auf der ZZP-Gründungsversammlung 1902 abgedruckt. Die politische Arbeit der ZZP wurde durch Reproduktionen von Versammlungsaufrufen auf der Folgetafel 8 dargestellt. Das gesellschaftliche Leben und den Alltag repräsentierten Fotografien eines polnischen Gesangvereins sowie das Deckblatt eines polnischen Bergarbeiterkalenders. Den Abschluss und zugleich die Überleitung zum nächsten Teil bildete die neunte Tafel, auf der die Rückkehr zahlreicher Migrant*innen in ihre Herkunftsregionen oder ihre Weiterwanderung nach Frankreich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs dargestellt wurde. Im Gegensatz zu den im ersten Ausstellungsteil behandelten Eliten, die den Bergbau durch technische Innovationen und Kapitaleinsatz vorangetrieben hatten, wurde im zweiten Ausstellungsbereich der Beitrag der Migrant*innen als „Arbeitskräfte beim Abteufen, beim Vortrieb, in der Gewinnung, der Förderung oder im Tagesbetrieb" dargestellt. Ihre Leistung bestand demnach darin, das für die Industrialisierung notwendige „Arbeitskräftepotenzial"[14] bereitzustellen. Auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Migration der „Ruhrpolen" wurde hingegen lediglich in einem kurzen Absatz auf der ersten Ausstellungstafel hingewiesen: „Durch die Zuwanderung aus dem Osten wurde das soziale Umfeld erheblich beeinflußt, das vom Bergbau geprägte Ruhrgebiet wurde zum Schmelztiegel für auswärtige und ausländische Bevölkerungsgruppen."[15] Diese Anspielung auf die Theorie des „melting pot" implizierte, dass die alteingesessene Bevölkerung und die Migrant*innen sich auf Augenhöhe begeg-

[14] Tafel 1 der Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.
[15] Ebd.

net und durch gegenseitige Annäherung letztlich zu einer neuen Einheit mit einer gemeinsamen Identität verschmolzen seien.[16] Dabei überging sie die Fremdheitserfahrungen und die vielfältige Aus- bzw. Abgrenzung sowohl zwischen der einheimischen deutschen Bevölkerung und den Migrant*innen als auch innerhalb der Zugewanderten. Beispielsweise distanzierten sich die mehrheitlich evangelischen Masuren von den sich als Polen fühlenden Katholiken. Dagegen deutete Evelyn Kroker die Integration der „Ruhrpolen" in einem Radiointerview mit dem WDR-Magazin „Echo West" ambivalent als Assimilation unter Aufgabe ihrer regionalen polnischen, masurischen usw. Identitäten: „Wenn wir das polnische Beispiel heranziehen der Zuwanderung polnischer Bergarbeiter ins Ruhrgebiet oder auch polnische Bergarbeiter preußischer Staatsangehörigkeit, dann muß man im Grunde genommen den Schluß ziehen, daß im wesentlichen[sic!] die ausländischen Bergarbeiter aufgegangen sind, nach Jahrzehnten des Versuchs der Eigenständigkeit, aufgegangen sind in ihrem gesellschaftlichen Umfeld und im Grunde genommen dann deutsche Bergleute geworden sind."[17]

„Ausländische Arbeitskräfte im Krieg"

Im dritten Ausstellungsteil „Ausländische Arbeitskräfte im Krieg" ging es um den Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Ruhrbergbau während beider Weltkriege. Die erste der insgesamt vier Tafeln behandelte anhand von historischen Fotografien und eines Informationstextes die Kriegsgefangenenlager im Ruhrgebiet zwischen 1914 und 1918. Wesentlich mehr Raum nahm demgegenüber die Beschäftigung ziviler Zwangs- bzw. sogenannter „Fremdarbeiter" unter dem Nationalsozialismus ein.[18] Ein Übersichtstext sowie eine Tabelle zur „Belegschaftsentwicklung im Ruhrbergbau" stellten knapp die Organisation und die wirtschaftliche Bedeutung der Zwangsarbeit dar. Auszüge aus Ausweisdokumenten der Arbeitskräfte, sogenannten Arbeitsbüchern, verwiesen auf Einzelschicksale. Die Tafeln 11 bis 13 schließlich beschrieben den Arbeits- und Lageralltag der Zwangsarbeiter*innen. Zahlreiche Fotografien und Reproduktionen historischer Quellen dokumentierten neben Unterbringung und Verpflegung auch verpflichtende ideologische Schulungen sowie die Strafen bei selbst geringsten Abweichun-

[16] Zuletzt hat sich Hans-Christoph Seidel kritisch mit dem Topos vom „Schmelztiegel Ruhrgebiet" auseinandergesetzt. Vgl. Hans-Christoph Seidel: Kein „Melting Pot(t)" – Zwangsarbeit im Ruhrgebiet in den beiden Weltkriegen, in: Forum Geschichtskultur Ruhr 9 (2019), Zuwanderung und politische Kultur im Ruhrgebiet, S. 11-16.

[17] Skript der Radiosendung WDR 1: Echo West vom 3.08.1993, montan.dok/BBA, 112/6390.

[18] Unter der nationalsozialistischen Herrschaft wurden Millionen von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Zivilist*innen aus dem Ausland zum sogenannten „Arbeitseinsatz" ins Deutsche Reich verschleppt. Die Opfer dieser Zwangsmigration werden als „Zwangsarbeiter" bezeichnet. Die umgangssprachliche, euphemistische Bezeichnung „Fremdarbeiter" schließt darüber hinaus Menschen ein, die zwar nicht zur Arbeit in Deutschland gezwungen wurden, aus wirtschaftlicher Not heraus jedoch oft keine andere Wahl hatten. Vgl. Ulrich Herbert: Zwangsarbeitskräfte in Deutschland und im von Deutschland besetzten Europa im Zweiten Weltkrieg, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 1116-1125.

gen. Propagandabildern aus den „Fremdarbeiter"-Lagern standen Krankenberichte gegenüber, die das Elend und tatsächliche Ausmaß der Ausbeutung offenbarten. Angesichts der von Überfremdungsängsten geprägten gesellschaftlichen Debatten kam der Zeit des Nationalsozialismus im Kontext der Ausstellung ein besonderer Stellenwert zu. Eine Broschüre deutete den Einsatz von „Fremd-" bzw. Zwangsarbeiter*innen als mahnendes Beispiel für die Auswirkungen von Rassismus und „Ausländerfeindlichkeit": „Auch vor diesem Hintergrund sollte in der Bundesrepublik bedacht werden, daß die seit den fünfziger Jahren bei uns lebenden und bei den Bergwerken beschäftigten Gastarbeiter aus vielen Ländern, vor allem der Türkei, Spanien und Portugal, ein unverzichtbarer Bestandteil des Wirtschaftslebens sind. Ihre Integration in die Gesellschaft liegt in unser aller Interesse."[19] Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) leitete Evelyn Kroker aus der Zeit des Nationalsozialismus eine kollektive und zugleich persönliche Verantwortung ab: „Die Ausstellung soll zum Nachdenken anregen, wie sehr der deutsche Bergbau von Ausländern abhängig war und was wir ihnen zugefügt haben."[20]

„Gastarbeiter/Migranten"

Der letzte inhaltliche Schwerpunkt „Gastarbeiter/Migranten" umfasste die verbleibenden Tafeln 14-19 und war somit am umfangreichsten. Auch dieser Ausstellungsteil war chronologisch gegliedert. Den Einstieg bildete eine großformatige Aufnahme griechischer Arbeiter, die 1961 im Aachener Revier eintrafen. Ein Textfenster mit der Überschrift „Gastarbeiter-Alemania-Migranten" erläuterte die Gründe für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ins Ruhrgebiet und betonte, dass diese erst „wegen fehlender deutscher Arbeitskräfte"[21] nötig geworden war. Die Reproduktion eines Anwerbeplakats und die Bildikone vom feierlichen Empfang des millionsten „Gastarbeiters" in der Bundesrepublik, Armando Rodrigues de Sá, in Köln im September 1964 zeigten, wie sehr sich die westdeutsche Regierung und die Wirtschaft um die Arbeitskräfte aus dem Ausland bemüht hatten. Ein auf dem unteren rechten Rand platziertes Foto koreanischer Bergleute verwies zusätzlich auf die kaum bekannte und nicht in der Ausstellungsbroschüre erwähnte Anwerbung aus asiatischen Staaten.

Ergänzt wurde die Tafel um den autobiografischen Bericht des japanischen Bergmanns Takehiko Koguchi, der von 1958 bis 1961 in der Grube „Consolidation" in Gelsenkirchen gearbeitet hatte. Sein Buch mit dem Titel „Die Zeit von Glückauf" befand sich seit Anfang des Jahres 1993 in der Sammlung des DBM.[22] Ursprünglich nicht Teil des Konzepts, wurde es nachträglich in die Ausstellung aufgenommen und stach dort als authentisches Zeugnis eines ehemaligen Arbeitsmigranten, der positiv auf seine Tätigkeit im Ruhrbergbau zurückblickte, besonders hervor.

[19] Faltblatt zur Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.
[20] dpa-Meldung vom 3.08.1994, montan.dok/BBA, 112/6390.
[21] Tafel 14 der Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.
[22] Vgl. Skript der Radiosendung WDR 1: Echo West vom 3.08.1993, montan.dok/BBA, 112/6390.

Auf der folgenden Tafel ging es um den Übergang von der zeitlich befristeten „Gastarbeit" zur dauerhaften Einwanderung. Ein Informationstext erklärte dies mit den Nachteilen des Rotationsprinzips, ließ jedoch die entscheidenden politischen Rahmenbedingungen, insbesondere das „Rückkehrförderungsgesetz" von 1983, unerwähnt: „Zunächst ging man davon aus, daß die ausländischen Arbeitnehmer nur ein oder zwei Jahre in der Bundesrepublik bleiben würden, um dann in ihre Heimat zurückzukehren. Die Nachteile dieser Praxis machten sich schnell bemerkbar: Kaum erbrachten die Bergleute die volle Leistung, verließen sie ihren Arbeitsplatz wieder. Bald wurden die Arbeitsverträge verlängert, die Familien zogen nach. Die ausländischen Arbeitnehmer wurden zu einem unverzichtbaren Teil der Zechenbelegschaften."[23] Auf die teils prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse der Arbeitsmigrant*innen während der Anwerbephase verwiesen Reproduktionen eines Arbeitsvertrags und eines Dokuments über die Unterbringung in Sammelunterkünften. Das beherrschende Element indes war eine Fotografie, welche sich über die gesamte Fläche der Tafel erstreckte und den Hintergrund der sparsam eingefügten Text- und Quellenelemente bildete. Sie zeigte eine Gruppe von Arbeitsmigrant*innen bei einer Versammlung. Zahlreiche der in Stuhlreihen sitzenden Personen schauten, teils fröhlich, teils nachdenklich, direkt in die Kamera, andere richteten ihren Blick nach außerhalb. Auch ohne eine Bildunterschrift oder Erläuterung verlieh die Aufnahme den abgebildeten Männern und Frauen, ihren Schicksalen sowie den geschilderten Entwicklungen eindrücklich ein Gesicht.

Tafel 16 beschrieb die zuvor angesprochenen Herausforderungen bei der Einreise und nach der Ankunft in Deutschland am Beispiel der Türkei als dem „wichtigsten Anwerbeland"[24] genauer. Ein Informationstext erläuterte den Ablauf der Anwerbeverfahren, die Unterbringung der Migrant*innen in nach Nationalität getrennten Wohnheimen sowie die Rückwirkungen der Arbeitsmigration auf die Türkei, etwa durch Geldtransfers der Arbeitskräfte an ihre in den Herkunftsregionen verbliebenen Familien oder durch Unternehmensgründungen nach der Rückkehr. Ein zeitgenössischer Zeitungsartikel mit der Überschrift „Die Fahrkarte ins Land der Hoffnungen. Unsere türkischen Mitarbeiter müssen viele Hürden bezwingen, bevor sie nach Deutschland einreisen dürfen." ergänzte und authentifizierte diese Darstellung.

Tafel 17 legte erneut den Fokus auf den Bergbau im Ruhrgebiet. Anhand zeitgenössischer Presseberichte wurden unterschiedliche Perspektiven auf das Verhältnis deutscher und türkischer Bergleute zueinander gegenüberstellt. Ein Zeitungsartikel mit der Überschrift „Mit uns trauert das ganze Land" über das Grubenunglück von Stolzenbach, bei dem neben 38 deutschen auch 13 türkische Bergleute ums Leben gekommen waren, verwies auf die gemeinsame schwere, gefährliche Arbeit unter Tage und die daraus entstehende Solidarität. Der Beitrag der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung „Türken im Revier. Warum sie kommen, wie sie leben, wo sie wohnen – und was sie über uns denken" hingegen lenkte

[23] Tafel 15 der Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.
[24] Tafel 16 der Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.

den Blick auf die Fremdheit und Distanz zwischen Deutschen und Migrant*innen im Alltag.
Mit der achtzehnten Tafel schließlich gelangte das chronologische Ausstellungsnarrativ in der Gegenwart an. Als dominierendes grafisches Element fiel hier die umkränzte Zahl „25" auf, die als Verweis auf das Jahr 1968 und den Beginn der Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit innerhalb der EWG verstanden werden konnte.
Der letzte Informationstext der Ausstellung bilanzierte die gegenwärtige Situation der türkischen Migrant*innen und stellte ihren wirtschaftlichen Verdiensten die Probleme in Folge der Strukturkrise des Bergbaus gegenüber. Für die verbesserte sozio-ökonomische Lage und das neue Selbstbewusstsein der ehemaligen „Gastarbeiter" stand das Foto einer stolz in ihrem Wohnzimmer posierenden achtköpfigen Familie. Dagegen blieben die in der Öffentlichkeitsarbeit des DBM noch konkret benannten Gewalttaten von Hoyerswerda und Mölln unerwähnt.[25] Die Arbeitsstätten wie die Gruben und Hüttenwerke des Ruhrgebiets wurden ebenfalls nicht als Orte erkennbar, an denen die Migranten Ausgrenzung, Benachteiligung und Fremdheit erlebten. Unterschwellig prägten die anhaltenden Überfremdungs- und Integrationsdebatten den Ausstellungsbereich jedoch. So stellte der Informationstext vorsorglich fest, dass die Migranten von Zechenstilllegungen und Entlassungen „ebenso wie ihre deutschen Kollegen"[26] betroffen waren. Die Reproduktion eines Flugblatts zur Aktion „‚Du auch?!' Für Menschlichkeit und Toleranz. Gegen Ausländerfeindlichkeit" verwies zudem auf das gesellschaftliche Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung.
Den Abschluss der Ausstellung bildete ein großformatiges Foto, welches die gesamte Fläche der neunzehnten und letzten Ausstellungstafel einnahm. Darauf blickten ein deutscher und ein „ausländischer" Bergmann in verdreckter Arbeitskleidung zufrieden in die Kamera. Das Bild stand für die Eintracht und Solidarität zwischen den Grubenarbeitern, unabhängig von ihrer Herkunft. Der Bergbau erschien so als Beispiel für den Erfolg der Migration und einer gelungenen Integration.
Insgesamt leistete das DBM mit „Ausländer im deutschen Bergbau" einen wichtigen Beitrag zur Musealisierung der Migration. Hierfür war es besonders prädestiniert. Erstens verfügte es über die dafür notwendigen Kompetenzen sowie historischen Quellen, zweitens verlieh sein Prestige als geschichtskulturelle Institution der Ausstellung und ihrem Thema eine besondere Relevanz. Der wirtschaftsgeschichtliche Fokus der Ausstellung ließ sich einerseits mit der generellen inhaltlich-thematischen Ausrichtung des DBM sowie der montanhistorischen Expertise der Kuratorin Evelyn Kroker erklären. Andererseits war er als Reaktion auf die Überfremdungs- und Integrationsdebatten zu verstehen. Insbesondere das gängige Vorurteil, „Ausländer" nähmen der deutschen Bevölkerung die Arbeitsplätze weg, wurde gezielt und wiederholt durchbrochen. Demgegenüber ließ die

[25] Vgl. Faltblatt zur Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.
[26] Tafel 18 der Ausstellung, montan.dok/BBA, 112/6391.

Schau die Auswirkungen der Migration auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unerwähnt.
Ihrem Ziel, zu einer besseren Beziehung zwischen der deutschen und zugewanderten Bevölkerung beizutragen, konnte sie trotz ihres professionellen und wissenschaftlichen Niveaus jedoch kaum gerecht werden. Dies lag insbesondere an dem in sich geschlossenen Erfolgsnarrativ. Die „Ausländer" selbst kamen weder zu Wort, noch wurden sie als Zielgruppe angesprochen. Ihre Perspektiven auf die Arbeitsmigration und ihre gegenwärtige Situation wurden dem Ausstellungsnarrativ untergeordnet. Gänzlich unberücksichtigt blieb die Rolle von Migrantinnen, obwohl Frauen in großer Zahl zur Arbeit in Deutschland angeworben worden waren und seit jeher in vielfältiger Weise im Bergbau gearbeitet hatten.[27] Diese Leerstelle überrascht umso mehr, als das DBM wenige Jahre zuvor eine Ausstellung mit dem Titel „Bergarbeiterinnen – oder: Die andere Arbeit für den Bergbau" gezeigt hatte.[28] Schließlich war die Exposition durch den Verzicht auf historische Objekte und die gleichförmige Gestaltung der Tafeln ästhetisch wenig ansprechend.

Rezeption in Bochum

Zur Eröffnung am 3. August 1993 in der Halle 5 des DBM rief „Ausländer im deutschen Bergbau" ein großes mediales Echo hervor. Neben den regionalen Zeitungen berichteten auch Rundfunk und Fernsehen. Besonders eng begleitete der Westdeutsche Rundfunk die Ausstellung mit Beiträgen in seinen Fernsehmagazinen „Hier und Heute", „Aktuelle Stunde", „Hier im Revier" und „Fensterplatz".[29] Parallel zeigte die WDR-Programmgruppe Geschichte/Zeitgeschichte einen dreiteiligen Schwerpunkt mit dem Titel „Zuwanderer und Einheimische" über die Geschichte der Migration nach Deutschland.[30] Eine Sendung des ZDF sowie ein vom WDR-Landesstudio Dortmund für das Format „Echo West" produzierter und in zahlreichen Hörfunkanstalten der ARD gesendeter Radiobeitrag sorgte für bundesweite Aufmerksamkeit.[31] Selbst die türkischsprachige Zeitung Hürriyet berichtete über die Exposition und machte diese über Deutschland hinaus bekannt.[32] Aus der zeitgenössischen Presseberichterstattung lassen sich unterschiedliche Lesarten der Ausstellung erkennen. Die Mehrzahl der Medien, wie z. B. die Ruhr-Nachrichten mit ihrer Überschrift „Zuwanderer trugen wesentlich zum Ruhrgebiets-Aufbau bei"[33], übernahm das Narrativ der offiziellen Pressemitteilungen des DBM. Andere wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 14. August gingen weiter und leiteten daraus überzeitlich gültige Erklärungsmuster ab („Der Bergbau braucht stets

[27] Vgl. Dagmar Kift: Nicht nur Barbara – Frauen im Bergbau, in: Kultur und Heimat 59 (2008), S. 4-20.
[28] Vgl. Evelyn Kroker/Werner Kroker (Hg.): Frauen und Bergbau. Zeugnisse aus fünf Jahrhunderten. Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum vom 29. August - 10. Dezember 1989, Bochum 1989.
[29] Vgl. Übersicht über Berichte in Fernsehen und Rundfunk vom 10.08.1993, montan.dok/BBA, 112/6390.
[30] Vgl. Pressemeldung des Westdeutschen Rundfunks vom 30.09.1993, montan.dok/BBA, 112/6390.
[31] Vgl. Übersicht über Berichte in Fernsehen und Rundfunk vom 10.08.1993, montan.dok/BBA, 112/6390.
[32] Madende yabancılar sergisi, in: Hürriyet vom 13.08.1993.
[33] Ruhr-Nachrichten Bochumer Anzeiger vom 4.08.1993.

Ausländer“[34]). Die Bild-Zeitung schließlich griff mit ihrer Titelzeile „‚Ausländer im Bergbau‘: Unter Tage sind alle Kumpel schwarz“[35] den bekannten Topos vom „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ auf und stellte die Integration der Migrant*innen als abgeschlossen dar, blendete damit jedoch die zentrale Botschaft der Ausstellung aus.
Die Bewertungen der Schau fielen gemischt aus. So lobten die Medien zwar einhellig das Anliegen und innovative Konzept, kritisierten jedoch häufig die Umsetzung. Stellvertretend sei hier das WDR-Radiomagazin „Echo West“ zitiert, welches die textlastige Präsentationsform und das Fehlen von Exponaten monierte: „Mit […] vollmundigen Worten kündigte das Museum seine Sonderausstellung an, und auch das riesige Plakat an der Außenwand wirkt vielversprechend. Betritt man dann aber den Raum der Sonderausstellung, ist man zunächst enttäuscht. Noch nicht einmal die Hälfte des knapp 250 qm großen Raumes nimmt diese Sonderausstellung ein. Sie besteht aus mehreren Stellwänden und alten Fotos, Graphiken und Texten. Der Betrachter merkt: auf diese Ausstellung muß er sich einlassen.“ Zudem bezweifelte der Verfasser, inwiefern die Assimilation der sogenannten „Ruhrpolen“ noch als Vorbild für das gleichberechtigte Zusammenleben von alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung dienen konnte: „Nach den Kriegsjahren in der Weimarer Republik wurden die polnischen Zuwanderer endgültig integriert, und das passierte so: ‚Die im Revier verbliebenen Polen zeigten sich anpassungswillig bis hin zur Bereitschaft, ihre polnische Identität aufzugeben. Ein Anzeichen vollständiger Integration war die Eindeutschung polnischer Namen.‘ Aufgabe der eigenen Identität als vollständige Integration.“[36] Positive Aufmerksamkeit zog hingegen Takehiko Koguchis Bericht auf sich. Der Bild-Zeitung erschien er als „Glanzpunkt der Ausstellung“[37]. Die dpa bewertete ihn paradoxerweise gar als Beweis bzw. „Beispiel für eine erfolgreiche Integration“[38], obwohl der Autor nur wenige Jahre in Deutschland verbracht hatte und anschließend nach Japan zurückgekehrt war.

Die Ausstellung im Siegerland

In den folgenden Wochen und Monaten erreichten das DBM zahlreiche Anfragen anderer Städte, Museen und Bildungseinrichtungen, welche die Ausstellung ausleihen und zeigen wollten. Um das Original für die eigenen Besucher*innen in Bochum behalten zu können, ließ das Museum eine Reproduktion der Schau anfertigen. Nachdem die Stadt Bochum es abgelehnt hatte, die Kosten zu übernehmen, bat Evelyn Kroker bei der „Deut-

[34] Westdeutsche Allgemeine Zeitung Ausgabe Bochum vom 14.08.1993.
[35] Bild-Zeitung vom 4.08.1993.
[36] Skript der Radiosendung WDR 1: Echo West vom 3.08.1993, montan.dok/BBA, 112/6390.
[37] Bild-Zeitung vom 4. August 1993.
[38] dpa-Meldung vom 3.08.1994, montan.dok/BBA, 112/6390.

scheMontanTechnologie-Gesellschaft für Lehre und Bildung GmbH“ um „finanziell-fördernde-Initiative“[39]. Deren Geschäftsführer Willi Kaminski machte das Projekt daraufhin zur „Chefsache“[40] und stellte die erforderlichen Mittel zur Verfügung.
Eine enthusiastisch formulierte Pressemitteilung verkündete daraufhin die Pläne des DBM, die Ausstellung „auf Reisen zu schicken“[41]. Dabei erwies sich das Thema „Ausländer im deutschen Bergbau“ als anschlussfähig für unterschiedliche Institutionen und Anlässe. Die Mehrzahl der geplanten oder bereits angefragten Stationen waren Bildungseinrichtungen (die Bergbauberufsschulen der DMT, die Schule der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Haltern), Industrie- und Bergbaumuseen (Hettstedt, Hattingen, Borken und Iserlohn) und nicht zuletzt ein aktives Bergwerk (General Blumenthal/Haard in Recklinghausen). Lediglich in Ravensburg, wo sie im Rahmen der „Ausländerwochen“ gastierte, und in Kreuztal wurde die Ausstellung eigenständig und ohne direkten Bezug zur örtlichen Montanindustrie und -geschichte gezeigt.[42]
Die Initiative, die Schau nach Kreuztal zu holen, ging vom städtischen Ausländerbeirat aus. Eine erste informelle Anfrage erreichte das DBM bereits kurz nach der Eröffnung im August 1993. Unter Verweis auf den eigenen Bedarf und die hohen Besuchszahlen erteilte dieses zunächst eine Absage, versprach allerdings, die Anfrage im folgenden Jahr neu zu prüfen. Ungeachtet dessen hielt der Beirat an dem Vorhaben fest, überließ die weiteren Verhandlungen jedoch dem städtischen Amt für Jugend, Sport und Altenhilfe.[43] Nach einigen Planungsgesprächen sagte das Museum im Dezember 1993 zu, die Schau vom 6. bis 24. Juni 1994 zur Verfügung zu stellen und teilte im gleichen Zug die Konditionen mit. Sowohl den Transport des Materials als auch den Aufbau vor Ort musste die Stadt Kreuztal selbst übernehmen. Zudem erhob das Museum für den geplanten Zeitraum von drei Wochen eine Leihgebühr von 1.000 DM.[44]

Umsetzung, Eröffnung und Rezeption in Kreuztal

Am 6. Juni 1994 konnte die Präsentation schließlich in Kreuztal eröffnen. Aus unbekannten Gründen gastierte sie jedoch, anders als ursprünglich vorgesehen, nur bis zum 17. Juni im Siegerland.[45] Als Ausstellungsraum diente der große Gemeindesaal der evangelischen Kreuzkirche, der interessierten Besucher*innen täglich für vier Stunden offenstand. Die organisatorischen wie räumlichen Bedingungen vor Ort beeinflussten die Umsetzung des Bochumer Konzepts in Kreuztal wesentlich. Im DBM noch in ein breiteres historisches Narrativ eingebunden und durch die Dauerausstellung kontextualisiert, stand die

[39] Schreiben von Evelyn Kroker vom 22.10.1993, montan.dok/BBA, 112/6390.
[40] Pressemitteilung des Deutschen Bergbaumuseums Bochum (undatiert), montan.dok/BBA, 112/6391.
[41] Ebd.
[42] Vgl. Ebd.
[43] Schriftverkehr zwischen dem Ausländerbeirat bzw. dem Amt für Jugend, Sport und Altenhilfe der Stadt Kreuztal und dem DBM vom 10.08.-22.11.1993, montan.dok/BBA 112/6391.
[44] Schreiben vom DBM an das Amt für Jugend, Sport und Altenhilfe der Stadt Kreuztal vom 2.12.1993, montan.dok/BBA, 112/6391.
[45] Vgl. Fremde schrieben Bergbau-Geschichte, in: Westfälische Rundschau vom 7.06.1994.

Präsentation in Kreuztal für sich. Verglichen mit der Halle 5 des Museums herrschten selbst im großen Gemeindesaal der Kreuztaler Gemeinde beengte Verhältnisse. Anders als in Bochum, wo die Besucher*innen entlang der Stellwände durch die vier thematischen Schwerpunkte geführt wurden, waren die Tafeln an den Raumwänden aufgehängt. Um die inhaltlichen Schwerpunkte dennoch erkennbar zu machen und einen chronologischen Durchgang zu ermöglichen, wurden Schilder mit entsprechenden Überschriften angebracht. Im Wortlaut entsprachen diese jedoch nicht den ursprünglich konzipierten inhaltlichen Schwerpunkten, sondern waren den Texten der Ausstellungstafeln entnommen.[46] Takehiko Koguchis Buch, das bei der Ersteröffnung in Bochum noch ein reges öffentliches Interesse auf sich gezogen hatte, war im DBM verblieben, sodass der Schau in Kreuztal eine wesentliche Attraktion fehlte. Inhaltlich-konzeptionell bedeutete der Ausstellungsort ebenfalls eine Herausforderung. Das Siegerland war zwar von Eisenerzgewinnung und Erzbergbau sowie Eisen- und Stahlindustrie geprägt, doch die Unterschiede zum Ruhrgebiet waren offensichtlich. Zum ersten waren die Migrant*innen in der Region und insbesondere die „Gastarbeiter" in anderen Branchen beschäftigt gewesen, zum zweiten setzte sich die zugewanderte Bevölkerung anders zusammen. Um angesichts dessen „eine Brücke zum ebenfalls bergbaugeprägten Siegerland"[47] herzustellen, wurde ein ergänzendes Faltblatt aufgelegt und an die Besucher*innen ausgegeben.[48] Der Verfasser Manfred Zabel war Professor für theologische Anthropologie und Sozialethik an der Universität-Gesamthochschule Siegen. Dieser war zwar kein Experte für die Siegerländer Wirtschaftsgeschichte, jedoch als Theologe und ehemaliger Studentenseelsorger ein naheliegender Ansprechpartner für die Kreuztaler Akteur*innen. Seine Schrift verlieh der Ausstellung ein akademisches Renommee, konnte eine professionelle wissenschaftliche und museumspädagogische Begleitung jedoch nicht ersetzen.

Obwohl die Initiative zur Ausstellung vom Ausländerbeirat ausgegangen war, wurde dessen Vorsitzende Sheila Sherman bei der Eröffnungsveranstaltung in eine Nebenrolle gedrängt. Stattdessen begrüßte der Kreuztaler Stadtverordnete Horst-Helmut Siebel die Anwesenden, darunter die Kunsthistorikerin Angelika Mertmann als Vertreterin des DBM und mehrere Schulklassen sowie Lehrkräfte des Kreuztaler Schulzentrums, im Namen von Rat und Stadtverwaltung.[49] Beide Institutionen reklamierten die durchaus prestigeträchtige Schau für sich, um somit ein besonderes Engagement für die Verständigung von Deutschen und Migrant*innen zu signalisieren. Nach der Begrüßung führte Mertmann durch die Ausstellung und wies dabei explizit auf „die schrecklichen Ereignisse von Rostock und Hoyerswerda"[50] als Auslöser für Konzeption und Umsetzung der Exposition

[46] Auf dem in der Siegener Zeitung abgedruckten Foto ist ein Schild mit der Überschrift „Gastarbeiter – Alemania – Migranten" zu erkennen. Vgl. Ausstellung gegen Fremdenhaß. Geschichte der Ausländer im deutschen Bergbau dokumentiert, in: Siegener Zeitung vom 8.06.1994. Dies war zugleich die Überschrift eines Textes auf Tafel 14 der Ausstellung. Vgl. montan.dok/BBA, 112/6391.
[47] Ausstellung gegen Fremdenhaß, in: Siegener Zeitung vom 8.06.1994.
[48] Das Faltblatt ist als Quelle nicht erhalten.
[49] Vgl. ebd.
[50] Ebd.

hin. In ihren Berichten zur Eröffnung stellte auch die lokale Presse eine Verbindung zur „Ausländerproblematik“ her und bestätigte mit Blick auf die aktuelle Stimmung den Bedarf an historischer Aufklärung: „Kaum kann sich der Normalbürger vorstellen, dass vor fast genau 100 Jahren die Industrie sogar Werbeagenturen beauftragte, um Ausländer ins Land zu holen“[51]. Tatsächlich bot die Ausstellung zwar zahlreiche Argumente, um gängigen Vorurteilen gegen „Ausländer“ zu begegnen, ihr Erfolgs- bzw. Beitragsnarrativ stand jedoch unter dem Aspekt des wirtschaftlichen Nutzens. Zudem kamen weder in der Ausstellung noch bei deren Eröffnung die Migrant*innen selbst zu Wort.

In der Zusammenschau wird deutlich, wie stark die Bedingungen vor Ort die Umsetzung mitbestimmten. Eine derartige Wanderausstellung zu realisieren, bedeutete eine große Herausforderung und verlangte, wie gezeigt, Kompromisse. Zugleich ergaben sich in Form der improvisierten Überschriften und der regionalgeschichtlichen Einordnung durch Manfred Zabel sowie durch die veränderte räumliche Gestaltung auch neue Spielräume zur lokalen Aneignung. Auf diese Weise konnte „Ausländer im deutschen Bergbau“ als Vorbild für ähnliche Ausstellungsprojekte dienen und eröffnete Perspektiven für die Historisierung und Musealisierung von Migration im Siegerland.

[51] Ebd.

4.5 Erinnerungskultur im Umbruch. Die Ausstellungen „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!“ und „So fing es an…“

Die durch die Gewalttaten Anfang der 1990er Jahre ausgelöste Konjunktur in der Historisierung der Migration flachte bald wieder ab. Dies deckt sich mit Jürgen Steens Befund, dass die Gewaltakte von Mölln, Solingen, Rostock und Hoyerswerda und die dadurch ausgelösten Debatten für die deutsche Museumslandschaft zunächst „merkwürdig folgenlos“[1] blieben. In der Region gezeigte temporäre Ausstellungen stellten die Probleme der Migrant*innen weiterhin nach dem etablierten Paradigma dar und warben um Verständnis und ein freundschaftliches Zusammenleben. Dazu zählte auch die Schau „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!“ im Frühjahr 1997. Dieser Stagnation standen jedoch ab Ende der 1990er Jahre ein entscheidender Wandel in der Migrations- und Integrationspolitik und eine sich verändernde regionale Landschaft von Akteur*innen- und Institutionen gegenüber. Unter diesen Vorzeichen brachte im Februar 2001 die vom „Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e. V.“ (DoMiT) konzipierte und umgesetzte Wanderausstellung „So fing es an…“ abermals einen neuen Impuls für die regionale Erinnerungskultur.

Beginn der migrationspolitischen „Akzeptanzphase“

Die genannten Ausstellungen fanden vor dem Hintergrund eines integrationspolitischen Aufbruchs auf Landesebene statt. Nach den Migrations- und Asyldebatten sowie der rassistischen Gewaltwelle zu Beginn der 1990er Jahre suchte die mit absoluter Mehrheit regierende nordrhein-westfälische Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) nach neuen Wegen, um den Migrant*innen politische und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Im Februar 1994 setzte sie zu diesem Zweck eine „interministerielle Arbeitsgruppe Zuwanderung“ (IMAG Zuwanderung) ein, welche im Herbst des Folgejahres einen ersten „Zuwanderungsbericht“ mit Analysen und Handlungsempfehlungen veröffentlichte.[2] Ein weiterer Schritt war die flächendeckende Einführung von Ausländerbeiräten. Die im Mai 1994 beschlossene nordrhein-westfälische Gemeindeordnung verpflichtete alle Kommunen mit über 5 000 ausländischen Einwohner*innen, derartige Migrant*innenvertretungen einzurichten.[3] Die Gremien waren in Stadträten und Ausschüssen zwar nicht stimmberechtigt, konnten sich jedoch durch Anregungen oder Stel-

[1] Jürgen Steen: Migration und Lebenswelt oder: Das Museum der Zukunft in erweiterter Sicht, in: Henrike Hampe (Hg.): Migration und Museum. Neue Ansätze in der Museumspraxis, Münster 2005, S. 31–41, hier S. 31.

[2] Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen. Situation, Perspektiven und Anforderungen an eine zukunftsorientierte Integrationspolitik. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Zuwanderung“ der Landesregierung, Düsseldorf 1995.

[3] Auch Gemeinden mit über 2 000 ausländischen Einwohner*innen mussten laut § 27 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Neufassung vom 14. Juli 1994 auf Antrag von mindestens 200 potenziell Wahlberechtigten einen Ausländerbeirat einrichten.

lungnahmen an sämtlichen politischen Debatten und Entscheidungsprozessen in den Gemeinden beteiligen. Während die Mitglieder des Siegener Beirates bereits seit 1987 direkt von den Migrant*innen bestimmt wurden, fand im März 1995 in Kreuztal erstmals eine Wahl statt, die jedoch auf geringes Interesse stieß. Mit 323 Personen nahmen kaum mehr als 18 Prozent der Stimmberechtigten teil.[4]

Auf Ebene der Bundespolitik hielt sich die kategorische Auffassung, Deutschland sei kein Einwanderungsland, jedoch noch bis zum Ende des Jahrzehnts. Immer wieder wurden die Integrationsfähigkeit und – willigkeit von Migrant*innen öffentlich in Frage gestellt.[5] Erst mit der Bundestagswahl 1998 endete die „Abwehrphase"[6]. In ihrer Koalitionsvereinbarung erklärte die von Gerhard Schröder (SPD) angeführte rot-grüne Bundesregierung: „Wir erkennen an, dass ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozess in der Vergangenheit stattgefunden hat und setzen auf die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen."[7] Damit begann eine migrationspolitische „Akzeptanzphase"[8], deren sichtbarer Ausdruck eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts war. Zum 1. Januar 2000 wurde das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*), demzufolge in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder nichtdeutscher Migrant*innen als „Ausländer" galten, um Elemente des Geburtsortprinzips (*ius soli*) ergänzt. Fortan erhielten in der Bundesrepublik zur Welt gekommene Kinder zusätzlich zur Staatsangehörigkeit ihrer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft, mussten sich jedoch bis zum 23. Lebensjahr für eine der beiden entscheiden.[9] Der im Jahr darauf von der Bundesausländerbeauftragten Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) vorgelegte Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz („Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern") wurde hingegen erst 2005 in stark abgeänderter Form umgesetzt.

Die ebenfalls SPD-geführte nordrhein-westfälische Landesregierung behielt ihren Kurs auch unter dem 1998 als Nachfolger von Johannes Rau gewählten Ministerpräsidenten Wolfgang Clement bei. Auf Basis des im Jahr 2000 erschienenen zweiten Zuwanderungs-

[4] Vgl. Ausländerbeirat seit 20 Jahren aktiv, in: Siegener Zeitung vom 7.03.2007.

[5] Ein Beispiel hierfür bietet die 1997 vom Spiegel veröffentlichen Titelstory über von Migrant*innen verübte Kriminalität unter der Überschrift „Gefährlich Fremd – Ausländer und Deutsche". Vgl. Der Spiegel vom 14.04.1997.

[6] So charakterisierte der Soziologe Rainer Geißler die Phase zwischen 1981 und 1998, Vgl. Geißler: Migration und Integration, S. 40.

[7] Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.1998, Kapitel IX Punkt 7, URL: https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/downl/koalitionsvertrag1998.pdf (Stand: 24.07.2024).

[8] Vgl. Rainer Geißler: Migration und Integration; ders.: Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 2002, S. 289.

[9] Vgl. Oltmer: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, S. 61f.

berichts beschloss sie eine „Integrationsinitiative", welche am 19. Juni 2001 in die fraktionsübergreifend verabschiedete „Integrationsoffensive" mündete.[10] Die rot-grüne Koalition und die Opposition aus CDU sowie FDP definierten die Integration als ressortübergreifende Aufgabe auf sämtlichen Politikfeldern. Für die Erinnerungskultur besonders relevant waren die Punkte „Migrantenselbstorganisationen" sowie „Kultur und Medien". Diese sollten durch eine der Kulturarbeit für die „Vertriebenen" nach § 96 BVFG vergleichbare Förderung gestärkt werden.[11]

Der Kurswechsel in der Landespolitik wurde auch im Siegerland wahrgenommen und weckte Hoffnungen auf eine, so die Westfälische Rundschau, „künftig mit mehr Schmackes"[12] betriebene Integrationspolitik. Der Siegener Ausländerbeirat begleitete insbesondere die Debatten um das Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht. Höhepunkte waren eine große an die Migrant*innen gerichtete Informationskampagne unter dem Titel „Von Ausländern zu Aktivbürgern – Einbürgerung jetzt" 1995 und eine Diskussionsveranstaltung mit der Bundesausländerbeauftragten Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) zum Thema „Integration und doppelte Staatsbürgerschaft" im Februar 1997.[13] Kulturveranstaltungen und Ausstellungen, bislang die Schwerpunkte des Gremiums, rückten angesichts dieser Entwicklung zunächst in den Hintergrund.

Die Ausstellung „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!"

Eine Ausnahme bildete die vom 18. März bis zum 4. April 1997 im Foyer des Siegener Rathauses gezeigte Schau „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!". Die Wanderausstellung wurde vom Arbeitskreis „Deutsche und Ausländische Frauen" im „Frauenbüro" der Stadt Düren konzipiert und umgesetzt.[14] Nachdem dessen Mitglieder eine nicht näher benannte „Ausstellung über ausländische Frauen"[15] in Gelsenkirchen besichtigt hatten, beschlossen sie, eine eigene Fotoschau zu erarbeiten. 1989 wurde die Exposition aus 49 Plakaten im Format DIN B2 mit Fotos, Informationstexten sowie kurzen Berichten von Migrantinnen eröffnet. Ab 1990 stand sie als Wanderausstellung interessierten Institutionen und Organisationen gegen eine Leihgebühr zur Verfügung. Ihr Anliegen war es, „die besondere Lebenssituation ausländischer Frauen und Mädchen – am Beispiel Düren – sichtbarer zu machen" und auf diesem Wege „zu mehr Verständnis und damit zu einem besseren Miteinander"[16] beizutragen. Primäre Zielgruppe war demnach

[10] Vgl. Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung, Düsseldorf 2004, S. 7.
[11] Vgl. ebd., S. 121f.
[12] „Künftig mit mehr Schmackes", in: Westfälische Rundschau am 12.01.1995.
[13] „Einbürgerung nicht gleich Integration". Cornelia Schmalz-Jacobsen zu Gast beim Siegener Ausländerbeirat – Diskussion in Bismarckhalle, in: Siegener Zeitung vom 19.02.1997.
[14] Vgl. Ausstellungskatalog „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!" von 1989 (undatiert), Stadt- und Kreisarchiv Düren, C 515.
[15] Ebd.
[16] Faltblatt zur Ausstellung „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!" (undatiert), Stadt- und Kreisarchiv Düren, C 515.

die alteingesessene Bevölkerung; zwischenmenschliche Fremdheit und individuelle Vorurteile sollten durch Information und Aufklärung abgebaut und überwunden werden. Diese Agenda wurde auf dem Titelbild sowie den ersten beiden Plakaten der Ausstellung visualisiert. Ersteres zeigte Frauen unterschiedlicher Herkunft beim gemeinsamen Tauziehen und verbildlichte somit ein gängiges Idiom. Letzteres hingegen setzte bei gängigen Stereotypen über Migrantinnen an. Den Einstieg bildete eine großformatige Wortwolke. Rund um den grau hinterlegten Begriff „Ausländerinnen" schwebten zahlreiche positive (z. B. „Freundinnen?", „Kolleginnen?", „Fachkräfte?") sowie negative Zuschreibungen (z. B. „Diskriminierte?", „Fremde?") und sogar rassistische sowie frauenfeindliche Beschimpfungen (z. B. „Knoblauchfresserinnen?", „Gebärmaschinen?"). Das zweite Plakat stellte diesen Vorurteilen einen kurzen Informationstext über die Herkunft und Zahl der Migrant*innen entgegen und schloss mit der Frage: „Scheint es nicht langsam Zeit zu sein, daß aus einem vielfältigen Nebeneinander ein Miteinander wird?"[17]

Auf diese Einleitung folgten acht Abschnitte, welche den Alltag und die Probleme von Migrantinnen unterschiedlichen Alters darstellten.

Zunächst ging es unter den Überschriften „Miteinander Spielen", „Miteinander Lernen" und „Jugendliche und junge Erwachsene im Bildungswesen" um die Situation „ausländischer" Mädchen und junger Frauen in der Schule bzw. Berufsausbildung sowie ihre Beziehungen zu ihren deutschen Altersgenoss*innen.

Der Ausstellungsteil „Miteinander Feiern" behandelte anhand von Bildern und Informationstexten Hochzeitsrituale unterschiedlicher Migrant*innengruppen.

Die zweite Hälfte der Exposition zeigte, wie erwachsene Migrantinnen arbeiteten („Ausländische Arbeitnehmerinnen") und lebten („Kinder und Haushalt", „Wohnen").

Unter der Überschrift „Ausländische Frauen berichten" folgten schließlich kurze autobiografische Zeugnisse, welche die zuvor angesprochenen Probleme konkretisierten.

Wenngleich aus den Quellen wenig über den Entstehungsprozess der Ausstellung zu erfahren ist, basierten die Struktur und Inhalte vermutlich auf den alltäglichen Erfahrungen des Dürener „Frauenbüros". Zugleich schöpfte die Ausstellung aus einem von ihren Vorgängerinnen gesetzten Kanon von Themen und Motiven. Dabei fehlte ihr jedoch eine historische Dimension. Hatte beispielsweise „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein" die Veränderung der Lebens- und Arbeitswelten von der Anwerbephase bis in die 1980er Jahre dargestellt, behandelte die Dürener Exposition Migration und Integration ausschließlich als aktuelle Problemstellungen.

Die Schau setzte das etablierte Paradigma der Verständigung von alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung durch Aufklärung aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive um. Zwar blieb sie eine explizite Antwort auf die im Titel aufgeworfene Frage schuldig, jedoch präsentierte sie die Migrantinnen vor allem als Opfer der politischen und

[17] Ausstellungskatalog „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich?!" von 1989 (undatiert), S. 4., Stadt- und Kreisarchiv Düren, C 515.

gesellschaftlichen Verhältnisse. Dies wurde bereits in einem einleitenden Informationstext am Anfang der Ausstellung deutlich, der trotz kultureller Unterschiede eine grundlegend gleiche sozio-ökonomische Lage postulierte: „Sie kommen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, und die meisten von ihnen leben bereits länger als zehn Jahre hier. Ihr Leben hier unterscheidet sich je nach Nationalität und Herkunftsregion. Eines jedoch haben sie alle gemeinsam: Die Unsicherheit eines Lebens in der Fremde, ausgelöst durch die Emigration aufgrund der schlechten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in ihren Heimatländern."[18]

Die einzelnen Ausstellungsteile zeigten die konkreten Auswirkungen dieses Befunds auf unterschiedliche Lebensbereiche. Im Fokus standen immer wieder Diskriminierungen, persönliche Einschränkungen durch Armut sowie religiös geprägte, traditionelle Familienstrukturen und die sich häufig daraus ergebende berufliche Perspektivlosigkeit. Besonders dicht traten diese Probleme in den abschließenden Berichten der Migrantinnen hervor.[19] Eine erfolgreiche Integration jedoch erschien trotz einzelner positiver Beispiele, wie etwa den Bildungserfolgen „ausländischer" Mädchen und junger Frauen oder dem offenen kulturellen Austausch bei Hochzeitsfeiern und religiösen Festen, noch weit entfernt. Die zahlreichen Fotos dienten in erster Linie als Illustration des Ausstellungsnarrativs. Ihre ästhetische Qualität trat demgegenüber in den Hintergrund. Obwohl die Schau im Arbeitskreis des Frauenbüros gemeinsam mit Migrantinnen entstanden war, zeigte sich in den Bildern eine eher distanzierte, beobachtende Außenperspektive der Mehrheitsgesellschaft. Im Mittelpunkt standen vielfach auffällige optische Merkmale, welche die „ausländischen Frauen" als solche erkennbar machten, oder als besonders fremd wahrgenommene Lebensgewohnheiten und religiöse Praktiken. Die Aufnahmen von Hochzeitsfeiern im Abschnitt „Miteinander feiern" beispielsweise zeigten vor allem die prächtige Kleidung und den aufwendigen Schmuck der Teilnehmer*innen.[20] Insgesamt wies die Ausstellung deutliche Einflüsse des u. a. von Mehmet Ünal entwickelten Ausstellungstypus auf, ohne jedoch ein vergleichbares künstlerisches oder konzeptionelles Niveau zu erreichen.

„Fremdheit abbauen" oder „Fremdheit ausländischer Kulturen akzeptieren"? Rezeption

Der inhaltliche Fokus auf die Migrantinnen war dagegen ein Alleinstellungsmerkmal und wesentlicher Erfolgsfaktor. So wurde die Schau, zumeist auf Initiative der kommunalen „Frauenbüros", in über 200 deutschen Städten gezeigt.[21] Die Reaktionen der Presse waren in der Regel positiv. Zugleich verdeutlicht ein Vergleich der Berichterstattung in unterschiedlichen Zeitungen, welch großen Interpretationsspielraum die Ausstellung bot. Während beispielsweise das Westfalenblatt die Fremdheit von Migrant*innen als gegeben

[18] Ebd., S.4.
[19] Vgl. „Probleme einer jungen Türkin", ebd., S. 23.
[20] So z. B. die Bilder 9 „Zu Gast bei einer Hindu-Hochzeit" und 10 „Tamilische Braut", ebd., S. 23.
[21] Vgl. Frauenbüro Düren (Hg.): Broschüre 25 Frauenbewegte Jahre in Düren. Das Frauenbüro feiert Geburtstag!, Düren 2010, S. 13.

hinnahm, jedoch für einen offenen und respektvollen Umgang damit warb („Fremdheit ausländischer Kulturen akzeptieren“[22]), erkannte der Rhein-Sieg-Anzeiger das Anliegen, wechselseitige Alienität zu überwinden und titelte über den Halt im zwischen Bonn und Köln gelegenen Niederkassel im Oktober 1993: „Fremdheit abbauen“[23]. Die Wirkung auf das Publikum ist schwer einzuschätzen. Besucher*innenzahlen aus anderen Städten deuten auf beachtliches Interesse. Im baden-württembergischen Reutlingen etwa, dem nach Siegen nächsten Ausstellungsort, zog sie ca. 700 Menschen an.[24]

Die Ausstellung in Siegen

Der Siegerländer Öffentlichkeit wurde die Ausstellung bei der Eröffnungsfeier am 18. März 1997 vorgestellt. Als Repräsentantinnen des Ausländerbeirates traten die stellvertretende Vorsitzende Nazime Tekin und Rosetta Tuzzeo als Leiterin einer Arbeitsgruppe für „Frauenfragen“ auf. Die kommunale Politik und Verwaltung vertraten der erste Beigeordnete der Stadt Siegen, Reinhold Baumeister (SPD), und die Gleichstellungsbeauftragte Helga Dellori. Darüber hinaus nahm Siegens ehemalige Bürgermeisterin Hilde Fiedler (SPD) gleichsam als inoffizielle Schirmherrin teil.

In den Grußworten und Ansprachen zur Eröffnung offenbarten sich unterschiedliche Vorstellungen über Sinn und Zweck der Schau. Aus Sicht von Baumeister und Dellori ging es primär um Austausch sowie Verständigung zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung. Demgegenüber sahen die Vertreterinnen des Ausländerbeirates die Exposition als unmittelbaren Teil ihres Engagements und verbanden damit konkrete Erwartungen. So deutete Nazime Tekin die in der Schau thematisierten Probleme als Folgen einer fehlgeschlagenen Integrationspolitik und forderte, das Aufenthaltsrecht grundlegend zu reformieren; Rosetta Tuzzeo warb für die von ihr geleitete Arbeitsgruppe für „Frauenfragen“. Auf die unterschiedlichen Redebeiträge folgten ein gemeinsamer Rundgang durch die Ausstellung und ein Unterhaltungsprogramm. Neben einer Flamenco-Tanzgruppe der spanischsprachigen Gemeinde trat auch das Kabarett „Hexenbesen“ mit Hilde Fiedler auf. Während erstere an die vom „Freundschaftsfest“ und anderen Veranstaltungen bekannten folkloristischen Darbietungen anknüpfte, positionierte letzteres sich explizit politisch und versuchte, mit einem „Streifzug durch die jahrhundertealte, immer wiederkehrende Geschichte von Migration und deren Ursachen“[25] die zeitgenössischen Integrations- und Zuwanderungsdebatten durch einen historischen Vergleich zu dekonstruieren und entschärfen. Die geschlechterspezifische Perspektive der Ausstellung sowie der Auftritt des Kabaretts „Hexenbesen“ besaßen offenbar jedoch eine gewisse

[22] Ausstellung im Rathaus eröffnet. Fremdheit ausländischer Kulturen akzeptieren, in: Westfalen-Blatt vom 13.05.1996.

[23] „Fremdheit abbauen“ Fotoausstellung zeigt Ausländerinnen in Deutschland“, in: Rhein-Sieg-Anzeiger vom 6.10.1993.

[24] Vgl. Fotoausstellung: „Frauen wie du und ich“, in: Reutlinger General Anzeiger vom 18.04.1997.

[25] So charakterisierte der Siegerländer Wochenanzeiger den Auftritt. Vgl. Verbindendes kennt keine Ländergrenzen. Rathaus-Ausstellung: „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich”, in: Siegerländer Wochenanzeiger vom 26.03.1997.

Sprengkraft. So wurde die Eröffnung laut dem Jahresbericht des Siegener Ausländerbeirates von „Unmutsäußerungen“ und „akustischen Irritationen, ausgelöst durch Besucher/innen einer Veranstaltung im Ratssaal“[26] gestört.
Trotzdem waren die Schau und die Eröffnungsveranstaltung für den Ausländerbeirat sowie die Gleichstellungsbeauftrage ein Erfolg. Sie verschaffte ihren Anliegen öffentliche Aufmerksamkeit und half insbesondere, das Profil der weiblichen Beiratsmitglieder bzw. des Arbeitskreises für „Frauenfragen“ zu schärfen. Acht Jahre nach der Premiere in Düren wurden die zentralen Narrative und Topoi der Ausstellung der gesellschaftlichen Realität in der Einwanderungsgesellschaft allerdings nicht mehr gerecht. Zum einen hatten die heftigen Überfremdungsdebatten und die rassistischen Gewalttaten Anfang der 1990er Jahre das Paradigma der Verständigung und der wechselseitigen Annäherung durch Aufklärung nachhaltig infrage gestellt, zum anderen bestimmten mittlerweile andere Migrant*innengruppen, darunter insbesondere die (Spät-)Aussiedler, das Wanderungsgeschehen und den Integrationsdiskurs. Ungeachtet der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Rezeptionsrahmen wurde die Ausstellung jedoch bis ins neue Jahrtausend hinein gezeigt und gastierte beispielsweise noch 2002 im sachsen-anhaltinischen Weißenfels.[27]

Krise und Transformation des Siegener Ausländerbeirates

Der Ausländerbeirat konnte an den Erfolg jedoch nicht anknüpfen. Stattdessen geriet er in eine schwere Krise und war Ende 1997 kaum mehr handlungsfähig. Die bislang schwelenden Konflikte zwischen den unterschiedlichen Fraktionen brachen nun offen aus. Beispielsweise waren die „Türkisch-Islamische Union“ und die linksorientierte „Kurdisch-Türkisch-Deutsche Freundschafts-Liste“ laut einem Bericht der Siegener Zeitung „hoffnungslos zerstritten“[28]. Hinzu kamen verfahrensrechtliche Probleme. Wiederholt war das Gremium nicht beschlussfähig, da zu wenige der gewählten Vertreter*innen zu dessen Versammlungen erschienen. Eine Erklärung dafür lieferte der ehemalige Vorsitzende Alfonso López García wenige Monate später anlässlich der anstehenden Beiratswahlen: „Die Leute fragen sich, warum sie an den Sitzungen teilnehmen sollen, wenn sie sowieso nichts beschließen können und ihre Fachkompetenz dauernd mißachtet wird.“[29] Der Frust der Mitglieder über die fehlenden Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten führte im Mai 1999 zum Zerwürfnis mit der städtischen Politik und Verwaltung. Um sowohl die Abstimmungsberechtigten als auch potenzielle Kandidat*innen zu mobilisieren und ein

[26] Jahresbericht 1997 des Ausländerbeirates der Stadt Siegen, S. 35, Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86.
[27] Vgl. Ausstellungseröffnung. Fotos werben für mehr Nähe und Miteinander, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 4.04.2002.
[28] Einige Berater fordern Auflösung: Ist Ausländerbeirat zu retten? Einige Gruppen offenbar hoffnungslos zerstritten, in: Siegener Zeitung vom 17.12.1998.
[29] Zit. nach: Ausländerbeirat ist stocksauer. Vorsitzender Datli steht für weitere Amtszeit nicht zur Verfügung, in: Siegener Zeitung vom 5.05.1999.

„Zeichen der Gemeinsamkeit“[30] von zugewanderten und alteingesessenen Bürger*innen zu setzen, hatte das Gremium beantragt, die Ausländerbeirats- mit den anstehenden Kommunalwahlen zusammenzulegen. Als der Stadtrat dies ablehnte und als Termin stattdessen den 7. November festsetzte, unterstellte der Vorsitzende Yasar Datli den Verordneten, den Beirat bzw. dessen Mitglieder zu übergehen und ihre Arbeit absichtlich zu sabotieren: „Der Rat nimmt die Wünsche der Migranten nicht ernst, er hält die Ausländer für dumm.“[31] Die Wahlbeteiligung war, wohl nicht zuletzt infolge der öffentlich ausgetragenen Konflikte, mit nur 8,9% der rund 6 500 Stimmberechtigten äußerst gering.[32] Noch niedriger lag sie in Kreuztal mit nur 3,73%.[33] Die Folge war eine tiefe Legitimationskrise der Gremien, die kaum glaubwürdig als demokratisch gewählte Vertretung der Migrant*innen auftreten und beanspruchen konnten, deren Interessen gegenüber der städtischen Politik und Verwaltung zu wahren. Trotz aller Probleme und Konflikte gelang es dem Siegener Ausländerbeirat dennoch, das jährliche Freundschaftsfest weiterhin durchzuführen. Der Kreuztaler Beirat adaptierte 1998 das Konzept und veranstaltete erstmals ein „Internationales Folklorefest“.[34]

Das durch den einwanderungspolitischen Fokus und die Krise des Siegener Ausländerbeirates entstandene Vakuum wurde durch eine Initiative der Siegener Kommunalpolitik gefüllt. Für das Jahr 1997 richtete der Rat der Stadt erstmals eine besondere Haushaltsstelle zur „Förderung des friedlichen Zusammenlebens der ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger“ ein.[35] Interessierte Organisationen und Vereine konnten sich mit ihren Projekten um finanzielle Beihilfen aus den insgesamt zur Verfügung stehenden 15 000 DM bewerben. Über die Vergabe der Mittel entschied eine eigens eingesetzte „Zehnerkommission.“[36]

Eine gewisse Stabilität gewann der Siegener Ausländerbeirat erst wieder unter der 2001 gewählten neuen Vorsitzenden Gül Ditsch, die sich bereits zuvor beim „Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.“ (VAKS), Nachfolger der 1985 gegründeten Ausländerhilfe Siegen-Wittgenstein, engagiert hatte. Ditsch bemühte sich darum, die Konflikte zwischen den Fraktionen des Beirates zu überwinden. Im Oktober 2001 erklärte sie am Rande einer Veranstaltung der Spanischsprachigen Gemeinde: „Das Interesse zwischen den Deutschen und den diversen ausländischen Mitbürgern ist bereits vorhanden.

[30] Stellungnahme des Ausländerbeirates, zit. nach: Rathaus-Telegramm, in: Siegener Zeitung vom 29.04.1999.
[31] Ausländerbeirat ist stocksauer, in: Siegener Zeitung vom 5.05.1999.
[32] Vgl. Wahlbeteiligung unter 9 Prozent, in: Siegener Zeitung vom 8.11.1999.
[33] Doch nichts mit „Zehn plus X“. Ausländerbeirat Kreuztal: nur 7,46 Prozent Wahlbeteiligung, in: Siegener Zeitung vom 28.09.2004.
[34] Vgl. Quirliges Treiben rund um die Flick-Halle, in: Siegener Zeitung vom 24.08.1998.
[35] Die finanzielle Förderung wurde 1996 beschlossen und 1997 erstmals vergeben. Vgl. Friedliches Zusammenleben: Finanzielle Förderung möglich, in: Siegener Zeitung vom 6.11.1996.
[36] Jahresbericht 2000 des Ausländerbeirates der Stadt Siegen, S. 17-23, hier S. 17, Stadtarchiv Siegen, Best. 762, Nr. 1260.

Ich wünsche mir jedoch stärkeren Austausch zwischen den ausländischen Gemeinschaften."[37] Programmatisch wandte sich das Gremium erneut migrationspolitischen und aufenthaltsrechtlichen Fragen zu. Ausdruck dessen war eine erste öffentliche Diskussionsveranstaltung in der Siegerlandhalle mit Vertreterinnen und Vertretern der Universität Gesamthochschule Siegen sowie der im Stadtrat vertretenen Parteien im November 2001, um „gemeinsam geeignete Zuwanderungskonzepte für das ‚Einwanderungsland Deutschland' zu erörtern"[38].

Als deutliches Zeichen seiner Neuorientierung beschloss der Ausländerbeirat im Dezember 2003 seine Umbenennung zum „Integrationsrat".[39] In einem Zeitungsinterview begründete Alfonso López García diesen Schritt mit der veränderten Lebensrealität in der Migrationsgesellschaft: „Das ist ein Beirat, ein beratendes Gremium, das nicht nur von Ausländern besetzt ist, sondern inzwischen auch von gebürtigen und eingebürgerten Deutschen und von Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind und daher nur aus formaljuristischen Gründen Ausländer sind. Deswegen ist heute die Bezeichnung ‚Ausländerbeirat' nicht mehr angebracht."[40] Implizit war damit zugleich das seit Beginn der 1980er Jahren etablierte und handlungsleitende Paradigma der „Verständigung" bzw. „Guten Beziehungen" zwischen „Deutschen" und „Ausländern" infrage gestellt. An der praktischen Arbeit des Gremiums änderte sich nach der Umbenennung im November 2004 allerdings wenig.

Betreuungsstrukturen, Migrant*innenorganisationen und -gemeinden im Umbruch

Parallel zu den politischen veränderten sich die seelsorgerischen sowie die Betreuungs- und Beratungsstrukturen für die Migrant*innen. Dies galt insbesondere für die Einrichtungen der katholischen Kirche. Zwar blieben die Beratungsstellen der Caritas zunächst noch bestehen, die Pastoral für die Migrant*innen konnte und wollte das Erzbistum Paderborn jedoch nicht mehr aufrechterhalten.[41] Nachdem die Zahl von Geistlichen aus den Anwerbestaaten in der Erzdiözese bereits seit Anfang der 1980er Jahre kontinuierlich ge-

[37] An neuen Kontakten interessiert. Spanische Gemeinde arrangierte „Tag der offenen Tür", in: Siegener Zeitung vom 29.10.2001.

[38] Diskussion um Einwanderung. Ausländerbeirat der Stadt Siegen lud in die Siegerlandhalle, in: Siegener Zeitung vom 13.11.2001.

[39] Vgl. Integrationsrat geplant. Ausländerbeirat berät über mögliches Nachfolge-Gremium, in: Westfälische Rundschau vom 8.12.2003.

[40] Zit. nach: Enders: 20 Jahre Ausländerbeirat, S. 30.

[41] 1998 unterhielt die Caritas in Siegen noch Beratungsstellen für Migrant*innen aus Italien, Spanien und dem ehemaligen Jugoslawien. Vgl. Fernández Molina: Katholische Gemeinden anderer Muttersprache in der Bundesrepublik, S. 378.

sunken war, ging die Kirchenleitung ab 1995 dazu über, die missiones cum cura animarum aufzulösen.[42] In Siegen war im Oktober 1997 zunächst die spanische Mission betroffen. Nach der Schließung setzte sich der ehemalige Vorsitzende des Ausländerbeirates und Caritas-Sozialberater Alfonso López García für den Erhalt des 1964 eröffneten Zentrums an der St. Michaelskirche ein. Er wurde Vorsitzender des am 27. November 1997 gegründeten „Fördervereins für die spanischsprachige katholische Gemeinde Siegen und Umgebung – Interkulturelle Gemeinschaft e. V.", welcher fortan als Träger fungieren und die bisherigen Aktivitäten möglichst nahtlos fortführen sollte.[43] Auch in der neuen Form blieb die katholische Gemeinde eine feste Größe im Leben der spanischen Migrant*innen und zählte 2001 noch etwa 1 200 Mitglieder, davon gut 500 allein in Siegen.[44]

Etwa zeitgleich begann die schleichende Transformation der italienischen Mission zu einem Kulturverein, wenngleich sie formal noch bis 2008 fortbestand. Ab Ende der 1990er Jahre ergänzten säkulare, folkloristisch ausgerichtete Veranstaltungen zunehmend deren bisherige Programmatik.[45] Nach dem Tod des bereits weiter oben erwähnten Geistlichen Fabio Biasi 2008 schließlich löste das Erzbistum Paderborn die Mission auf und verkaufte das Gebäude in der Siegener Stormstraße. Daraufhin gründeten die Gemeindemitglieder 2010 den italienischen Kulturverein „Stelle Chiare e. V." als inoffiziellen Nachfolger.[46] In einer ehemaligen Schule im Stadtteil Geisweid, welche die Stadt Siegen als Unterkunft für unterschiedliche Vereine nutzte, fand dieser wenig später einen neuen Versammlungs- und Veranstaltungsort.

Der Rückzug des Erzbistum Paderborns erwies sich letztlich nur als Vorbote einer grundlegenden Reform der Sozialfürsorge für die Migrant*innen. 1999 schafften der Bund und die Länder das seit der Anwerbephase ungebrochen angewendete Nationalitätsprinzip ab.[47] Zwar konnten die knappen personellen und finanziellen Ressourcen so besser genutzt werden, die Verbindung von sozialer und religiöser Betreuung war jedoch endgültig aufgelöst. Die Migrant*innenorganisationen hielten jedoch an den herkunftsspezifisch ausgerichteten Formaten fest und veranstalteten weiterhin entsprechende „italienische", „spanische" oder „griechische Abende" sowie Folklorefeste.[48]

---

[42] Eine Ausnahme bildeten hier die kroatischen Priester, deren Zahl unverändert blieb. Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 200.

[43] Vgl. Neuer Förderverein hat sich konstituiert, in: Siegener Zeitung vom 3.02.1998.

[44] Vgl. Kulturelle Begegnungen ausbauen. Spanischer Abend bot zahlreichen Gästen Flamenco-Tänze und unterhaltsame Stunden, in: Siegener Zeitung vom 4.05.2001.

[45] Dazu gehörte etwa ein Unterhaltungsabend unter dem Titel „Italien ist" im November 1996. Vgl. Siegener Zeitung vom 18.11.1996.

[46] Interview mit dem Vorsitzenden von Stelle Chiare e. V. Salvatore Todaro am 19.10.2017.

[47] Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 202.

[48] Vgl. in Reihenfolge der Nennung: Siegener Zeitung vom 18.11.1996; Kulturelle Begegnungen ausbauen, in: Siegener Zeitung vom 4.05.2001; Tolle Stimmung beim „Griechischen Abend", in: Siegener Zeitung vom 12.05.1998; Ein Fest der nationalen Tänze. Stimmungsvoll: Zweites Folklorefest des Serbischen Kulturvereins, in: Siegener Zeitung vom 29.03.2000.

Während die katholische Kirche die Pastoral für die Migrant*innen sukzessive abbaute, wurde die Siegener Moscheegemeinde als Mitglied des Dachverbands DİTİB weiterhin durch die Türkische Anstalt für Religion (*Diyanet*) unterstützt. Indem diese die in Deutschland tätigen Imame entsandte und finanzierte, unterband sie Säkularisierungstendenzen, wie sie bei den christlichen Migrant*innen zu beobachten waren.[49] Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Siegener Moschee zu einem „multifunktionalen Zentrum"[50] und übernahm über das in den Herkunftskontexten der Migrant*innen übliche Maß hinaus soziale Funktionen. Parallel dazu gründeten türkische Migrant*innen jedoch auch säkulare Zusammenschlüsse wie etwa 1999 den „Verein türkischer Unternehmer in Siegen und Umgebung e. V."[51]

Die Ausstellung „So fing es an…"

Die Ausstellung „So fing es an…" im Jahr 2001 fiel somit in eine Umbruchphase der regionalen und überregionalen Integrationspolitik. Sie wurde durch das Antidiskriminierungsbüro des VAKS nach Siegen geholt und war dort vom 7. bis zum 23. Februar zu sehen. Die Schau konzipiert und umgesetzt hatte das „Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e. V." (DoMiT). Ziel dieses 1990 gegründeten Vereins war es, Zeugnisse der Einwanderung aus der Türkei und der Eingewanderten zu sammeln, zu bewahren und öffentlich zugänglich zu machen.[52] Mit dem Ziel, der behördlichen Überlieferung die Perspektiven der beteiligten und betroffenen Menschen an die Seite zu stellen, begann ein Initiativkreis, Objekte und Quellen zur Migrationsgeschichte zusammenzutragen.[53] Dazu gehörten etwa schriftliche Selbstzeugnisse, Kunst-, Presse- und Privatfotos, Publikationen für die „Gastarbeiter" wie Informationsbroschüren, Ratgeber etc., Schriftgut von Selbstorganisationen, von und für Migrant*innen produzierte Zeitschriften, Schallplatten und Audiokassetten. Nach einer Konsolidierungsphase trat DoMiT am Ende des Jahrzehnts in die Öffentlichkeit und präsentierte vom 15. Februar bis zum 2. August 1998 die in einer gleichberechtigten Kooperation mit dem Ruhrland-

[49] Vgl. Thränhardt/Winterhagen: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, S. 214; Winterhagen: Transnationaler Katholizismus, S. 40f.

[50] Rauf Ceylan: Islam und Urbanität. Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft, in: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 183-212.

[51] Vgl. »Kennen & Lernen« möglich. Junge türkische Kunst ab 21. September im Rathausfoyer, in: Siegener Zeitung vom 13.09.2001.

[52] Vgl. Sandra Vacca: Auf der Suche nach Expert_innen der Migration: Wissenstransfers und Konzepte partizipativer Ausstellungsgestaltung in Deutschland und Großbritannien, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 219-243, hier S. 220.

[53] Zur Geschichte des Vereins vgl. Gogos: Das Gedächtnis der Migrationsgeschichte, S. 20-26.

museum Essen entstandene erste große historische Ausstellung über die Arbeitsmigration in Deutschland: „Fremde Heimat – Yaban, Sılan olur“.[54] Diese vereinte die wissenschaftliche Erforschung und die Darstellung von Migration in bisher nicht gekannter Weise. So hatte DoMiT umfangreiche Aktenbestände des Bundesarchivs ausgewertet und zahlreiche ehemalige „Gastarbeiter“ interviewt.[55] Die Inszenierung der Exposition übertraf ebenfalls alle Vorgängerinnen. Erstmals wurde die Geschichte der Einwanderung hier mithilfe authentischer Ausstellungsobjekte aus der eigenen Sammlung sowie von privaten Leihgeber*innen – darunter Einrichtungsgegenstände aus Sammelunterkünften für „Gastarbeiter“ – erzählt. Wie schon der Titel zeigte, war die Ausstellung durchgehend zweisprachig. Sämtliche Texte, Ausstellungstafeln sowie der dazugehörige Katalog lagen auf Deutsch und Türkisch vor.[56] Damit wurde „Fremde Heimat – Yaban, Sılan olur“ zum Vorbild und „Referenzpunkt“[57] für die Musealisierung von Migration in Deutschland. 2001 organisierte DoMiT zum 40. Jahrestag des 1961 geschlossenen Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Türkei gemeinsam mit der Stadt Köln und der Ford AG eine weiterentwickelte Fassung mit dem Titel „40 Jahre Fremde Heimat – Einwanderung aus der Tu̇rkei in Köln. 40 Yıl Almanya – Yaban, Sılan olur. Tu̇rkiye’den Köln’e göç“.[58]

Konzept und Inhalt der Ausstellung

„So fing es an…“ lag zeitlich zwischen diesen beiden „Meilensteinen der Migrationsausstellungen in Deutschland“[59]. Ihre Premiere feierte die Schau anlässlich des Mittelmeer-Film-Festivals 1999 in Köln.[60] Sie konzentrierte sich – dem Arbeitsschwerpunkt von DoMiT entsprechend – zwar auf einen begrenzten Herkunftskontext, stellte jedoch allgemeine Merkmale der „Gastarbeit“ und der von Arbeitsmigrant*innen unterschiedlichster Herkunft geteilten Lebenswelten und Probleme dar. Projektleiter war der Mitbegründer und langjährige Geschäftsführer von „DoMiT“, Aytaç Eryılmaz, der auch schon an „Fremde Heimat – Yaban, Sılan olur“ mitgewirkt hatte.

Die Ausstellung bestand aus 32 großformatigen, mit kurzen Bildunterschriften versehenen Schwarz-Weiß-Fotografien und stellte die Anfänge der Arbeitsmigration aus der

[54] Vgl. Aytaç Eryılmaz: Migrationsgeschichte und die nationalstaatliche Perspektive in Archiven und Museen, in: Regina Wonisch/Thomas Hu̇bel (Hg.): Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, Bielefeld 2012, S. 33–48, hier S. 37.

[55] Vgl. Toepper: Temporäre Ausstellungen als Triebkräfte der Musealisierung von Migration, S. 23.

[56] Vgl. Eryılmaz: Migrationsgeschichte und die nationalstaatliche Perspektive in Archiven und Museen, S. 38.

[57] Toepper: Temporäre Ausstellungen als Triebkräfte der Musealisierung von Migration, S. 21.

[58] Vgl. ebd., S. 28.

[59] Dietmar Osses: Perspektiven der Migrationsgeschichte in deutschen Ausstellungen und Museen, in: Wonisch/Hu̇be (Hg.), Museum und Migration, S. 72f.

[60] Vgl. DOMiD/DOMiT: Übersicht Ausstellungen und Publikationen, Stand: 16.03.2022, URL: https://domid.org/site/assets/files/2782/publikationslistedomid_stand_2022-03-15.pdf (Stand: 24.07.2024).

Türkei in die Bundesrepublik dar.[61] Inhaltlich spannte sie dabei einen Bogen von der Anwerbung über die Reise bis hin zum Alltag der Migrant*innen in Deutschland in den 1970er Jahren und erzählte damit eine Vorgeschichte ihrer Gegenwart. Im Fokus standen dabei die individuellen Erfahrungen der Migrant*innen. Der größere politische und wirtschaftliche Kontext wurde hingegen nicht explizit thematisiert. Fast alle der in der Ausstellung gezeigten Fotos stammten aus der Sammlung von DoMiT. Einige können mithilfe des 2012 erschienenen Findbuchs über die Angaben in der Ausstellungsdokumentation hinaus kontextualisiert und besser verstanden werden.[62] Bilder von professionellen namhaften Fotografen wie Jean Mohr oder Selahattin Kaya wurden neben Amateuraufnahmen und privaten Schnappschüssen gezeigt. Gemeinsam war ihnen neben ihrer ästhetischen Qualität jedoch eine mit der „Parteilichkeit" von Mehmet Ünals Fotos vergleichbare Perspektive.[63] Sie näherten sich den migrantischen Lebenswelten mit Empathie und stellten das Erleben der Menschen in den Mittelpunkt. Die Bildunterschriften waren knapp und beschrieben das Gezeigte, ohne es explizit zu werten oder einzuordnen. Obwohl Zeitpunkt, Ort und Entstehungskontext der Aufnahmen in den meisten Fällen bekannt waren, hatten die Ausstellungsmacher*innen auf entsprechende Angaben verzichtet. Somit konnten die Besucher*innen den Fotos weitgehend unvoreingenommen begegnen und die abgebildeten Personen und Situationen als typisch für die Migrationsgeschichte wahrnehmen. Das Narrativ der Ausstellung mussten die Besucher*innen weitgehend allein durch die Abfolge der Bilder erschließen. Obwohl es keine sichtbare Unterteilung in thematische oder zeitliche Abschnitte gab, war aber ein chronologischer Faden erkennbar.

Zu Anfang der Schau dokumentierte eine Serie von fünf Bildern den Ablauf der Anwerbeverfahren in Istanbul. Vier davon stammten aus einer Fotoserie des durch seine Arbeit für humanitäre Organisationen international bekannt gewordenen Schweizer Fotografen Jean Mohr.[64] Sie zeigten nicht nur den äußeren Vorgang, sondern auch die inhärenten Machtverhältnisse. Besonders deutlich wurde die Ohnmacht der Migrant*innen gegenüber dem Migrationsregime etwa in einer Aufnahme zweier deutscher Mitarbeiter, die aus dem Fenster der „Deutschen Verbindungsstelle" auf die davor versammelten Massen von Arbeitssuchenden herabblickten. Der Anwerbebürokratie völlig ausgeliefert wirkten die Bewerber*innen auch auf den folgenden Bildern der mit großer Anspannung und

[61] Dokumentation zur Ausstellung „So fing es an…" mit Übersicht der Bilder und Bildunterschriften (undatiert), Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. DOMiD.

[62] Vgl. Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. DOMiD: Findbuch Fotosammlung. Erarbeitet von Bettina Just, Köln 2012.

[63] Vgl. Kapitel 4.2.

[64] Mohr beschäftigte sich auch mit der Arbeitsmigration nach Westeuropa. 1975 veröffentlichte er gemeinsam mit John Berger einen Text- und Bildband über die Situation von Migrant*innen aus der Türkei, Griechenland, Portugal und Jugoslawien. Vgl. John Berger/Jean Mohr: A Seventh Man. A Book of Images and Words about the Experience of Migrant Workers in Europe, London 1975.

Scham verbundenen ärztlichen Untersuchungen, Eignungsprüfungen und Ergebnisverkündungen durch das Personal der Verbindungsstelle.[65]

Vielschichtiger wurde der Weg der ausgewählten Kandidat*innen nach Deutschland dargestellt. Die von dem Amateurfotografen Nuri Musluoglu am Bahnhof Istanbul Sirkeci aufgenommenen Abschiedsszenen beispielsweise zeigten sowohl den Trennungsschmerz als auch die Hoffnung der Arbeitsmigrant*innen und ihrer Familien auf eine bessere Zukunft.[66] Die darauffolgenden Bilder der Ankunft in Deutschland verwiesen auf die Belastung, welche die Reise für die Migrant*innen bedeutete. Zwei Fotos zeigten, wie von der mehr als zweitägigen Fahrt offenkundig strapazierte Männer den Zug verließen und, noch sichtlich desorientiert, schon durch einen Dolmetscher an ihre Bestimmungsorte weiterverteilt wurden.[67] Die Kurator*innen dürften hier bewusst am Münchener Hauptbahnhof entstandene Aufnahmen ausgewählt haben, da die Migrant*innen aus Italien, Griechenland, der Türkei und Jugoslawien bei ihrer Einreise nach Deutschland die dortige „Weiterleitungsstelle" der Bundesanstalt für Arbeit passieren mussten.[68] In scharfem Kontrast dazu stand ein dpa-Foto des Präsidenten der Bundesanstalt, Josef Stingl, bei der feierlichen Begrüßung des „millionsten Gastarbeiters aus Südosteuropa", Ismail Bahadir, am 27. November 1967. Ebenso wie gut drei Jahre zuvor Armando Rodrigues de Sá ein Mokick wurde Bahadir ein Fernseher als Willkommensgeschenk überreicht.[69] Eine hierauf folgende Reihe von vier Aufnahmen stellte diesen als Zeichen der Anerkennung inszenierten Empfängen die alltäglichen Lebensbedingungen in den von deutschen Unternehmen wie BMW, Telefunken und anderen betriebenen Sammelunterkünften gegenüber.[70] Die Fotos zeugten jedoch nicht nur von den kargen und beengten Lebensverhältnissen, sondern auch von der Kraft, der Resilienz und dem Gemeinschaftsgefühl der Migrant*innen. So zeigten sie die Männer und Frauen etwa bei gemeinsamen Mahlzeiten oder vor einer aufwendig dekorierten Wand posierend.

Noch stärker wurden die Solidarität und das Selbstbild der Migrant*innen in der sich anschließenden Darstellung der Tätigkeiten für die deutschen Unternehmen betont. Die Fotos zeigten die „Gastarbeiter" bei ihren Tätigkeiten im Automobil- und Apparatebau als wichtigen und kompetenten Teil der Belegschaft. Besonders greifbar wurde ihr Stolz

[65] Vgl. Bilder im Bestand Jean Mohr, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., C000166, C000002, C000141, C000143. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 714-717.

[66] Vgl. Bilder im Bestand Nuri Musluoglu, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A000021, A000207. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 897-899.

[67] Foto von Selahattin Kaya: Ankunft türkischer „Gastarbeiter" nach 50 Stunden strapaziöser Zugfahrt, München Hauptbahnhof, 1963, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., C000220. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 966.

[68] Vgl. Kapitel 4.

[69] Nicht zuletzt sollten die Fotos weitere Migrant*innen motivieren, nach Deutschland zu kommen. Das Foto von Armando Rodrigues de Sá wurde zu der Bildikone der Arbeitsmigration schlechthin. Vgl. Kapitel 4.

[70] Foto von Selahattin Kaya: Türkische Arbeiter vor einem BMW-Wohnheim in München, Ende 1960er Jahre, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A000446. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 968.

auf die eigene Arbeit und den Beitrag zum Wohlstand und zur Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik anhand einer Aufnahme des türkischen Fotografen Selahattin Kaya, der in den 1960er Jahren begonnen hatte, die Migration in die Bundesrepublik zu dokumentieren.[71] Darauf posierte eine Gruppe von Arbeitern des Münchener BMW-Werkes mit einer gerade fertiggestellten Karosserie.[72] Mit den zumeist betriebsintern organisierten Sprachkursen verwies die Ausstellung schließlich auf eine eher wenig bekannte Seite der Arbeitsmigration. Das von einer ehemaligen Deutschlehrerin zur Verfügung gestellte Foto ihrer aus türkischen Bergleuten im Ruhrgebiet bestehenden Klasse beim Unterricht dokumentierte nicht nur eine beiderseitige Integrationsanstrengung, sondern dekonstruierte zugleich das verbreitete Stereotyp der patriarchalisch eingestellten, an der Aufnahmegesellschaft desinteressierten „Gastarbeiter".[73]

Im letzten Drittel der Schau ging es um den privaten Alltag der Migrant*innen. Wenngleich die thematische Gliederung hier aufbrach und durch ein Panorama unterschiedlicher Lebensbereiche ersetzt wurde, waren doch drei inhaltliche Schwerpunkte erkennbar. Eine Reihe von Fotos behandelte die sich verändernden Beziehungen zum Herkunftsland. Während manche Migrant*innen einen bescheidenen materiellen Wohlstand erlangten und diesen mit entsprechenden Statussymbolen dokumentierten, mussten andere ihre in der Türkei zurückgebliebenen Familien finanziell unterstützen. Die unterschiedliche Verwendung des in Deutschland verdienten Geldes wurde in den Aufnahmen eines gut gekleideten, mit seinem Chevrolet posierenden Mannes und einer Gruppe von Migranten in einer Überweisungsstube gegenübergestellt.[74] Zwei weitere in den 1970er Jahren an der durch Bulgarien in die Türkei führenden Europastraße entstandene Bilder verwiesen auf die Bemühungen der Migrant*innen, durch Besuche Kontakt mit ihrem Herkunftsland zu halten. Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die Freizeitgestaltung und das Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft. Darunter fielen beispielsweise bei einem Kneipenbesuch, einem Picknick oder in einer Fußgängerzone gemachte Schnappschüsse.[75] Der öffentliche Raum wurde dabei auch als Kontaktzone zwischen alteingesessener und

[71] Vgl. ebd., S. 966.

[72] Foto von Selahattin Kaya: Arbeiter im BMW-Werk Ende der 1960er Jahre vor einem Karosserieelement, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., E 0361,48. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 981.

[73] Foto von Linda G.: Sprachunterricht für türkische Arbeiter im Bergbau, Ruhrgebiet 1971, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., BT 0375,6. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 759.

[74] Foto von Ibrahim A., DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A000119. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 677; Foto von Selahattin Kaya, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A000201. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 677.

[75] Foto von Kamer D.: Picknick im Grünen, Essen 1964, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A000692. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 737.

zugewanderter Bevölkerung erkennbar. Wo frühere Ausstellungen jedoch noch klar „Getrennte Welten“[76] gezeigt hatten, ging es hier um „Gegenseitige Beobachtungen“[77]. Das so kommentierte Foto zeigte eine Begegnung dreier junger deutscher Frauen mit einer Gruppe ebenso vieler „Gastarbeiter“. Die in ihren Gesichtern erkennbaren Emotionen von Zurückhaltung bis hin zu freudiger Überraschung spiegelten die Bandbreite der Haltungen gegenüber den Migrant*innen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft wider.[78] Diese Ambivalenz wurde auch in der Darstellung des kulturellen und religiösen Lebens der Türk*innen in Deutschland deutlich. So verwies ein 1965 in der Kölner Boulevardzeitung „Express“ erschienenes Foto des Ramadan-Gebets im Kölner Dom einerseits auf religiöse Toleranz und Respekt gegenüber den muslimischen Migrant*innen, andererseits handelte es sich, wie auch die dazugehörige Bildunterschrift betonte, um ein einmaliges Ereignis, das aufgrund von Bedenken im Vatikan nicht wiederholt wurde.[79] Die private, nicht öffentliche Seite der Glaubensausübung repräsentierte eine Anfang der 1970er Jahre bei der Beschneidung eines türkischen Jungen entstandene Aufnahme. Verglichen mit dem Großteil der zeitgenössischen Bildproduktion ging es dabei jedoch nicht um die kulturelle Alterität der Migrant*innen. Vielmehr hatte der Fotograf Selahattin Kaya die Szene aus der Perspektive eines teilnehmenden Beobachters festgehalten und die Bedeutung der Feier für die Beteiligten in den Mittelpunkt gestellt.[80] Den dritten und letzten Schwerpunkt bildeten Beispiele politischer, wirtschaftlicher und sozialer Emanzipation. Die auf zwei Bildern dargestellten Demonstrationen gegen Korruption unter den Mitarbeiter*innen des Arbeitsamtes und für bessere Wohnverhältnisse sowie die berufliche Selbstständigkeit als Betreiber eines Export-Import-Geschäftes waren für die 1970er Jahre typisch.[81] Die Ausstellung endete mit einem Foto der Verleihung einer Goldenen Schallplatte an die Sängerin Yüksel Özkasap im Jahr 1970.[82] Der Erfolg der „Nachtigall von

[76] Vgl. Kapitel 4.2.

[77] So die Unterschrift zu Bild 22: „Ruhrgebiet: Gegenseitige Beobachtungen, 1960er Jahre“. Dokumentation zur Ausstellung „So fing es an…“ mit Übersicht der Bilder und Bildunterschriften (undatiert), Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. DOMiD.

[78] Foto von Helmut D.: Alltagsbegegnung zwischen ausländischen Arbeitern und deutschen Mädchen in einer Einkaufsstraße, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., B000202. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 670.

[79] Die Unterschrift lautete: „„Das erste und letzte Ramadan-Gebet im Kölner Dom, 1965.“ Dokumentation zur Ausstellung „So fing es an…“ mit Übersicht der Bilder und Bildunterschriften (undatiert), Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. DOMiD. Zum dargestellten Ereignis vgl. Gogos: Das Gedächtnis der Migrationsgeschichte, S. 62f.

[80] Foto von Selahattin Kaya: Beschneidung eines türkischen Jungen, Berlin, Anfang 1970er Jahre, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A000701 A000700. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 981.

[81] Foto von Necati G., DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A001797, Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 852; Ruhrgebiet: Export-Import-Geschäft, 1970er Jahre. DOMiD, A000572, BT 0442,9. Vgl. Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 904.

[82] Foto von Selahattin Kaya: Die Sängerin Yüksel Özkasap, genant „Nachtigall von Köln“, erhält Anfang der 1970er Jahre eine Goldene Schallplatte, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., A000699. Vgl. DOMiD: Findbuch Fotosammlung, S. 970.

Köln“ verwies auf den zunehmenden Einfluss der Migrant*innen als Kulturschaffende und die damit wachsende Aufmerksamkeit und Anerkennung der Mehrheitsgesellschaft.

Bedeutung der Ausstellung für die Erinnerungskultur und Rezeption

„So fing es an…“ ging inhaltlich über die anderen bisher untersuchten Bilderausstellungen hinaus, indem sie, beginnend bei der Anwerbung, den gesamten Wanderungsprozess darstellte. Darüber hinaus überwand sie etablierte Deutungsmuster sowie Darstellungsweisen und eröffnete dadurch einen neuen Blick auf die Arbeitsmigration in den 1960er und 70er Jahren. So thematisierte sie etwa die Bedeutung des Arbeitsumfeldes für das Selbstverständnis der Migrant*innen sowie als Kontaktzone mit der Mehrheitsgesellschaft, verschwieg dabei jedoch weder das Machtungleichgewicht, noch die prekären Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Auch das Privatleben der „Gastarbeiter“ wurde in seiner Ambivalenz zwischen zunehmender Emanzipation und Integration auf der einen und den sich wandelnden Bindungen an das Herkunftsland auf der anderen Seite dargestellt. Dies spiegelte sich ebenso in der Auswahl der Fotos wider. Während etwa die Bilder von Jean Mohr die Ohnmacht der Migrant*innen gegenüber der Anwerbebürokratie analysierten und offenlegten, zeigten Selahattin Kayas Aufnahmen die „Gastarbeiter“ vorwiegend als selbstbewusste Akteur*innen in ihren Alltags- und Arbeitswelten. Mit den Aufnahmen des Empfangs für Ismail Bahadir am Münchener Bahnhof und des Ramadan-Gebets im Kölner Dom griff die Ausstellung darüber hinaus Motive der zeitgenössischen Bildproduktion über die Migration in die Bundesrepublik auf, stellte diesen jedoch stets die Perspektive der Betroffenen gegenüber. Auf diese Weise adressierte sie Eingewanderte und Alteingesessene gleichermaßen. Erstere bzw. deren Nachkommen fanden in ihr wichtige Stationen und Erfahrungen ihrer eigenen Wanderungs- und Familiengeschichte repräsentiert, während letztere ihr Bild der Arbeitsmigration um die Sichtweisen der „Gastarbeiter“ erweitern konnten.

Da die verschiedenen Besucher*innen die Schau immer wieder aufs Neue in Beziehung zu ihrer Gegenwart setzen konnten, blieb sie langfristig relevant und aktuell. Seit ihrer Premiere 1999 wurde sie in zahlreichen Städten gezeigt, darunter München, Offenbach, Oberhausen und sogar Istanbul.[83] Trotz ihres Erfolgs wurde „So fing es an…“ von der Forschung kaum beachtet und steht selbst für Aytaç Eryılmaz rückblickend deutlich hinter „Fremde Heimat…“ und ihrer überarbeiteten Fassung „40 Jahre Fremde Heimat – Einwanderung aus der Türkei in Köln. 40 Yıl Almanya – Yaban, Sılan olur. Türkiye’den Köln’e göç“ zurück.[84] Dennoch war sie, nicht zuletzt aufgrund ihrer langfristigen gesellschaftlichen Breitenwirkung, ein wichtiger Teil der Geschichte von DoMiT und wies bedeutende konzeptionelle sowie inhaltliche Schnittmengen mit den vielbeachteten Referenzausstellungen auf.

[83] 2012 gab Aytaç Eryılmaz die Zahl der Ausstellungsorte mit über vierzig an. Vgl. Eryılmaz: Migrationsgeschichte und die nationalstaatliche Perspektive in Archiven und Museen, S. 37.

[84] In der Rückschau auf die Geschichte von DoMiD, so seit 2007 der neue Name des Vereins, erwähnte Eryılmaz „So fing es an…“ nur knapp am Rande. Vgl. ebd.

Die Ausstellung in Siegen

Im Sommer 2000 begannen die Planungen für die Ausstellung in Siegen. Dabei unterstützte die städtische Politik die Initiative des VAKS von Anfang an finanziell wie organisatorisch. Der zuständige Stadtratsausschuss bewilligte einen Zuschuss von 3 000 DM, womit das Vorhaben den weitaus größten Ausgabenposten der bereits erwähnten Haushaltsstelle zur „Förderung des friedlichen Zusammenlebens zwischen deutschen und ausländischen Bürgern" darstellte. Darüber hinaus wurde das Foyer des Rathauses als Ausstellungsort zur Verfügung gestellt.[85]

Bei der Eröffnungsveranstaltung am 7. Februar 2001 offenbarte sich das Spektrum der Motive und Erwartungen, welche die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure mit der Ausstellung verbanden. Deren veränderte Perspektive auf die Arbeitsmigration in den 1960er und 70er Jahren verkennend, sah der stellvertretende Bürgermeister und ehemalige erste Vorsitzende des Ausländerbeirates, Siegfried Köhl (SPD), die Schau in der Tradition ihrer Vorgängerinnen und erblickte ihren Hauptzweck darin, „Vorurteile abzubauen". Die stellvertretende Landrätin Beatrix Schwarz (CDU) erkannte zwar die historische Dimension der Exposition, „die Migration aus der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland […] der Öffentlichkeit vorzustellen und für kommende Generationen zu bewahren", wertete diese jedoch ebenfalls als „Möglichkeit des besseren Kennenlernens und Verstehens"[86]. Gül Ditsch indes ging darüber hinaus und gab als Ziel die „Förderung der interkulturellen Verständigung"[87] aus. In ihrem Grußwort forderte die Vertreterin des VAKS einen gleichberechtigten Austausch von Menschen unterschiedlicher Herkunft und erklärte die gängige Unterscheidung zwischen „Ausländern" und „Deutschen" für überholt: „Die so genannten Gastarbeiter der 60er Jahre sind schon längst Bürgerinnen und Bürger der Städte und Gemeinden geworden. Für die zweite und dritte Generation ist Deutschland zur Heimat geworden. Sie haben sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen etabliert."[88]

Anhaltspunkte für die Rezeption der Ausstellung durch die Besucher*innen bieten mangels anderer Quellen Beatrix Schwarz' Bemerkungen auf der Eröffnungsveranstaltung sowie die Berichterstattung der lokalen Zeitungen. So bekannte die stellvertretende Landrätin, durch die Ausstellung auf neue Aspekte der Arbeitsmigration aufmerksam geworden zu sein und fragte: „Wer von uns wusste z.B., welch strenge fachliche und gesundheitliche Prüfungen ein Migrant bestehen musste, um überhaupt als Arbeitskraft für Deutschland ausgewählt zu werden?"[89] Ebenfalls auf die umfassende Darstellung der

[85] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen der Stadt Siegen am 27.09.2000, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024).
[86] Schwarz-weiße Migrantengeschichte, in: Siegener Zeitung vom 8.02.2001.
[87] Fotoausstellung wirbt für Verständigung. Geschichte der Migranten in Deutschland, in: Westfalenpost vom 7.02.2001.
[88] Schwarz-weiße Migrantengeschichte, in: Siegener Zeitung vom 8.02.2001.
[89] Ebd.

„Gastarbeit" bezogen war das Urteil der Westfalenpost, die Schau sei „Lehrreich für Deutsche, wie auch für Nicht-Deutsche"[90]. Die Siegener Zeitung betonte demgegenüber die ästhetische Qualität und emotionale Wirkung der „Fotos, die in ihrer schlichten und friedlichen Eindrücklichkeit nachdenklich stimmen". Zugleich deutet der zitierte Artikel jedoch darauf hin, dass das multiperspektivische und kontingente Ausstellungsnarrativ für das Siegerländer Publikum eine potenzielle Herausforderung darstellte. So forderte das Blatt eine Fortsetzung, welche einen eindeutigen Bezug zur Gegenwart herstellte und die aufgeworfenen Fragen und Widersprüche somit gleichsam auflöste: „‚So fing es an', heißt der Titel der Bilderschau. Es müsste eine weitere folgen. Thema: ‚Was ist daraus geworden?' Hier und heute und jetzt."[91]

Regionalschichte als Integrationsressource. Tagesreisen für Migrant*innen

Parallel zur Historisierung der Arbeitsmigration legten sowohl Migrant*innenselbstorganisationen als auch Institutionen der Mehrheitsgesellschaft einen neuen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung der zugewanderten Bevölkerung mit der Siegerländer Regionalgeschichte. Als populäres Format erwiesen sich Fahrten zu regionalen historischen Stätten bzw. Erinnerungsorten. Beispielhaft hierfür stehen zwei im Sommer 2001 vom „Förderverein für die spanischsprachige katholische Gemeinde Siegen und Umgebung" bzw. dem Heimatbund gemeinsam mit dem „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage, gegen Rassismus und rechte Gewalt" des Kreises Siegen-Wittenstein veranstaltete Tagesreisen. Im Zuge eines „historisch kulturell-religiösen Ausflugs"[92] besuchte der Förderverein im Juni 2001 verschiedene Kirchen sowie zentrale Orte Oranien-Nassauer Herrschaft im Siegerland und in Mittelhessen, darunter den Limburger Dom, den Stammsitz des Fürstenhauses in Nassau sowie die Ginsburg in Hilchenbach.[93] Die Auswahl der Ziele war nicht allein religiös, sondern auch durch die historische Verbindung des Nassauischen Geschlechts zu Spanien begründet. Die zentrale Rolle Wilhelms von Nassau-Dillenburg (1533–1584), genannt „der Schweiger", sowie seiner Brüder Ludwig (1538–1574) und Heinrich (1550–1574) im Kampf der Niederlande gegen die habsburgische Herrschaft gehörte zur geteilten Geschichte der deutschen wie auch der spanischen Mitglieder. Der Hauptzweck der Fahrt lag jedoch darin, das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Gruppe sowie die Beziehungen zur katholischen Kirche zu stärken. Der Empfang in der Franziskanerkirche in Limburg, bei dem die Mitglieder gemeinsam beteten und spanische Lieder sangen, verband beides.

---

[90] Fotoausstellung wirbt für Verständigung, in: Westfalenpost vom 7.02.2001.
[91] Schwarz-weiße Migrantengeschichte, in: Siegener Zeitung vom 8.02.2001.
[92] So die wahrscheinlich von der Spanischsprachigen Gemeinde übernommene Beschreibung in der Siegener Zeitung, vgl. Spanische Einwanderer auf der Spur der Geschichte, in: Siegener Zeitung vom 23.06.2001.
[93] Es handelt sich um die Ruine einer nassauischen Burganlage in Hilchenbach. 1568 nutzte Wilhelm von Nassau-Dillenburg die nahegelegene Ginsberger Heide als Aufmarschplatz für seine Truppen vor deren Entsendung in die Niederlande. Vgl. Carl-Josef Virnich: Der „Achtzigjährige Krieg". Ereignisse und Zusammenhänge, in: historicum.net (03.01.2006), URL: https://www.historicum.net/purl/b2/ (Stand: 12.05.2016).

Rund drei Monate später, am 22. September 2001, fand eine vom Heimatbund sowie dem Aktionsbündnis des Kreises Siegen-Wittgenstein veranstaltete Rundfahrt statt. Sie führte 40 Migrant*innen unterschiedlicher Herkunft vom Historischen Hauberg in Fellinghausen nach Hilchenbach, wo sie zunächst die Ginsburg und anschließend das Besucherbergwerk in der ehemaligen Grube Stahlberg sowie die Überreste einer mittelalterlichen Bergbausiedlung besichtigten.[94] Damit spiegelte das Programm die stark durch die Montanindustrie und das Haus Oranien-Nassau geprägte Siegerländer Geschichtskultur wider.[95] Das auf der Reise vermittelte historische Wissen sollte die Migrant*innen mit ihrer „neuen Heimat" vertraut machen und ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnen. Der Ansatz, die Siegerländer Regionalgeschichte als Ressource für die Integration der zugewanderten Bevölkerung zu nutzen, war nicht neu. So hatte das Siegener Sozialamt zwischen 1979 und 1982 wiederholt „Siegerlandrundfahrten" für die neu in der Stadt eingetroffenen „Aussiedler" veranstaltet.[96] Wie rund zwei Dekaden zuvor ging das Vorhaben jedoch an den Bedürfnissen der Migrant*innen vorbei. Im Gegensatz zum Förderverein der spanischsprachigen Gemeinde, welcher sich bewusst an den Schnittpunkten von Siegerländer Regional- und spanischer Nationalgeschichte orientierte und die Tour somit auch als Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit verstand, konnten sie sich das Gezeigte zwar im Sinne einer kulturellen und sozialen Integration aneignen, sich darin jedoch nicht verorten. Somit blieben die regionalhistorischen Rundfahrten nur eine vorübergehende Erscheinung.

[94] Vgl. Unsere Heimat, in: Siegener Zeitung vom 24.09.2001. Eine ähnliche industrie- bzw. montangeschichtlich ausgerichtete „Wanderung speziell für Ausländer" durch Siegen veranstaltete der Sauerländer Gebirgsverein im Mai 2000 gemeinsam mit dem Siegener Ausländerbeauftragten. Vgl. Wanderung speziell für Ausländer, in: Westfälische Rundschau vom 17.05.2000.

[95] Die Haubergswirtschaft ist eine bis ins Mittelalter zurückreichende, für das Siegerland und die umliegenden Regionen typische Form der genossenschaftlichen Waldbewirtschaftung. Vgl. Thomas Bartolosch: Siegerländer Haubergswirtschaft und Nachhaltigkeit, in: Kuhn/Weipert (Hg.): Region und außerschulische Lernorte, S. 49-56.

[96] Vgl. Kapitel 4.5.

4.6 Erinnerungskulturelle Debatten um Migration und Konjunktur regionaler Ausstellungen im neuen Jahrtausend

Die Diskussion um ein nationales Migrationsmuseum

Als Folge der gesellschaftlichen Debatten und der wegweisenden Essener Migrationsausstellung von 1998 begann in der ersten Hälfte der 2000er Jahre eine breite Diskussion um die Einrichtung eines nationalen Migrationsmuseums in der Bundesrepublik Deutschland, in der DoMiT eine führende Rolle spielte.[1] Ab 2002 organisierte der Verein eine Reihe von Tagungen, um die Perspektiven für den Aufbau einer solchen Institution zu erörtern. Parallel dazu begannen die Vorbereitungen für eine Ausstellung mit dem Titel „Projekt Migration", die erstmals auch die Arbeitswanderung aus anderen Anwerbeländern in die Bundesrepublik sowie die DDR darstellen sollte.[2] Derartige regional und zeitlich begrenzte Ausstellungsprojekte waren jedoch, so argumentierte DoMiT, keine Alternative zu einem festen Ort in der nationalen Erinnerungskultur. 2004 erneuerte der Vorsitzende Aytaç Eryılmaz die Forderung: „Deutschland braucht ein Migrationsmuseum!"[3] Im Zentrum sollten – so auch der programmatische Titel einer gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung organisierten und in zehn deutschen Städten gezeigten Wanderausstellung – die „geteilten Erinnerungen" von Migrant*innen und Deutschen stehen. Einen Verbündeten fand DoMiT in dem 2003 gegründeten Verein „Migrationsmuseum in Deutschland e.V.". Im Juni 2007 fusionierten die beiden Initiativen zum „Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V." (DOMiD). Dieses verstand sich nicht mehr als Migrant*innenselbstorganisation, sondern als „offenes Forum für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, gleich welcher Nationalität oder Staatsangehörigkeit"[4].

Die Debatte um ein nationales Migrationsmuseum klang in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre zwar merklich ab, nicht aber das Interesse an der Auseinandersetzung mit der deutschen Einwanderungsgeschichte.[5] Einen wichtigen Impuls gab der 2007 von der schwarz-roten Bundesregierung verabschiedete „Nationale Integrationsplan". Dieser betonte den Stellenwert kultureller Bildung für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft und forderte insbesondere die Museen auf, durch neue Ausstellungen

---

[1] Vgl. Osses: Perspektiven der Migrationsgeschichte in deutschen Ausstellungen und Museen, S. 69.
[2] Vgl. Gogos: Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft, S. 167; Eryılmaz: Migrationsgeschichte und die nationalstaatliche Perspektive in Archiven und Museen, S. 35.
[3] Ders.: »Deutschland braucht ein Migrationsmuseum. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik«, in: Jan Motte/Rainer Ohliger (Hg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 305-319.
[4] Ders.: Migrationsgeschichte und die nationalstaatliche Perspektive in Archiven und Museen, S. 33f.
[5] Vgl. Michael Fehr: Überlegungen zu einem ›Migrationsmuseum‹ in der Bundesrepublik, in: Museumskunde 75 (2010) 1, S. 67-70; Osses: Perspektiven der Migrationsgeschichte in deutschen Ausstellungen und Museen, S. 69.

und Vermittlungskonzepte „besser auf die in Deutschland lebenden Migranten zuzugehen“[6]. Daraufhin gründete der Deutsche Museumsbund einen „Arbeitskreis Migration“, um entsprechende Handlungsempfehlungen und Konzepte zu erarbeiten. Die Ergebnisse wurden 2015 in Form eines Leitfadens veröffentlicht.[7] Parallel dazu mehrten sich die Forderungen aus der Kultur- sowie Geschichtswissenschaft, etablierte problem- und defizitorientierte Perspektiven auf das Thema und zugehörige Narrative aufzubrechen.[8] Wesentlich dazu bei trug die Enttarnung der neonazistischen terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) Ende 2011. Die Mordanschläge und Bombenattentate des NSU gegen Migrant*innen zwischen 2000 bis 2007 und der Gerichtsprozess gegen die Mittäterin Beate Zschäpe lösten neuerlich eine Debatte über Deutung und Stellenwert der Migration im kollektiven Gedächtnis aus.[9] Aleida Assmann nahm dies zum Anlass für eine „Intervention“, so der Untertitel einer 2013 veröffentlichten Schrift, und plädierte für eine „selbstkritische Diskussion über Standortbestimmung und Entwicklungsdynamik der deutschen Erinnerungskultur“[10].

Als kontrovers erwies sich vor diesem Hintergrund die Ausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland“ des Hauses der Geschichte Bonn von Dezember 2014 bis August 2015.[11] Neben dem Umstand, dass Migration in einer der wichtigsten Institutionen der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte weiterhin nur als „Inselthema“ behandelt wurde, entzündete sich Kritik vor allem an dem Beitragsnarrativ der Schau, das den Nutzen der Einwanderung für die Aufnahmegesellschaft ins Zentrum stellte, die Perspektive der Migrant*innen selbst sowie anhaltenden Rassismus und Diskriminierung hingegen weitgehend ausblendete.[12]

Parallel dazu wuchs auch auf der regionalen Ebene das Interesse an der Migrationsgeschichte. Dies war nicht zuletzt an der anhaltenden Konjunktur temporärer Ausstellungen zu erkennen, die nun allerdings unter grundlegend veränderten Voraussetzungen stattfanden. Der Perspektivwechsel auf die Migrationsgeschichte und eine interkulturelle Öffnung als wesentliche Forderungen in der Debatte um ein Migrationsmuseum sowie

[6] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen, Erfurt 2007, S. 132.

[7] Vgl. Deutscher Museumsbund e. V. (Hg): Museen, Migration und kulturelle Vielfalt. Handreichungen für die Museumsarbeit, Berlin 2015.

[8] Vgl. Sabine Hess: Hegemoniale Diskurs-Bilder brechen – eine kulturwissenschaftliche Kritik der dominanten Wissensproduktion zu Migration, in: Burcu Dogramaci (Hg.): Migration und künstlerische Produktion: Aktuelle Perspektiven, Bielefeld 2013, S. 107–122.

[9] Die Opfer der Mordserie waren acht aus der Türkei und ein aus Griechenland stammender Kleinunternehmer. Am 25. April wurde außerdem die Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen.

[10] Aleida Assmann: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013, S. 12.

[11] Anschließend war die Schau außerdem im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und dem Deutschen Historischen Museum zu sehen.

[12] Vgl. Sandra Vacca/David Christopher Stoop: „Bin ich Deutsch genug?“. Die Ausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland“ im Deutschen Historischen Museum, in: Zeitgeschichte-online (04/2016), URL: https://zeitgeschichte-online.de/themen/bin-ich-deutsch-genug (Stand 24.07.2024).

der Nationale Integrationsplan stellten etablierte Narrative und Konzepte nachhaltig infrage.

Die Ausstellung „Spurensuche“

Eine mögliche Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen bestand darin, alte Ausstellungen zu ergänzen und überarbeiten. Ein Beispiel hierfür ist die Schau „Spurensuche“, die der städtische Ausländerbeirat vom 6. bis zum 17. Oktober 2008 im Foyer der Kreuztaler Volksbank zeigte. Sie basierte auf einer erstmals 1976 gezeigten Fotoausstellung über den Alltag und die Probleme von türkischen, italienischen und spanischen Arbeitsmigrant*innen in Ratingen. Der Initiator, der städtische Integrationsbeauftragte Franz Naber, und sein Kollege Michael Höver hatten seinerzeit die „Gastarbeiter“ und ihre Familien zu Hause besucht und fotografiert.[13] Die so entstandenen 150 Aufnahmen zeigten vor allem die alltäglichen Lebenswelten der „Gastarbeiter“.[14] Dieser dokumentarische Zugang war typisch für die Bildproduktion der 1970er und frühen 1980er Jahre.[15]
Nach dem Ende seiner beruflichen Laufbahn griff Naber die Ausstellung im Jahr 2007 noch einmal auf und begann die im Titel erwähnte „Spurensuche“. Mithilfe von Ratinger Migrant*innenorganisationen kontaktierte er einige der über drei Jahrzehnte zuvor portraitierten Kinder, um sie zu interviewen und erneut zu fotografieren. Anschließend arrangierte er die alten Schwarzweiß- und die neuen Farbaufnahmen zusammen mit aus den Interviews generierten Kurzbiografien auf 20 Stellwänden.[16] So erfuhren die Besucher*innen etwa, wo die einstigen Kinder mittlerweile lebten und arbeiteten. Ihre trotz sozio-ökonomischer Benachteiligung aufgebauten bürgerlichen Existenzen und Karrieren, beispielsweise als Juristin oder in international agierenden Unternehmen, dienten als Beleg einer erfolgreichen, aktiven Integration der Arbeitsmigrant*innen insgesamt. Bei der Eröffnungsveranstaltung würdigten der Kreuztaler Bürgermeister Rudolf Biermann (CDU) und eine Vertreterin des Landesministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration die Schau als Ausdruck eines neuen nationalen Verständnisses als Einwanderungsgesellschaft und attestierten den dargestellten Integrationserfolgen Vorbildcharakter für den generellen Umgang mit Migration.[17]
Indem die Schau das Leben der gut vier Jahrzehnte zuvor fotografierten Kinder nachzeichnete, diente sie nicht nur als Beispiel dafür, wie existierende Ausstellungen und migrationsgeschichtliche Zeugnisse ergänzt, rekontextualisiert und neu gelesen werden konnten, sondern auch für ein biografisches Ausstellungskonzept.

[13] Vgl. Mit der Erinnerung kamen die Tränen, in: Westfälische Rundschau vom 8.10.2008.
[14] Quellen und Presseberichte über die daraus hervorgegangene Ausstellung heben immer wieder ähnliche Motive hervor. Vgl. Die Kinder von einst, in: Rheinische Post vom 19.01.2009; Bilder auf Deutschland-Reise, in: Rheinische Post vom 10.12.2010.
[15] Vgl. Kapitel 4.2.
[16] Vgl. Die Kinder von einst, in: Rheinische Post vom 19.01.2009.
[17] Vgl. Integration im Fokus. Fotoausstellung „Projekt Spurensuche“ in der Volksbank, in: Siegener Zeitung vom 7.10.2008; Mit der Erinnerung kamen die Tränen, in: Westfälische Rundschau vom 8.10.2008.

Darüber hinaus ließ sie durch die Fortführung der Lebensgeschichten auch den zwischenzeitlichen politischen und gesellschaftlichen Wandel erfahrbar werden. Zwar wertete der Ausländerbeirat sie rückblickend als Erfolg, ihr Beitrag zur Siegerländer Erinnerungskultur war jedoch gering.[18] Den konzeptionellen Neuerungen stand ein geschlossenes, weitgehend auf die strukturelle Teilhabe der Migrant*innen beschränktes Erfolgsnarrativ gegenüber. Zudem gab es keine regionalen Ausstellungen, auf welche die lokalen Akteur*innen hätten zugreifen und die sie nach dem Vorbild der „Spurensuche" hätten aktualisieren können.

Die Ausstellung „Lebensläufe ins Siegerland"

Eine Alternative bestand für sie darin, neue eigene Ausstellungen zu planen und umzusetzen. Diesen Weg beschritt wenige Jahre später die Diakonie in Südwestfalen mit ihrer vom 20. Dezember 2012 bis zum 11. Januar 2013 in der „Regiestelle Leben im Alter" im Weidenauer Rathaus gezeigten Exposition „Lebensläufe ins Siegerland". Der Initiator und Kurator der Schau war der Siegener Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Dirk Bender (Bündnis 90/Die Grünen). Als verantwortliche Koordinatorin der Diakonie wirkte die Fachbereichsleiterin der Beratungsdienste Iris Jänicke mit. Die Finanzierung erfolgte über das vom CDU-geführten Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegte Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken". Aus dessen übergeordneter Zielsetzung, der „Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"[19], ergab sich zugleich auch der Auftrag der Ausstellung.

Sie stellte die „Lebensläufe" von Halit Tasci, Ferhat Fikirli, Rosario Affronti und Argyro Rula dar. Sie waren in der „Anwerbephase" als „ausländische Arbeitskräfte" ins Siegerland gekommen und letztlich dortgeblieben, unterschieden sich jedoch hinsichtlich ihrer Herkunft, des Geschlechts und hinsichtlich ihrer Biografien. Gemeinsam mit Dorothe Kahm, einer Mitarbeiterin der Diakonie, hatte Dirk Bender die drei Männer aus der Türkei bzw. Italien und die Griechin interviewt und gemeinsam mit ihnen historische Quellen für die Schau ausgewählt.[20] Dabei handelte es sich fast ausschließlich um private Aufnahmen, vereinzelte Zeitungsartikel und Reproduktionen persönlicher Dokumente wie Arbeitsverträge, -zeugnisse oder -ausweise. Anschließend wurden die Erzählungen der Vier verschriftlicht, sprachlich geglättet und neu arrangiert sowie zusammengefasst. Am Ende dieses Prozesses stand eine Auswahl von 112 Zitaten und 43 Bildern.[21] Warum Ben-

[18] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Ausländerbeirates der Stadt Kreuztal am 1.12.2008, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).
[19] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken, Berlin 2014, S. 6.
[20] Vgl. Ferhat Fikirli schaut auf sein Leben, in: Westfalenpost vom 21.12.2012.
[21] Dokumentation zur Ausstellung „Lebensläufe ins Siegerland" (undatiert), Dirk Bender/Diakonie in Südwestfalen.

der gerade diese vier Personen rekrutiert hatte, ist unklar. Deren Erwartungen an die Ausstellung und Beweggründe, an ihr mitzuwirken, waren jedoch unterschiedlich. Während Ferhat Fikirli darin eine Gelegenheit erkannte, seine Erinnerungen festzuhalten und zu reflektieren („Ich wollte sowieso meine Memoiren schreiben“[22]), gibt Argyro Rula rückblickend an, dem Vorhaben indifferent gegenübergestanden zu haben: „Ich hab dem [Dirk Bender] gesagt: ‚Ich hab nichts zu verbergen.‘“[23]
Wie am Titel zu erkennen, ging es in der Schau nicht primär um die Arbeitsmigration als historisches Phänomen oder die Rolle der Diakonie als Betreuungsinstitution, sondern um die Menschen, die während der „Anwerbephase“ in die Region gekommen waren und sich dort niedergelassen hatten. Dementsprechend verzichtete sie auf eine Hintergrundnarration bzw. historische Kontextualisierung. Die vier „Lebensläufe“ waren in Form von Collagen aus dem zuvor gesammelten Material an den Wänden des Ausstellungsraums arrangiert, wobei Umfang und Zusammenstellung variierten. Bei Argyro Rula standen beispielsweise nur 2 Bilder 34 Zitaten gegenüber, bei Ferhat Fikirli waren es dagegen 15 Bilder und 17 Zitate.[24] Den Beginn markierte jeweils ein aktuelles großformatiges Portrait der dargestellten Person. Inhaltlich kreisten alle „Lebensläufe“ um fünf wesentliche Erfahrungen und Ereignisse im Migrationsprozess.

Erfahrungen und Ereignisse im Migrationsprozess als Gegenstand der Ausstellung

Zunächst wurden anhand von alten Familienfotos und längeren Erzählungen die Herkunftskontexte dargestellt. Dabei ging es vor allem um die familiären Verhältnisse und Lebensumstände vor der Migration. Während Rosario Affronti und Argyro Rula aus kinderreichen Familien in kleinen Dörfern Siziliens bzw. der Peloponnes stammten, die ihren knappen Lebensunterhalt in landwirtschaftlichen sowie Handwerksberufen verdienten, waren Ferhat Fikirli und Halit Tasci in größeren Städten in angesehenen, sozio-ökonomisch besser gestellten Familien aufgewachsen.
Das zweite gemeinsame Thema waren die jeweiligen Entscheidungen zur Migration sowie die Wege nach Deutschland. Dabei wurden sowohl wirtschaftliche als auch private und politische Wanderungsmotive erkennbar. So begründete Rosario Affronti seinen Entschluss, nach Deutschland zu kommen, mit Armut und beruflicher Perspektivlosigkeit. Argyro Rula hoffte nach dem frühen Tod ihres Vaters zwar, mit dem im Ausland verdienten Geld ihre Familie unterstützen zu können, wollte darüber hinaus jedoch einer belastenden Lebenssituation entkommen. Ferhat Fikirli wiederum verließ die Türkei im Spätsommer 1971 vor allem, um sich einem aus seinem gewerkschaftlichen Engagement entstandenen Konflikt mit seinem Arbeitgeber zu entziehen. Halit Tasci schließlich ent-

[22] Ferhat Fikirli schaut auf sein Leben, in: Westfalenpost vom 21.12.2012.
[23] Interview mit Argyro Rula am 23.11.2017.
[24] Bei Rosario Affronti und Halit Tasci betrug das Verhältnis von Bildern und Zitaten etwa 1:2. Vgl. Dokumentation zur Ausstellung „Lebensläufe ins Siegerland“ (undatiert), Dirk Bender/Diakonie in Südwestfalen.

schloss sich, obwohl er beruflich selbstständig war und gemeinsam mit Freunden ein kleines Transportunternehmen betrieb, vor allem aus Spontanität und Risikofreudigkeit für die Migration. Ungeachtet dieser Unterschiede wurde die Migration übereinstimmend als Schritt ins Ungewisse beschrieben. Die Entscheidung für das Ziel Deutschland, so legten die Aussagen nahe, fiel dabei rein pragmatisch. Während Rosario Affronti und Argyro Rula ihren bereits in der Bundesrepublik beschäftigten Geschwistern folgten, akzeptierten Halit Tasci und Ferhat Fikirli schlicht die ihnen angebotenen Arbeitsverträge. Da von den vier Protagonisten hierzu keine Bilder vorlagen, wurden die Anwerbeverfahren und der anschließende Weg nach Deutschland fast ausschließlich anhand der Interviewauszüge dargestellt. Einzig Halit Tascis von der Verbindungsstelle in Istanbul ausgestellte „Legitimationskarte" dokumentierte die Untersuchungen und Eignungsprüfungen bei den Deutschen Kommissionen, an denen außer Rosario Affronti alle von ihnen teilnehmen mussten.

Den dritten thematischen Schwerpunkt bildeten die Arbeits- und Wohnverhältnisse nach der Ankunft in Deutschland. Mehrere Fotos der Männer bei der Arbeit sowie Reproduktionen von Fortbildungsurkunden und Beurteilungen verwiesen auf die Bedeutung der Erwerbstätigkeit sowie auf ihre Funktion als wesentliches Element ihres Selbstbilds. Ein zentraler Gegenstand der Interviewauszüge waren demgegenüber körperlich und psychisch belastende Tätigkeiten sowie Konflikte mit den deutschen Vorgesetzten und Kolleg*innen. Dabei offenbarten die Berichte zugleich das Entstehen von unvermuteten neuen Handlungsspielräumen durch die gute Wirtschaftslage und den allgemeinen Personalmangel. So gelang es allen vieren, sich Diskriminierungen und schlechten Arbeitsbedingungen zu entziehen und besser bezahlte neue Stellen zu finden. Schwerer zu überwinden war die primär sprachbedingte soziale Isolation in der neuen Umgebung. Für Rosario Affronti und Halit Tasci waren dabei erste Kontakte zu deutschen Vermieter*innen und Nachbar*innen entscheidend, die sie zu Familienfeiern oder gemeinsamen Unternehmungen einluden. Dagegen blieben die Beziehungen zu den deutschen Arbeitskolleg*innen für alle Vier eher oberflächlich. Die ersten Jahre in der Bundesrepublik erschienen übereinstimmend als Phase der Instabilität. So pendelten die drei Männer über mehrere Jahre hinweg zwischen ihren Herkunftsländern und verschiedenen Wohnorten und Arbeitsstellen in Deutschland. Einzig Argyro Rula kam unmittelbar aus Griechenland nach Siegen und fand dort binnen kurzer Zeit eine dauerhafte Arbeitsstelle.

Die Auswirkungen der Migration auf das Familien- und Privatleben waren ein weiteres Kernthema der Ausstellung. Neben den Erzählungen verwiesen vor allem Hochzeits- und Familienfotos auf die Trennung von den zurückgelassenen Angehörigen als zentrale Erfahrung. Ferhat Fikirli, Halit Tasci, Rosario Affronti hatten bereits in ihren Herkunftsländern geheiratet bzw. Familien gegründet. Argyro Rula dagegen lernte ihren späteren Ehemann, ebenfalls einen Griechen, bereits kurz nach der Ankunft in Deutschland kennen. In allen Fällen jedoch stand die Familienplanung in engem Zusammenhang mit der beruflichen Situation. Eine zentrale Voraussetzung für den Nachzug von Ehefrauen und Kindern nach Deutschland bzw. die Gründung einer Familie war übereinstimmend eine

dauerhafte und stabile Arbeitsstelle. Zugleich verwies die Ausstellung auf große Unterschiede in der Lebensführung im Siegerland. Während die Aussagen und Bilder von Rosario Affronti und Halit Tasci auf einen Rückzug ins Private deuten – besonders stachen hier der Bau eines Eigenheims sowie Ausflüge und Urlaubsreisen hervor – wurde für Argyro Rula und Ferhat Fikirli das gesellschaftliche Engagement zu einem bestimmenden Lebensinhalt. Erstere fand in der der orthodoxen griechischen Kirchengemeinde der „Heiligen Konstantinos und Eleni" in Siegen ein Betätigungsfeld und soziales Unterstützungsnetzwerk. Letzterer führte die bereits in der Türkei begonnene Gewerkschaftsarbeit in der IG Metall sowie dem „Türkischen Arbeitnehmerverein Siegen" fort.

Der fünfte und letzte inhaltliche Schwerpunkt waren die sich verändernden Beziehungen zu den Herkunftsländern. Fotos und Berichte von regelmäßigen Besuchen der dort lebenden Angehörigen verwiesen auf eine anhaltend starke Bindung. Diese veränderte sich jedoch im gleichen Maße, wie sich die Lebensverhältnisse in Deutschland stabilisierten. Dazu trug im Falle von Rosario Affronti und Halit Tasci auch die Kettenmigration von immer mehr Verwandten ins Siegerland bei. Die Kontakte des letzteren in die Türkei rissen nach dem Tod seiner Mutter und seines Vaters schließlich ganz ab. Ein mit dem Zitat „Als meine Eltern starben, wurde Siegen meine Heimat" unterschriebenes Familienbild stellte diesen Bruch besonders eindringlich dar. Ambivalent blieb das Verhältnis der anderen beiden Männer, Rosario Affronti und Ferhat Fikirli, zu ihren Herkunftsländern. Sie hatten sich zwar ebenfalls entschieden, in Deutschland zu bleiben, jedoch Immobilien in ihren ehemaligen Wohnorten gekauft oder errichtet, und bewahrten sich somit eine Option zur Rückkehr. Lediglich Argyro Rula schließlich begriff Griechenland auch über vier Jahrzehnte nach der Ankunft in der Bundesrepublik weiterhin als ihre eigentliche Heimat. Nicht zuletzt wegen ihrer Kinder, die in der Region aufgewachsen waren und denen sich in Deutschland bessere Bildungs- und Berufschancen boten, entschieden sich alle vier Vorgestellten letztlich, dauerhaft dort zu bleiben. Die Erzählungen über das Verhältnis zur „alten" und „neuen Heimat" beinhalteten stets auch eine auf den Plakaten als Überschrift platzierte Lebensbilanz. Diese rückblickenden Bewertungen fielen unterschiedlich aus. Halit Tasci und Ferhat Fikirli interpretierten die Migration als persönlichen Erfolg oder doch zumindest als bessere Alternative zum Leben in der Türkei.[25] Für Rosario Affronti hingegen war der Verbleib in Deutschland vielmehr die Folge einer immer wieder aufgeschobenen Rückkehr.[26] Argyro Rula schließlich sah darin erlittenes Schicksal und bereute offen, Griechenland verlassen zu haben.[27]

[25] Die entsprechenden Überschriften lauteten wie folgt. Halit Tasci: „Es hätte mir nichts besseres passieren können als nach Deutschland zu kommen"; Ferhat Fikirli: „Die Gefahren eines politischen Engagements in der Türkei waren für mich immer gegenwärtig. Hier in Deutschland gibt es auch viele Probleme um die es sich zu kümmern lohnt, sie sind aber ohne Gefahr für Leib und Leben anzugehen." Dokumentation zur Ausstellung „Lebensläufe ins Siegerland" (undatiert), Dirk Bender/Diakonie in Südwestfalen.

[26] „Ich habe nicht geglaubt, dass ich solange in Deutschland bleibe." Ebd.

[27] „Also muss ich wohl hier bleiben." Ebd.

Multiperspektivität der „Lebensläufe“

Die Ausstellung zeigte die Migrationsgeschichte zwar aus einer Innensicht, war innerhalb dieser jedoch multiperspektivisch angelegt. Ihre Wirkung beruhte völlig auf der vermeintlichen Authentizität der dargestellten „Lebensläufe“. Tatsächlich handelte es sich dabei aber um Ko-Konstruktionen des Kurators und der dargestellten Personen. Ersterer legte durch das Konzept, die Interviewführung sowie die Auswahl und Anordnung der Quellen das Narrativ der Ausstellung fest, blieb dabei jedoch an die Erzählungen und Dokumente der vier Protagonisten gebunden. Anders als bei „Spurensuche“ wurden zeitgenössische und gegenwärtige Perspektive nicht klar unterschieden und einander gegenüberstellt, sondern gezielt zu „Lebensläufen“ kombiniert.

Die unterschiedlichen Arten der Quellen verwiesen dabei aufeinander und ergänzten sich wechselseitig. Das wesentliche narrative Element waren die Erzählungen. Die Bilder und Dokumente visualisierten und authentifizierten diese in den meisten Fällen lediglich. Vereinzelt standen Text und Bild jedoch auch in einem Widerspruch zueinander. Beispielsweise schien ein Foto, untertitelt mit „Halit Tasci auf einer Feier mit Arbeitskollegen“[28], das gute Verhältnis zwischen deutscher und zugewanderter Belegschaft zu belegen. Der dazugehörige Interviewauszug schilderte jedoch die Distanz zwischen beiden Gruppen: „Ich habe zu Deutschen, mit denen ich 40 Jahre zusammengearbeitet habe, außer Hallo und guten Morgen, fast nie engeren Kontakt bekommen.“[29]

Dennoch spiegelten die so konstruierten „Lebensläufe“ nicht nur geteilte, sondern auch individuelle, nicht migrationsspezifische Erfahrungen und Ereignisse. Für Ferhat Fikirli war dies sein gewerkschaftliches Engagement, für Rosario Affronti hingegen die Hochzeit und der Kauf eines eigenen Hauses.

Eröffnung, Rezeption und Bilanz

Am 20. Dezember 2012 eröffneten Ines Jänicke, Dirk Bender und Dorothe Kahm die Ausstellung im Beisein von Halit Tasci, Ferhat Fikirli, Rosario Affronti und Argyro Rula. In ihren Grußworten erörterten sie knapp die Entstehung und das Ziel der Schau. Jänicke betrachtete diese – ganz im Sinne des übergeordneten Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ – als Ausdruck von und Beitrag zu einem veränderten Bewusstsein in der Einwanderungsgesellschaft. Die Erinnerungen der Migrant*innen, so argumentierte sie, waren nicht nur historisch bedeutsam, sondern bargen auch ein wertvolles Erkenntnispotenzial. Hauptziele der Ausstellung waren für sie demnach, „dieses Alltagswissen nicht in Vergessenheit“ geraten zu lassen und der Mehrheitsgesellschaft eine neue Sicht auf die Vergangenheit zu eröffnen: „Diese Ausstellung hilft uns auch, unsere eigene Geschichte zu verstehen.“[30]

[28] Ebd.
[29] Ebd.
[30] Ferhat Fikirli schaut auf sein Leben, in: Westfalenpost vom 21.12.2012.

Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen gingen Kahm und Bender auf den Inhalt der Ausstellung ein. Während die Schau unterschiedliche Erinnerungen und Deutungen gezielt gegenüberstellte, ohne diese jedoch weiter einzuordnen oder zu bewerten, gaben sie eine explizite Lesart vor. Als inhaltlichen Schwerpunkt machte Kahm vor allem den „Neustart“[31] der Migrant*innen nach der Ankunft im Siegerland aus. Bender schloss sich dem an, deutete aber die in der Ausstellung thematisierten Probleme in der neuen Umgebung euphemistisch als „Startschwierigkeiten“[32] Diese Interpretation verengte zwar den Blick auf die so unterschiedlichen „Lebensläufe“ und lag quer zu den in der Exposition dokumentierten Perspektiven der Migrant*innen selbst, prägte deren Rezeption jedoch entscheidend. So griff etwa die Siegener Zeitung Benders Formulierung von den „Startschwierigkeiten“ im Titel ihrer Berichterstattung auf und schrieb die damit verknüpfte Deutung fort. Darüber hinaus blieb das öffentliche Interesse jedoch gering. Auch die Presseberichte setzten sich weder inhaltlich noch konzeptionell mit ihr auseinander oder maßen ihr gar eine größere Bedeutung bei.

Die vier Protagonisten beteiligten sich in unterschiedlicher Weise an der Eröffnung. Ihr jeweiliges Auftreten hing unmittelbar mit ihrem persönlichen Blick auf die Ausstellung zusammen. So traten Ferhat Fikirli und Halit Tasci bereitwillig als Zeitzeugen der Migration auf, indem sie Besucher*innen durch die Ausstellung führten und dabei erneut ihre Lebensgeschichten erzählten.[33] Demgegenüber nahmen Rosario Affronti und Argyro Rula zwar an der Veranstaltung teil, traten jedoch nicht aktiv in Erscheinung. Wie in dem für die vorliegende Untersuchung geführten Interview klar wird, fühlte letztere sich rückblickend von der Ausstellung weder repräsentiert noch angesprochen und stand ihr gleichgültig gegenüber: „Zwei drei Mal haben wir uns hier [für Interviews] getroffen, dann musste ich das komische Bild machen. […] Ja und dann anschließend war in Weidenau im Rathaus eine Feier und das war’s.“[34]

Ebenso ambivalent wie die Bewertungen seitens der Beteiligten fiel die Gesamtbilanz der Ausstellung aus. Konzeptionell beschritt „Lebensläufe ins Siegerland“, verglichen mit den zuvor in der Region gezeigten Ausstellungen zur Arbeitsmigration, einen neuen Weg, indem die früheren „Gastarbeiter“ aktiv an der Historisierung ihrer Erfahrungen mitwirkten und so das Narrativ der Schau entscheidend beeinflussten. Dadurch gab sie persönlichen und gemeinsamen Erinnerungen und Erfahrungen Raum und dokumentierte zugleich die Prozesshaftigkeit und Kontingenz der Migration. Dirk Benders und Dorothe Kahms Bemerkungen auf der Eröffnungsveranstaltung konterkarierten dieses inhaltliche Konzept jedoch indirekt und verengten den Wahrnehmungs- und Interpretationsspiel-

[31] Startschwierigkeiten. Rathaus Weidenau zeigt Ausstellung über Gastarbeiter in der Region, in: Siegener Zeitung vom 21.12.2012.
[32] Ebd.
[33] Vgl. ebd.
[34] Interview mit Argyro Rula am 23.11.2017.

raum. Hinzu kam das geringe öffentliche Interesse. Inwiefern die Exposition ihrem Anspruch gerecht wurde und dazu beitrug, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, bleibt angesichts dessen fraglich.

Die Ausstellung „Immigration im Spiegel der Zeit"

Der nach „Spurensuche" und „Lebensläufe ins Siegerland" gleichsam logische nächste Entwicklungsschritt in der regionalen Erinnerungskultur war eine von Migrant*innen selbst konzipierte und umgesetzte Ausstellung. Die vom 2. bis zum 16. November 2015 gezeigte Exposition „Immigration im Spiegel der Zeit" des Kreuztaler Integrationsbeirats löste dieses Desiderat ein. Basierend auf privaten Fotos und Erzählungen stellte sie die Erfahrungen und Erlebnisse von acht Personen bzw. Familien dar, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unter gänzlich verschiedenen Umständen in die Region gekommen waren.

Initiative des Integrationsbeirats und Umsetzung

Die Initiative dafür kam aus der Mitte des Gremiums. Inspiriert durch den Besuch einer anderen Bilderausstellung über die Arbeitsmigration der 1970er Jahre, regte José Sobrino Ramírez, stimmberechtigtes Beiratsmitglied und zugleich Schriftführer im Vorstand des bereits erwähnten „Fördervereins für die spanischsprachige katholische Gemeinde Siegen und Umgebung – Interkulturelle Gemeinschaft e. V.", an, eine vergleichbare eigene Schau in Kreuztal umzusetzen.[35] Im März 2015 nahm der Beirat den Vorschlag bei nur einer Enthaltung an, ohne jedoch das Ziel und das Thema konkret festzulegen. Die kommunale Politik und Verwaltung stellten sich ebenfalls hinter das Vorhaben.[36]

Neben José Sobrino Ramírez setzten sich auch seine Kollegin im Beirat, Maria Del Carmen Cubiles Marin, und der Vorsitzende Ceyhun Tüze besonders für die Ausstellung ein. Bei Planung und Koordination half zudem eine kommunale Verwaltungsmitarbeiterin. Um das notwendige Material für die Exposition zu beschaffen, rief der Integrationsbeirat die in der Stadt lebenden Migrant*innen im Frühjahr 2015 auf, „von ihrem Neuanfang in einem für sie zunächst fremden Deutschland"[37] zu berichten und private Fotos zur Verfügung zu stellen. Die geplante Mitwirkung der eigenen Klientel erwies sich jedoch als unerwartetes Hindernis. Der Appell blieb weitgehend erfolglos. Möglicherweise fühlten sich die Migrant*innen, ähnlich wie Argyro Rula 2012 in Siegen, von der Ausstellung schlicht nicht angesprochen und waren daher nicht bereit, sich zu beteiligen. Eine weitere

[35] Vgl. „Immigration im Spiegel der Zeit". Alltag im fremden Land: Integrationsbeirat stellt Geschichten von Migranten aus, in: Siegerlandkurier vom 3.11.2015.

[36] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 9.03.2015; Beschluss zur Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 1.06.2015, beide abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

[37] Integrationsbeirat arbeitet an Ausstellung, in: Westfalenpost vom 21.07.2015. Es handelte sich um die Wiederholung des ersten Aufrufs.

naheliegende Erklärung ist der geringe Rückhalt des Gremiums in der migrantischen Bevölkerung, der sich schon früh in geringen Wahlbeteiligungen gezeigt hatte. Daraufhin drohte die Ausstellung noch in der frühen Konzeptionsphase zu scheitern. „Nach eingehender Diskussion“[38] wurde im Juni 2015 beschlossen, an der Schau festzuhalten und den Sammlungsaufruf zu wiederholen.[39] Als jedoch auch der zweite Anlauf scheiterte, wurden zunächst die Sammlungskriterien aufgeweicht und nicht mehr nur Bilder und Berichte von, sondern auch über Migrant*innen aufgenommen. Darüber hinaus kontaktierten die als Kuratoren und Kuratorinnen vorgesehenen Beiratsmitglieder zugewanderte Kreuztaler Bürger*innen direkt und baten diese um Material für die Ausstellung. Einige entschieden sich sogar, selbst Teil der Ausstellung zu werden. Der Großteil der auf diese Weise gesammelten Zeugnisse stammte aus dem Kontext der europäischen Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre. Neben jeweils zwei türkischen und spanischen Familien hatte sich auch eine tunesische Familie beteiligt. Hinzu kamen Bilder und Erzählungen eines alteingesessenen Kreuztaler Bürgers, der die Arbeitsmigration als Arbeitskollege und Vermieter erlebt und private Kontakte und Freundschaften mit vorwiegend italienischen „Gastarbeitern“ gepflegt hatte. „Flucht und Vertreibung“ sowie die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern wurden darüber hinaus anhand von Bildern und Erinnerungen eines im Juli 1945 aus Oberschlesien zwangsumgesiedelten Ehepaars sowie des Beiratsmitglieds Maria Wolf dargestellt.

Wenngleich das gesammelte Material die Erwartungen nicht erfüllte – „Mehr sei nun mal nicht gekommen“[40] – formte der Beirat eine Arbeitsgruppe, um die Fotos und Erzählungen zu sichten, zu ordnen und daraus eine Ausstellung zu erstellen. Die Konzeption und Umsetzung dauerte gut einen Monat. Im Oktober 2015, zwei Wochen vor der geplanten Eröffnung, verkündete Ceyhun Tüze bei einer Sitzung des Integrationsbeirates, dass die Schau trotz der „Startschwierigkeiten“[41] fertiggestellt sei. Erst jetzt erhielt die bislang namenlose Exposition ihren Titel, der die in ihr thematisierten, disparaten Wanderungsbewegungen als Erscheinungsformen ein und desselben historischen Phänomens einordnete.

Die Kuratorinnen und Kuratoren hatten die zur Verfügung gestellten Fotos gemeinsam mit Textelementen auf 12 gerahmten Tafeln im Format DIN B2 arrangiert. Gestaltung und Inhalt waren aufgrund des heterogenen Ausgangsmaterials jedoch uneinheitlich. Gut die Hälfte der Tafeln stellten die Migration einzelner Personen und ihrer Familien von der Ankunft in Deutschland bis in die Gegenwart dar. Die Erzählungen der Protagonistinnen und Protagonisten waren dabei jedoch – anders als in „Lebensläufe ins Siegerland“

[38] Beschluss zur Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 1.06.2015, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).
[39] Der zweite Aufruf erschien im Juli. Vgl. Integrationsbeirat arbeitet an Ausstellung, in: Westfalenpost vom 21.07.2015.
[40] Niederschrift über die Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 14.09.2015, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).
[41] Niederschrift über die Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 19.10.2015, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

– nicht im Wortlaut übernommen, sondern zu kurzen, mit wenigen Zitaten angereicherten Biografien zusammengefasst worden. Im verbleibenden Teil der Ausstellung ging es um besondere, einschneidende Erinnerungen und Ereignisse, die auf das Leben in der Region und das Verhältnis zur Siegerländer Bevölkerung verwiesen.
Den inhaltlich-konzeptionellen Rahmen für diese unterschiedlichen Zugänge setzte die erste Tafel. Unter der Überschrift „Was ist Migration?" präsentierte sie eine breite, an die zeitgenössische Migrationsforschung angelehnte Definition, welche Mobilität als historische Konstante beschrieb und in ihren unterschiedlichsten Erscheinungsformen erfasste: „Migration ist, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. […] Migration ist kein Phänomen, sondern ein Prozess, der historisch die Weltgeschichte begleitet."[42] Zusätzlich fasste eine knappe historische Hintergrundnarration, passend zum Ausstellungstitel, die Bevölkerungsbewegungen von der Ansiedlung deutscher Kolonist*innen in Osteuropa im 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart zusammen.

Einzelschicksale

Die im Anschluss daran präsentierten Einzelschicksale unterschieden sich sowohl in ihrem Umfang als in ihrer Deutung des Migrationsgeschehens. Die Darstellung der Lebensgeschichten von José Gallegos Rodriguez, der 1966 aus Spanien nach Siegen gekommen war, und des Anfang der 1970er Jahre in der Türkei als Hilfsarbeiter für die Siegerländer Stahlindustrie angeworbenen Nazim Yüksel etwa waren sachlich-neutral gehalten und auf den zeitlichen und räumlichen Verlauf der Wanderung nach Deutschland beschränkt. Andere Tafeln hingegen enthielten in den Überschriften oder Texten spezifische Deutungen und Wertungen der Migration. Die Tafel über Maria Wolf etwa, die als Angehörige der deutschen Minderheit in der Sowjetunion geboren und aufgewachsen und später ins Siegerland gekommen war, griff in der Überschrift „Einmal Russland und zurück"[43] ein populäres Deutungsmuster auf, mit dem sich die (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion von den Migrant*innengruppen anderer Herkunft abzugrenzen suchten. Wolf verstand sich demnach als Heimkehrerin. Ihre Ankunft in der Bundesrepublik war in diesem Verständnis lediglich der Endpunkt einer weit über ihre Lebensspanne zurückreichenden deutschen Auswanderung nach Russland.[44] Demgegenüber bewertete ein spanisches Ehepaar, das 1962 mit seiner 15-jährigen Tochter nach Deutschland gekommen war, seine Migration rückblickend als Abstieg. Das Gefühl, von der Metropole in die Provinz gezogen zu sein, äußerte sich in dem als Zwischenüberschrift auf der Tafel hervorgehobenen Zitat, „Von der Großstadt Madrid in das kleine Eichen"[45]. Die Tafel mit der Überschrift „Vertreibung" war dagegen ein Sonderfall, denn Magdalene und Walter Paul

[42] Dokumentation zur Ausstellung „Immigration im Spiegel der Zeit" (undatiert), José Sobrino Ramírez/Integrationsbeirat Kreuztal.
[43] Ebd.
[44] Vgl. Kapitel 5.
[45] Dokumentation zur Ausstellung „Immigration im Spiegel der Zeit" (undatiert), José Sobrino Ramírez/Integrationsbeirat Kreuztal.

N., deren Leben von der Hochzeit 1933 bis zur Ankunft im Siegerland nach der Zwangsmigration im Juli 1945 dargestellt wurde, lebten nicht mehr und hatten somit nicht aktiv an der Ausstellung mitgewirkt. Die Kuratorinnen und Kuratoren hatten sie vielmehr stellvertretend für die inzwischen längst erfolgreich integrierten und gesellschaftlich anerkannten Vertriebenen einbezogen. Dies war zum einen eine Konsequenz und ein praktisches Beispiel der eingangs vorgestellten breiten Migrationsdefinition, zum anderen wurden die Vertriebenen damit gezielt in eine Reihe mit den „Gastarbeitern" und Aussiedlern gestellt. Ihre privilegierte politische und gesellschaftliche Stellung und ihr vergleichsweise positives Ansehen sollte sich auf die anderen Migrant*innengruppen in der Region übertragen.

Erinnerungen und Ereignisse

Eine Sammlung von Anekdoten, Momentaufnahmen und Schilderungen besonderer, einschneidender Erinnerungen und Ereignisse füllte die übrigen Ausstellungstafeln. Nur etwa die Hälfte stammte dabei von Personen, die bereits im lebensgeschichtlich ausgerichteten ersten Teil der Ausstellung präsentiert waren. Großen Raum nahmen Berichte des alltäglichen Miteinanders sowie von freundschaftlichen Beziehungen zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung ein. So hob ein Zitat des bereits erwähnten spanischen Ehepaars die „Gute Nachbarschaft"[46] hervor. Auf einer anderen Tafel fanden sich Aussagen von Migrant*innen, die durch das gemeinsame Musizieren enge Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft geknüpft hatten. In diesen Teil der Schau waren auch die Erzählungen eines Kreuztaler Bürgers über die Erlebnisse mit seinen italienischen Kollegen und Mietern eingeflossen. Negative, konflikthafte Erfahrungen der Migrant*innen spielten hingegen eine untergeordnete Rolle. Eines der wenigen Beispiele war die Tafel „Tunesien oder Deutschland", mit Erzählungen und Bildern einer im Siegerland geborenen jungen Frau über das Hadern ihrer Eltern mit der Rückkehr in ihr Herkunftsland oder dem Verbleiben in der Bundesrepublik.

Die Ausstellung präsentierte somit eine willkürliche Auswahl von Ereignissen und Erinnerungen, die jedoch weder durch ein umfassendes Narrativ erklärt noch durch eine übergreifende Struktur eingeordnet oder systematisch aufeinander bezogen waren. Der Grund hierfür lag in ihrem komplizierten und langwierigen Entstehungsprozess. Der Integrationsbeirat hatte Ziele und Inhalte der Schau nie explizit ausgehandelt und präzise festgelegt. Hinzu traten die Probleme bei der Materialsammlung. Im Ergebnis blieb es den Besucher*innen überlassen, eigene Schlüsse aus den unterschiedlichen, sich ergänzenden, überschneidenden und teils einander widersprechenden Eindrücken und Deutungen zu ziehen.

[46] Ebd.

Eröffnung, Rezeption und Bilanz

Der so entstandene Interpretationsspielraum zeigte sich auch bei der Eröffnung am 2. November und in der Presseberichterstattung. Ceyhun Tüze und Kreuztals Bürgermeister Walter Kiß (SPD) führten gemeinsam durch die Veranstaltung. Ersterer beschränkte sich in seinem Grußwort darauf, den an der Ausstellung Beteiligten zu danken. Dies galt besonders den Protagonistinnen und Protagonisten, die als besondere Gäste eingeladen worden waren und aktiv in die Feier einbezogen wurden.[47] Die junge Frau beispielsweise, die in der Schau über das Verhältnis ihrer Eltern zu Tunesien berichtet hatte, konnte bei dieser Gelegenheit auch ihre eigene Lebensgeschichte erzählen. Die Ansprache von Walter Kiß enthielt demgegenüber eine konkrete Deutung der Ausstellung. Der Bürgermeister begriff die Schau primär als Sammlung individueller Geschichten und Erinnerungen, welche die erfolgreiche Integration der Migrant*innen belegten: „Die verschiedenen Herausforderungen sind spannend und es ist sehr beeindruckend, dass diese Menschen sie alle gemeistert haben."[48] Der Siegerlandkurier wiederum betonte, anknüpfend an den Ausstellungstitel, die veränderte Wahrnehmung von Migration und stellte einen Zusammenhang zur zeitgenössischen Einwanderungssituation her. Die Schau, so argumentierte der Artikel, könne nicht nur der Mehrheitsgesellschaft eine neue Perspektive aufzeigen, sondern auch den in jüngerer Vergangenheit in die Stadt gekommenen Migrant*innen Mut machen: „Ihnen kann die Ausstellung zeigen, dass die Einwanderung in Deutschland eine lange Tradition hat und dass sie mit ihren Problemen nicht allein sind."[49]

Als besondere Stärke der Exposition sahen Redner und Presse übereinstimmend ihre emotionale Wirkung. Die Publikumsreaktionen untermauerten diese Einschätzung. In der ersten Sitzung des Integrationsbeirates nach Ende der Schau berichtete Ceyhun Tüze, „nur positive Rückmeldungen […] erhalten"[50] zu haben. Davon ermutigt, erwog das Gremium, sie auch in anderen Städten zu zeigen oder auf ihrer Basis eine neue Dauerausstellung zu konzipieren. In den Quellen findet sich jedoch kein Hinweis, dass diese Idee ernstlich verfolgt wurde.

„Immigration im Spiegel der Zeit" griff die Ansätze ihrer Vorgängerausstellungen von 2008 und 2012 auf, verfügte jedoch weder über ein mit „Spurensuche" vergleichbares klares Narrativ, noch über die formale Stringenz von „Lebensläufe ins Siegerland". Sie präsentierte Mobilität als historische Konstante und gesellschaftlichen Normalzustand, erhob darüber hinaus jedoch keinen objektiven Erklärungs- oder Deutungsanspruch. Die Frage nach den Verläufen oder dem Erfolg von Migration und Integration war dementsprechend nachrangig. Der Fokus der Schau lag stattdessen auf den authentischen Zeugnissen ihrer Protagonistinnen und Protagonisten. Die Fotos und Erzählungen stammten

[47] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 19.10.2015, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).
[48] „Immigration im Spiegel der Zeit", in: Siegerlandkurier vom 3.11.2015.
[49] Ebd.
[50] Niederschrift über die Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 30.11.2015, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

von unterschiedlichen Gruppen zugewanderter Menschen, von Vertriebenen über die südeuropäischen Arbeitsmigrant*innen der 1960er und 1970er Jahre bis hin zu den (Spät-)Aussiedlern, und verwiesen damit erstmals nicht nur auf die synchrone, sondern auch die diachrone Vielgestaltigkeit des Wanderungsgeschehens. Der nächste Entwicklungsschritt folgte mit Anbruch des neuen Jahrzehnts, als eine regionale migrationsgeschichtliche Ausstellung von dem biografischen Zugang ihrer Vorgängerinnen abwich und dabei erstmals auch Ausstellungsobjekte einbezog.

4.7 Ansätze postmigrantischer Erinnerungskultur. Die Ausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte."

Die Migrationskrise 2015/16 als Zäsur und der Durchbruch auf dem Weg zu einem Migrationsmuseum

Nach „Immigration im Spiegel der Zeit" kam die erinnerungskulturelle Dynamik im Siegerland vorläufig zum Erliegen. Ein wesentlicher Grund war die sogenannte Europäische Migrationskrise 2015/2016. Vielerorts hieß die deutsche Bevölkerung die hauptsächlich aus Syrien, dem Irak und Afghanistan ankommenden Menschen geradezu begeistert willkommen. Die anfangs enthusiastische Stimmung kippte jedoch bereits nach wenigen Monaten. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel die Krise im Frühjahr 2018 für „im Großen und Ganzen bewältigt"[1] erklärte, galten Flüchtlinge vielen Bundesbürger*innen längst als Gefahr für Wohlstand und Sicherheit. Wesentlichen Anteil daran hatte neben der skandalisierenden Berichterstattung der Bild-Zeitung die erst wenige Jahre zuvor gegründete Partei „Alternative für Deutschland" (AfD).[2]

Die massenhafte Fluchtbewegung nach Europa und die Diskussion um einen „Schicksalsvergleich"[3] zwischen den „Vertriebenen" des Zweiten Weltkriegs und den nun nach Deutschland kommenden, geflüchteten Menschen unterstrichen die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema in historischer Perspektive. Es dauerte allerdings einige Zeit, bis auch die Krise selbst Gegenstand migrationsgeschichtlicher Ausstellungen wurde. Eines der ersten Beispiele war die vom 11. Dezember 2021 bis zum 8. Januar 2023 im Bonner Haus der Geschichte gezeigte Schau „Heimat. Eine Suche."[4]

Während die Einwanderung von Asylsuchenden wieder zum politischen Streitthema avancierte, wähnten sich der DoMiD-Geschäftsführer Arnd Kolb (2012-2017) und dessen Nachfolger Robert Fuchs „am Ende des Hindernisparcours"[5]. Anlässlich der 25-Jahr-Feier des Vereins im Dezember 2015 bezeichnete letzterer ein nationales Migrationsmuseum als „eine Idee, die nun unwiderstehlich Gestalt annimmt"[6]. Ein deutlich sichtbares Zeichen des Durchbruchs war die Schirmherrschaft der ehemaligen Bundestagspräsiden-

---

[1] Regierungserklärung von Angela Merkel vom 21.03.2018, in: Dietrich Thränhardt: Die Asylkrise 2015 als Verwaltungsproblem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–32/2020, S. 37-44, hier S. 37.

[2] Ulrich Herbert/Jakob Schönhagen: Vor dem 5. September. Die „Flüchtlingskrise" 2015 im historischen Kontext, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–32/2020, S. 27-36, hier S. 36.

[3] Vgl. Kapitel 3.5.

[4] Vgl. Heimat. Eine Suche. Neue Ausstellung im Haus der Geschichte in Bonn, in: museumsmagazin 4/2021, S. 6-11.

[5] So der Titel eines 2015 verfassten und 2017 erschienenen Aufsatzes. Vgl. Arnd Kolb/Robert Fuchs: Am Ende des Hindernisparcours? Neue Zeiten und neue Konzepte für ein ›zentrales Migrationsmuseum‹ in der Migrationsgesellschaft, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 291-307.

[6] Redemanuskript Arnd Kolb anlässlich der 25-Jahr-Feier von DOMiD, DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V., VA 0568. Vgl. Gogos: Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft, S. 249.

tin und Bundesministerin Rita Süßmuth (CDU) über das Projekt. Nach einer Machbarkeitsstudie über Kosten, mögliche Standorte und inhaltliche Konzepte bewilligte der Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages am 14. November 2019 22,13 Millionen Euro für ein „Haus der Einwanderungsgesellschaft".[7] In einem Interview mit der Tageszeitung (TAZ) wies Robert Fuchs diesem eine doppelte Funktion zu. Das nationale Migrationsmuseum, so der Geschäftsführer, solle sowohl der historischen Reflexion und Standortbestimmung als auch der Repräsentation nach außen dienen.[8] Ein Standort wurde mit der ehemaligen Produktionshalle „Halle 70" in Köln-Kalk gefunden. Damit war ein langwieriger Konzeptions- und Umsetzungsprozess eingeläutet, in den Zugewanderte Menschen und Migrant*innenorganisationen im Rahmen experimenteller partizipativer Formate aktiv miteinbezogen wurden. Die ursprünglich für das Jahr 2023 vorgesehene Eröffnung verzögerte sich aber nicht zuletzt durch die weltweite Corona-Pandemie, die vom März 2020 bis Anfang 2023 weite Teile des öffentlichen Lebens und insbesondere des Kulturbetriebs stilllegte.[9] DOMiD blieb jedoch weiterhin mit temporären Ausstellungen in der Öffentlichkeit präsent. Auf die vom 19. Juni bis zum 3. Oktober 2021 im Museum Ludwig in Köln gezeigte Schau „Vor Ort: Fotogeschichten zur Migration", welche das Leben von Migrant*innen im Rheinland zwischen 1955 und 1989 darstellte, folgte „Wer wir sind. Fragen an ein Einwanderungsland." vom 26. Mai bis zum 8. Oktober 2023 in der Bonner Bundeskunsthalle.[10]

Die Ausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte."

Die Corona-Pandemie beeinflusste auch die Ausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.", die ab November 2021 an verschiedenen Orten im Sieger- und Sauerland gezeigt wurde und sich konzeptionell wie inhaltlich signifikant von ihren Vorgängerinnen in der Region seit 2008 unterschied. Sie wurde von den regionalen Integrationsagenturen konzipiert und umgesetzt.[11] Dazu gehörten neben den Kreisverbänden der Arbeiterwohlfahrt und der Caritas auch der Verein für Soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V. und die Diakonie Soziale Dienste, die bereits mit migrationsgeschichtlichen Ausstellungen in die Öffentlichkeit getreten waren.[12] Das Bundesministerium für

[7] Die Studie wurde vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) des Landes Nordrhein-Westfalen und der NRW-Stiftung unterstützt und 2018 veröffentlicht. Vgl. Gogos: Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft, S. 249, 265.

[8] Vgl. Geschäftsführer über Migrationsmuseum, in: TAZ vom 16.11.2019.

[9] DOMiD: Erbbaurecht über 99 Jahre: DOMiD erreicht Meilenstein für bundesweites Migrationsmuseum. Ratsentscheidung ebnet den Weg für die Zukunft, in: Webseite von DOMiD, URL: https://domid.org/news/erbbaurecht-meilenstein-fur-bundesweites-migrationsmuseum/ (Stand: 13.07.2024).

[10] Vgl. die Kataloge zu den Ausstellungen: Ela Kaçel/Barbara Engelbach (Hg.): Vor Ort: Fotogeschichten zur Migration – In Situ: Photo Stories on Migration, Köln 2021; Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland/DOMiD (Hg.): Wer wir sind. Fragen an ein Einwanderungsland, Bonn 2023.

[11] Unter der Bezeichnung „Regionale Integrationsagenturen" fördert das nordrhein-westfälische Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (seit 2022: Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration) seit 2007 landesweit die Dienste und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege.

[12] Vgl. Kapitel 4.5, 4.6.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend beteiligte sich über das Programm „Demokratie leben!“, mit dem zuvor hauptsächlich Konferenzen, Fortbildungen und Workshops für Jugendliche sowie Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Vereine und Initiativen gefördert worden waren, an der Finanzierung.[13] Als besondere Zielgruppe wurden Kinder und Jugendliche ins Auge gefasst. Dementsprechend wurde die Ausstellung auf deren Interessen und Rezeptionsgewohnheiten zugeschnitten und so konzipiert, dass sie in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gezeigt werden konnte.[14] Der Titel war möglicherweise durch ein 2006 von einer Arbeitsgruppe um Rainer Ohliger formuliertes Konzept für einen migrationsgeschichtlich ausgerichteten Schülerwettbewerb inspiriert.[15] Anders als er suggerierte, war die Schau jedoch nicht ausschließlich historisch angelegt. Vielmehr sollte sie laut einer Pressemitteilung ein auch die Gegenwart „umfassendes Bild von Migration und Vielfalt“ vermitteln und sich primär mit „Rassismus, Diskriminierung aber auch Heimat“[16] auseinandersetzen. Hierzu kontaktierten und interviewten die – öffentlich nicht genannten – Kurator*innen in der Konzeptionsphase zahlreiche in die Region eingewanderte Menschen. Die auf diesem Weg generierten Erzählungen und gesammelten Objekte wurden in unterschiedlicher Weise in die Ausstellung integriert.

Die Schau bestand aus sechs lose miteinander verbundenen Elementen mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen und didaktischen Zugängen. Davon thematisierten drei die Migration auf einer Metaebene als Phänomen und weitere drei die Erfahrungen der Migrant*innen im Siegerland.[17]

Der „postmigrantische“ Ansatz der Ausstellung

Gleich zu Beginn der Schau und damit des ersten Ausstellungsbereichs vermittelte ein ungefähr 2 m hohes und 3 m breites Transparent die zentrale Botschaft der Ausstellung. Unter der Überschrift „Blitzlicht der Migration in Deutschland“ stellte eine Zeitleiste Ereignisse und Perioden der Ein- und Auswanderung vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart dar. Das Plakat diente der zeitlichen und quantitativen historischen Kontextualisierung, und machte auf den ersten Blick sichtbar, dass Deutschland in der Vergangenheit ebenso Ziel wie Ausgangspunkt von Migration gewesen war. Darüber stand ein Zitat des

[13] Vgl. Beitrag von Demokratie leben Siegen bei Facebook vom 16.05.2021, URL: https://www.facebook.com/DemokratieLebenSiegen/photos/a.110680194316006/165334392183919/?type=3 (Stand: 24.07.2024).

[14] Vgl. ebd.; Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte, in: MiGazette. Siegener Magazin zum Thema Migration & Integration, Nr. 12 (2021), S. 11.

[15] Institutionelle oder personelle Verbindungen lassen sich jedoch nicht ausmachen. Vgl. Rainer Ohliger: Integration und Partizipation durch historisch-politische Bildung. Stand – Herausforderungen – Entwicklungsperspektiven, Berlin 2006, S. 96f.

[16] Pressemitteilung des Caritas-Verbands Siegen-Wittgenstein e.V.: Ausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.“ vom 2.11.2021, URL: https://caritas-siegen.de/2021/11/02/einladung-ausstellungseroeffnung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte/ (Stand: 24.10.2023).

[17] Zu der Ausstellung gibt es keine offizielle Dokumentation. Die nachfolgende Analyse und Zitate von Ausstellungstafeln bzw. -elementen beruhen daher auf Beobachtungen und Aufzeichnungen des Verfassers aus dem April 2023. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Schau in der Universitätsbibliothek der Universität Siegen gezeigt. Vgl. den Abschnitt Premiere, Stationen und Rezeption weiter unten.

Bundespräsidenten Joachim Gauck aus dessen Rede 2014 zur Einbürgerungsfeier anlässlich des 65. Jahrestags des Grundgesetzes: „Es gibt ein neues deutsches ‚Wir', die Einheit der Verschiedenen!".[18] Dieser Ausspruch knüpfte an den Diskurs um eine „postmigrantische Gesellschaft" an. Der Grundgedanke dabei ist, Mobilität nicht nur als Normalfall und historische Konstante, sondern als konstitutiven Bestandteil der Gesellschaft zu begreifen und die dadurch ausgelösten Transformationsprozesse in den Mittelpunkt zu stellen. Die alteingesessenen und die ankommenden Menschen werden nicht mehr als homogene Gruppen, sondern als Teil eines neuen Ganzen verstanden.[19] Der Exposition vorangestellt implizierte der Satz den Anspruch, etablierte Vorstellungen und Deutungsmuster zu überwinden und zu der von Gauck postulierten „Einheit" beizutragen.[20]

Das Ausstellungselement „Wörter mit Migrationsgeschichte" bestand aus einer Tafel mit 16 rechteckigen Schildern, die mit aus anderen Sprachen entlehnten Begriffen wie z. B. „Dolmetscher", „Schokolade" oder „Roboter" bedruckt waren. Auf den Rückseiten verbargen sich Erklärungen zur Herkunft und ursprünglichen Bedeutung der Wörter. Um etwa zu erfahren, dass das deutsche Wort „Basar" auf das persische „Bāzār" (Markt, Händlerviertel) zurückging, das im 15. oder 16. Jahrhundert durch Reisende Eingang in europäische Sprachen gefunden hatte, mussten die Besucher*innen die Schilder wenden. Das interaktive Ausstellungselement sollte die Besucher*innen anregen, über die jeweiligen etymologischen Wurzeln zu spekulieren und ihnen bewusst machen, wie tiefgreifend kultureller Austausch und Transfer die vermeintlich homogene deutsche Sprache geprägt hatten. Der Sprachwandel stand dabei sinnbildlich für die gesamtgesellschaftliche Transformation durch Migration.

Ähnlich funktionierte auch das dritte Element des Ausstellungsbereichs. Die „Weltkarte der Teigtaschen", ein großformatiges quadratisches Plakat, verzeichnete über zwanzig Länder und die dort jeweils typischen Zubereitungsformen. Wie die „Wörter mit Migrationsgeschichte", so standen auch die polnischen Pierogi, türkischen Mantı oder georgischen Chinkali stellvertretend für ihre gesamten Herkunftskulturen. Der dazugehörige Text beschrieb die Gerichte als unterschiedliche, aber prinzipiell gleichartige und -wertige Entwicklungen und implizierte auf dieser Basis eine kultur-und nationalitätsübergreifende menschliche Verbundenheit: „Überall auf der Welt gibt es Teigtaschen. Sie sind alle einzigartig, haben aber dennoch einen ähnlichen Ursprung und vor allem eine Gemeinsamkeit: Sie sind alle richtig lecker! Jede Teigtasche hat zwar ihre eigene Geschichte, aber

[18] Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Einbürgerungsfeier anlässlich 65 Jahren Grundgesetz am 22.05.2014, URL: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/05/140522-Einbuergerung-Integration.html. (Stand: 25.07.2024).

[19] Vgl. Jannis Panagiotidis: Migrationsgesellschaft Deutschland, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 340 (2019), S. 12-15, hier S. 15. In eine ähnliche Richtung geht das Konzept der Superdiversität des amerikanischen Soziologen Steven Vertovec.

[20] Zum postmigrantischen Diskurs im Museumsbereich vgl. Natalie Bayer: Post the Museum! Anmerkungen zur Migrationsdebatte und Museumspraxis, in: Sophie Elpers, Anna Palm (Hg.): Die Musealisierung der Gegenwart. Von Grenzen und Chancen des Sammelns in kulturhistorischen Museen, Bielefeld 2014, S. 63–83, hier S. 64.

am Ende ist es dann doch eine große gemeinsame Geschichte. Also: ‚Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.'" Zum einen jedoch implizierte das Ausstellungselement einen festen Zusammenhang zwischen Herkunft und Kultur und unterlief damit den postmigrantischen Anspruch der Schau. Zum anderen war die Darstellungsform missverständlich und führte zu unbeabsichtigten Verzerrungen. Beispielsweise sind die auf der Karte in der Türkei verorteten „Mantı" auch in anderen osteuropäischen und asiatischen Ländern verbreitet. Australien und Ozeanien sowie der Großteil Afrikas und Südamerikas wiederum erschienen als blinde Flecken und waren daher, der immanenten Logik der Karte folgend, nicht Teil der gemeinsamen Geschichte.

Abb. 8: „Die Weltkarte der Teigtaschen" als Teil der Ausstellung in der Universitätsbibliothek der Universität Siegen im April 2023[21]

Erfahrungen von Migrant*innen im Siegerland

Das auffälligste Element des zweiten Ausstellungsteils war eine Reihe großformatiger Fotos von Siegerländerinnen und Siegerländern, darunter die Vorsitzenden des Siegener Integrationsrates, des Somalischen Kulturvereins, des „Interkulturellen Frauenvereins Ladies Power" und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Passend zum postmigrantischen Ansatz der Ausstellung fehlten Angaben zu ihrer Herkunft sowie den jeweiligen Ämtern und Funktionen. Somit wurden sie nicht zu Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Nationalitäten, Religionen oder Kulturen gemacht und begegneten den Besucher*innen schlicht als Bürgerinnen und Bürger. Am unteren Rand der insgesamt neun Portraitaufnahmen waren Aussagen der abgebildeten Personen über ihre persönliche Beziehung zu Siegen und dem Siegerland zu lesen, welche übereinstimmend

[21] Bild: Matthias Kirchbach.

als sicheres, vertrautes und attraktives Lebensumfeld beschrieben wurden. Häufig genannte Bezugspunkte waren familiäre und freundschaftliche Bindungen, gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Stabilität und die Landschaft.[22] Indirekt markierte die Ausstellung somit gleichsam Leitwerte des „neuen Wirs" in der Region.

Diesen stellte das Element „Alltagsrassismus" Zeugnisse von Ausgrenzungs- und Fremdheitserfahrungen gegenüber. Es handelte sich um ein Pult, in das drehbare hölzerne Würfel eingelassen waren. Auf der Vorderseite war jeweils ein Portrait, auf der Rückseite ein Bericht der abgebildeten Person abgedruckt.[23] Die sechs Protagonisten und Protagonistinnen erzählten hauptsächlich von alltäglichen auf ihr äußeres Erscheinungsbild, ihre Sprache oder Religionszugehörigkeit bezogenen Beleidigungen und Attacken. Auf die strukturelle Dimension von Rassismus und Diskriminierung verwiesen Schilderungen negativer Erfahrungen mit den deutschen Behörden, etwa beim Versuch, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu erhalten, sowie von Benachteiligungen bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Darüber hinaus zeigten die Berichte, wie unterschiedlich die Betroffenen auf diese Erlebnisse reagiert und sie verarbeitet hatten. Während manche ungebrochen an der Hoffnung auf ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander festhielten („Weg mit den Vorurteilen und her mit neuen Sichtweisen! Es zählt nicht das Äußere (in meinem Fall das Kopftuch), sondern wie begabt, motiviert und humorvoll man ist."), war der Glaube anderer daran nachhaltig erschüttert („Keiner der Menschen die dabei waren – und das waren einige – haben mir geholfen. […] Aus Gleichgültigkeit oder hatten sie Angst? Manchmal frage ich mich das noch heute."). Die Fotos der Protagonistinnen und Protagonisten ließen jedoch keine Rückschlüsse auf die rückseitig geschilderten negativen Erfahrungen zu. Somit regte das Element die Besucher*innen dazu an, eigene unterbewusste Stereotypen oder Vorurteile zu reflektieren.

Das Element „Gegenstände erzählen" schließlich verlieh auch dem zweiten Ausstellungsbereich eine historische Dimension. Es bestand aus vier Tischvitrinen, in denen jeweils mehrere Objekte zusammen arrangiert waren. Einzelne, somit als besonders wichtig markierte Stücke wurden durch kurze Beschreibungstexte oder biografische Erinnerungsgeschichten namentlich nicht genannter Migrant*innen ergänzt. Objekte und Texte standen in einer gegenseitigen Beziehung. Erstere wurden durch letztere nicht nur kontextualisiert, sondern gleichsam als authentisch inszeniert und mit individueller Bedeutung aufgeladen. Umgekehrt bezeugten und veranschaulichten sie die anonymen Berichte. Erst auf den zweiten Blick war zu erkennen, dass in vielen Fällen nicht die in den Beschreibungstexten und Erzählungen erwähnten Originale ausgestellt waren. Handelte es sich um seriell hergestellte Massenprodukte, hatten die Kurator*innen auf gleichartige

[22] Beispielsweise in der Aussage unter einem der Portraits: „Ich lebe gerne hier, weil ich eine sichere Arbeitsstelle und gute Freunde habe. Auch die Landschaft gefällt mir gut."

[23] Bei der Eröffnung der Schau im Siegener „Krönchen Center" im November 2021 wurden diese Berichte in Form eines Kurzfilms auch audiovisuell zugänglich gemacht. Vgl. Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte, in: MiGazette. Siegener Magazin zum Thema Migration & Integration, Nr. 12 (2021), S. 11.

„Exemplare“[24] zurückgegriffen. Stellvertretend für das Loewe-Radio etwa, mit dem ein Arbeitsmigrant regelmäßig türkischsprachige Sendungen des Westdeutschen Rundfunks verfolgt hatte, wurde ein identisches Gerät ausgestellt. Auch Einzelstücke wie beispielsweise der Hut eines Fabrikarbeiters, wurden durch ähnliche Gegenstände ersetzt, die gleichsam als Platzhalter auf die Originale verwiesen. Wenngleich somit nicht der Provenienz, so doch ihrer epistemischen Funktion nach, lassen sich die Exponate mit der von Aslıgül Aysel entwickelten Typologie von „Objekten der Migration“[25] als „persönliche Erinnerungsobjekte“, „familiäre“ bzw. „familiale Objekte“ und „Objekte der Tradition“ interpretieren. Objekte der ersteren Gruppe sind für ihre Besitzer*innen unmittelbar mit konkreten Erinnerungen an einen speziellen Lebensabschnitt verbunden und haben deshalb einen besonderen Wert.[26] Das bereits erwähnte Radio etwa stand für das Aufwachsen in Deutschland als Kind eines türkischen Arbeitsmigranten, der die Hörfunksendungen in seiner Muttersprache nutzte, um sich zu informieren und eine Verbindung zu seinem Herkunftsland aufrechtzuerhalten: „Mein Papa hatte genau dieses Radio-Modell und immer um 18.00 Uhr hat er die türkischsprachigen Nachrichten gehört. Ich fand es ein Kind und Jugendliche immer sehr nervig und habe immer gehofft, dass er die Uhrzeit verpasst. Das hat er aber sehr selten.“ Als weiteres derartiges „Verbindungsstück zur alten Heimat“[27] wurde in der benachbarten Vitrine ein Telefon mit Wählscheibe gezeigt. Der Hut und die Ledertasche eines polnischen Fabrikarbeiters gehörten hingegen zu den sogenannten „familiären“ oder „familialen Objekten“, die von Angehörigen als Erinnerung an eine bestimmte Person aufbewahrt und untereinander weitergegeben werden.[28] Um „Objekte der Tradition“ handelte es sich bei dem in der vierten und letzten Vitrine gezeigten Espressokocher sowie der Cezve-Kanne samt Kaffeemühle.[29] Als solche wurden sie primär ihrer kollektiven, „kulturgeschichtlichen Bedeutung“[30] wegen ausgestellt. Laut dem Beschreibungstext verwiesen sie auf die traditionelle Kaffeezubereitung als Alltagspraktik der Migrant*innen in der Bundesrepublik: „Also hatten die Menschen ihre Kaffeemühle und Cezve-Kanne mitgebracht, um das Gefühl des Kaffeetrinkens zu genießen. Ähnlich ging es auch den Italiener*innen. […] Mit dem Espressokocher konnte die Kaffeezubereitung nach italienischer Art zelebriert werden und so ein Stück Heimat genossen werden…“.

[24] Dieser häufig in naturkundlichen Museen benutzte Objekttyp lässt sich der epistemischen Funktion nach von „Zeugen“, die bestimmte historische Ereignisse oder Vorgänge repräsentieren, und besonders wertvollen einzigartigen „Werken“ abgrenzen. Vgl. Thomas Thiemeyer: Werk, Exemplar, Zeuge. Die multiplen Authentizitäten der Museumsdinge, in: Martin Sabrow/Achim Saupe (Hg): Historische Authentizität, Göttingen 2016, S. 80-90.

[25] Vgl. Aslıgül Aysel: Objekte der Migration. Überlegungen zu einer Sammlungsorganisation, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 173-191.

[26] Vgl. ebd., S. 184.

[27] So die Beschreibung in der dazugehörigen Erinnerungsgeschichte.

[28] Vgl. Aysel: Objekte der Migration, S. 185.

[29] Eine Cezve-Kanne ist eine langstielige Metallkanne, in der Kaffeepulver und Wasser erhitzt werden können, um türkischen Kaffee bzw. Mokka herzustellen.

[30] Aysel: Objekte der Migration, S. 185f.

Die übrigen, nicht mit Erinnerungsgeschichten oder Beschreibungen versehenen Ausstellungsstücke dienten nicht als eigenständige Zeichenträger, sondern zur Inszenierung der Hauptobjekte. Alte Zeitungsausschnitte und Werbeannoncen beispielsweise vermittelten das Zeitkolorit der 1970er Jahre, Kaffeebohnen illustrierten den Verwendungszweck der Espresso- und Cezve-Kanne, und ein Plattenspieler mitsamt Schallplatten ergänzte das Radio als weitere typische Gegenstände mit ähnlicher Funktion. Das Element „Gegenstände erzählen" war ein Alleinstellungsmerkmal der Ausstellung und markierte einen inszenatorischen Fortschritt gegenüber ihren Vorgängerinnen in der Region. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Provenienz und Bedeutung im Kontext der Ausstellung boten die Objekte Raum für Empathie und Identifikation mit den Autor*innen der dazugehörigen Erinnerungsgeschichten und verwiesen zugleich auf kollektive Erfahrungen von Migrant*innen in Deutschland. Professionellen Standards freilich, die die Glaubwürdigkeit musealer Expositionen und ihrer Narrationen verbürgen, wurde das Element nicht gerecht.[31] Weder machte es nicht-originale Exponate als solche kenntlich, noch legte es seine Sammlungs- und Ausstellungslogik für die Besucher*innen offen.

Premiere, Stationen und Rezeption

Nachdem sich die Premiere bedingt durch die Corona-Pandemie um einige Monate verschoben hatte, wurde die Ausstellung am 20. November 2021 im Siegener „Krönchen-Center" der Öffentlichkeit vorgestellt und war dort einen Monat lang zu sehen.[32] Ihre Breitenwirkung entfaltete die Schau jedoch erst im Laufe der Zeit. Öffentliche Einrichtungen und Bildungsinstitutionen im Sieger- und Sauerland konnten sie gebührenfrei ausleihen und für eine Dauer von zumeist drei oder vier Wochen zeigen. Schulen wurden der Zielsetzung der Ausstellung entsprechend besonders berücksichtigt. Um ihre wichtigste Zielgruppe zu erreichen, boten die Integrationsagenturen ein umfangreiches Rahmenprogramm auf. Am Tag der Eröffnung wurde ein Informationsstand aufgebaut, an dem Vertreter*innen der vier Organisationen Konzept und Inhalt der Exposition erläuterten sowie Fragen der Schüler*innen und Lehrkräfte beantworteten. Flankierend fanden über die Dauer der Ausstellung hinweg pädagogische Programme statt. An einer Sekundarschule im Sauerländischen Olpe beispielsweise führte didaktisch geschultes Personal Workshops mit Schüler*innen der Jahrgangsstufe 8 durch. Wie diese Angebote auf die Kinder und Jugendlichen wirkten, ist mangels Quellen unklar. Integrationsagenturen und Schulleitung hofften jedoch gleichermaßen, „ein besseres Verständnis für die Herausforderungen von Migration und Integration zu schaffen und Vorurteile abzubauen."[33]

[31] Vgl. Thomas Eser/Michael Farrenkopf/Dominik Kimmel/Achim Saupe/Ursula Warnke: Einleitung: Authentisierung im Museum, in: Dies. (Hg.): Authentisierung im Museum: Ein Werkstatt-Bericht (RGZM-Tagungen, Bd. 32), S. 1-7, hier S. 4.

[32] Vgl. Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte, in: MiGazette. Siegener Magazin zum Thema Migration & Integration, Nr. 12 (2021), S. 11.

[33] Meldung auf der Website der Sekundarschule Olpe: „Geschichte betrifft uns alle" (undatiert), URL: http://www.sekundarschule-olpe.de/cm/index.php?home (Stand: 7.04.2023).

An anderen Standorten wie etwa der Universität Siegen, wo die Schau vom 5. bis zum 26. April 2023 gastierte, entfielen diese Begleitveranstaltungen.[34] Zwar wurden die Gastgeberinstitutionen ermutigt, parallel eigene Programme oder Aktionen durchzuführen, zumeist begnügten sich diese jedoch mit einer knappen Pressemitteilung.[35] Außerhalb von Schulen blieben so die öffentliche Aufmerksamkeit und damit auch die potenzielle Wirkung der Ausstellung gering.

Trotz ihrer Schwächen war „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte." insgesamt ein Fortschritt und aus Sicht der Integrationsagenturen ein Erfolg. Es gelang ihnen nicht nur, Migrant*innen und unterschiedlichste Akteur*innen in die Konzeption einzubinden, sondern die Schau auch nach der Eröffnung an zahlreichen Orten zu zeigen und somit unterschiedliche Publika zu erreichen. Besonders intensiv wurde die Kernzielgruppe der Kinder und Jugendlichen angesprochen. Die Schau war jedoch nur der vorläufige Endpunkt in der Historisierung und Musealisierung der Migrationsgeschichte. Anlässlich des im Folgejahr anstehenden 800. Siegener Stadtjubiläums begann das Siegerlandmuseum mit finanzieller Unterstützung des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Kultur und Wissenschaft im März 2023 die Arbeiten an einer weiteren temporären migrationsgeschichtlichen Ausstellung mit dem Titel „Siegen. Fremde? Heimat?" über die Zuwanderung seit 1945.[36]

[34] Vgl. Lena Vinnemann: Wanderausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte", in: bibblog der UB Siegen (17.03.2023), URL: https://bibblog.ub.uni-siegen.de/6804/wanderausstellung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte/?pk_campaign=feed&pk_kwd=wanderausstellung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte (Stand: 7.04.2023); ebenfalls erschienen in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (29.03.2023), URL: https://www.siwiarchiv.de/wanderausstellung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte/ (Stand: 25.07.2024).

[35] Vgl. Beitrag von Demokratie leben Siegen bei Facebook vom 16.05.2021, URL: https://www.facebook.com/DemokratieLebenSiegen/photos/a.110680194316006/165334392183919/?type=3 (Stand: 24.07.2024). Dort hieß es: „Zusätzliche Aktionen oder Vertiefung im Unterricht würde ein [sic!] Mehrwert für die Schülerschaft bieten."

[36] Vgl. Migration: Museum sucht Erinnerungsstücke, in: Siegener Zeitung vom 6.10.2023.

4.8 Zwischenfazit

In der Entwicklung der Erinnerung an die Arbeitsmigration sind fünf Phasen erkennbar, die sich hinsichtlich der Formen und Funktionen sowie der beteiligten Akteur*innen und Institutionen unterscheiden.

1. Ursprünge und Entstehung eines Fundaments in der „Anwerbephase“ (1960–1972)

Die Frühphase der Arbeitsmigration ins Siegerland stellt sich ebenso komplex wie dynamisch dar. Die Zuwanderung der „Gastarbeiter“ setzte in der Region zwar vergleichsweise spät ein, entwickelte sich jedoch – wenn auch auf einem geringeren zahlenmäßigen Niveau – ähnlich wie im Rest des Landes. Nach einem zögerlichen Start funktionierte das Mobilitätsregime weitgehend reibungslos, konnte den Arbeitskräftemangel jedoch auf Dauer nicht zufriedenstellend lösen. Ungleich vielschichtiger war das regionale Präsenzregime, zumal die Kompetenz- und Tätigkeitsbereiche der verschiedenen betreuenden Personen und Institutionen einander in der Praxis überlappten. Das zunächst aus der Abfolge der Anwerbeabkommen und aus pragmatischen Erwägungen entstandene nationalitäts- und religionsspezifische Betreuungssystem stabilisierte und etablierte sich nach und nach und wirkte sich so langfristig entscheidend auf die Integration der „Gastarbeiter“ sowie die regionale Erinnerungskultur aus. Hervorzuheben sind hier die Strukturen der römisch-katholischen Kirche, welche sich zu Keimzellen für frühe Formen der öffentlichen Erinnerung an die Arbeitsmigration entwickelten. Ungeachtet aller Betreuungsmaßnahmen prägten für die „Gastarbeiter“ selbst die migrationsspezifischen emotionalen Herausforderungen, ein niedriger sozio-ökonomischer Status sowie Fremdheits- und Diskriminierungserfahrungen die Anwerbephase. Solange das Rotationsprinzip funktionierte, ignorierten Politik und Verwaltung die Probleme der Migrant*innen sowie heraufziehende Konflikte mit der alteingesessenen Bevölkerung weitgehend. Als sich jedoch die Beschäftigungsverhältnisse und mit ihnen die Aufenthaltssituation verfestigten, waren diese nicht mehr zu übersehen. Der 1972 eingesetzte „Koordinierungskreis zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer“ war ein deutliches Zeichen und Eingeständnis der überholten Anwerbe- und fehlenden Integrationspolitik.

2. Konsolidierung und frühe öffentliche Aktivitäten der Arbeitsmigrant*innen (1973–1990)

Nach dem Anwerbestopp konsolidierte und intensivierte sich zunächst die Betreuung durch die Wohlfahrtsverbände sowie die katholische Kirche, wobei das Nationalitätsprinzip jedoch zu Segregationstendenzen führte. Zwar dienten alle religiösen Gemeinschaften den ehemaligen „Gastarbeitern“ und ihren Familien als Treffpunkte und unterstützten diese sowohl durch praktische Hilfe als auch seelsorgerisch, einzig die römisch-katholischen Migrant*innen genossen darüber hinaus jedoch strukturelle Integrationsvorteile.

Die vermehrt im Umfeld der Gemeinden gegründeten Vereine hielten ebenfalls am etablierten Nationalitätsprinzip fest, unterschieden sich jedoch in ihren Zielen und Aktivitäten erheblich. Das Spektrum reichte von reinen Freizeit- und Folkloreveranstaltungen bis hin zur strategischen politischen Arbeit. Ab Ende der 1970er Jahre zeigten die Wirtschaftskrise und die um sich greifende „Ausländerfeindlichkeit" die Grenzen dieses Engagements auf. Die Kooperation mit Organisationen und Institutionen der Aufnahmegesellschaft – vorerst informell im Rahmen des Fests im Siegener Schlosspark 1982 oder des „Arbeitskreises Ausländer und Deutsche für eine gemeinsame Zukunft" und ab 1984 institutionalisiert in Form des Ausländerbeirates – verschafften den Anliegen der Migrant*innen Gehör. Insbesondere letzterer schuf trotz seiner rein konsultativen Funktion und demokratischer Defizite in der Besetzung Perspektiven für eine kulturelle und soziale Integration. Durch ihre langjährige Erfahrung und vielfältigen Kontakte prädestiniert, gehörten die „Sozialberater" der Wohlfahrtsverbände zu den ersten und engagiertesten Akteuren, welche diese neuen Partizipationsmöglichkeiten und Ressourcen geschickt zu nutzen wussten. Deutsche Bürger*innen wie der Vorsitzende des FDP-Stadtverbandes Frieder Stöcker setzten sich ebenfalls für die Verständigung und Freundschaft zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung ein. Dies zeigte sich nicht zuletzt an der Gründung weiterer bi- und multilateraler Vereine, wenngleich die gemeinsame Herkunft für die Migrant*innen weiterhin ein wichtiges Organisationsprinzip und gemeinschaftsstiftendes Merkmal blieb. Das seit 1973 entstandene Geflecht von Akteur*innen und Institutionen bestand in seinen Grundzügen etwa bis zur Jahrtausendwende, wurde jedoch bereits in den 1980er Jahren zum Ausgangspunkt der öffentlichen Erinnerung an die Arbeitsmigration ins Siegerland.

In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wurden die Migrant*innen zunehmend öffentlich sichtbar. Eine zentrale Rolle spielten dabei die „Freundschaftswoche" und insbesondere das „Freundschaftsfest" des Ausländerbeirats, wohingegen dessen politische Arbeit weitgehend unbeachtet blieb. Die Veranstaltungen waren zum einen eine beachtliche organisatorische Leistung und demonstrierten zum anderen das Engagement des Gremiums und dessen Potenzial, unterschiedlichste Vereine und Gruppen zu mobilisieren.

Bei der Landeskulturwoche 1986 hingegen trat der Beirat lediglich als Vermittler auf und musste dabei starke organisatorische sowie inhaltliche Einschränkungen hinnehmen. Parallele Initiativen einzelner Akteur*innen wie die „Begegnung mit der Türkei" 1985 offenbarten neben der nationalitätsübergreifenden Kooperation und Solidarität innerhalb des Gremiums auch Konkurrenzdenken sowie Abgrenzungstendenzen.

In der Folge wurden die multilateralen Formate zunehmend von auf Unterhaltung und ästhetische Wirkung ausgelegten Festen einzelner Migrant*innenvereine abgelöst. Die Kehrseite dieser Entwicklung war eine Folklorisierung und Stereotypisierung. Während diese Veranstaltungen und das „Freundschaftsfest" ab Mitte der 1980er Jahre ihre einmal etablierte Form behielten und stagnierten, barg die Exposition „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!" großes Potential für die regionale Erinnerungskultur und diente dem Siegener Ausländerbeauftragten, noch bevor temporäre Expositionen in den

1990er Jahren zu „Triebkräften der Musealisierung von Migration“[1] wurden, als Vorbild für ein eigenes Ausstellungsprojekt. Die von Ünal maßgeblich geprägte Bildsprache und das kurz darauf von Jüttner entworfene Konzept boten zusammen ein Instrumentarium, um die Migration ins Siegerland zu historisieren und für die zugewanderte sowie alteingesessene Bevölkerung öffentlichkeitswirksam darzustellen.

3. Akteur*innen und Institutionen der Erinnerungskultur im Umbruch und beginnende Historisierung der Arbeitsmigration (1991–2000)

Vor dem Hintergrund der Anschläge und Ausschreitungen von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sowie der migrationspolitischen Abwehrphase entwickelte sich Anfang der 1990er Jahre eine neue Dynamik in der öffentlichen Erinnerung. Die ehemaligen „Gastarbeiter“ setzten sich nun auch in historischer Perspektive mit der eigenen Einwanderung auseinander. Das „Jubiläum der ersten italienischen Emigranten in Deutschland“ war für die regionale Erinnerungskultur ein Novum. Die Katholische Italienische Mission reagierte damit sowohl auf die zunehmende „Ausländerfeindlichkeit“ als auch auf die Erosion der seelsorgerischen Strukturen des Erzbistums Paderborn. Anstelle der in den vorhergegangenen Jahrzehnten etablierten folkloristischen Formate setzen Fabio Biasi und Bruno Andreatta als wichtigste Akteure erstmals auf die Historisierung der eigenen Wanderungserfahrung. Das Jubiläum richtete sich in erster Linie an die Migrant*innen selbst. Im Zentrum standen die „Jubilare“, welche den jüngeren Gemeindemitgliedern als Vorbilder dienen sollten. Ihre Ehrung galt sowohl dem Wagnis der Migration, als auch den Verdiensten in der neuen Umgebung. Weitere erinnerungskulturelle Impulse kamen mit den Wanderausstellungen von 1994 und 1997 von außerhalb. „Ausländer im deutschen Bergbau“ sollte anhand der Industriegeschichte des Ruhrgebiets den vor allem wirtschaftlichen Nutzen der Migrant*innen und ihrer Integration vermitteln. Die Schau war das erste Beispiel für die Musealisierung der Arbeitsmigration im Siegerland und demonstrierte das Potenzial der Kooperation mit einer überregional bedeutenden Institution. „Ausländische Frauen – Frauen wie Du und ich“ thematisierte demgegenüber erstmals das Geschlecht als relevante Dimension der Einwanderungsgeschichte, war inhaltlich-konzeptionell jedoch bereits überholt und blieb ästhetisch hinter den zuvor in der Region gezeigten Ausstellungen zurück.

4. Expansion der Erinnerungskultur und Konjunktur von Migrationsausstellungen im neuen Jahrtausend (2001–2015)

Parallel zur Wende in der deutschen Integrationspolitik und der wenig später einsetzenden Debatte um ein nationales Migrationsmuseum befanden sich die regionalen Betreuungsstrukturen, Migrant*innenorganisationen und -gemeinden im Umbruch. In dieser Situation stellte die 2001 in Siegen gezeigte DoMiT-Wanderausstellung „So fing es an…“

[1] So eine These von Marie Toepper. Vgl. Toepper: Temporäre Ausstellungen als Triebkräfte der Musealisierung von Migration.

als erste Exposition im Siegerland den gesamten historischen Prozess der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik dar und sprach Bürger*innen unabhängig von ihrer Herkunft gemeinsam an. Sie wurde sowohl als erfolgreiche Kooperation des Vereins für Soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen und der Stadt Siegen als auch inhaltlich und konzeptionell zum Vorbild. So waren die drei migrationsgeschichtlichen Ausstellungen in Kreuztal und Siegen zwischen 2008 und 2015 deutlich von ihr beeinflusst.
Die Konjunktur regionaler Expositionen an der Schwelle zu den 2010er Jahren beruhte auf einem breiten gesellschaftlichem Engagement. Unterstützt durch Politik und Verwaltung arbeiteten Institutionen der Mehrheitsgesellschaft wie die Diakonie und die Migrant*innen nun zusammen an der Historisierung der Migration. Dabei dominierten nicht zufällig biografische, personifizierende Zugänge. Lebensgeschichtlich angelegte Ausstellungen waren nicht nur einfach umzusetzen, sondern zeigten die Kontingenz und Prozesshaftigkeit des Migrationsgeschehens und gaben den Perspektiven der beteiligten und betroffenen Menschen Raum. Insgesamt markierten die untersuchten Expositionen wichtige Entwicklungsschritte und zeigten das wachsende Selbstbewusstsein sowie die Kompetenzen der Akteur*innen. Andererseits traten in ihnen – ebenso wie bei den Eröffnungen und in der medialen Rezeption – unterschiedliche, mitunter widersprüchliche Deutungsmöglichkeiten und -ansprüche zutage.

5. Erinnerungskultur nach der Migrationskrise und postmigrantische Ansätze (seit 2016)

Die Europäische Migrationskrise 2015/2016 war sowohl für die nationale als auch die regionale Erinnerungskultur eine Zäsur. „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte." war die erste Ausstellung im Siegerland über Migration und Integration seit der Flüchtlingskrise und stand somit unter veränderten Vorzeichen, thematisierte die dadurch wieder aufgeflammten Diskussionen und gesellschaftlichen Debatten jedoch nicht. Mit ihrem postmigrantischen Ansatz überwand sie etablierte Erfolgs- bzw. Opfernarrative und zeichnete ein ambivalentes Bild der Region, indem sie einerseits darstellte, wie ihre Protagonistinnen und Protagonisten sich diese angeeignet und in ihr eingelebt hatten, andererseits jedoch auch Fremdheits- und Diskriminierungserfahrungen thematisierte. Darüber hinaus durchbrach sie den dominierenden biografischen und visuellen Zugang, der die Expositionen der Vorgängerphase kennzeichnete. Das Element „Gegenstände erzählen" war, ungeachtet der intransparenten Inszenierung der Objekte, eine wesentliche Errungenschaft, zumal die Kurator*innen sich bei der Konzeption weder an einem bestehenden, regional adaptierbaren Ausstellungskonzept orientieren, noch auf eine bestehende Sammlung von Exponaten zurückgreifen konnten.

Charakteristika und spezifische Entwicklungen der Erinnerung an die Arbeitsmigration im Siegerland

Analog zum vorhergegangenen Teil der Arbeit stellt sich abschließend die Frage nach den Charakteristika und spezifischen Entwicklungen der Erinnerung an die Arbeitsmigration in der Region.

Gesellschaftliche und diskursive Randposition

Von ihren Anfängen bis in ihre vierte Phase hinein erfolgte die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit der Arbeitsmigration aus einer gesellschaftlichen und diskursiven Randposition und vor dem Hintergrund von Fremdheits- und Ausgrenzungserfahrungen. Wie beispielsweise am Motto des ersten gemeinsamen Fests von Jusos und Migrant*innenvereinen 1982 im Siegener Schlosspark „Stopp Ausländerhaß – Freundschaft gegen Ausländerhaß“ oder dem Untertitel der Ausstellung des DBM 1994 in Kreuztal besonders deutlich wird, stand das Werben um Anerkennung und wechselseitige Verständigung im Vordergrund. Diese Abseitsstellung zeigte sich auch auf der geschichtspolitischen Makroebene. Die Erinnerung an die Arbeitsmigration wurde, anders als etwa die Kulturarbeit nach § 96 BVFG, nicht umfassend staatlich subventioniert. Weder Sonderprogramme wie „Demokratie leben!“, noch die kommunale Unterstützung, etwa in Form des Etats des Ausländerbeirats bzw. Integrationsrats oder der von der Stadt Siegen eingerichteten Haushaltsstelle zur „Förderung des friedlichen Zusammenlebens“, konnten eine langfristige, kohärente Förderpolitik ersetzen. Schließlich fehlte trotz vereinzelter Kontakte und Kooperationen mit der Universität Siegen, beispielswiese bei der Veranstaltungsreihe „Begegnung mit der Türkei“ 1985 oder der Diskussionsveranstaltung im November 2001, eine wissenschaftliche Basis und Reflexionsinstanz für eine umfassende und nachhaltige Historisierung.

Flüchtigkeit

Es gelang daher nur in Ausnahmefällen, die Medien und Praktiken der Erinnerung im Siegerland fest zu etablieren und institutionalisieren. So fanden beispielsweise die Freundschaftsfeste im Siegener Schlosspark seit den 1980er Jahre regelmäßig statt, die zahlreichen regionalen Ausstellungsprojekte blieben jedoch stets zeitlich sowie in ihren Darstellungsmitteln begrenzt. Es dauerte bis weit ins neue Jahrtausend, ehe mit „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.“ eine erste Exposition über mehrere Jahre hinweg im Siegerland gezeigt wurde und die regionale Einwanderungsgeschichte anhand von Objekten vermittelte. Nach wie vor existiert im Siegerland jedoch kein permanenter Ort der Erinnerung an die Arbeitsmigration.

Pluralität

Die regionale Erinnerungskultur wurde durch eine Vielzahl wechselnder Akteur*innen und Institutionen gestaltet und geprägt. Anfangs trugen die nationalitätsspezifischen Betreuungsstrukturen dazu bei, dass die „Gastarbeiter" sich primär in herkunfts- oder religionsbasierten Zusammenschlüssen organisierten trotz ihrer geteilten Erfahrungen und ähnlichen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik kein Gruppenbewusstsein bzw. kein gemeinsames Selbstverständnis als Arbeitsmigrant*innen entwickelten. Daneben zeigte sich etwa bei der Gründung des Siegener Ausländerbeirates sowie bei zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen die zentrale Rolle und Gestaltungskraft besonders engagierter sowie vernetzter Einzelpersonen. Wie sich anhand der Geschichte des Ausländerbeirates nachzeichnen lässt, konnten trotz dieser Pluralität jedoch Kooperation und Solidarität zur Vertretung gemeinsamer Interessen entstehen.

Innovation und Adaption

Darüber hinaus eröffneten sich durch die Vielfalt der beteiligen Akteur*innen, Institutionen und Organisationen Spielräume für neue Medien und Praktiken. Besonders deutlich wird dies an den Ausstellungen der vierten Phase sowie am Beispiel der Jubiläumsfeier des Jahres 1993, mit der die Katholische Italienische Mission auf die rassistische Gewaltwelle Anfang der 1990er Jahre reagierte und die Erfahrungen und Erinnerungen ihrer Mitglieder als Ressource im Kampf gegen „Ausländerfeindlichkeit" nutzte. Umgekehrt nahmen die Siegerländer Akteur*innen auch wichtige Impulse von außerhalb der Region auf. Als besonders einflussreich erwiesen sich die Ausstellungen „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!" 1985 und „So fing es an…" 2001.

Dritter Teil

(Spät-)Aussiedlermigration in der regionalen Erinnerungskultur

5. Ursprünge und Beginn der Aussiedlermigration

Ab 1950 wurden rund 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler[1] in der Bundesrepublik aufgenommen.[2] Die Einwanderung dieser deutschen bzw. deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen aus Ländern und Gebieten Ostmittel-, Südost- und Osteuropas schlug sich neben „Flucht und Vertreibung" und der Arbeitsmigration der 1960er und 70er Jahre langfristig in der regionalen Erinnerungskultur nieder. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die dort lebenden, nicht im Zuge von „Flucht und Vertreibung" nach Westen geflüchteten oder zwangsumgesiedelten deutschen Minderheiten kollektiv für die nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungspolitik verantwortlich gemacht, marginalisiert, verfolgt und vielfach enteignet oder deportiert.[3] Aus moralischen, humanitären und politischen Gründen wurde ihnen im Artikel 116 des am 23. Mai 1949 verkündeten Grundgesetzes der Anspruch gewährt, mit ihren engsten Angehörigen in der Bundesrepublik aufgenommen zu werden und die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das Bundesvertriebenengesetz von 1953 verlieh ihnen den Rechtsstatus als „Aussiedler" und stellte sie den Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs gleich.[4] Darüber hinaus legte es mit der geographischen Herkunft aus den kommunistischen Staaten des Ostblocks („Vertreibungsgebieten") sowie der deutschen Staatsangehörigkeit oder „Volkszugehörigkeit" wesentliche Kriterien für die Aufnahme und Einbürgerung in der Bundesrepublik fest.[5] Für letztere war entscheidend, dass sich die Betreffenden „durch bestimmte Elemente wie Sprache, Abstammung, Erziehung, Kultur" zuvor nachweislich „zum deutschen Volkstum bekannt" hatten.[6] Diese Regelungen blieben bis Anfang der 1990er Jahre in Kraft und wurden im Laufe der Zeit auf weitere Gruppen wie die 1941–1945 über die „Deutsche Volksliste" in das nationalsozialistische Deutsche Reich eingebürgerten Menschen in den annektierten polnischen und ukrainischen Gebieten ausgeweitet.[7] Das SED-Regime er-

---

[1] Diese Schreibweise umfasst die zu unterschiedlichen Zeiten gebräuchlichen Bezeichnungen „Aussiedler" und „Spätaussiedler". Eine Erläuterung dazu folgt weiter unten.

[2] Ein Bericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nennt diese Zahl für den Zeitraum zwischen 1950 und 2012, als die Aussiedlung beinahe völlig beendet war. Vgl. Susanne Worbs/Eva Bund/Martin Kohls/Christian Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 20), Nürnberg 2013, S. 28.

[3] Barbara Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 397-404, hier S. 398f.

[4] Vgl. Jannis Panagiotidis: Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 8-11, hier S. 9; ders.: Aussiedler/Spätaussiedler, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (31.08.2020), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/aussiedlerspaetaussiedler (Stand 25.07.2024).

[5] Einen Sonderfall unter den Aussiedlungsstaaten stellte das sozialistische Jugoslawien dar, das nicht dem Warschauer Pakt angehörte. Albanien wurde ebenfalls zu den „Vertreibungsgebieten" gezählt, obwohl dort historisch keine deutsche bzw. deutschsprachige Bevölkerung gelebt hatte.

[6] § 6 BVFG in der Fassung vom 22.7.1953, zit. nach: Panagiotidis: Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland S. 8.

[7] Die über die „Deutsche Volksliste" von den nationalsozialistischen Behörden vollzogenen Einbürgerungen wurden mit dem ersten Staatsangehörigkeitsregelungsgesetz (1. StAngRegG) von 1955 anerkannt. Vgl.

kannte die Diskriminierung und Verfolgung der deutschen Minderheiten in den sozialistischen „Bruderstaaten“ ebenso wenig offiziell an wie zuvor „Flucht und Vertreibung“ und schuf dementsprechend keine vergleichbare gesetzliche Regelung. Dennoch nahm die DDR zwischen 1949 und 1990 etwa 125 000 bis 150 000 sogenannte „Übersiedler“ auf.[8]

Bezeichnungen

Abseits der juristischen Bedeutung etablierte sich „Aussiedler“ als alltagssprachlicher Oberbegriff für die deutschstämmigen Zugewanderten aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa. Daneben finden sich in den Quellen die Bezeichnungen „Ausgesiedelte“[9], „Übersiedler“[10] und – lange bevor dieser Rechtsstatus mit der Reform des Bundesvertriebenengesetzes vom 21.12.1992 eingeführt wurde – „Spätaussiedler“[11].[12] Ein gebräuchlicher Ausdruck für die noch nicht aus dem Ostblock in die Bundesrepublik ausgereisten Deutschen war „Heimatverbliebene“[13]. Die Benennung in der vorliegenden Studie richtet sich nach den zur jeweiligen Zeit geltenden juristischen Kategorien. Die bis Ende 1992 zugewanderten Menschen werden dementsprechend als „Aussiedler“, die ab 1993 aufgenommenen Migrant*innen als „Spätaussiedler“ bezeichnet. Geht es um beide Gruppen, wird die Klammerform „(Spät-)Aussiedler“ benutzt.

„Nachzügler der Vertreibung“. Beginn der Aussiedlermigration

Wenngleich der Begriff „Aussiedler“ juristisch eindeutig und eng definiert war, handelte es sich um eine äußerst heterogene Gruppe. Über die Jahrzehnte hinweg kamen die deutschen bzw. deutschsprachigen Migrant*innen aus verschiedenen Ländern und Gebieten

---

Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler. Zur „Deutschen Volksliste vgl. Roland Borchers: Deutsche Volksliste, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (11.01.2021), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32838 (Stand: 4.03.2024).

[8] Vgl. Claudia Schneider: Als Deutsche unter Deutschen? „Übersiedler aus der VR Polen“ in der DDR ab 1964, in: Kim Christian Priemel (Hg.): Transit – Transfer: Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990, Berlin 2001, S. 51–74; Jannis Panagiotidis: What is the German's Fatherland? The GDR and the Resettlement of Ethnic Germans from Socialist Countries (1949–1989), in: East European Politics & Societies and Cultures 29 (2015), H. 1, S. 120–146.

[9] Harald von Koenigswald: Das dritte Problem, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das dritte Problem (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Kulturheft 29), Troisdorf 1957, S. 15-25, hier S. 22.

[10] Vgl. Referat „Mittel- und ostdeutsche Kulturarbeit heute – Pflege und Begegnung“ von Ministerialdirigent Dr. Ludwig Landsberg anlässlich einer Arbeitstagung im „Haus des deutschen Ostens“ am 16.06.1972, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 149.

[11] Eine frühe Verwendung findet sich etwa in dem Geleitwort zu einer Publikation des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums von 1957. Vgl. Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das dritte Problem, S. 3.

[12] Jannis Panagiotidis gibt ferner noch die Bezeichnungen „Rücksiedler“, „Rückkehrer“ oder „Heimkehrer“ an, die allerdings im hier untersuchten Material nicht auftauchen. Vgl. Jannis Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler, in: Bartels/Löhr/Reinecke/Schäfer/Stielike (Hg.): Inventar der Migrationsbegriffe (20.01.2022), URL: https://www.migrationsbegriffe.de/spaetaussiedler (Stand: 25.07.2024).

[13] „Die Liebe zur Heimat muß jetzt Tat werden“, in: Siegener Zeitung vom 16.09.1958.

Ostmittel-, Südost- und Osteuropas und gehörten unterschiedlichen Bevölkerungen an. Jannis Panagiotidis unterscheidet in der Geschichte der Aussiedlermigration vier Phasen. Die erste erstreckte sich von 1950 bis zum Ende der 1960er Jahre.[14] Bei den in diesem Zeitraum aufgenommenen Aussiedlern handelte es sich hauptsächlich um Menschen, die nach dem Ende von „Flucht und Vertreibung" hinter dem „Eisernen Vorhang" zurückgeblieben waren und im Rahmen von Familienzusammenführungen in die Bundesrepublik und in geringerer Zahl in die DDR ausreisen durften. Sie hofften nicht nur, mit ihren bereits dort lebenden Angehörigen vereint zu werden, sondern auch der Diskriminierung oder Verfolgung unter kommunistischer Herrschaft zu entkommen und – so eine gängige Formulierung – als „Deutsche unter Deutschen" zu leben.[15] Oftmals wurde die Migration dabei als Rückkehr in die eigentliche „alte" bzw. „Urheimat" interpretiert.[16] Wirtschaftliche Wanderungsmotive spielten in der ersten Phase hingegen kaum eine Rolle. Die meisten Aussiedler – annähernd 292 000 allein zwischen 1956 und 1959 – kamen in dieser Phase aus Polen. Es handelte sich zum einen um Angehörige der von polnischen Behörden zwischenzeitlich zu „autochthonen" Polen erklärten und „verifizierten" deutschen Bevölkerung der ehemaligen Ostprovinzen, zum anderen um während des Zweiten Weltkriegs ins Deutsche Reich eingebürgerte Bewohner*innen annektierter Gebiete. Auch der Stadt und dem Kreis Siegen wurden durch das Durchgangslager in Unna-Massen Migrant*innen zur Aufnahme zugewiesen.[17] Vorübergehend führte die Einwanderung in der Region zu Problemen bei der Unterbringung, die jedoch rasch überwunden wurden.[18]
In den 1960er Jahren wanderten rund 112 000 Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland ein. Die jährlichen Aufnahmeverpflichtungen für die Stadt Siegen lagen zur Mitte des Jahrzehnts im niedrigen zweistelligen Bereich.[19] In den städtischen Durchgangsunterkünften für Aussiedler und Flüchtlinge aus der DDR lebten im Juni 1965 nur 91 Menschen.[20]

---

[14] Die Aussiedlermigration vollzog sich, abhängig vom politischen Klima und den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik, in mehreren Schüben 1956–1959, 1971–1972 und 1976–1981. Die Hochphase der Auswanderung in die DDR lag zwischen 1964 und 1971. Vgl. Jannis Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.
[15] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 397-399.
[16] Vgl. Seifert: Heimat; Walter Engel (Hg.): Fremd in der Heimat: Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa unterwegs nach Deutschland, Düsseldorf 1990.
[17] Vgl. Der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen: Verteilung der Stadt- und Landkreise auf die Einweisungslager des Landes Nordrhein-Westfalen gem. Erlass vom 18. und 19.10.1958, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, N 321, Nr. 39.
[18] Im August 1958 waren die Unterbringungskapazitäten im Landkreis Siegen, der bis dahin nach eigenen Angaben insgesamt etwas über 3 500 Aussiedler und Flüchtlinge aus der DDR aufgenommen hatte, ausgeschöpft. Vgl. Bisher über 3500 Flüchtlinge aufgenommen, in: Siegener Zeitung vom 11.08.1958.
[19] Vgl. Der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen: Bericht vom 24.10.1968 über die Überprüfung der Übergangsheime im Stadtkreis Siegen und in den Landkreisen Siegen, Wittgenstein und Arnsberg am 22. und 23.10.1968, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, K 101, Nr. 57573 Bd. 1.
[20] Vgl. Der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen: Rundschreiben vom 30.07.1965 Betr.: Bericht über die Zahl und Belegung der Gemeindedurchgangsunterkünfte im Lande Nordrhein-

Die ersten im Siegerland öffentlich sichtbaren Aussiedler kamen aus Rumänien, wo die deutschsprachigen Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben nach der ungarischen die größten Bevölkerungsminderheiten stellten. Erstere waren aus den seit dem 12. Jahrhundert nach Siebenbürgen im späteren Rumänien zugewanderten Menschen aus dem Rheinland und der Moselregion hervorgegangen. Diese hatten im Laufe der Jahrhunderte die von der ansässigen Bevölkerung genutzte Fremdbezeichnung „Sachsen" angenommen und ein starkes Gemeinschaftsbewusstsein entwickelt.[21] Zweitere wurden unter Habsburgischer Herrschaft ab dem frühen 18. Jahrhundert in drei „Schwabenzügen" im Banat angesiedelt, um die Grenzregion im Westen des heutigen Rumäniens zu sichern.[22] Von den anderen Bevölkerungsgruppen als „Schwaben" bezeichnet, nannten sie sich bald auch selbst so.[23]

Im Zuge der Auflösung Österreich-Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg fielen Siebenbürgen und der Großteil des Banats an das Königreich Rumänien. Die dort lebenden deutschen Minderheiten hatten zwar wenig politischen Einfluss, waren kulturell jedoch weitgehend autonom und konnten sich etwa eigene kirchliche und Bildungsstrukturen aufbauen. Gleichfalls große Bedeutung für das Leben und die kollektive Identität der rumäniendeutschen Minderheiten hatte die Traditionspflege in Vereinen und unter der bäuerlichen Landbevölkerung. Ein für beide Gruppen identitätsstiftender Bezugspunkt war dabei die eigene Leistung bei der Besiedlung ihrer Regionen. Gwénola Sebaux spricht von einem „Kolonisationsmythos"[24]. Zugleich lag darin eine Quelle von Konkurrenz und Partikularismus. Während sich die Siebenbürger Sachsen auf ihre weiter zurückreichende Siedlungsgeschichte beriefen, in der sie zeitweise auch zur politischen Elite gehört hatten, verwiesen die Banater Schwaben vor allem auf ihre wirtschaftlichen Erfolge. Eine weitere Differenzlinie verlief entlang der Konfessionen: Erstere waren vorwiegend evangelisch-lutherischen, letztere meist katholischen Glaubens.

Ab den späten 1930er Jahren näherte Rumänien sich dem Deutschen Reich an, wurde von diesem jedoch 1940 gezwungen, den nördlichen Teil Siebenbürgens sowie das Szeklerland im Osten Siebenbürgens an Ungarn abzutreten.[25] Die dort lebende deutsche Bevölkerung wurde 1944 kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Armee zum Großteil nach Westen evakuiert.[26] Unter dem 1940 an die Macht gelangten Militärdiktator Ion

Westfalen am Stichtag 30.06.1965, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, Bestand N 321, Nr. 39.

[21] Vgl. Gwénola Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 56-67, hier S. 56f.

[22] Die drei „Schwabenzüge" fanden 1722–1726 unter Kaiser Karl VI, 1763–1773 unter Kaiserin Maria Theresia und 1780–1790 unter Kaiser Josef II. statt.

[23] Vgl. Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 57.

[24] Ebd., S. 64.

[25] Die Abtretungen wurden im sog. Zweiten Wiener Schiedsspruch festgelegt und führten zu einer schweren Staatskrise in Rumänien sowie der Abdankung des Königs Carol II. zugunsten seines Sohnes Michael.

[26] Vgl. Harald Roth: Siebenbürgen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (14.06.2022), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/regionen/siebenbuergen (Stand: 25.07.2024).

Antonescu (1882-1946) beteiligte Rumänien sich am Überfall auf die Sowjetunion und dem Holocaust. Die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen profitierten zunächst von dem Bündnis mit dem nationalsozialistischen Regime. Als gleichgeschaltete und von Berlin aus streng kontrollierte „Deutsche Volksgruppe in Rumänien" erhielten sie zahlreiche Rechte und Privilegien. Durch ein zwischenstaatliches Abkommen vom 12. Mai 1943 konnten deutsche Männer rumänischer Staatsangehörigkeit zum Dienst in der Waffen-SS und der Wehrmacht rekrutiert werden.[27] Als die Rote Armee sich im Sommer 1944 der rumänischen Grenze näherte, setzte König Michael I. Antonescu ab und erklärte Deutschland den Krieg. Trotz des späten Seitenwechsels geriet Rumänien unter sowjetische Besatzung. Unter dem Druck und Einfluss Moskaus wurde Michael I. rasch entmachtet und musste schließlich Ende 1947 abdanken und ins Exil gehen.
Die Vergeltung der neuen kommunistischen Machthaber richtete sich neben den ehemaligen politischen Gegnern vor allem gegen die deutsche Bevölkerung. Zwischen 1945 und 1949 wurden arbeitsfähige Männer und Frauen im Alter von 17 bis 45 bzw. 18 bis 30 Jahren zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.[28] Der Besitz der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung wurde im März 1945 mit einem Bodenreformgesetz enteignet und in rumänisches Staatseigentum überführt.[29] Ein Grenzkonflikt mit Jugoslawien lieferte 1951 einen Vorwand für eine zweite Deportationswelle.[30] Etwa vierzigtausend Menschen deutscher, serbischer, ungarischer, bulgarischer sowie rumänischer Abstammung wurden antisozialistischer Umtriebe beschuldigt und aus dem Banat verschleppt, um den Bărăgan, ein Steppengebiet im südöstlichen Rumänien, im Rahmen der Zwangskollektivierung landwirtschaftlich nutzbar zu machen. Die Repression der deutschen Minderheiten ließ Mitte der 1950er Jahre nach. Ihre Häuser und ihr Grundbesitz wurden zumindest partiell rückerstattet. Die Bărăgan-Deportierten konnten im Dezember 1956 in ihre Herkunftsorte zurückkehren. Es blieb der deutschen Bevölkerung jedoch verboten, Rumänien zu verlassen. Nur wenige gelangten über vom Roten Kreuz organisierte Familienzusammenführungen in die Bundesrepublik. Während die rumänische Minderheitenpolitik im Inneren nach dem Machtantritt Nicolae Ceaușescus 1965 vorübergehend liberaler wurde, blieb das Ausreiseregime weiterhin restriktiv, sodass zwi-

[27] Rund 57 000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben kämpften auf deutscher Seite. Vgl. Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 58.
[28] Die Deportationen fanden im Januar und Februar 1945 statt. Einsatzgebiete waren vor allem der Donbass in der heutigen Ukraine und das südliche Russland. Vgl. Mathias Beer: Deutsche Deportierte aus Ostmittel- und Südosteuropa in der UdSSR seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 465-467.
[29] Vgl. Márta Fata: Donauschwaben in Südosteuropa seit der Frühen Neuzeit, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 535-540, hier S. 539f.
[30] Das eigentliche Ziel der Bărăgan-Deportation war es, die antisozialistischer Umtriebe verdächtigte Bevölkerung aus dem Grenzgebiet zu Jugoslawien zu entfernen und im Rahmen der Kollektivierung das Steppengebiet landwirtschaftlich nutzbar zu machen. Vgl. Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 59.

schen 1956 und 1969 durchschnittlich nur etwa 1 300 Aussiedler im Jahr nach Deutschland kamen.[31] Andere sozialistische Staaten ließen ihre deutschen Minderheiten weitgehend frei auswandern. So reisten in den 1950er und 1960er Jahren rund 120 000 „Donauschwaben"[32] aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik aus.[33] Aus der Sowjetunion gab es in dieser Phase kaum Aussiedlerzuwanderung. Bei den dort lebenden deutschen Minderheiten handelte es sich um Nachkommen von Migrant*innen, die vom 18. Jahrhundert an verschiedene Regionen des Russischen Reiches besiedelt hatten. Seit dem 20. Jahrhundert wurde diese konfessionell und hinsichtlich ihrer Herkunft heterogene Gruppe unter der Bezeichnung „Russlanddeutsche" zusammengefasst.[34] Die deutschen Minderheiten waren seit Mitte des 19. Jahrhunderts wiederholt Verfolgung, Unterdrückung und einer massiven Russifizierungspolitik ausgesetzt. Auf eine kurze Periode relativer politischer Autonomie nach der Oktoberrevolution in den 1920er Jahren folgte ab 1933 eine erneute Repressionswelle. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurden die Russlanddeutschen pauschal zu Feinden erklärt und in den Osten der UdSSR, hauptsächlich nach Sibirien und Kasachstan, zwangsumgesiedelt. Als praktisch rechtlose „Sondersiedler" durften sie die ihnen zugewiesenen Gebiete nicht verlassen und mussten zu großen Teilen in der sogenannten Trudarmee (*Trudarmija*) Zwangsarbeit leisten. Sie wurden 1964 zwar aus der Verbannung entlassen und formal rehabilitiert, blieben jedoch ausgegrenzt und stigmatisiert. Durch das gemeinsame Verfolgungs- und Vertreibungsschicksal entwickelten sich ein Gemeinschaftsbewusstsein und der Wunsch, in die „Urheimat" zurückzukehren.[35] Das Ausreiseregime blieb jedoch restriktiv, sodass zwischen 1950 und 1969 insgesamt nur etwas über 20 000 Russlanddeutsche in die Bundesrepublik ausreisen konnten.[36]

Wie schon zuvor bei den Vertriebenen galt die Aufnahme und Integration der Aussiedler als gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe. Neben dem Verantwortungs-

[31] Dabei schwankten die Zahlen stark. Die geringste Auswanderung im genannten Zeitraum war 1956 mit 176 Personen zu verzeichnen, die höchste 1961 mit 3 303. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31.

[32] Die Bezeichnung „Donauschwaben" wurde in der deutschen Südosteuropaforschung als Sammelbegriff für die seit der Frühen Neuzeit auf dem Gebiet des heutigen Ungarn, Kroatien, Rumänien, Serbien und der Slowakei angesiedelten Menschen eingeführt und verweist auf deren gemeinsame Herkunft sowie die historische Zusammengehörigkeit ihres ehemaligen Siedlungsgebietes. Vgl. Fata: Donauschwaben in Südosteuropa seit der Frühen Neuzeit, S. 536.

[33] Die Aussiedlerzuwanderung aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei ist noch weitgehend unerforscht. Vgl. Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.

[34] Vgl. Jannis Panagiotidis: Geschichte der Russlanddeutschen, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 16-19, hier S. 16.

[35] Jannis Panagiotidis sieht in der Verfolgung und Vertreibung die Entstehungsursachen für eine „reale russlanddeutsche Schicksalsgemeinschaft". Ebd., S. 19.

[36] Die genaue Zahl laut Statistik des Bundesverwaltungsamtes war 22 151. Demnach siedelten durchschnittlich rund 1 100 Russlanddeutsche pro Jahr nach Deutschland über. Die Zahlen schwankten dabei erheblich. Den Höhepunkt markierte das Jahr 1959 mit 5 563 Personen, während die offiziellen Aussiedlerzahlen 1952 und 1954 mit 63 bzw. 18 nur zweistellig waren. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31.

gefühl gegenüber den Opfern der Diskriminierung und Verfolgung unter kommunistischer Herrschaft hatte dies auch ideologische Gründe. Vor dem Hintergrund des „Kalten Kriegs" wurde die Auswanderung aus den Ostblockstaaten als politische Geste und Bekenntnis zur westlichen Demokratie und dem kapitalistischen System interpretiert.[37] Die Kategorisierung der Aussiedler als „Vertriebene" schuf eine rechtliche und institutionelle Basis für die Eingliederungshilfen und spielte langfristig auch eine wichtige Rolle für die Erinnerungskultur, da die Migrant*innen damit auch zur Klientel und Zielgruppe der „Kulturarbeit" nach § 96 des BVFG wurden.

[37] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 398f.

5.1 Erste Zusammenschlüsse von Aussiedlern in den 1950er und 60er Jahren und Einbeziehung in die Kulturarbeit

Neben den kultur- und integrationspolitischen Entscheidungen der Bundes- und der nordrhein-westfälischen Landesregierung waren die Zusammenschlüsse der Aussiedler von zentraler Bedeutung für die sich herausbildende kollektive Erinnerung. Wie die Zwangsmigrant*innen des Zweiten Weltkriegs vor ihnen organisierten sich die Deutschen aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa bald nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik, sodass die unterschiedlichen „Volksgruppen" bereits Anfang der 1950er Jahre über jeweils eigene Verbandsstrukturen verfügten.

Verbandswesen der Aussiedler

Aussiedler aus Polen bildeten keine eigenen Vereinigungen, sondern traten gegebenenfalls den Landsmannschaften der unterschiedlichen Ostgebiete bei, waren dort jedoch gegenüber den Vertriebenen in der Minderheit und weder intern noch nach außen als Gruppe sichtbar.

Die Angehörigen der deutschen Minderheiten aus Rumänien und dem 1940 an Ungarn abgetretenen Nordsiebenbürgen schlossen sich zunächst im „Verband der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Deutschland" zusammen. Die Initiatoren und Mitglieder der am 26. Juni 1946 in München gegründeten Organisation waren mehrheitlich bereits in der Endphase des Krieges ins Gebiet der Bundesrepublik geflüchtet bzw. evakuiert worden oder lebten dort sogar schon seit der Zwischenkriegszeit. Hinzu kamen nach Westdeutschland entlassene Kriegsgefangene, die aus Angst vor Repressalien nicht nach Rumänien zurückkehren wollten.[1]

Die gemeinsamen Migrationserfahrungen und -umstände hielten die beiden Gruppen jedoch nur vorübergehend zusammen. Nach kurzer Zeit trat die historisch gewachsene Konkurrenz auch in der neuen Umgebung zutage. Anfang 1950 verließen die Banater Schwaben die Organisation, welche sich daraufhin am 11. Februar in „Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland" und am 15. Mai abermals in „Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland" umbenannte. Wenige Tage später, am 21. Mai folgte in München die Gründung der „Landsmannschaft der Banater Schwaben".[2] Diese beanspruchte zwar, „Landsleute" im gesamten Bundesgebiet zu vertreten, war jedoch primär in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachen aktiv.

Die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen etablierte sich demgegenüber rasch im gesamten Bundesgebiet. Seit Juni 1950 erschien mit der Siebenbürgischen Zeitung ein eigenes Publikationsorgan, das sowohl über die für die „Volksgruppe" relevanten politi-

[1] Vgl. Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 60.

[2] Vgl. Stickler: Landsmannschaften; ders. Landsmannschaften (nach 1945), in: Historisches Lexikon Bayerns (8.02.2013), URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landsmannschaften_(nach_1945) (Stand: 25.07.2024).

schen und gesellschaftlichen Entwicklungen als auch über die Arbeit des Verbandes berichtete.[3] Insbesondere die Meldungen aus den Orts- und Kreisgruppen sind eine ergiebige Quelle zur Erforschung der Aktivitäten der Landsmannschaft in der Frühphase der Aussiedlermigration. Die Ausgabe vom 1. Dezember 1951 berichtete über „die Aufstellung neuer Kreisverbände in Bonn, Köln, Siegen, Iserlohn, Hattingen, Hagen, Bochum, Detmold und Münster“[4]. Die „Landsleute“ in diesen Orten wurden aufgefordert, sich bei den jeweiligen örtlichen Initiatoren zu melden. Wenige Monate später berichtete das Blatt über die erfolgte Gründung des „Kreisverbands Siegen und Umgebung“ am 17. Februar 1952.[5] Die persönlichen Hintergründe der Mitglieder sind unklar. So geht aus den Quellen nicht hervor, ob sie bereits im Zuge von „Flucht und Vertreibung“ oder erst später ins Siegerland gekommen waren. Ihr wesentlicher Antrieb war laut der Berichterstattung „das Bedürfnis zu regelmäßigen Zusammenkünften, um Gedanken und Erfahrungen auszutauschen und siebenbürgische Geselligkeit zu pflegen.“[6] Neben der Bewahrung von Gemeinschaft und Identität ging es jedoch auch um konkrete politische Anliegen. Nach Angaben der Zeitung hatte „gerade in Siegen das südostdeutsche Heimatlosenproblem noch keine günstige Lösung“ gefunden, was sich in „der Ablehnung der Zulassung zur gleichberechtigten Ausübung von Berufen, der Ablehnung der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft und sogar Ablehnung von Ehen zwischen Siebenbürgern und Einheimischen“[7] äußerte. Trotz dieser zahlreichen potenziellen Aufgaben löste sich der Kreisverband bald wieder auf und geriet schließlich in Vergessenheit.[8] Möglicherweise lösten das Lastenausgleichs- sowie das Bundesvertriebenengesetz viele der angesprochenen Probleme und entzogen dem Kreisverband der Landsmannschaft, welche anders als bei den Vertriebenen nicht durch eine gemeinsame heimatpolitische Agenda zusammengehalten wurde, die Grundlage.

Etwas später als die rumäniendeutschen Minderheiten organisierten sich auch die Russlanddeutschen. Die „Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler“ wurde 1950 im Gegensatz zum „Verband der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in Deutschland“ bereits überwiegend von Aussiedlern bzw. frei in die Bundesrepublik ausgereisten deutschen Staatsangehörigen gegründet.[9] Das distinkte Selbstverständnis dieser Gruppe spiegelte sich auch im Namen der Organisation wider, der erst 1955 in „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“ (LmDR) geändert wurde.

---

[3] Vgl. Siebenbürgische Zeitung 1/1950.

[4] Rege landsmannschaftliche Arbeit, in: Siebenbürgische Zeitung vom 1.12.1951.

[5] Vgl. Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.03.1952.

[6] Rege landsmannschaftliche Arbeit, in: Siebenbürgische Zeitung vom 1.12.1951.

[7] Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.03.1952.

[8] Weder in der Siebenbürgischen Zeitung noch in der regionalen Presse finden sich Hinweise auf weitere Aktivitäten. 1977 gründete sich jedoch erneut eine Siegerländer Kreisgruppe. Vgl. Kapitel 5.3.

[9] Die Mehrzahl von ihnen stammte aus den deutschen Siedlungsgebieten am Schwarzen Meer. Vgl. Gesine Wallem: Russlanddeutsches Verbandswesen, in: Dossier „Russlanddeutsche und andere postsozialistische Migranten“ der Bundeszentrale für politische Bildung (13.7.2017), URL: https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/252538/russlanddeutsches-verbandswesen/ (Stand: 25.07.2024).

Die Arbeitsgemeinschaft betonte gegenüber der eigenen Klientel zwar die „besonderen Sorgen und daher auch besondere[n] Anliegen“[10], bekannte sich nach außen jedoch – nicht zuletzt mit Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen – zu den anderen Landsmannschaften. Ihre in der Satzung festgelegten Zwecke „der Erfassung aller Rußlanddeutschen sowie den der Vertretung und Förderung aller ihrer bürgerlichen und allgemein kulturellen Belange“[11] konnte sie jedoch vor allem aufgrund der zu geringen Mitgliederschaft nicht flächendeckend wahrnehmen. Wie ein Artikel im Organ „Volk auf dem Weg“ im Frühjahr 1952 einräumte, hatten viele „Landsleute“ in der Bundesrepublik Vorbehalte gegenüber der Arbeitsgemeinschaft.[12] Im Siegerland formierte sich schließlich erst 1976 ein Ableger des Verbandes, während ungefähr zeitgleich ein Vorstoß zur Gründung einer Orts- bzw. Kreisgruppe der Landsmannschaft der Banater Schwaben scheiterte. Zu einer Alternative für die Angehörigen der „Volksgruppe“ in der Region wurden dezentral organisierte und überregional agierende Heimatortsgemeinschaften ehemaliger Bewohner*innen von Gemeinden oder Städten im Banat.[13]

Aussiedlermigration als „das dritte Problem der deutschen Flüchtlingsfrage“

Mit der fortschreitenden strukturellen Integration der Vertriebenen rückte Ende der 1950er Jahre die Aussiedlermigration in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Das nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium widmete dem Thema 1957 eine Ausgabe seiner bislang primär an die Vertriebenen gerichteten „Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung“.[14] Darin diskutierte der Mitherausgeber der Schriftenreihe Harald von Koenigswald die Aufnahme der „Spätaussiedler“, wie die Migrant*innen nun im Untertitel genannt wurden, als „das dritte Problem der deutschen Flüchtlingsfrage“[15] nach „Flucht und Vertreibung“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR. Von Koenigswald sah die Politik und Kulturarbeit vor einer neuen und dauerhaften Herausforderung, die sich deutlich von den beiden vorangegangenen unterschied. Die Abgrenzung vom „ersten Problem“ ergab sich für ihn aus den besonderen Umständen, unter denen die Aussiedler in ihren jeweiligen Herkunftsregionen gelebt und diese schließlich verlassen hatten: „Die Heimaterinnerung, von der viele Heimatvertriebene heute noch zehren, bedeutet ihnen nichts mehr. Sie haben die von Fremden verwaltete Heimat als Hölle erfahren und sehnen sich nicht mehr danach zurück.“[16] Da eine heimat- bzw. außenpolitische Lösung des „dritten Problems“

[10] Warum Landsmannschaft?, in: Volk auf dem Weg. Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler e. V. 1/1951, S. 5.
[11] Wozu Arbeitsgemeinschaft der Rußlanddeutschen?, in: Volk auf dem Weg. Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler e. V. 3/1952, S. 1.
[12] Ebd.
[13] Vgl. Kapitel 5.3.
[14] Vgl. Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das dritte Problem (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Kulturheft 29), Troisdorf 1957.
[15] von Koenigswald: Das dritte Problem, S. 25.
[16] Ebd., S. 22.

somit nicht möglich war, forderte der bereits erwähnte Ludwig Landsberg in seinem Beitrag zur Broschüre mit Verweis auf die erfolgreiche Integration der Vertriebenen eine umso intensivere „geistige Hilfe". Er appellierte, den Aussiedlern „die volle Gleichberechtigung in unserer Mitte zu geben; nicht sie in irgendeinem Winkel zu verstecken, sondern bewußt herauszustellen" und warnte vor einer Stigmatisierung: „Es darf nicht geschehen, daß die Ausgesiedelten […] hier keine Heimat finden, weil sie 12 Jahre zu spät kommen, weil man sie als halbe Polen ansieht!"[17] Die Diskussion um das „dritte Problem" sowie die Appelle der Akteure belegen den politischen Willen, die Aussiedler aufzunehmen und zu integrieren, deuten jedoch zugleich auf sich abzeichnende Integrationsprobleme und Vorurteile in der Bevölkerung hin.

„Geistige Hilfe". Aussiedler als Zielgruppe der Kulturarbeit

Einen institutionellen Rahmen und ein praktisches Modell für die geforderte „geistige Hilfe" bzw. die öffentliche Repräsentation und kulturelle Betreuung der Aussiedler bot die Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen. Die Initiative dafür ging vom Verband der „Volksgruppe" aus. Möglicherweise inspiriert von dem im Jahr zuvor verkündeten „Obhutsverhältnis"[18] Bayerns über die Sudetendeutschen, richtete dieser 1955 ein entsprechendes Gesuch an die Düsseldorfer Landesregierung, welche den Vorschlag bereitwillig aufnahm und in Folge umsetzte. Bei einem Festakt am 26. Mai 1957 wurde die Patenschaft offiziell verkündet. Die zu diesem Anlass unterzeichnete Urkunde postulierte eine besondere „Verbundenheit mit der Volksgruppe der Siebenbürger Sachsen, deren Urheimat weite Gebiete Nordrhein-Westfalens sind."[19] Wie der bereits erwähnte Oberregierungsrat Otto Heike in einer Publikation des Arbeits- und Sozialministeriums einräumte, regten sich in der Öffentlichkeit jedoch „Zweifel an der Sinnfälligkeit"[20] der Verbindung. Rückblickend betrachtet handelte es sich nur um die erste in einer Reihe von unterschiedlich ausgestalteten Patenschaften über Zusammenschlüsse bzw. Herkunftsorte und -gebiete der Vertriebenen und Aussiedler. Allein im Jahr 1964 ging Nordrhein-Westfalen drei solcher Verbindungen mit der oberschlesischen, thüringischen und sächsischen Landsmannschaft ein.[21] Das Saarland

[17] Ludwig Landsberg: Die Spätaussiedler, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das dritte Problem, S. 41-56, hier S. 45.
[18] Patenschaften wurden in Bayern häufig als „Obhutsverhältnisse" oder „Schirmherrschaften" bezeichnet. Die Patenschaft des Bundeslandes Bayern über die „Volksgruppe" der Sudetendeutschen wurde zwar 1954 verkündet, doch erst acht Jahre später schriftlich fixiert und mit einem offiziellen Festakt besiegelt. Vgl. Eisler: Patenschaften; Matthias Beer: Patenschaften, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 329-344, hier S. 338.
[19] Zit. nach: Otto Heike: Die Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für die vertriebenen Siebenbürger Sachsen, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen, S. 19-25, hier S. 22.
[20] Ebd.
[21] Vgl. Beer: Patenschaften, S. 338f.

indes nahm sich am 9. Dezember 1967 der Banater Schwaben an.[22]
Die 1957 begründete Patenschaft hatte nicht nur symbolische Bedeutung, sondern beinhaltete auch Fördermittel für die Bundesleitung der Landsmannschaft und deren Kultur- sowie Jugendarbeit. So finanzierte das Land Nordrhein-Westfalen etwa Trachten und Sommerlager für Kinder und Jugendliche. In den Ruhrgebietsstädten Herten und Oberhausen flossen Gelder in ein „Heimatmuseum" und eine „siebenbürgische Bauernstube". Darüber hinaus fanden im Oktober und November 1960 in zahlreichen Städten und Regionen Siebenbürgisch-Sächsische Kulturwochen statt.[23] Diese Maßnahmen waren jedoch nicht flächendeckend angelegt und erreichten die Angehörigen der „Volksgruppe" im Siegerland daher nicht. Wie ein Referent des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums im September 1961 auf einer Vollversammlung des Landesvertriebenenbeirats andeutete, sah die Landesregierung in der Patenschaft vor allem eine zeitlich begrenzte Starthilfe für die Aussiedler, die ihren Hauptzweck bereits erfüllt habe: „Das Land konnte ihnen vielleicht wieder in den Sattel helfen, reiten mußten sie selber."[24]
Abseits der Patenschaft spielten die Aussiedler in der Kulturarbeit eine nachgeordnete Rolle. Ein Beispiel hierfür bietet die Ausstellung „Leistung und Schicksal".[25] Anstatt jedoch eine angemessene Berücksichtigung einzufordern oder für eine gemeinsame Kulturarbeit zu werben, empfahl die Siebenbürgische Zeitung, eine eigene Schau nach ihrem Vorbild umzusetzen: „Eine solche Ausstellung über die Leistung der Siebenbürger Sachsen wäre sehr zu begrüßen. Vielleicht wäre es möglich, eine solche Wanderausstellung auch in unserer Sicht zusammenzustellen, die dann von Landesgruppe zu Landesgruppe geschickt werden könnte."[26] Diese Reaktion des Landsmannschaftsorgans verweist auf eine gewisse Distanz zwischen Vertriebenen und Aussiedlern, die sich auch im Siegerland zeigte.

Sichtbarwerden der Aussiedler und erste Veranstaltungen in der Region

Der Diskurs um das „dritte Problem" und die Gründung der Patenschaften wurde zwar auch in der Region rezipiert, hatte jedoch keinen merklichen Einfluss auf die Kulturarbeit vor Ort. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des „Tags der Heimat" 1958 in Siegen. Die Mahnung des Historikers Richard Breyer vom Marburger „Johann Gottfried Herder-Institut" zur Solidarität mit den Aussiedlern und den noch der Ausreise aus Polen harrenden Deutschen blieb folgenlos.[27] In den Aktivitäten und im politischen Kalkül des BdV im Siegerland spielten diese beiden Zielgruppen weiterhin keine Rolle.

[22] Vgl. Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 63. Am 20. Mai 1998 ging diese Patenschaft auf das Land Baden-Württemberg über.
[23] Vgl. Heike: Die Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für die vertriebenen Siebenbürger Sachsen, S. 23.
[24] Patenschaften in der Bewährung. Aus der Vollversammlung des Landesvertriebenenbeirats von NRW in Drabenderhöhe, in: Siebenbürgische Zeitung vom 30.09.1961.
[25] Vgl. Kapitel 2.6.
[26] Kulturelle Breitenarbeit, in: Siebenbürgische Zeitung vom 31.10.1966.
[27] Vgl. Kapitel 2.3.

Die alteingesessene Bevölkerung hingegen zeigte sich in Teilen offen für die Aussiedler. So organisierte die Bezirksgruppe des Sauerländischen Gebirgsvereins im Oktober 1961 in Siegen einen Auftritt einer siebenbürgisch-sächsischen Volkstanzgruppe aus Setterich.[28] In dem Stadtteil von Baesweiler in der Nähe Aachens befand sich eine von drei Siedlungskonzentrationen der „Volksgruppe" in Nordrhein-Westfalen.[29] Während die organisatorischen und möglicherweise personellen Hintergründe der Veranstaltung mangels Quellen unklar sind, gibt ein in der Siebenbürgischen Zeitung erschienener Bericht zumindest Einblick in deren Ablauf aus Sicht der Besuchergruppe. Der erste Programmpunkt des Abends war eine gemeinsame Mahlzeit. Dabei wurde den Gästen mit „Siegerländer Krüstchen" eine regionale Spezialität serviert.[30] Nach dem Essen folgte der Auftritt der Tanzgruppe. Auf Bitte der Einladenden hatte diese entgegen ihrer Tradition auch zwei Gesangsbeiträge einstudiert. Erleichtert vermerkte die Autorin des Berichts in der Siebenbürgischen Zeitung, „daß die Leute gerne bereit waren, unseren nicht ganz einwandfreien Liedervortrag zu entschuldigen."[31] Durch die gemeinsame Mahlzeit und die Musik- bzw. Tanzvorstellung präsentierten die Formation aus Setterich und die Mitglieder des Sauerländer Gebirgsvereins sich gegenseitig Elemente ihres spezifischen regionalen Kulturgutes, dessen Wirkung jeweils auf der sinnlichen Wahrnehmung und Erfahrung beruhte. Das Verhältnis beider Gruppen zueinander wurde hier nicht kognitiv, sondern durch Darbietung und Konsum gleichsam symbolisch verhandelt.

Dies galt besonders für den Abschluss und Höhepunkt des Abends, bei dem die Jugendlichen beider Gruppen einander zum Tanz aufforderten. Die Veranstaltung knüpfte so an den Ablauf von Heimatabenden und ähnlichen Zusammenkünften an, die häufig mit einem musikalisch begleiteten informellen Teil endeten. Dies hatte jedoch auch eine symbolische Bedeutung: Nachdem Alteingesessene und Aussiedler ihre jeweilige Gruppenidentität präsentiert und ausgelebt hatten, wurde die Trennung zwischen ihnen vorübergehend aufgehoben und damit gleichsam eine reale gesellschaftliche Annäherung vorweggenommen.

Die Einladung aus Siegen war ein klares Zeichen der Anerkennung und des Interesses an den Siebenbürger Sachsen und wurde von diesen auch als solches wahrgenommen. Dennoch fand die Begegnung zwischen beiden Seiten nicht ganz auf Augenhöhe statt. Bis zum gemeinsamen Tanz am Ende des Abends blieben die Rollen der Gäste und Gastgeber klar

[28] Vgl. Siegerlandfahrt der Jugend-Volkstanzgruppe Setterich, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.12.1962. In dem Bericht ist die Rede vom „Alpenverein". Höchstwahrscheinlich ist jedoch der Sauerländische Gebirgsverein gemeint, der sich etwa 1965 an der „Gesamtdeutschen Woche" beteiligte.

[29] Die anderen Orte waren Herten-Langenbochum und Oberhausen-Osterfeld im Ruhrgebiet. Seit 1961 wurde im 50 km westlich von Siegen gelegenen Drabenderhöhe eine Siedlung für Siebenbürger Sachsen errichtet, die als Modellprojekt bekannt wurde.

[30] Es handelt sich um ein mit einem Spiegelei belegtes Schnitzel auf Graubrot.

[31] Siegerlandfahrt der Jugend-Volkstanzgruppe Setterich, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.12.1962. Der Bericht in der Siebenbürgischen Zeitung vermerkte dazu: „Nun ist es bei uns nicht der Brauch, während der Volkstanzprobe zu singen. Für diesen Zweck haben wir noch eigens zwei Lieder gelernt."

getrennt. Der Bericht in der Siebenbürgischen Zeitung zog zwar ein äußerst positives Fazit der Veranstaltung, zeugt jedoch auch von der Erleichterung über die erfahrene Anerkennung. Überregionale Auftritte von Tanz- und Trachtengruppen gehörten in den folgenden Jahrzehnten fest zur landsmannschaftlichen Arbeit der Siebenbürger Sachsen, das Gastspiel der Formation aus Setterich in Siegen blieb allerdings ein Einzelfall.

Es dauerte annähernd ein Jahrzehnt, bis die Siebenbürger Sachsen in der Region erneut öffentlich in Erscheinung traten. In der Zwischenzeit entwickelte sich das rund 40 km westlich von Siegen gelegene Drabenderhöhe im Oberbergischen Kreis, wo unter der Führung und Schirmherrschaft des Arbeits- und Sozialministeriums eine Siedlung für die Mitglieder der „Volksgruppe" errichtet und 1966 eingeweiht wurde, zu einem der wichtigsten Zentren der Aussiedler in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. Vom 20. Juli bis zum 6. August 1971 veranstaltete das bei der dortigen Kreisgruppe angesiedelte Landesjugendreferat der Landsmannschaft in der Jugendherberge am Oberen Schloss in Siegen eine „internationale Begegnung"[32] für Jugendliche aus den USA, Kanada, Österreich und der Bundesrepublik im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. Auf diesem Wege wollten die Organisatoren „das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Jugend vertiefen" und „einen Beitrag zur Verwirklichung der Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen leisten"[33]. Die Veranstaltung stand in Einklang mit einem programmatischen Artikel der Siebenbürgischen Zeitung über die „kulturelle Breitenarbeit" der Landsmannschaft und dem dort ausgegebenen Ziel, den eigenen Kindern und Jugendlichen ein „Verständnis für die Wichtigkeit der Fühlungnahme mit der Jugend anderer Nationen"[34] zu vermitteln. Während sie jedoch innerhalb der „Volksgruppe" breit rezipiert und als Beweis der eigenen Vernetzung und organisatorischen Leistungsfähigkeit gewertet wurde, gingen von ihr keine Impulse für die Region aus.

Insgesamt setzten sich sowohl die Mehrheitsgesellschaft als auch die Vertriebenen im Siegerland in der ersten Phase kaum mit der Ankunft der Aussiedler aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa auseinander. Dies änderte sich erst während der zweiten Phase, als die Aufnahmezahlen aus Rumänien und der Sowjetunion stiegen und sich die Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und Russlanddeutschen fest in der Region etablierten. Die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gegründeten Kreisverbände entwickelten sich langfristig zu Keimzellen und Institutionen der Erinnerungskultur. Ihr Verhältnis zum BdV und den darin zusammengeschlossenen Landsmannschaften blieb jedoch distanziert.

[32] Über Kontinente hinweg. Begegnung junger Siebenbürger Sachsen aus den USA, Kanada, Österreich und Deutschland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 31.08.1971.

[33] Ferienlager junger Siebenbürger Sachsen aus: Nordamerika, Österreich und Deutschland, in; Siebenbürgische Zeitung vom 15.04.1971.

[34] Kulturelle Breitenarbeit, in: Siebenbürgische Zeitung vom 31.10.1966.

5.2 Aussiedler als Zielgruppe der Kulturarbeit nach § 96 BVFG

Um 1970 begann eine zweite Phase der Aussiedlermigration, die bis 1987 dauerte. Die Auswanderung der Deutschen aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa in die Bundesrepublik hielt mit durchschnittlich 40 000 Personen pro Jahr an, fand nun jedoch unter veränderten Voraussetzungen statt.[1] Die „neue Ostpolitik" beeinflusste sowohl die Anzahl als auch die Herkunft der Migrant*innen. So stieg die Sowjetunion zum drittwichtigsten Herkunftsland nach Polen und Rumänien auf. Hauptmerkmal der zweiten Phase war jedoch ein Generationswechsel. Die „Nachzügler der Vertreibung"[2] wurden von nach Kriegsende in den „Vertreibungsgebieten" geborenen Menschen abgelöst, die grundlegend anders sozialisiert waren und die deutsche Sprache vielfach kaum oder gar nicht mehr beherrschten.[3] Mit den dadurch ausgelösten Integrationsproblemen veränderte sich die gesellschaftliche Wahrnehmung der Aussiedler. Zugleich rückten diese zunehmend in den Fokus der Kulturarbeit.

Die zweite Phase der Aussiedlermigration

Aufgrund mehrerer bilateraler Vereinbarungen kam auch im Zeitraum bis 1987 das Gros der Aussiedler aus Polen. So regelte der Warschauer Vertrag von 1970 neben Grenzfragen auch die Ausreise von Deutschen im Rahmen von Familienzusammenführungen. Im Gegenzug für finanzielle Hilfen seitens der Bundesrepublik unterzeichnete Polens Staatschef Edward Gierek anlässlich der KSZE-Konferenz 1975 in Helsinki ein Ausreiseprotokoll. Auf Basis der „Schmidt-Gierek-Vereinbarung" kamen zwischen 1976 und 1980 etwa 161 000 Aussiedler nach Deutschland. Viele weitere reisten auf inoffiziellem Wege mit Touristenvisa in die Bundesrepublik.[4] In den 1980er Jahren hielt die Migration aus Polen weiterhin an und wurde auch durch die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung und die Verhängung des Kriegsrechts zu Beginn der 1980er Jahre quantitativ nicht nachhaltig beeinflusst.[5] Insgesamt gut 396 000 „deutsche Volkszugehörige" aus Polen wanderten in der zweiten Phase in die Bundesrepublik aus.[6]

Gleichzeitig nahm die Aussiedlermigration aus Rumänien zu. Nach einer kurzen Phase der Entspannung nach dem Machtantritt Nicolae Ceaușescus 1965 nahm der Staatsterror gegen die politischen Gegner des Regimes und die Rumäniendeutschen zu Beginn der

---

[1] Die Statistik weist für den Zeitraum von 1970 bis einschließlich 1986 eine Gesamtzahl von 681 702 aus. Der jährliche Durchschnitt beträgt demnach 40 100. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31.

[2] So die von Jannis Panagiotidis etablierte Bezeichnung für die Aussiedler der ersten Phase. Vgl. Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.

[3] Vgl. ders.: Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland, S. 10.

[4] Vgl. Marius Otto: (Spät-)Aussiedler aus Polen, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 44-55, hier S.45.

[5] Im Vergleich zum Zeitraum 1975–1979 (141 637) blieb die Zahl der Aussiedler aus Polen von 1980 bis 1984 praktisch gleich (144 551). Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31.

[6] Die genaue Zahl für die Jahre 1970 bis einschließlich 1986 ist laut offizieller Statistik 396 526. Vgl. ebd.

1970er Jahre wieder zu. Die erneute Repression und der wachsende Druck, sich zu assimilieren, weckten in vielen Siebenbürger Sachsen sowie Banater Schwaben den Wunsch, das Land zu verlassen.[7] Die Aussiedlung aus Rumänien begann 1970, als die Bundesrepublik und das kommunistische Regime diplomatische Beziehungen aufnahmen und erstmals rund 6 500 Angehörige der deutschen Minderheiten ausreisen durften. Bei wechselseitigen Staatsbesuchen 1973 in Bonn und 1978 in Bukarest verständigten beide Seiten sich neben Krediten und wirtschaftlicher Zusammenarbeit auch auf humanitäre „Familienzusammenführungen".[8] Bis 1982 durften auf diesem Wege jährlich 11 000 „deutsche Volkszugehörige" zu ihren Verwandten in Deutschland ausreisen. Menschen, für welche die Familienzusammenführung mangels direkter Angehöriger in der Bundesrepublik nicht infrage kam, konnten das Land häufig erst nach privaten Schmiergeldzahlungen verlassen. Die Bundesregierung kaufte ihrerseits seit Mitte der 1970er Jahre im Geheimen jährlich etwa 10 000 Rumäniendeutsche frei.[9] Zusammengenommen kamen somit in der zweiten Phase knapp 166 000 Aussiedler aus Rumänien nach Westdeutschland.[10]

Schließlich nahm im Zeichen der Entspannungspolitik auch die Migration aus der Sowjetunion Fahrt auf.[11] So bewegte sich die Zahl der russlanddeutschen Aussiedler zwischen 1971 und 1983 konstant im vierstelligen Bereich und verharrte auf dem Höhepunkt 1976–1978 nur knapp unter der Marke von 10 000. Dennoch blieb die UdSSR mit durchschnittlich etwas über 4 000 Personen im Jahr weiterhin deutlich hinter den Hauptaussiedlungsstaaten Polen und Rumänien zurück.[12]

Die verstärkte Einwanderung deutscher „Volkszugehöriger" aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa zeigte sich auch auf der regionalen Ebene, bewegte sich verglichen mit anderen zeitgleichen Migrationsphänomenen quantitativ jedoch auf einem sehr geringen Niveau. So kamen zwischen 1974 und 1981 im Schnitt nur etwas mehr als 100 Aussiedler im Jahr nach Siegen.[13]

---

[7] Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 60f.

[8] Im Rahmen der Familienzusammenführung konnten deutsche „Volkszugehörige" zu ihren nächsten Angehörigen in die Bundesrepublik reisen. Zum Instrument der Familienzusammenführung vgl. Heinz Günther Hüsch/Peter-Dietmar Leber/Hannelore Baier: Wege in die Freiheit. Deutsch-rumänische Dokumente zur Familienzusammenführung und Aussiedlung 1968-1989 (Banater Bibliothek, Bd. 15), Aachen 2016.

[9] Vgl. Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.

[10] Die genaue Zahl für die Jahre 1970 bis einschließlich 1986 ist laut offizieller Statistik 165 776. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31.

[11] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 398f.

[12] Die genaue Zahl für den Zeitraum von 1970 bis einschließlich 1986 ist laut offizieller Statistik 72 956. Im Jahr wurden durchschnittlich 4 291 „deutsche Volkszugehörige" aus der Sowjetunion als Aussiedler aufgenommen. Auf dem Höhepunkt im Jahr 1976 kamen 9 704 Personen, am niedrigsten war die Zahl 1970 mit nur 242. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31.

[13] Vgl. Angaben in der zeitgenössischen Presseberichterstattung: Aussiedler schauten sich im Siegerland um. Informationsfahrt vermittelte Eindrücke von Land und Leuten, in: Siegener Zeitung vom 5.10.1981; Stadt bietet ihren Neubürgern Hilfen an. Betreuungsgespräch für die Aussiedler aus dem Ostblock, in: Siegener Zeitung vom 17.11.1981.

Wahrnehmung und strukturelle Integration der Aussiedler

Die strukturelle Integration verlief während der zweiten Phase insgesamt erfolgreich. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Bedeutung individueller Dispositionen und Einstellungen. Wie Marius Otto am Beispiel oberschlesienstämmiger Aussiedler gezeigt hat, war die Eingliederung in die bundesdeutsche Gesellschaft für die Migrant*innen vielfach eine zentrale „selbsternannte Aufgabe“[14]. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor neben einem geringen Durchschnittsalter und beruflichen Qualifikationen waren deutsche Sprachkenntnisse.[15] Aussiedler, die durch Familienzusammenführungen nach Deutschland gekommen waren, fanden in der neuen Umgebung überdies bereits ein soziales Netzwerk vor und konnten häufig auch auf finanzielle Unterstützung zurückgreifen. Umgekehrt waren Migrant*innen, die weder über bereits integrierte Angehörige noch über hinreichende Sprachkenntnisse verfügten, im Nachteil. Im Gegensatz etwa zu den Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben betraf letzteres besonders häufig Migrant*innen aus Polen und der Sowjetunion, wo es keinen deutschen Schulunterricht gab und die deutsche Sprache infolge einer zunehmenden Assimilation oder aus Angst vor staatlicher Diskriminierung weitgehend aus dem Alltag verschwunden war.[16]

Infolgedessen wiederum verschwamm in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend die Unterscheidung von Aussiedlern und anderen Migrant*innen wie beispielsweise den für die deutsche Wirtschaft angeworbenen „Gastarbeitern“. So sah sich der bereits erwähnte Ministerialdirigent Ludwig Landsberg in einem Referat über „Mittel- und Ostdeutsche Kulturarbeit heute“ zu einer scharfen Abgrenzung genötigt und appellierte an die Solidarität mit den eingewanderten „Volkszugehörigen“: „Schlimm ist es, wenn man unsere Spätaussiedler oder, wenn es schon sein muß, ‚Übersiedler‘ mit ausländischen Arbeitnehmern vergleicht und sie danach gesellschaftlich einordnet. Solange es Deutsche geben wird, gehören Deutsche zu Deutschen, denen wir besonderes Verständnis, Liebe und Nachsicht schulden.“[17]

Integrationsprobleme

Derartige Ermahnungen blieben zunächst folgenlos, wurden jedoch relevant, als die Aussiedlermigration in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zunahm und 1976 ihren höchsten

[14] Marius Otto: Zwischen lokaler Integration und regionaler Zugehörigkeit: Transnationale Sozialräume oberschlesienstämmiger Aussiedler in Nordrhein-Westfalen, Bielefeld 2015, S. 162f., 347–349, 372.
[15] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 398f.
[16] Vgl. Panagiotidis: Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland, S. 10.
[17] Vortrag von Ministerialdirigent Ludwig Landsberg: Mittel- und Ostdeutsche Kulturarbeit heute – „Pflege und Begegnung“ (undatiert), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343. Weitere ähnlich gelagerte Aussagen, unter anderem des Bundespräsidenten Walter Scheel, finden sich bei Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler (20.01.2022).

Stand seit fast zwei Jahrzehnten erreichte.[18] Steigende Arbeitslosenzahlen und die sprachbedingte Wahrnehmung der Aussiedler als „Ausländer" konterkarierten zunehmend die gesellschaftliche Aufnahme- und Integrationsbereitschaft.[19]

Auf einer von dem Beauftragten für Umsiedler- und Vertriebenenfragen der Evangelischen Kirche in Deutschland organisierten Konferenz im Durchgangslager Unna-Massen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Länderverwaltungen, des Bundesinnenministeriums, der Sozialwerke sowie der Flüchtlingsseelsorge im Frühjahr 1976 über „Fragen und Probleme der ostdeutschen Spätaussiedler". Im Mittelpunkt stand dabei vor allem die Haltung der Mehrheitsgesellschaft zu den Migrant*innen. Die alteingesessene Bevölkerung, beklagten die Anwesenden einhellig, zeige „nicht genügend Bereitschaft zur Akzeptierung der Spätaussiedler als soziale Partner" und nehme diese „weitgehend mit ihren menschlichen Problemen kaum zur Kenntnis"[20]. Ein fundamentaler Konflikt offenbarte sich insbesondere im Verhältnis der Zwangsmigrant*innen des Zweiten Weltkriegs zu den Neuankömmlingen aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion. So wurde auf der Tagung von „heftigen Konfrontationen zwischen Alt-Flüchtlingen und Vertriebenen und Neu-Flüchtlingen" berichtet, die weit über den üblichen Partikularismus unter den verschiedenen, im BdV zusammengeschlossenen „Volksgruppen" hinausgingen. Demnach verglichen erstere die eigenen leidvollen Erfahrungen mit denen der letzteren und missgönnten ihnen die zwischenzeitlich eingeführten, vermeintlich unverdienten Integrationshilfen: „So manche ‚Alten' beneiden die ‚Neuen', weil diese heute in eine geordnete und einigermaßen abgesicherte politisch-soziale Situation hineinkommen, während sich die Vertriebenen seinerzeit unter viel schwierigeren Verhältnissen zu behaupten hatten."[21] Das russlanddeutsche Landsmannschaftsorgan „Volk auf dem Weg" räumte ebenfalls ein „aufkeimendes Auseinanderbewegen dieser beiden Gruppen" ein, sah darin jedoch eine vorübergehende Herausforderung: „Wir wollen sehr hoffen, daß solche Erscheinungen nicht allzu häufig und nur von kurzlebiger Natur sind, und daß diese für die gesamte Volksgruppe ungünstige Erscheinung bald überlebt sein wird."[22]

Als weiteres wichtiges Problem diskutierten die Tagungsteilnehmer*innen das Befremden der Aussiedler über „die kirchliche Lage in Deutschland"[23]. War das Christentum für die Aussiedler in ihren Herkunftsländern eine wichtige Stütze und ein identitätsstiftendes Merkmal gewesen, so nahmen sie die Bundesrepublik vielfach als „praktisch glaubenslose

[18] Nach der offiziellen Statistik kamen 1976 44 402 Aussiedler in die Bundesrepublik. Damit hatte sich die Einwanderung im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt und den Höchststand seit 1958 erreicht. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31.

[19] Vgl. Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler (20.01.2022).

[20] Fragen und Probleme der ostdeutschen Spätaussiedler, in: Volk auf dem Weg 6/1976, S. 3. Der Beitrag stammte nicht von dem Landsmannschaftsorgan selbst, sondern von einem für die Publikation „Kulturpolitische Korrespondenz" des 1950 gegründeten Ostdeutschen Kulturrates (heute: Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa) tätigen Journalisten..

[21] Ebd.

[22] Zur Jahreswende 1977/78, in: Volk auf dem Weg Nr. 1 Januar 1978, S. 1f.

[23] Fragen und Probleme der ostdeutschen Spätaussiedler, in: Volk auf dem Weg 6/1976, S. 3.

Umwelt“[24] wahr und waren vom sozialen Miteinander und der Religiosität in den deutschen Gemeinden ernüchtert. Die Enttäuschung darüber drückte ein Vertreter der Aussiedler in einer Metapher aus: „Wir frieren in der Kirche.“[25] Dieses Problem betraf insbesondere die Aussiedler aus der UdSSR. Bis zur Oktoberrevolution 1917 hatten sich die ursprünglich konfessionell sehr heterogenen Russlanddeutschen in zahlreichen, zumeist protestantischen Gemeinschaften zusammengeschlossen und auch später trotz der repressiven sowjetischen Religionspolitik an ihrem Glauben festgehalten. Um die in dieser Zeit geformte Frömmigkeit und ihre gewohnten religiösen Praktiken auch nach der Aussiedlung weiterhin beibehalten zu können, gründeten sie in der neuen Umgebung häufig eigene „Migrationskirchen“[26], anstatt sich deutschen Gemeinden anzuschließen. Zahlreiche Aussiedler, die in der Erwartung in die Bundesrepublik gekommen waren, gleichsam in ihre „Urheimat“ zurückzukehren und dort „als Deutsche unter Deutschen“ zu leben, zogen sich ins Private bzw. in den Kreis ihrer „Volksgruppe“ zurück und beschränkten die Kontakte zur alteingesessenen Bevölkerung auf das Nötigste.[27]

Integrationshilfen und erneute Diskussionen um die Kulturarbeit für die Aussiedler

Um die zunehmenden wechselseitigen Integrations- und Anpassungsschwierigkeiten zu bekämpfen, legte die Bundesregierung 1976 ein umfassendes Sonderprogramm auf. Die wichtigsten Maßnahmen waren Sprachkurse, ein beschleunigter Wohnungsbau, die vereinfachte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie die besondere schulische und soziale Unterstützung von Jugendlichen.[28] In der zugleich wiederauflebenden Debatte um die Bedeutung der Kulturarbeit für die Aussiedler klangen die Argumente aus der fast zwei Jahrzehnte früher geführten Diskussion um das „dritte Problem“ nach.[29] So erklärte das FDP-geführte Bundesinnenministerium im Juni 1977 in einer internen Stellungnahme: „Eine wirkliche Heimat werden die neu ins Bundesgebiet kommenden Deutschen vielmehr nur dann hier finden, wenn sie auch ihre heimische Kultur in ihren neuen Lebensbereichen weiterpflegen können.“[30] Die Landsmannschaften der Aussiedler argumentierten ähnlich. Beispielsweise sprach sich die Zeitung „Volk auf dem Weg“ in einem programmatischen Artikel für „Die Verfolgung eigener kultureller Belange und die

[24] Ebd.
[25] Ebd.
[26] Kornelius Ens: Russlanddeutsche Migrationskirchen: Entstehung und Herausforderung, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 33f, hier S. 33.
[27] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 403.
[28] Vgl. Panagiotidis: Geschichte der Russlanddeutschen, S. 10.
[29] Vgl. Kapitel 5.1.
[30] Stellungnahme des Bundesinnenministerium zum Bericht der Bundesregierung über die in den Rechnungsjahren 1973, 1977 und 1975 gemäß § 96 BVFG getroffenen Maßnahmen vom 9.06.1977, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343.

Erforschung unserer Geschichte“ aus, um „ein Einfügen in die neue Gesellschaftsordnung“[31] in Westdeutschland zu ermöglichen.

Ungehörte Appelle. Die Lage im Siegerland

Die soeben dargestellten Diskurse auf der Bundes- und Landesebene seit Beginn der 1970er Jahre wurden im Siegerland nicht ausgetragen. Eine naheliegende Erklärung hierfür ist die erfolgreiche strukturelle Integration. So partizipierten die Migrant*innen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation insgesamt erfolgreich am regionalen Arbeits- und Wohnungsmarkt. Die Siegerländer Betriebe äußerten sich öffentlich wiederholt zufrieden mit der Leistung und Arbeitsmoral ihres aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion eingewanderten Personals.[32] Wenngleich sich in den Quellen keine Hinweise auf Konflikte zwischen Vertriebenen und Aussiedlern finden, blieb das Verhältnis zwischen beiden Gruppen dennoch distanziert.

Der BdV behielt seine reservierte Haltung aus den vorhergegangenen Jahrzehnten weiterhin bei. Gleiches galt für den Siegener Vertriebenenbeirat. Als der Zuzug von Aussiedlern aus Polen 1971 sprunghaft um nahezu das Fünffache zunahm, besichtigten dessen Mitglieder eine Siegener Unterbringungseinrichtung, um „einen kleinen Einblick […] von den Sorgen der Übersiedler, von ihrer Unterbringung und den Problemen der endgültigen wohnungsmäßigen Versorgung“[33] zu gewinnen. Nach diesem einmaligen Besuch verlor das Gremium jedoch offenbar rasch wieder das Interesse und befasste sich in den folgenden Jahren kaum mehr mit den Aussiedlern.

Insgesamt blieben die Appelle der Akteure auf Landesebene, in den Maßnahmen nach § 96 BVFG auch die „östlichen Nachbarn und Partner“[34] zu berücksichtigen und die Aussiedler aktiv einzubeziehen, in der Region weitgehend ungehört. An einer von der Rumänischen Künstlerunion, einer Organisation der herrschenden Kommunistischen Partei, organisierten Wanderausstellung im März 1973 in Siegen beispielsweise waren die Institutionen und Akteure der Kulturarbeit in der Region nicht beteiligt, obwohl mit Hildegard Klepper-Paar auch eine Banater Schwäbin unter den Ausstellenden vertreten war. Die Schau präsentierte die in Orschowa (Orșova) geborene Grafikerin jedoch nicht als Vertreterin ihrer „Volksgruppe“ bzw. der deutschen Minderheiten, sondern als Angehörige der surrealistischen Kunstbewegung in Rumänien, und war damit nicht im Sinne der Vertriebenen und ihrer Organisationen.[35]

Angesichts dessen blieb es im Siegerland den Aussiedlern selbst überlassen, das Vakuum

[31] Zur Jahreswende 1977/78, in: Volk auf dem Weg 1/1978, S. 1f.
[32] Vgl. z. B. Stadt bietet ihren Neubürgern Hilfen an, in: Siegener Zeitung vom 17.11.1981.
[33] Niederschrift über die Sitzung des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen am Donnerstag, dem 13. Mai 1971, Stadtarchiv Siegen E 3239/016.
[34] Vortrag von Ministerialdirigent Ludwig Landsberg: Mittel- und Ostdeutsche Kulturarbeit heute – „Pflege und Begegnung“ (undatiert), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951, Nr. 343.
[35] Siebenbürgische Zeitung vom 15.03.1973.

in der Kulturarbeit und der regionalen Erinnerungskultur zu füllen. Einen entscheidenden ersten Schritt hierzu unternahmen die Siebenbürger Sachsen und Russlanddeutschen im Siegerland in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit der Gründung von Landsmannschaftsgruppen.

5.3 Gründungen und Aktivitäten von Landsmannschaftsgruppen im Siegerland

Auf dem Höhepunkt der Aussiedlermigration während der zweiten Phase organisierten sich die deutschen Migrant*innen aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa im Siegerland zunehmend in herkunftsbasierten bzw. landsmannschaftlichen Zusammenschlüssen.

Als erstes formierte sich 1976 in Kreuztal ein Ableger der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR).[1] Der genaue Zeitpunkt und die Umstände der Gründung liegen mangels Quellen im Dunkeln. Weder erwähnte das Verbandsorgan „Volk auf dem Weg" die neue Siegerländer Orts- bzw. Kreisgruppe, noch liegen Berichte der regionalen Presse vor.[2] Es ist unklar, ob es sich bei dem Verband zunächst um einen eigenständigen regionalen Zusammenschluss handelte, der erst später der Landsmannschaft beitrat, oder ob dieser umgekehrt von der höheren Verbandsebene initiiert wurde. Der historische Kontext spricht jedoch für die zweite Variante.

Als 1976 fast doppelt so viele Aussiedler aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik kamen wie im Vorjahr, rief die Landsmannschaft ihre Mitglieder dazu auf, sich auf die Betreuung der „Neuankömmlinge" vorzubereiten und diese aktiv in ihre Aktivitäten einzubeziehen: „In manchen Gegenden sollten neue Ortsgruppen gegründet werden (vielleicht von einer Nachbargruppe aus), manche Ortsgruppen sollten Art und Umfang ihrer Tätigkeit überdenken und sie gegebenenfalls der neuen Entwicklung anpassen. […] Die Veranstaltungen sollten in allen Ortsgruppen auch für die Spätumsiedler attraktiv sein, d. h. es sollte auf ihre Interessen und Probleme eingegangen und auf ihre Empfindungen Rücksicht genommen werden."[3] Als besonders wichtige Zielgruppe galten dabei junge Menschen.[4] Gelinge es nicht, die neu eintreffenden Russlanddeutschen einzubinden, so hieß es in dem programmatischen Artikel weiter, drohten diese sich anderweitig zu organisieren und damit zur Konkurrenz zu werden: „dann bleiben sie eben außerhalb (wenn auch oft zu ihrem eigenen Nachteil), schließen sich einigen radikalen Grüppchen an, über die wir ganz absichtlich kaum Worte verlieren, oder gründen eines Tages eine eigene Organisation."[5] Die Aussiedler als Mitglieder zu gewinnen, betrachtete die Landsmannschaft demnach nicht nur als moralische Verpflichtung sondern als Existenzfrage. Inwiefern die Siegerländer Gruppe sich an den Vorgaben des Bundesverbandes orientierte, ist unklar. Rückblickend erklärte der erste Vorsitzende der Kreisgruppe, Viktor Steinert, diese habe

---

[1] Vgl. 25 Jahre Landsmannschaft der Russlanddeutschen in Siegener Zeitung vom 2.06.2001.

[2] Die lokalen Zusammenschlüsse firmierten je nach Zusammensetzung und Mitgliedschaft als Orts- oder Kreisgruppen. Eine Anfrage beim LmDR-Kreisverband, der sich als Nachfolger der 1976 gegründeten Gruppe versteht, brachte ebenfalls keine Quellen zutage.

[3] Die Zukunft der landsmannschaftlichen Arbeit, in: Volk auf dem Weg 8/1976, S. 1.

[4] Bereits wenige Ausgaben zuvor hatte der Jugendreferent des Bundesverbandes in einem „Aufruf an alle jungen Rußlanddeutschen" appelliert, sich für die Altersgenoss*innen unter den Aussiedlern zu engagieren. Vgl. Aufruf an alle jungen Rußlanddeutschen, in: Volk auf dem Weg 5/1976, S. 4.

[5] Die Zukunft der landsmannschaftlichen Arbeit, in: Volk auf dem Weg 8/1976, S. 1.

von Anfang an vor allem „Familien wieder zusammenführen und Menschen bei der Eingliederung helfen“[6] wollen. Dabei trat sie jedoch weder in die Öffentlichkeit, noch wurde sie in der Region als Interessenvertretung der Russlanddeutschen wahrgenommen.
Dies gilt auch für die Landsmannschaft insgesamt. Wie das Organ „Volk auf dem Weg“ im Januar 1978 einräumen musste, war es nicht gelungen, die Integration der Aussiedler spürbar positiv zu beeinflussen: „Unsere Eingliederungsprobleme wurden 1976 teils eher schwieriger, als daß sie im Laufe der Zeit und der Einarbeitung zahlreicher Helfer an Spannung verloren hätten.“[7] Als wesentliche Ursache machte die Zeitung das fehlende Engagement ihrer Klientel aus. Die Ergebnisse einer Konferenz ihrer nordrhein-westfälischen Landesgruppe im Durchgangslager Unna-Massen im Juni 1978 aufgreifend, beklagte sie, weiterhin seien „fast keine Spätheimkehrer zur Mitarbeit in der Betreuung der Landsleute bereit“.[8] Nicht zuletzt, weil die Zahl von Aussiedlern aus der UdSSR an der Schwelle zu den 1980ern Jahren wieder stark zurückging, blieben die befürchteten Konsequenzen zwar aus, doch war die LmDR auch in der dritten Phase der Aussiedlermigration ab 1987 nicht in der Lage, die eigenen Mitglieder zur Unterstützung der neu eintreffenden Aussiedler zu mobilisieren und diese an sich zu binden.[9]
Ein Jahr nach den Russlanddeutschen fanden sich die Siebenbürger Sachsen ebenfalls in einer Kreisgruppe zusammen. Die Initiative hierfür kam nicht aus der Region, sondern von der höheren Verbandsebene. In einem Rundbrief an die Mitglieder und Angehörigen der „Volksgruppe“ im Siegerland rief der Ehrenvorsitzende des westfälischen Landesverbands, Rudolf Dienesch, dazu auf, einen regionalen Ableger zu gründen.[10] Die Gründung ist somit ebenso wie vermutlich die der LmDR-Kreisgruppe im Kontext einer aktiven, von oben betriebenen Expansion der landsmannschaftlichen Strukturen zu sehen. Zu dem 1951/52 aufgestellten Ableger bestanden keine organisatorischen oder personellen Kontinuitäten.[11] So sprach die Siebenbürgische Zeitung von einer „neugegründete[n] Kreisgruppe“[12]. Am 28. Oktober 1977 fand die Gründungsversammlung statt.
Die Veranstaltung ist nur in einem knappen Bericht der Siebenbürgischen Zeitung dokumentiert, der jedoch wichtige Einblicke in den Ablauf und die Ziele der Gründung gibt. Den Auftakt der Versammlung bildete eine Ansprache von Rudolf Dienesch mit dem Titel: „Was tut die Landsmannschaft? Hat ihre Existenz einen Sinn?“[13] Dem Titel nach erfüllte die Rede zwei Funktionen. Erstens sollten die Anwesenden überzeugt werden, sich der neuen Gliederung anzuschließen, zweitens versuchte Dienesch, für diese eine Leitlinie

[6] 25 Jahre Landsmannschaft der Russlanddeutschen in Siegener Zeitung vom 2.06.2001.
[7] Zur Jahreswende 1977/78, in: Volk auf dem Weg 1/1978, S. 1f.
[8] Ein Lebenszeichen aus Nordrhein-Westfalen, in: Volk auf dem Weg 8/9/1978, S. 8.
[9] Vgl. Kapitel 5.6.
[10] Vgl. Kreisgruppe Siegerland. 36 Jahre Kreisgruppe. 80 Jahre Johann Renges, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.09.2013.
[11] Möglich ist auch, dass die 1951/52 aufgestellte Vorgängerin bekannt war, aber aus anderen Gründen bewusst nicht erwähnt wurde.
[12] Die 18. Kreisgruppe in Nordrhein-Westfalen, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.11.1977.
[13] Ebd.

vorzugeben. Von 51 geladenen „Landsleuten" traten 40 der neuen Kreisgruppe bei. Anschließend setzte die Versammlung einen provisorischen Vorstand ein. Erster Vorsitzender wurde Johann Renges. Die Anwesenden besiegelten die Gründung anschließend symbolisch, indem sie gemeinsam die Hymne ihrer „Volksgruppe", das Siebenbürgenlied, sangen. Damit war der formale Zweck der Versammlung erfüllt. Bei Gesprächen untereinander und traditionellen Speisen klang diese anschließend aus.[14] Somit gab die Veranstaltung auch einen Eindruck vom Gemeinschaftsleben innerhalb der Kreisgruppe und von deren Aktivitäten. Die erste Aktivität der Kreisgruppe, eine Adventsfeier im Dezember 1977, folgte einem ähnlichen Ablauf. Johann Renges als Vorsitzender und Rudolf Dienesch als Initiator und Vertreter der nächsthöheren Verbandsebene nutzten den Anlass, um das Verhältnis der Landsmannschaft zur Siegerländer Mehrheitsgesellschaft bzw. deren Repräsentanten auszuhandeln. Es war gelungen, den Siegener Oberbürgermeister Friedemann Keßler (CDU) und den Stadtrat Wilhelm Sonneborn für die Veranstaltung zu gewinnen. Letzterer trat in den folgenden Jahren als besonders engagierter Fürsprecher der Aussiedler hervor. In seinem Grußwort stellte Renges zunächst den Kreisverband und seine Ziele vor. Er machte klar, „daß hier nicht Absonderung betrieben werden soll, sondern in der Pflege des hergebrachten Brauchtums die Verbundenheit mit der neuen Heimat Sinn und Ziel findet"[15] und präsentierte so die Besinnung auf und Bewahrung des siebenbürgisch-sächsischen Kulturgutes als Ausdruck gelungener Integration. Dienesch konzentrierte sich in seiner Ansprache hingegen auf die Situation in Rumänien und versuchte, Keßler und Sonneborn für die Integration der neu eintreffenden oder kurz vor der Ausreise stehenden Siebenbürger Sachsen in die Pflicht zu nehmen. Da der Kommunismus und die Minderheitenpolitik des Ceaușescu-Regimes „auf schleichendem Weg das Deutschtum abwürgten", seien diese nun vor die Alternativen „entweder Aussiedlung oder Rumänisierung"[16] gestellt. Aus dieser unverschuldeten Notlage leitete er einen moralischen Anspruch auf Solidarität ab. Um seinem Appell zusätzlich Gewicht zu verleihen, betonte er, dass es sich bei den Siebenbürger Sachsen um „den ältesten deutschen Volksstamm im Ausland" handele. Die zweite Hälfte der Feier war, wie schon bei der Gründungsversammlung, darauf ausgelegt, den Mitgliedern ein Gemeinschaftserlebnis zu bieten. So folgten auf die nicht näher dokumentierte Adventspredigt des evangelischen Pfarrers einer Siegener Gemeinde eine Bescherung für die Kinder der Mitgliedsfamilien und eine gemeinsame Mahlzeit.

Das Gemeinschaftsleben und die Unterstützung neu ankommender „Landsleute" bildeten auch in der Folge die Schwerpunkte der Aktivitäten der Kreisgruppe. Durch ihre Faschingsfeier einige Monate später, so berichtete sie beispielsweise in der Landsmann-

[14] Vgl. Die 18. Kreisgruppe in Nordrhein-Westfalen, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.11.1977. Kreisgruppe Siegerland. 36 Jahre Kreisgruppe. 80 Jahre Johann Renges, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.09.2013.

[15] Kreisgruppe Siegerland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.12.1977.

[16] Ebd.

schaftszeitung, sei „siebenbürgische Tradition weitergeführt und manchem Spätaussiedler das Einleben in die neue Heimat erleichtert“[17] worden.

Ausrichtung auf Gemeinschafts- und Brauchtumspflege

Auf der ersten Generalversammlung der Kreisgruppe im November 1978 erklärte Renges es zu deren Hauptziel, „die verlorene Gemeinschaft der Aussiedler wieder aufzubauen und das Einleben in neue Lebensformen zu erleichtern.“[18] Die Mitglieder trugen diese Leitlinie mit und bestätigten den bislang provisorischen Vorsitzenden bei der darauffolgenden Vorstandswahl im Amt. Rudolf Dienesch wurde zwar noch als Delegierter für die Landesversammlung bestimmt, schied jedoch bald darauf aus der aktiven Verbandsarbeit aus.

Gut ein Jahr nach ihrer Gründung konnte die Kreisgruppe auf beträchtliche Erfolge verweisen. Insbesondere war es gelungen, die Mitgliedschaft „durch das Hinzukommen von 19 Familien“[19] beträchtlich zu steigern und intensive Kontakte mit der regionalen Politik und Wirtschaft zu knüpfen. Letztere unterstützte die Landsmannschaft von Anfang an finanziell und materiell. Die Firmen Bahnschulte, Schwunk und Möbel Zimmermann spendeten etwa Elektrogeräte, Einrichtungsgegenstände und Spielzeug für Aussiedlerfamilien. Das Maschinenbauunternehmen Dango & Dienenthal, das Versandhaus Quelle und die Sparkasse Siegen beteiligten sich an den Kosten für die erwähnten Veranstaltungen.[20]

Die Advents- und Faschingsfeiern fanden fortan jährlich statt und gehörten zu den wichtigsten Aktivitäten der Kreisgruppe. Ab 1981 unternahmen die Mitglieder zudem regelmäßig Gruppenreisen durch die Bundesrepublik und ins benachbarte Ausland. Während erstere primär darauf abzielten, das Gemeinschaftsgefühl unter den „Landsleuten“ zu festigen und siebenbürgisch-sächsische Traditionen fortzuführen, sollten letztere „zum Kennenlernen der neuen Heimat“[21] dienen und nahmen rasch den Charakter reiner Vergnügungsfahrten an.

Damit hatte sich die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen zu Beginn der 1980er Jahre fest in der Region etabliert und ihre Aktivitäten konsolidiert. Unter der Führung von Johann Renges konzentrierte sich die Kreisgruppe Siegerland in den folgenden Jahren weiterhin auf die Gemeinschafts- und Brauchtumspflege sowie die Unterstützung der neu eintreffenden „Landsleute“. Die öffentliche Repräsentation der „Volksgruppenidentität“ und der eigenen kulturellen Leistungen spielte in dieser Phase keine Rolle. Damit rückte auch die von Rudolf Dienesch vertretene historisch-moralische Argumentationslinie zunächst in den Hintergrund.

[17] Kreisgruppe Siegerland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.12.1978.
[18] Ebd.
[19] Ebd. Diese Zählweise verweist auf das Selbst- und Gemeinschaftsverständnis der Kreisgruppe, die ihre Mitglieder nicht primär als Individuen, sondern als Teil der gesamten „Volksgruppe“ sah.
[20] Vgl. ebd.
[21] Kreisgruppe Siegerland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 28.02.1982.

Dies änderte sich unter Renges' Nachfolgern Michael Gierlich und Walter Bimmel, die 1982 in den Vorstand und 1985 bzw. 1988 als Vorsitzende gewählt wurden.[22]

Akteur*innen und Netzwerke der Banater Schwaben im Siegerland

Wie für die Russlanddeutschen und Siebenbürger Sachsen waren die späten 1970er Jahre auch für die Banater Schwaben eine Phase der Expansion und erneuten Aktivität. Die Landsmannschaft der „Volksgruppe" verfügte im Siegerland zwar über keinen Orts- oder Kreisverband, eine Alternative boten jedoch überregional agierende Heimatortsgemeinschaften. Wie die Bezeichnung verrät, handelte es sich um Zusammenschlüsse ehemaliger Bewohner*innen von Gemeinden, Städten oder Kreisen im Banat.[23] Im Gegensatz zu den seit den 1950er Jahren etablierten Patenschaften wurden sie von einfachen Mitgliedern an der Basis gegründet und erhoben in der Regel keine heimatpolitischen Forderungen. Die Landsmannschaft der Banater Schwaben erkannte diese Gemeinschaften als gleichberechtigte dritte Organisationseinheiten neben ihren Landes- und Kreis- bzw. Ortsverbänden an.

Zwei herausragende Persönlichkeiten der „Volksgruppe" im Siegerland waren Anna und Franz Engelmann. Die Eheleute waren 1973 mit ihren beiden Söhnen aus der Gemeinde Perjamosch (heute Periam) im nördlichen Banat ausgesiedelt und hatten sich in Siegen niedergelassen. Nach ihrer Ankunft engagierten sie sich in der 1965 gegründeten Heimatortsgemeinschaft (HOG) Perjamosch.[24] Als Lehrkräfte an der deutschen Schule der Gemeinde waren sie schon vor der Migration angesehene Mitglieder der lokalen Gesellschaft und spielten auch danach in der HOG eine hervorgehobene Rolle. Deren Hauptzweck war es, die Verbindungen zwischen den ehemaligen Bewohner*innen aufrechtzuerhalten und in der neuen Umgebung an das Gemeinschaftsleben in der Zeit vor der Aussiedlung anzuknüpfen. Zu diesem Zweck pflegte sie eine „Heimatortskartei" mit Anschriften ihrer Mitglieder und organisierte alle zwei Jahre an wechselnden Orten „Heimattreffen".[25] Erstere ermöglichte vor allem individuelle persönliche Kontakte, letztere boten eine Gelegenheit, Bekannten oder Menschen mit gleicher Herkunft und Migrationserfahrung zu begegnen, Informationen und Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Traditionen auszuleben. Die Mitglieder nahmen dafür weite Wege auf sich und reisten mitunter sogar aus dem Ausland an. Angekündigt und dokumentiert wurden diese Veranstaltungen in den „Perjamoscher Heimatbriefen". Die Zeitschrift, von der bis 2009 insgesamt 40 Ausgaben erschienen, unterrichtete die Mitglieder über wichtige Ereignisse und Entwicklungen in der „alten Heimat" und veröffentlichte regelmäßig Erzählungen aus der Zeit vor der Aussiedlung sowie geschichtliche Beiträge, die stets auf geteilte Vorstellungen einer

[22] Vgl. ebd.
[23] Zu Heimatortsgemeinschaften vgl. Kalinke: Heimatgruppe/Heimat(orts)gemeinschaft/Heimatkreis.
[24] Vgl. Heimatortsgemeinschaft Perjamosch, in: Webseite der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V. (undatiert), URL: https://www.banater-schwaben.org/vereinsleben/heimatortsgemeinschaften/perjamosch/ (Stand: 26.07.2024).
[25] Das erste dieser Treffen fand am 29. Oktober 1966 in St. Wendel im Saarland statt. Vgl. ebd.

Perjamoscher bzw. banat-schwäbischen Mentalität zurückgriffen und bei der Leserschaft eine emotionale Wirkung erzielen sollten. Ein gutes Jahrzehnt nach ihrer Gründung begann die HOG, sich auch direkt in der „alten Heimat" zu engagieren. 1977 initiierte ein Mitglied, das nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland geblieben und dort als Unternehmer zu Wohlstand gekommen war, die „Perjamoschhilfe"[26], um die in Rumänien verbliebenen „Landsleute" zu unterstützen. Anna und Franz Engelmann gehörten zu den wenigen ausgesuchten Personen, die zu dem Gründungstreffen eingeladen wurden und spielten damit von Anfang an eine zentrale Rolle in dem Hilfskomitee.[27] Letzterer übernahm später sogar die Leitung. Anfangs unterstützte die „Perjamoschhilfe" vor allem die verbliebenen Banater Schwaben vor Ort mit Hilfsmitteln und Brennmaterial für den Winter.[28] Als die deutsche Bevölkerung des Ortes durch die verstärkte Ausreisebewegung aus Rumänien infolge der Revolution von 1989 stark zurückging, verlegte sie sich darauf, die Spuren deutschen Lebens zu erhalten und Stätten der Erinnerung für die ehemaligen Bewohner*innen zu bewahren.[29] Mit Spendengeldern wurden etwa Friedhöfe gepflegt und alte Kirchen instandgesetzt.[30]

Das Engagement für die alte Heimat war und blieb für die Familie Engelmann ein Anliegen und beschränkte sich nicht auf Perjamosch. So war Anna Engelmann auch in der HOG der Gemeinde Woiteg (heute Voiteg), in der der sie geboren und aufgewachsen war, aktiv.[31] Zur Landsmannschaft der Banater Schwaben bestanden ebenfalls enge Verbindungen. Ihr Sohn Manfred war dort zwischen 1987 und 1991 Bundeskulturreferent.[32] Den Vorschlag seitens der höheren Verbandsebene, einen Orts- oder Kreisverband der Landsmannschaft im Siegerland zu gründen, lehnte sie jedoch mit Verweis auf ihre Arbeit „für den Heimatort"[33] ab. Die Zugehörigkeit zur und der Einsatz für die lokale Gemeinschaft waren ihr demnach wichtiger als die übergreifende „Volksgruppenidentität". Offenbar

[26] Vgl. ebd.
[27] Interview mit Anna Engelmann am 17.08.2017.
[28] Vgl. Heimatortsgemeinschaft Perjamosch, in: Webseite der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V. (undatiert), URL: https://www.banater-schwaben.org/vereinsleben/heimatortsgemeinschaften/perjamosch/ (Stand: 26.07.2024).
[29] Für einen Überblick über die Aktivitäten der Heimatortsgemeinschaft Perjamosch in ihrem Herkunftsort vgl. Hermine Waldner: Gedanken auf der Heimfahrt vom Perjamoscher Treffen, in: Webseite der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V. (15.08.2017), URL: https://www.banater schwaben.org/nachrichten/verbandsleben/detail/1948-gedanken-auf-der-heimfahrt-vom-perjamoscher-treffen/ (Stand 7.03.2020).
[30] Dieses Engagement hält bis in die Gegenwart an. Vgl. Kirchendach eingestürzt. Pfarrei Perjamosch, die HOG Großsanktpeter und Perjamosch sammeln Spenden, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien vom 28.05.2022.
[31] Vgl. Anna Engelmann: Woiteg, Wojteg, Vojtek, Woitek, Voiteg: Geschichte einer Banater Gemeinde, hg. Von Heimatortsgemeinschaft Woiteg, 1993.
[32] Mit Herzblut auf die junge Generation gesetzt – Nachruf auf Manfred Engelmann, in: Webseite der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V., (2.09.2023), URL: https://www.banater-schwaben.org/nachrichten/verbandsleben/detail/4552-mit-herzblut-auf-die-junge-generation-gesetzt-nachruf-auf-manfred-engelmann?tx_news_pi1%5Bday%5D=02&tx_news_pi1%5Bmonth%5D=09&tx_news_pi1%5Byear%5D=2023&cHash=37e758c89d8dbdb5eb494a83d32c8efa (Stand: 26.07.2024).
[33] Interview mit Anna Engelmann am 17.08.2017.

sah sie über das Kontaktnetzwerk der HOG hinaus keine Notwendigkeit für eine stärker formalisierte und politisch ausgerichtete landsmannschaftliche Struktur vor Ort. Dies erklärt zugleich, warum sie und andere Banater Schwaben im Siegerland keine Verbindungen zum BdV knüpften. Zur Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen hingegen entstanden mit der Zeit engere Beziehungen, die ab Mitte der 1980er Jahre in mehrere gemeinsame Ausstellungen mündeten.

„Erst Integration, dann Blick zurück". Transkulturelle Erklärung für die Gründung von Landsmannschaftsgruppen

Die Mobilisierung der Russland- und Rumäniendeutschen im Siegerland in den 1970er Jahren ist vor allem auf die Expansion der Landsmannschaften angesichts der steigenden Zuwanderung und der zunehmenden Integrationsprobleme zurückzuführen. Einen Erklärungsansatz für das intensive Engagement der letzteren bietet das von Marius Otto am Beispiel oberschlesienstämmiger Aussiedler entwickelte Modell der Entstehung transkultureller Beziehungen.[34] Das Konzept der Transkulturalität geht auf den Philosophen Wolfgang Welsch zurück. Es beschreibt die Entstehung hybrider Lebensformen, die Elemente aus Herkunfts- und Zielgesellschaft enthalten. Kultur ist in diesem Verständnis nicht statisch, sondern stets das Ergebnis von Vermischung, Verschmelzung und wechselseitiger Durchdringung.[35] Die von Marius Otto untersuchten Aussiedler passten sich nach der Ankunft und Aufnahme in der Bundesrepublik weitgehend der deutschen Mehrheitsgesellschaft an, um so eine möglichst rasche strukturelle Integration zu erreichen. Mit der daraus resultierenden Stabilisierung der Lebensverhältnisse stellte sich anschließend ein „Gefühl des Angekommen-Seins"[36] ein. In der nun folgenden dritten und letzten Phase erneuerten die Migrant*innen ihre Beziehungen zum Herkunftsland und ließen von dort bekannte Lebensweisen und Traditionen wiederaufleben.

Diesem von Marius Otto prägnant in der Formel „Erst die Integration, dann der Blick zurück"[37] zusammengefassten Verlauf folgten auch die Gründungen der Siegerländer Landsmannschaftsgruppen der Russlanddeutschen und der Siebenbürger Sachsen sowie der HOG Perjamosch bzw. ihres Hilfskomitees. Anders als bei den von Otto untersuchten oberschlesienstämmigen Aussiedlern, die bewusst auch an polnische Lebensformen und Traditionen anknüpften, blieb der „Blick zurück" bei den genannten Gruppen jedoch auf die eigene Geschichte und die noch in der alten Heimat verbliebenen „Landsleute" beschränkt. Die transkulturelle Vermischung, Verschmelzung und Überlappung von Elementen aus Herkunfts- und Zielland traten demnach nicht so deutlich hervor.

[34] Marius Otto hat dieses Modell 2015 entwickelt. Vgl. Otto: Zwischen lokaler Integration und regionaler Zugehörigkeit. Für einen kompakten Überblick vgl. ders.: (Spät-)Aussiedler aus Polen.
[35] Vgl. Wolfgang Welsch: Transkulturalität – Lebensformen nach der Auflösung der Kulturen, in: Information Philosophie 2 (1992), S. 5-20; Ders.: Transculturality: The Puzzling Form of Cultures Today, in: Mike L. S. Featherstone (Hg.): Spaces of Culture. City, Nation, World, London 1999, S. 194-213.
[36] Otto: (Spät-)Aussiedler aus Polen, S. 50.
[37] Ebd.

5.4 Regionale Betreuungsmaßnahmen und Integrationshilfen in der zweiten Phase der Aussiedlermigration

Mit dem Anstieg in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre passierte die Aussiedlermigration ins Siegerland die Schwelle der öffentlichen Wahrnehmung. Die städtische Politik und Verwaltung in Siegen reagierten zunächst mit passgenauen, anlassbezogenen Integrationshilfen. Eine Sonderstellung unter den Maßnahmen des federführenden Sozialamtes nahmen die sog. „Siegerlandfahrten" ein. Der Initiator war der bereits erwähnte Stadtrat Wilhelm Sonneborn. Zwischen 1979 und 1982 fanden drei solcher spezieller Tagesreisen für „Aussiedler" statt.

Regionalgeschichte als „Orientierungshilfe". Siegerlandfahrten des Siegener Sozialamtes für Aussiedler

An der ersten Tour im Juni 1979 nahmen 40 Bewohner*innen eines städtischen Übergangswohnheims für Aussiedler teil. In der Reisegruppe waren Personen unterschiedlichster Herkunft vertreten. Die Streckenplanung war laut einem Zeitungsbericht darauf ausgelegt, den Migrant*innen eine räumlich-geographische und historische „Orientierungshilfe"[1] zu bieten. Ausgehend von Siegen führte die Rundfahrt im Uhrzeigersinn durch verschiedene Gemeinden des Siegerlandes. Die angefahrenen Stationen lassen sich in drei Gruppen einteilen. Zu den historischen Sehenswürdigkeiten und bekannten Wahrzeichen des Siegerlandes zählten der mit zahlreichen Fachwerkhäusern aus dem 17. Jahrhundert bebaute historische Stadtkern „Alter Flecken" in Freudenberg, das Schloss Junkernhees im gleichnamigen Kreuztaler Ortsteil und die Wasserburg Hainchen in Netphen, wo die Teilnehmer*innen empfangen und verpflegt wurden. Daneben bot die Route Ausblicke auf die regionale Landschaft und führte entlang markanter, identitätsstiftender Orte wie der Ginsberger Heide nahe dem Hilchenbacher Ortsteil Lützel oder der Siegquelle in Netphen. Die dritte Gruppe bildeten Spuren der Siegerländer Montangeschichte. Dazu gehörten beispielsweise die Überreste einer mittelalterlichen Bergbausiedlung auf dem Altenberg in Hilchenbach oder die alte Eisenstraße im Rothaargebirge, auf der über Jahrhunderte hinweg Holzkohle und Roheisen transportiert wurden.

Der Siegener Stadtarchivar Alfred Lück begleitete und kommentierte die Reise. Sachliche Informationen über die besichtigten Orte verband er mit Erläuterungen über „die Eigenart des Siegerländer Menschen"[2]. Dieses Wissen sollte den Aussiedlern helfen, sich auf die alteingesessene Bevölkerung einzustellen und ihnen so Chancen für eine gesellschaftliche Partizipation eröffnen. Die von Lück als historisch bedingt monolithisch imaginierte Siegerländer Identität stand den Teilnehmer*innen aufgrund ihrer Herkunft und Lebensgeschichten jedoch nicht offen. Beim anschließenden Aufenthalt auf der Wasserburg Hain-

[1] Aussiedler unternahmen Fahrt durchs Siegerland. Ziel war die Wasserburg Hainchen – Siegener Sozialamt plant weitere Fahrten, in: Siegener Zeitung vom 19.06.1979.
[2] Ebd.

chen wurde die Gruppe von Wilhelm Sonneborn und dem Kreisvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt und SPD-Politiker Hans Reinhardt empfangen. Ersterer begrüßte die Aussiedler im Namen der Stadt und bekundete ihnen, die Stadt wolle „eine möglichst schnelle und unbürokratische Eingliederung in Siegen […] ermöglichen". Dieses Versprechen war jedoch an die Erwartung an die Migrant*innen geknüpft, „sich nicht zu isolieren" sowie „sich den zahlreichen Vereinen, Verbänden und Institutionen in Siegen anzuschließen und damit am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen."[3] Nach einer gemeinsamen Mahlzeit führte Hans Reinhardt die Gruppe durch die von der Arbeiterwohlfahrt als Veranstaltungsort und Begegnungsstätte genutzte Burg. Dabei repräsentierte er einerseits mit der AWO eine Institution, die sich in der Region für die Betreuung von Migrant*innen einsetzte, andererseits ist sein Engagement vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt kurz bevorstehenden Kommunalwahl am 17. Oktober 1977 zu sehen, bei welcher er als Bürgermeister der Stadt Siegen kandidierte. Durch die Veranstaltung erreichte der SPD-Politiker Reinhardt mit den Aussiedlern eine wichtige und beständig wachsende Gruppe potenzieller Wähler*innen.[4] Der Aufenthalt in Hainchen endete mit einem geselligen Teil, für den das Sozialamt eigens ein Tanzmusikensemble engagiert hatte. Hatten die Rundfahrt und der Empfang durch Sonneborn und Reinhardt dazu gedient, das Verhältnis der Aussiedler zur Siegerländer Mehrheitsgesellschaft zu moderieren, ging es nun primär um Unterhaltung und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Gruppe. Die Wirkung der Rundfahrt auf die Aussiedler ist kaum abzuschätzen. Inwiefern die in der Siegener Zeitung als Erfolgsbeweis zitierte Aussage einiger Teilnehmer „Wir haben viel gesehen und gelernt."[5] authentisch war oder lediglich den vermuteten Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft entsprechen sollte, bleibt offen. Das Sozialamt seinerseits wertete die Veranstaltung als gelungen und kündigte an, diese zu wiederholen.[6] Es dauerte jedoch über zwei Jahre, ehe im Oktober 1981 eine weitere Rundfahrt stattfand.[7] Den Anlass hierzu gab die im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegene Einwanderung. Allein in den vorhergegangenen drei Monaten waren der Stadt Siegen 68 Aussiedler aus Polen, der Sowjetunion, Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien zugewiesen worden. Die erhöhte Aufnahmeverpflichtung spiegelte sich auch in der Teilnehmer*innenzahl wider. Hatten sich an der ersten „Siegerlandrundfahrt" 40 Personen beteiligt, so waren es nun bereits 60. Trotz einer deutlich veränderten Streckenführung – die Route führte nun über das Siegerland hinaus in den westlich gelegenen Nachbarkreis Altenkirchen und dann entgegen dem Uhrzeigersinn über Herdorf und Neunkirchen nach Eisern – blieben Ablauf und Zielsetzung im Kern gleich.[8]

[3] Ebd.
[4] Hierfür spricht auch, dass Reinhardt den folgenden Siegerlandfahrten nach seiner Wahl als Bürgermeister fernblieb.
[5] Aussiedler unternahmen Fahrt durchs Siegerland, in: Siegener Zeitung vom 19.06.1979.
[6] Vgl. ebd.
[7] Vgl. Aussiedler schauten sich im Siegerland um. Informationsfahrt vermittelte Eindrücke von Land und Leuten, in: Siegener Zeitung vom 5.10.1981.
[8] Vgl. ebd.

Dies galt auch für die dritte und letzte Rundfahrt im Juni 1982, die allerdings unter veränderten Vorzeichen stattfand und erstmals in einen breiteren organisatorischen Rahmen eingebettet war.

„Integration in jedem Lebensbereich". Neue Ansätze und Formate des Siegener Sozialamtes

Im November 1981 begann das Siegener Sozialamt unter dem Eindruck der stetig zunehmenden Aussiedlermigration, die bislang disparaten Maßnahmen und Hilfsangebote stärker zu koordinieren. Unter der Überschrift „Integration in jedem Lebensbereich"[9] fand im November 1981 ein „Informationsnachmittag" für die Bewohner*innen der städtischen Aufnahmeeinrichtungen statt. An der Veranstaltung im städtischen Betriebshof Fludersbach nahmen Beschäftigte aller für die Aussiedler zuständigen städtischen Ämter teil, um diese über soziale Hilfen und Unterstützungsangebote aufzuklären und durch ihre Präsenz Vorbehalte der Migrant*innen gegen die deutsche Verwaltung abbauen zu helfen. Während die strukturelle Integration erwachsener Aussiedler nach wie vor insgesamt zufriedenstellend verlief, betrachteten die Behörden ältere Menschen einerseits und Kinder bzw. Jugendliche andererseits als besondere Problemgruppen. Erstere waren vermehrt sozial isoliert und wurden Opfer von Betrug und Wuchergeschäften, letztere hingegen verfügten häufig über unzureichende Sprachkenntnisse. Um dem entgegenzutreten, kündigte das Sozialamt nun Sprachkurse und besonderen Förderunterricht an. Darüber hinaus sollten jedoch auch weitere spezielle Aktionen die Integration unterstützen. Zu einer Konstante wurden in den folgenden Jahren etwa Weihnachtsfeiern für die in den Übergangswohnheimen der Stadt lebenden Aussiedlerfamilien.[10]

Demgegenüber blieben die „Siegerlandrundfahrten" letztlich nur eine vorübergehende Erscheinung. Wilhelm Sonneborn als Initiator und das städtische Sozialamt organisierten zwar weiterhin Ausflüge und ähnliche Veranstaltungen, die jedoch nicht länger als räumlich-geografische und historische „Orientierungshilfe" gedacht waren. Eine „Familienwanderung" über den Rödger Höhenweg bei Wilnsdorf im Juli 1982 beispielsweise war in ihrem Ablauf durchaus mit den „Siegerlandrundfahrten" vergleichbar.[11] Wissensvermittlung und regionale Geschichte spielten dabei jedoch keine Rolle mehr. Stattdessen standen Gemeinschaftsbildung und das Naturerleben im Vordergrund. Im Kreis Altenkirchen hingegen hielten Politik und Verwaltung an dem Format fest und veranstalteten bis in die vierte Phase der Aussiedlermigration hinein weiterhin „Besichtigungstouren" zu historisch und landschaftlich bedeutenden Orten.[12]

[9] Stadt bietet ihren Neubürgern Hilfen an, in: Siegener Zeitung vom 17.11.1981.
[10] Vgl. Erste Weihnacht in Siegen für 70 Aussiedler. Weihnachtskonzert mit Bergknappenkapelle Niederschelden: in: Siegener Zeitung vom 20.12.1982; Traditionelle Weihnachtsfeier für Aussiedler. Nikolaus brachte Geschenktüten – Stadt stiftete geschmückten Tannenbaum, in: Siegener Zeitung vom 19.12.1983.
[11] Vgl. Zur Eisenwaldhütte, in: Siegener Zeitung vom 24.07.1982.
[12] Noch 1988 fand auf Initiative des CDU-Kreisverbandes eine solche Tagesreise statt. Vgl. Initiative des CDU-Kreisverbands: Aussiedler auf Besichtigungstour durch den Kreis. Von Landrat Dr. Beth begrüßt – Schloß Krottorf begeisterte neue Mitbürger, in: Siegener Zeitung vom 9.11.1988.

5.5 Eine „gut gelungene Vorstellung“? Die erste Ausstellung der Aussiedler im Siegerland und der „Tag der Einheit“ 1988

Die Ausstellung „Siebenbürgen und Banat – zwei von Deutschen geprägte Landschaften in Südosteuropa stellen sich vor“

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, an der Schwelle zur dritten Phase der Aussiedlermigration, traten die rumäniendeutschen Migrant*innen im Siegerland erstmals mit der temporären Ausstellung „Siebenbürgen und Banat – zwei von Deutschen geprägte Landschaften in Südosteuropa stellen sich vor“ in die Öffentlichkeit. Die von Vertreterinnen und Vertretern beider „Volksgruppen“ mit Unterstützung des Westfälischen Heimatbundes umgesetzte Schau wurde vom 8. bis zum 14. November 1986 in Netphen und rund eineinhalb Jahre später noch einmal in Siegen gezeigt. Die dafür notwendigen Objekte stellten Albert und Lucia Sievers zur Verfügung. Das Siegener Ehepaar hatte auf zahlreichen Reisen nach Rumänien eine Sammlung von kunsthandwerklichen und Alltagsgegenständen aus Siebenbürgen und dem Banat zusammengetragen.[1]

Für die beteiligten regionalen Akteur*innen sowie Institutionen war die Ausstellung die erste Kooperation. Die beiden „Volksgruppen“ wurden von der Kreisgruppe Siegerland der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft und den bereits erwähnten Eheleuten Engelmann vertreten. Als Vermittler gegenüber Albert und Lucia Sievers – selbst keine Aussiedler, sondern „Pfleger aus Neigung des deutschen Kulturgutes aus Rumänien“[2] – trat der zuständige Heimatgebietsleiter des Westfälischen Heimatbundes, Walter Oerter, auf. Hinsichtlich der Ursprünge der Schau widersprechen sich die verfügbaren Quellen. Während die Siegener Zeitung dem Ehepaar Sievers die „Anregung zu einer Ausstellung“[3] zuschrieb, erklärte die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, es habe sich um ein eigenes „älteres Anliegen“[4] gehandelt. Fest steht jedoch, dass letztere in der informellen Konstellation der beteiligten Personen und Institutionen zumindest öffentlich eine Führungsrolle übernahm.

Den Hintergrund für die Ausstellung bildeten zum einen die Verschiebungen im Diskurs um Migration und Integration. Angesichts der konstant hohen Aussiedlerzahlen und der zunehmenden Eingliederungsprobleme gerieten auch die bislang weitgehend „geräuschlos“[5] integrierten Rumäniendeutschen in den Blick. Hinzu kamen bedeutende Veränderungen innerhalb der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen. Im Jahr zuvor hatte die Kreisgruppe Siegerland mit Michael Gierlich einen neuen Vorsitzenden gewählt. Dieser sah sich mit einem Nachwuchsproblem konfrontiert. Junge Menschen blieben den

[1] Vgl. Siebenbürgisch-sächsische Ausstellung im Siegerland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 20.06.2013.
[2] Zwei von Deutschen geprägte Landschaften im Osten stellen sich vor. Ausstellung in Netphen: Deutsches Kulturgut, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.01.1987.
[3] Ausstellung will Traditionen beleben, in: Siegener Zeitung vom 12.11.1986.
[4] Zwei von Deutschen geprägte Landschaften im Osten stellen sich vor, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.01.1987.
[5] Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.

Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten zunehmend fern. Nach einer verglichen mit den Vorjahren besonders schlecht besuchten „Faschingsunterhaltung“ im Februar 1985 fragte ein Beitrag in der Siebenbürgischen Zeitung ratlos: „Wo bleibt die Jugend in der Kreisgruppe Siegerland?“[6]

Gegenstand, Objekte und Inszenierung der Ausstellung

Über Konzeption und Umsetzung der Schau ist wenig bekannt. Bereits der Name gibt allerdings Aufschluss über deren Inhalt und intendiertes Publikum. Im Mittelpunkt standen demnach nicht die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben selbst oder ihre Migrationsgeschichte, sondern ihre Herkunftsregionen und der Einfluss der deutschen „Volksgruppen“ auf deren Entwicklung. Für die alteingesessene Siegerländer Bevölkerung als Hauptzielgruppe der „Vorstellung“ spricht die Wahl der Volksbank Netphen als Ausstellungsort. Die Schau profitierte dort sowohl von einem steten Publikumsverkehr als auch vom Prestige der Bank als gesellschaftlich etablierte, seriöse und gemeinwohlorientierte Institution.

Die Schau erstreckte sich über zwei Etagen des Gebäudes und bestand aus drei nach Objekttypen gegliederten Bereichen sowie einem szenischen Arrangement. Sie verzichtete auf Beschreibungstexte oder sonstige schriftliche Informationen. Ihre Wirkung und Aussagekraft beruhten allein auf der Inszenierung und der ästhetischen Qualität der Exponate.

Die Ausstellungsbereiche und Objekte waren so angeordnet, dass sie einander erklärten und kontextualisierten. Beim Betreten der Bank erblickten die Besucher*innen in der Schalterhalle zunächst „umfangreiches Bildmaterial über Siedlungen und Kirchenburgen“[7]. Dieses begrenzte den inhaltlichen Rahmen der Schau auf die ländlichen Lebenswelten der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen und dem Banat und zeigte gleichsam als Verständnishilfe Herkunft und ursprünglichen Verwendungskontext der nachfolgend präsentierten Objekte. In jeweils einem eigenen Ausstellungsbereich wurden land- und hauswirtschaftliche Geräte sowie kunsthandwerkliche Stücke präsentiert. Erstere, darunter eine Hanfbreche, ein Webstuhl und ein Spinnrad, verwiesen auf die harte körperliche Arbeit und den Fleiß der deutschen Minderheiten. Letztere sollten das Publikum vor allem durch ihre Schönheit und aufwendige Gestaltung beeindrucken und die kulturellen Leistungen der beiden „Volksgruppen“ belegen. Als besonders auffällige Stücke hoben zeitgenössische Berichte Stickereien, Trachten und mit Schnitzereien sowie Malereien verzierte Möbel hervor.[8] Der vierte und letzte Teil der Ausstellung führte Objekte aus den genannten Gruppen und Bereichen in einer Inszenierung zusammen. Ein als siebenbürgisch-sächsische Wohnstube eingerichteter Nebenraum der Schalterhalle präsentierte

[6] Faschingsveranstaltung erste Amtshandlung des neuen Vorstandes. Wo bleibt die Jugend in der Kreisgruppe Siegerland?, in: Siebenbürgische Zeitung vom 28.02.1985.
[7] Erinnerungen an verlorene Heimat werden wach. Ausstellung über Siebenbürgen und Banat in der Netphener Volksbank eröffnet, in: Siegener Zeitung vom 10.11.1986.
[8] Vgl. ebd.

Mobiliar, Haushaltsgegenstände und Handarbeiten in einem scheinbar authentischen Zusammenhang. „Einen Blick ins Alltagsleben“[9], wie es in der Zeitung der Landsmannschaft hieß, bot diese Inszenierung jedoch nicht. Vielmehr handelte es sich um die idealisierte Darstellung einer schon vor der Aussiedlung untergegangenen ländlichen Lebenswelt.[10]

Eröffnung und Rezeption

Welch großen Interpretationsspielraum die Ausstellung bot, zeigte sich besonders bei der Eröffnung am 8. November. Netphens Bürgermeister Gerhard Zimmermann (CDU) und der Landrat Walter Nienhagen (SPD) sahen in ihr einen weiteren Beitrag zur Pflege des „ostdeutschen“ Kulturgutes im Sinne des § 96 BVFG.[11] Michael Gierlich schloss sich dieser Interpretation an und äußerte die Hoffnung, dass die gezeigten Objekte „später einmal Platz in einem Museum finden“[12] würden. Im Vordergrund standen für ihn jedoch Aufklärung und Vermittlung zwischen Aussiedlern und Alteingesessenen. In seiner Ansprache erklärte er es zur Hauptaufgabe der Schau, „die Kenntnisse der Siegener Bevölkerung über die Entwicklung des Deutschtums in Rumänien aufzufrischen und zu erweitern, um somit zum besseren Verständnis beizutragen“[13]. Ein Mitglied der Kreisgruppe ergänzte und vertiefte Gierlichs Ausführungen mit einem kurzen Vortrag über die Siedlungs- und Kulturgeschichte der beiden „Volksgruppen“ und hob dabei die Repression unter kommunistischer Herrschaft hervor.[14] Zugleich wurde so die der Ausstellung selbst fehlende historische Kontextualisierung und Hintergrundnarration nachgeliefert. Anna und Franz Engelmann kamen trotz ihrer fundierten historischen Kenntnisse des Banats und ihres überregionalen Engagements nicht zu Wort. Im Rahmenprogramm der Eröffnung blieben die Banater Schwaben ebenfalls unterrepräsentiert. So bot der für die musikalische Begleitung verantwortliche siebenbürgisch-sächsische Chor lediglich Lieder der eigenen „Volksgruppe“ dar und beschloss die Veranstaltung mit deren Hymne.[15] Bei der Veranstaltung wurden also nicht nur Sinn und Zweck der Ausstellung, sondern auch das Verhältnis zwischen beiden Aussiedlergruppen neuerlich ausgehandelt.

Vor allem aufgrund des öffentlichen Interesses zogen die regionale Presse und das Lands-

[9] Deutsches Kulturgut aus Siebenbürgen und aus dem Banat. Ausstellung der Kreisgruppe Siegerland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 30.06.1988.

[10] Vgl. hierzu die Beschreibungen in der Berichterstattung über die Ausstellung in Siegen. Ebd.; Verständnis für Lage in der Fremde notwendig. Ausstellung in der Commerzbank zeigt Kulturgut aus Siebenbürgen und Banat, in Siegener Zeitung vom 16.05.1988.

[11] Vgl. Zwei von Deutschen geprägte Landschaften im Osten stellen sich vor, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.01.1987; Erinnerungen an verlorene Heimat werden wach, in: Siegener Zeitung vom 10.11.1986.

[12] Ebd.

[13] Zwei von Deutschen geprägte Landschaften im Osten stellen sich vor, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.01.1987.

[14] Vgl. Erinnerungen an verlorene Heimat werden wach, in: Siegener Zeitung vom 10.11.1986.

[15] Vgl. ebd.

mannschaftsorgan der Siebenbürger Sachsen eine positive Bilanz der Schau. Als besondere Publikumsattraktion hoben beide Seiten übereinstimmend die mit unterschiedlichen Objekten ausgestattete Inszenierung im Nebenraum der Schalterhalle hervor.[16] Die Siegener Zeitung attestierte der Exposition, Siebenbürgen und das Banat anschaulich dargestellt und „Einblick […] in die Geschichte dieser Landstriche“[17] eröffnet zu haben.
Auf die zahlreich zur Eröffnung erschienenen Aussiedler hatte der gemeinsame Gesang eine besondere emotionale Wirkung. Die Verbindung aus Gemeinschaftserleben und öffentlicher Repräsentation führte zu besonders starken Gefühlsäußerungen. Insbesondere auf die Hymne „Siebenbürgen, Land des Segens“ reagierten viele von ihnen laut einem Zeitungsbericht „mit Tränen in den Augen“[18]. Angesichts des Erfolgs hoffte die Kreisgruppe Siegerland, die Schau „demnächst auch in Siegen und anderen Orten des Kreises Siegen-Wittgenstein zeigen zu können.“[19]

Wiederholung der Ausstellung mit neuer Deutung

Die erstrebte Wiederholung fand eineinhalb Jahre später statt. Vom 14. bis zum 20. Mai 1988 wurde die Ausstellung in der Siegener Commerzbank gezeigt. Bei der Wahl des Ortes sowie hinsichtlich des Aufbaus und der Inszenierung orientierten sich die Akteur*innen am Netphener Vorbild. Vereinzelte Objekte aus der siebenbürgisch-sächsischen Heimatstube in Drabenderhöhe ergänzten die Schau, ohne diese jedoch nennenswert zu verändern.[20]
Die Exposition war somit zwar praktisch unverändert geblieben, wurde von dem kurz zuvor neu gewählten Kreisgruppenvorsitzenden der Siebenbürger Sachsen, Walter Bimmel, jedoch öffentlich mit einem fundamental anderen historischen Narrativ verbunden. Während sein Vorgänger noch von einer Fremdheit zwischen Aussiedlern und alteingesessenen Siegerländer*innen ausgegangen war, die es durch „besseres Verständnis“[21] im Sinne einer wechselseitigen Ergänzung und Vervollständigung zu überwinden galt, postulierte er eine beide Gruppen verbindende gemeinsame Herkunft und verortete die Ursprünge der deutschen Siedlungstätigkeit in Südosteuropa „im Siegerland und anderen Orten des heutigen Westens“[22]. In diesem Verständnis handelte es sich bei der Aussiedlung nach Deutschland eigentlich um die Rückkehr in die „Urheimat“. Das gespannte Verhältnis zwischen den rumäniendeutschen „Volksgruppen“ deutete Bimmel ebenfalls

[16] Vgl. Zwei von Deutschen geprägte Landschaften im Osten stellen sich vor, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.01.1987.
[17] Ausstellung will Traditionen beleben, in: Siegener Zeitung vom 12.11.1986.
[18] Erinnerungen an verlorene Heimat werden wach, in: Siegener Zeitung vom 10.11.1986.
[19] Zwei von Deutschen geprägte Landschaften im Osten stellen sich vor, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.01.1987.
[20] Vgl. Deutsches Kulturgut aus Siebenbürgen und aus dem Banat, in: Siebenbürgische Zeitung vom 30.06.1988.
[21] Zwei von Deutschen geprägte Landschaften im Osten stellen sich vor, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.01.1987.
[22] Verständnis für Lage in der Fremde notwendig, in Siegener Zeitung vom 16.05.1988.

als Folge ebendieser Heimkehr um und argumentierte, Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben seien erst „in der Ahnen Heimat […] nach langer Abwesenheit Fremde geworden".

Auch die Wiederholung der Ausstellung in Siegen verlief für die Beteiligten zufriedenstellend. Aus Sicht der Siebenbürgischen Zeitung etwa handelte es sich um eine „gut gelungene Vorstellung der Kreisgruppe Siegerland, die nicht nur Interesse fand, sondern auch mit Verständnis aufgenommen wurde"[23]. Bei näherer Betrachtung jedoch klafften Anspruch und Wirklichkeit der Schau auseinander. Diese präsentierte nur einen kleinen zeitlichen und sektoralen Ausschnitt in der Geschichte der beiden Regionen und setzte dem zunehmend kontroversen Migrations- und Integrationsdiskurs ein idealisiertes Bild des früheren ländlichen Lebens in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und der kommunistischen Herrschaft entgegen. Zugleich wurde die anhaltende Aussiedlung aus Rumänien ausgeblendet. Die unterschiedliche Stellung der beiden deutschen Minderheiten im politischen und gesellschaftlichen Gefüge der „alten Heimat" wurde zwar nicht thematisiert, jedoch in der Ausstellung selbst sowie bei der Eröffnung reproduziert. Einerseits setzte sich die Asymmetrie im Verhältnis zwischen den „Volksgruppen" somit auch in der Erinnerungskultur fort, andererseits war die Exposition Ausdruck einer erneuten Annäherung zwischen Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, deren Rivalität nach einer Phase der Kooperation in den 1950er Jahren wieder aufgelebt war, und stellte für beide Seiten einen wichtigen Schritt hin zur öffentlichen Sichtbarkeit dar.

Der Auftritt der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen beim „Tag der Einheit"

Seine Fortsetzung fand das öffentliche Engagement der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen einen Monat nach Ende der Ausstellung anlässlich des „Tags der Deutschen Einheit". Auf Einladung des städtischen Kulturamtes beteiligten sich die Kreisgruppen Siegerland und Drabenderhöhe an der Feier im Siegener Schlosspark. Mehrere Musik-, Gesangs- und Tanzformationen präsentierten „Volkstümliches aus Siebenbürgen"[24]. Walter Bimmel sah in der Veranstaltung eine besondere Gelegenheit zur Repräsentation in der Region. Vor den Mitgliedern der Kreisgruppe erklärte er, dort könnten, „zum ersten Mal Kultur und Brauchtum aus Siebenbürgen in Siegen öffentlich dargestellt"[25] werden.

In seinem Grußwort bei der Feier selbst knüpfte er hingegen an seine vorhergegangenen Ausführungen auf der Ausstellungseröffnung in Siegen an und argumentierte, die

[23] Deutsches Kulturgut aus Siebenbürgen und aus dem Banat, in: Siebenbürgische Zeitung vom 30.06.1988.
[24] So lautete die Überschrift im offiziellen Programm. Vgl. Kreisgruppe Siegerland und Drabenderhöhe gestalten gemeinsam Programm zum Tag der deutschen Einheit, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.07.1988.
[25] Kreisgruppe Siegerland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 31.05.1988.

„Volksgruppe“ habe sich auch außerhalb der deutschen Grenzen stets als Teil einer übergreifenden Kulturnation[26] gefühlt: „800 Jahre deutsche Kultur in Siebenbürgen war nur möglich über die ständige Verbundenheit mit dem Mutterland. Mit dem Wort ‚Heimat‘ meinen wir Siebenbürgen, aber wenn wir ‚Mutterland‘ sagten, hier oder dort, meinten wir den deutschen Sprachraum, wir meinten Deutschland.“[27]

Es war mutmaßlich im Sinne des Feier- und Gedenktags, öffentlich die nationale Einheit und die Einigkeit aller Deutschen zu bekunden. Dessen ungeachtet blieb die gemeinsame Veranstaltung von städtischer Verwaltung, Vertriebenen und Aussiedlern ein Einzelfall. Infolge der Zäsuren in Form der deutschen Wiedervereinigung und der Revolution in Rumänien richteten die letzteren beiden Gruppen sich und ihre Aktivitäten wenig später neu aus.

[26] David Römer: Kulturnation, in: Stefan J. Schierholz/Laura Giacomini (Hg.): Wörterbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Berlin/Boston 2022, URL: https://www.degruyter.com/database/WSK/entry/wsk_id_wsk_artikel_artikel_15210/html (Stand 27. April 2024).

[27] Kreisgruppe Siegerland und Drabenderhöhe gestalten gemeinsam Programm zum Tag der deutschen Einheit, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.07.1988.

5.6 Anstieg der Aussiedlermigration und regionales Präsenzregime ab Ende der 1980er Jahre

Der enorme Anstieg der Zuwanderung ab 1987 und die dadurch ausgelösten politischen Prozesse und Diskurse waren eine entscheidende Zäsur in der Aussiedlermigration. Die Erfahrungen in dieser Zeit prägten das Selbstverständnis der (Spät-)Aussiedler und ihre Einstellungen zur bundesrepublikanischen Aufnahmegesellschaft nachhaltig und sind entscheidend, um die Medien und Praktiken der Erinnerungskultur in den darauffolgenden Jahrzehnten zu verstehen und einzuordnen. Das folgende Kapitel gibt zunächst einen Überblick des Wanderungsgeschehens auf nationaler und regionaler Ebene. In einem zweiten Schritt geht es um die wesentlichen Herausforderungen für die Siegerländer Politik, Verwaltungen und Gesellschaft infolge der Aufnahme der Migrant*innen und die daraufhin geschaffenen Integrationshilfen. In den 1990er Jahren dann verschärfte die Bundesregierung schrittweise das bis dahin weitgehend liberale Migrationsregime. Die regionalen Auswirkungen dieser Veränderungen bilden den dritten inhaltlichen Schwerpunkt des Kapitels.

Die dritte Phase der Aussiedlermigration

Zu Ende der 1980er Jahre brach eine neue Phase der Aussiedlermigration an.[1] Die Auflösung des Ostblocks und die politischen Umwälzungen in den ostmittel-, südost- und osteuropäischen Staaten führten dazu, dass die Ausreiseregime für die dort lebenden deutschen Bevölkerungsgruppen kurzfristig nahezu völlig liberalisiert wurden. Daraufhin setzte schlagartig eine starke Wanderungsbewegung ein.[2] Das Bundesverwaltungsamt organisierte mit einem besonderen Übernahmeverfahren die Einreise, Aufnahme und Verteilung der ankommenden Menschen. Einen wesentlichen Umbruch markierte das Jahr 1987. Waren seit Beginn des Jahrzehnts durchschnittlich um die 40 000 Aussiedler pro Jahr in die Bundesrepublik gekommen, so waren es nun 78 000. Im nächsten Jahr stieg diese Zahl auf 202 000 an. 1989 und 1990 erreichte die Einwanderung mit 377 000 bzw. 397 000 Personen ihren Höchststand, um sich dann bis zur Mitte der 1990er Jahre auf einem Niveau von etwas über 200 000 einzupendeln.[3]

Insgesamt kamen somit zwischen 1987 und 1992 rund 1,5 Millionen Aussiedler – mehr als in den ersten beiden Phasen zusammen – nach Deutschland.[4] Die UdSSR, bis 1987 noch an vierter Stelle hinter Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei, avancierte bis 1990 zum zahlenmäßig bedeutendsten Herkunftsland. Im selben Jahr nahm auch die Einwanderung aus Rumänien sprunghaft zu. Bereits 1989 hatten sich die Aussiedlerzahlen infolge der radikaler werdenden Nationalitätenpolitik des rumänischen Regimes im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Nach der Revolution und der Hinrichtung

[1] Vgl. Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.
[2] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 400.
[3] Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31f.
[4] Zwischen 1950 und 1987 wanderten insgesamt 1,36 Millionen Aussiedler in die Bundesrepublik ein. Vgl. ebd.

Ceaușescus Ende 1989 verdichtete sich die Absetzbewegung jedoch zu einer Massenauswanderung. Die deutsche Minderheit siedelte nahezu vollständig aus. Allein 1990 kamen rund 111 000 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik.[5] Die Migration fand nach den politischen Umwälzungen in den Ostblockstaaten unter vollkommen veränderten Vorzeichen und aus anderen Gründen als zuvor statt. Zur Familienzusammenführung und der Wahrung einer deutschen Identität traten für viele Aussiedler nun auch immer stärker wirtschaftliche Motive und die Hoffnung auf einen höheren Lebensstandard.[6]

In der Region vollzog sich diese Entwicklung, wie sich am Beispiel Siegen zeigen lässt, leicht verzögert und im Vergleich zur nationalen Makroebene mit größeren Schwankungen. Bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre lag die jährliche Zuwanderung in die Stadt im zweistelligen Bereich und damit unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle. Das Niveau war so gering, dass der Arbeitsamts-Abschnittsleiter Siegfried Giljohann schon von einem „rasanten Andrang"[7] sprach, als die Zahl der aufgenommenen Aussiedler von 25 im Jahr 1986 auf über 100 im Folgejahr 1987 stieg. Die dritte Phase begann in der Region 1988 mit einem erneut stark gestiegenen Aufnahmesoll von 358 Personen.[8]

Mit 1 141 bzw. 1 460 aufgenommenen Aussiedlern erreichte die Zuwanderung in Siegen ebenso wie auf der nationalen Ebene ihren Höhepunkt in den Jahren 1989 und 1990.[9] Der Zuwachs zwischen 1988 und 1989 war dabei mit 218% sogar deutlich stärker.[10] Dies galt auch für den anschließenden Rückgang um 55% auf 652 Zuweisungen im Jahr 1991.[11] Die Zuwanderung stabilisierte sich in der Folgezeit auf einem Niveau von jährlich 600 bis 700 aufgenommenen Aussiedlern. Bis zum Jahr 1996, in dem die Aussiedlermigration in die Bundesrepublik abermals merklich zurückging, hatte allein die Stadt Siegen mehr als 6 000 Personen aufgenommen.[12]

Auch die Verschiebung bei den Herkunftsländern war auf der regionalen Ebene geradezu exemplarisch zu beobachten. Kamen von den 1988 in Siegen aufgenommenen 358 Aussiedlern noch 229 aus Polen, 41 aus Rumänien und nur 17 aus der UdSSR, so veränderten

---

[5] Vgl. Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 60f.

[6] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 399f.

[7] Gemeinschaftsprojekt von VHS und Arbeitsamt. Sprachkurs baut Brücke in berufliche Zukunft. Aussiedler drücken wieder die Schulbank – Motivation bemerkenswert, in: Siegener Zeitung vom 13.04.1988.

[8] Vgl. 358 Aussiedler kamen nach Siegen. Platz in Wohnheimen reicht nicht, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1989. Die Aufnahmequoten für die Städte und Kommunen richteten sich nach deren Fläche und Bevölkerung. Vgl. Landesstelle Unna-Massen: Statistik 600: Aufnahmeanteile der Regierungsbezirke (Spätaussiedler), Ausgabe April 94, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, N 321, Nr. 13.

[9] Vgl. Von Geisweid bis Gosenbach – Sechs Wohncontaineranlagen geplant. Siegener Hauptausschuß soll Verwaltungspapier absegnen – 1300 Aus- und Übersiedler in diesem Jahr, in: Siegener Zeitung vom 19.02.1991.

[10] Auf nationaler Ebene wurden 1989 174 000 und damit 86% mehr Aussiedler als im Vorjahr gezählt. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31f.

[11] Vgl. Kein Engpaß in Übergangswohnheimen. 669 Aussiedler fanden Unterkunft – Rückgang gegenüber 1994, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1996. Der Rückgang auf nationaler Ebene betrug ca. 44% (175 000). Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31f.

[12] Das Jahr 1992 stellte mit 512 zugewiesenen Personen einen Ausreißer nach unten dar. 1993 waren es 624, 1994 708, 1995 schließlich 669. Vgl. Kein Engpaß in Übergangswohnheimen, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1996.

sich die Anteile mit Anbruch des neuen Jahrzehnts deutlich.[13] In einem Rückblick auf das Wanderungsgeschehen des Jahres 1990 berichtete die Siegener Zeitung, dass die Sowjetunion im August an die Spitze der Aussiedlungsstaaten gerückt sei, und vermeldete zugleich „erstmals [eine] nennenswerte Zuwanderung aus Rumänien“[14]. 1994 schließlich kamen von den 506 der Stadt zugewiesenen Personen 499 aus den Nachfolgestaaten der UdSSR, aus Polen und Rumänien hingegen nur noch 2 bzw. 5.[15]

Aufnahme und Unterbringung der Aussiedler

Die erste und drängendste Herausforderung nach der Ankunft der Migrant*innen war die Unterbringung. Obwohl das Bundesverwaltungsamt die Aussiedler möglichst gleichmäßig im Bundesgebiet verteilte, zogen die Neuankömmlinge in der Regel dorthin, wo bereits Angehörige lebten. Somit entstanden alsbald „Zuwanderungszentren“[16], in denen sie einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Bevölkerung ausmachten. Diese Ungleichverteilung belastete die jeweiligen Kommunen finanziell erheblich. Um die Schieflage auszugleichen, beschränkte die Bundesregierung mit dem Wohnortzuweisungsgesetz („Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnsitzes für Aussiedler und Übersiedler“) von 1989 für eine Dauer von zwei Jahren nach der Aufnahme die Freizügigkeit der Migrant*innen, solange diese nicht über einen Arbeits- oder Studienplatz oder festen Wohnsitz in einer anderen Kommune verfügten.[17] Diese Regelung verhinderte einerseits, dass einzelne Städte und Gemeinden durch einen überproportionalen Zuzug überfordert wurden, andererseits konnten die Aussiedler dadurch bei Wohnungsnot nicht in andere Orte ausweichen. Zu den regulären Zuweisungen kam noch die mögliche temporäre Einquartierung von Aussiedlern. In Burbach beispielsweise diente die Siegerland-Kaserne der Bundeswehr zwischen Mai und Juli 1989 insgesamt dreimal kurzzeitig als provisorisches Aufnahmezentrum, da das Lager Friedland in Niedersachsen überfüllt war.[18]
Im Januar 1989 waren in Siegen erstmals die Unterbringungskapazitäten ausgeschöpft

[13] Hinzu kamen fünf Aussiedler aus Ungarn und vier aus der CSSR. Vgl. 358 Aussiedler kamen nach Siegen, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1989.
[14] 1990 kamen 130 000 Aussiedler nach NRW. Strom der Aussiedler hält unvermindert an, in: Siegener Zeitung vom 19.01.1991.
[15] Vgl. Mehr Aussiedlerzuweisungen als 1993. Bisher keine Engpässe bei Unterbringung – Beratungsbedarf sinkt, in: Siegener Zeitung vom 21.09.1994. Ein ähnliches Bild ergibt sich für das Jahr 1995, als von 669 Spätaussiedlern 634 aus der ehemaligen Sowjetunion, 33 aus Rumänien und abermals nur 2 aus Polen kamen. Vgl. Kein Engpaß in Übergangswohnheimen, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1996.
[16] Sonja Haug/Lenore Sauer: Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern. Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes, Nürnberg 2007, S. 11.
[17] Vgl. Fabian Michl: Wohnortzuweisung an Spätaussiedler. Integrationsförderung durch Beschränkung der Freizügigkeit?, in: Raphaela Etzold/Martin Löhnig/Thomas Schlemmer (Hg.): Migration und Integration in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 28), Oldenburg 2019, S. 127-136, hier S. 128.
[18] Vgl. Rußland-Deutsche fanden liebevolle Aufnahme bei Soldaten. „Einweisung“ in die Siegerlandkaserne – Bundeswehr kümmert sich um Bier und Babynahrung – „Menschen sind so dankbar“, in: Siegener Zeitung vom 7.07.1989.

und einzelne Übergangswohnheime sogar überbelegt.[19] Als Reaktion darauf kündigte die Stadt an, mit finanzieller Unterstützung der Bezirksregierung in Arnsberg ein leerstehendes Schulgebäude im Stadtteil Eisern zur Erstunterkunft umzubauen.[20] Parallel dazu sollten bis Ende 1989 22 Sozialwohnungen neu errichtet werden, um die ankommenden Menschen auch dauerhaft unterbringen zu können.[21] Die dafür notwendigen Mittel stellte die nordrhein-westfälische Landesregierung in einem Sofortprogramm zur Verfügung.[22] Raschere Abhilfe erhofften sich die Verantwortlichen von öffentlichen Aufrufen an Siegerländer Bürger*innen und regionale Unternehmen, den Aussiedlern bezahlbare Wohnungen anzubieten.[23] Als diese weitgehend erfolglos blieben, mietete und sanierte die Stadt selbst proaktiv mehrere Wohnungen und richtete diese als Übergangsunterkünfte ein.[24] Das Arbeitsamt wirkte ebenfalls mit und appellierte an regionale Unternehmen, für Wohnraum für die bei ihnen angestellten Aussiedler zu sorgen.[25]

Um den mit den Aufnahmezahlen steigenden Bedarf zu decken, reichten diese unterschiedlichen Lösungsansätze jedoch weiterhin nicht aus. Daher begann 1990, abermals finanziert aus Bundes- und Landesfördermitteln, ein großangelegtes Projekt zur Erweiterung bestehender und zur Errichtung neuer Übergangswohnheime.[26] Durch Um- und Neubauten, Anmietungen und vorübergehende Belegung von Turnhallen existierten im Januar 1991 in Siegen 19 Aufnahmeeinrichtungen mit zwischen 14 und 114 Plätzen.[27]

Für die weiterhin erwarteten und bereits angekündigten Zuweisungen waren aber auch diese Kapazitäten noch zu gering. Als günstige und schnell umsetzbare Lösung erschienen in dieser Lage temporäre Unterkünfte aus Wohncontainern.[28] Im Januar 1991 verkündete

[19] Die Übergangswohnheime im Siegener Seilereiweg boten Platz für 88 Menschen, beherbergten jedoch 94, darunter 31 Kinder. Vgl. 358 Aussiedler kamen nach Siegen, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1989. Die Lage im benachbarten in Netphen war ähnlich. Vgl. Wohnraum für Aussiedler gesucht, in: Siegener Zeitung vom 19.01.1989.

[20] Vgl. Zuschuß aus Arnsberg für Aussiedler-Übergangsheim, in: Siegener Zeitung vom 13.01.1989.

[21] Vgl. 358 Aussiedler kamen nach Siegen, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1989.

[22] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 62.

[23] Vgl. Wohnraum für Aussiedler gesucht, in: Siegener Zeitung vom 19.01.1989. Aussiedlern Wohnung und Arbeit geben, in: Siegener Zeitung vom 3.02.1989.

[24] Vgl. Ein neuer Start auf 60 Quadratmetern. Stadt Siegen weiter auf der Suche nach Wohnraum für Aussiedler: in: Siegener Zeitung vom 29.01.1990.

[25] Vgl. Aussiedlern Wohnung und Arbeit geben, in: Siegener Zeitung vom 3.02.1989.

[26] Vgl. 32 000 Aus- und Übersiedler, in: Siegener Zeitung vom 18.12.1990; Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 62.

[27] Vgl. Stadtdirektor zeigt sich skeptisch. Konfliktstoff bleibt Siegen treu. Unterbringungsdefizit für Aussiedler nur kurzfristig zu mildern, in: Siegener Zeitung vom 11.01.1991.

[28] Eine vergleichbare Expansion ist für den gleichen Zeitraum im benachbarten Kreuztal zu konstatieren. Allerdings setzten die Verantwortlichen hier nicht auf Container, sondern auf temporäre Unterkünfte aus Fertigbetonteilen Vgl. Wohnblöcke bald bezugsfertig. Littfelder Schule wird geräumt. Aussiedler kommen nach Fellinghausen – „Tag der Begegnung", in: Siegener Zeitung vom 17.05.1991.

der Stadtrat Ulrich Mock im Siegener Sozialausschuss Planungen für ein erstes „Großcontainerhaus“ mit Platz für 114 Aussiedler.[29] Pläne für sechs weitere derartige Anlagen wurden nur einen Monat später, im Februar 1991 öffentlich. Einen bereits begonnenen Neubau an der Geisweider Straße eingerechnet, sollte so Platz für 630 Menschen geschaffen werden.[30]

Unterbringungskrise und Reaktionen der Siegerländer Bevölkerung

Im Juli 1991 erreichte die Unterbringungskrise ihren Höhepunkt. Die insgesamt 21 Übergangswohnheime in Siegen beherbergten 1 153 Aussiedler und waren damit um 20% überlegt.[31] Den zusätzlichen Bedarf, um sowohl die bestehende Überbelegung zu lösen als auch das 1992 erwartete Aufnahmesoll zu bewältigen, schätzten die Verantwortlichen auf 1 000 Unterbringungsplätze.[32] Die kurzfristigen Erweiterungsmöglichkeiten waren jedoch ausgeschöpft. Insbesondere die Errichtung neuer Containerwohnanlagen schien angesichts des Widerstands aus der Bevölkerung und von Protesten der Grünen-Fraktion im Stadtrat gegen die „menschenunwürdige“[33] Form der Unterbringung unmöglich. Um größere gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen, schwenkten Stadtrat und -verwaltung um und entschieden, fortan möglichst feste Gebäude zu errichten, die später anderweitig genutzt werden konnten. Im Juli 1992 wurden der Bau eines ersten solchen permanenten Wohnheims beschlossen und die Planungen für fünf weitere begonnen.[34] Diese Vorhaben wurden aber nicht mehr umgesetzt, da die Aussiedlerzahlen unerwartet erheblich zurückgingen und die befürchtete Unterbringungskrise ausblieb.

Mit der Expansion der Aufnahmekapazitäten erreichte auch die Opposition dagegen ihren Zenit. Anschläge wie im benachbarten Wilnsdorf, wo Unbekannte im Oktober 1991 die Rohbauten mehrerer Unterkünfte für kinderreiche Aussiedlerfamilien demolierten, blieben in Siegen zwar aus, doch erschwerte der Widerstand aus der Bevölkerung mitunter die Erweiterung des vorhandenen Wohnraums.[35]

Besonders heftig waren die Reaktionen, wenn öffentlich genutzte Sport- und Kulturstätten als Unterkünfte umfunktioniert werden sollten.[36] Im Frühjahr 1991 etwa protestierten Anwohner*innen einer Turnhalle in Bürbach gegen deren vorübergehende Nutzung als

[29] Vgl. Am Bertramsplatz. Großcontainer mit 33 Zimmern für Aussiedler ist geplant. Übergangsheim im Leasingverfahren – Beratung im Sozialausschuß, in: Siegener Zeitung vom 18.01.1991.
[30] Vgl. Von Geisweid bis Gosenbach, in: Siegener Zeitung vom 19.02.1991.
[31] Vgl. Der Druck wird immer größer: Kein Container-Standort verzichtbar. Bis Ende 1992 müssen weitere 1813 Aussiedler untergebracht werden, in: Siegener Zeitung vom 26.07.1991.
[32] Der Gesamtbedarf wurde mit 1 813 Plätzen angegeben. Eine Überprüfung potenziell als Unterkunft geeigneter Objekte im städtischen Besitz hatte nur eine Unterbringungskapazität von 802 Plätzen ergeben, sodass ein Soll von 1 011 Plätzen übrigblieb. Vgl. ebd.
[33] So zitierte die Siegener Zeitung die Stellungnahme der Fraktion im Stadtrat. Grüne lehnen Wohncontainer ab. Aktuelle Probleme zur Unterbringung von Aussiedlern diskutiert, in: Siegener Zeitung vom 12.02.1991.
[34] Vgl. Fünf Standorte für Aussiedlerheime, in: Siegener Zeitung vom 3.07.1992.
[35] Vgl. In den Rohbauten, in: Siegener Zeitung vom 14.10.1991.
[36] Bereits im Januar 1991 hatten Siegener Bürger*innen gegen die Belegung von Turnhallen in Geisweid und Eiserfeld protestiert. Vgl. Stadtdirektor zeigt sich skeptisch, in: Siegener Zeitung vom 11.01.1991.

Unterkunft für 50 Aussiedler. Am 20. Mai zogen rund 80 Demonstrant*innen ins Siegener Rathaus, um dort eine Petition mit 250 Unterschriften gegen das Vorhaben der Stadtverwaltung abzugeben. Die Kundgebung richtete sich sowohl gegen die befürchteten Einschränkungen im Vereinsleben und Spielbetrieb sowie des Sportunterrichts der örtlichen Schulen und Kindergärten, als auch gegen das Vorgehen der Stadtverwaltung. Der Vorsitzende der Bürbacher Spielvereinigung und Wortführer warf dem Siegener Stadtdirektor Otto-Werner Rappold vor, die Bürger*innen bewusst übergangen und das Gebäude überraschend in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“[37] beansprucht zu haben. Rappold hielt dem entgegen, die Stadt habe alle möglichen potenziellen Standorte geprüft und müsse jetzt mangels Alternativen zeitnah mit dem Umbau der Halle zur Unterkunft beginnen. Eine Woche später jedoch wurde das Vorhaben unter dem öffentlichen Druck aufgegeben.[38] In anderen Fällen, beispielsweise im Januar 1991 in Siegen-Geisweid, argumentierten die Gegner*innen pauschal, ihre „Wohnqualität“[39] werde durch eine geplante Einrichtung eingeschränkt. Derartige diffuse Ängste speisten sich wohl nicht zuletzt aus Vorurteilen gegenüber den Aussiedlern, die seit Beginn der dritten Phase zunehmend als fremd wahrgenommen wurden.[40]

Nicht überall regte sich jedoch Widerstand gegen Aufnahmeeinrichtungen. Beispielsweise reagierten die Anwohner*innen bei der Eröffnung eines neuen vom Diakonischen Werk betreuten Übergangswohnheims in einer ehemaligen Schule in Oberdreisbach im Dezember 1991 laut Presseberichten positiv auf ihre 21 neuen aus Kasachstan eingetroffenen Nachbar*innen und organisierten eine Sammlung für Möbel, Kleidung und Spielzeug.[41] In der Folge entwickelte sich ein reger Austausch. So organisierte der von der Diakonie eingesetzte Heimleiter im Januar 1992 einen „Tag der offenen Tür“, bei dem die alteingesessenen Siegener*innen die Unterkunft besichtigen und mit den Aussiedlern ins Gespräch kommen konnten.[42] Wenige Monate darauf veranstaltete eine Initiative von Anwohner*innen und Bewohner*innen ein gemeinsames „Bürgerfest“, um die „gute und herzliche Atmosphäre“ zwischen beiden Seiten „zu unterstützen und auszubauen“[43]. Nach der Eröffnung des neuen Wohnheims Wiesenthal in Siegen-Geisweid im Dezember

[37] Bürbacher ließen Dampf ab. Protest gegen Belegung der Turnhalle mit Aussiedlern, in: Siegener Zeitung vom 24.05.1991.
[38] Vgl. Keine Aussiedler in Bürbacher Turnhalle, in: Siegener Zeitung vom 31.05.1991.
[39] Am Bertramsplatz. Großcontainer mit 33 Zimmern für Aussiedler ist geplant, in: Siegener Zeitung vom 18.01.1991.
[40] Hierfür sprechen auch Ereignisse wie die Proteste gegen eine geplante Unterkunft in Kreuztal-Buschhütten im Mai 1993. Die Anwohner*innen argumentierten, durch den Bau werde ein für die Erweiterung der angrenzenden Schule dringend benötigtes Grundstück belegt, obwohl die Schule selbst keinen Bedarf für einen Ausbau sah und dementsprechend auch nicht an der Fläche interessiert war. Vgl. Wirbel um geplantes Übergangsheim. Rat diskutierte über Bürgerantrag – Beschluß wurde vertagt: in: Siegener Zeitung, 28.05.1993.
[41] Vgl. Die ersten Aussiedler, in: Siegener Zeitung vom 20.12.1991.
[42] Vgl. „Tag der offenen Tür“ in Oberdreisbach. Übersiedler mittlerweile voll integriert. Heimbewohner fühlen sich sehr wohl – Bei Arbeitssuche geholfen, in: Siegener Zeitung vom 28.01.1992.
[43] Gemeinsames Bürgerfest half Brücken bauen. Dreisbacher und Aussiedler kamen sich näher – Bürgerinitiative will Hilfestellung leisten, in: Siegener Zeitung vom 1.06.1992.

1991 war es ein Bündnis von Nachbar*innen, dem SPD-Ortsverein und Mitgliedern der Arbeiterwohlfahrt sowie einer katholischen Kirchengemeinde, das die dort untergebrachten 45 Aussiedler zu einem gemeinsamen Fest einlud. Dieses wurde zwar als „Weihnachtsfeier" angekündigt, tatsächlich ging es jedoch weniger um das christliche Fest als vielmehr die aktuellen Probleme der Migrant*innen, insbesondere deren berufliche Integration. Trotz ihrer mitunter guten Qualifikationen als Handwerker und Facharbeiter fanden viele von ihnen keine Stellen in der Region und fühlten sich von den Behörden nicht hinreichend bei der Arbeitssuche unterstützt. Darüber hinaus war es den Bewohner*innen jedoch offenbar wichtig, sich der alteingesessenen Bevölkerung vorzustellen und um Verständnis für die eigene Herkunft und Situation zu werben. Gleichsam stellvertretend für alle anwesenden Aussiedler erzählte die älteste Bewohnerin der Einrichtung ihre Lebensgeschichte von ihrer Jugend in der autonomen Wolgadeutschen Republik über die Deportation nach Sibirien 1941 und das Leben in der Kasachischen SSR bis hin zur Entscheidung, auszusiedeln und „als Deutsche unter Deutschen"[44] zu leben. Dieses Wanderungsmotiv und die vorhergegangene Unterdrückung der deutschen Minderheit in der Sowjetunion wurden im öffentlichen Diskurs sowie den Medien zwar immer wieder thematisiert, bei dieser Gelegenheit aber besonders eindrücklich vermittelt. Die Bewohnerin trat somit als Repräsentantin der – im Durchschnitt freilich viel jüngeren – Aussiedler auf, und personifizierte für die Siegener Bürger*innen deren kollektives Schicksal.

1993 und 1994 verlief die Aufnahme und Unterbringung der (Spät-)Aussiedler in ruhigeren Bahnen. Die Belegung der städtischen Übergangswohnheime ging zurück und pendelte sich auf einem Niveau von etwas über 900 Personen ein[45], sodass bereits erste Einrichtungen geschlossen werden konnten.[46] Neue Unterbringungsverpflichtungen wurden durch vermehrte Auszüge der Bewohner*innen auf den freien Wohnungsmarkt ausgeglichen.[47] In den Nachbarstädten Burbach und Kreuztal hingegen blieben die Kapazitäten weiterhin ausgeschöpft.[48] Als 1995 erstmals mehr Personen die Siegener Unterkünfte verließen als die Stadt neu aufnahm, konnte deren Zahl durch weitere Schließungen weiter auf zehn reduziert werden. Der Großteil der 713 ausgezogenen (Spät-)Aussiedler fand anschließend eine eigene Wohnung in Siegen und ließ sich dauerhaft in der Stadt nieder.[49]

---

[44] Sorgen über fehlende Kinderbetreuung. SPD-Ortsverein und AWO luden Aussiedler ein, in: Siegener Zeitung vom 23.12.1991.

[45] Im April waren die städtischen Aufnahmeeinrichtungen mit 917 Personen belegt. Die Gesamtkapazität belief sich auf 1 089 Plätze. Im September 1994 stieg die Belegung vorübergehend noch einmal auf 960 Personen an. Vgl. Zwischen Fakten und Vorurteilen. Als Ausländer mitten in der Provinz, in: Siegener Zeitung vom 8.04.1993; Mehr Aussiedlerzuweisungen als 1993, in: Siegener Zeitung vom 21.09.1994.

[46] Im April 1993 gab es in Siegen noch 20 Einrichtungen mit 1 089 Plätzen, im Juli 1994 nur noch 18 Einrichtungen mit 1 006 Plätzen. Vgl. Zwischen Fakten und Vorurteilen. Als Ausländer mitten in der Provinz, in: Siegener Zeitung vom 8.04.1993; Qualifikation und Sprache entscheidend. Integration von Spätaussiedlern bleibt weiter große Herausforderung für Städte und Gemeinden: in: Siegener Zeitung vom 7.07.1994.

[47] Vgl. Mehr Aussiedlerzuweisungen als 1993, in: Siegener Zeitung vom 21.09.1994.

[48] Vgl. Qualifikation und Sprache entscheidend, in: Siegener Zeitung vom 7.07.1994.

[49] Vgl. Kein Engpaß in Übergangswohnheimen, in: Siegener Zeitung vom 25.01.1996.

Integrationspolitik und -diskurs nach 1987

Über die Aufnahme und Unterbringung hinaus stellte sich der Bundesregierung die Aufgabe, die Aussiedler langfristig zu integrieren. Auch in der dritten Phase hielt sie aus sozialen sowie politischen Erwägungen zunächst an den Eingliederungshilfen fest und setzte zu diesem Zweck erstmals einen Aussiedlerbeauftragten („Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen") ein. Erster Amtsinhaber wurde im September 1988 der nordrhein-westfälische CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Waffenschmidt. Unter dem Leitsatz „Das Tor bleibt offen!" setzte dieser sich für die fortgesetzte Aufnahme und Integration ein. Darin lag er auf einer Linie mit dem Düsseldorfer Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, mit dem er eng zusammenarbeitete.[50] Auf der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz warb Waffenschmidt im September 1989 auch in Siegen um Verständnis für und Offenheit gegenüber den Aussiedlern. In seiner Rede ergänzte er die bekannten politischen und moralischen Argumente für deren Zuwanderung um ein volkswirtschaftliches und bezeichnete sie als „Konjunkturprogramm" für die Bundesrepublik. Insbesondere die Russlanddeutschen seien ein „Lebenselixier" für die Volkswirtschaft und angesichts der demografischen Entwicklung aufgrund ihres niedrigen durchschnittlichen Alters ein „Segen für die Rentenversicherung"[51].

Während in der Politik noch ein weitgehender Konsens über die Aufnahme und Integration herrschte, verschob sich die öffentliche Wahrnehmung bereits. Teile der Siegerländer Bevölkerung sahen Aussiedler zunehmend als eine unter vielen Migrant*innengruppen. In der Folge sank die Akzeptanz für die anhaltende Zuwanderung und die umfangreichen Eingliederungshilfen. Ein im August 1989 in der Siegener Zeitung erschienener Leserbrief verweist auf diese beiden Entwicklungen. Der Verfasser kritisierte „die permanente Gefühlsduselei in bezug [sic!] auf Aussiedler", die er explizit nicht als Teil der deutschen Gesellschaft betrachtete, sowie die Ausgaben für deren Betreuung: „Mit Nachdruck möchte ich mitteilen, daß ich nichts gegen Aussiedler und Ausländer habe, nur auch nicht bereit bin, mit meinen nicht geringen Steuerabgaben die ganze Welt zu finanzieren. […] Startgelder, Waschmaschinen, Fernseher, Kleidung, Wohnraum, Sprachkurse, all dieses muß ja wohl mit Steuergeldern finanziert werden. […] Als Deutscher, worauf ich stolz bin, hat man hier das Gefühl, nur noch geduldeter und zahlender Gast zu sein."[52]

Nach Jahrzehnten der Stigmatisierung als „Deutsche" in ihren Herkunftsländern nun in der Bundesrepublik aufgrund ihrer geografischen Herkunft und der Umstände ihrer Migration als fremd wahrgenommen und unterschiedslos mit „Ausländern" gleichgesetzt zu werden, war für die Betroffenen belastend. Bei einem Treffen von Aussiedlern aus der ehemaligen UdSSR, die seit 1992 im benachbarten Kreis Olpe lebten, fasste eine Teilnehmerin die Wirkung der öffentlichen Stimmung prägnant zusammen: „Wir werden hier

[50] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 62.
[51] Aussiedler sind ein Segen für Rentenversicherung, in: Siegener Zeitung vom 19.09.1989.
[52] Leserbrief: Nur noch zahlender Gast?, in: Siegener Zeitung vom 8.08.1989.

gar nicht akzeptiert. […] Dort waren wir die Faschisten, jetzt sind wir Russen geworden."[53] Auf dem Höhepunkt der Unterbringungskrise mehrten sich die Befürchtungen, dass die gesellschaftliche Stimmung umschlagen und sich die „Ausländerfeindlichkeit" sowie die dadurch ausgelöste rassistisch motivierte Gewalt auch gegen die (Spät-)Aussiedler richten könnte. Aus Sorge vor Brandanschlägen und pogromartigen Angriffen wie in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen wurde eine Übergangseinrichtung in der Breslauer Straße in Siegen im Juli 1994 mit bruchfesten Fensterscheiben, einer speziellen Alarmanlage mit direkter Verbindung zur Feuerwehr und einer Türsprechanlage ausgestattet.[54] Während die Probleme mit Aufnahme und Unterbringung nach kurzer Zeit überwunden wurden, hinterließen die Anfeindungen dauerhafte Spuren bei den (Spät-)Aussiedlern. Der 1947 in der UdSSR geborene und 1986 mit seiner Frau und seinen beiden Kindern nach Deutschland gekommene Rudolf Schaufler etwa erinnert sich über zwei Jahrzehnte später noch immer lebhaft an das feindliche gesellschaftliche Klima in Netphen in den 1990er Jahren: „Zweiundneunzig waren sehr viele gekommen und da gab's sehr viel Streit, noch mehr als um die Flüchtlinge jetzt [2018]. Da wurden auch Heime angezündet. Das läuft jetzt alles genau so wie damals in zweiundneunzig, vierundneunzig. […] Alle waren gegen uns, viele waren gegen uns. Wir haben die Arbeitsplätze von denen geklaut und so weiter und so fort."[55]

Integration der Aussiedler. Handlungsfelder, Institutionen und Akteur*innen

Die erste Anlaufstelle für die Aussiedler nach der Ankunft im Siegerland war häufig der städtische Betreuungsdienst. Wie viele andere Kommunen hatte Siegen auf dem Höhepunkt der Zuwanderung eine solche Dienststelle geschaffen, um die Migrant*innen in Alltagsfragen im Kontakt mit Behörden zu unterstützen und zu begleiten.[56] Darüberhinausgehende Hilfen konzentrierten sich zunächst vor allem auf den Spracherwerb und die berufliche Qualifikation, da sich mangelnde Deutschkenntnisse und ein eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt als wesentliche Integrationshemmnisse für die Aussiedler erwiesen.[57]

Sprachkurse

Besonders groß war der Bedarf für Sprachförderung bei jungen Menschen, die in der polnischen bzw. russischen Sprache und Kultur sozialisiert worden waren und ihre Schulbildung absolviert hatten. Schon seit 1981 gab es in der Region ein besonderes Beschulungsmodell, bei dem Kinder und Jugendliche aus Aussiedlerfamilien im Hilchenbacher Schülerheim der Inneren Mission lebten und wochentags das nahegelegene Jung-Stilling-

[53] „Angst ist unsere zweite Natur". Die Probleme der Rußlanddeutschen im Kreis Olpe, in: Siegener Zeitung vom 7.01.1995.
[54] Vgl. Qualifikation und Sprache entscheidend, in: Siegener Zeitung vom 7.07.1994.
[55] Interview mit Rudolf Schaufler am 20.03.2018.
[56] Vgl. Mehr Aussiedlerzuweisungen als 1993, in: Siegener Zeitung vom 21.09.1994.
[57] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 402.

Gymnasium besuchten. Neben ihren Sprachkursen nahmen sie dort am regulären Unterricht teil.[58] Dieses internatsähnliche Programm wurde nun ausgebaut. Im November 1988 nahmen 59 Schüler*innen im Alter von 12 bis 23 Jahren teil.[59] Das Siegener Jugendamt orientierte sich am Hilchenbacher Vorbild. Im Oktober 1987 wurden zwanzig Schülerinnen und Schüler aus polnischen Aussiedlerfamilien in der städtischen Jugendeinrichtung „Anna-Helene-Stiftung" untergebracht und absolvierten dort einen zweimonatigen Deutschkurs. Besichtigungen ansässiger Unternehmen sowie Kultur- und Freizeitveranstaltungen ergänzten das Angebot.[60] Nachdem die erste Gruppe die Maßnahme erfolgreich abgeschlossen hatte, begann im Februar 1988 ein weiterer Durchgang.[61] Mit dem rapiden Anstieg der Aussiedlerzahlen baute die nordrhein-westfälische Landesregierung diese Form der Sprachförderung bedeutend aus und legte ein Sonderprogramm auf, aus dem auch einjährige Intensiv-Deutschkurse in Siegen finanziert wurden. Die erste Kohorte von 48 jugendlichen Aussiedlern im Alter zwischen 17 und 19 Jahren zog im Februar 1989 im Bonifatius-Wohnheim der katholischen Kirche in Siegen-Weidenau ein.[62] 38 von ihnen beendeten den Kurs erfolgreich, der daraufhin bis 1992 mehrfach wiederholt wurde.[63]

Auch erwachsene Aussiedler, die bereits über berufliche Qualifikationen und Erfahrungen verfügten, sollten durch Deutschkurse in die Lage versetzt werden, möglichst schnell einen Arbeitsplatz zu finden. Dazu veranstaltete das Siegener Arbeitsamt im April 1988 gemeinsam mit der Volkshochschule ein erstes zehnmonatiges Sprachförderungsprogramm für zwanzig Männer und Frauen aus Polen, Rumänien sowie der Sowjetunion im Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Das Curriculum umfasste neben dem reinen Deutschunterricht auch Informationen über die Verwaltungsabläufe des städtischen Sozial- und Wohnungsamtes sowie Hinweise zur Wohnungssuche und nahm damit Elemente der 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz offiziell eingeführten Integrationskurse für Migrant*innen vorweg.[64]

Aufgrund der enorm gestiegenen Zuwanderung wurde das Programm rasch ausgeweitet.

---

[58] Vgl. Junge Aussiedler am Jung-Stilling-Gymnasium. Wanderer zwischen zwei Welten pauken fürs Abitur. Russisch als Leistungskurs für Jugendliche aus Osteuropa – Integration im Schulalltag – Ehrung für Sieg auf Landesebene, in: Siegener Zeitung vom 18.12.1985.

[59] Vgl. Junge Aussiedler freuen sich auf Hilchenbacher Winter. Blick in das Schülerwohnheim – Altersstruktur hat sich gewandelt, in: Siegener Zeitung vom 14.11.1988.

[60] Vgl. Junge Aussiedler lernen Deutsch, in: Siegener Zeitung vom 22.10.1987.

[61] Vgl. Deutsche Aussiedler büffeln in Siegen fürs Abitur. Zweimonatiger Sprachkurs im Anna-Helenen-Stift - Empfang der Stadt Siegen, in: Siegener Zeitung vom 19.02.1988.

[62] Vgl. Sie lernen Deutsch wie die Weltmeister: 48 junge Aussiedler aus Polen und Rußland seit elf Monaten im Internat im St. Bonifatius-Haus, in: Siegener Zeitung vom 20.01.1990.

[63] Vgl. Hilfe für jugendliche Aussiedler. Sprachförderung im Bonifatius-Jugendwohnheim — Neuer Heimleiter, in: Siegener Zeitung vom 6.04.1990; Spätaussiedler büffelten im Bonifatius-Haus. Berlitz-Schule und Jugendwohnheim zogen Bilanz – Intensiv-Sprachkurs erfolgreich absolviert, in: Siegener Zeitung vom 4.02.1991; Abschied von Zuhause und Schule auf Zeit. Jugendliche Spätaussiedler beendeten Sprachkurs im Bonifatiusheim, in: Siegener Zeitung vom 5.02.1992.

[64] Gemeinschaftsprojekt von VHS und Arbeitsamt, in: Siegener Zeitung vom 13.04.1988.

Obwohl jedoch bis zum November 1990 insgesamt 48 Kurse für über 900 Personen stattfanden, konnte der Bedarf nicht vollständig gedeckt werden.[65]

Maßnahmen des Arbeitsamtes zur Arbeitsvermittlung und -beschaffung

Für Aussiedler mit ausreichenden Deutschkenntnissen für den regionalen Arbeitsmarkt organisierte das Arbeitsamt spezielle „Informationsabende". Zwischen April 1989 und November 1990 fanden 73 solcher Termine statt, um insgesamt 2 000 Teilnehmer*innen über ihre beruflichen Perspektiven und Weiterbildungsmöglichkeiten aufzuklären.[66] Einen Schritt weiter ging das von der Behörde im Juni 1989 gemeinsam mit der IHK veranstaltete „zwanglose Kontaktgespräch" mit Aussiedlern und den Vertreter*innen von 50 Unternehmen aus dem gesamten Kreisgebiet. Dabei sollten wechselseitige Unsicherheiten abgebaut, langwierige und durch die Sprachprobleme zusätzlich erschwerte Bewerbungsverfahren umgangen und Arbeitsverhältnisse angebahnt werden.[67] Ein dritter Ansatz des Arbeitsamtes neben Sprachförderung und Informationsveranstaltungen waren sogenannte „Kombi-Maßnahmen", bei denen Aussiedler in einem sechsmonatigen Ausbildungsgang ein Sprachzertifikat erwerben und gleichzeitig für unterschiedliche Berufe qualifiziert werden sollten. Ab April 1990 wurde eine erste Gruppe von 26 Aussiedlerinnen durch die Deutsche Angestellten-Akademie als Verkäuferinnen ausgebildet.[68] Weitere Durchgänge bis April 1995 bereiteten die Teilnehmer*innen auf Tätigkeiten im Hotel- und Gaststättengewerbe oder in der Logistikbranche vor.[69] Für hochqualifizierte Aussiedler gab es ebenfalls vereinzelte „Maßnahmen". So bildete die Schloemann-Siemag AG in Hilchenbach im April 1991 12 Diplomingenieure aus Polen und Rußland in einem Modellversuch zu Konstrukteuren weiter.[70]

Bedeutung von Kirchen und religiösen Gemeinschaften für die Integration

Die Kirchen spielten in der dritten Phase ebenfalls eine bedeutsame Rolle für die Integration der Aussiedler. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die 1988 eingerichtete Beratungsstelle der Caritas.[71] Deren Angebote entsprachen weitgehend denen

[65] Vgl. Viele Integrationshilfen für Aussiedler. Das Beherrschen der Sprache ist die wichtigste Voraussetzung für die Arbeitsvermittlung, in: Siegener Zeitung vom 10.11.1990.
[66] Vgl. ebd.
[67] Vgl. IHK und Arbeitsamt brachten Unternehmen und Aussiedler zusammen, in: Siegener Zeitung vom 19.06.1989.
[68] Vgl. Sprachkurs mit beruflicher Ausbildung. Bestes Mittel für gesellschaftliche Integration der Aussiedler, in: Siegener Zeitung vom 9.03.1991.
[69] Vgl. Lehrgang für Sprache und Kochkünste. 20 Aussiedler auf Schulungskurs – Sprachbarrieren oft sehr hoch, in: Siegener Zeitung vom 23.11.1990; Aussiedler lernen Lkw fahren. Kombi-Maßnahme des Arbeitsamtes bei der Dekra, in: Siegener Zeitung vom 7.11.1991.
[70] Vgl. Aussiedler als Konstrukteure qualifiziert. Modellversuch von Arbeitsamt und SMS – Gelernte Ingenieure, in: Siegener Zeitung vom 24.04.1991.
[71] Vgl. Beratungsstelle fehlen Gelder. Caritas-Angebot für Aussiedler steht auf des Messers Schneide, in: Siegener Zeitung vom 13.09.1997.

des städtischen Betreuungsdienstes, allerdings waren die aufgrund ihrer Erfahrungen unter kommunistischer Herrschaft gegenüber staatlichen Institutionen vielfach misstrauischen Migrant*innen eher bereit, diese in Anspruch zu nehmen.[72] Daneben war die Beratungsstelle eine Schnittstelle zu den Kirchengemeinden in der Umgebung, denen sich zahlreiche Migrant*innen anschlossen.[73]

Zum wichtigsten Anlaufpunkt für die überwiegend aus Polen stammenden katholischen Aussiedler wurde die 1990 in Siegen gegründete Polnische Katholische Mission.[74] Dort fanden sie nicht nur eine polnischsprachige Gemeinschaft vor, sondern konnten auch im Sinne eines „Blicks zurück"[75] an das aus der Zeit vor der Migration gewohnte Gemeindeleben anknüpfen. Anders als bei ihren spanischen oder italienischen Pendants aus den 60er Jahren bestand jedoch keine direkte Verbindung zu den wesentlichen Betreuungsstrukturen für die Migrant*innen.[76]

Die (Spät-)Aussiedler aus der UdSSR bzw. deren Nachfolgestaaten suchten im Siegerland vielfach ebenfalls Kontakt zu den deutschen Gemeinden. Nachdem im Sommer 1991 mehrere kurz zuvor aus Russland und der Kirgisischen Republik eingetroffene Familien die Gottesdienste der Evangelischen Kirchengemeinde Freudenberg besucht hatten, wurden sie von deren Pfarrer und dem Frauenkreis zu einem gemeinsamen Frühstück eingeladen. Ersterer begrüßte die Gäste und bekundete, für sie in der neuen Umgebung „ein Stückchen Heimat"[77] sein zu wollen. Implizit war dieses Versprechen freilich an das Bekenntnis zu der Gemeinde geknüpft. So kündigte der Pfarrer gegenüber der Siegener Zeitung an, die bislang nicht der evangelischen Kirche angehörenden Aussiedler taufen zu wollen. Eine vergleichbare Initiative gab es nur eine Woche später in Kreuztal, wo die Evangelische Kirchengemeinde im Stadtteil Fellinghausen einen „Tag der Begegnung" für die neu zugewanderten Familien veranstaltete.[78] Es deutet wenig darauf hin, dass aus diesen Einladungen dauerhafte Kontakte entstanden und Russlanddeutsche sich in größerer Zahl den betreffenden Gemeinden anschlossen. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Formen der Frömmigkeit und die beiderseitigen Erwartungen an das Gemeindeleben – wie schon gut zwei Jahrzehnte früher – als wenig kompatibel erwiesen, und die Aussiedler stattdessen in neu gegründeten „Migrationskirchen" ihre gewohnten Formen der Religionsausübung fortführten.[79]

---

[72] Vgl. Wallem: Russlanddeutsches Verbandswesen.

[73] Vgl. Beratungsstelle: Bestand vorerst gesichert. Kirchengemeinden entrichten Obolus – Aussiedler können bald wieder zur Caritas kommen, in: Siegener Zeitung vom 22.09.1997.

[74] Vgl. An polnische Traditionen anknüpfen. Polnisch-Katholische Mission feierte zehnjähriges Bestehen, in: Siegener Zeitung vom 13.06.2000.

[75] Otto: (Spät-)Aussiedler aus Polen, S. 50.

[76] Allgemein deutet die Forschung jedoch auf die Bedeutung der polnischsprachigen Gemeinden für die Aussiedler hin. Vgl. Otto: (Spät-)Aussiedler aus Polen, S. 51.

[77] Zit. nach: Aussiedler im Gemeindezentrum zu Gast. Hoffnung auf eine bessere Bleibe in Freudenberg, in: Siegener Zeitung vom 17.06.1991.

[78] Vgl. Wohnblöcke bald bezugsfertig, in: Siegener Zeitung vom 17.05.1991.

[79] So Kornelius Ens' Befund auf der Makroebene. Vgl. Ens: Russlanddeutsche Migrationskirchen, S. 33.

Die Rolle der Landsmannschaften

Ähnlich zurückhaltend verhielten sich die Aussiedler mitunter gegenüber den Landsmannschaften, die ihrerseits unterschiedlich auf die steigende Zuwanderung in der dritten Phase reagierten. Auf der obersten Verbandsebene der Siebenbürger Sachsen fragte der Leiter des Bundesreferats für Aussiedlerbetreuung, Martin Jung, im März 1987 in einem programmatischen Artikel in der Siebenbürgischen Zeitung nach der eigenen Verantwortung für die „Landsleute" und deren Integration. Den Anlass bildete die Diskrepanz zwischen den Anstrengungen in der „landsmannschaftlichen Betreuung" einerseits und den zunehmenden Eingliederungsproblemen sowie dem mangelnden Interesse der Aussiedler an der Landsmannschaft andererseits. Angesichts dieser Entwicklung rief Jung insbesondere die schon länger in der Bundesrepublik lebenden Mitglieder auf, den neu eingetroffenen „Landsleuten" „nicht nur verständnisvolle Gefühle, sondern auch praktische Hilfe für den Alltag"[80] entgegenzubringen. Als oberstes Ziel für die Aussiedler postulierte er die „gesellschaftliche Einbindung in die neue Umgebung". Hierfür bedürfe es sowohl der „Rückbesinnung auf die großen Leistungen durch viele Jahrhunderte hinweg in Siebenbürgen" als auch der Überwindung etwaiger „Vorbehalte gegenüber der einheimischen Bevölkerung, aber auch solche[r] den Schicksalsgenossen wie etwa den Banater Schwaben oder anderen gegenüber"[81]. Gelinge es nicht, Partikularismus und wechselseitige Abgrenzung zu entschärfen, so Jung weiter, so drohten die Spannungen zwischen den unterschiedlichen deutschen „Volksgruppen" zu eskalieren. Zusammengenommen liefen diese Forderungen auf eine weitgehende Assimilation an die bundesrepublikanische Mehrheitsgesellschaft hinaus. Dabei missachtete Jung jedoch, welch zentralen Stellenwert Brauchtum und historische Erinnerung für das Gemeinschaftsbewusstsein der Siebenbürger Sachsen hatten. Wie zuvor bei den Vertriebenen wurde das Bedürfnis nach historischer Selbstvergewisserung in der neuen Umgebung sogar tendenziell stärker. Die Bedeutung der „Volksgruppenidentität" und des Konkurrenzdenkens nahm damit eher noch zu.[82] Letztlich blieben Jungs Appelle in der Region folgenlos. Es deutet wenig darauf hin, dass die Siegener Kreisgruppe sich in der dritten Phase verstärkt auf die Integration der Aussiedler ausrichtete. Demgegenüber stellte die Revolution in Rumänien eine Zäsur dar. Nach dem Sturz Ceaușescus richteten die Siebenbürger Sachsen im Siegerland ihr Engagement auf die alte Heimat aus.[83] So organisierte die Siegerländer Kreisgruppe im Januar 1990 eine Spendenaktion für die dort verbliebenen „Landsleute", die sich gemeinsam mit Banater Schwaben im Ende 1989 gegründeten „Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien" für ihre Interessen einsetzten und den demokratischen Neuaufbau mitgestalteten.[84]

[80] Bilanz und Vorschau: Gedanken zur Betreuung der Spätaussiedler. Die Schwierigkeiten des Einlebens im Westen. von Martin Jung, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.03.1987.
[81] Ebd.
[82] Vgl. Stickler: Landsmannschaften.
[83] Vgl. Kreisgruppe Siegerland. Jahreshauptversammlung, in: Siebenbürgische Zeitung vom 31.01.1990.
[84] Vgl. Sebaux: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, S. 60.

Die LmDR trat in der dritten Phase ebenfalls nicht öffentlich für die Aussiedler ein oder beteiligte sich an den Integrationshilfen. Erst ab 1994 gab es in der Kreisgruppe einen Sozialreferenten, der sich zwar ehrenamtlich um eine begrenzte Anzahl von „Landsleuten" kümmerte, jedoch nicht institutionalisiert mit den kommunalen Behörden zusammenarbeitete.[85] Eine mögliche Erklärung hierfür ist die von der Landsmannschaft vertretene Auffassung russlanddeutscher „Volksgruppenidentität", deren zentrale Elemente das Verfolgungs- und Vertreibungsschicksal sowie das wesentlich über die Sprache definierte „Deutschtum" waren.[86] Demgegenüber waren viele der neu eintreffenden Russlanddeutschen bereits in einer post-stalinistischen Gesellschaft aufgewachsen und sozialisiert worden und hatten die Hochphase der Repression und die Deportation während und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr selbst erlebt. So fühlten sich nur wenige von ihnen – laut einer 1990 durchgeführten Umfrage des Münchener Osteuropa-Instituts rund 10% in der Altersgruppe bis 40 Jahren – von der Landsmannschaft angesprochen und vertreten.[87] Viele von ihnen zogen sich zunächst ins Private oder in zumeist familiäre informelle Netzwerke zurück. Im Verlauf der 1990er Jahre gründeten sich zwar zahlreiche neue Selbstorganisationen russischsprachiger Aussiedler, der Organisationsgrad in der LmDR blieb dagegen niedrig.[88]

Verschärfung des Migrationsregimes und Übergang in die vierte Phase

Angesichts der durch die Integrationshilfen verursachten Kosten und der sinkenden gesellschaftlichen Akzeptanz begann die Bundesregierung in der dritten Phase, die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen. Das Aussiedleraufnahmegesetz vom 1. Juli 1990 verschärfte die bis dahin liberalen Einreisebestimmungen. Fortan mussten ausreisewillige Deutsche ihre Aufnahmeanträge bereits in ihren jeweiligen Herkunftsländern stellen und konnten erst nach einem positiven Bescheid des Bundesverwaltungsamtes in die Bundesrepublik kommen. Dadurch gelang es, die Zahl von Aussiedlern bereits im ersten Jahr nach Einführung des Gesetzes von fast 400 000 auf rund 222 000 zu reduzieren.[89] In den folgenden Jahren wurden vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung und der dadurch gestiegenen wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen zudem staatliche Hilfs- und Sozialleistungen reduziert. Kürzungen betrafen neben der Sprachförderung und beruflichen Qualifikationsmaßnahmen auch die Altersversorgung für Aussiedler.[90] Von besonders einschneidender Wirkung war die Reform des Fremdrentengesetzes vom 1. Januar 1992, welches die Leistungsansprüche beträchtlich senkte und viele Empfänger*innen an die Armutsgrenze drängte.

---

[85] Vgl. 25 Jahre Landsmannschaft der Russlanddeutschen in Siegener Zeitung vom 2.06.2001.
[86] Vgl. Wallem: Russlanddeutsches Verbandswesen.
[87] Vgl. Barbara Dietz: Rückwanderung in eine fremde Gesellschaft. Zur sozialen Integration russlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik, in: Ines Graudenz/Regina Römhild (Hg.): Forschungsfeld Aussiedler – Ansichten aus Deutschland. Frankfurt a. M. 1996, S. 123-137, hier 131.
[88] Vgl. Wallem: Russlanddeutsches Verbandswesen.
[89] Jannis Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.
[90] Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 400f.

Die Ausgaben für die Kulturarbeit gemäß § 96 des BVFG stiegen zwischen 1990 und 1998 zwar kontinuierlich an, flossen allerdings hauptsächlich in die Auslandsförderung und trugen somit kaum zur Integration der Aussiedler bei.[91] Helmut Harbich vom Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Aussiedlerfragen sprach in diesem Zusammenhang von „neuen Härten und Ungerechtigkeiten" gegenüber den Aussiedlern und warnte vor einer beginnenden gesellschaftlichen „Entsolidarisierung"[92].

Die Verschärfung des nationalen Migrationsregimes kulminierte in einer Revision des Bundesvertriebenengesetzes. Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz („Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgengesetzen" – KfbG) vom 21. Dezember 1992 hob – wie der Name bereits andeutete – durch den Zerfall der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges überholte bzw. nicht mehr anwendbare Bestimmungen auf oder passte sie der veränderten politischen Situation an.[93] Zum 1. Januar 1993 wurde die Rechtskategorie „Aussiedler" abgeschafft. Die deutschstämmigen Migrant*innen erhielten von nun an den neuen Status „Spätaussiedler". Da sie nicht mehr als Vertriebene gemäß BVFG galten, hatten sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr automatisch inne, sondern mussten diese erst erwerben. Während Ausreisewillige aus den übrigen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten eine anhaltende Benachteiligung aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit nachweisen mussten, um als Spätaussiedler anerkannt zu werden, wurde die Aufnahme aus der ehemaligen Sowjetunion weiterhin großzügig gehandhabt. Dementsprechend rückten die UdSSR-Nachfolgestaaten, vor allem Russland und Kasachstan, rasch an die erste Stelle der Herkunftsländer.[94] Darüber hinaus legte das KfbG erstmals eine Obergrenze für die Aufnahme fest. Pro Jahr durften fortan höchstens 220 000 Menschen als Spätaussiedler nach Deutschland kommen.

Das Gesetz markierte den Beginn der vierten, noch immer anhaltenden Phase der Aussiedlermigration, in der sich die Zuwanderung zunächst verstetigte und anschließend immer weiter zurückging.[95] Zeitgleich löste sich unter dem Eindruck der zunehmenden Integrationsprobleme auch der gesellschaftliche und politische Konsens auf, (Spät-)Aussiedler grundsätzlich nicht als „Ausländer" und ihre Ankunft und Aufnahme nicht als Migration zu behandeln.[96] In dem ersten Bericht ihrer kurz zuvor gegründeten interministeriellen Arbeitsgruppe „Zuwanderung" ging im Herbst 1995 auch die nordrhein-westfälische Landesregierung dazu über, die unterschiedlichen Migrant*innengruppen

[91] Ein wesentliches Ziel der Kulturarbeit in den Herkunftsgebieten der (Spät-)Aussiedler war es, diese von vornherein von der Migration abzubringen. Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 64.
[92] Zit. nach: Ebd., S. 62f.
[93] Vgl. Stickler: Bundesrepublik Deutschland.
[94] Rund 95% aller ab 1993 aufgenommenen Spätaussiedler kamen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 400f.
[95] Vgl. Panagiotidis: Aussiedler/Spätaussiedler.
[96] Vgl. ders.: Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland, S. 8f.

gleichzusetzen.[97] Das Hauptargument dafür war, so eine in der Siegener Zeitung wiedergegebene Pressemitteilung zu dem erwähnten Bericht, dass die „Lebenslagen [der (Spät-)Aussiedler] in vieler Hinsicht der Situation der Ausländer ähnlich"[98] waren. Die betroffenen (Spät-)Aussiedler sahen sich dadurch zurückgesetzt und ihr „Deutschtum" sowie ihr Schicksal von Deportation und Repression abgewertet. 1996 wurde das Migrationsregime mit der Einführung verpflichtender Sprachtests weiter verschärft. Antragsteller*innen mussten ihre Deutschkenntnisse fortan bereits in ihren Herkunftsländern nachweisen.[99] Diese Regelung stellte praktisch eine Einreisebarriere dar und trug dazu bei, die Zuwanderung deutlich unter das jährliche Aufnahmekontingent von 220 000 zu drücken, welches daraufhin im Jahr 2000 auf 100 000 gesenkt wurde.[100] Infolge des Zuwanderungsgesetzes („Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern") von 2005, mit dem Sprachtests auch für nicht deutschstämmige Ehepartnerinnen und -partner und sogar Kinder von Spätaussiedlern verpflichtend wurden, fiel die Zahl der Neuankommenden schließlich auf wenige Tausend im Jahr.[101]

Kommunale Integrationspolitik in der vierten Phase

Während das in der Forschung gemeinhin als Zäsur gewertete Kriegsfolgenbereinigungsgesetz im Siegerland zunächst kaum öffentlich wahrgenommen und diskutiert wurde, schlug der Abbau von Integrationshilfen jeweils unmittelbar auf die regionale Ebene durch. So kritisierte das Arbeitsamt die Kürzungen bei Sprachförderung und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen im Juli 1994 gegenüber der Siegener Zeitung als wesentliches Hindernis für die Integration der (Spät-)Aussiedler in den Arbeitsmarkt.[102] Weitere Einsparungen bei Fördermitteln der Bundesregierung im Frühjahr 1997 trafen die Siegener Beratungs- und Betreuungsstelle für Spätaussiedler der Caritas empfindlich.[103] Zwar gelang es, das Finanzdefizit durch Spenden aus den Kirchengemeinden, denen mittlerweile zahlreiche (Spät-)Aussiedler angehörten, vorläufig auszugleichen, doch als die Finanzierung für das Jahr 1998 nicht sichergestellt werden konnte, musste die Beratungsstelle endgültig schließen.[104] Die kommunale Integrationspolitik war in dieser Phase inkonsistent. So hielt die Stadt Siegen einerseits am Beirat für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen fest

[97] Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (Hg.): Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen – Situation, Perspektiven und Anforderungen an eine zukunftsorientierte Integrationspolitik". Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Zuwanderung" der Landesregierung, Düsseldorf 1995.
[98] Ehen mit ausländischen Partnern nehmen zu. Fast zwei Millionen Ausländer in NRW – Regierungsbericht „Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen", in: Siegener Zeitung vom 5.01.1996.
[99] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 400f.
[100] Im ersten Jahr nach der Einführung sank die Zahl neu aufgenommener Spätaussiedler von rund 177 000 auf 103 000. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31f.
[101] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 400f.
[102] Vgl. Qualifikation und Sprache entscheidend, in: Siegener Zeitung vom 7.07.1994.
[103] Vgl. Beratungsstelle fehlen Gelder, in: Siegener Zeitung vom 13.09.1997.
[104] Vgl. Beratungsstelle: Bestand vorerst gesichert, in: Siegener Zeitung vom 22.09.1997.

und konsultierte diesen – obwohl sie seit der Reform des nordrhein-westfälischen Landesaufnahmegesetzes Ende 1994 nicht mehr dazu verpflichtet war – bei relevanten politischen Entscheidungen, andererseits löste sie noch im selben Jahr den Betreuungsdienst für die deutschstämmigen Migrant*innen auf und übertrug dessen Aufgaben an das Sozialamt.[105] Die offizielle Begründung für letztere Entscheidung – ein vermeintlich sinkender Beratungsbedarf-– erscheint angesichts der Situation im benachbarten Kreuztal wenig glaubhaft. Das dortige Sozialamt war, wie ein Sprecher gegenüber der Siegener Zeitung einräumte, mit der Betreuung für rund 2 000 (Spät-)Aussiedler „völlig überfordert“[106].
Bürgerliches Engagement konnte die Einschnitte in der Betreuung kaum kompensieren. Dies gilt auch für Selbstorganisationen wie den im März 1997 in Siegen gegründeten „Beratungs- und Schutzverein für Spätaussiedler, Aussiedler und Flüchtlinge“. Dessen Ziel war es, die genannten Gruppen in sämtlichen Lebensbereichen und, beginnend bei der Ausreise aus den Herkunftsländern, durch alle Phasen der Migration und Integration zu begleiten und unterstützen. Dieser ganzheitliche Ansatz beruhte wesentlich auf der persönlichen Erfahrung der beiden Vorsitzenden Edyta und Marek Sodzawiczny, die Anfang der 1980er Jahre selbst als Aussiedler aus Polen nach Deutschland gekommen waren.[107] Das Gründerehepaar fasste drei wesentliche Tätigkeitsbereiche ins Auge. Nach der Einstellung des städtischen Beratungsdienstes und angesichts der drohenden Schließung der Beratungs- und Betreuungsstelle der Caritas erschien es als drängendste Aufgabe, die Migrant*innen im Alltag, bei Behördengängen sowie bei der Wohnungs- und Arbeitssuche zu unterstützen. Zusätzlich zu entsprechenden persönlichen und telefonischen Beratungen plante der Verein, russisch-, rumänisch- und polnischsprachige „Informationsschriften“ zu erarbeiten und über das Siegener Sozialamt verteilen zu lassen. Einen zweiten Auftrag sahen die beiden Vorsitzenden in der Rechts- und „Verbraucherberatung“, um die mit den deutschen Gesetzen noch nicht vertrauten Migrant*innen vor Betrug und Wuchergeschäften zu schützen. Drittens sollte den (Spät-)Aussiedlern „die Möglichkeit gegeben werden, ihre kulturelle Identität zu wahren“[108] Dieser Punkt ging weit über die bisherigen Integrationshilfen in der Region hinaus. Er implizierte auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und eröffnete somit erinnerungskulturelle Perspektiven. Wie der Name des Vereins kundtat, sollte sein Engagement längerfristig auch anderen Migrant*innengruppen zugutekommen. Die Vorsitzenden kündigten deshalb an, mit ihrem Programm auch im Siegener Ausländerbeirat um Unterstützung zu werben. Nach ersten positiven Reaktionen – das städtische Sozialamt beispielsweise erhoffte

[105] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied. Festschrift zum 60jährigen Bestehen des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Düsseldorf 2009, S. 64.
Mehr Aussiedlerzuweisungen als 1993. Bisher keine Engpässe bei Unterbringung – Beratungsbedarf sinkt, in: Siegener Zeitung vom 21.09.1994.
[106] Qualifikation und Sprache entscheidend, in: Siegener Zeitung vom 7.07.1994.
[107] Vgl. Neugründung in Siegen: Hilfe nicht nur für Aussiedler. Beratungs- und Schutzverein will Neuankommende unterstützen, in: Siegener Zeitung vom 8.03.1997.
[108] Ebd.

sich eine Entlastung bei der Integration der (Spät-)Aussiedler[109] – zeigte sich in der Praxis jedoch rasch, dass die Ansprüche die Möglichkeiten des Vereins überstiegen. Zwar zog Marek Sodzawiczny im Juni 1998 in der Siegener Zeitung eine positive Bilanz der Aktivitäten im ersten Jahr seit der Gründung, gestand aber ein, dass sich das Engagement bisher weitgehend auf telefonische Auskünfte und Beratungsgespräche beschränkt habe.[110] Darüber hinaus gelang es dem Verein jedoch weder, genug Mitglieder noch politische oder gesellschaftliche öffentliche Unterstützung zu gewinnen; er trat fortan kaum mehr öffentlich in Erscheinung.

Die Überforderung des Migrationsregimes ab Ende der 1980er Jahre und der Abbau von Starthilfen hatten auch negative Folgen für die Eingliederung. Probleme in der strukturellen wirkten sich unmittelbar auf die soziale, kulturelle und langfristig auch die identifikative Integration aus. Infolge des erschwerten Zugangs zum Arbeitsmarkt und ihrer zumeist geringen Einkommen waren die (Spät-)Aussiedler vielfach auf günstigen Wohnraum angewiesen und lebten daher oft in Sozialwohnungen oder abgelegenen Stadtbezirken. Innerhalb dieser Quartiere bildete sich alsbald eine eigene Infrastruktur heraus, die es ihnen ermöglichte, an die Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen aus der Zeit vor der Migration anzuknüpfen. Kontakte zur alteingesessenen Bevölkerung blieben dagegen häufig auf das Arbeitsumfeld beschränkt. Mit der räumlichen ging somit oftmals auch eine soziale Segregation einher.[111]

Im Laufe der 2000er Jahre allerdings verbesserte sich die gesellschaftliche Stellung der (Spät-)Aussiedler zunehmend und es gelang, die strukturellen Eingliederungsdefizite und die Distanz zur Mehrheitsgesellschaft weitgehend zu überwinden.[112] Eine Herausforderung blieb demgegenüber die identifikative und emotionale Integration. Nicht zuletzt aufgrund der Fremdheits- und Ausgrenzungserfahrungen sowie einer subjektiv empfundenen Benachteiligung, etwa in der Rentenpolitik, fühlten sich insbesondere viele ältere (Spät-)Aussiedler marginalisiert. Die Erfahrung, in der „neuen Heimat" nicht als Deutsche anerkannt, ausgegrenzt oder gar angegriffen und zunehmend mit anderen Migrant*innengruppen gleichgesetzt zu werden, wirkte sich nachhaltig auf die Medien und Praktiken der Erinnerung aus.

[109] Mitarbeiter*innen des Sozialamts signalisierten Edyta Sodzawiczny laut einem Bericht der Siegener Zeitung, „daß durch eine entsprechende Hilfe [des Beratungs- und Schutzvereins] auch deren Arbeit entscheidend erleichtert würde." Ebd.

[110] Vgl. Hilfsverein für Aussiedler zieht Tätigkeitsbilanz in: Siegener Zeitung vom 15.06.1998.

[111] Vgl. Dietz: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, S. 403.

[112] Vgl. Panagiotidis: Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland, S. 9.

5.7 Die Ausstellung „Siebenbürgen und Banat“ und die siebenbürgisch-sächsische Präsentation im Museum Wilnsdorf

Mit dem deutlichen Rückgang der Aussiedlermigration sowie der Integrationsprobleme in der vierten Phase gewann das kulturelle Engagement für die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben im Siegerland vorübergehend wieder an Bedeutung. In Form einer Dauerausstellung im Museum Wilnsdorf erhielten die beiden „Volksgruppen“ 1999 einen festen Platz in einer Institution der regionalen Erinnerungskultur. Die Schau „Siebenbürgen und Banat“ wurde in den mehr als zwei Jahrzehnten seit ihrer Eröffnung wiederholt umgestaltet. Dabei korrespondierten ihr Stellenwert innerhalb des Museums und die konzeptionellen Veränderungen mit dem schwindenden Einfluss der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen im Siegerland, welche sich im Laufe der 2000er Jahre weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückzog und ihre Aktivitäten wieder auf die eigene Mitgliederschaft ausrichtete.

Kontinuitäten der Ausstellung zu ihrer Vorgängerin und konzeptionelle Neuerungen

Die Ausstellung „Siebenbürgen und Banat“ wies bedeutende personelle, institutionelle und – wie der beinahe gleichlautende Titel bereits andeutete – inhaltlich-konzeptionelle Kontinuitäten zu ihrer 1986 sowie 1988 gezeigten Vorgängerin auf. So wurden die Objekte erneut von Lucia Sievers zur Verfügung gestellt. Für Konzeption und Umsetzung waren abermals die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, vertreten durch den 1994 gewählten neuen Kreisvorsitzenden Kurt Schuster, und Anna Engelmann als Vertreterin der Banater Schwaben verantwortlich.[1] Eine entscheidende Neuerung war der Standort. Das 1993 eröffnete Museum Wilnsdorf war nicht nur wegen seiner volkskundlichen Ausrichtung, sondern auch aufgrund der guten Beziehungen zu Lucia Sievers besonders geeignet. Die zwischenzeitlich verwitwete Sammlerin war eine wichtige Unterstützerin der Institution und setzte sich gegenüber der Gemeinde und der zuständigen Kulturamtsleiterin Corinna Nauck für die Ausstellung ein.[2]

Die neue Dauerausstellung entsprach, abgesehen von einigen Ergänzungen, im Kern ihrer Vorgängerin von 1986/88. Der wichtigste Neuzugang unter den Ausstellungsstücken war eine Karte der „Trachtenlandschaften der Volksgruppen in Rumänien“[3], auf der verschieden gekleidete Trachtenpuppen ihren jeweiligen Herkunftsgebieten und Bevölkerungsgruppen zugeordnet wurden. Anders als die knapp vier Jahrzehnte früher für die „Ost- und Mitteldeutsche Heimatstube“ in Siegen angeschafften Figuren diente sie nicht dazu, einzelne „Volksgruppen“ und deren kulturelle Leistungen zu repräsentieren. Vielmehr standen didaktische Erwägungen im Vordergrund. Die von Anna Engelmann zur

[1] Interview mit der Museumsleiterin Corinna Nauck am 21.09.2020.
[2] Vgl. Dreifache Eröffnung im Museum. Ausstellung „Siebenbürgen und Banat“ jetzt in Wilnsdorf zu sehen, in: Siegener Zeitung vom 29.05.1999.
[3] So der Titel, vgl. ebd.; Siebenbürgische Zeitung vom 30.06.1999.

Verfügung gestellte, möglicherweise selbst angefertigte Darstellung veranschaulichte und verwies auf die Vielfalt sowie Verbreitung regionaler bzw. lokaler Traditionen und Identitäten.

Rechtzeitig zur Eröffnung der so ergänzten Schau am 28. Mai 1999 wurde im Obergeschoss des Museums zudem eine von Kurt Schuster initiierte und kuratierte temporäre Ausstellung „zum Kulturerbe der beiden Gruppen“[4] fertiggestellt. Wie den knappen Beschreibungen in den wenigen verfügbaren Quellen zu entnehmen ist, stachen unter den dort gezeigten Objekten mehrere vollständige Trachten hervor.[5] In der ersten Phase der Aussiedlermigration hatten vor allem die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben häufig ihre traditionelle Kleidung mitgebracht und diese auch weiterhin im Alltag getragen. Da die Dorfgemeinschaften, innerhalb derer diese Bekleidung noch verstanden werden konnte, untergegangen oder verstreut waren, verloren Trachten in der neuen Umgebung jedoch ihre soziale Distinktionsfunktion. Im Vordergrund stand fortan die ästhetische und symbolische Wirkung. Kleidungsstücke wurden dementsprechend häufig umgenäht oder umgestaltet. Henrike Hampe spricht von einer „Folklorisierung“[6]. In Heimatstuben und -sammlungen wurde dagegen großer Wert darauf gelegt, Trachten möglichst originalgetreu und den traditionellen Kleidungsvorschriften entsprechend zu präsentieren. Zu diesem Zweck wurden vorhandene Exemplare häufig durch Neuanfertigungen ersetzt oder vervollständigt. Einzelheiten über die in der temporären Ausstellung gezeigten Siebenbürgischen Kleidungsstücke sind nicht bekannt. Trachten waren somit jedoch zu einem zentralen Element in der Außendarstellung der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben geworden.

Die „dreifache Eröffnung“und die Bedeutung der Ausstellung für die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen

Am 28. Mai 1999 wurden die Ausstellungen im Rahmen der „Kulturtage Wilnsdorf“ zum 30-jährigen Bestehen der Gemeinde eröffnet. Diese Verbindung sorgte nicht nur für größtmögliche Aufmerksamkeit sowie öffentliches Interesse; zugleich erhielten die Aussiedler damit über die reale Ausstellung hinaus auch symbolisch einen Platz in der lokalen Geschichte. Parallel fand eine dritte temporäre Schau statt, die jedoch mit den bereits genannten nicht in Verbindung stand. Unter dem Titel „Bergmannsleben in weißem Gold“ wurde Meißener Porzellan aus der Sammlung des Dresdner Zwingers gezeigt. Die Veranstaltung anlässlich der „dreifachen Eröffnung“ folgte dem Drehbuch von 1986 und 1988, allerdings spielten die damaligen Sinnzuschreibungen und Deutungen nun keine Rolle mehr. Vielmehr entkoppelte der stellvertretende Landrat und ehemalige Wilnsdorfer Bürgermeister Elmar Schneider (CDU) die Schau gezielt von migrations- und integ-

[4] So die Bezeichnung in der Presse. Ein eigener Ausstellungstitel ist nicht dokumentiert. Vgl. ebd.
[5] Vgl. Dreifache Eröffnung im Museum, in: Siegener Zeitung vom 29.05.1999; ebd.
[6] Vgl. Hampe: „Das schönste Sinnbild unserer Heimat sind die Trachten.“, S. 159.

rationspolitischen Debatten und präsentierte sie als konsequente Fortführung der bisherigen Gemeindepolitik, die „der Kultur schon immer einen großen Stellenwert eingeräumt“[7] habe. Das Verhältnis der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zur alteingesessenen Siegerländer Bevölkerung sowie untereinander wurde zwar nicht mehr explizit thematisiert, manifestierte sich jedoch im Ablauf. So steuerte Anna Engelmann nicht nur die erwähnte Trachtenkarte bei, sondern erhielt auch Gelegenheit, ihre „Volksgruppe“ durch einen kurzen historischen Vortrag über Geschichte und Kultur der Deutschen im Banat öffentlich zu repräsentieren.[8] Über die Reaktionen der breiten Öffentlichkeit auf die Exposition ist nichts bekannt. Die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen als Mitveranstalterin jedoch sah darin einen wichtigen Erfolg und würdigte sie durch einen Besuch der Bundesreferentin Enni Janesch und des Landesvorstandes.[9]

Für die Kreisgruppe Siegerland begann um die Jahrtausendwende eine Phase der Stabilität. Zum einen war mit der Ausstellung in Wilnsdorf ein lange gehegtes Projekt umgesetzt worden, zum anderen gelang es ihr, die Nachwuchsprobleme zu lösen. Während Teile der Landsmannschaft bereits deutliche Auflösungserscheinungen beobachteten – die Kreisgruppe Köln berichtete im Juni 1999 über einen massiven Mitgliederschwund sowie abnehmendes Interesse der „Landsleute“ und fragte: „Bricht die Gemeinschaft auseinander?“[10] – zählte sie bei der Feier zu ihrem 25-jährigen Bestehen im Oktober 2002 „265 Mitglieder aller Altersklassen“[11]. Mit dieser Revitalisierung ging jedoch keine Neuausrichtung oder Modernisierung einher. Vielmehr sah sich die Kreisgruppe in ihrer bisherigen Programmatik bestätigt und bekräftigte, weiter daran festhalten zu wollen.[12] In den folgenden Jahren konzentrierte sie sich auf den etablierten Kanon von Festen, Veranstaltungen sowie Gruppenreisen und zog sich weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück. Die Entwicklungen auf den höheren Verbandsebenen hatten auf die Kreisgruppe Siegerland kaum Einfluss.

Angesichts sinkender Mitgliederzahlen und eines politischen Bedeutungsverlusts richtete sich die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre neu aus. Zum 4. November 2007 benannte sie sich um und bezeichnete sich wie schon zwischen 1946 und 1950 erneut als „Verband der Siebenbürger Sachsen“. Mit der Namensänderung distanzierte sie sich von dem Selbstverständnis als Schicksalsgemeinschaft auf Basis einer festen „Volksgruppenidentität“[13] und positionierte sich stattdessen als Interessenvertretung. Der Bundesverband sah darin das Signal, „dass er sich auf die

[7] Dreifache Eröffnung im Museum, in: Siegener Zeitung vom 29.05.1999.
[8] Vgl. Siebenbürgische Zeitung vom 30.06.1999.
[9] Dreifache Eröffnung im Museum, in: Siegener Zeitung vom 29.05.1999.
[10] Kreisgruppe Köln, in: Siebenbürgische Zeitung vom 30.06.1999.
[11] Das mitgebrachte Kulturgut erhalten. Kreisgruppe Siegerland der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen feierte 25-jähriges Bestehen, in: Siegener Zeitung vom 7.10.2002.
[12] Vgl. ebd.
[13] Stickler: Landsmannschaften.

Zukunft eingestellt hat und seine Leistungsfähigkeit verbessern will."[14] Die Kreisgruppe Siegerland beobachtete die Reformansätze dagegen skeptisch, zumal ihre eigenen Mitgliederzahlen „trotz biologischer Abgänge konstant"[15] blieben und die regulären Aktivitäten fortgeführt werden konnten.[16] So kommentierte die Kreisgruppe Siegerland in der Verbandszeitung kritisch: „Ob ein Aufruf seitens des Bundesvorstandes für Mitgliederwerbung nicht zu spät ist, bleibt dahingestellt."[17]

Umzug und Neugestaltung der Ausstellung im Museum Wilnsdorf

Während die Kreisgruppe Siegerland sich zurückzog und von äußeren Einflüssen abgrenzte, unterlag die von ihr mitgestaltete Schau in Wilnsdorf den konstanten Veränderungen und Entwicklungen im Museumsbetrieb. 2003 wurde die Dauerausstellung des „Volkskundlichen Museums" grundlegend überarbeitet und um eine naturkundliche Sammlung, einen Sonderbereich zum Siegerländer Bergbau und eine „Kulturgeschichtliche Begegnungsstätte" ergänzt.[18] Die Schau „Siebenbürgen und Banat" blieb erhalten, wurde jedoch räumlich in das neue Konzept integriert und damit symbolisch zum vollwertigen Bestandteil der regionalen Geschichte.

Nach dem Tod Lucia Sievers' gingen die dort gezeigten Objekte auch formal in den Besitz des Museums über. Mit der Erbschaft war die Auflage verbunden, einen Teil der Sammlung permanent zu präsentieren.[19] Der Großteil jedoch passte nicht in die Ausstellung oder galt als nicht museumswürdig und verblieb deshalb im Depot. Von diesem Punkt an lag die Schau vollständig in der Verantwortung des Museums. Corinna Nauck, die zwischenzeitlich dessen Leitung übernommen hatte, konnte eigenständig über das Konzept sowie die Auswahl und Inszenierung der Objekte entscheiden.

Die neue siebenbürgisch-sächsische Präsentation

Die Ausstellung blieb jedoch zunächst weitgehend unverändert. Ein Jahrzehnt nach dem Übergang in das neugestaltete „Volkskundliche Museum" allerdings wurde sie 2013 durch eine neue Präsentation im Vorraum der Dauerausstellung ersetzt. Diese umfasste

[14] Wolfgang Bonfert: Der Verband der Siebenbürger Sachsen wird heute 60 Jahre alt, in: Webseite des Verbandes der Siebenbürger Sachen (26.06.2009), URL: https://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/verband/9013-der-verband-der-siebenbuerger-sachsen.html (Stand: 27.07.2024).
[15] Kreisgruppe Siegen. Erntedank und Vorstandswahl in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.11.2010.
[16] Zufrieden vermeldete sie in der Siebenbürgischen Zeitung: „Nicht nur Karneval, Maifeier, Erntedank, Adventsfeier standen auf dem Programm, sondern alljährlich ein Gottesdienst mit lutherischer Liturgie und die Silvesterfeier. Die Reisen führten ins In- und Ausland." Ebd.
[17] Kreisgruppe Siegerland. „Berlin ist eine Reise wert" in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.11.2009.
[18] Basis für diesen neuen kulturgeschichtlichen Bereich war die „Sammlung Dr. Albrecht". Diese umfasste um die 7 000 Repliken bekannter Objekte aus Museen in aller Welt. Vgl. Karl Schmidt: Die Entstehung des Museums Wilnsdorf, in: Webseite des Museums Wilnsdorf (11/2023), URL: https://museum-wilnsdorf.de/die-entstehung-des-museums-wilnsdorf/ (Stand: 27.07.2024).
[19] Interview mit der Museumsleiterin Corinna Nauck am 21.09.2020.

zwei szenisch-situative Arrangements mit lebensgroßen, in originale Trachten aus Siebenbürgen gekleideten Figuren.[20] Die Kleidungsstücke stammten zum Großteil aus der Ausstellung von 1999. Mit Unterstützung des Siebenbürgischen Museums im Baden-Württembergischen Gundelsheim waren sie ihren historischen Vorbildern entsprechend vervollständigt und in Szene gesetzt worden. Sie besaßen mit der schwarz-weißen Farbgebung und aufwendigen Kreuzstichmotiven typische Merkmale siebenbürgisch-sächsischer Trachten, waren jedoch zugleich ästhetisch besonders ansprechend und kunsthandwerklich wertvoll. Ein Informationstext wies sie als „Besonderheit“[21] aus und erläuterte ihre Herkunft aus Tartlau (heute: Prejmer) im Burzenland, einer historischen Region im südöstlichen Siebenbürgen.

Abb. 9: Die Präsentation „In der Stube“ im September 2021[22]

Die größere der beiden Szenen ähnelte, wie der Name „In der Stube“ andeute, der bereits für die erste Schau 1986 eingerichteten „Wohnstube“. Das zentrale Element, die sitzend auf einem Stuhl platzierte Figur eines Mädchens bzw. einer jungen Frau in der hellen Tracht einer Konfirmandin, war allerdings neu. Ihre Kleidung war durch die Inszenierung sowie ihre einzelnen Bestandteile wie das aufwendig bestickte Leibchen oder die mit einem bunten Band verzierte Kopfbedeckung auch für unkundige Besucher*innen eindeutig als Festgewand zu erkennen. Die „Stube“ war mit historischen Möbeln, hauswirtschaftlichen Geräten und Alltagsgegenständen eingerichtet, darunter ein bemalter

[20] Zu der Ausstellung gibt es keine offizielle Dokumentation. Die nachfolgende Analyse und Zitate von Ausstellungselementen beruhen daher, falls nicht anders angegeben, auf Beobachtungen und Aufzeichnungen des Verfassers aus dem September 2020.
[21] Beschilderung im Museum zur Szene „Auf dem Weg zum Gottesdienst“.
[22] Bild: Matthias Kirchbach.

Schrank, ein Spinnrad und ein Wandbord mit Porzellantellern und -gefäßen. Ein großformatiges Foto an der Rückwand verlängerte den Raum optisch und verbürgte zugleich die vermeintliche Authentizität der Szene. Wie ein Informationstext verriet, kombinierte die Inszenierung jedoch Objekte unterschiedlichen Alters und geografischer Herkunft, um ein möglichst vollständiges Bild zu vermitteln. So war die auf dem Wandbord präsentierte Keramik anhand ihrer Motive sowie Farbgebung teils dem südlichen und östlichen (blau-weiß) und teils dem nördlichen und westlichen Siebenbürgen (grün und rot) zuzuordnen.[23]

Abb. 10: Die Präsentation „Auf dem Weg zum Gottesdienst" im September 2021[24]

Die zweite Szene zeigte einen Mann und eine Frau in Burzenländer Trachten der 1930er Jahre „Auf dem Weg zum Gottesdienst"[25] – so der Titel der Inszenierung. Ihre Kleidung wies sie als verheiratetes Paar aus und legte nahe, dass es sich um die Eltern der auf der gegenüberliegenden Seite des Raumes sitzenden Konfirmandin handelte.[26] Eine Aufnahme der berühmten Kirchenburg von Tartlau im Hintergrund bettete die Trachten visuell in einen historischen Handlungs- und Gebrauchszusammenhang ein und verlieh der Präsentation räumliche Tiefe. Eine Ausstellungstafel sowie die aus der Ausstellung von 1999 bekannte Karte der „Trachtenlandschaften der Volksgruppen in Rumänien" erklärten, kontextualisierten und verknüpften die zwei Szenen. Auf ersterer erläuterte ein

[23] Vgl. Beschilderung im Museum zu „In der Stube".
[24] Bild: Matthias Kirchbach.
[25] So der Titel der Inszenierung. Beschilderung im Museum zu „Auf dem Weg zum Gottesdienst".
[26] Die Schließe am Mantel der männlichen Figur wies diese als Vater eines Kindes aus.

Informationstext die Kleidungsstücke der Figuren und ihre jeweilige Bedeutung. Darunter zeigten historische Fotos aus Siebenbürgen vergleichbare Trachten in ihrem Herkunftskontext und authentifizierten so die Inszenierung. Die Landkarte half den Besucher*innen, das Gezeigte geografisch zu verorten und mit anderen regionalen Trachten zu vergleichen.

Die Präsentation im musealen Kontext

Verglichen mit ihrer unmittelbaren Vorgängerin nahm die neue Präsentation im Vorraum der Dauerausstellung deutlich weniger Raum ein und beschränkte sich inhaltlich auf das gesellschaftliche Leben und die Wohnkultur der Siebenbürger Sachsen, war andererseits jedoch aufwendiger inszeniert und erfüllte professionelle museale Ansprüche. Die 1999 erstmals ausgestellten Trachten waren nun ins Zentrum gerückt. Sie waren zwar primär aufgrund ihrer ästhetischen und kunsthandwerklichen Qualität ausgewählt worden und verwiesen unmittelbar auf Tartlau, wurden durch die Inszenierung „In der Stube" und die Landkarte von Anna Engelmann aber als Zeugnisse deutscher Kultur in Rumänien insgesamt eingeordnet.

Über die in sich geschlossene Präsentation hinaus erfüllten sie allerdings eine besondere Funktion für das Museum, die mit ihrer Lage unmittelbar vor der volkskundlichen Dauerausstellung zusammenhing. Deren Ziel war bzw. ist es noch immer, anhand von szenischen Arrangements mit lebensgroßen Figuren „Einblicke in das Leben und die Arbeit in den Dörfern des südlichen Siegerlandes zu Beginn des 20. Jahrhunderts" sowie „einen Eindruck von der ‚guten alten Zeit' und vom ‚harten Brot' der Vorfahren"[27] zu vermitteln. Die traditionelle Siegerländer Arbeitskleidung wirkte nach der Begegnung mit den prächtigen Trachtenfiguren am Eingang umso schlichter. Die Trachten unterstützten und verstärkten so als kontrastierender Hintergrund die Wirkung der Dauerausstellung. Von Corinna Nauck konzipierte und durchgeführte museumspädagogische Angebote machten sich die starke ästhetische Wirkung der Trachten ebenfalls zunutze. Bei Führungen mit Kindern und Jugendlichen dienten sie als Anlass, um über die Bedeutung von Kleidung und Kleidungsvorschriften für soziale Normen sowie Distinktionen und insbesondere Geschlechterrollen bzw. -verhältnisse zu diskutieren.[28]

Über die Publikumsreaktionen auf die neue Präsentation und die museumspädagogischen Angebote ist wenig bekannt. Eine der wenigen dokumentierten Rückmeldungen findet sich in der Siebenbürgischen Zeitung. Das Verbandsorgan lobte zwar die „wunderschönen Teile", übersah jedoch deren Funktion im musealen Gesamtkontext und deutete

[27] Beschreibung: Volkskundliches Museum, in: Webseite des Museums Wilnsdorf (undatiert), URL: http://www.museum-wilnsdorf.de/museum/volkskunde/ (Stand: 27.09.2024).

[28] Der Vergleich als Ausstellungsprinzip ist bei historischer Kleidung besonders häufig. Einen solchen sozial- und geschlechtergeschichtlichen Ansatz im Umgang mit Kleidungsstücken in Museen beschreibt auch Andreas Urban. Vgl. Andreas Urban: Rettung der Vergangenheit – Verlust der Gegenwart?!, S. 76.

die zwei Inszenierungen im Vorraum der Dauerausstellung als „siebenbürgisch-sächsische Heimatstube“[29]. Die Quellen indes lassen nicht darauf schließen, dass die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in der Region sie als solche verstanden oder nutzten.

Umgestaltungen und schrittweiser Abbau

Nicht zuletzt weil die Aussiedler in den 2010er Jahren nurmehr einen kleinen Anteil seiner Zielgruppe ausmachten, baute das Museum die Präsentation schrittweise zurück. In einem ersten Schritt wurde „aus Platzgründen“[30] die Karte der „Trachtenlandschaften der Volksgruppen in Rumänien“ entfernt. Dadurch wurden die Inszenierungen „In der Stube“ und „Auf dem Weg zum Gottesdienst“ entkontextualisiert, ihre Kontrastfunktion für die volkskundliche Dauerausstellung blieb jedoch unberührt.

Eine weitere, vorerst letzte Umgestaltung erfolgte, während das Museum Wilnsdorf aufgrund der Corona-Pandemie zwischen November 2020 und März 2021 für die Öffentlichkeit schließen musste.[31] Die Inszenierung „In der Stube“ wurde abgebaut und die Trachtenpuppe der Konfirmandin stehend neben dem Kirchgangspaar „Auf dem Weg zum Gottesdienst“ platziert. Somit war die zuvor nur durch die Kleidung angedeutete und für kundige Besucher*innen erkennbare familiäre Beziehung zwischen dem Paar und der jungen Frau auch räumlich hergestellt. Die Präsentation siebenbürgisch-sächsischen Kulturgutes wurde dadurch in ihrem Umfang und ihrer Inszenierung deutlich reduziert und vollends in den Dienst der volkskundlichen Dauerausstellung gestellt.

Krise und Stabilisierung der Kreisgruppe Siegerland der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen

Für die Kreisgruppe Siegerland folgte auf die Eröffnung der neuen Präsentation im Museum Wilnsdorf wenig später eine Zäsur, als Kurt Schuster Ende 2014 nach über 20 Jahren sein Amt als Vorsitzender niederlegte. Nachdem zunächst nicht genug „Landsleute“ bereit waren, für den neuen Vorstand zu kandieren, konnte 2015 nach wiederholten Appellen und Aufrufen der Kreisgruppe in der Siebenbürgischen Zeitung mit Kurt Schusters bisherigem Stellvertreter Ortwin Greff ein neuer Vorsitzender gewählt werden.[32] Während seiner rund vierjährigen Amtszeit fanden die regulären Aktivitäten weiterhin statt, die Mitgliederschaft aber überalterte zunehmend und sank erstmals unter 200.[33] Ange-

[29] Siebenbürgisch-sächsische Ausstellung im Siegerland, in: Siebenbürgische Zeitung vom 20.06.2013.
[30] Interview mit der Museumsleiterin Corinna Nauck am 21.09.2020.
[31] Im Rahmen der Corona-Maßnahmen wurde das Museum Wilnsdorf zwischen dem 1. November 2020 und dem 13. März 2021 geschlossen. Vgl. Museum Wilnsdorf öffnet mit Terminvergabe, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (15.03.2021), URL: https://www.siwiarchiv.de/museum-wilnsdorf-oeffnet-mit-terminvergabe/ (Stand: 1.05.2024).
[32] Vgl. Kreisgruppe Siegerland. 40 Jahre Kreisgruppe, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.10.2017.
[33] Dazu zählten etwa Sommerfeste und die gewohnten Gruppenreisen. Vgl. Landesvorstand NRW tagte in Siegen, in: Siebenbürgische Zeitung vom 24.10.2018.

sichts dessen war die 40-Jahr-Feier der Kreisgruppe im September 2017 von Zukunftssorgen bestimmt.[34] Nach Greffs Ausscheiden im Februar 2019 blieb der Vorsitz abermals vakant.[35] Die Kreisgruppe Siegerland war daraufhin über drei Jahre lang führungslos und weitgehend inaktiv. Im November 2022 jedoch wurden in einer von der Landesgruppe des Verbandes der Siebenbürger Sachsen konzertierten Aktion in sieben Kreisgruppen in ganz Nordrhein-Westfalen Vorstandswahlen durchgeführt.[36] Unter dem bis dahin nicht in Erscheinung getretenen neuen Vorsitzenden Andreas Jobi begannen die „Landsleute" in der Region erneut ein aktives Gemeinschaftsleben, konzentrierten sich nun jedoch auf die Jugendarbeit.[37] Die bisherige Traditions- und Kulturpflege geriet demgegenüber in den Hintergrund. Nach 15 Jahren hatte die Kreisgruppe damit die Neuorientierung des Bundesverbandes 2007 als weitgehend unpolitische Interessenvertretung nachvollzogen.

[34] Vgl. Kreisgruppe Siegerland. 40 Jahre Kreisgruppe, in: Siebenbürgische Zeitung vom 15.10.2017.
[35] Die für den 30. März 2019 angesetzte Wahl scheiterte daran, dass sich nicht genügend „Landsleute" zur Kandidatur bereitfanden. Vgl. Kreisgruppe Siegerland. Versammlung mit Neuwahlen, in: Siebenbürgische Zeitung vom 20.02.2019; Siebenbürgische Zeitung vom 20.11.2019.
[36] Vgl. Vorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen tagte in Gummersbach, in: Siebenbürgische Zeitung vom 23.11.2022.
[37] Vgl. Plätzchenbacken in Siegen, in: Siebenbürgische Zeitung vom 6.01.2024.

5.8 „Auffällig unauffällig". Neuausrichtung der LmDR und die Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart"

Für die Russlanddeutschen bzw. die LmDR blieben die Aufnahme und die Integration der „Landsleute" bis weit in die vierte Phase der (Spät-)Aussiedlermigration hinein nach wie vor die Hauptanliegen. Insbesondere durch das Zuwanderungsgesetz von 2005 erhielten die Kulturarbeit und die Erinnerungskultur zwar einen höheren Stellenwert, im Siegerland trat die „Volksgruppe" allerdings erst mit der Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" in die Öffentlichkeit. Die Schau wurde seit 2013 im Auftrag der LmDR an zahlreichen Orten in ganz Deutschland gezeigt und gastierte vom 25. September bis zum 13. Oktober 2017 im Kreishaus in Siegen und vom 7. bis zum 23. März 2018 im Rathaus in Netphen. Ihren Hintergrund bildeten somit auch die Migrationskrise in Europa seit 2015 und insbesondere der sogenannte „Fall Lisa" im Januar 2016. Im Lichte dieser Zäsuren wird die Schau im folgenden Kapitel untersucht. Der Fokus liegt dabei auf ihren zentralen Narrativen und ihrer Bedeutung für die Russlanddeutschen sowie die regionale Erinnerungskultur insgesamt. Quellen für die Ausstellung selbst sind der Ausstellungskatalog sowie durch den Verfasser angefertigte fotografische Dokumentationen der Expositionen in Siegen und Netphen. Einen besonderen Einblick in die Reaktion der (Spät-)Aussiedler selbst bzw. der LmDR-Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein auf die Schau bietet ein im März 2018 geführtes Interview mit deren Vorsitzendem Rudolf Schaufler.

„Volk auf dem Weg". Selbstverständnis und kollektive Erinnerung der Russlanddeutschen

In der vierten Phase der Aussiedlermigration wurde die Geschichte der eigenen „Volksgruppe" für die Außendarstellung der LmDR immer wichtiger. Primär ging es darum, in der deutschen Öffentlichkeit Verständnis für die anhaltende Aussiedlung aus der ehemaligen UdSSR zu wecken und sich von anderen Migrant*innengruppen abzugrenzen. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Selbstverständnis als „Volk auf dem Weg". Zentrale Elemente dieses „russlanddeutschen Zentralnarrativs"[1] waren zum einen die Verfolgung sowie Deportation unter zaristischer und später sowjetischer Herrschaft, insbesondere während des Stalinismus, und zum anderen die Auswanderung.[2]

Die 1995 fertiggestellte erste Wanderausstellung der Landsmannschaft „Volk auf dem Weg. Schicksalsweg der Deutschen in Rußland" bezog sich bereits mit ihrem Titel explizit darauf.[3] Wie die Präposition „in" im Namen andeutete, thematisierte sie jedoch vor allem

[1] Viktor Krieger: Russlanddeutsche Erinnerungskultur, in: Informationen zur Politischen Bildung 340 (2019), S. 34-36, hier S. 36.

[2] Vgl. Robert Kindler: Einflüsse und Prägungen: Die Russlanddeutschen in der Sowjetunion, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 20-25, hier S. 20. Kindler spricht von einer „russlanddeutschen ‚Meistererzählung'".

[3] Eine erste Vorgängerschau wurde 1991, dem zweiten Jahr in Folge, in dem die Zahl der Aussiedler aus der UdSSR deutlich über der Marke von 100 000 lag, fertiggestellt. Erst in der Fassung von 1995 entfaltete die

die Lebensbedingungen und Erfahrungen der „Landsleute“ vor der Aussiedlung. Die Exposition wurde in drei identischen Exemplaren jeweils zugleich in verschiedenen Städten und Gemeinden gezeigt und im Laufe der Zeit mehrfach überarbeitet.[4] Gemeinsam mit der BdV-Ausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert” war sie im Sommer 2008 auch in Siegen zu sehen, wurde jedoch kaum wahrgenommen.[5] Der erste Ort, an dem die Geschichte der Russlanddeutschen permanent erzählt und vermittelt wurde, war jedoch das aus einer privaten Initiative hervorgegangene 1996 eröffnete „Museum zur Geschichte der Deutschen in/aus [sic!] Russland“ im Lippischen Detmold.[6]
Diese Ansätze zur Historisierung und Musealisierung schlugen vorerst nicht auf die regionale Ebene durch. Bei der Feier zum 25-jährigen Bestehen der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein im Juni 2001 erklärte deren Vorsitzender Viktor Steinert es weiterhin zur Hauptaufgabe, den „Landsleuten“ bei der Ankunft und Integration zu helfen. Der zuständige Sozialbetreuer Paul Krüger nutzte die Gelegenheit für einen Rückblick auf das bisher Geleistete. Wie er gegenüber der Siegener Zeitung erklärte, hatte die Landsmannschaft vor Ort seit 1994 weit über 500 Einzelpersonen und Familien beratend sowie praktisch unterstützt.[7]

Generationenwechsel in der LmDR und Kursänderung des Verbandes nach dem Zuwanderungsgesetz

Das Zuwanderungsgesetz von 2005 führte mit einiger Verzögerung zu einer grundlegenden Neuausrichtung der LmDR.[8] Mit der Einwanderung aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ging auch der unmittelbare Unterstützungsbedarf der „Landsleute“ in der neuen Umgebung zurück. Infolgedessen wurden die etablierten politischen und administrativen Strukturen stärker auf die kulturelle und soziale Integration umgestellt. So ordnete die im Mai 2005 ins Amt gewählte schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Jürgen Rüttgers (CDU) den bisher beim Sozialministerium angesiedelten Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen dem neu geschaffenen Ressort für Generationen, Familie, Frauen und Integration zu. Das Gremium selbst fokussierte sich daraufhin auf die Russlanddeutschen als wichtigste Zielgruppe und arbeitete stärker als bisher mit der LmDR, der Landesstelle Unna-Massen und der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus zusammen.[9] Sowohl die Landsmannschaft insgesamt als auch

Wanderausstellung der LmDR jedoch eine Breitenwirkung. Vgl. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (Hg.): Deutsche aus Russland gestern und heute, 7. Aufl., Stuttgart 2006, S. 3.

[4] Vgl. hierzu den Ausstellungskatalog. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (Hg.): Volk auf dem Weg. Schicksalsweg der Deutschen in Rußland. Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V., Stuttgart 1998, S. 8.

[5] Vgl. Kapitel 3.3.

[6] 2011 wurde es in Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte umbenannt.

[7] Vgl. 25 Jahre Landsmannschaft der Russlanddeutschen in: Siegener Zeitung vom 2.06.2001.

[8] Zum Zuwanderungsgesetz vgl. Kapitel 5.6.

[9] Vgl. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 67-69.

die Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein positionierte sich in der Folge zunehmend als Kulturverein und bemühte sich, in der Öffentlichkeit ein positives Bild der eigenen „Volksgruppe“ zu etablieren. Ein deutliches Zeichen, dass die Erinnerungskultur im Zuge dessen einen höheren Stellenwert erhielt, war die 2004 eingeführte und seit 2007 jährlich im Lager Friedland veranstaltete „Zentrale Gedenkfeier“ der LmDR zur Erinnerung an die stalinistische Verfolgung.[10]

Nachdem viele Russlanddeutsche sich von ihr in der dritten Phase nicht angemessen vertreten gefühlt und in ihr unmittelbares familiäres bzw. ethnisches Umfeld zurückgezogen hatten, wurde die Landsmannschaft nun infolge der Neuorientierung vor allem für jüngere und erst seit kurzem in Deutschland lebende Spätaussiedler wieder attraktiver. Trotz des sich andeutenden Generationenwechsels blieb der Organisationsgrad jedoch gering. 2013 lag die Mitgliederschaft der LmDR bei geschätzt 75 000 bis 100 000 Personen – nur einem Bruchteil der insgesamt aus der UdSSR und deren Nachfolgestaaten in die Bundesrepublik ausgesiedelten Deutschen.[11] Dieser Befund trifft ebenso für die Region zu. Im September 2010 gehörten der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein lediglich 111 „Landsleute“ an.[12] Eine naheliegende Erklärung hierfür ist die zunehmende Konkurrenz von anderen Organisationen. Zwar blieb die LmDR die einzige gesellschaftlich etablierte und politisch einflussreiche Vertretung der „Volksgruppe“, viele (Spät-)Aussiedler fühlten sich jedoch als Teil einer auf gemeinsamer Sozialisation und Kultur beruhenden russischen Gemeinschaft bzw. Diaspora und engagierten sich daher in nationalitäts- und herkunftsübergreifenden russischsprachigen Vereinen.[13]

Die Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein vollzog zwar nicht den Generationenwechsel, dafür jedoch die Neuausrichtung als Kulturverein mit. Sie begann die Transformation unter einem neuen Vorsitzenden. Der 1947 im heutigen Russland geborene und 1986 mit seiner Familie nach Netphen ausgesiedelte Rudolf Schaufler wurde 2005 ins Amt gewählt. Im September 2010 dann stellte ein Vorstandsmitglied die Kreisgruppe gegenüber dem Sozialausschuss des Kreuztaler Stadtrates als „Hilfsorganisation, Interessenvertretung und Kulturverein der Russlanddeutschen“[14] vor. Als wichtigste Aktivitäten nannte die Vertreterin die Beteiligung an Veranstaltungen vor Ort wie der Interkulturellen Woche sowie eigene Feste und Ausflüge, etwa zur Obernautalsperre in Netphen. Der Bedarf an individuellen Beratungen, Sprachunterricht und anderen Integrationshilfen war demgegenüber mit der Aussiedlung zurückgegangen.

---

[10] Vgl. Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (Hg.): Friedland 2013. Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., Stuttgart 2013.

[11] Vgl. Wallem: Russlanddeutsches Verbandswesen. Laut Statistik des Bundesinnenministeriums kamen von 1950 bis 2012 mehr als 2,3 Millionen Deutsche als (Spät-)Aussiedler aus der UdSSR und deren Nachfolgestaaten nach Deutschland. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland, S. 31-33.

[12] Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kreuztal am 15.09.2010, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

[13] Vgl. Wallem: Russlanddeutsches Verbandswesen.

[14] Niederschrift zur Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kreuztal am Mittwoch am 15.09.2010, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

Ein wichtiges Ziel dieser Neuausrichtung war es, die Außenwahrnehmung der „Volksgruppe“ als Deutsche nicht zu gefährden und Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft nicht zu bestätigen. So blieb die Kreisgruppe laut Rudolf Schaufler auch auf Distanz zu dem „Russisch-Deutschen Kulturzentrum Litera“ und dem 2009 gegründeten Russischen Club Siegen, um nicht mit der Sprache und Kultur ihrer Herkunftsländer assoziiert zu werden: „Ich bin kategorisch dagegen, in russischen Trachten auf die Bühne zu gehen. Geht und assimiliert euch hier! Geht in deutsche Vereine und macht da mit!“[15] Das Verhältnis zum BdV war ambivalent, obwohl die LmDR dem Dachverband angehörte und beide Organisationen gelegentlich kooperierten. Auf eine unter den Russlanddeutschen verbreitete Haltung, die durch die ungleiche Zusammenarbeit im Jahr 2008 wohl noch gefestigt wurde, verweist Rudolf Schauflers Einschätzung zur Sicht seiner Mitgliederschaft auf den BdV: „Viele unserer Leute meinen: ‚Die [Vertriebenen] haben ihr Schicksal und wir haben unser Schicksal. Die verstehen uns nicht so.‘“[16]

Die Ausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“

Durch die grundlegend veränderte Wanderungssituation und die Neuausrichtung der LmDR war die Ausstellung „Volk auf dem Weg“ zu Beginn der 2010er Jahre endgültig überholt und wurde durch eine Nachfolgerin ersetzt. Wie deren Titel „Deutsche *aus* Russland. Geschichte und *Gegenwart*“[17] bereits andeutet, sollte sie die deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht mehr nur über die Herkunft und Vergangenheit der „Volksgruppe“ aufklären, sondern sie überdies für die aktuelle Situation in der Bundesrepublik sensibilisieren. Besonders wichtig war dem Bundesvorsitzenden der LmDR, Waldemar Eisenbraun, die Integration der (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR „als Erfolgsgeschichte“[18] darzustellen. Dies entsprach durchaus der zeitgenössischen Wahrnehmung. Die (Spät-)Aussiedler galten als „auffällig unauffällig“[19]. Die im selben Jahr eröffnete und seitdem laufend veränderte und überarbeitete Exposition wurde von der gleichen Arbeitsgruppe

[15] Interview mit Rudolf Schaufler am 20.03.2018.
[16] Ebd.
[17] Hervorhebungen durch den Verfasser.
[18] Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart. Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Gefördert durch das Bundesministerium des Innern, Stuttgart 2013, S. II.
[19] Diese Formel geht maßgeblich auf den 2013 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge veröffentlichten Forschungsbericht über die „(Spät-)Aussiedler in Deutschland“ zurück, indem diese entlang verschiedener Kriterien und sozialer Indikatoren als jeweils „auffällig“ oder „unauffällig“ beschrieben wurden. Vgl. Worbs/Bund/Kohls/Babka von Gostomski: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Später wurde sie auch im politischen und gesellschaftlichen Diskurs üblich. Vgl. Rede des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger in Pforzheim: Auffällig unauffällig. Identität und Integration. Herausforderungen und Chancen der Zuwanderung am Beispiel der Russlanddeutschen am 20.04.2016, URL: www.bpb.de/presse/226073/auffaellig-unauffaellig (Stand: 27.07.2024).

wie ihre Vorgängerin konzipiert und umgesetzt[20] und wies deutliche gestalterische wie inhaltliche Parallelen auf.

Den beiden im Titel angedeuteten Zielsetzungen war jeweils ein Ausstellungsteil gewidmet. Eine kurze Selbstdarstellung der LmDR und ihrer Aktivitäten bildete den Abschluss der Schau. Sie bestand aus 24 mit einer eigenen Überschrift und Nummerierung versehenen Plakaten im Hochformat. Neben dem Titel war jeweils am oberen rechten Rand prominent das Wappen der Landsmannschaft platziert. Die goldene Ähre auf einem schwarzen Schild verwies auf die Verdienste der deutschen Bevölkerung bei der Kolonisation und Bewirtschaftung ihrer Siedlungsgebiete im 18. und 19. Jahrhundert. Der Hintergrund symbolisierte zum einen die von den Russlanddeutschen urbar gemachte und bearbeitete „schwarze Erde" und zum anderen das Gedenken an die Opfer der politischen Verfolgung im 20. Jahrhundert.[21]

Längere Informationstexte waren das wichtigste Gestaltungselement der Ausstellung und nahmen den Großteil der Plakatfläche ein. Farblich abgesetzte Zitate aus historischen Quellen, wissenschaftlichen Untersuchungen oder Gesetzen sollten den Inhalt belegen. Statistiken und Landkarten vertieften und untermauerten die Narration. Der Text über die Deportation der Russlanddeutschen wurde beispielsweise durch einen Auszug aus dem „Erlass des Obersten Sowjets der Sowjetunion ‚Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen" vom 28. August 1941 und eine tabellarische Übersicht der Bevölkerungsverschiebungen nach 1941 ergänzt.[22]

Bilder dienten vor allem dazu, die schriftliche Narration zu illustrieren und zu authentifizieren. Darin erwähnte Personen oder zentrale historische Akteurinnen oder Akteure wie Zarin Katharina II. wurden im Portrait gezeigt. Um die stalinistische Verfolgung und Deportation darzustellen, hatten die Verantwortlichen hauptsächlich auf Arbeiten russlanddeutscher Künstler zurückgegriffen. Besonders stark vertreten waren die Bilder des 1949 geborenen Malers Viktor Hurr, der 1994 als Spätaussiedler nach Deutschland gekommen war und sich in seinem Werk umfassend mit der Geschichte seiner „Volksgruppe" auseinandergesetzt hatte.[23] Anders als die im sowjetischen Lagersystem sowie die nach der Verbannung entstandenen offiziellen Bilddokumente gaben sie die Perspektive der Opfer wieder und wirkten durch ihre ästhetische Qualität unmittelbar auf das Publikum.

[20] Vgl. die Impressen der Kataloge. Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V. (Hg.): Volk auf dem Weg. Schicksalsweg der Deutschen in Rußland; dies. (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart. Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Gefördert durch das Bundesministerium des Innern, Stuttgart 2013.

[21] Vgl. Weger: Wappen und Farben, S. 441f.

[22] Vgl. Plakat 12 „Deportation".

[23] Weitere Werke stammten von Michael Disterheft, Heinrich Brogsitter und Alexander Wormsbecher.

Aufbau, Struktur und Inhalt

Inhalt und Narrativ der Ausstellung wurden bereits auf dem Titelbild bzw. ersten Plakat angedeutet. Mit einem Symbolkomplex aus fünf Bildern spannte dieses einen Bogen von der deutschen Koloniebildung im Russischen Zarenreich im 18. Jahrhundert bis zur Arbeit der LmDR im neuen Jahrtausend. Ein Bild des Denkmals für Zarin Katharina II. im Schlosspark von Zerbst in Sachsen-Anhalt verwies auf deren berühmtes Manifest von 1763, das die Hauptsiedlungsbewegung aus den deutschen Gebieten einleitete. Das reiche kulturelle und religiöse Leben und den Wohlstand der „Volksgruppe" symbolisierte eine Aufnahme der evangelisch-lutherischen Kirche St. Paul im Zentralort der Schwarzmeerdeutschen, Odessa auf dem Gebiet der heutigen Ukraine. Für das Verfolgungsschicksal im Stalinismus standen das Bild „Mobilisierung zur Trudarmee" von Viktor Hurr und eine Karte der Zwangsarbeitslager im Gebiet um Tscheljabinsk in Sibirien.[24] Mit einem Gruppenbild vor der sogenannten Heimkehrerglocke im Lager Friedland schließlich, das vermutlich bei ihrer jährlichen zentralen Gedenkfeier entstanden war, präsentierte sich die LmDR als Bewahrerin der kollektiven Erinnerung und Vertreterin russlanddeutscher Interessen.

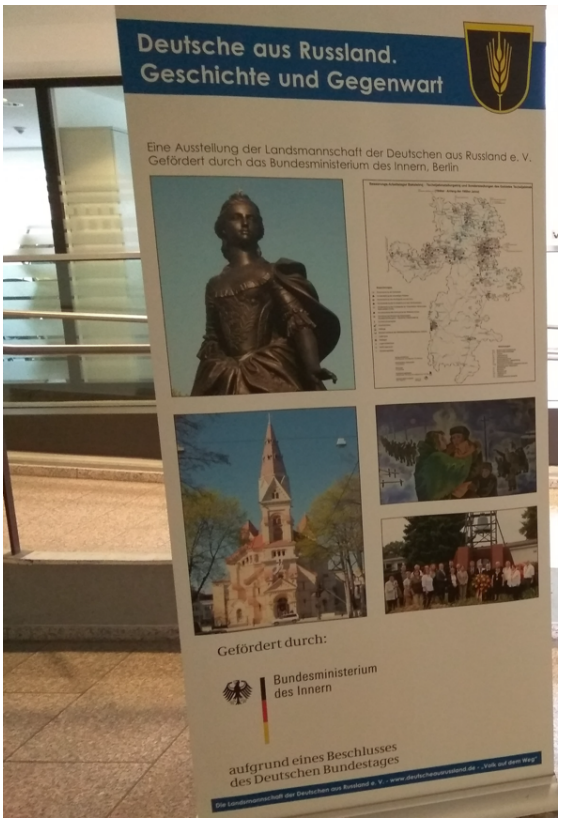


Abb. 11: Das erste Plakat der Ausstellung im Oktober 2017 im Kreishaus Siegen[25]

[24] Die genaue Überschrift lautete: „Besserungs-Arbeitslager Bakalstroj-Tscheljabmetallurgstroj und Sondersiedlungen des Gebietes Tscheljabinsk 1940er – Anfang der 1950er Jahre".
[25] Bild: Matthias Kirchbach.

Erster Teil: „Stationen der Geschichte der Volksgruppe“

Der erste Teil der Ausstellung basierte weitgehend auf ihrer Vorgängerin von 1995 und schrieb deren „Zentralnarrativ“[26] vom „Volk auf dem Weg“ fort. Laut dem Ausstellungskatalog behandelte er die „verschiedenen Stationen der Geschichte der Volksgruppe“[27]. Dabei orientierte er sich an den von Natalja Sanikova als wesentliche Bezugspunkte russlanddeutscher Kulturgeschichte in Museen und Ausstellungen ausgemachten „historischen Meilensteinen“[28]. Neben den bereits auf dem ersten Plakat aufgerufenen Ereignissen und Erfahrungen waren dies in chronologischer Reihenfolge die Unterdrückung unter zaristischer Herrschaft im 19. Jahrhundert, der Erste Weltkrieg und die Russische Revolution 1917, die Gründung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) im Wolgagebiet, die Verbannung und „Sonderkommandantur“, die anschließende Rehabilitierung sowie erneute Autonomiebestrebungen in der Sowjetunion und schließlich die Aussiedlung nach Deutschland.

Anhand von vier exemplarischen Familienbiografien wurden die jeweiligen konkreten Auswirkungen auf die Russlanddeutschen dargestellt. Diese hatten bereits in „Volk auf dem Weg“ die „für die Volksgruppe typischen Lebensgeschichten“[29] repräsentiert und spielten nun auch in der neuen Ausstellung eine wichtige Rolle. Die dargestellten Familien personifizierten das kollektive Schicksal der Russlanddeutschen und standen zugleich für unterschiedliche Einwanderungsphasen und -regionen sowie Bevölkerungsgruppen. Während beispielsweise die „Familie Alexander Schwindt“[30] bereits kurz nach dem Einladungsmanifest von 1764 aus Hessen nach Russland ausgewandert war und sich im Wolgagebiet niedergelassen hatte, gehörte die „Familie Jakob Wedel aus Alexanderwohl“[31] gut fünf Jahrzehnte später zu den in der südlichen Ukraine angesiedelten preußischen Mennoniten.

Zweiter Teil: Aussiedlung und Integration

Die wesentlichen Neuerungen fanden sich im zweiten Teil der Ausstellung. Vor dem Hintergrund des zuvor entwickelten „Zentralnarrativs“ behandelte dieser nach den Worten des LmDR-Bundesvorsitzenden Waldemar Eisenbraun die „Ausreise meiner Landsleute nach Deutschland sowie ihre Aufnahme und Integration“[32]. Dabei wurde die Aussiedlung

[26] Krieger: Russlanddeutsche Erinnerungskultur, S. 36.
[27] Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart, S. 4.
[28] Natalja Sanikova: Russlanddeutsche Geschichte, Kultur und Migration im Museum, in: Informationen zur Politischen Bildung 340 (2019), S. 37f.
[29] So der Katalog zur 1995 fertiggestellten Vorgängerausstellung. Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V. (Hg.): Volk auf dem Weg, S. 11.
[30] Vgl. Plakat 4 „Familie Alexander Schwindt aus Morgentau / Wolgagebiet“. Die Bezeichnungen der Familien richteten sich nach den „Landsleuten“, welche die Biografien für die Ausstellung verfasst hatten.
[31] Vgl. Plakat 5 „Familie Jakob Wedel aus Alexanderwohl/Ukraine“.
[32] Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart, S. 4.

selbst nur äußerst knapp anhand einer Statistik über die jährliche Zuwanderung russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler seit 1950 dargestellt. Nahezu ein ganzes Plakat war demgegenüber dem Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen gewidmet. Neben einem Informationstext über dessen Geschichte und Aufgaben befanden sich Fotos unterschiedlicher Amtsinhaber seit 1988.[33] Es liegt nahe, hierin eine Geste an das Bundesinnenministerium zu sehen, welches die Schau mitfinanziert hatte. Darüber hinaus erschienen die Russlanddeutschen dadurch als politisch geschützte und privilegierte Migrant*innengruppe.

Die Integration der „Volksgruppe" wurde im Anschluss daran auf insgesamt drei Plakaten dargestellt. Das erste zitierte unter der Überschrift „Zahlen, Daten, Fakten" Ergebnisse mehrerer wissenschaftlicher Studien, um das von Waldemar Eisenbraun vorgegebene Erfolgsnarrativ zu belegen und zugleich die seit der dritten Phase der Aussiedlermigration verbreiteten Stereotype über die „Volksgruppe" zu entkräften.[34] Damit verengte sie aber gleichzeitig den Blick auf die strukturelle Dimension der Integration und den Beitrag der Russlanddeutschen zur demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Erst 2023 bezog eine überarbeitete Fassung der Schau auch Studienergebnisse über das „Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland, zu Deutschland, zum eigenen Bundesland und zur eigenen Stadt"[35] ein. Ebenfalls gegen negative Klischees richtete sich eine Auflistung wechselseitiger Vorurteile von Russland- und „Herkunftsdeutschen". Dem Vorwurf mangelnder Höflichkeit an die ersteren („Sie sind unfreundlich") stand beispielsweise der Eindruck der Unaufrichtigkeit der letzteren gegenüber („Ihre Freundlichkeit ist künstlich.").[36] Negative verallgemeinernde Aussagen über Mentalität, alltägliches Verhalten und Lebensgewohnheiten sollten dadurch einander entkräften und sich als haltlos erweisen. Zwei Plakate mit der Überschrift „Integriert und erfolgreich"[37] versammelten schließlich insgesamt sechzehn berühmte Russlanddeutsche aus „Kultur und Unterhaltung" sowie „Sport", die sich um Deutschland verdient gemacht hatten oder vermeintlich besondere Eigenschaften der „Volksgruppe" personifizierten. Kurzbiografien stellten die Persönlichkeiten und ihre jeweiligen besonderen Leistungen vor. Im Fall der Sängerin Helene Fischer waren dies etwa ihre kommerziellen Erfolge und mehrfachen Auszeichnungen. Als herausragende Intellektuelle war die Autorin Eleonora Hummel vertreten. Der Leichtathlet Heinrich Popow wiederum hatte Deutschland bei Wettkämpfen repräsentiert und zahlreiche Medaillen gewonnen.

---

[33] Vgl. Plakat 19 „Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung".

[34] Vgl. Plakat 20 „Integration der Deutschen aus Russland. Zahlen, Daten, Fakten." Zitiert wurden Daten und Studien des Instituts der Deutschen Wirtschaft, des Statistischen Bundesamtes, des Berliner Instituts für Bevölkerung und Entwicklung und des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen.

[35] Vgl. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (Hg.): „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart". Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., 6. Aufl., Stuttgart 2023, S. 45.

[36] Vgl. Plakat 20 „Integration der Deutschen aus Russland. Zahlen, Daten, Fakten.".

[37] Vgl. Plakate 21 und 22.

Dritter Teil: Selbstdarstellung der Landsmannschaft

Am Schluss der Ausstellung stellte die LmDR sich und ihre Aktivitäten vor. Zwei Plakate listeten und beschrieben insgesamt zehn „Arbeitsschwerpunkte“[38] aus den Bereichen der politischen Interessenvertretung, Kultur und Integration. Auf diese Weise machte der Verband zum einen auch auf seine weniger öffentlichkeitswirksamen und bekannten Aktivitäten aufmerksam und präsentierte sich zum anderen als Lobby und Ansprechpartner für sämtliche Belange der „Volksgruppe“.

„Von Hilfesuchenden zu Leistungsträgern“

„Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ zeigte sich deutlich von ihrer Vorgängerin beeinflusst. Im ersten Teil der Schau spielten die „russlanddeutsche Meistererzählung“[39] bzw. das Selbstverständnis als „Volk auf dem Weg“ weiterhin eine zentrale Rolle. Die Ausstellung klärte über das Verfolgungsschicksal der „Volksgruppe“ auf und schrieb zugleich den Opferstatus und die staatliche Repression als wesentliche Identitätsmerkmale fest. Im zweiten Teil folgte hierauf eine Erfolgsgeschichte. Für das in der Schau somit präsentierte Transformationsnarrativ fand die LmDR später die kompakte Formel „Von Hilfesuchenden zu Leistungsträgern“[40].

Insgesamt zeigte die Exposition ein geschlossenes Geschichtsbild und ließ wenig Raum für Kontingenz oder eigene Deutungen und Fragestellungen der Besucher*innen. Sie beschränkte sich auf Themen und Inhalte, die geeignet erschienen, ein positives Bild der Russlanddeutschen zu etablieren. Was nicht in das erwünschte Narrativ passte, wurde ausgeblendet. Dazu gehörten Probleme mit der sozialen, kulturellen und identifikativen Integration ebenso wie transnationale bzw. -kulturelle Orientierungen und Lebensformen von Russlanddeutschen.[41]

Die für die Mehrheit der Russlanddeutschen prägende Zeit nach dem Ende des Terrors in den 1960er bis 1980er Jahren wurde nur knapp, die weitgehende Assimilation an die sowjetische Gesellschaft überhaupt nicht thematisiert. Ähnliches galt für die Aussiedlung selbst, welche die Schau ausschließlich auf der Makroebene des staatlichen Migrationsregimes darstellte. Individuelle Wanderungsentscheidungen und Lebenslagen vor sowie nach der Ausreise in die Bundesrepublik spielten keine Rolle. Schließlich vermied die

[38] So die Bezeichnung auf den Plakaten. Plakat 23: „Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Arbeitsschwerpunkte I“; Plakat 24: „Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Arbeitsschwerpunkte II“.

[39] Kindler: Einflüsse und Prägungen: Die Russlanddeutschen in der Sowjetunion, S. 20.

[40] So der Titel einer von der Landsmannschaft zu ihrem 65-jährigen Bestehen veröffentlichten Festschrift. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Von Hilfesuchenden zu Leistungsträgern. „Zusammenhalten – Zukunft gestalten“. 65 Jahre Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Stuttgart 2015.

[41] Die Ausstellung verwies lediglich auf Plakat 23: „Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Arbeitsschwerpunkte I“ auf die eigene „Grenzüberschreitende Arbeit“ der LmDR.

Ausstellung, obwohl das Verfolgungsschicksal und die Wanderungsgeschichte der Russlanddeutschen nicht singulär waren, jede Assoziation mit anderen Opfer-, Migrant*innen- oder auch nur (Spät-)Aussiedlergruppen.[42]

Umsetzung und Rezeption

Für den Verleih der Schau und die anschließende Betreuung an ihren jeweiligen Standorten waren zunächst zwei, später drei „Projektleiter" der Landsmannschaft zuständig.[43] Diese verhandelten vorab mit den Leihnehmern – häufig Kommunen, Bildungseinrichtungen oder Kirchengemeinden – über Termin sowie Lokalität und gestalteten das jeweilige Rahmenprogramm aktiv mit. Typischerweise beteiligten sie sich mit Vorträgen an den Eröffnungsveranstaltungen und führten interessierte Besucher*innen sowie Schulklassen durch die Ausstellung. Mancherorts flankierten „Begegnungsveranstaltungen"[44] mit örtlichen Landsmannschaftsgruppen oder russlanddeutschen Kultur-, Musik- und Sportvereinen die Exposition, bei denen die alteingesessene Bevölkerung mit Vertreter*innen der „Volksgruppe" zusammenkommen und Kontakte knüpfen sollten.[45] Indem stets sechs, später sogar acht Exemplare gleichzeitig an unterschiedlichen Orten gezeigt wurden, erzielte die Schau eine große Breitenwirkung.[46] Bereits im Jahr ihrer Premiere 2013 war sie an 130 Orten in ganz Deutschland zu sehen und erreichte nach Angaben der LmDR mehrere zehntausend Besucher*innen.[47]

Wenngleich in der Verbandszeitschrift „Volk auf dem Weg" immer wieder positive Presseberichte und Rückmeldungen auf die Ausstellung erschienen, bleibt die tatsächliche Wirkung der Schau auf das Publikum angesichts der geschlossenen, eindimensionalen Erzählung und Gestaltung fraglich.[48]

[42] Die Russlanddeutschen waren von der stalinistischen Verfolgung und Unterdrückung besonders betroffen, doch nicht die einzigen Opfer von Deportation, Zwangsarbeit und Verbannung in der UdSSR. Deutliche Parallelen wies auch das Schicksal der Rumäniendeutschen in der Nachkriegszeit auf. György Dalos sieht in der Deportation der Russlanddeutschen ab 1941 Parallelen zu anderen Zivilinternierungen des Zweiten Weltkriegs wie der der japanischen Bevölkerung der USA. Vgl. György Dalos: Geschichte der Russlanddeutschen. Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart, München 2014.

[43] Vgl. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart, S. 59; Reaktionen auf die Wanderausstellung der Landsmannschaft, in: Volk auf dem Weg 7/2018, S. 11.

[44] Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart, S. 59f.

[45] Vgl. ebd.

[46] 2015 waren es noch sechs Exemplare, ab 2018 dann acht. Vgl. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Von Hilfesuchenden zu Leistungsträgern, S. 10; Reaktionen auf die Wanderausstellung der Landsmannschaft, in: Volk auf dem Weg 7/2018, S. 11.

[47] Die Angabe der Landsmannschaft von 55 000 Besucher*innen allein im ersten Jahr dürfte allerdings zu hoch angesetzt sein. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart, S. 59f.

[48] Vgl. Presseschau, in: Volk auf dem Weg 11/2016, S. 8.

Zwar sah die Landsmannschaft in der Schau nur eines unter vielen „Instrumenten“[49] neben politischen Stellungnahmen, Debattenbeiträgen, Veranstaltungen und Publikationen, doch hatte die Ausstellung aufgrund ihrer Reichweite und des Zeitpunkts ihrer Fertigstellung eine besondere Bedeutung.

Die Migrationskrise in Europa und der „Fall Lisa“ als Zäsur

Bestärkt durch den Erfolg der Ausstellung sah sich die LmDR 2015 in einer Phase der „Neuorientierung […] die vor allem in den beiden letzten Jahren Gestalt angenommen“ habe. Mit der jetzt bewältigten Integration der „Landsleute“, argumentierte Waldemar Eisenbraun, müssten die Russlanddeutschen „die Opfermentalität ablegen“ und sich „bewusst werden [sic!], dass wir ein leistungsfähiger und unverzichtbarer Teil der bundesdeutschen Gesellschaft geworden sind.“[50]

Während der Migrationskrise 2015/2016 geriet die „Volksgruppe“ jedoch erneut unter Druck. Eine besondere Rolle spielte dabei der „Fall Lisa“ im Januar 2016. Nachdem eine 13-jährige Russlanddeutsche fälschlicherweise behauptet hatte, von mehreren Migranten vergewaltigt worden zu sein, instrumentalisierten rechtsgerichtete Parteien und Organisationen das angebliche Verbrechen für Proteste gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Die folgenden massiven Demonstrationen, an denen sich auch viele Russlanddeutsche beteiligten, lösten eine Debatte um den Einfluss russischer Medien und die politischen Orientierungen der (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion aus, die bislang stets als Stammklientel der CDU/CSU gegolten hatten.[51] Angesichts vereinzelter Wahlerfolge der AfD in Städten bzw. Wahlbezirken mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Russlanddeutschen wurden diese nun verdächtigt, besonders anfällig für rechtsextreme und antidemokratische Haltungen zu sein.[52] Dagegen wandte sich das Bündnis VIRA (Vereinigung zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler), in dem sich zahlreiche Akteur*innen und Gruppen aus dem Umfeld der LmDR versammelt hatten, im September 2017 mit einem „Offenen Brief an Medien und Politik“. Die 15 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, darunter auch Rudolf Schaufler, beklagten „Anzeichen einer medialen Hetzkampagne gegenüber den Russlanddeutschen“[53].

---

[49] Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart, S. 4.

[50] Zit. nach: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Von Hilfesuchenden zu Leistungsträgern, S. 9f.

[51] Vgl. Medina Schaubert: Der „Fall Lisa“. Entwicklungen in Berlin Hellersdorf-Marzahn, in: Bundeszentrale für politische Bildung (9.10.2018), URL: https://www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche/271945/der-fall-lisa/ (Stand: 27.07.2024).

[52] Zeitgenössische Untersuchungen konnten diesen Verdacht nicht bestätigen und deuteten vielmehr auf eine insgesamt eher geringe demokratische Partizipation der Russlanddeutschen hin. Vgl. Jannis Panagiotidis: Politische Partizipation von Russlanddeutschen, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 27-29, hier S. 27.

[53] Offener Brief der Vereinigung zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler (VIRA) e. V „Wir sind nicht die AfD, nicht die CDU, nicht die fünfte Kolonne Putins! Wir sind genau so individuell, wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes!“ vom 7.09.2017, in: Internetseite des „Forum Russlanddeutsche Essen“, URL: http://www.frd-essen.de/images/Offener-Brief.pdf (Stand: 27.07.2024).

Gleichermaßen strikt suchten sich die Russlanddeutschen allerdings auch von anderen Migrant*innen abzugrenzen. Einen „Schicksalsvergleich“[54] mit den während der Migrationskrise nach Deutschland kommenden Menschen anderer Nationalität wiesen Vertreter der „Volksgruppe“ ebenso zurück, wie kurz darauf den neuen Forschungsansatz der „postsowjetischen Migration“[55], mit dem Jannis Panagiotidis und andere die Einwanderung aus den Staaten der ehemaligen UdSSR als umfassendes, rechtliche Kategorisierungen übersteigendes Phänomen fassen.[56]

Im Vorfeld der NRW-Landtagswahl im Mai und der Bundestagswahl im September 2017 warben insbesondere die Unionsparteien verstärkt um die (Spät-)Aussiedler. So veranstaltete die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung des CDU-Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein am 3. April einen „Deutsch-Russischen Abend“ mit dem Abgeordneten Jens Kamieth. Als Referent war das Mitglied des Jugend-Bundesvorstandes der LmDR, Dietmar Schulmeister, eingeladen.[57] Nach ihrem Wahlsieg berief die schwarz-gelbe Landesregierung unter Armin Laschet den bereits erwähnten Heiko Hendriks (beide CDU) als „Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern”.[58] Kulturelle Projekte und Fördermaßnahmen flankierten die politische Annäherung. Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU), beispielsweise unterstützte seit 2017 aus ihrem Etat das 1996 gegründete Detmolder Museum und ein dort angesiedeltes „Kulturreferat für Russlanddeutsche“.[59]

Die Ausstellung im Siegerland

Die Migrationskrise und die durch den „Fall Lisa“ beeinflusste Wahrnehmung der Russlanddeutschen bildeten den Hintergrund für die Ausstellung in Siegen und Netphen und prägten die Rezeption. In der regionalen Presse wurde die Schau zwar angekündigt, über die Eröffnungsveranstaltungen hinaus und die Publikumsreaktionen allerdings berichteten die Zeitungen nicht.[60] Die wenigen verfügbaren Quellen legen nahe, dass Planung und Umsetzung dem etablierten und eingespielten Ablauf folgten.

In beiden Städten wurde die Schau seitens der LmDR durch den Projektleiter Jakob Fischer organisiert und betreut. Die Kreisgruppe unterstützte die Schau, war jedoch nicht

[54] Vgl. Stephan Scholz: Willkommenskultur durch ‚Schicksalsvergleich’.
[55] Wichtigster Vertreter dieses Ansatzes ist Jannis Panagiotidis. Vgl. Panagiotidis: Postsowjetische Migration in Deutschland.
[56] Zu den Reaktionen auf den Ansatz vgl. ders.: Aussiedler/Spätaussiedler (20.01.2022).
[57] Deutsch-Russischer Abend der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, in: WirSiegen.de Das Siegerland Portal vom 5.04.2017, URL: https://wirsiegen.de/2017/04/deutsch-russischer-abend-der-ost-und-mitteldeutschen-vereinigung/183104/ (Stand: 27.07.2024).
[58] Vgl. Kapitel 3.3.
[59] Für einen Überblick über die Maßnahmen vgl. Tatjana Schmalz: Die russlanddeutsche Erinnerungskultur in Deutschland, in: Evelyna Schmidt/Deutsche Gesellschaft e. V. (Hg.): Erlebtes Erbe. Deutsche Kultur im östlichen Europa. Studentische Beiträge, Online-Publikation 2019, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2019-kg-sommerakademie-publikation/DG_Onlinebroschure_Erlebtes_Erbe.pdf (Stand 21.08.2020), S. 54-59, hier S. 55f.
[60] Vgl. Ausstellung: Deutsche aus Russland. Rathaus Netphen zeigt eine Erfolgsgeschichte, in: Westfälische Rundschau vom 7.03.2018.

unmittelbar beteiligt. Fischer, der vor seiner Ausreise nach Deutschland am Deutschen Theater in Almaty in Kasachstan tätig gewesen war, hielt jeweils zur Eröffnung einen Vortrag über die „Volksgruppe“ und die Themen der Exposition.[61] Netphens Bürgermeister Paul Wagener bzw. der Landrat Andreas Müller (SPD) steuerten als Schirmherr und Veranstalter jeweils ein Grußwort bei. Ein gesondertes Rahmenprogramm mit „Begegnungsveranstaltungen“ fand hingegen offenbar nicht statt. Die begleitende Öffentlichkeitsarbeit erwies sich dennoch als wirksam. So übernahm die Westfälische Rundschau in ihrer Ankündigung das Narrativ der Landsmannschaft und titelte: „Deutsche aus Russland. Rathaus Netphen zeigt eine Erfolgsgeschichte“[62].

Tatsächlich aber war die Ausstellung in der gezeigten Fassung bereits überholt und nur bedingt geeignet, Vorurteilen und negativen Einstellungen gegenüber der „Volksgruppe“ zu begegnen, die sich nicht mehr allein und vorrangig auf vermeintliche Belastungen für die Sozialsysteme, sondern zunehmend auch auf die Haltungen der Russlanddeutschen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und anderen Migrant*innengruppen bezogen.

Für Mitglieder der LmDR selbst stand das in der Ausstellung vermittelte Erfolgsnarrativ mitunter im Widerspruch zu den eigenen Erfahrungen und Erinnerungen. In dem für die vorliegende Untersuchung geführten Interview kontrastiert Rudolf Schaufler das Erfolgsnarrativ im zweiten Teil der Schau mit den Alltagserfahrungen in seinem persönlichen Umfeld: „Die Studien, die da präsentiert werden, von Arbeitslosenzahlen und weiß Gott wovon, dass die Russlanddeutschen sich gut integriert haben, da sage ich: Nein, das nehme ich nicht an! Die Russlanddeutschen haben sich nicht gut integriert. […] Sehr, sehr viele Leute, und ich kenne genug, haben sich nicht integriert und auch kein Interesse gezeigt.“[63]

Ebenso wenig fühlte sich der in Russland geborene und aufgewachsene Vorsitzende von dem Vortrag bei der Eröffnungsveranstaltung angesprochen, bei dem Jakob Fischer vermeintlich typische russlanddeutsche Volkslieder und -tänze präsentiert hatte: „Ich verstehe das gar nicht, was der Fischer jetzt vorgetragen hat. Das mag schon sein, dass es die ganzen Lieder gab, aber diese Lieder haben die Leute gesungen, die in Kasachstan waren […] Er hat nichts von Kirgistan, Tadschikistan oder Russland erzählt, immer nur von Kasachstan. Aber ich bin in Russland geboren, ich kenne diese Traditionen gar nicht.“ Inwiefern diese Aussagen repräsentativ sind, bleibt offen. Sie zeigen jedoch, wie schwer es für die LmDR war, die Außendarstellung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft mit adäquaten Angeboten und Narrativen für die eigene heterogene Mitgliederschaft zu vereinbaren.

[61] Vgl. Reaktionen auf die Wanderausstellung der Landsmannschaft, in: Volk auf dem Weg 7/2018, S. 11.
[62] Vgl. Ausstellung: Deutsche aus Russland. Rathaus Netphen zeigt eine Erfolgsgeschichte, in: Westfälische Rundschau vom 7.03.2018.
[63] Interview mit Rudolf Schaufler am 20.03.2018.

Eine letzte Intervention: Die Stellungnahme der LmDR-Kreisgruppe zum Ukrainekrieg bei „Radio Siegen“

Nach der erfolgreich abgeschlossenen Ausstellung in Siegen und Netphen wurde es in der Region zunächst wieder still um die Russlanddeutschen. Dies änderte sich jedoch mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022. Obwohl der LmDR-Bundesvorsitzende Johann Thießen bereits zwei Tage nach Kriegsbeginn in einem offenen Brief Russland als Angreifer benannte und jedwede Aggression verurteilte, lebte der Diskurs um die vermeintliche Nähe der „Volksgruppe“ zur russischen Staatsführung und dadurch bedingte antidemokratische bzw. antiwestliche Einstellungen wieder auf.[64] Dies wiederum rief, wie schon 2017, Rudolf Schaufler auf den Plan. In einem Rundfunkinterview mit dem Lokalsender Radio Siegen distanzierte er sich stellvertretend für die (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR von dem Angriff auf die Ukraine, räumte jedoch ein, dass viele Russlanddeutsche diesen guthießen: „Ich kann das nicht verstehen, aber das ist so. Sehr viele Landsleute stehen auf russischer Seite. Pure Propaganda.“[65]

Von dem Stimmungsumschwung gegenüber der „Volksgruppe“ war auch die Wanderausstellung der Landsmannschaft betroffen. In einer Pressemitteilung beklagte die LmDR im Mai 2022, seit Kriegsbeginn seien bereits zwei geplante Aufenthalte der Schau von einer Stadtverwaltung bzw. einer Kirchengemeinde „mit fadenscheinigen Argumenten abgesagt bzw. verhindert“[66] worden. In der Folge bemühten sich die genannten Akteur*innen und Institutionen verstärkt, die gesellschaftliche Wahrnehmung der Volksgruppe positiv zu beeinflussen und die Perspektiven der Russlanddeutschen auf den Krieg sowie ihren Einsatz für ukrainische Flüchtlinge sichtbar zu machen. Besonders das Detmolder Museum und Kulturreferat für Russlanddeutsche Kulturgeschichte tat sich hier mit Diskussionsveranstaltungen und dem 2023 gestarteten Projekt „Junge Russlanddeutsche und der Ukrainekrieg“ besonders hervor.[67]

[64] Vgl. Offener Brief des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Johann Thießen: Zur aktuellen Lage in der Ukraine vom 25.02.2022, in: Webseite der LmDR, URL: https://lmdr.de/mitteilung-der-landsmannschaft-der-deutschen-aus-russland/ (Stand: 27.05.2024).

[65] Interview mit Rudolf Schaufler in Radio Siegen vom 1.03.2022, URL: https://www.radiosiegen.de/artikel/interview-mit-rudolf-schaufler-1234593.html (Stand: 27.07.2024).

[66] Pressemitteilung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland: Absagen der landsmannschaftlichen Wanderausstellung vom Mai 2022, in: Webseite der LmDR, URL: https://lmdr.de/pressemitteilung-der-landsmannschaft-der-deutschen-aus-russland/ (Stand: 27.07.2024).

[67] Vgl. Webseite des Projekts, URL: https://www.junge-russlanddeutsche.de (Stand: 27.07.2024).

5.9 Zwischenfazit

Die Entwicklung der Erinnerung an die (Spät-)Aussiedlermigration im Siegerland überschneidet sich mit den von Jannis Panagiotidis erkannten Etappen des Wanderungsgeschehens, ist jedoch nicht deckungsgleich. Sie verlief in fünf Phasen, die sich hinsichtlich der Formen und Funktionen sowie der beteiligten Akteur*innen und Institutionen deutlich voneinander unterscheiden.

1. Stille Integration und erste organisatorische Strukturen der Aussiedler (1951–1975)

Rund ein Vierteljahrhundert lang waren die Aussiedler und ihre Organisationen im Siegerland kaum sichtbar. In ihrer ersten Phase war ihre Migration noch kein Massenphänomen und spielte kaum eine Rolle im öffentlichen Diskurs und Bewusstsein. Die Zahlen der in der Bundesrepublik aufgenommenen Menschen waren, verglichen mit der nur wenige Jahre zurückliegenden „Flucht und Vertreibung", äußerst gering. Sie lagen die gesamten 1950er und 1960er Jahren hindurch im niedrigen fünfstelligen Bereich, wobei Polen das mit Abstand bedeutendste Herkunftsland war. Die Integration war außen- wie innenpolitisch opportun und angesichts der niedrigen Zahlen leicht zu bewältigen. Einen rechtlichen Rahmen hierfür boten zunächst das Grundgesetz und ab 1953 das Bundesvertriebenengesetz. Zugleich war die Kategorisierung der Aussiedler als Vertriebene eine entscheidende Weichenstellung für die Erinnerungskultur.

Die Migrant*innen waren keine in sich geschlossene Gruppe. Vielmehr setzten sie sich aus verschiedenen deutschen bzw. deutschsprachigen Minderheiten mit jeweils unterschiedlichen Wanderungsgeschichten und distinkten historisch gewachsenen kollektiven Identitäten zusammen, die – wie etwa die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben – teilweise sogar miteinander konkurrierten. Ebenso variierten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – je nach Herkunftsland – ihre Lebensumstände sowie die Art und das Ausmaß der Verfolgung unter kommunistischer Herrschaft. Die Migrationsmotive sowie die Erfahrungen bei der Ankunft und Aufnahme in der Bundesrepublik stellten hingegen wichtige Gemeinsamkeiten dar, die später auch in den Medien und Praktiken der Erinnerungskultur greifbar wurden. Unter den verschiedenen „Volksgruppen" organisierten sich lediglich die Siebenbürger Sachsen in einer eigenen Landsmannschaftsgruppe, der es jedoch nicht gelang, dauerhaft Fuß zu fassen.

Die Patenschaft des Landes NRW und die Diskussion um das „dritte Problem" fanden auf der regionalen Ebene keinen großen Widerhall. So wurden im Siegerland weder Jugendlager oder siebenbürgisch-sächsische Kulturwochen durchgeführt, noch gab es Ansätze für eine Kulturarbeit im Sinne der von Ludwig Landsberg geforderten „geistigen Hilfe"[1].

Der Eintritt in die zweite Phase der Aussiedlermigration war in der Region nicht als Zäsur wahrnehmbar. Die auf der nationalen und Landesebene bereits zu Beginn der 1970er

[1] Ludwig Landsberg: Die Spätaussiedler, S. 45.

Jahre diskutierten Auswirkungen des Generationenwechsels und die herkunftsspezifischen Herausforderungen in der Integration führten weder zu öffentlichen Debatten noch zu einer negativen Wahrnehmung der Migrant*innen. Entsprechend folgenlos blieben die Appelle der politisch Verantwortlichen, diese konsequent in die Kulturarbeit einzubeziehen und sich mit ihnen solidarisch zu zeigen. Insbesondere der Erfolg der Aussiedler auf dem Arbeitsmarkt sorgte bis in die 1980er Jahre für deren gesellschaftliche Akzeptanz. Wie zuvor auch bei den „Gastarbeitern" bewahrte die strukturelle Integration allein jedoch nicht vor sozialen, kulturellen und identifikativen Eingliederungsproblemen. Ein generelles Fremdheitsempfinden oder gar ein Stimmungswechsel gegenüber den Aussiedlern, vor dem beispielsweise Ludwig Landsberg warnte, ist in der Region jedoch nicht nachweisbar.

2. Konsolidierung der Aussiedler in der Region und „Vorstellung" der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben (1976–1988)

Vor dem Hintergrund der steigenden Einwanderung und aus dem Bedürfnis heraus, nach der erfolgten Migration und Integration einen „Blick zurück"[2] zu werfen, organisierten sich die Aussiedler im Siegerland in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zunehmend in herkunftsbasierten bzw. landsmannschaftlichen Zusammenschlüssen. Zwischen den verschiedenen Organisationen gab es zunächst keine Berührungspunkte. Stattdessen richteten sie ihr Engagement exklusiv auf ihre jeweils eigene Klientel aus. Dabei unterschieden sich die konkreten Aktivitäten und ihr regionaler Einfluss jedoch stark. Die 1976 in Kreuztal ins Leben gerufene LmDR-Kreisgruppe blieb zunächst unauffällig. Gleiches gilt für die neugegründete „Kreisgruppe Siegerland" der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft. Zunächst adressierte diese mit ihrer Arbeit nur die eigene Mitgliederschaft. Die öffentliche Repräsentation der „Volksgruppenidentität" und der eigenen kulturellen Leistungen spielte zu Beginn dieser Phase keine Rolle. Die HOG Perjamosch wiederum fungierte primär als transnationales Netzwerk für die ehemaligen Bewohner*innen des Ortes und war trotz der Siegerländer Mitglieder an ihrer Spitze nicht weiter in der Region aktiv.

Am Ende der 1970er Jahre drang die Aussiedlermigration infolge der wachsenden Zahlen von Neuankömmlingen ins öffentliche Bewusstsein. Den zunehmenden Eingliederungsschwierigkeiten versuchte das Siegener Sozialamt mit dem neuen Paradigma „Integration in jedem Lebensbereich" entgegenzutreten. Der Versuch, den Aussiedlern durch die „Siegerlandrundfahrten" Teilhabe am kollektiven Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft zu vermitteln, war jedoch nicht erfolgreich. Die Siegerländer Kreisgruppe der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft indes bewogen der sich verschärfende Integrationsdiskurs einerseits und die akuten Nachwuchsprobleme andererseits, ihr Engagement unter dem Stichwort der „Vorstellung" stärker auf die alteingesessene Bevölkerung auszurichten. Die daraus resultierende Ausstellung „Siebenbürgen und Banat — zwei von

[2] Otto: (Spät-)Aussiedler aus Polen, S. 50.

Deutschen geprägte Landschaften in Südosteuropa stellen sich vor“ und die öffentlichkeitswirksame Beteiligung am „Tag der Deutschen Einheit“ waren für die regionale Erinnerungskultur neuartig.
Wenngleich die Asymmetrie und der Partikularismus im Verhältnis zwischen den beiden „Volksgruppen“ erhalten blieben, markierte die 1986 in Netphen und 1988 in Siegen gezeigte Schau den Beginn einer Zusammenarbeit und bereitete eine neue Phase vor, deren Anbruch jedoch durch den rapiden Anstieg der Aussiedlerzahlen verzögert wurde.

3. Unterbrechung durch den Einwanderungsschub und Integrationsaufgaben (1989–1998)

Wie am Beispiel Siegens gezeigt, begann die dritte Phase der Aussiedlermigration in der Region verglichen mit der Entwicklung auf der nationalen Makroebene verzögert. Darüber hinaus schwankte die Zahl der aufgenommenen Menschen stärker. Politik und Gesellschaft waren auf den Einwanderungsschub nicht vorbereitet und zunächst überfordert. Allerdings gelang es durch breite Eingliederungshilfen und ein zunehmend restriktives Einreiseregime, die Krise binnen weniger Jahre zu bewältigen. Auf den schnellen Ausbau der Betreuungs- und Integrationsstrukturen folgte aber ein ebenso rapider Abbau. Unter dem Eindruck der Kürzungen seit Beginn der 1990er Jahre zeigten sich erneut die bereits aus den vorhergegangenen Jahrzehnten bekannten sozialen Rückzugstendenzen.
Die Kulturarbeit für die Aussiedler verlor nach 1987 beinahe völlig an Bedeutung. Weder die an der Aufnahme und Betreuung beteiligten Institutionen und Akteur*innen noch die Landsmannschaften und der BdV positionierten sich als künftige Trägerinnen der Erinnerung. Während sich die Kreisgruppe der Siebenbürger Sachsen nach dem Sturz Ceaușescus im Dezember 1989 auf die Unterstützung der in Rumänien verbliebenen „Landsleute“ verlegte, war die LmDR vor allem aufgrund ihrer starren Auffassung von russlanddeutscher „Volksgruppenidentität“ wenig attraktiv für die nun eintreffenden Migrant*innen.
Als erster fasste der 1997 in Siegen gegründete „Beratungs- und Schutzverein“ das kulturelle Engagement wieder als gleichberechtigte Aufgabe neben der Eingliederung der (Spät-)Aussiedler ins Auge, konnte seine ambitionierten Pläne jedoch aufgrund des fehlenden Interesses der eigenen Zielgruppe und fehlender öffentlicher Unterstützung nicht umsetzen.

4. Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben als dominierende (Spät-)Aussiedlergruppen in der regionalen Erinnerungskultur (1999–2013)

Während die Aufnahme und Integration der „Landsleute“ für die Russlanddeutschen bzw. die LmDR bis weit ins neue Jahrtausend hinein die Hauptanliegen blieben, knüpften die rumäniendeutschen (Spät-)Aussiedler aus Siebenbürgen und dem Banat bereits 1999 mit der Ausstellung „Siebenbürgen und Banat“ an ihre Aktivitäten der späten 1980er

Jahre an. Die Schau im Museum Wilnsdorf war ein Novum in der Region und eine wesentliche Errungenschaft für die beiden beteiligten „Volksgruppen", die erstmals permanent in einer Institution des kulturellen Gedächtnisses im Siegerland vertreten waren. Zugleich war sie Ausdruck einer stark entpolitisierten öffentlichen Erinnerungskultur, deren Medien und Praktiken nun hauptsächlich auf eine ästhetische und emotionale Wirkung abzielten und in der die bisherigen Überlegungen über die Bedeutung der Kulturarbeit sowie das Verhältnis von Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen zur alteingesessenen Siegerländer Bevölkerung und zueinander keine Rolle mehr spielten. Die Konkurrenz zwischen beiden Gruppen war weitestgehend überwunden. Erstere waren entscheidend in die Gestaltung und Eröffnung der Ausstellung eingebunden, letztere jedoch bestimmten nicht zuletzt dank ihrer landsmannschaftlichen Strukturen weiterhin die öffentliche Wahrnehmung. Mit dem Umzug bzw. der Integration der Schau in die neukonzipierte volkskundliche Ausstellung war der Platz im Museum gesichert, der Stellenwert der beiden „Volksgruppen" in der regionalen Erinnerungskultur nahm jedoch wieder ab. Während der Bundesverband einen Reformprozess initiierte, der 2007 in die Umbenennung mündete, zog sich die Kreisgruppe der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft immer weiter aus der Öffentlichkeit zurück und richtete ihre Aktivitäten nach innen aus.

Die Exposition und die Sammlung des Ehepaars Sievers gingen indes in den Besitz und die Verantwortung des Museums über. Auch nach der Neukonzeptionierung unter dessen Leiterin Corinna Nauck wurden sie an prominenter Stelle gezeigt und konzeptionell in die Vermittlungsarbeit eingebunden, mit der Zeit jedoch in ihrem Umfang und ihrer Inszenierung reduziert. In der zweiten Hälfte der 2010er Jahre machten sich deutliche Auflösungserscheinungen in der Kreisgruppe Siegerland der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft bemerkbar. Zwar gelang es gemeinsam mit der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, ein Ende der Gemeinschaft zu verhindern, in der regionalen Erinnerungskultur trat sie jedoch nicht mehr in die Öffentlichkeit.

5. Russlanddeutsche als sichtbare (Spät-)Aussiedlergruppe in der regionalen Erinnerungskultur (ab Mitte der 2010er Jahre)

Den Platz der siebenbürgisch-sächsischen Landsmannschaft als bestimmende Kraft in der Erinnerung an die (Spät-)Aussiedler nahm die Kreisgruppe der LmDR ein, die sich bislang auf unmittelbare Integrationsaufgaben konzentriert hatte und öffentlich lediglich durch die gemeinsame Ausstellung mit dem BdV im Jahr 2008 in Erscheinung getreten war. Die 2017 in Siegen und 2018 in Netphen gezeigte Schau „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" blieb der einzige signifikante Beitrag der Landsmannschaft zur regionalen Erinnerungskultur, war zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits inhaltlich und konzeptionell überholt. Der Kreisverbandsvorsitzende Rudolf Schaufler trat wiederholt öffentlich als Fürsprecher der „Volksgruppe" auf und protestierte sowohl gegen die Berichterstattung über die Russlanddeutschen infolge der Migrationskrise und des „Falls

Lisa“, welche auch das Erfolgsnarrativ der Ausstellung zu untergraben drohte, als auch gegen den Vorwurf angeblicher Unterstützung des russischen Angriffs auf die Ukraine Anfang 2022. Darüber hinaus war die Kreisgruppe jedoch nicht weiter sichtbar, sodass die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprägte Charakterisierung der (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR als „auffällig unauffällig“[3] auch auf deren Rolle in der regionalen Erinnerungskultur zutrifft.

Charakteristika und spezifische Entwicklungen der Erinnerung an die (Spät-)Aussiedlermigration in der Region

Welches sind nun die Charakteristika und spezifischen Entwicklungen in der Erinnerung an die (Spät-)Aussiedlermigration im Siegerland?

Partikularismus und Eigengruppenorientierung

Die Heterogenität der (Spät-)Aussiedler spiegelte sich auch in der Erinnerungskultur wider. Wenngleich sich ihre Lebensbedingungen nach der Ankunft in der Bundesrepublik ähnelten und die Erfahrungen bei der Aufnahme und Integration sich überschnitten, erwuchs daraus kein gemeinsames Selbstverständnis bzw. Bewusstsein, Teil eines übergreifenden Wanderungsphänomens zu sein. Die Einbeziehung in das BVFG brachte zwar erhebliche Integrationsvorteile, die Kategorisierung als Vertriebene bzw. (Spät-)Aussiedler war für die Migrant*innen jedoch nicht identitätsstiftend.

Abgesehen von gelegentlichen Kooperationen, etwa bei den Ausstellungen der Jahre 1986 bzw. 1988 und 2008, drehte sich die Arbeit der unterschiedlichen Landsmannschaften bzw. Organisationen in der Region konsequent um die jeweils eigene „Volksgruppe“. Im Gegensatz zu der weitgehenden Abgrenzung untereinander und gegenüber anderen Migrant*innengruppen, die sich etwa während der Europäischen Migrationskrise oder in der Ablehnung des Konzepts der „Postsowjetischen Migration“ zeigte, betrachteten die verschiedenen (Spät-)Aussiedlergruppen die nationale deutsche Identität als Gemeinsamkeit und als verbindendes Element zur Mehrheitsgesellschaft.

Diffusität und Dezentralität

Die Aktivitäten der (Spät-)Aussiedlerorganisationen im Siegerland waren in erster Linie darauf ausgerichtet, neu eintreffende „Landsleute“ zu unterstützen und die eigene „Volksgruppenidentität“ und Gemeinschaft zu erhalten. Über weitergehende Ziele bestand unter den Akteur*innen und Institutionen keine Einigkeit. An einer öffentlichen Repräsentation oder Historisierung der Aussiedlerzuwanderung waren die Migrant*innen ebenso wie die für deren Integration zuständigen Stellen lange Zeit wenig interessiert. Von den übergeordneten Verbandsebenen der Landsmannschaften gingen ebenfalls nur vereinzelte, schwache Impulse aus. Somit kam die öffentliche Erinnerung an die Zuwanderung der Deutschen aus Ostmittel-, Südost- und Osteuropa in der Region letztlich nicht

[3] Vgl. Kapitel 5.8.

über vereinzelte, unabgestimmte Veranstaltungen und Ausstellungen hinaus. Weder für die rumänien-, noch für die russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlergruppen erlangten Siegen und das Siegerland eine wesentliche Bedeutung als Bezugspunkt oder Ort der Erinnerungskultur. Das Gravitationszentrum für die Siebenbürger Sachsen war das nahegelegene Drabenderhöhe, während sich Anna und Franz Engelmann als wichtigste Banater Schwaben in der HOG Perjamosch überregional und insbesondere in ihrem Herkunftsort engagierten. Die Ausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" der LmDR schließlich wurde in der Region erst mehrere Jahre nach ihrer Premiere gezeigt und nicht von der Kreisgruppe, sondern dem Bundesverband der Landsmannschaft betreut.

Flüchtigkeit

Eine Konsequenz der vorgenannten Eigenschaften war die Flüchtigkeit der erinnerungskulturellen Medien und Praktiken. Die drei untersuchten (Spät-)Aussiedlergruppen wurden im Siegerland stets nur temporär und anlassbezogen öffentlich aktiv. So dienten die Ausstellung 1986 in Netphen und 1988 in Siegen und die Teilnahme am „Tag der Einheit" der „Vorstellung" bzw. Selbstdarstellung und Selbstvergewisserung der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben.

Die Ausstellung im Museum Wilnsdorf blieb bis zu ihrem weitgehenden Rückbau zwar mehr als zwei Jahrzehnte lang bestehen, die beteiligten „Volksgruppen" zogen sich jedoch schon kurz nach ihrer Eröffnung zurück und beteiligten sich nicht weiter an der Präsentation und Vermittlung ihrer Geschichte. Ähnlich agierte die Kreisgruppe der LmDR, indem sie die BdV-Ausstellung „Die Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert" mittrug und rund ein Jahrzehnt später die Exposition des Bundesverbandes unterstützte, sich davon abgesehen allerdings nur nach dem „Fall Lisa" und dem Beginn des Kriegs in der Ukraine kurzzeitig zu Wort meldete.

6. Fazit und Ausblick

Die Studie hat gezeigt, wie „Flucht und Vertreibung“, Arbeitsmigration und (Spät-)Aussiedlermigration auf verschiedene Art und Weise, in unterschiedlicher Geschwindigkeit und in ungleichem Maße Eingang in die regionale Erinnerungskultur gefunden haben. Abschließend stellt sich die Frage nach den übergreifenden Ergebnissen und Erkenntnissen. Welchen Beitrag kann die Untersuchung zur Theoriebildung und zur weiteren Erforschung ihres Themas leisten?

Die gewählten theoretischen und methodischen Zugänge haben sich für die Untersuchung der kollektiven Erinnerung an Migration im Siegerland als fruchtbar erwiesen. In Kombination mit einer Einbettung in die spezifischen historischen Kontexte und Diskurse ermöglichen es insbesondere die von Jörn Rüsen entwickelten fünf Dimensionen der Geschichtskultur, Bernd Schönemanns Konzeption derselben als „soziales System“ und Rainer Ohligers Typologie von Darstellungs- und Erzählmustern, die unterschiedlichen Medien und Praktiken zu erfassen und zu analysieren.

Eine spezielle Herausforderung ist die disparate Quellenlage. Da erinnerungskulturelle Ereignisse vielfach einzig durch die regionale Presseberichterstattung dokumentiert sind, erhält diese ein enormes Gewicht. Einerseits können auch oftmals nur kleinste Hinweise auf regionale Medien und Praktiken nicht ignoriert werden, andererseits erfordert die Art ihrer Überlieferung eine besonders sorgfältige Quellenkritik.

Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse können den hier angewendeten theoretischen und methodischen Ansätzen sieben miteinander verschränkte und interferierende Analyseebenen zur Seite gestellt werden, mit deren Hilfe die öffentliche Erinnerung an Migration seit 1945 diachron sowie über unterschiedliche Medien und Praktiken hinweg untersucht und angemessen beschrieben werden kann.

Sieben Analyseebenen für die Erforschung von Medien und Praktiken der Erinnerung an Migration

<u>Ebenen der formalen Analyse</u>

Die äußeren Umstände und die Form der Medien und Praktiken gilt es auf drei Ebenen zu untersuchen.

Position im Diskurs

Diese erste Analyseebene nimmt über die Diskursebene im Sinne Jägers, also den Sprech-„Ort“, hinaus das Ausmaß in den Blick, in dem die fraglichen Medien und Praktiken gesellschaftlich etabliert und institutionell abgesichert waren bzw. sind. Die Spannbreite von einer marginalisierten bis hin zur hegemonialen Position wird anhand der Erinnerung an die Arbeitsmigration einerseits und „Flucht und Vertreibung“ andererseits im Siegerland deutlich.

Während erstere lange Zeit eine Randstellung innehatte und erst in den 2000er Jahren an Bedeutung im kollektiven Gedächtnis gewann, wurde zweitere über Jahrzehnte hinweg von Politik und Verwaltung mitgetragen und -gestaltet, trat im neuen Jahrtausend jedoch zunehmend in den Hintergrund.

(Un-)Gleichzeitigkeit

Die zweite Analyseebene bezieht sich auf die temporale Dimension der Erinnerungskultur und wurde bereits im Zwischenfazit des ersten Teils als Charakteristikum der Erinnerung an „Flucht und Vertreibung" ausgemacht. Im Zentrum steht hier die Frage, inwiefern die untersuchten Medien und Praktiken zeittypisch waren. Für Einzelereignisse wie Veranstaltungen oder temporäre Ausstellungen eindeutig zu beantworten, stellt sie sich bei Entwicklungen rund um dauerhafte Orte der Erinnerung wie das Denkmal im Siegener Schlosspark immer wieder erneut.

Vorauseilende oder verspätete bzw. nachholende Entwicklungen sind für die Forschung besonders interessant. Sie verweisen auf die Individualität regionaler Erinnerungskultur und geben, wie die weiter oben angeführten Beispiele zeigen, über den konkret untersuchten Einzelfall hinaus Einblick in allgemeine Dynamiken und Konjunkturen.

Originalität

Eng verknüpft mit der (Un-)Gleichzeitigkeit ist die Originalität der Medien und Praktiken. Am einen Ende des Spektrums stehen regionale Innovationen und frühe Adaptionen wie die Fahnenweihe beim „Tag der Heimat" 1958 in Salchendorf oder die Ergänzung und Kontextualisierung der Exposition „Ausländer im deutschen Bergbau" 1994 in Kreuztal. An ihnen sind Intentionen und Bedürfnisse der Verantwortlichen sowie Zielgruppen besonders deutlich zu erkennen. Am anderen Ende stehen beispielsweise Wanderausstellungen oder Veranstaltungen bzw. Veranstaltungsreihen, die von außerhalb in die Region getragen und dort unverändert durchgeführt wurden. Wie das Beispiel der 2001 in Siegen gezeigten Schau „So fing es an…" zeigt, konnten auch die letzteren Formen der Erinnerung als Vorbilder dienen oder durch einen Wissenstransfer zwischen den beteiligten Akteur*innen und Institutionen wichtige Impulse für die Region geben.

Ebenen der inneren Analyse

Lassen sich die bis jetzt genannten Analyseebenen auf alle Formen kollektiver Erinnerung unabhängig von ihrem Gegenstand beziehen, so sind die folgenden vier migrationsspezifisch und zielen auf das Innere bzw. den Sinngehalt der Medien und Praktiken ab.

Verhältnis von Kultur- und Erfahrungsbezügen

Ein wesentliches Analyse- und Vergleichskriterium ist die Gewichtung von Kultur- und Erfahrungsbezügen in der Auseinandersetzung mit der Einwanderung. Während sich beispielsweise die Ausstellung „Siebenbürgen und Banat – zwei von Deutschen geprägte

Landschaften in Südosteuropa stellen sich vor“ darauf beschränkte, die vergangenen Lebenswelten in den Herkunftsgebieten der Aussiedler darzustellen, ging es in der Schau „Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!“ darum, wie die „Gastarbeiter“ die Migration und die ersten Jahre in der Bundesrepublik erlebt hatten bzw. erlebten. Häufig wählten die verantwortlichen Akteur*innen und Institutionen jedoch einen Mittelweg. Die Diakonie in Südwestfalen beispielsweise präsentierte in ihrer 2012/13 in Siegen gezeigten Ausstellung vollständige „Lebensläufe“, in denen die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern ebenso behandelt wurden, wie das soziale und kulturelle Engagement im Siegerland.

Heimatverständnis bzw. Verhältnis zum Herkunfts- und Zielort
Mit den Kultur- und Erfahrungsbezügen gerät zugleich das jeweils vermittelte Heimatverständnis bzw. Verhältnis zum Herkunfts- und Zielort der Migration in den Blick. Während etwa die Vertriebenen ihre Herkunftsgebiete vielfach als alte bzw. verlorene Heimat idealisierten, lehnten die (Spät-)Aussiedler die ihrigen vielfach zugunsten der als „Urheimat“ verstandenen Bundesrepublik ab. Die Entstehung transkultureller Beziehungen und das Bedürfnis vieler Migrant*innen, nach der bewältigten Integration einen „Blick zurück“ zu werfen, zeigen jedoch ebenso wie die Ausstellungen „So fing es an…“ und „Lebensläufe ins Siegerland“, dass diese Verhältnisse nicht statisch waren und sich im Laufe der Zeit verändern konnten.

Vorstellungen von Identität
Auf dieser Ebene geht es darum, welche Vorstellungen über die Identität der Migrant*innen und ihr Verhältnis zu anderen Bevölkerungsgruppen sich in der Erinnerungskultur ausdrückten und durch sie vermittelt wurden. Die beiden Extrempole bilden partikularistische Konzeptionen, die (vermeintliche) Eigen- und Besonderheiten betonten und dadurch nach innen gemeinschaftsbildend, nach außen hingegen aus- und abgrenzend wirkten, und universalistische Auffassungen, welche gruppenübergreifende Gemeinsamkeiten herausstellten und Alteritätserfahrungen zu überwinden suchten.
Zwischen diesen beispielsweise in den Ausstellungen „Leistung und Schicksal“ auf der einen und „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.“ auf der anderen Seite erkennbaren Positionen stehen Konzeptionen komplementärer oder hybrider Identität, artikuliert etwa beim Jubiläum der Katholischen Italienischen Mission 1993 durch den Siegener Dekan, welcher die Migrant*innen als „italienische Siegerländer“[1] ansprach.

Finalität
In der Erinnerungskultur drückten sich in der Regel neben Identitäts- auch Zielvorstellungen aus, die sich auf die Medien und Praktiken selbst oder auf den gesellschaftlichen

[1] Biasi: La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn, S. 113.

Umgang mit Mobilität insgesamt beziehen konnten. Für die unterschiedlichen Migrationsphänomene und Entwicklungsphasen wurden diese bereits in den vorherigen Teilen der Arbeit und den Zwischenfaziten dargestellt. Gruppenübergreifend sowie über verschiedenste Medien und Praktiken hinweg lassen sich als wesentliche Zieldimensionen jedoch erstens die Begegnung von alteingesessener und hinzugekommener Bevölkerung, zweitens die Überwindung von Vorurteilen und darauf basierender gesellschaftlicher Benachteiligung, drittens Repräsentation und Anerkennung für vergangene und gegenwärtige Leistungen und viertens die Anerkennung der Migrant*innen als konstitutiver Teil der Gesellschaft ausmachen.

Ausblick und Implikationen für weitere Forschung

Die Erkenntnisse der Studie weisen über den Untersuchungsraum hinaus. Besonders deutlich wird dies anhand der analysierten überregional bedeutenden Ausstellungen wie „Leistung und Schicksal“ oder „Ausländer im deutschen Bergbau“ und den flächendeckend etablierten Formaten wie dem „Tag der Heimat“, welche eine Verbindung zur Meso- und Makroebene herstellen und somit einen weiteren Vergleichsmaßstab eröffnen.

Durch den hier angewandten längsschnittartigen Zugang werden zudem die sich verändernden Konjunkturen und Diskurse in der Erinnerungskultur und die sich infolgedessen verändernden Rezeptionsrahmen sichtbar. Langfristige, fest etablierte Medien und Praktiken wie regelmäßige Gedenktage und Denkmäler gewinnen dadurch gegenüber einmaligen Veranstaltungen bzw. Veranstaltungsreihen oder temporären Ausstellungen an Gewicht. Die in der Untersuchung herausgearbeiteten Phasen und Entwicklungsverläufe sind zwar spezifisch für das Siegerland, bieten jedoch einen Ansatzpunkt für Vergleiche mit anderen Regionen.

Darüber hinaus verweisen die Erkenntnisse auf die besondere Bedeutung regionaler Konstellationen von Akteur*innen und Institutionen. Mit den Migrant*innenvereinen und -gemeinden und insbesondere den Ausländer- bzw. Integrationsbeiräten treten in der Erforschung der Erinnerungskultur bislang neben Politik und Verwaltung vergleichsweise wenig beachtete Trägergruppen mit erheblicher Innovations- sowie Gestaltungskraft ins Bild.

Die Studie weitet den Blick für die vielfältigen Medien und Praktiken der Erinnerung an Migration und bietet Anknüpfungspunkte zu deren Erforschung. Wenngleich die untersuchten Beispiele hinsichtlich ihrer Formen und Funktionen zu heterogen und zu spezifisch für die fraglichen Wanderungsphänomene sind, um daraus eine übergreifende Typologie abzuleiten, können künftige Forschungen daran anschließen und vorhandene Systematisierungen ergänzen. Ferner bietet es sich an, die Analyseebenen auf Formen und Funktionen der Erinnerung an andere Wanderungsphänomene oder Migrant*innengruppen anzuwenden.

Ein in der Untersuchung nur am Rande thematisierter, für weitere Forschungen jedoch vielversprechender Gegenstand ist das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Medien und Praktiken der Erinnerung an Migration; ist die regionale Erinnerungskultur, zumal für Migrant:innen, doch nur eine Seite des Umgangs mit Vergangenheit.
Zuletzt sind die Ergebnisse der Untersuchung angesichts des drohenden Endes der aktiven Erinnerung an „Flucht und Vertreibung", der anhaltenden Auseinandersetzung mit der Arbeitsmigration und der marginalen Position der (Spät-)Aussiedler im kollektiven Gedächtnis der Region relevant für den gegenwärtigen und zukünftigen Umgang mit Einwanderung im Siegerland und darüber hinaus. Die Auseinandersetzung mit Migration in historischer Perspektive kann helfen, ihre Wahrnehmung, Historisierung und Vermittlung im Sinne gleichberechtigter Teilhabe konstruktiv zu gestalten.

Anhang

Abbildungen

Abbildung 1: Das „Ostdeutsche Mahnmal“ im Schlosspark, aufgenommen im Juni 2024. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 2: Die „Friedland-Gedächtnisstätte“, aufgenommen im Februar 2014. Bild: Axel Hindemith (2014), Lizenz: Creative Commons by-sa-3.0.
Abbildung 3: Das Logo der J.-G.-Herder-Bibliothek im Einband einer Publikation. Bild: Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): „Wer nicht gedenken kann, der kann auch nicht hoffen“.
Abbildung 4: Panoramaaufnahme des Themenraums im Siegerlandmuseum. Die zusätzliche Vitrine ist nicht im Bild. Aufgenommen im August 2020. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 5: Die Präsentation im Rathaus Weidenau im September 2020. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 6: Die Präsentation im Rathaus Weidenau im September 2020. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 7: Aufstellung mit Fahnen vor dem Denkmal im Schlosspark beim „Tag der Heimat“ am 6.09.2019. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 8: „Die Weltkarte der Teigtaschen“ in der Ausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.“ in der Universitätsbibliothek der Universität Siegen im April 2023. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 9: Die Präsentation „In der Stube“ im Museum Wilnsdorf im September 2021. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 10: Die Präsentation „Auf dem Weg zum Gottesdienst“ im Museum Wilnsdorf im September 2021. Bild: Matthias Kirchbach.
Abbildung 11: Das erste Plakat der Ausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ im Oktober 2017 im Kreishaus Siegen. Bild: Matthias Kirchbach.

Abkürzungen

Abb.	Abbildung
AfD	Alternative für Deutschland
Aufl.	Auflage
Ausg.	Ausgabe
ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
AWO	Arbeiterwohlfahrt
Bd./Bde.	Band/Bände
BdV	Bund der Vertriebenen
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BvD	Bund der vertriebenen Deutschen
BVFG	Bundesvertriebenengesetz („Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern
DBM	Deutsches Bergbau-Museum
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
dies.	dieselbe/dieselben
Diss.	Dissertation
DoMiT	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e. V.
DOMiD	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V.
Dr.	Doktor
ebd.	Ebenda
e. V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
geb.	geboren
FDP	Freie Demokratische Partei
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
H.	Heft
hg.	Herausgegeben
Hg.	Herausgeber
HOG	Heimatortsgemeinschaft
i. A.	im Auftrag
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
IHK Siegen	Industrie- und Handelskammer Siegen

IMAG Zuwanderung	interministerielle Arbeitsgruppe Zuwanderung
J.-G.-Herder-Bibliothek	Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V.
KfbG	Kriegsfolgenbereinigungsgesetz („Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgengesetzen“)
Kreis-IG	Kreisinteressengemeinschaft der Ostvertriebenen Siegen-Stadt und -Land
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LA NRW	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen
LmDR	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
MAGS	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
OMV	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU
S.	Seite
SGV	Sauerländischer Gebirgsverein
SiWi	(Kreis) Siegen-Wittgenstein
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u. a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VAKS	Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen
VdL	Verband der Landsmannschaften
VdSM	Verband der Siegerländer Metallindustriellen
vgl.	vergleiche
VIRA	Vereinigung zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler
VOL	Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften
z. B.	zum Beispiel
ZvD	Zentralverband der vertriebenen Deutschen

Quellen

Quellen in Archiven

Bergbau-Archiv Bochum

Deutsches Bergbau-Museum Bochum, Bochum, Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv Bochum (BBA), 112.

DOMID – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V.

Bestand: Jean Mohr.

Bestand Nuri Musluoglu.

Bestand: Selahattin Kaya.

Bestand: Linda G.-A. R.

Bestand: Ibrahim A.

Bestand: Kamer D.

Bestand: Helmut D.

Bestand: Necati G.

Bestand: Landesstelle Unna-Massen.

Dokumentation zur Ausstellung „So fing es an…“ mit Übersicht der Bilder und Bildunterschriften (undatiert), Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. DOMiD.

Kreisarchiv Siegen-Wittgenstein

Kreis Siegen. Kreistagsprotokolle, Kreisarchiv Siegen-Wittgenstein, 1.0.1.

Landesarchiv Baden-Württemberg

Plakatsammlung II, Landesarchiv Baden-Württemberg Abteilung Staatsarchiv Freiburg, W 110/2.

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

Akten des Landesbeirates für Vertriebene und Flüchtlingsfragen beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 951.

Akten des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 1037.

Arbeitsämter, Agenturen für Arbeit, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, N 100.

Entnazifizierungsakten, Berufungsausschuss Siegen in Kreuztal, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 1127.

Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in NRW (Landesstelle Unna-Massen), Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, N 321.
Regierung Arnsberg – Sozialwesen., Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen, K 101
Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“ 1979/80, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland, NW 646.

Siegener Zeitung, Archiv
Akten des Arbeitsamtes Siegen, Siegener Zeitung, Archiv.

Stadt- und Kreisarchiv Düren
Veranstaltungen des Frauenbüros 1992–1997, Stadt- und Kreisarchiv Düren, C 515.

Stadtarchiv Siegen
Amtliche Bekanntmachungen aus 1945 - 1948, Stadtarchiv Siegen, Ztg. 2 / Siegener Zeitung und Vorläufer.
Aufnahme illegaler Grenzgänger aus der SBZ u. a., Stadtarchiv Siegen, E 872.
Best. 151 / Amt Weidenau, Stadtarchiv Siegen.
Best. 158 / Stadt Hüttental, Stadtarchiv Siegen, Stadtrat.
Best. 159 / Stadt Eiserfeld, Stadtarchiv Siegen.
Best. 762 / Behördendrucksachen, Stadtarchiv Siegen.
Best. 760 / Druckschriften, Stadtarchiv Siegen.
Best. F / Stadtverwaltung Siegen, 1975-2021, Stadtarchiv Siegen.
Einladungen und Vorlagen für die Stadtverordneten-Versammlung, Stadtarchiv Siegen, E 2887.
Kulturamt der Stadt Siegen. Errichtung einer Heimatstube für ostdeutsches Kulturgut 1960-1965, Stadtarchiv Siegen, E 1628.
Kulturausschuß der Stadt Siegen, Stadtarchiv Siegen, E 2348.
Niederschrift über die Sitzungen des Hauptausschusses der Stadt Siegen, Stadtarchiv Siegen, E 2979.
Niederschriften über die Stadtverordneten-Versammlungen der Stadt Siegen, Stadtarchiv Siegen, E 2842.
Niederschriften über die Stadtverordneten-Versammlungen, Stadtarchiv Siegen, E 2845.
Niederschriften über die Stadtverordneten-Versammlungen der Stadt Siegen, Stadtarchiv Siegen, E 2852.
Niederschriften des Vertriebenenbeirates der Stadt Siegen, Stadtarchiv Siegen, E 3239.
Vertriebenenamt der Stadt Siegen – Hauptdurchgangslager Wellersberg/Nebenlager Fischbacherberg, Stadtarchiv Siegen, E 917.

Stasi-Unterlagen-Archiv
1.1.2.30 Rechtsstelle (RS), Stasi-Unterlagen-Archiv.

Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund
Akten der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, Westfälisches Wirtschaftsarchiv, K8.

Gedruckte Quellen und Quelleneditionen

Amt für Wiederaufbau der Stadt und des Landkreises Siegen, Übersicht über die Kriegsschäden an Wohnungen im Stadt- und Landkreis Siegen vom 30.04.1946, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 75.

Amtliche Bekanntmachungen, Betr.: Widerstand bei Vollzug von Räumungen und Einweisungen vom 10.01.1948, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 217.

Arbeitsamt Siegen und Personalrat (Hg.): 50 Jahre Arbeitsamt Siegen, 1928-1978. Siegen 1977.

Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das dritte Problem (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Kulturheft 29), Troisdorf 1957.

Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen (Schriftenreihe für die Ost-West-Begegnung, Kulturheft Nr. 38), Troisdorf 1961.

Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Helfen und Dienen: 10 Jahre Hauptdurchgangslager Siegen-Massen: Streiflichter aus dem Flüchtlingslager Siegen-Massen, Massen 1955.

Bericht des Bundesministers für Vertriebene 1953, in: Karin Böke: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat, S. 207.

Bericht des Leiters des Staatlichen Gesundheitsamtes Siegen, Dr. Gersbach, an den Oberstadtdirektor vom 3.09.1946, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 81-83.

Biasi, Fabio (Hg.): La Missione Cattolica Italiana Di Siegen-Attendorn. Berichte und Fotos zusammengetragen anläßlich des Jubiläums der ersten vor 1968 nach Deutschland eingewanderten Italiener, die sich in Siegen und Umgebung niedergelassen haben, Siegen 1993.

Ders.: La Missione Cattolica Italiana di Hagen – Giubileo: 1961-2001. Die Italienische Katholische Mission von Hagen – Jubiläum: 1961-2001, Hagen 2001.

Birke, Ernst: Das Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die Ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, S. 33-39.

Breuer, Paul: Vorwort, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 4.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms Toleranz fördern - Kompetenz stärken, Berlin 2014.
du Buy, Frans: Die Aussichten auf eine Wiedervereinigung Deutschlands, Siegen 1980.
Ders.: Wider eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Leverkusen 1990.
Engelmann, Anna: Woiteg, Wojteg, Vojtek, Woitek, Voiteg: Geschichte einer Banater Gemeinde, hg. Von Heimatortsgemeinschaft Woiteg, 1993.
Entschließung des Bundesrates zur Erhebung des 5. August zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung“ (11.07.2003), Drucksache 460/03.
Frauenbüro Düren (Hg.): Broschüre 25 Frauenbewegte Jahre in Düren. Das Frauenbüro feiert Geburtstag!, Düren 2010, S. 13.
Freiheit vom 17.09.1946, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 228f.
Gättke, Walter: Von fröhlichen Fahrten – Lieder zur Laute, 4. Aufl., Hamburg 1935.
Gründungsurkunde des „Hauses des Deutschen Ostens“ in Düsseldorf vom 16.09.1960, in: Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus Deutsch-osteuropäisches Forum (Hg.): 60 Jahre Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, S. 21-40.
Hauptausschuß der Ostvertriebenen (Hg.): Die ostdeutsche Tragödie – eine Frage an das Weltgewissen. I. Folge: Die „Befreiung“, Lippstadt 1948.
Heike, Otto: Die Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für die vertriebenen Siebenbürger Sachsen, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen, S. 19-25.
Ders.: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben, Heimatarchive und Heimatmuseen, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, S. 17-30.
Ders.: Ostdeutsche Patenschaften, Heimatstuben und Heimatmuseen, in: Der Wegweiser. Zeitschrift für das Vertriebenenwesen 3/1963, S. 58f.
Högy, Tatjana: Jung-Stilling und Rußland. Untersuchungen über Jung-Stillings Verhältnis zu Rußland und zum „Osten“ in der Regierungszeit Kaiser Alexanders I., Siegen 1984.
Irle, Lothar: Wechselseitige Beziehungen zwischen dem Siegerland und den Gebieten östlich der Elbe, Siegen 1977.
Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): „Wer nicht gedenken kann, der kann auch nicht hoffen“. Eine Dankesgabe der Johann-Gottfried-Herder-Bibliothek an den „Vater der Humboldtforschung“ Prof. Dr. Hanno Beck, Bonn - Bad Godesberg (Schriften der J. G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. Bd. 30), Siegen 1997.
Katalog zur Ausstellung: AStA/Universität Mainz (Hg.): Du weißt nicht wie es ist, überall ein Fremder zu sein!, Mainz 1982.
Koenigswald, Harald von: Das dritte Problem, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das dritte Problem, S. 15-25.

Kohl, Helmut: Regierungserklärung vom 13.10.1982, in: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht 121. zur Sitzung am 13.10.1982.

Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa (26. Oktober 2000), Bundestagsdrucksache 14/4586.

Kreis Siegen (Hg.): Geschehen. Geleistet. Geplant. Verwaltungsbericht 1964-1969, Siegen 1969.

Kühn, Heinz: Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland – Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung (1979), in: Karl-Heinz Meier-Braun: ‚Gastarbeiter' oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1980, S. 27-69.

Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (Hg.): Friedland 2013. Gedenkfeier der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., Stuttgart 2013.

Landsberg, Ludwig: Die Spätaussiedler, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das dritte Problem, S. 41-56.

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Hg.): Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart. Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. Gefördert durch das Bundesministerium des Innern, Stuttgart 2013.

Dies. (Hg.): Deutsche aus Russland gestern und heute, 7. Aufl., Stuttgart 2006

Dies. (Hg.): „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart". Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., 6. Aufl., Stuttgart 2023.

Dies. (Hg.): Volk auf dem Weg. Schicksalsweg der Deutschen in Rußland. Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V., Stuttgart 1998, S. 8.

Dies. (Hg.): Von Hilfesuchenden zu Leistungsträgern. „Zusammenhalten – Zukunft gestalten". 65 Jahre Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Stuttgart 2015.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen. Situation, Perspektiven und Anforderungen an eine zukunftsorientierte Integrationspolitik. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Zuwanderung" der Landesregierung, Düsseldorf 1995.

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung, Düsseldorf 2004.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied. Festschrift zum 60jährigen Bestehen des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Düsseldorf 2009, S. 23.

Perlick, Alfons: Art und Umfang der kulturellen Partnerschaftsaufgaben, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Das West-Ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen, S. 143-152.

Ders.: Ostdeutsche Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen. Geschichte dieser Bestrebungen als Einführung, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, S. 9-16.

Ders.: Die ost- und mitteldeutsche Heimatstube in Siegen, in: Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die ostdeutschen Heimatstuben und Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen, S. 159f.

Präambel des Flüchtlingsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 2. Juni 1948, in: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied, S. 23.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen, Erfurt 2007, S. 132.

Protzner, Wolfgang: „Ostkunde" Geschichte eines politisch umstrittenen Unterrichtsanliegens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46 (1974), S. 3-15.

Schlesisch gesehenes Siegerland, in: Siegerländer Heimatverein e. V., Siegen (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1951, S. 104-107.

Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Siegen an den Landgerichtspräsidenten vom 7.01.1950, Stadtarchiv Siegen, E 872, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 170f.

Schreiben des Siegener Oberbürgermeisters an die Fahrbereitschaft vom 4.12.1945, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 108.

Siegerländer Heimatverein e. V., Siegen (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1951, S. 102.

Siegerland zwischen gestern und morgen (Festschrift anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Landkreises Siegen), Max Gorski: Die Vertriebenen im Siegerland, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 240f.

Stiftung Haus des Deutschen Ostens (Hg.): Leistung und Schicksal, Informationsschau über die Deutschen im Osten, Troisdorf 1966.

Dies. (Hg.): Informationsschau Leistung und Schicksal, Troisdorf 1969.

Sudetendeutscher Humor, in: Siegerländer Heimatverein e. V., Siegen (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1959.

Theisen, Alfred/Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte. Eine Ausstellung des Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1995.

Ünal, Mehmet: Mehmet Ünal – Stationen des Schweigens. 40 Jahre ‚Gastarbeiter' aus der Türkei, Köln 2001.

Wagener, Paul: Flüchtlinge im Siegerland. Eine soziologische Studie. Als wissenschaftliche Arbeit angefertigt an der Berufspädagogischen Akademie Solingen-Ohligs, Weidenau (Sieg) 1950, Stadtarchiv Siegen.

Weber, Karl Heinz: Vorwort, in: Lothar Irle: Wechselseitige Beziehungen zwischen dem Siegerland und den Gebieten östlich der Elbe, Siegen 1977, S. I.

Westfälischer Heimatbund – Heimatgebiet Siegen-Wittgenstein, Arbeitsgemeinschaft der Siegerländer und Wittgensteiner Museen und Heimatstuben (Hg.): Museen und Heimatstuben. Siegerland Wittgenstein. Ein Führer zu Museen, Heimatstuben, Sammlungen, technischen Kulturdenkmalen, 2. erw. u. überarb. Aufl., Siegen 1991.

Wörster, Peter: Vorwort, in: J.-G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. (Hg.): J.-G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. 1972-2007. 35 Jahre Arbeit für die Geschichte und die Kultur des Deutschen und Europäischen Ostens, Siegen 2007, S. 1-3.

Ders.: Zueignung, in: Ders. (Hg.): Festschrift für Karl-Heinz Weber, den ersten Vorsitzenden der J. G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. zum 70. Geburtstag (Schriften der J. G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V., Bd. 21), Siegen 1989, S. 1-5.

de Zayas, Alfred: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1977.

Ders.: Massenumsiedlungen und das Völkerrecht, in: Theodor Veiter (Hg.): 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung. (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen, Bd. 10), Wien, Stuttgart 1975. S. 55-96.

Zum Geleit, in: Siegerländer Heimatverein e. V., Siegen (Hg.): Siegerländer Heimatkalender 1952.

Zwei neue ostdeutsche Heimatstuben, in: Der Wegweiser. Zeitschrift für das Vertriebenenwesen 3/1963, S. 60.

Zeitungen und Zeitschriften

Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien
Bild-Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Der Spiegel
Deutscher Ostdienst
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Hellweger Anzeiger
Hürriyet
Kölnische Rundschau
MiGazette. Siegener Magazin zum Thema Migration & Integration
Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Siegen
museumsmagazin
Ostpreußenblatt
regionalmagazin „der tip“
Reutlinger General Anzeiger
Rheinische Post
Rhein-Sieg-Anzeiger

Ruhr-Nachrichten Bochumer Anzeiger
Siebenbürgische Zeitung
Siegener Zeitung
Siegerländer Rundschau
Siegerländer Wochenanzeiger
Siegerlandkurier
Sudetenpost
TAZ
VAS. Das Vertriebenen-, Aussiedler- und Spätaussiedlerjournal in NRW
Volk auf dem Weg
Vertriebenen Korrespondenz – Informationsdienst des Zentralverbandes der Vertriebenen Deutschen
Westfalen-Blatt
Westfalenpost
Westfälische Rundschau
Westdeutsche Allgemeine Zeitung Ausgabe Bochum
Mitteldeutsche Zeitung
Westfälische Rundschau

Im Internet veröffentlichte Vorlagen und Niederschriften kommunaler Parlamente, Ausschüsse und Beiräte

Kreistagsinformationssystem Siegen-Wittgenstein

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen des Kreises Siegen-Wittgenstein am 18.11.2008, abrufbar über das Kreistagsinformationssystem, URL: https://kreissiwi.de/kreistag-info/ (Stand: 20.07.2024).

Ratsinformationssystem Kreuztal

Niederschrift über die Sitzung des Ausländerbeirates der Stadt Kreuztal am 1.12.2008, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kreuztal am Mittwoch am 15.09.2010, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

Niederschrift über die Sitzung des Integrationsbeirates der Stadt Kreuztal am 9.03.2015, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.kreuztal.de (Stand: 24.07.2024).

Ratsinformationssystem Netphen

Öffentliche Mitteilungsvorlage des Rates Netphen 205/2013 vom 21.11.2013, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.netphen.de (Stand: 21.07.2024).

Ratsinformationssystem Siegen

Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 24.11.2011, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024.)

Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 2.10.2012, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024).

Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Siegen am 22.11.2016, abrufbar über das Ratsinformationssystem, URL: https://ratsinfo.siegen.de (Stand: 21.07.2024).

Im Internet erschienene Quellen

Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.1998, Kapitel IX Punkt 7, URL: https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/downl/koalitionsvertrag1998.pdf (Stand: 24.07.2024).

Beitrag auf der Facebook-Seite des BdV Kreisverbands Siegen vom 11.08.2018, URL: https://de-de.facebook.com/BDV-KV-Siegen-1706062333031401/ (Stand: 21.07.2024).

Beitrag von Demokratie leben Siegen bei Facebook vom 16.05.2021, URL: https://www.facebook.com/DemokratieLebenSiegen/photos/a.110680194316006/165334392183919/?type=3 (Stand: 24.07.2024).

Bonfert, Wolfgang: Der Verband der Siebenbürger Sachsen wird heute 60 Jahre alt, in: Webseite des Verbandes der Siebenbürger Sachen (26.06.2009), URL: https://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/verband/9013-der-verband-der-siebenbuerger-sachsen.html (Stand: 27.07.2024).

Deutsch-Russischer Abend der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, in: WirSiegen.de Das Siegerland Portal vom 5.04.2017, URL: https://wirsiegen.de/2017/04/deutsch-russischer-abend-der-ost-und-mitteldeutschen-vereinigung/183104/ (Stand: 27.07.2024).

Mit Herzblut auf die junge Generation gesetzt – Nachruf auf Manfred Engelmann, in: Webseite der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V. (2.09.2023), URL: https://www.banater-schwaben.org/nachrichten/verbandsleben/detail/4552-mit-

herzblut-auf-die-junge-generation-gesetzt-nachruf-auf-manfred-engelmann?tx_news_pi1%5Bday%5D=02&tx_news_pi1%5Bmonth%5D=09&tx_news_pi1%5Byear%5D=2023&cHash=37e758c89d8dbdb5eb494a83d32c8efa (Stand: 26.07.2024).

Interview mit Rudolf Schaufler in Radio Siegen vom 1.03.2022, URL: https://www.radiosiegen.de/artikel/interview-mit-rudolf-schaufler-1234593.html (Stand: 27.07.2024).

Offener Brief des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Johann Thießen: Zur aktuellen Lage in der Ukraine vom 25.02.2022, in: Webseite der LmDR, URL: https://lmdr.de/mitteilung-der-landsmannschaft-der-deutschen-aus-russland/ (Stand: 27.05.2024).

Offener Brief der Vereinigung zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler (VIRA) e. V „Wir sind nicht die AfD, nicht die CDU, nicht die fünfte Kolonne Putins! Wir sind genau so individuell, wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes!“ vom 7.09.2017, in: Internetseite des „Forum Russlanddeutsche Essen“, URL: http://www.frd-essen.de/images/Offener-Brief.pdf (Stand: 27.07.2024).

Pressemitteilung des Caritas-Verbands Siegen-Wittgenstein e. V.: Ausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte.“ vom 2.11.2021, URL: https://caritas-siegen.de/2021/11/02/einladung-ausstellungseroeffnung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte/ (Stand: 24.10.2023).

Pressemitteilung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern. Heiko Hendriks wird Beauftragter der Landesregierung vom 23.01.2018, URL: https://www.land.nrw/pressemitteilung/belange-von-deutschen-heimatvertriebenen-aussiedlern-und-spaetaussiedlern-heiko (Stand: 21.07.2024).

Pressemitteilung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland: Absagen der landsmannschaftlichen Wanderausstellung vom Mai 2022, in: Webseite der LmDR, URL: https://lmdr.de/pressemitteilung-der-landsmannschaft-der-deutschen-aus-russland/ (Stand: 27.07.2024).

Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Einbürgerungsfeier anlässlich 65 Jahren Grundgesetz am 22.05.2014, URL: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/05/140522-Einbuergerung-Integration.html. (Stand: 25.07.2024).

Rede des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger in Pforzheim: Auffällig unauffällig. Identität und Integration. Herausforderungen und Chancen der Zuwanderung am Beispiel der Russlanddeutschen am 20.04.2016, URL: www.bpb.de/presse/226073/auffaellig-unauffaellig (Stand: 27.07.2024).

Schreiben der Geschäftsführung der DRK-Kinderklinik vom 7.09.2012, in: Gedenktafel zum Durchgangslager Wellersberg, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (8.10.2012), URL: https://www.siwiarchiv.de/gedenktafel-wellersberg/ (Stand: 20.07.2024).

Vinnemann, Lena: Wanderausstellung „Meine Geschichte. Deine Geschichte. Unsere Geschichte“, in: bibblog der UB Siegen (17.03.2023), URL: https://bibblog.ub.uni-siegen.de/6804/wanderausstellung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte/?pk_campaign=feed&pk_kwd=wanderausstellung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte (Stand: 7.04.2023); ebenfalls erschienen in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (29.03.2023), URL: https://www.siwiarchiv.de/wanderausstellung-meine-geschichte-deine-geschichte-unsere-geschichte/ (Stand: 25.07.2024).

Waldner, Hermine: Gedanken auf der Heimfahrt vom Perjamoscher Treffen, in: Webseite der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V. (15.08.2017), URL: https://www.banater schwaben.org/nachrichten/verbandsleben/detail/1948-gedanken-auf-der-heimfahrt-vom-perjamoscher-treffen/ (Stand 7.03.2020).

Webseite der J.-G.-Herder-Bibliothek, URL: http://www.herder-bibliothek.de/veranstaltungen.html (Stand: 21.07.2024).

Quellen in Vereins- oder Privatbesitz

BdV-Kreisverband Siegen

Unterlagen der „Kreis-Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen Siegen-Stadt und -Land“, BdV-Kreisverband Siegen.

Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen

Unterlagen der „Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen Salchendorf“, Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

Unterlagen des Ortsverbandes Salchendorf des Bundes der Vertriebenen, Ostdeutsche Heimatstube Neunkirchen.

Privates Archiv Matthias Kirchbach

Einladung des BdV zum „Tag der Heimat“ 2018 mit Programmverlauf, Privates Archiv Matthias Kirchbach.

Wilhelm Böcking: Persönliches Prototoll über die Eröffnung und Begehung der von der Siegener Universität konzipierten neuen Ostdeutschen Heimatstube, Privates Archiv Matthias Kirchbach.

Interviews

A., geb. 1944 in Spanien, 1962 nach Deutschland gekommen, am 8.01.2018.

B., Mitglied des BdV-Ortverbands Freudenberg, am 21.02.2017.

Breuer, Paul am 5.02.2018.

Engelmann, Anna am 17.08.2017.

Fries, Traute am 17.01.2018.

I., geb. 1944 in der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien und Herzegowina, 1969 nach Deutschland gekommen, am 16.11.2017.

L., geboren in Spanien, 1962 nach Deutschland gekommen, am 16.11.2017.

Nauck, Corinna, Leiterin des Museums Wilnsdorf, am 21.09.2020.

Rula, Argyro am 23.11.2017.

Schaufler, Rudolf am 20.03.2018.

Stötzel, Ulf am 19.03.2018.

Thomas, Hans Heinrich am 17.02.2017.

Todaro, Salvatore, Vorsitzender von Stelle Chiare e. V., am 19.10.2017.

Sonstige Quellen

Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus

Dias zur Ausstellung „Leistung und Schicksal", Bibliothek der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Dias 210a, 210b.

Diakonie in Südwestfalen

Dokumentation zur Ausstellung „Lebensläufe ins Siegerland" (undatiert), Diakonie in Südwestfalen/Dirk Bender.

Integrationsbeauftragter der Stadt Siegen

Akten des Ausländerbeauftragten der Stadt Siegen, Altvorgänge 83-86, Integrationsbeauftragter der Stadt Siegen.

Integrationsbeirat Kreuztal/José Sobrino Ramírez

Dokumentation zur Ausstellung „Immigration im Spiegel der Zeit" (undatiert), Integrationsbeirat Kreuztal/ José Sobrino Ramírez.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Unterschutzstellungsverfahren nach DSchG NRW, Objekt: Torpfeiler, Nähe Saarbrücker Straße 20 von Dr. Hans Hanke vom 17.05.2017, © Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen.

Literatur

Assmann, Aleida: Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis – Zwei Modi der Erinnerung, in: Kristin Platt/Mirahn Dabag (Hg.): Generation und Gedächtnis. Erinnerung und kollektive Identitäten, Opladen 1995, S. 169–185.

Dies.: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 1999.

Dies.: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013.

Dies.: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, in: Dies./Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 21-52.

Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992.

Aysel, Aslıgül: Objekte der Migration. Überlegungen zu einer Sammlungsorganisation, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 173-191.

Bade, Klaus J.: Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme, München 1994.

Ders.: Tabu Migration: Belastungen und Herausforderungen in Deutschland, in: Ders. (Hg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung, München 1994, S. 16-21.

Ders./Emmer, Pieter C./Lucassen, Leo/Oltmer, Jochen (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 2., erw. Aufl., Paderborn/München 2008.

Bajohr, Stefan: Vom bitteren Los der kleinen Leute. Protokolle über den Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeiter 1900-1933, Köln 1984, S. 235.

Bald, Christian/Franke, Christian/Neumann, Mark: Feiern, Denkmäler und Straßennamen – Symbolische Politik im Siegerland in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Armin Flender/Sebastian Schmidt (Hg.): Der Nationalsozialismus im Siegerland. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte (Siegener Beiträge. Jahrbuch für Regionalgeschichte, Sonderband), Siegen 2000, S. 36-73.

Baringhorst, Sigrid/Geißler, Rainer/Pfau, Dieter (Hg.): 20 Jahre Freundschaftsfest – 20 Jahre Ausländerbeirat in Siegen, Siegen 2005.

Bartolosch, Thomas: Siegerländer Haubergswirtschaft und Nachhaltigkeit, in: Kuhn/Weipert (Hg.): Region und außerschulische Lernorte, S. 49-56.

Bauerkämper, Arndt: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in Deutschland und Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 477-485.

Bäumer, Herbert: Von der Wehrmacht zur belgischen Garnison. Der Militärstandort Siegen in Wort und Bild. Dokumentation aus Anlass des Abrisses der Kasernengebäude, Siegen 2001.

Bausinger, Hermann: Heimat und Identität, in: Konrad Köstlin/Ders. (Hg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Kiel 1980, S. 9-24.

Bautz, Ingo: Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 60er Jahren. Städtepartnerschaften – Integration – OstWest-Konflikt, Dissertation, Univ. Siegen 2002.

Bayer, Natalie: Post the Museum! Anmerkungen zur Migrationsdebatte und Museumspraxis, in: Sophie Elpers, Anna Palm (Hg.): Die Musealisierung der Gegenwart. Von Grenzen und Chancen des Sammelns in kulturhistorischen Museen, Bielefeld 2014, S. 63–83.

Beer, Matthias: Deutsche Deportierte aus Ostmittel- und Südosteuropa in der UdSSR seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 465-467.

Ders.: Patenschaften, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 329-344.

Berger, John/Mohr, Jean: A Seventh Man. A Book of Images and Words about the Experience of Migrant Workers in Europe, London 1975.

Bergmann, Klaus: Personalisierung, Personifizierung, in: Ders./Klaus Fröhlich/Annette Kuhn/Jörn Rüsen/Gerhard Schneider (Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber 1997, S. 298-300.

Ders.: Gedenktage, Gedenkjahre und historische Vernunft, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 24-31

Ders.: Gegenwarts- und Zukunftsbezug, in: Ulrich Mayer/Hans-Jürgen Pandel/Gerhard Schneider (Hg.): Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2011, S. 91-112.

Berlinghoff, Marcel: Der europäisierte Anwerbestopp, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 149-164.

Ders./Rass, Christoph/Ulz, Melanie (Hg.): Die Szenographie der Migration. Geschichte. Praxis. Zukunft, IMIS-BEITRÄGE 51 (2017).

Ders./Rass, Christoph/Ulz, Melanie: Einleitung: Die Szenographie der Migration. Geschichte. Praxis. Zukunft, in: Dies. (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 7-16.

Blotevogel, Hans-Heinrich: Auf dem Wege zu einer ‚Theorie der Regionalität': Die Region als Forschungsobjekt der Geographie, in: Gerhard Brunn (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde (Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, Bd. 1), Baden-Baden 1996.

Blumer, Herbert: Symbolic interactionism Perspective and method, Englewood Cliffs, New Jersery 1980.

Boesen, Elisabeth: Migration und Erinnerung: Einleitung, in: Dies./Fabienne Lentz (Hg.): Migration und Erinnerung. Konzepte der Forschung (Soziologie Forschung und Wissenschaft, Bd. 28), Berlin 2010, S. 1-11.

Böke, Karin: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat, in: Liedtke/Dies./Wengeler: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära, S. 131-210.

Braedt, Maren/Buck, Daniel: Aufnahme und beginnende Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, in: Pfau, Dieter/Seidel, Heinrich Ulrich (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949. Flüchtlinge und Vertriebene zwischen Integration und Ablehnung. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte (Siegener Beiträge, Sonderband), Siegen 2004, S. 174-241.

Bresselau von Bressensdorf, Agnes: Diskurse gesellschaftlicher Selbstvergewisserung am Ende des Kalten Kriegs. Die Debatte um den Asylkompromiss 1992/93, in: Raphaela Etzold/Martin Löhnig/Thomas Schlemmer (Hg.): Migration und Integration in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 28), Oldenburg 2019, S. 113-126.

Briesen, Detlef/Gans, Rüdiger: Regionale Identifikation als Invention of Tradition, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 66 (1992), S. 61-73.

Brunn, Gerhard/Reulecke, Jürgen: Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946-1996 (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Bd. 10,), Köln/Stuttgart/Berlin 1996.

Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Handbuch des BdV, Bonn 1989.

Ders. (Hg.): Mahn- und Gedenkstätten der deutschen Heimatvertriebenen, Bonn 2008.

Busch, Helmut: Rückblick auf lebendige Heimatgeschichte. 75 Bände Zeitschrift „Siegerland", in: Siegerland Bd. 75 (1998), S. 67-86.

Caplan, Anne: Sentimentale Urbanität. Die gestalterische Produktion von Heimat, Bielefeld 2016.

Castecker, Frank: Displaced Persons (DPs) in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 529-535.

Ders./Vanhaute, Eric: Zuwanderung von Arbeitskräften in die Industriestaaten Westeuropas. Eine vergleichende Analyse der Muster von Arbeitsmarktintegration und Rückkehr 1945–1960, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 39-52.

Ceylan, Rauf: Islam und Urbanität. Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft, in: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 183-212.

Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10 (2003), S. 548-563.

Dalos, György: Geschichte der Russlanddeutschen. Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart, München 2014.

Dean, Jasmin: „People of Color“, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. Kerben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster 2011, S. 597.

Del Fabbro, René: Italienische industrielle Arbeitskräfte in West- und Mitteleuropa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 689-696.

Demshuk, Andrew: Godfather Cities: West German Patenschaften and the Lost German East, in: German History 32/2 (2014), S. 224-255.

Deutscher Museumsbund e. V, (Hg): Museen, Migration und kulturelle Vielfalt. Handreichungen für die Museumsarbeit, Berlin 2015.

Deuser, Patricia: Migration im Museum. Zum aktuellen Stand der Auseinandersetzung mit den Themen Migration und kulturelle Vielfalt in deutschen Museen, Berlin 2012.

Dietz, Barbara: Rückwanderung in eine fremde Gesellschaft; zur sozialen Integration russlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik, in: Graudenz, Ines/Römhild, Regina (Hg.): Forschungsfeld Aussiedler – Ansichten aus Deutschland. Frankfurt a. M. 1996, S. 123-137.

Dies.: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 397-404.

Dillmann, Edwin: Einführung, in: Ders. (Hg.): Regionales Prisma der Vergangenheit. Perspektiven der modernen Regionalgeschichte (Saarland Bibliothek, Bd. 11), St. Ingbert 1996, S. 7-22.

Diner, Hasia R.: Hungering for America. Italian, Irish, and Jewish Foodways in the Age of Migration, Cambridge/Mass. 2001.

Dogramaci, Burcu: Fotografische Ihr-Bildungen. Migration in die Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre im Blick der Kamera, in: Rass/Ulz (Hg.): Migration ein Bild geben, S. 9-33.

Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V. DOMiD: Findbuch Fotosammlung. Erarbeitet von Bettina Just, Köln 2012.

Dräger, Marco: Denkmäler im Geschichtsunterricht, Frankfurt a. M. 2021.

Drost, Wolfgang: Vertrauen von Mensch zu Mensch herstellen. Die Garnisonsstadt Siegen und ihre militärische Tradition in: Siegener Beiträge 71 (1994), S. 63-70.

Droysen, Johann Gustav: Historik, hrsg. Rudolf Hübner, 3. Aufl., Darmstadt 1958.

Dunkel, Franziska/Stramaglia-Faggion, Gabriella: „Für 50 Mark einen Italiener“. Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000.

Eisler, Cornelia: Die „verlorene Heimat im Osten“ in den Heimatstuben der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 125-139.

Elkar, Rainer S.: Die Memoria des Dr. Lothar Irle. Ein Beitrag zur Geschichte eines „Ur-Siegerländers“, in: Siegener Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte 18 (2013), S. 217–233.

Enders, Kristina: 20 Jahre Ausländerbeirat. Ein Stück Siegener Migrationsgeschichte, in: Baringhorst/Geißler/Pfau (Hg.): 20 Jahre Freundschaftsfest – 20 Jahre Ausländerbeirat in Siegen, S. 19-34.

Engel, Walter (Hg.): Fremd in der Heimat: Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa unterwegs nach Deutschland, Düsseldorf 1990.

Ens, Kornelius: Russlanddeutsche Migrationskirchen: Entstehung und Herausforderung, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 33f.

Erll, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, 3. aktual. und erw. Aufl., Stuttgart 2017.

Eryılmaz, Aytaç: »Deutschland braucht ein Migrationsmuseum. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik«, in: Jan Motte/Rainer Ohliger (Hg.), Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 305-319.

Ders.: Migrationsgeschichte und die nationalstaatliche Perspektive in Archiven und Museen, in: Regina Wonisch/Thomas Hübel (Hg.): Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, Bielefeld 2012, S. 33–48.

Eser, Thomas/Farrenkopf, Michael/Kimmel, Dominik/Saupe, Achim/Warnke, Ursula: Einleitung: Authentisierung im Museum, in: Dies. (Hg.): Authentisierung im Museum: Ein Werkstatt-Bericht (RGZM-Tagungen, Bd. 32), Regensburg 2017, S. 1-7.

Esser, Hartmut: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt/New York 2000.

Fata, Márta: Donauschwaben in Südosteuropa seit der Frühen Neuzeit, in: Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 535-540.

Faulenbach, Bernd: Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52 (2002), S. 44-54.

Fehr, Michael: Überlegungen zu einem ›Migrationsmuseum‹ in der Bundesrepublik, in: Museumskunde 75 (2010) 1, S. 67-70.

Fendl, Elisabeth (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts. Bilder von Heimat, Flucht und Vertreibung (Schriftenreihe des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Bd. 12), Münster 2010.

Fernández Molina, Cristina: Katholische Gemeinden anderer Muttersprache in der Bundesrepublik. Kirchenrechtliche Stellung und pastorale Situation in den Bistümern im Kontext der europäischen und deutschen Migrationspolitik, Berlin 2005.

Flechtheim, Ossip Kurt: Programmatik der deutschen Parteien (Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 2), Berlin 1963.

Flender, Armin/Schmidt, Sebastian: Die Identität des Siegerlandes: Eine Region in den Köpfen ihrer Bewohner, in: Interregiones 8 (1999), S. 59-94.

Foucault, Michel: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. 1: 1954-1969, hg. von Daniel Defert/François Ewald, Frankfurt a. M. 2001.

Friedemann, Peter: Die Anfänge der westeuropäischen Zinkindustrie am Beispiel der Galmei-Bergwerke „Vieille Montagne“ (Altenberg): Vom französischen Bergrecht 1791/1810 zur preußischen Bergrechtsreform 1865, in: Der Anschnitt. Zeitschrift für Montangeschichte 69 (2017), S. 74-95.

Friedrichs, Anne: Placing Migration in Perspective. Neue Wege einer relationalen Geschichtsschreibung, in: Geschichte und Gesellschaft 44 (2018), H. 2, S. 167– 195.

Fries, Traute: Wilhelm Fries aus Weidenau. Ein beispielhaftes Leben im 20. Jahrhundert, Siegen 2007.

Gatsas, Vasiliki /Schmillen, Maike/Stüttem, Nina/Tunuely, Luisa: In welchen politischen sowie historischen Kontext kann das Ostmahnmal in Siegen eingeordnet werden und wie kann eine Fehldeutung dessen vermieden werden?, Studentische Hausarbeit im Fach Mediengeschichte, Universität Siegen 2013.

Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme (suhrkamp taschenbuch wissenschaft, Bd. 696), Frankfurt a. M. 1987.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 2002.

Ders.: Migration und Integration, in: Informationen zur politischen Bildung 324 (2014), S. 40-43.

Genton, François: Stimmen der Völker im Heimatlied: Heimweh, Eigenliebe und Empathie, in: Lied und populäre Kultur. Song and Popular Culture. Jahrbuch des Zentrums für Populäre Kultur und Musik 60/61 (2015/2016), S. 367-381.

Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e. V. (Hg.): Broschüre zur Werkstatt „Kunst am Bau“ im Rahmen des Geschichtsforums Wiederaufbau Siegen, Siegen 2012.

Gogos, Manuel: Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft. DOMiD – Ein Verein schreibt Geschichte(n), Bielefeld 2021.

Göhler, Gerhard: Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: Ders. (Hg.): Institution – Macht – Repräsentation: Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Baden-Baden 1997, S. 11-64.

Bernd Gottlob: Die Missionare der katholischen Arbeitnehmer in Deutschland. Eine Situations- und Verhaltensanalyse vor dem Hintergrund kirchlicher Normen, München 1978.

Greverus, Ina-Maria: Der territoriale Mensch. Ein literaturanthropologischer Versuch zum Heimatphänomen, Frankfurt a. M. 1972.

Dies.: Auf der Suche nach Heimat, München 1979.

Habermas, Tilmann: Geliebte Objekte. Symbole und Instrumente der Identitätsbildung, Frankfurt a. M. 1999.

Hahn, Otto W.: Das „Heimweh“ von Jung-Stilling, in: Michael Frost (Hg.): Blicke auf Jung-Stilling. Festschrift zum 60. Geburtstag von Gerhard Merk, Kreuztal 1991, S. 115-134.

Halbwachs, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin 1966.

Ders.: Das kollektive Gedächtnis [La mémoire collective], Frankfurt a. M. 1985 (Paris 1950).

Hampe, Henrike: „Das schönste Sinnbild unserer Heimat sind die Trachten." Die Kleidung donauschwäbischer Flüchtlinge und Vertriebener als Erinnerungsträger, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 141-164.

Hannig, Jürgen: Regionalgeschichte und Auswahlproblematik, in: Geschichtsdidaktik. Probleme Projekte Perspektiven Heft 2 (1984), S. 131-138.

Haug, Sonja/Sauer, Lenore: Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern. Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes, Nürnberg 2007.

Hauptmeyer, Carl-Hans: Zu Theorien und Anwendungen der Regionalgeschichte, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21 (1997/98), S. 121-130.

Heckmann, Friedrich: Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung, Wiesbaden 2015.

Henrich-Franke, Christian: Mediale (Re-)Präsentationen: Die belgische Garnison in Siegen im Spiegel der Lokalpresse (1946-1990), in: Christoph Brüll/Ders./Claudia Hiepel/Guido Thiemeyer (Hg.): Belgisch-deutsche Kontakträume in Rheinland und Westfalen, 1945 – 1995 (Historische Dimensionen Europäischer Integration, Bd. 31), Baden-Baden 2020, S. 79-103.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländer-Einsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

Ders./Schönhagen, Jakob: Vor dem 5. September. Die „Flüchtlingskrise" 2015 im historischen Kontext, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–32/2020, S. 27-36.

Herz, Kathrin: Fallanalyse Selimiye Moschee / Selimiye Camii, Siegen, in: Dies.,/Chantal Munsch/Marko Perels/Wüstenrot Stiftung (Hg.): Gemeindezentren türkeistämmiger Muslime als baukulturelle Zeugnisse deutscher Migrationsgeschichte, Ludwigsburg 2019, S. 452-467.

Hess, Sabine: Hegemoniale Diskurs-Bilder brechen – eine kulturwissenschaftliche Kritik der dominanten Wissensproduktion zu Migration, in: Burcu Dogramaci (Hg.): Migration und künstlerische Produktion: Aktuelle Perspektiven, Bielefeld 2013, S. 107–122.

Hesse, Hans/Purpus, Elke: Monuments and Commemorative Sites for German Expellees, in: Bill Niven/Chloe Paver (Hg.): Memorialization in Germany since 1945, Basingstoke 2010, S. 48–57.

Hesse, Wolfgang (Hg.): Die Eroberung der beobachtenden Maschinen. Zur Arbeiterfotografie der Weimarer Republik (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 37), Leipzig 2012.

Hinrichsen, Kerstin: Oder-Neiße-Grenze. Bis auf Widerruf?, in: Hans Henning Hahn/Robert Traba (Hg.): Deutsch-polnische Erinnerungsorte. Bd. 1. Paderborn 2015, S. 497–517.

Hobsbawm, Eric: Inventing Traditions, in: Ders./Terence Ranger (Hg.): The Invention of Tradition, Cambridge 1984, S. 1-14.

Ders.: Mass-Producing Traditions: Europe, 1870-1914, in: Ders./Ranger (Hg.): The Invention of Tradition, Cambridge 1984, S. 263-307.

Hockerts, Hans Günter: Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M. 2002, S. 39-73.

Hoffmann-Curtius, Kathrin: Altäre des Vaterlandes – Zur Genese eines neuen Typs von Kriegerdenkmälern in der Weimarer Republik, in: Visible Religion VII (1990), S.142-171.

Hörsch, Ursula/Stötzel, Andrea: Theodor Noa 1891-1938 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Siegen und des Siegerlandes, Bd. 4), Siegen 1991.

Hotz, Stephan: Mit Ritualen Grenzen ziehen und überwinden, in: Claus Ambos/Ders./Gerald Schwedler/Stefan Weinfurter (Hg.): Die Welt der Rituale. Von der Antike bis heute, 2. Aufl., Darmstadt 2006, S. 129-132.

Huber, Gustl: Tag der Heimat – Tag der Deutschen (hg. v. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände), 3. überarb. Aufl., Bonn 1989, S. 9.

Hüsch, Heinz Günther/ Leber, Peter-Dietmar/Baier, Hannelore: Wege in die Freiheit. Deutsch-rumänische Dokumente zur Familienzusammenführung und Aussiedlung 1968-1989 (Banater Bibliothek, Bd. 15), Aachen 2016.

Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, 3. Aufl., Duisburg 2001.

Jahn, Egbert: Vertreiber und Vertriebene. Über eine angemessene Form des Gedenkens an Vertreibungsopfer, in: Frankfurter Montagsvorlesungen. Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive. Dritte Folge 54 (2020).

Jahn, Hans Edgar: Die deutsche Frage von 1945 bis heute. Der Weg der Parteien und Regierungen. Mainz 1985.

Jakubowska, Anna: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957-2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 25), Marburg 2012.

James, Harold: Die D-Mark, in: Etienne Francois/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 2, München 2001, S. 434-449.

Janzen, Frauke: Flucht und Vertreibung im literarischen Diskurs der BRD. Rhetoriken der Opferkonstruktion, Göttingen 2021.

Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin: Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945, Darmstadt 2000.

Kaçel, Ela/Engelbach, Barbara (Hg.): Vor Ort: Fotogeschichten zur Migration – In Situ: Photo Stories on Migration, Köln 2021.

Kammel, Arnold: Brüsseler Pakt, in: Martin Große Hüttmann/Hans-Georg Wehling (Hg.): Das Europalexikon, 3.Aufl., Bonn 2020.

Keyser, Erich: Der Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und das Johann Gottfried Herder-Institut, in: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 101-106.
Kiel, Svetlana: Wie deutsch sind Russlanddeutsche? Eine empirische Studie zur ethnisch-kulturellen Identität in russlanddeutschen Aussiedlerfamilien, Münster 2009.
Kift, Dagmar: Nicht nur Barbara – Frauen im Bergbau, in: Kultur und Heimat 59 (2008), S. 4-20.
Kill, Beate/Schawacht, Jürgen: Einige Gedanken über die mögliche Funktion von Heimatmuseen und -stuben im Siegerland, in: Siegerland. Blätter des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins e. V. 55 (1978), S. 70f.
Kindler, Robert: Einflüsse und Prägungen: Die Russlanddeutschen in der Sowjetunion, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 20-25.
Kittel, Manfred: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982), München 2007.
Kleinert, Uwe/Wiesemann, Falk: Flüchtlinge und Wiederaufbau, in: Walter Euchner/Dietmar Petzina (Hg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, Düsseldorf 1984, S. 297-326.
Knoch, Habbo: Geschichte in Gedenkstätten: Theorie Praxis Berufsfelder, Tübingen 2020.
Knoch, Peter: Überlegungen zu einer Didaktik der Regionalgeschichte, in: Ders./Thomas Leeb (Hg.): Heimat oder Region. Grundzüge einer Didaktik der Regionalgeschichte, Frankfurt a. M. u. a. 1984, S. 3-16.
Kolb, Arnd/Fuchs, Robert: Am Ende des Hindernisparcours? Neue Zeiten und neue Konzepte für ein ›zentrales Migrationsmuseum‹ in der Migrationsgesellschaft, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 291-307.
Korff, Gottfried: Fragen zur Migrationsmusealisierung. Versuch einer Einleitung, in: Henrike Hampe (Hg.): Migration und Museum. Neue Ansätze in der Museumspraxis, Münster 2005, S. 5–15.
Koselleck, Reinhart: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Odo Marquard/Karlheinz Stierle (Hg.): Identität, München 1979, S. 255-276.
Köstlin, Konrad: Heimat geht durch den Magen. Oder: Das Maultaschensyndrom – Soulfood in der Moderne, in: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 4 (1991), S. 147-164.
Kreienbrink, Axel: Auswanderungslenkung und „asistencia al emigrante“: das Instituto Español de Emigración im franquistischen Spanien, in: Oltmer/Ders./Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System, S. 103-117.
Krieger, Viktor: Russlanddeutsche Erinnerungskultur, in: (Spät-)Aussiedler in der Migrationsgesellschaft (Informationen zur Politischen Bildung 340 (2019), S. 34-36.
Kroker, Evelyn/Kroker, Werner (Hg.): Frauen und Bergbau. Zeugnisse aus fünf Jahrhunderten. Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum vom 29. August - 10. Dezember 1989, Bochum 1989.

Kuhn, Bärbel/Weipert, Matthias (Hg.): Region und außerschulische Lernorte im Geschichtsunterricht (Historica et Didactica, Fortbildung Geschichte, Bd. 11), St. Ingbert 2019.

Dies.: Region und außerschulische Lernorte. Zur Einführung, in: Ebd., S. 9-14.

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland/DOMiD (Hg.): Wer wir sind. Fragen an ein Einwanderungsland, Bonn 2023.

Kürsten, Annelie: Wie klingt Heimat? Musik/Sound und Erinnerung, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 253-277.

Laasner, Kirsten: Im Zentrum des Geschehens: Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen von 1945 bis zum Ende der 80er Jahre, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid. Migration und ethnische Minderheiten (2/2002), S. 7-27.

Landwehr Achim: Historische Diskursanalyse, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2018.

Lange, Simon: Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989/90. Vertriebenenverbände, Öffentlichkeit und die Suche nach einer ‚normalen' Identität für die ‚Berliner Republik', Heidelberg 2015.

Langenohl, Andreas: Erinnerung und Modernisierung. Die öffentliche Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des Neuen Rußland (Formen der Erinnerung, Bd. 7), Göttingen 2000.

Langewiesche, Dieter: Wo der deutsche Osten lag, in: Annette Großbongardt/Uwe Klußmann/Norbert F. Pötzl (Hg.): Die Deutschen im Osten Europas. Eroberer, Siedler, Vertriebene, München 2011, S. 136-145.

Leuninger, Herbert: Eine Nebenkirche oder Einheit in der Vielfalt? Die Gemeinden anderer Muttersprache in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Barwig/Dietmar Mieth (Hg.): Migration und Menschenwürde. Fakten, Analysen und ethische Kategorien, Mainz 1987, S. 140–157.

Liedtke, Frank/Böke, Karin/Wengeler, Martin: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, Bd. 8), Berlin/New York 1996, S. 153-155.

Lockwood, David: Social Integration and System Integration, in George K. Zollschan/Walter Hirsch (Hg.): Explorations in Social Change, London 1964, S. 244–251.

Lücke, Martin: Diversität und Intersektionalität als Konzepte der Geschichtsdidaktik, in: Michele Barricelli/Ders. (Hg.): Handbuch Praxis des Geschichtsunterrichts. Bd. 1, Schwalbach/Ts. 2012, S. 136-146.

Lüdtke, Alf: Industriebilder – Bilder der Industriearbeit? Industrie- und Arbeiterphotographie von der Jahrhundertwende bis in die 1930er Jahre, in: Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag 1 (1993), S. 394–430.

Lüttinger, Paul: Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 15, Heft 1 (1986), S. 20-36.

Maeder, Pascal: Forging a New Heimat. Expellees in Post-War-West Germany and Canada (Transkulturelle Perspektiven, Bd. 10), Göttingen 2011.

Martens, Matthias: Straßennamen – Lesezeichen im kulturellen Gedächtnis, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 61-69.

McCook, Brian: Polnische industrielle Arbeitswanderer im Ruhrgebiet (›Ruhrpolen‹) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in Bade/Emmer/Lucassen/Oltmer (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 870-879.

Meinert, Joachim: Sackgasse Museum? Überlegungen zur Multikulturellen Verantwortung historischer Stadt- und Regionalmuseen, in: Museumskunde Jg. 58 (1993), S. 131-136.

Merklein, Klaus: Denkmäler in Siegen. Eine Dokumentation zur politischen Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, Siegen 2014.

Michl, Fabian: Wohnortzuweisung an Spätaussiedler. Integrationsförderung durch Beschränkung der Freizügigkeit?, in: Raphaela Etzold/Martin Löhnig/Thomas Schlemmer (Hg.): Migration und Integration in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 28), Oldenburg 2019, S. 127-136.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Ein starkes Bindeglied. Festschrift zum 60jährigen Bestehen des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Düsseldorf 2009.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landesstelle Unna-Massen. Ein starkes Stück Landesgeschichte, 2., überarb. Aufl., Düsseldorf 2010.

Mittig, Hans-Ernst: Die Sprache der Denkmäler, in: Katrin Heller/Hans-Dieter Schmid (Hg.): Vom Kult zur Kulisse. Das Völkerschlachtdenkmal als Gegenstand der Geschichtskultur, Leipzig 1995, S. 20-41.

Motte, Jan/Ohliger, Rainer (Hg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004.

Möhring, Maren: Fremdes Essen. Die Geschichte ausländischer Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012.

Neutsch, Cornelius: Einmischung und Mitgestaltung. Die Arbeitgeberverbände in Siegen-Wittgenstein seit 1945, Siegen 2013.

Niethammer, Lutz: Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Ders./Alexander von Plato (Hg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bonn 1985, S. 392-445.

Nipperdey, Thomas: Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 206 (1968), S. 529-585.

Nora, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1998.

Ders.: Les Lieux de mémoire, 7 Bde., Paris 1984-1992.

Norwich, Brahm: Dilemmas of Difference, Inclusion and Disability, London/New York 2008.

Ohliger, Rainer/DOMiT: Chronologie der Einwanderung nach Deutschland seit 1945, in: Jan Motte/Ders. (Hg.): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 323-332.

Ders.: Integration und Partizipation durch historisch-politische Bildung. Stand – Herausforderungen – Entwicklungsperspektiven, Berlin 2006, S. 96f.

Ders.: Migration historisieren – Migrationsgeschichte musealisieren: Perspektiven auf Darstellungs- und Erzählmuster, in: neues museum. die österreichische museumszeitschrift (7/2011), S. 12-16.

Oltmer, Jochen: Europäische Migrationsverhältnisse und Migrationsregime in der Neuzeit, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft 35 (2009), S. 5-27.

Ders.: Was ist Migration? Bedingungen, Formen und Folgen räumlicher Bevölkerungsbewegungen in der Geschichte, in: Geschichte für heute 5 (2012), S. 5-19.

Ders./Kreienbrink, Axel/Sanz Díaz, Carlos (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 104), München 2012.

Ders.: Einführung: Migrationsverhältnisse und Migrationsregime nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Ders./Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 9-21.

Ders.: Kriegsgefangene in Europa 1914-1922, in: Bade/Emmer/Lucassen/Ders. (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa, S. 744-753.

Ders.: Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 86), 3. überarb. u. aktual. Aufl., München 2016.

Ders.: Einführung. Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, in: Ders. (Hg.): Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, Wiesbaden 2018, S. 1-12.

Opfermann, Ulrich: Heimat Fremde. Ausländereinsatz im Siegerland, 1939 bis 1945. Wie er ablief und was ihm vorausging. Ein Heimatbuch (Beiträge zur Geschichte der Siegerländer Arbeiterbewegung, Bd. 3), Siegen 1991.

Ders.: „Wie trefflich ließe sich diese für Erbkranke ausgeworfene Summe gebrauchen". Aspekte aussondernder Sozialpolitik im Nationalsozialismus am Beispiel Siegerland-Wittgenstein, in: Siegener Beiträge. Jahrbuch für regionale Geschichte 7 (2002), S. 105–170.

Osterhammel, Jürgen: Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie, in: Neue Politische Literatur 43 (1998), S. 374-397.

Osses, Dietmar: Perspektiven der Migrationsgeschichte in deutschen Ausstellungen und Museen, in: Regina Wonisch/Thomas Hübel (Hg.): Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, Bielefeld 2012, S. 72f.

Otto, Marius: Zwischen lokaler Integration und regionaler Zugehörigkeit: Transnationale Sozialräume oberschlesienstämmiger Aussiedler in Nordrhein-Westfalen, Bielefeld 2015.

Ders.: (Spät-)Aussiedler aus Polen, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 44-55.

Panagiotidis, Jannis: What is the German's Fatherland? The GDR and the Resettlement of Ethnic Germans from Socialist Countries (1949–1989), in: East European Politics & Societies and Cultures 29 (2015), H. 1, S. 120–146.

Ders.: Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 8-11.

Ders.: Migrationsgesellschaft Deutschland, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 340 (2019), S. 12-15.

Ders.: Geschichte der Russlanddeutschen, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 16-19.

Ders.: Politische Partizipation von Russlanddeutschen, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 27-29.

Ders.: Postsowjetische Migration in Deutschland: Eine Einführung, Weinheim 2020.

Parr, Rolf: Diskurs, in: Clemens Kammler/Ders./Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, 2. Aufl., Stuttgart 2020, S. 274-277.

Paul, Gerhard: Bilder, die Geschichte schrieben. Medienikonen des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts. Einleitung, in: Ders. (Hg.): Bilder, die Geschichte schrieben. 1900 bis heute, Göttingen 2011, S. 7-16.

Petzina, Dietmar: Eine Industrieregion im Wandel – Siegerland, Wittgenstein und Südsauerland. Wirtschaftsgeschichte des Kammerbezirks Siegen seit dem Zweiten Weltkrieg, Siegen 1995.

Ders.: Siegerland, Wittgenstein und Südsauerland, Siegen 1995.

Ders.: Strukturwandel in einer altindustriellen Region – das südwestfälische Siegerland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hg.): Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag. Bd 2: Neunzehntes und Zwanzigstes Jahrhundert (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, Bd. 133), Stuttgart 1997, S. 550-572.

Pfau, Dieter/Seidel, Heinrich Ulrich: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949. Flüchtlinge und Vertriebene zwischen Integration und Ablehnung. Ein Quellenband zur Regionalgeschichte (Siegener Beiträge, Sonderband), Siegen 2004, S. 11-15.

Pfau, Dieter: Die Zusammenbruchgesellschaft der frühen Nachkriegsjahre, in: Ebd., S. 16-89.

Ders.: Kriegsende 1945 in Siegen. Dokumentation der Ausstellung, Bielefeld 2005.

Ders.: Flüchtlings- und Vertriebenenaufnahme in Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Hauptdurchgangslager Wellersberg in Siegen, in: Der Reidemeister.

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land. Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e. V. Nr. 176 (2008), S. 1437-1441.

Plaum, Bernd D. /Witthöft, Harald: Das Siegerland. Ein historisches Profil, in: Rainer Schulze (Hg.): Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich, Essen 1991, S. 318-363.

Pomian, Krzysztof: Der Ursprung des Museums. Vom Sammeln, Berlin 1988.

Pöppinghege, Rainer: Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen, Münster 2007.

Präger, Ulrike: Musik, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 283-295.

Pries, Ludger: Grenzüberschreitende Wanderungen von Menschen und Wissen. Migration, sozial-kulturelle Vielfalt und Innovation im Ruhrgebiet, in: Sabine Hornberg/Claudia Richter/Carolin Rotter (Hg.): Erziehung und Bildung in der Weltgesellschaft. Festschrift für Axel Adick, Münster 2013, S. 191-208.

Prontera, Grazia: Das Emigrationszentrum in Verona. Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland 1955–1975, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 89-102.

Przigoda, Stefan/Goch, Stefan: Bergfremd(e). Ausländer im Ruhrbergbau, in: Klaus Wisotzky/Ingrid Wölk (Hg.): Fremd(e) im Revier!? Zuwanderung und Fremdsein im Ruhrgebiet, Essen 2010, S. 222-257.

Rass, Christoph A.: Das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Griechenland und Spanien im Kontext eines europäischen Migrationssystems, in: Oltmer/Kreienbrink/ Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 53-69.

Ders./Ulz, Melanie (Hg.): Migration ein Bild geben. Visuelle Aushandlungen von Diversität, Wiesbaden 2018.

Reck, Hans-Ulrich: Inszenierung der Todesparadoxie zwischen Magie und Historie. Zur Sprache der Denkmäler im 20. Jahrhundert, in: Kunstforum International 127 (1994), S. 184-215.

Reulecke, Jürgen: Regionale Geschichtskultur und Kulturgeschichte der Region, in: Kuhn/Weipert (Hg.): Region und außerschulische Lernorte im Geschichtsunterricht, S. 15-20.

Reichert-Flögel, Ute: Ostdeutsche Patenschaften heute, hg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1988.

Robbe, Tilmann: Historische Forschung und Geschichtsvermittlung. Erinnerungsorte in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft (Formen der Erinnerung, Bd. 39), Göttingen 2009.

Röger, Maren: Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989, Marburg 2011.

Rüsen, Jörn/Horstkötter, Hubert/Schmidt, Hans-Günter: Untersuchungen zum Geschichtsbewusstsein von Abiturienten im Ruhrgebiet, in: Bodo von Borries/Ders./Hans-Jürgen Pandel (Hg.): Geschichtsbewusstsein empirisch. Pfaffenweiler 1991, S. 221–344.

Rüsen, Jörn: Geschichtskultur, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 46 (1995), S. 513-521.

Ders.: Historische Orientierung: Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins sich in der Zeit zurechtzufinden, Schwalbach/Ts. 2008.

Ders.: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln/Weimar/Berlin 2013.

Sala, Roberto: „Gastarbeitersendungen" und „Gastarbeiterzeitschriften" in der Bundesrepublik (1960–1975) – ein Spiegel internationaler Spannungen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2 (2005), S. 366-387.

Ders.: Vom „Fremdarbeiter" zum „Gastarbeiter". Die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft (1938-1973), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 93–120.

Ders.: Die migrationspolitische Bedeutung der italienischen Arbeitswanderung in die Bundesrepublik, in Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 71-87.

Sanz Díaz, Carlos: Umstrittene Wege. Die irreguläre Migration spanischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik Deutschland, in: Oltmer/Kreienbrink/Ders. (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 119-132.

Sanikova, Natalja: Russlanddeutsche Geschichte, Kultur und Migration im Museum, in: Informationen zur Politischen Bildung 340 (2019), S. 37f.

Sarasin, Philipp: Michel Foucault zur Einführung, Hamburg 2005.

Schäfer, David: Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Regionale Erinnerungskultur an biografischen Beispielen, in: Kuhn/Weipert (Hg.): Region und außerschulische Lernorte im Geschichtsunterricht, S. 143-163.

Schäffter, Ortfried: Modi des Fremderlebens. Deutungsmuster im Umgang mit Fremdheit, in: Ders. (Hg.): Das Fremde. Erfahrungsmöglichkeiten zwischen Faszination und Bedrohung, Opladen 1991, S. 11-42

Schiemer, Hans-Georg: 40 Jahre CDU für Siegerland und Wittgenstein. Gestaltend heimatverbunden in christlicher Verantwortung (Schriftenreihe des CDU-Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein e. V., Bd. 6), Siegen 1986.

Schmid, Hans-Dieter: Denkmäler als Zeugnisse der Geschichtskultur, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 51-60.

Schmid, Harald: Regionale Erinnerungskulturen – ein einführender Problemaufriss, in: Ders. (Hg.): Erinnerungskultur und Regionalgeschichte, München 2009, S. 7-22.

Schmid, Konrad: Literaturgeschichte des Alten Testaments: Eine Einführung, Darmstadt 2014.

Schmidt. Werner H.: Einführung in das Alte Testament, 5. erw. Aufl., Berlin/New York 1995.

Schneider, Claudia: Als Deutsche unter Deutschen? „Übersiedler aus der VR Polen“ in der DDR ab 1964, in: Kim Christian Priemel (Hg.): Transit – Transfer: Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990, Berlin 2001, S. 51–74.

Scholz, Stephan: „Flucht und Vertreibung“ – Ereignis, Historische Kontextualisierung, Erinnerung, in: Manfred Gauber (Hg.): Flucht und Vertreibung (Gautinger Protokolle, Bd. 42), Gauting 2012, S. 7-16.

Ders.: Vertriebenendenkmäler: Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft, Paderborn 2015.

Ders./Röger, Maren/Niven, Bill (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015.

Dies.: Einleitung, in: Ebd., S. 9-14.

Scholz, Stephan: Denkmäler, in: Ebd., S. 77-88.

Ders.: Gedenktage, in: Ebd., S. 168-179.

Ders.: Willkommenskultur durch ‚Schicksalsvergleich’. Die deutsche Vertreibungserinnerung in der Flüchtlingsdebatte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26-27 (2016), S. 40-46.

Ders.: Gesten der Anerkennung oder Instrumente der Geschichtspolitik? Gesellschaftliche Deutungskonflikte um Vertriebenendenkmäler in Westfalen, in: Matthias Frese/Marcus Weidner (Hg.): Verhandelte Erinnerungen. Der Umgang mit Ehrungen, Denkmälern und Gedenkorten nach 1945 (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 82), Paderborn 2018, S. 115-136.

Schönemann, Bernd: Geschichtsdidaktik, Geschichtskultur, Geschichtswissenschaft, in: Hilke Günther-Arndt (Hg.): Geschichtsdidaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II, Berlin 2003, S. 11-22.

Ders.: Lernpotentiale der Regionalgeschichte, in: Geschichte für heute 2 (2010), S. 5-16.

Schulz, Martin: Ordnungen der Bilder. Eine Einführung in die Bildwissenschaft, München 2005.

Schulze, Mario: Wie die Dinge sprechen lernten. Eine Geschichte des Museumsobjektes 1968–2000, Bielefeld 2017.

Schultz, Hans-Dietrich: Räume sind nicht, Räume werden gemacht. Zur Genese Mitteleuropas in der deutschen Geographie, in: Europa Regional 5, Heft 1 (1997), S. 2–14.

Schwartz, Michael: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 56, Heft 1 (2008), S. 101-151.

Schwelling, Birgit: Gedenken im Nachkrieg. Die Friedland-Gedächtnisstätte, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Jg. 5, Nr. 2 (2008), S. 189-210.

Sebaux, Gwénola: (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, in: Informationen zur politischen Bildung 340 (2019), S. 56-67.

Seidel, Hans-Christoph: Kein „Melting Pot(t)“ – Zwangsarbeit im Ruhrgebiet in den beiden Weltkriegen, in: Forum Geschichtskultur Ruhr 9 (2019), Zuwanderung und politische Kultur im Ruhrgebiet, S. 11-16.

Siebeneich, Jessica/Stäsche, Julia: Das Hauptdurchgangslager Wellersberg, in: Pfau/Seidel (Hg.): Nachkriegszeit in Siegen 1945-1949, S. 90-149.

Soja, Edward: Postmodern Geographies: The reassertion of Space in Critical Social Theory, London/New York 1989.

Sparschuh, Olga: Grenzen der Grenzen. Italienische Arbeitsmigration nach Turin und München in den 1950er bis 1970er Jahren, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System, S. 167-181.

Dies.: Die Wahrnehmung von Arbeitsmigranten aus dem „Mezzogiorno“ in deutschen und norditalienischen Großstädten, in: Oliver Janz/Roberto Sala (Hg.): Dolce Vita? Das Bild der italienischen Migranten in Deutschland, Frankfurt a. M./New York 2011, S. 95–115.

Steen, Jürgen: Migration und Lebenswelt oder: Das Museum der Zukunft in erweiterter Sicht, in: Henrike Hampe (Hg.): Migration und Museum. Neue Ansätze in der Museumspraxis, Münster 2005, S. 31–41

Steinert, Johannes-Dieter: Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961, Osnabrück 1995.

Sternberg, Jan Philipp: Auswanderungsland, Zuwanderungsland. Die Doppelrolle der Migrationspolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System, S. 25-38.

Stickler, Matthias: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“ – Die Stuttgarter Charta vom 5./6. August 1950 als zeithistorisches Dokument, in: Jörg-Dieter Gauger/Hanns-Jürgen Küsters (Hg.): „Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung“. 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen (Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.), Sankt Augustin 2011, S. 43–74.

Stöss, Richard: Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, in: Ders. (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 38), Wiesbaden 1986, S. 310-335.

Thiemeyer, Thomas: Werk, Exemplar, Zeuge. Die multiplen Authentizitäten der Museumsdinge, in: Martin Sabrow/Achim Saupe (Hg): Historische Authentizität, Göttingen 2016, S. 80-90.

Thießen, Malte: Gedächtnisgeschichte. Neue Forschungen zur Entstehung und Tradierung von Erinnerungen, in: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 607–634.

Thränhardt, Dietrich: Migrationspolitik in Europa und Japan in vergleichender Perspektive, in: Ders. (Hg.), Migration in Deutschland und Europa, Münster 1993, S. 81-102.

Ders./Winterhagen, Jenni: Der Einfluss der katholischen Migrantengemeinden auf die Integration südeuropäischer Einwanderergruppen in Deutschland, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter"-System, S. 199-215.

Ders.: Die Asylkrise 2015 als Verwaltungsproblem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–32/2020, S. 37-44.

Tiews, Alina Laura: Fluchtpunkt Film. Integrationen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch den deutschen Nachkriegsfilm 1945–1990, Berlin 2017.

Tilly, Charles: Migration in Modern European History, in: William H. McNeill/Ruth S. Adams (Hg.): Human Migration. Patterns and Policies, Bloomington/London 1978, S. 48-72.

Toepper, Marie: Temporäre Ausstellungen als Triebkräfte der Musealisierung von Migration in Deutschland seit 1990, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 17-42.

Treibel, Annette: Von der Anwerbestoppausnahme-Verordnung zur Green-Card. Reflexion und Kritik der Migrationspolitik, in: Edda Currle/Tanja Wunderlich (Hg.): Deutschland ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen, Stuttgart 2001, S. 113-126.

Universitätsstadt Siegen (Hg): Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau in Siegen. Broschüre No. 4 Kunst im Schlosspark. Eine Auswahl (Stand: Oktober 2021), Siegen 2021.

Urban, Andreas: Rettung der Vergangenheit – Verlust der Gegenwart?! Museumskultur in der Postmoderne, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 70-79.

Vacca, Sandra: Auf der Suche nach Expert_innen der Migration: Wissenstransfers und Konzepte partizipativer Ausstellungsgestaltung in Deutschland und Großbritannien, in: Berlinghoff/Rass/Ulz (Hg.): Die Szenographie der Migration, S. 219-243.

Voigt, Rüdiger: Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: Ders. (Hg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989, S. 9-37

Völkering, Tim: Die Musealisierung der Themen Flucht, Vertreibung und Integration. Analysen zur Debatte um einen neuen musealen Gedenkort und zu historischen Ausstellungen seit 1950, in: Fendl (Hg.): Zur Ästhetik des Verlusts, S. 71-124.

Wagner, Andreas: Das „Heidelberger Manifest" von 1981. Deutsche Professoren warnen vor „Überfremdung des deutschen Volkes", in: Johanna Klatt (Hg.): Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells. Bielefeld 2011, S. 285-313.

Wallem, Gesine: Doing ‚Russian-Germanness'. Performativity and Co-ethnic Belongings in the Context of post-Soviet migration to Germany, Diss. 2020.

Weber-Menges, Sonja/Enders, Kristina/Reifarth, Imke: Das Freundschaftsfest im Spiegel der Siegener Presseberichterstattung in den Jahren 1985 bis 2003, in: Baringhorst/Geißler/Pfau (Hg.): 20 Jahre Freundschaftsfest – 20 Jahre Ausländerbeirat in Siegen, S. 35-50.

Weger, Tobias: Straßennamen, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 409-419.
Ders.: Wappen und Farben, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 432-446.
Weichers, Britta: Ostkundeunterricht, in: Scholz/Röger/Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, S. 317-328.
Welsch, Wolfgang: Transkulturalität – Lebensformen nach der Auflösung der Kulturen, in: Information Philosophie 2 (1992), S. 5-20
Ders.: Transculturality: The Puzzling Form of Cultures Today, in: Mike L.S. Featherstone (Hg.): Spaces of Culture. City, Nation, World, London 1999, S. 194-213.
Welzer, Harald: Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung, 4. Aufl., München 2017.
Wengeler, Martin: Die Deutschen Fragen. Leitvokabeln der Deutschlandpolitik, in: Liedtke/Böke/Ders.: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära, S. 325-377.
Werner, Tilo: Festzug, in: Gert Ueding (Hg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Bd. 10, Berlin/Boston 2011, S. 305–318
Wierling, Dorothee: Oral History, in: Michael Maurer (Hg.): Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft (Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 7), Stuttgart 2003, S. 81-151.
Wilmes, Frank/Vetter, Wolfgang/Ünsal, Bayram/Irle, Ulrich/Gotthardt, Armin: Das Hüttental – Schlaglichter auf Geschichte und Gegenwart eines Ortsteils, in: Universität Siegen, Fakultät Bildung – Architektur – Künste Department Erziehungswissenschaft/Psychologie/ARGE e. V./Mehrgenerationenhaus (Hg.): Stadtteilführer Siegen-Geisweid. Erkundungen von Wandel, Vielfalt und Engagement im migrationsgeprägten Sozialraum, Siegen 2012, S. 35-45.
Winterhagen, Jenni: Transnationaler Katholizismus. Die kroatischen Migrantengemeinden in Deutschland zwischen nationalem Engagement und funktionaler Integration, Berlin 2013.
Wolf, Manfred: Operation Swallow. Der Weg von Schlesien nach Westfalen im Jahre 1946, in: Westfälische Zeitschrift 34 (1999), S. 117-138.
Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.
Wolken, Simone: Das Grundrecht auf Asyl als Gegenstand der Innen- und Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M.1988.
Worbs, Susanne/Bund, Eva/Kohls, Martin/ Babka von Gostomski, Christian: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 20), Nürnberg 2013.
Yildiz, Sakine: Deutschland ist (k)ein Einwanderungsland Die Rückkehrförderungspolitik der Bundesrepublik 1973 bis 1984, in: Raphaela Etzold/Martin Löhnig/Thomas

Schlemmer (Hg.): Migration und Integration in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 86), Oldenburg 2019, S. 79-89.

Zander-Seidel, Jutta: „In Freud und Leid zum Lied bereit“: Fahnen in der Vereins- und Festkultur des 19. Jahrhunderts, in: Roland Prügel (Hg.): Geburt der Massenkultur: Beiträge der Tagung des WGL-Forschungsprojekts „Wege in die Moderne. Weltausstellungen, Medien und Musik im 19. Jahrhundert“ im Germanischen Nationalmuseum vom 8.-10.11.2012. (Wissenschaftliche Beibände zum Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums, Bd. 35), Nürnberg 2014, S. 143-157.

Internetressourcen

Ankündigung zum Vortrag „‚Vergesst nicht die Flüchtlinge dieser Welt' – Möglichkeiten und Grenzen einer Transformation des Denkmals „Deutscher Osten" in ein Flüchtlingsdenkmal?´", in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein: (24.01.2014), URL: http://www.siwiarchiv.de/vortrag-vergesst-nicht-die-fluechtlinge-dieser-welt/ (Stand: 21.07.2024).

Bartels, Inken/Löhr, Isabella/Reinecke, Christiane/Schäfer, Philipp/Stielike, Laura (Hg.): Inventar der Migrationsbegriffe, URL: https://www.migrationsbegriffe.de/ (Stand: 22.07.2024).

BdV Landesverband Hessen: Jahresleitworte des Bundes der Vertriebenen, Webseite des BdV Landesverbandes Hessen, URL: https://www.bdv-hessen.de/kultur/jahresleitworte (Stand: 21.07.2024).

Benz, Wolfgang: Flucht, Vertreibung, Versöhnung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Geschichte und Erinnerung (12.11.2008), URL: https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39826/flucht-vertreibung-versoehnung?p=all&rl=0.08548373874888826 (Stand 19.07.2024).

Borchers, Roland: Deutsche Volksliste, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (11.01.2021), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32838 (Stand: 4.03.2024.).

Boysen, Jens: Deutschland / Deutsches Reich, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (5.10.2020), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32614 (Stand: 20.07.2024).

Cornelißen, Christoph: Erinnerungskulturen, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte (22.10.2012), DOI: http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.265.v2 (Stand: 13.07.2024).

DOMiD/DOMiT: Übersicht Ausstellungen und Publikationen, Stand: 16.03.2022, URL: https://domid.org/site/assets/files/2782/publikationslistedomid_stand_2022-03-15.pdf (Stand: 24.07.2024).

DOMiD: Erbbaurecht über 99 Jahre: DOMiD erreicht Meilenstein für bundesweites Migrationsmuseum. Ratsentscheidung ebnet den Weg für die Zukunft, in: Webseite von DOMiD, URL: https://domid.org/news/erbbaurecht-meilenstein-fur-bundesweites-migrationsmuseum/ (Stand: 13.07.2024).

Eisler, Cornelia: Patenschaften, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (13.09.2021), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32787 (Stand: 17.07.2024).

Ernst Bach, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, URL: http://akteure-und-taeter-im-ns-in-siegen-und-wittgenstein.de/verzeichnis/gesamtverzeichnis#bach (Stand 15.07.2024).

Gorka, Cornelius: Rechtliche Grundlagen der Straßenbenennung, in: Webseite der Archivschule Marburg (2005), URL: https://archivschule.asprit.de/DE/forschung/kursprojekte/marburger-strassennamen/rechtliche-grundlage-der-strassenbenennung.html (Stand: 16.07.2024).

Gosewinkel, Dieter/Katzy-Reinshagen, Anna: Ausländer, in: Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke/Philipp Schäfer/Laura Stielike (Hg.): Inventar der Migrationsbegriffe (20.01.2022), URL: https://www.migrationsbegriffe.de/auslander (Stand: 22.07.2024).

Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde Siegen-Olpe-Gummersbach: Die Geschichte, in: Webseite der Griechisch-Orthodoxen Kirchengemeinde Siegen-Olpe-Gummersbach (undatiert), URL: http://www.ekklisia.de/H_istoria/h_istoria.html (Stand: 22.07.2024).

Haberland, Detlef/Kalinke, Heinke/Weber, Matthias/Weger, Tobias: Schlesien, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (28.10.2015), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54153.html (Stand: 17.07.2024).

Hans Neukirch, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, URL: http://akteure-und-taeter-im-ns-in-siegen-und-wittgenstein.de/verzeichnis/gesamtverzeichnis-l-z#neukirch (Stand: 15.07.2024).

Heimatortsgemeinschaft Perjamosch, in: Webseite der Landsmannschaft der Banater Schwaben e. V. (undatiert), URL: https://www.banater-schwaben.org/vereinsleben/heimatortsgemeinschaften/perjamosch/ (Stand: 26.07.2024).

Herbert, Ulrich: Flucht und Asyl. Zeithistorische Bemerkungen zu einem aktuellen Problem, in: Zeitgeschichte-online (1.12.2015), URL: https://zeitgeschichte-online.de/themen/flucht-und-asyl (Stand: 22.07.2024).

Irgang, Winfried: Mittelalterlicher Landesausbau/Ostsiedlung, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (6.12.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/mittelalterlicher-landesausbau-ostsiedlung (Stand: 18.07.2024).

Kalinke, Heinke M.: Heimatgruppe/Heimat(orts)gemeinschaft/Heimatkreis, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (14.05.2012), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/heimatgruppe-heimatortsgemeinschaft (Stand: 25.07.2024).

Klauß, Henning: Die Sammlung der Herder-Bibliothek Siegerland, in: Webseite der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) (15.02.2017), URL: https://www.ub.europa-uni.de/de/benutzung/bestand/medienaufstellung/sonderstandorte/Gelehrtenbibliotheken/Herder-Bibliothek-Siegerland/index.html (Stand: 19.07.2024).

Kulturhandbuch für den Kreis Siegen-Wittgenstein: Die Präsentation im Rathaus Weidenau. Siegerlandmuseum im Oberen Schloß: Ostdeutsche Heimatstube und Teilausstellung im Foyer des Rathaus Weidenau (17.09.2020), URL: https://www.siwikultur.de/khb/8/2/1977.htm (Stand: 20.07.2024).

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: Webseite des Projekts „Historisch Ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW“, URL: https://ostdeutsche-heimatsammlungen.de (Stand: 21.07.2024).

Landwehr, Achim: Auf der Suche nach dem verlorenen Selbst – Heimat als Geschichtskultur?, in: Public History Weekly 5/43 (2017), DOI: dx.doi.org/10.1515/phw-2017-10715 (Stand: 13.07.2024).

Ders.: Diskurs und Diskursgeschichte, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte (1.03.2018), DOI: http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1126.v2 (Stand: 3.07.2024).

Lang-Lendorff, Antje: Bitte keine Folklore: Joachim Baur über den musealen Umgang mit Migration, in: Migration. Blog zur Ringvorlesung „Migration. Wanderungsbewegungen vom Altertum bis in die Gegenwart“ des Exzellenzclusters Topoi im Sommersemester 2016 an der Freien Universität Berlin (10.05.2016), URL: https://migration.hypotheses.org/199 (Stand: 3.07.2024).

Linder-Beroud, Waltraud/Widmaier, Tobias: Kein schöner Land in dieser Zeit, in: Eckhard John/Tobias Widmaier/Zentrum für Populäre Kultur und Musik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Brsg. (Hg.): Populäre und traditionelle Lieder. Historisch-kritisches Liederlexikon (2007), URL: http://www.liederlexikon.de/lieder/kein_schoener_land_in_dieser_zeit/ (Stand: 21.07.2024).

Museum Wilnsdorf öffnet mit Terminvergabe, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein (15.03.2021), URL: https://www.siwiarchiv.de/museum-wilnsdorf-oeffnet-mit-terminvergabe/ (Stand: 1.05.2024).

Olschowsky, Burkhard: Oder-Neiße-Grenze, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (27.10.2020), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/oder-neisse-grenze (Stand: 19.07.2024.)

Ostdeutsche Sammlung sichern. Kreisbeirat für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen tagte im Siegener Kreishaus, in: siwiarchiv.de Blog der Archive im Kreis Siegen-Wittgenstein: (12.03.2012), URL: https://www.siwiarchiv.de/ostdeutsche-sammlung-sichern/ (Stand: 20.07.2024).

Panagiotidis, Jannis: Aussiedler/Spätaussiedler, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (31.08.2020), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/aussiedlerspaetaussiedler (Stand: 25.07.2024).

Ders.: Aussiedler/Spätaussiedler, in: Bartels/Löhr/Reinecke/Schäfer/Stielike (Hg.): Inventar der Migrationsbegriffe (20.01.2022), URL: https://www.migrationsbegriffe.de/spaetaussiedler (Stand: 25.07.2024).

Pleitner, Berit: ‚Drang nach Osten', in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, (05.01.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/drang-nach-osten (Stand: 18.07.2024).

Rieder, Maximiliane: Gastarbeiter, in: Historisches Lexikon Bayerns (26.06.2019), URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gastarbeiter (Stand: 22.07.2024).

Römer, David: Kulturnation, in: Stefan J. Schierholz/Laura Giacomini (Hg.): Wörterbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Berlin/Boston 2022, URL: https://www.degruyter.com/database/WSK/entry/wsk_id_wsk_artikel_artikel_15210/html (Stand 27. April 2024).

Roth, Harald: Siebenbürgen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (14. Juni 2022), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/regionen/siebenbuergen (Stand: 25.07.2024).

Schaubert, Medina: Der „Fall Lisa". Entwicklungen in Berlin Hellersdorf-Marzahn, in: Bundeszentrale für politische Bildung (9.10.2018), URL: https://www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche/271945/der-fall-lisa/ (Stand: 27.07.2024).

Schmalz, Tatjana: Die russlanddeutsche Erinnerungskultur in Deutschland, in: Evelyna Schmidt/Deutsche Gesellschaft e. V. (Hg.): Erlebtes Erbe. Deutsche Kultur im östlichen Europa. Studentische Beiträge, Online-Publikation 2019, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2019-kg-sommerakademie-publikation/DG_Onlinebroschure_Erlebtes_Erbe.pdf (Stand 21.08.2020), S. 54-59, hier S. 55f.

Schmidt, Karl: Die Entstehung des Museums Wilnsdorf, in: Webseite des Museums Wilnsdorf (11/2023), URL: https://museum-wilnsdorf.de/die-entstehung-des-museums-wilnsdorf/ (Stand: 27.07.2024).

Scholz, Stephan: Gedenktage, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Stand 01.12.2020), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32880 (Stand: 16.07.2024).

Ders.: Vertriebenendenkmäler, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (01.12.2020), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/vertriebenendenkmaeler (Stand: 19.07.2024).

Schutte, Christof: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz Gemeinschaft, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (2.06.2015), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/herder-institut (Stand: 19.04.2024).

Seifert, Manfred: Heimat, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (18.01.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/heimat (Stand: 14.07.2024).

Stickler, Matthias: Landsmannschaften (nach 1945), in: Historisches Lexikon Bayerns (8.02.2013), URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landsmannschaften_(nach_1945) (Stand: 25.07.2024).

Ders.: Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (16.11.2020), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/block-der-heimatvertriebenen-und-entrechteten-bhe (Stand: 16.07.2024).

Ders.: Bund der Vertriebenen (BdV), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Stand 20.07.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/bund-der-vertriebenen-bdv (Stand: 16.07.2024).

Ders.: Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (23.07.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/charta-der-deutschen-heimatvertriebenen (Stand: 15.07.2024).

Ders.: Landsmannschaften, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (21.12.2021), URL: https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/landsmannschaften (Stand: 16.07.2024).

Ders.: Bundesrepublik Deutschland, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (28.01.2022). https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/laender/bundesrepublik-deutschland (Stand: 18.07.2024).

Ders.: Rezension zu: Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, 10.08.2006 – 29.10.2006 Berlin, in: H-Soz-Kult (27.10.2006), URL: www.hsozkult.de/exhibitionreview/id/rezausstellungen-44 (Stand: 19.07.2024).

Universitätsstadt Siegen (Hg.): Denkmalverzeichnis der Universitätsstadt Siegen (2022), URL: https://www.siegen.de/fileadmin/cms/olsformulare/DenkmalverzeichnisStadtSiegen.pdf (Stand: 5.02.2022).

Vacca, Sandra/Stoop, David Christopher: „Bin ich Deutsch genug?". Die Ausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland" im Deutschen Historischen Museum, in: Zeitgeschichte-online (04/2016), URL: https://zeitgeschichte-online.de/themen/bin-ich-deutsch-genug (Stand 24.07.2024).

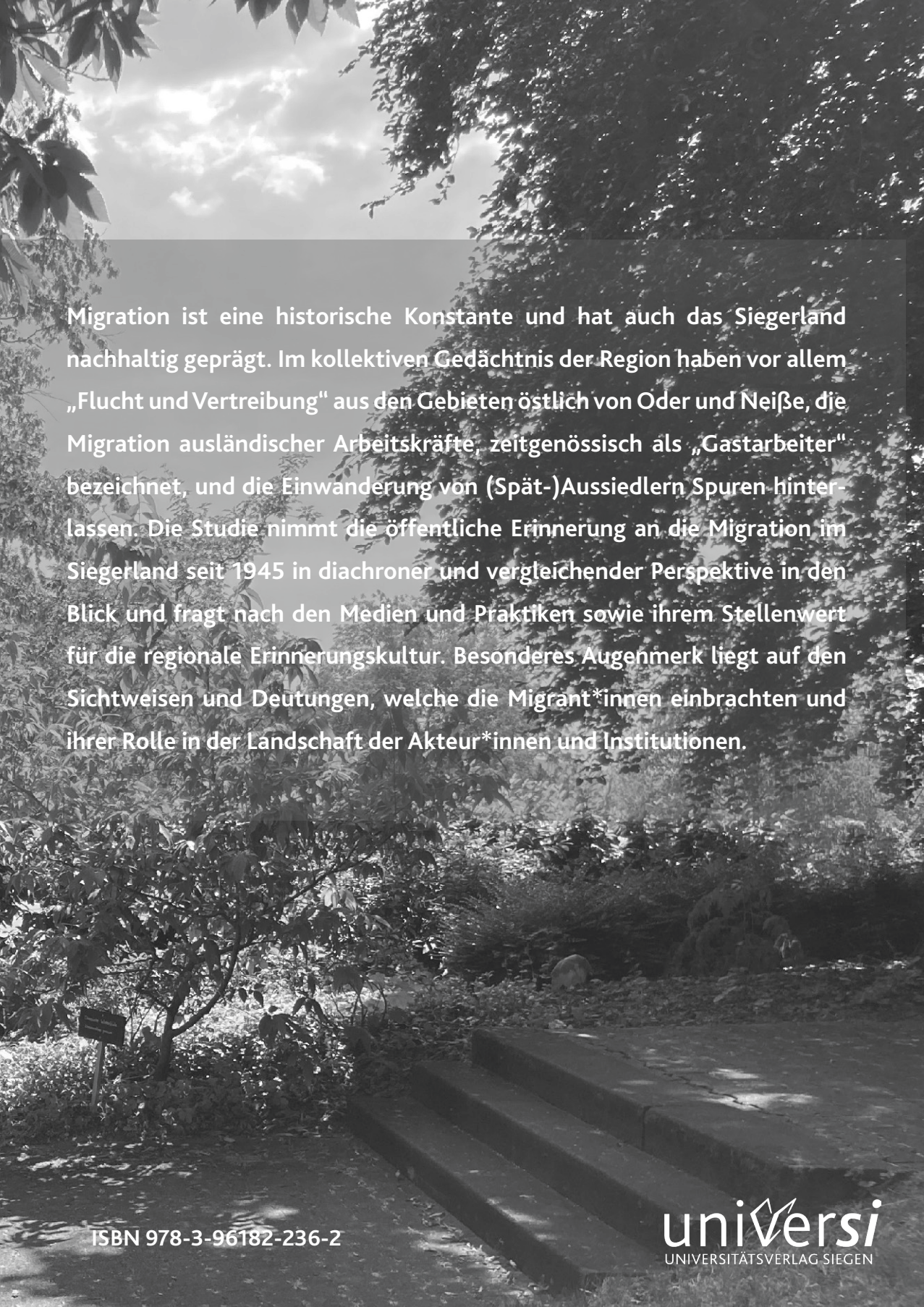
Virnich, Carl-Josef: Der „Achtzigjährige Krieg". Ereignisse und Zusammenhänge, in: historicum.net (03.01.2006), URL: https://www.historicum.net/purl/b2/ (Stand: 12.05.2016).

Wallem, Gesine: Russlanddeutsches Verbandswesen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Russlanddeutsche und andere postsozialistische Migranten (13.7.2017), URL: https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/252538/russlanddeutsches-verbandswesen/ (Stand: 25.07.2024).

Weber, Matthias: Ostdeutschland, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (29.11.2021), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32797 (Stand: 15.07.2024).

Ders.: Kultur- und Wissenschaftsförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz (§ 96 BVFG), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (21.02.2022), URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32877 (Stand 16.07.2024).

Zeppenfeld, Stefan: „Gastarbeiter“, in: Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke/Philipp Schäfer/Laura Stielike/Maurice Stierl (Hg.), Inventar der Migrationsbegriffe (20.09.2023), URL: www.migrationsbegriffe.de/gastarbeiter (Stand: 22.07.2024).



Migration ist eine historische Konstante und hat auch das Siegerland nachhaltig geprägt. Im kollektiven Gedächtnis der Region haben vor allem „Flucht und Vertreibung" aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, die Migration ausländischer Arbeitskräfte, zeitgenössisch als „Gastarbeiter" bezeichnet, und die Einwanderung von (Spät-)Aussiedlern Spuren hinterlassen. Die Studie nimmt die öffentliche Erinnerung an die Migration im Siegerland seit 1945 in diachroner und vergleichender Perspektive in den Blick und fragt nach den Medien und Praktiken sowie ihrem Stellenwert für die regionale Erinnerungskultur. Besonderes Augenmerk liegt auf den Sichtweisen und Deutungen, welche die Migrant*innen einbrachten und ihrer Rolle in der Landschaft der Akteur*innen und Institutionen.

ISBN 978-3-96182-236-2

universi
UNIVERSITÄTSVERLAG SIEGEN